



GESPAITENE  
GESELLSCHAFTEN

ISSN: 1612-5940

# Historisches Forum

24 • 2018

Vom 25. bis 28. September 2018 fand der 52. Deutsche Historikertag in Münster statt. Wie in den Vorjahren konnten in Zusammenarbeit mit den Organisatoren und Veranstaltern des Historikertages viele Autorinnen und Autoren für Sektions- und Querschnittsberichte gewonnen werden. Während Sektionsberichte vor allem die einzelnen Beiträge der Panels reflektieren, nehmen Querschnittsberichte epochale oder thematische Zugänge mehrerer Sektionen in den Blick und versuchen, übergreifende Fragestellungen sichtbar zu machen.

## Berichte vom Historikertag 2018

Herausgegeben für H-Soz-Kult von  
Thomas Meyer und Thomas Werneke

ISBN: 978-3-86004-341-7  
DOI: <https://doi.org/10.18452/19982>



[http://edoc.hu-berlin.de/e\\_histfor](http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor)

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2



Historisches Forum

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2  
ISSN: 1612-5940

[http://edoc.hu-berlin.de/e\\_histfor/](http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/)

Historisches Forum 24 · 2018

## Berichte vom Historikertag 2018

Herausgegeben für H-Soz-Kult  
von Thomas Meyer und Thomas Werneke

**Historisches Forum** ist eine Reihe von Themenheften von Clio-online (<http://www.clio-online.de>) und seiner Kooperationspartner. Die Reihe bündelt ausgesuchte Beiträge geschichtswissenschaftlicher Online-Foren und herausragende Artikel, Debattenbeiträge, Kontroversen und Berichte zu ausgewählten historischen Fragestellungen. Sie erscheint in Kooperation mit den Verbundpartnern von Clio-online und der Humboldt-Universität zu Berlin. Jedes Heft wird von einem oder mehreren Herausgebern redaktionell betreut und enthält außer einer Einführung in das Thema auch ergänzende Verweise auf die Forschungsliteratur und andere Informationsquellen. Die Veröffentlichung erfolgt über den Dokumenten- und Publikationsserver der HUB: [http://edoc.hu-berlin.de/e\\_histfor/](http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/)

#### [Historisches Forum]

Historisches Forum - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin  
Gesamttitle: Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2  
ISSN: 1612-5940

Bd. 24: **Berichte vom Historikertag 2018** / hrsg. für H-Soz-Kult von Thomas Meyer und Thomas Werneke / (Historisches Forum, Bd. 24) - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin, 2018.  
ISBN: 978-3-86004-341-7

Dieses Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Es unterliegt den Nutzungsbedingungen des Dokumenten- und Publikations-servers der Humboldt-Universität Berlin (<http://edoc.hu-berlin.de>). Es darf und soll zu wissenschaftlichen Zwecken und zum Eigengebrauch kopiert und ausgedruckt werden. Die weiteren Rechte an den einzelnen Texten und Abbildungen verbleiben bei den Autoren bzw. bei den im Abbildungsverzeichnis genannten Rechteinhabern. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den Serverbetreibern und den redaktionell verantwortlichen Herausgebern ausdrücklich verboten.

#### Geschäftsführende Herausgeber:

Rüdiger Hohls – Michael Wildt in Verbindung mit Clio-online (Rüdiger Hohls), H-Soz-Kult (Thomas Meyer – Claudia Prinz) und Zeitgeschichte-online (Jürgen Danyel – Jan-Holger Kirsch).

Redaktionsschluss: 21.12.2018  
© 2018 Clio-online

DOI: <https://doi.org/10.18452/19982>

<b>Vorwort</b>	<b>1</b>
<b>Querschnittsberichte</b>	<b>3</b>
<i>Christoph Michels</i>	
Alte Geschichte . . . . .	3
<i>Christian Scholl</i>	
Mittelalterliche Geschichte . . . . .	19
<i>Jutta Wimmmler</i>	
Frühe Neuzeit . . . . .	31
<i>Phillip Wagner</i>	
Politikgeschichte . . . . .	41
<i>Maik Fiedler</i>	
Digitale Geschichte . . . . .	53
<b>Sektionsberichte</b>	<b>63</b>
<i>Helen Wagner</i>	
Museen im Widerstreit – Museale Geschichtspolitik zwischen Nationalismus und Globalisierung . . . . .	63
<i>Benjamin Steiner</i>	
Geschichte translokal: Spaltungen in der Raumzeit überdenken . . . . .	70
<i>Jos van Beurden</i>	
Decolonisation of Colonial Collections – A shifting debate in Europe? . . . . .	76
<i>Dominik Trump</i>	
Irrungen, Wirrungen?! Von der Textkonstitution zur Geschichts(de)konstruktion . . . . .	81
<i>Martin Biersack</i>	
Steuern von Differenz: Imperien als Räume geordneter Ungleichheit . . . . .	87
<i>Anna Dönecke</i>	
Staatliche Homogenität bei kultureller Diversität? Historische Konfigurationen einer modernen Wahrnehmung . . . . .	92
<i>Raphael Rössel</i>	
Dis/ability – Alltag – Geschlecht. Erkundungen im Feld der interdisziplinären Dis/ability History . . . . .	98

<i>Pia Eiringhaus, Stephen Foose</i>	
„Materialität“. Konzepte und Erkenntnispotenzial jenseits der Geschichte der materiellen Kultur . . . . .	105
<i>Franziska Quaa</i>	
Spätantike und Frühmittelalter unter der Lupe aktueller Fragestellungen: Die Gesellschaft der Merowinger – eine gespaltene Gesellschaft? . . . . .	112
<i>Maurits de Leeuw, Kamil Choda</i>	
Spaltend oder verbindend? Das Christentum in Ost und West zwischen Spätantike und Frühmittelalter . . . . .	120
<i>Amelie Sagasser, Mareike Hartmann</i>	
Spaltungsphänomene im europäischen Judentum . . . . .	126
<i>Sebastian Jeßegus</i>	
Close Distance. Soziale Segregation in Handelsimperien und Kolonien . . . . .	130
<i>Johanna Müser</i>	
Ein bürgerliches Pulverfass? Waffenbesitz und Waffen- kontrolle in der alteuropäischen Stadt . . . . .	137
<i>Marcel Berlinghoff</i>	
Gespalten oder zugehörig? Umgang mit Geflüchteten und Migrant/innen auf kommunaler Ebene vom 12. bis zum 21. Jahrhundert . . . . .	143
<i>Patrick Reinard</i>	
Ausprägungen und Überwindungen gesellschaftlicher Spaltungen im Zeitalter des Hellenismus (4.-1. Jahrhun- dert v. Chr.) . . . . .	150
<i>Oliver Bräckel, Friedrich Meins</i>	
Gespaltene Gesellschaften: Das Meer in der Antike: Spal- tung und Polarisierung . . . . .	157
<i>Christian Fron</i>	
Das eigene Fremde. Exklusionsparadox und römische Identität im 1./2. Jahrhundert n. Chr. . . . .	163
<i>Marc Gehrman, Philipp Flaig</i>	
Bürgerkriegskultur. Bellum civile und politische Kommu- nikation in der späten römischen Republik . . . . .	170

<i>Julia Hoffmann-Salz</i>	
Wenn ‚cultural brokers‘ scheitern – Fehlgeschlagene Kom- munikation lokaler Eliten im antiken Nahen Osten . . . . .	176
<i>Frans Willem Lantink</i>	
Monarchiegeschichte zwischen histoire comparée und histoire croisée . . . . .	182
<i>Julia Bühner</i>	
„Bürgerkriege“ im Spätmittelalter: Frankreich, England, die burgundischen Niederlande, Katalonien und Neapel. Vergleichende Perspektiven . . . . .	187
<i>Julia Bühner</i>	
Division se mist entre eulx. Politische Spaltungen im spät- mittelalterlichen Europa . . . . .	193
<i>Eric Burkart</i>	
Rat und Resilienz. Krisenbewältigung in der Stadt des 14. bis 16. Jahrhunderts . . . . .	198
<i>Tobias Winnerling</i>	
Local Knowledge as a Non-Residual Category in Early Modern Latin America, Europe, Africa, and the Ottoman Empire . . . . .	205
<i>Jutta Wimmeler</i>	
Das spanische „Amerika-Monopol“ in der Frühen Neuzeit	211
<i>Joel Amos Hüsemann</i>	
Der Traum von der christlichen Einheit. Kreuzzugsideo- logie und –pläne als Medium zur Überwindung der Spal- tung des frühneuzeitlichen Europas . . . . .	218
<i>Kevin Christian Klein</i>	
Bürokratie als Einheitsmaschine . . . . .	224
<i>Jessika Nowak</i>	
Sprach- und ethnische Konflikte in Klöstern nördlich und südlich der Alpen im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit . . . . .	231
<i>Anna Katharina Pieper</i>	
Gespaltener Einheitswille? Das Janusgesicht der Integra- tionsideologien in Deutschland und Italien im 19. Jahr- hundert . . . . .	237

<i>Jan Kellershohn</i>	
Rechtfertigungen und Anfechtungen des Kapitalismus 1850-2008 . . . . .	243
<i>Jan-Martin Zollitsch</i>	
Momente des Separatismus. Eine Emotionsgeschichte aktueller europäischer Unabhängigkeitsbewegungen: Ka- talonien, Schottland, Südtirol und Kosovo . . . . .	250
<i>Carina Gabriel-Kinz</i>	
Warum Europa, welches Europa? Herausforderungen ei- ner europäischen (Zeit-)Geschichtsschreibung zwischen Globalisierung und Rückkehr der Nationalismen . . . . .	256
<i>Johannes Schuckert</i>	
Evidenzpraktiken und wissenschaftliche Glaubwürdig- keit in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung . . . . .	263
<i>Laura Viktoria Huth</i>	
Relief für die eigene Community: Humanitäre Organisa- tionen in der Heimat und in der Fremde . . . . .	269
<i>Christoph Schmitt</i>	
„Plotting Torture“. Repräsentation und Remediation ge- sellschaftlicher Spaltungen, 19.-21. Jahrhundert . . . . .	276
<i>Stefan Laffin</i>	
Mussolini transnational. Zur Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus in Asien in der Zwischen- kriegszeit . . . . .	282
<i>Peter Römer</i>	
„Man kennt sich“ - Verflechtungen und Verwerfungen zwischen Niederlande und Westfalen im 20. Jahrhundert	289
<i>Manuela Rienks</i>	
Integrative Spaltungen? Zur Ambivalenz des „Nationa- len“ in Unternehmen . . . . .	296
<i>Janine Funke</i>	
Grenzenlos? Zugänge zur Globalgeschichte des 19./20. Jahrhunderts . . . . .	302
<i>Christian Möller</i>	
Fleisch (nicht) essen / (Not) Eating Meat . . . . .	308

<i>Nikolai Okunew</i>	
Der Kalte Krieg als Chance. Handlungsspielräume im geteilten Berlin . . . . .	314
<i>Nikolai Okunew</i>	
Gefahr für die Demokratie? Die neue Rechte in Deutschland	319
<i>Daniel Stahl</i>	
Menschenrechte und Geschlecht im 20. Jahrhundert . . .	324
<i>Maximilian Kutzner</i>	
Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Postto- talitäre Gesellschaften im Vergleich . . . . .	331
<i>Kyra Palberg</i>	
Die vertikale Spaltung. Staatliches Handeln und Klassen- differenzierungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhun- derts . . . . .	339
<i>Daniel Trabalski</i>	
Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft? Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Transformations- und Umbruchszeit nach 1990 . . . . .	347
<i>Gudrun Fiedler</i>	
Die Archive der Protest-, Freiheits- und Emanzipations- bewegungen. Überlieferung einer gespaltenen Gesellschaft	355
<i>Victor Jaeschke</i>	
Das große Spaltungsprojekt? Volksbefragungen und die gesellschaftliche Akzeptanz des europäischen Einigungs- prozesses . . . . .	362
<i>Susanne Schregel</i>	
Helikoptereltern, Hartz-IV-Familien, Migrantenkids. Zum Zusammenhang von Kindheit und sozialer Ungleichheit in der Geschichte der Bundesrepublik . . . . .	369
<i>Jakob Schönhagen</i>	
Zerreißprobe „68“. Andere Perspektiven auf die west- deutsche Revolte . . . . .	376
<i>Janine Funke</i>	
Verblasst-verdrängt-vergessen? Vergangenheitsverlust als Forschungsproblem . . . . .	383

*Friedrich Pollack*

Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin? Minderheits- und Mehrheitskonstellationen am Beispiel der Sinti und Roma in der BRD . . . . . 388

*Ronny Grundig*

The Global Knowledge of Divided Societies. The Measurement of Economic Inequality in Europe and the World since 1945 . . . . . 394

*Sebastian Gehrig*

Gewaltdynamik und gespaltene Gesellschaften: Holocaust, Besatzungsherrschaft und die Neukonfiguration sozialer Beziehungen (1939-1945) . . . . . 401

*Malte Borgmann*

Urban distinctions. Praxeologische Perspektiven auf Segregation und Nachbarschaftlichkeit im Westeuropa des 20. Jahrhunderts . . . . . 407

*Jens Gründler*

Ungleiche Gesundheitschancen – trotz offener Gesellschaften? (1949–2018) . . . . . 415

*Stella Kneifel*

Die Geschichte nah-östlicher Gesellschaften zwischen politischen Einheitsansprüchen und gesellschaftlichen Spaltungen: Syrien und der Libanon . . . . . 421

*Gaëlle Fisher*

The Politics of Citizenship: Enemy Aliens, Citizenship Classification, and the Division of Societies in Twentieth-Century Germany, the Netherlands, and Europe . . . . . 428

*Andreas Jünger*

Verlierer der Zeitgeschichte? Südeuropa nach 1945 . . . . . 433

*Clara Frysztacka*

Gespaltene Gesellschaften: Politiken des Weißseins: Gespaltene Gesellschaften in Europa und Nordamerika . . . 440

*Janosch Steuwer*

War das Dritte Reich ein „Rassenstaat“? Kritische Perspektiven . . . . . 447

*Kornelia Konczal*

Einheit oder Spaltung durch Transformation? Erfahrungen und Narrative einer langen Geschichte des (post)kommunistischen Umbruchs in Zentraleuropa . . . . . 453

*Jens W. Ciecior*

Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das „Digitale“ in den Geschichtswissenschaften? . . . . . 458

*Maik Fiedler*

Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das ›Digitale‹ in den Geschichtswissenschaften? 462

*Christine Friederich*

Quo vadis Quellenkritik? Digitale Perspektiven . . . . . 469

*Anne Purschwitz, Andreas Müller*

Forschungsdaten: rechtliche Herausforderungen und wissenschaftliche Reputation. Forschungsdatenmanagement als Bestandteil einer neuen Wissenschaftskultur . . . . . 475

*Sebastian Gehrig*

Gewaltdynamik und gespaltene Gesellschaften: Holocaust, Besatzungsherrschaft und die Neukonfiguration sozialer Beziehungen (1939-1945) . . . . . 401

*Wolfgang Geiger*

Wie geht es weiter mit der DDR-Geschichte im Geschichtsunterricht? . . . . . 482

*Ulrike Denne*

„Bedrohte Ordnungen“ – eine Kooperation des SFB 923 mit der Geschichtsdidaktik zur Verbindung von Fachwissenschaft und Unterricht . . . . . 487

*Christoph Wilfert, Jochen Pahl*

Werte und Werteerziehung im Geschichtsunterricht?! . . . 495

*Ulrike Denne*

„Bedrohte Ordnungen“ – eine Kooperation des SFB 923 mit der Geschichtsdidaktik zur Verbindung von Fachwissenschaft und Unterricht . . . . . 487

*Jonas Bechtold*

Open Access. Gespaltene Geschichtswissenschaft? . . . . . 503

<i>Anna Breidenbach</i>	
Globalgeschichte – eine Standortbestimmung . . . . .	508
<i>Esther Helena Arens</i>	
Deutsch-niederländische Geschichtsnetzwerke. Erfahrungen – Beobachtungen – Perspektiven. Podiumsdiskussion	511
<i>Christian Wenzel</i>	
Peace of Westphalia 1648/2018 . . . . .	516
<b>Register</b>	<b>525</b>
Autorinnen und Autoren der Beiträge . . . . .	525

## Vorwort

Vom 25. bis 28. September 2018 fand der 52. Deutsche Historikertag in Münster statt. Gemeinsam mit dem Organisationsbüro des Historikertages haben H-Soz-Kult und Clio-online als Medienpartner den Historikertag mit Ankündigungen im Vorfeld begleitet. Wie in den Vorjahren konnten in Zusammenarbeit mit den Veranstaltern der Sektionen zahlreiche Autorinnen und Autoren für Sektions- und Querschnittsberichte gewonnen werden. Während Sektionsberichte vor allem die einzelnen Beiträge der Panels reflektieren, nehmen Querschnittsberichte epochale oder thematische Zugänge mehrerer Sektionen in den Blick und versuchen, übergreifende Fragestellungen, Themen und Trends sichtbar zu machen.

Der 52. Historikertag hat erstmals mit mehr als 100 Panels und Diskussionsveranstaltungen eine neue Quantität erreicht. Diese spiegelt sich auch in der wachsenden Anzahl der Berichte. Diese wurden bereits auf der Website von H-Soz-Kult [www.hsozkult.de/text/id/texte-4606](http://www.hsozkult.de/text/id/texte-4606) veröffentlicht und natürlich wie gewohnt als Email-Beiträge auf der Mailingliste bzw. im Newsletter angekündigt. Die Publikation in der Reihe Historisches Forum ergänzt nun diese Veröffentlichungen, der Band wird auf dem Dokumentenserver der Humboldt-Universität zu Berlin archiviert.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren, Beteiligten und Unterstützern und natürlich den Veranstaltern und Organisatoren des 52. Historikertags in Münster für die hervorragende Unterstützung und Mitarbeit.

Für die H-Soz-Kult Redaktion

Thomas Meyer und Thomas Werneke



## Querschnittsberichte

### Alte Geschichte

*von Christoph Michels*

Besprochene Sektionen:

Das Meer in der Antike: Spaltung und Polarisierung

Spaltend oder verbindend? Das Christentum in Ost und West zwischen Spätantike und Frühmittelalter

Ausprägungen und Überwindungen gesellschaftlicher Spaltungen im Zeitalter des Hellenismus (4.-1. Jahrhundert v. Chr.)

Das eigene Fremde. Exklusionsparadox und römische Identität im 1./2. Jahrhundert n. Chr.

Wenn „cultural brokers“ scheitern – Fehlgeschlagene Kommunikation lokaler Eliten im antiken Nahen Osten

Bürgerkriegskultur. Bellum civile und politische Kommunikation in der späten römischen Republik

Mit dem Rahmenthema „Gesplaltene Gesellschaften“ wurde für den Historikertag 2018 eine in dieser Form wohl nicht absehbare Aktualität erreicht. Das Thema bietet aber auch jenseits aktueller Herausforderungen große Erkenntnismöglichkeiten, zeigen sich doch oft gerade in Ausnahmesituationen grundlegende Mechanismen historischer Gesellschaften. Die einzelnen Sektionen mit althistorischer Ausrichtung untersuchten dabei ganz unterschiedliche Phänomene und Aspekte aus diversen Perspektiven, wobei überraschenderweise die grundlegende Dichotomie frei/unfrei keine Rolle spielte.

Die erste althistorische Sektion, „Das Meer in der Antike: Spaltung und Polarisierung“, trug dabei direkt eine Überraschung im Titel. Denn es ist heute gemeinhin etabliert, wie die Sektionsleiterin CHARLOTTE SCHUBERT (Leipzig) einleitend hervorhob, auf die mediterrane Konnektivität hinzuweisen und auf die Bedeutung des Mittelmeeres als

kulturelles Arsenal.<sup>1</sup> Die Vorträge der Sektion betrachteten hingegen das Meer als einen vom Land abgegrenzten Wahrnehmungs- und Handlungsraum in seiner Funktion als spaltendes oder, wie Raimund Schulz in seinem abschließenden Kommentar formulierte, als störendes Element für die griechische Welt. Der Fokus lag dabei auf dem klassischen Athen und hier konkret auf der Zeit des Peloponnesischen Krieges.

CHRISTOPH SCHÄFER (Trier) versuchte das Denken des Alkibiades als Seekriegsstrategie zu rekonstruieren und betrachtete somit das Meer primär als Handlungsraum. Auf Basis moderner Theorien zur Seekriegführung, die die Bedeutung von Seeverbindungslinien und deren Kontrolle durch „hot spots“ in den Mittelpunkt rücken, analysierte Schäfer das Vorgehen der Athener während der Sizilienexpedition vor der Abberufung des Alkibiades. Unter Rückgriff auf moderne Strömungsberechnungen kam er zu dem Schluss, dass die Anfangsaktionen der Athener der Gewinnung von „hot spots“ dienten. Alkibiades habe insofern die Prinzipien der Seekriegführung verstanden. Thukydides dagegen, bei dem sich mitunter eine konservative aristokratische Perspektive und eine ambivalente Sicht auf die Seeherrschaft zeige, werde dem in seiner Darstellung nicht gerecht.

WERNER RIESS (Hamburg) nahm dann mit dem Meer assoziierte Gewalthandlungen des Alkibiades in den Blick und verglich die Darstellung und Häufigkeit bei Thukydides, Xenophon und Plutarch. Über die Datenbank „ERIS“ machte er dabei die deutlichen Unterschiede in der Darstellung der drei Autoren, die sowohl gattungsbedingt als auch den unterschiedlichen behandelten Abschnitten von Alkibiades' Wirken geschuldet sind, visuell erfahrbar. Wie SCHÄFER hielt RIESS eine Neubewertung des Alkibiades für angemessen, denn dieser sei kein Hasardeur gewesen und weit weniger risikofreudig als gemeinhin angenommen. Dies ist auf Basis allein der Kriegführung indes schwierig. Wurde in der Präsentation auch der Nutzen einer Feindifferenzierung zwischen verschiedenen Gewaltformen deutlich, so zeigte sich doch das Potenzial solcher Datenbanken, gerade bei einer Anwendung auf serielle Quellen. Dies ist insbesondere für Epigraphik und Papyrologie eine Perspektive.

<sup>1</sup> Vgl. etwa Richard Farber / Achim Lichtenberger (Hrsg.), Ein pluriverses Universum. Zivilisationen und Religionen im antiken Mittelmeerraum, Paderborn 2015.

MICHAELA RÜCKER (Leipzig) widmete sich dem Thema „Das Meer als Zerstörer“ und betrachtete dabei die Rolle des Meeres als unberechenbare Gefahr seit den Anfängen griechischer Literatur. Hierbei konzentrierte sie sich auf Athen, das stets auch die Möglichkeiten und Ressourcen des Meeres wahrgenommen habe. Am Atlantismythos machte sie deutlich, wie das Meer besonders in Platons Werk als Gefahr und Veränderer dargestellt wurde. In der Willkürlichkeit des Meeres zeigten sich die Ambivalenzen des Meeres und der Seefahrt und seine Qualität als Gefahrenquelle für die Stabilität der Gemeinschaft.

RAIMUND SCHULZ (Bielefeld) spannte den Bogen in seinem Kommentar weiter als in den vorangegangenen Vorträgen. In einer makrohistorischen Perspektive betonte er die Prägung der griechischen Kultur durch das Meer. Im Vergleich mit anderen Kulturräumen werde deutlich, dass das Meer zudem eine exzeptionelle Bedeutung als Kriegsschauplatz besessen habe. In der antiken Literatur erscheine das Meer als große Gefahrenquelle aber auch als Chance für große Gewinne an fremder Küste. Dabei sei allerdings kein Interesse am Meer selbst erkennbar, sondern an seiner Funktion als Verbindungsweg, weswegen es keine eigenständige Größe gewonnen habe, sondern nur in seiner Anbindung an Küsten, Häfen usw. gedacht wurde. Im Krieg zeige sich die konstruktive wie auch die destruktive Verwendung des Meeres. Bezüglich der Seekriegführung betonte Schulz zu Recht, dass deren Untersuchung nicht auf große Schlachten beschränkt bleiben dürfe, die doch eher den Ausnahmefall darstellten. In der Diskussion aufgenommen wurde dann unter anderem das Problem, Akteuren in Widerspruch zur Darstellung des Thukydides stehende Motivationen zuzuschreiben, wobei neben diversen Studien auch die entsprechende Sektion des letzten Historikertag bereits zeigte, dass sich eine Auseinandersetzung mit Thukydides' Glaubwürdigkeit lohnt.

Die anschließende, epochenübergreifende Sektion „Spaltend oder verbindend? Das Christentum in Ost und West zwischen Spätantike und Frühmittelalter“ ging der Frage nach, inwiefern die christliche(n) Religion(en) und die kirchliche Organisation in dieser Umbruchszeit für den Mittelmeerraum eher einigend wirkten oder aber Elemente waren, die zu dessen Spaltung beitrugen. In den verschiedenen Vorträgen wurde deutlich, dass die Antwort auf diese überaus komplexe und

von der Forschung gerade auch in den letzten Jahren wieder intensiv diskutierte Frage simplifizierend wohl ‚sowohl als auch‘ lauten müsste.

FABIAN SCHULZ (Tübingen) konzentrierte sich in seinem Vortrag „Gehören Christus und die Apostel dem Osten oder dem Westen? Raum und Autorität im 4. Jahrhundert“ auf den trinitarischen Streit und das antiochenische Schisma, wobei er betonte, dass es bei den innerkirchlichen Konflikten nicht nur um Glaubensstreit, sondern auch um den Kampf um Posten gegangen sei. In diesen Auseinandersetzungen wurde mit dem Rückgriff auf christliche Autoritätsfiguren und deren Wirkungsstätten operiert. Die Folge sei gewesen, dass es in beiden Lagern eine Identitätsstiftung durch Abgrenzung von der jeweils anderen Seite gegeben habe, was für das Verhältnis zwischen „West“ und „Ost“ spaltend gewirkt habe.

STEFFEN DIEFENBACH (Konstanz) betrachtete „Das Papsttum im ostgotischen Italien“ unter dem Gesichtspunkt von Strukturkonflikten zwischen apostolischer und reichskirchlicher Ordnung. Schwierig sei es, das Papsttum generell als „Spaltpilz“ zu bewerten. Vielmehr sei zwischen der Kommunikation zwischen dem Bischof von Rom und dem Kaiser im Osten sowie der Kommunikation zwischen den Bischöfen von Rom und Konstantinopel zu differenzieren. Diefenbach stellte heraus, dass nach Ende der valentinianischen Dynastie das Papsttum nicht per se spaltend gewirkt habe, wobei es allerdings paradoxerweise nur so lange politisch einigend wirkte, solange Rom nicht unter der Kontrolle des oströmischen Kaisers stand. Das Bild einer privilegierten Partnerschaft zwischen diesen beiden Kommunikationspartnern sei allerdings keineswegs eindeutig.

CAROLA FÖLLER (Erlangen) richtete ihren Blick auf die Bischöfe von Ravenna, die als politische Spieler an einer Schnittstelle zwischen Ost und West operierten, und fragte nach ihrer Rolle für die Entfremdung der beiden Sphären. Anhand mehrerer Beispiele zeigte sie dabei auf, wie die ravennatischen Bischöfe – einerseits im Mittelpunkt der oströmischen Verwaltungsprovinz Italien und andererseits dem Bischof von Rom unterstellt – zuweilen opportunistisch agierten und diskutierte ihre Verbindungen und Kontakte zum oströmischen Kaiser. Gerade an einer hybriden Institution wie der Kirche von Ravenna seien zudem die für diesen Zeitraum prägenden kulturellen Differenzierungsprozesse

von Ost und West feststellbar.

LAURY SARTI (Freiburg) analysierte, inwiefern religiöse Debatten wie der monophysitische oder der ikonoklastische Streit in der damaligen Terminologie auch den Charakter eines Konflikts zwischen Ost und West gewannen. Ausdruck eines Entfremdungsprozesses sei schließlich die Benennung der Byzantiner als „Griechen“, die aufgrund ihrer *kacodosia* nicht länger Kaiser der Römer seien. Während diesen so Fremdheit zugeschrieben worden sei, könne bei den westlichen Autoren eine Verbindung zwischen Orthodoxie und Imperium Romanum rekonstruiert werden.

Die Sektion wurde der Tendenz der jüngeren Forschung gerecht, die Epochengrenzen zwischen Spätantike und Frühmittelalter zu überwinden und die behandelte Zeit als Phase der Transformation und nicht des abrupten Bruchs zu verstehen. Dass sich in den verschiedenen Beiträgen dabei ein durchaus widersprüchliches Bild präsentiert, entspricht der Komplexität der Entwicklungen, angesichts derer eine Fokussierung auf einen Teilbereich, in diesem Falle den der christlichen Religion, aber als durchaus angemessen erscheint.

Die Sektion „Ausprägungen und Überwindungen gesellschaftlicher Spaltungen im Zeitalter des Hellenismus (4.-1. Jahrhundert v. Chr.)“ konzentrierte sich auf die Zentrifugalkräfte in den hellenistischen Großreichen des Ostens. Wie GREGOR WEBER (Augsburg) dabei einführend bemerkte, war gerade die multi-ethnische ‚Gesellschaft‘ des Seleukidenreiches nur dadurch geeint, dass sie einem einzigen König unterstand. Sowohl Seleukiden als auch Ptolemäer setzten dabei zur Sicherung ihrer Fremdherrschaft maßgeblich auf angeworbene und angesiedelte Griechen und Makedonen, die als eine Art „herrschende Gesellschaft“ eine privilegierte Stellung besaßen. Obgleich diese ‚Gesellschaften‘ daher zutiefst gespalten waren, werden die konkreten lokalen Zustände und die jeweilige Kohäsion der Reiche sehr unterschiedlich bewertet. Die Sektion fragte nach den Parametern der Konflikte und der Reaktion der Könige.

PETER FRANZ MITTAG (Köln) fragte für das von einer geringen administrativen Durchdringung geprägte Seleukidenreich nach Formen indigener „Illoyalität“. Die Offenheit des Begriffs erlaubte es dabei, verschiedene Phänomene in den Blick zu nehmen, welche in die Typen

passiver Widerstand, Zahlungsverzug, Verlassen des Herrschaftsverbandes, regionale Aufstände und schließlich Königsmord aufgeteilt wurden. Es folgten die ebenfalls regelmäßig stattfindenden Illoyalitäten graeco-makedonischer Untertanen. Die Reaktion der Könige war häufig militärisch. Außerdem versuchten die Seleukiden durch Eheverbindungen Loyalitäten anschließend von neuem herzustellen. Zusammenfassend hielt Mittag fest, dass von ‚national‘ motiviertem Widerstand wohl eher nicht die Rede sein könne. Häufig wurde die Loyalität unter Nutzung von Phasen der Schwäche der Zentralgewalt vielmehr wegen Abgabendruck oder aus Angst vor Prestigeverlust aufgekündigt.

ANDREAS HARTMANN (Augsburg) nahm dagegen mit Judäa eine gesplante nicht-griechische Gesellschaft in den Blick. Das im Spannungsfeld zwischen Ptolemäern und Seleukiden gelegene hellenistische Judäa stellt insofern einen Sonderfall dar, als es selbst Quellenzeugnisse hervorbrachte, die es erlauben, neben den eigentlichen inneren Konflikten auch die memoriale Verarbeitung dieser Ereignisse im 1. und 2. Makkabäerbuch zu untersuchen. Im 1. Makkabäerbuch werden die innerjüdischen Auseinandersetzungen ausgeblendet und der Konflikt durch Ethnisierung gleichsam externalisiert, wodurch es quasi zur diskursiven Überwindung der inneren Spaltung kommt. Die das 1. Buch prägende Einheit von Ethnos und Religion ist allerdings im 2. Makkabäerbuch aufgehoben. Hier findet sich vielmehr die narrative Konstruktion von Spaltung, was der Situation Judäas nach Erreichen der Selbstständigkeit entsprach, einer Zeit, in der die theologischen Streitigkeiten noch zunahmen.

GUNNAR R. DUMKE (Halle-Wittenberg) blickte in seinem Vortrag auf das antike Indien. Aufgrund des weitgehenden Fehlens literarischer Quellen ist man hier auf die Interpretation der Münzen der graeco-baktrischen Könige, die sich vor allem durch ihre zweisprachige Legende (Griechisch/Kharoshthi) von allen anderen hellenistischen Münzen unterscheiden, sowie einiger Inschriften angewiesen, um dem Umgang der Könige mit ihren nicht-griechischen Untertanen nachzuspüren. Während bei den in zweisprachigen Inschriften belegten ‚Meridarchen‘ feststellbar ist, dass diese Beamten griechische Namen trugen, solange es griechische Herrscher gab, stellt sich die Bewertung des numismatischen Materials als schwierig dar. Bei den nur in geringer

Menge produzierten Bronzemünzen überrascht, dass es parallel zu den indo-griechischen Münzen auch dezidiert indigene Bronzeprägungen gab, die zudem bislang nicht zusammen in Horten gefunden wurden. Möglich scheint hier also eine der gesellschaftlichen Spaltung Rechnung tragende Prägetätigkeit der Könige. Hier stellt sich weiterhin die grundsätzliche und noch immer kontrovers diskutierte Frage nach der Motivation für Münzprägung.

STEFAN PFEIFFER (Halle-Wittenberg) analysierte „Innere Konflikte und herrschaftliche Versöhnungsstrategien im ptolemäischen Ägypten (3.-2. Jahrhundert v. Chr.)“. Obgleich die Herrschaft der Ptolemäer stabiler war als diejenige der Seleukiden, gab es doch in ihrem Stammland Ägypten tiefe gesellschaftliche Spannungen. Unter Ptolemaios V. führte eine einheimische Aufstandsbewegung in Oberägypten gar zur Etablierung eines ägyptischen Gegenkönigs. Der Vortrag untersuchte Ursachen und Träger der Aufstände ebenso wie die Befriedungsstrategien der Ptolemäer. Dabei zeigte Pfeiffer, dass einheimische Herrscher präferiert wurden und die Konfliktlinie insofern durchaus eine kulturelle Dimension besaß. Die Befriedungsstrategie der Ptolemäer lief auf eine Kombination aus militärischem Druck, Versöhnung und der religiösen Legitimierung des Ptolemaios als Pharao hinaus, wobei die ägyptische Priesterschaft assistierte, um neue Stabilität zu erzeugen. Die Spaltung der Gesellschaft blieb in der Folgezeit freilich bestehen.

HANS-ULRICH WIEMER (Erlangen-Nürnberg) zeigte in seinem resümierenden Kommentar durch einen kurzen wissenschaftshistorischen Abriss auf, dass das von der Sektion verfolgte Thema die Forschung zwar schon seit langem beschäftigt, diese dabei jedoch stark von den jeweiligen Zeitumständen geprägt war. In den letzten Jahrzehnten sei eher das Verbindende in den Fokus gerückt worden, während die vorangehenden Vorträge das ‚Spaltende‘ untersuchten. Die Frage nach dieser Dimension erlaube dabei aufgrund der äußerst unterschiedlichen lokalen Verhältnisse in der hellenistischen Staatenwelt keine einfachen Antworten. In der Diskussion aufgegriffen wurden dabei besonders die problematische Dichotomie ‚griechisch – indigen‘ und der Wandel des Konzepts von ‚Hellenizität‘ im Osten ebenso wie im traditionellen Siedlungsraum der Griechen, Problemfelder, die sicher auch bei der zukünftigen Analyse von Kohäsion und Instabilität der makedonischen

Großreiche eine wichtige Rolle spielen werden.

Identitäts- und Alteritätsdiskurse stellen sicher ein Forschungsfeld dar, zu dem in den letzten Jahrzehnten besonders intensiv gearbeitet worden ist. Gleichzeitig hat sich die Untersuchung von Ethnogenese und Kulturkontakten als überaus fruchtbar für das Verständnis zentraler Prozesse in der Alten Welt erwiesen. Die Sektion „Das eigene Fremde. Exklusionsparadox und römische Identität im 1./2. Jahrhundert n. Chr.“ beleuchtete kulturelle Irritationen und Debatten um die Identität Roms in Zeiten der frühen Kaiserzeit, die besonders durch in den Quellen greifbare Inklusions- und Exklusionsprozesse deutlich werden.

BENJAMIN ISAAC (Tel Aviv) stellte in seinem Vortrag zunächst beispielhaft die Konstruktion ethnischer Stereotype sowie deren griechische Ursprünge vor. Solche Vorstellungen konnten dabei als Grundlage für ethnisch begründete Herrschaftsansprüche dienen, da manche Völker durch natürliche Voraussetzungen zur Herrschaft prädestiniert seien, während anderen ‚von Natur aus‘ die Sklaverei zukomme. Der Unterwerfungsstand führte in diesem Denken in einem unumkehrbaren Prozess zu weiterer Degenerierung und dem Verlust von virtus. Isaac ging dabei näher auf die bekannten Stereotype von Syrern und Germanen ein und diskutierte den paradoxen Befund, dass sich etwa die Vorurteile einer östlichen Verweichlichung hielten, obgleich die Syrer auch Dienst in der Armee taten. Trotz der langen Dauer und Integrationskraft des Imperium Romanum sei es doch gestützt auf Vorstellungen entstanden, die als antike Form von Rassismus gesehen werden könnten.

THOMAS BLANK (Mainz) änderte in seinem Vortrag die Perspektive und fragte anhand der Stereotypisierung der berüchtigten Attispriester nach alternativen Gruppenzugehörigkeiten Ausgestoßener innerhalb einer Gesellschaft. In der Satire werden diese quasi zum Symbol des Unrömischen. Blank fragte dann nach dem Verhältnis der literarischen Gestaltung zur realen Präsenz der Attispriester in Rom. Das Kultpersonal der Magna Mater sei zwar in der Republik durch Einschränkung des Zugangs zu den Priestertümern exkludiert worden, aber durch diese Kontrolle sei der Kult nichtsdestoweniger als Teil der Zivilreligion inkludiert worden. Nachdem der Zugang zu Priesterämtern seit claudischer Zeit für Bürger offen war, stellte sich die Frage nach einer

„Kontrastidentität“ innerhalb der römischen Bürgerschaft. Die greifbare Selbstdarstellung der männlichen Vereinspriester mit Bürgerstatus betonte deren Alterität, woraus möglicherweise ein neues Selbstbewusstsein der eigenen Andersartigkeit spreche. Die hervorgehobene Gesellschaftsferne sollte zudem vermutlich eine besondere Gottesnähe evozieren.

FELIX K. MAIER (Würzburg) verfolgte die Frage, inwiefern Rom tatsächlich als Absorptionsphänomen zu bewerten sei oder ob sich nicht vielmehr Irritationen zwischen den Provinzen sowie dem Reichszentrum zeigen, das im 1. Jahrhundert n. Chr. einen Zustrom von Nicht-Italikern erlebte, die bald die Finanzelite mitprägten, und in deutlich begrenzterem Maße auch in der Senatorenschaft ankamen. Vor diesem Hintergrund schlug er vor, die häufig als Ausdruck einer rein persönlichen Vorliebe entstammende provinzfreundliche Politik des Kaisers Hadrian vielmehr als Maßnahmen zu bewerten, die einer immer deutlicher werdenden Konfrontation begegnen sollten. Dabei diskutierte Maier die Hybridisierung in der Architektur und die Provinzserie Hadrians als möglichen visuellen Ausdruck dieser Bemühungen, die auch mit der intensiven Reisetätigkeit des Kaisers zu verbinden seien. Hier ist sicher Raum für weitere Überlegungen, in die dann auch das Panhellenion einzubinden wäre, das ja keineswegs das ganze Reich verband, sondern vielmehr eng mit dem Philhellenismus Hadrians zusammenhing.

In seiner Kommentierung fragte HARTWIN BRANDT (Bamberg) am Ende der Sektion grundlegend nach der Relation zwischen den anhand fiktionaler literarischer Texte erschlossenen Irritationen und der realen Gesellschaft des kaiserzeitlichen Imperium Romanum. Zentral für eine Bewertung der Integration von Nicht-Italikern sei es, sich über deren Definition klar zu werden und ob sie überhaupt im Interesse der Fremden gelegen habe, die in ihren Grabinschriften durchaus eine Selbstzuschreibung als Provinziale thematisierten. Schließlich sei bei etwaigen Stellungnahmen der Reichszentrale zu dieser Thematik die Frage nach den Adressaten dieser Botschaften wichtig. Es stellen sich somit diverse methodische Herausforderungen, was dem Forschungsfeld aber nichts von seinem Erkenntnispotenzial nimmt.

Gleichzeitig zu dieser Sektion leitete MARTIN JEHNE (Dresden) zusammen mit DAGMAR ELLERBROCK (Dresden) und GERD SCHWER-

HOFF (Dresden) die Sektion „Invektive Spaltungen?“. Ich beschränke mich auf die Wiedergabe seines Vortrags, dessen Manuskript er mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Jehne besprach hier Invektivketten des Jahres von Caesars erstem Consulat (59 v. Chr.) und die daraus resultierende Exklusion von Akteuren von der politischen Kommunikation. Jehne ging dabei von dem Versuch des anderen Consuls des Jahres, Bibulus, gegen die Gesetzgebung Caesars vorzugehen, aus. Dabei ließ sich Bibulus jedoch zu dem Fehler hinreißen, dem in der Volksversammlung versammelten und Caesars Initiative gewogenen *populus* offen das Letztentscheidungsrecht in der Sache abzusprechen und es damit normverletzend zu beleidigen. Die Quittung erhielt er dann in der drei Wochen später stattfindenden, abstimmenden Volksversammlung, während derer er in ehrverletzender Weise vertrieben wurde. Bibulus, der schließlich die politische Selbstexklusion gewählt hatte, konnte dann allerdings später im Jahr wieder ein gewisses Ansehen gewinnen, als er gegen die mittlerweile Ablehnung findende Politik des ‚Triumvirats‘ mithilfe invektiver Edikte vorging, deren Ziel Pompeius, Caesar und ihre Helfer waren. Beim Volk, dem nun die Rolle des Publikums zukam, konnte Bibulus so wieder Gunst finden. Die Invektive gegenüber politischen Gegnern war Teil des politischen Geschäfts, und hier war für die Senatoren eine gewisse ‚Invektivrobustheit‘ und Flexibilität bei der Wahl politischer Allianzen notwendig, um erfolgreich die eigene Karriere voranzutreiben. Erlaubte die Untersuchung der Formen und Spielregeln von Invektiven die Beleuchtung von kommunikativen Spielregeln der Späten Republik, so wäre es in Zukunft wohl lohnend, dies mit den Invektiven in der Versammlungsdemokratie Athens zu vergleichen.

Die Sektion „Wenn ‚cultural brokers‘ scheitern – Fehlgeschlagene Kommunikation lokaler Eliten im antiken Nahen Osten“ nahm dann zwei hellenistische und zwei kaiserzeitliche Fallbeispiele in den Blick, um die Anwendbarkeit des Konzepts der *cultural brokers* zu testen – der Definition nach Individuen, die Erfahrungen mit einer fremden Kultur gemacht haben und dieses Wissen für sich und ihre Gemeinschaft nutzbar machen. Dank ihrer Prominenzrolle kommt ihnen eine wichtige Vermittlerrolle im Kontakt mit fremden Gemeinschaften zu oder, auf die Verhältnisse im hellenistisch-römischen Nahen Osten angewandt, eine

Scharnierfunktion zwischen lokaler Gemeinschaft und Reichszentrale. Die Sektion konzentrierte sich dabei auf das Scheitern dieser Akteure in ihrer Funktion als *broker*, da in diesen Momenten die Asymmetrie der Positionen der Kommunikationspartner besonders deutlich zutage trete.

BENEDIKT ECKHARDT (Edinburgh) diskutierte die Vorgeschichte des Konfliktes zwischen Judäa und Antiochos IV. Er konzentrierte sich dabei auf die Rolle der Etablierung des Gymnasions und eines „Antiocheia“ in Jerusalem, die Jason, der Bruder des Hohepriesters, vom Seleukidenkönig erwirkte. Durch mehrere Inschriften lässt sich dessen Rolle in verschiedenen Gemeinwesen im Seleukidenreich heute differenziert beurteilen. Am ehesten vergleichbar sei dabei die Situation in Babylon. Hier erscheint das Gymnasion als Institution eines elitären Clubs, und es sind Konflikte zwischen den Babyloniern und den Politai des seleukidischen Gemeinwesens innerhalb der Stadt festzustellen. Auf Jerusalem angewandt würde dieses Modell bedeuten, dass das dortige Antiocheia nicht, wie oft rekonstruiert, die ganze Stadt umfasste, sondern eine privilegierte Polis neben dem Ethnos war. Jason wäre insofern nicht mit der Selbsthellenisierung Jerusalems gescheitert, wohl aber bei der Monopolisierung der Kommunikation mit dem Seleukidenkönig.

Der Vortrag von SITTA VON REDEN (Freiburg) untersuchte den Kontext von Aufstandsbewegungen und deren Interdependenz mit Nahrungsknappheiten. Ausgehend vom Umsturzversuch des Ägypters Dionysios Petosorapis, einer der ‚Freunde‘ des Königs, analysierte von Reden die von ihr als transkulturell klassifizierte ptolemäische Verwaltung hinsichtlich der Bedeutung von Personen wie Zenon, die als Funktionäre wichtige Zwischenpositionen zwischen Herrscher und Bauern einnahmen und auf ihren Posten auch als Teil von Patronagesystemen von ihnen Abhängige auf sich verpflichten konnten. Im Gegensatz zu Pfeiffer sprach sie kulturellen Konflikten bei den Aufstandsbewegungen keine Bedeutung zu, sondern sah soziale und politische Instabilität und Unruhen hauptsächlich durch Versorgungskrisen motiviert. Diese hätten das Vertrauen in die Könige erschüttert, deren Göttlichkeit als Garant für Fülle und Fruchtbarkeit galt.

JULIA HOFFMANN-SALZ (Köln) nahm in ihrem Vortrag unter den zahlreichen indigenen Eigenherrschaften, die im späthellenistischen

syrischen Großraum entstanden, das frühkaiserzeitliche Ituraea in den Blick. Dabei analysierte sie die Aktivitäten des Zenodoros, der in der antiken Literatur lediglich als eine Art Räuberhauptmann begegnet, dem jedoch eher die Rolle eines Klientelherrschers zuzuschreiben sei. Für diesen sei Rom das Zentrum seines machtpolitischen Koordinatensystems gewesen, wie sie durch seine Münzprägung illustrierte. Dass Zenodoros letztlich keine erfolgreiche Politik betreiben konnte, führte Hoffmann-Salz darauf zurück, dass es diesem nicht gelang, ein Nahverhältnis zum Reichszentrum aufzubauen, das dem seiner Konkurrenten gleichkam.

MONIKA SCHUOL (Eichstätt) stieg mit der Frage ein, wie die jüdisch-römischen Beziehungen in der Katastrophe des Ersten Jüdischen Krieges münden konnten, obwohl Herodes ein Dreivierteljahrhundert zuvor ein durchaus erfolgreicher *cultural broker* gewesen sei. An den Beispielen von Agrippa II. und Flavius Josephus illustrierte sie, wie die Akteure auf jüdischer Seite auf ihr hohes Sozialprestige und ihre Kontakte nach Rom zurückgriffen. Dass sie als *cultural broker* scheiterten, sah Schuol letztlich in einem unauflöslichen Dilemma begründet. Die Eliten machten sich durch gerade das unter den eigenen jüdischen Glaubensgenossen verdächtig, was sie zu möglichen Vermittlern werden ließ: eine Affinität gegenüber dem Hellenismus und Rom. Ihre kulturelle Anschlussfähigkeit delegitierte sie.

Hoffmann-Salz fasste die Sektion abschließend zusammen und reflektierte das Konzept des *cultural broker*, für dessen zukünftige fruchtbare Verwendung indes wohl noch klarer definiert werden müsste, ob mit ihm eine – bewusste oder unbewusste – Kulturvermittlung verbunden ist oder lediglich das machtpolitische Agieren an kulturellen Schnittstellen. Für deren Stellung jedenfalls war Vertrauen eine zentrale Ressource, mit deren Verlust oft ein Scheitern der Akteure einherging.

Die letzte althistorische Sektion, „Bürgerkriegskultur. Bellum civile und politische Kommunikation in der späten römischen Republik“ widmete sich schließlich der extremsten Form gesellschaftlicher Spaltung, der gewaltsamen Auseinandersetzung. Der spezifische Zugang zu den *bella civilia*, die die Gesellschaft in verschiedene Lager spalteten und letztlich in den Untergang der bisherigen politischen Ordnung führten, lag, wie Wolfgang Havener einleitend ausführte, in der Untersuchung

einer „Bürgerkriegskultur“. Die Erfahrung der brutalen inneren Kämpfe, die als Konzept dem römischen Gemeinwesen zunächst so fremd waren, dass nicht einmal eine Terminologie dafür existierte, hatte nach Ansicht der Organisatoren grundlegende Rückwirkungen auf die römische Gesellschaft. Diese kulturgeschichtliche Perspektive auf die Bürgerkriege sei von der Forschung, die sich natürlich stets intensiv mit dem behandelten Zeitraum auseinandergesetzt hat, noch nicht hinreichend berücksichtigt worden.

HENNING BÖRM (Konstanz / Tübingen) begann mit der Beobachtung, dass die Ereignisse der 70er Jahre des 1. Jahrhunderts v. Chr. für Rom mit den Elementen der inneren Gewalt, Forderung nach Neuverteilung des Bodens und Vorwurf des Strebens nach *tyrannis* ganz neuartig sein mussten, während sie für einen Griechen typische Symptome einer *stasis* gewesen wären. Die Parallelen in den Berichten über die römischen *bella civilia* zu griechischen *staseis* scheinen dabei keine literarische Konstruktion griechischer Autoren gewesen zu sein, da sich Vergleichbares auch bei römischen Autoren findet. Der Diskurs der griechischen Welt sei dabei vor allem von der Konstruktion von Dichotomien geprägt gewesen, wobei die Polisgesellschaften wohl besonders für ein solches Denken prädestiniert gewesen seien. Die römische Nobilität sei dagegen im 2. Jahrhundert noch deutlich kompromissbereiter gewesen. Zu beobachten sei nicht die Überführung des Phänomens, sondern des Stasis-Diskurses schon während der Konflikte, so dass dieser auch die Konzeptualisierung der Ereignisse durch die Nobilität beeinflusste.

ANNA SCHNEIDERHEINZE (Konstanz) untersuchte die Korrespondenz Ciceros mit Atticus in den dramatischen Jahren 48/47, die gegenüber historiographischen Quellen den Vorteil eines direkten Einblicks in die zeitgenössische Wahrnehmung besitzt. Der Zeitpunkt von Ciceros Übertritt zu Caesar hatte sich als potenziell fatal herausgestellt. In drei Schritten untersuchte die Referentin, wie mehrere Fehlentscheidungen Cicero ins Hintertreffen gegenüber anderen Nobiles brachten, die ebenfalls auf Begnadigung warteten, und wie dieser hoffte, seinen prekären Status verbessern zu können, wie sich die Brüder Marcus und Quintus mithilfe riskanter Schmähbriege gegenseitig denunzierten und wie schließlich die kritische Situation, in der eine Begnadigung unsicher

und Proskriptionen möglich erschienen, innovative Argumentationsstrukturen hervorbrachte.

ULRICH GOTTER (Konstanz) zielte darauf ab, Rechtfertigungsstrategien der Protagonisten während der römischen Bürgerkriege nachzuspüren. Dabei konzentrierten sich die Ausführungen auf Caesars *commentarii*. Bei der Analyse des *bellum civile* ging es Gotter nicht um das bloße Faktum des Verzerrens, sondern um Caesars Techniken zur Glaubwürdigkeitserzeugung und Manipulation des Lesers, wozu bereits der unmittelbare Beginn des Textes zu zählen sei. Beispielhaft illustrierte er, wie sachliche Kausalitäten durch chronologische Verzerrungen erzeugt werden, detaillierte Schilderungen von Kompromissangeboten Caesars dessen Bereitschaft zum Einlenken betonten und durch das Fehlen von wörtlicher Rede und Schlachtendarstellungen eine Depathetisierung stattfand. Das Werk habe nicht auf die Nachwelt, sondern auf die überlebenden Nobiles gezielt. In der Schuldzuschreibung an seine Gegner (und zwar die toten) und in der Inszenierung als „Anti-Sulla“ läge quasi eine Werbung für die heranziehende Tyrannei.

WOLFGANG HAVENER (Heidelberg) ging in seinem Vortrag „Beispielhafter Bürgerkrieg. Das exemplum virtutis als Deutungsinstrument römischer Geschichte in Zeiten des Umbruchs“ von der exempla-Reihe in der 4. Catilinarischen Rede aus, in die sich Cicero mit seiner Bewältigung der Krise einreihet. Cicero habe mit der faktischen Gleichsetzung äußerer Triumphe mit der von ihm bewirkten Herstellung innerer Ruhe eine „Hochrisikovariante“ der Verwendung von exempla betrieben, deren argumentative Kraft von zahlreichen Studien aufgezeigt worden ist. Durch die Einordnung in eine Reihe von Triumphatoren habe Cicero auf eine Umdeutung seines transgressiven Verhaltens und auf Nachruhm gezielt. Auch wenn diese Strategie Ciceros nicht sonderlich erfolgreich gewesen sei, so illustriere die exempla-Entwicklung den damaligen Wandel von Deutungsmustern und die Transformation der Gesellschaft.

Wie GOTTER zum Ende der Sektion bemerkte, erlaube eine kulturgeschichtliche Perspektive auf die Zeit der Bürgerkriege insofern eine Alternative zu bisherigen Zugängen (Krise ohne Alternative usw.) als sie einen Wandel der Deutungsmuster zeige, der die Welt auch jenseits der Zeiten konkreter Konflikte geprägt habe. Die Diskussion drehte sich primär um die methodischen Herausforderungen beim Umgang mit

den maßgeblichen Quellen, die sich äußerst verschiedenartig darstellen. Kritisch reflektiert wurde zudem der Begriff der Bürgerkriegskultur. Auch wenn heutzutage scheinbar alles eine Kultur hervorbringt, erscheint das Potenzial einer kulturgeschichtlichen Perspektive auf die Bürgerkriege aber durchaus vielversprechend, wie etwa die kulturgeschichtlichen Partien der Studie von Angelos Chaniotis zum Krieg in der hellenistischen Welt gezeigt haben.<sup>2</sup>

Der Gesellschaftsbegriff variierte in den verschiedenen Sektionen mit althistorischer Beteiligung wenig überraschend stark. Das Spektrum reichte dabei von Gemeinschaften einer konkreten Region (z.B. das mehrfach behandelte Judäa) bis zum gesamten Mittelmeerraum. Ebenso vielfältig war der Umgang mit der Dimension Spaltung, wurden doch ebenso konkrete Desintegrationsprozesse wie Spaltungen als Ausgangslage oder potentielltes Ergebnis sowohl auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wie auch hinsichtlich der Exklusion Einzelner diskutiert. Die Faktoren, die dies herbeiführen konnten, waren mannigfaltig und viele von ihnen (kulturelle / religiöse / soziale / ökonomische / politische / militärische Konflikte) wurden besprochen. Schwerpunkte kann man indes wohl zum einen in der auch kulturgeschichtliche Fragestellungen inkorporierenden Analyse politischer Kommunikation und zum anderen im ungebrochenen Interesse an Kulturaustauschprozessen und Identitätsdiskursen erkennen.

<sup>2</sup> Angelos Chaniotis, *War in the Hellenistic World. A Social and Cultural History*, Oxford 2005.



## Mittelalterliche Geschichte

*von Christian Scholl*

Besprochene Sektionen:

Division se mist entre eulx. Politische Spaltungen im spätmittelalterlichen Europa

Spätantike und Frühmittelalter unter der Lupe aktueller Fragestellungen: Die Gesellschaft der Merowinger – eine gespaltene Gesellschaft?

Zerbrochene Einheiten – Die Beteiligung religiöser Gruppen in den Krisen und Konflikten im frühmittelalterlichen Japan

„Bürgerkriege“ im Spätmittelalter: Frankreich, England, die burgundischen Niederlande, Katalonien und Neapel. Vergleichende Perspektiven

Sprach- und ethnische Konflikte in Klöstern nördlich und südlich der Alpen in Spätmittelalter und Früher Neuzeit

Von Bürgerkriegen und politischen Spaltungen zu Sprachkonflikten in Klöstern, von den frühmittelalterlichen Merowingern zu den spätmittelalterlichen Rosenkriegen und von Frankreich, England, Katalonien, den Niederlanden und Ostmitteleuropa bis ins ferne Japan: die Mittelalter-Sektionen des 52. Deutschen Historikertags in Münster boten eine breite Spannweite an Themen, Teilepochen und geographischen Räumen.

Den Auftakt machte die Sektion von MARTIN KINTZINGER (Münster). Wie Kintzinger in seiner methodischen Einleitung betonte, ging die Sektion von den beiden Vorannahmen aus, dass die betrachteten Gesellschaften trotz Konflikten und Spaltungen als Ganze erhalten blieben, es sich somit nicht um „failed states“ handelte, und dass das Auftreten von Konflikten nicht zwangsläufig zerstörerisch wirkte. Die Sektion fragte danach, ob die exemplarisch ausgewählten Gesellschaften durch Stabilität oder Konfliktaustrag gekennzeichnet waren, welche Konfliktpotentiale es darin gab und wie sich diese auswirkten und schließlich ob die Gesellschaften – dem Oberthema des Historikertags folgend – als „gespaltenen“ bezeichnet werden können.

Mit diesen Fragen befasste sich zunächst JEAN-MARIE MOEGLIN (Paris) am Beispiel des Königreichs Frankreich im Hundertjährigen Krieg. Moeglin betrachtete Frankreich als gespaltene Gesellschaft im Konflikt mit den Engländern weniger auf einer faktischen als auf einer diskursiven Ebene: So habe die königstreue französische Chronistik das Bild einer Gesellschaft gezeichnet, die in loyale Untertanen, die den König unterstützten („bon et loyal Français“), und solche, die als Verräter mit dem ausländischen Aggressor gemeinsame machten, gespalten war. Einige Chroniken, so Moeglin weiter, schoben gar solchen vermeintlichen Verrätern wie Robert von Artois oder dem König von Navarra („Karl der Böse“) die Schuld am Krieg zu, da diese den englischen König zur Invasion Frankreichs aufgehetzt hätten. Der narratologischen Konstruktion der Chroniken zufolge stellte sich der französische Sieg gegen die feindlichen Invasoren erst ein, nachdem die Franzosen ihre Spaltungen überwunden und sich alle Untertanen hinter ihrem König vereint hatten. Demnach war also die *communitas regni* als Gemeinschaft des Gehorsams gegenüber dem König für den Sieg im Hundertjährigen Krieg entscheidend.

KLARA HÜBNER (Brno) setzte sich in ihrem Vortrag mit Spaltungen zur Zeit der hussitischen Unruhen in Böhmen auseinander. Eingangs stellte Hübner das aus der politischen Linguistik stammende Konzept der sogenannten Hochwertworte vor, die Emotionen hervorrufen sollen und daher häufig zu manipulativen Zwecken in politischen Diskursen eingesetzt werden (aktuelles Beispiel: „fake news“). Ein zentrales Hochwertwort zur Zeit der hussitischen Revolution war „Nation“. So erklärte etwa der tschechische Prediger Hieronymus im Jahr 1409, dass Teil der *natio bohemica* nur der sein konnte, der dem rechten, das heißt wiklifitischen Glauben anhing. Zentral für die damalige Spaltung der böhmischen Gesellschaft war also der Glaube, nicht die Sprache oder „Nationalität“.

Osteuropa stand auch im Fokus der folgenden Referentin, JULIA BURKHARDT (Heidelberg), die in ihrem Vortrag Spaltungsrisiken in den Königreichen Ostmitteleuropas thematisierte. In einigen dieser Reiche wurden im Laufe des 14. Jahrhunderts einheimische Herrscherdynastien von „fremden“ abgelöst, darunter die Anjou und Luxemburger. Leitfrage des Vortrags war, ob diese Machtwechsel, die eine große Tie-

fenwirkung auf die betreffenden Königreiche ausübten und häufig mit militärischen Konflikten einhergingen, als Spaltungsphänomene zu verstehen sind. Nach der Diskussion einiger Beispiele plädierte Burkhardt in ihrem Fazit jedoch dafür, in den von ihr untersuchten Fällen eher von temporären Friktionen zu sprechen, die im Zuge von Dynastiewechseln entstanden. Wie dargelegt, führten diese zwar zu Spannungen, aber nicht zu dauerhaften Spaltungen oder Brüchen innerhalb der betreffenden Gesellschaften.

BÉNÉDICTE SÈRE (Paris) behandelte in ihrem Vortrag politische Spaltungen zur Zeit des Abendländischen Schismas. Dabei zeigte sie auf, dass Europa ab 1378 nicht nur dahingehend gespalten war, welche Region bzw. welche Institution welchen Papst anerkannte, sondern dass es auch innerhalb der römischen bzw. avignonesischen Obödienz zu Spaltungen kam. So standen sich beispielsweise auch in Frankreich, das den Papst in Avignon unterstützte, Anhänger und Gegner des dortigen Papstes Benedikt XIII. gegenüber. Diese Konflikte wurden etwa zwischen den Universitäten von Toulouse, die eine Bastion des Pontifikalismus war, und Paris als Verfechterin des Konziliarismus ausgetragen.

Dezidiert dem Frühmittelalter gewidmet war die Sektion von PHILIPPE DEPREUX (Hamburg). Ziel der Sektion war es, wie Depreux einleitend formulierte, die Epoche der Merowinger auf der Grundlage von *Formulae* zu diskutieren und dabei die Frage zu klären, ob es sich bei der Gesellschaft der Merowinger um eine gespaltene Gesellschaft handelte.

In einer Reihe von kurzen Impulsreferaten sich abwechselnder ReferentInnen, darunter HORST LÖSSLEIN, CHRISTOPH WALTHER (beide Hamburg) und ALEXANDRE JEANNIN (Dijon) untersuchte die Sektion zunächst, inwieweit Kontinuitäten oder Brüche am Übergang von der Spätantike ins Frühmittelalter festzustellen sind. Formelsammlungen seien hierfür eine geeignete Quellengattung, da die Schreiber der Formeln Männer der Praxis waren und demzufolge ihre Formeln an veränderte Rahmenbedingungen anpassten. Dies zeige sich beispielsweise darin, dass in vielen frühmittelalterlichen Formeln vermehrt Grafen und Bischöfe, aber keine römischen Beamten mehr vorkommen. Dennoch zeigten die Formeln, so die Referenten, keinen totalen Umbruch zwi-

schen Antike und Mittelalter, sondern vielmehr den Versuch, Praktiken, die sich in der Vergangenheit bewährt hatten, an die neuen Verhältnisse anzupassen.

Im zweiten Teil der Sektion befassten sich die Referenten wiederum in kurzen Impulsreferaten mit den „Lebenswirklichkeiten einer vielfältigen Gesellschaft“. Dabei ging es unter anderem um die Spaltung der merowingischen Gesellschaft in „Freie“ und „Unfreie“. Ein Blick in die Formelsammlungen zeigt allerdings, dass keine scharfe Trennlinie zwischen beiden Gruppen existierte, sondern dass sich die Lebenswelten von „Freien“ und „Unfreien“ durchaus überschneiden konnten, zum Beispiel durch die Heirat zwischen freien Frauen und unfreien Männern. Ferner gab es verschiedene Abstufungen zwischen den beiden Kategorien „frei“ und „unfrei“; so bestand die Möglichkeit, Freiheit als Ware einzusetzen, um ein Silberdarlehen zu erwerben, wofür sich der Käufer im Gegenzug in teilweise Unfreiheit begab. Außerdem kam es vor, dass Menschen sich in (teilweise) Unfreiheit begaben, um Wergeldzahlungen zu entgehen, die für zahlreiche Mitglieder der frühmittelalterlichen Gesellschaften unerschwinglich waren, wie LAURY SARTI (Freiburg) in ihrem Impulsreferat ausführte. Beispiele wie diese zeigen also, dass von einer radikalen Spaltung der Gesellschaft in Freie und Unfreie nicht die Rede sein kann, sondern dass die soziale Realität der Merowingerzeit sehr viel komplexer war.

Der dritte Teil der Sektion setzte sich schließlich mit den Wert- und Normvorstellungen des frühmittelalterlichen Frankenreiches auseinander. Ein besonderer Fokus wurde dabei auf die damaligen Vorstellungen von Ehe und Scheidung gelegt. Wie CHARLES MÉRIAUX (Lille) anhand einer Formelsammlung deutlich machte, bestand in merowingischer Zeit noch die Möglichkeit der Scheidung nach gemeinsamer Übereinkunft. Die Ehe galt also noch nicht als unauflöslich und noch nicht als so verbindlich wie in der Karolingerzeit, was Mériaux als Hinweis auf eine noch nicht vollständig christianisierte Gesellschaft wertete, in der es ein Nebeneinander verschiedener Normvorstellungen gab. Auch diesbezüglich habe es aber keine scharfe Spaltung in einerseits christliche und andererseits „heidnische“ Normvorstellungen gegeben, sondern vielmehr den Versuch einer grundlegenden Neuordnung moralischer Werte entlang christlich-monastischer Vorstellungen.

Im abschließenden Fazit-Vortrag von SEBASTIAN SCHOLZ (Zürich) und der sich daran anschließenden Diskussion wurde noch einmal wiederholt, dass die Merowingerzeit durch einen grundlegenden Wandel geprägt war, der dazu führte, dass Regelungen immer wieder aktualisiert und an die neuen Begebenheiten angepasst werden mussten. Dabei zeigte Scholz auch auf, dass die von der Sektion näher beleuchteten Formelsammlungen häufig Einflüsse des römischen wie des kanonischen Rechts aufnahmen, somit also zwei unterschiedliche Rechtssysteme zu etwas Neuem verschmolzen. In der Diskussion kam ebenfalls zur Sprache, dass es sich bei der Gesellschaft der Merowingerzeit zweifelsohne – wie bei allen anderen Gesellschaften auch – um eine Gesellschaft handelte, die in verschiedenste soziale, wirtschaftliche und religiöse Untergruppen zersplittert war, dass aber ausgerechnet die von der alten Forschung so stark betonte Spaltung in „Romanen“ und „Germanen“ bzw. „Barbaren“ nahezu überhaupt keine Rolle spielte. Solche Begriffe hatten vielmehr eine politische oder soziale, aber keine ethnische Bedeutung, wodurch sich die vermeintliche Spaltung der frühmittelalterlichen Gesellschaften in „Romanen“ und „Germanen“ als Konstrukt der Forschung erweist.

Die aus Sicht der klassischen Mediävistik wohl exotischste Mittelalter-Sektion des Historikertags führte die Zuhörer nach Japan. So war es denn auch das Ziel der Sektion, wie der Organisator DANIEL SCHLEY (Bonn) in seiner Einleitung formulierte, das Thema zu entexotisieren und „klassische“ Mediävisten näher mit den Verhältnissen im mittelalterlichen Japan vertraut zu machen. Schley wies auf einige strukturelle Parallelen zwischen Europa und Japan im Mittelalter hin, zum Beispiel stützten sich die Herrscher Japans wie die Monarchen Europas auf religiöse Symbole, um ihre Herrschaft zu stabilisieren und zu legitimieren. Ferner kam es auch in Japan zu Konflikten um die Ernennung geistlicher Würdenträger durch den Kaiser („Investitur“), die im fernen Osten allerdings nicht in einer Trennung von *regnum* und *sacerdotium* resultierte.

MARTIN REPP (Heidelberg) nahm die Rolle buddhistischer Kriegermönche und ihre religiöse Legitimierung in Japan in den Blick. Die Einführung des Buddhismus aus Korea im 6. Jahrhundert führte zunächst zu Konflikten zwischen Clans, die die neue Religion übernahmen,

und solchen, die beim alten Glauben blieben. Im Laufe der nächsten Jahrhunderte stieg der Buddhismus zur Staatsreligion auf, da die einheimischen Religionen es nicht vermocht hatten, das Land zu einen. Dabei wurde die ursprünglich fremde Religion des Buddhismus von der einheimischen Gottheit Hachiman legitimiert, worin sich, so Repp, die integrative Wirkung des Buddhismus und dessen friedliche Koexistenz mit den nach wie vor praktizierten einheimischen Religionen zeigte. Allerdings konnte der Buddhismus auch eine ausschließende Wirkung haben, beispielsweise als er zur Religion des Adels wurde und die einfache Bevölkerung ausschloss oder als buddhistische Kriegermönche aufkamen, deren ursprüngliche Aufgabe der Schutz der monastischen Landgüter war. Später jedoch wurden diese für gewaltsame Konflikte mit konkurrierenden Klöstern oder lokalen Adligen eingesetzt. Der Buddhismus wurde in solchen Fällen also zur Legitimierung religiöser Gewalt verwendet.

KATSUYA KOIKE (Tokio) führte in einige religiöse Institutionen des mittelalterlichen Japans ein, bevor sich Daniel Schley mit der Einheit von königlicher Ordnung und Buddhas Gesetz in Konflikten des 12. und 13. Jahrhunderts auseinandersetzte. In diesem Zusammenhang stellte Schley die Lehre des buddhistischen Mönchs Kanzan vor, dem zufolge das Gesetz des Herrschers und die Lehre Buddhas untrennbar verbunden waren. Dahinter steckte die Vorstellung, dass die kaiserliche Ordnung nicht ohne Buddhas Lehre und diese Lehre umgekehrt nicht ohne die kaiserliche Macht bestehen könne („vergleichbar zweier Räder eines Wagens oder zweier Flügel eines Vogels“). Diese Annahme wurde jedoch tief erschüttert, nachdem ein kaiserliches Heer die ehemalige Herrscherresidenz geplündert hatte, wobei auch ein buddhistischer Tempel mitsamt einer kolossalen Buddha-Statue zerstört worden war. Die Einheit zwischen herrscherlicher Ordnung und Buddhas Gesetz war in den Konflikten des 12./13. Jahrhunderts also zerbrochen.

Das Ziel der Sektion, klassische Mediävisten näher mit dem japanischen Mittelalter vertraut zu machen, kann in jedem Fall als erfüllt angesehen werden. Dies bestätigte auch die abschließende Diskussion, in der seitens der DiskutantInnen auf Parallelen und Unterschiede zwischen dem europäischen und dem japanischen Mittelalter hingewiesen wurde. Eine Parallele ist sicherlich, dass hier wie dort religiöse Pluralität

vorherrschte, doch scheint alles in allem der Umgang mit ebendieser in Japan friedlicher und unverkrampfter erfolgt zu sein als in weiten Teilen Europas. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass es in Japan offensichtlich kein Problem war, ein einheimisches Heiligtum neben einem buddhistischen Tempel zu errichten. Die Einführung des Buddhismus führte somit nicht zur Ausrottung sämtlicher einheimischer Religionen, während im Zuge der Christianisierung pagane Kultstätten wie die Irminsul oder die Donareiche vernichtet wurden.

Zurück nach Europa ging es mit der von NILS BOCK (Münster) und JESSIKA NOWAK (Basel) geleiteten Sektion. In seiner Einleitung legte Bock dar, dass der Begriff *bellum civile* in mittelalterlichen Quellen nur selten Verwendung finde, obwohl die Epoche eine Reihe von inneren Konflikten wie die Auseinandersetzungen zwischen Guelfen und Ghibellinen oder die sogenannten Rosenkriege erlebt habe. Definitiv folgte die Sektion dem Bürgerkriegsbegriff von Henning Börm, dem zufolge Bürgerkriege zum einen durch organisierte militärische Gewalt gekennzeichnet sind. Zum anderen müssen die Teilnehmer solcher Konflikte laut Börm Mitglieder derselben Gruppe sein und einen ähnlichen sozialen, politischen und rechtlichen Status teilen.

Zunächst sprach ROXANE CHILÀ (Paris) über innerstädtische Auseinandersetzungen zwischen der *universitas populorum* und der *universitas nobilorum* im Neapel des späten 14. Jahrhunderts. Dieser in den Quellen als *tumultus* bezeichnete und von Straßenkämpfen gekennzeichnet Konflikt, der sich an Streitigkeiten um die Besetzung öffentlicher Ämter in der Stadt entzündet hatte, wurde schließlich durch die Unterzeichnung eines Amnestievertrags im Jahr 1380 beendet.

GILLES LECUPPRE (Louvain-la-Neuve) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit drei Bürgerkriegen in den Niederlanden im 13. und 14. Jahrhundert. Den von Lecuppre besprochenen Beispielen war gemein, dass in allen drei Fällen die Herrschaft einer Frau herausgefordert wurde. Bei den drei Herrscherinnen handelte es sich um Johanna von Konstantinopel, Gräfin von Flandern und Hennegau, ihre jüngere Schwester Margarete II., die Johannas Herrschaft folgte, und Margarethe von Avesnes, Gräfin von Holland, Zeeland und Friesland. Neben dynastischen Gründen, die in den drei Fällen zur Infragestellung der jeweiligen Herrschaft führten, sah der Referent Misogynie als Ursache der Konflikte

an. Lecuppre zufolge setzte sich im damaligen Diskurs die Auffassung durch, dass monarchische Herrschaft männlich und autochthon zu sein habe und somit die weibliche Thronfolge abzulehnen sei. Diese Sichtweise zog eine intensive Diskussion nach sich, da sich, so die DiskutantInnen, für das 13. und 14. Jahrhundert auch Gegenbeispiele finden ließen, in denen weibliche Herrschaft nicht infrage gestellt wurde, und umgekehrt auch zahlreiche männliche Herrscher zu dieser Zeit herausgefordert wurden, was in der Forschung jedoch nie als grundsätzliche Infragestellung männlicher Herrschaft interpretiert würde.

ÉLODIE LECUPPRE-DÉSJARDIN (Lille) ging am Beispiel der englischen Rosenkriege und des Konflikts zwischen französischen Armagnaken und Burgundern während des Hundertjährigen Krieges der Frage nach, ob Bürgerkriege als Triebkräfte politischer Innovationen gesehen werden können. Sie bejahte diese Frage, was sie unter anderem damit begründete, dass es im Zuge der von ihr thematisierten Bürgerkriege zu einer enormen Ausweitung des öffentlichen Raumes gekommen sei. Dies habe sich im Anlaufen einer bis dato noch nicht gesehenen Propagandamaschinerie gezeigt, die eine riesige Menge an Manifesten, Pamphleten und Briefen hervorgebracht habe, mittels derer der Diskurs im öffentlichen Raum bestimmt werden sollte. Ferner hätten die Bürgerkriege neue politische Ideen – zum Beispiel technokratische Herrschaft – oder neue Praktiken hervorgebracht, wie sie etwa in der Reform des französischen Parlaments von 1454 zum Tragen gekommen seien. Als Grund für den von den Bürgerkriegen angestoßenen Innovationsschub machte die Referentin die permanente Bedrohung von innen und die Angst vor Anarchie aus, die es nötig gemacht hätten, auf diese neue, existenzbedrohende Gefahr mit neuen Mitteln zu reagieren.

STÉPHANE PÉQUIGNOT (Paris) befasste sich mit dem Konflikt zwischen König Johann II. von Aragon und dem autonomen Fürstentum Katalonien, der von 1462 bis 1473 ausgetragen wurde. Ins Zentrum seiner Ausführungen stellte Péquignot den „repräsentierenden Rat des Fürstentums Katalonien“, der juristische, politische und wirtschaftliche Rechte für sich beanspruchte und das Ziel verfolgte, das gesamte Fürstentum und damit die Einheit Kataloniens zu demonstrieren. Im „Bürgerkrieg“ stand der Rat, der gegen den expliziten Willen des Königs eingerichtet worden war, jedoch nicht nur dem König gegenüber, son-

dern es gab auch verschiedene Parteilungen innerhalb des Rates selbst, was zu Abspaltungen von diesem führte. Der Krieg Kataloniens gegen den König brachte verheerende Zerstörungen mit sich und ging schließlich verloren. Der Rat wurde nach Kriegsende verurteilt und verboten. Die Erinnerung an ihn sollte auf Geheiß des Königs für immer ausgelöscht werden. Letzteres gelang jedoch nicht, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass der Rat sowie der Bürgerkrieg in den folgenden Jahrhunderten immer kontrovers diskutiert und politisch instrumentalisiert wurden, nicht zuletzt im aktuellen Konflikt um die Unabhängigkeit Kataloniens.

MICHAEL DEPRETER (Oxford) beendete die Sektion mit einem Beitrag zu städtischer und fürstlicher Diplomatie während der Bürgerkriege in den burgundischen Niederlanden zwischen den 1380er- und 1480er-Jahren. Depreter nahm insbesondere die Gesandtschaften in den Blick, die die gegnerischen Parteien – auf der einen Seite die Städte Brügge, Gent und Ypern, auf der anderen der Graf von Flandern – an den englischen Königshof entsandten. Die städtischen Gesandten hätten sich darum bemüht, so der Referent, Waffenhilfe des englischen Königs zu erlangen, der parallel aber auch mit den gräflichen Diplomaten verhandelt habe. Dabei seien Letztere aufgrund ihrer höheren sozialen Position aber bevorzugt behandelt und pompöser empfangen worden als die Abgesandten der Städte. Abgeschlossen worden seien indes auch nur wirtschaftliche Verträge, keine militärischen Vereinbarungen.

Die letzte hier angesprochene Sektion behandelte sprachliche und ethnische Konflikte in Klöstern nördlich und südlich der Alpen in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. GABRIELA SIGNORI (Konstanz) ging in ihrer Einführung zunächst ins Frühmittelalter zurück und zitierte eine Passage aus Bedas *Historia Ecclesiastica*, in der von Konflikten zwischen „Schotten“ und „Angeln“ bei der Neugründung eines Klosters die Rede ist, wobei Beda die Ursache der Konflikte nicht näher spezifizierte. Ein Beispiel wie dieses war Signori zufolge aber eine Ausnahme, da – abgesehen von einigen „Hotspots“ in Böhmen oder Polen – Sprachkonflikte in Klöstern bis ins Spätmittelalter hinein wohl die Ausnahme geblieben seien, was schlichtweg daran lag, dass die meisten Klöster bis ins 14./15. Jahrhundert hinein einsprachig waren. Wenn es zu Konflikten kam, so Signori weiter, traten diese vor allem an Orten auf, an denen

sprachliche Mehr- und Minderheitskonstellationen aufeinandertrafen oder wenn „fremdsprachliche“ Mönchsdelegationen zum Durchführen von Reformen in andere Klöster versandt wurden.

Der Vortrag von PETR HLAVÁČEK (Prag), der aufgrund der Verhinderung des Referenten verlesen wurde, thematisierte einen Sprachkonflikt zwischen „Tschechen“ und „Deutschen“ in der spätmittelalterlichen Franziskanerprovinz Bohemia. Der Konflikt spiegelte den Kampf um Einfluss und Ämtervergabe wider und wurde dadurch weiter verkompliziert, dass das böhmische Vikariat auch einen Teil Polens umfasste und der Provinzvikar Gabriel von Verona darüber hinaus Italiener war. Folge des Streits waren zunächst die Einsetzung eines neuen „deutschen“ Provinzvikars und anschließend die Teilung des Vikariats. MAXIMILIAN ALEXANDER TROFAIER (Wien) befasste sich mit den Beziehungen der irischen Mönche des Schottenklosters in Wien mit ihrem deutschsprachigen Umfeld. Bis ins 15. Jahrhundert blieb in dem Kloster die ethnische Homogenität gewahrt; im Jahr 1418 aber zogen sich die verbliebenen iro-schottischen Mönche in ihr Mutterkloster nach Regensburg zurück, nachdem gefordert worden war, das Kloster auch für Nicht-Iren zu öffnen. Während die ältere Forschung den 1418 erfolgten Auszug der Iren mit deren verweigerter Integrationsbereitschaft erklärte, stellte Trofaier klar, dass der Konflikt zwischen den Mönchen und Herzog Albrecht V. nicht in der „Fremdheit“ der Iren begründet lag. Die Gründe für das Scheitern der Iren seien vielmehr, so Trofaier, institutioneller Natur gewesen, was sich nicht zuletzt an deren geringer Anzahl zeigte. Ferner widersprach die Idee des Klostersverbandes, innerhalb dessen ein Kloster wie das in Wien Weisungen von seinem Mutterkloster erhielt, der Idee der Melker Reform. Zu guter Letzt litt das Kloster am Fehlen verwandtschaftlicher Beziehungen und Netzwerke in die Stadt Wien bzw. deren Umfeld. Im Spätmittelalter ging die Tendenz eher dahin, Klöster zu begünstigen, in denen lokale Förderer Verwandte hatten. Die Gründe für das Scheitern der irischen Mönche in Wien waren also vielfältig und lagen sicher nicht in deren Integrationsverweigerung. Solche Interpretationen sind der späteren, national geprägten Geschichtsschreibung entsprungen und entbehren nahezu jeder Grundlage.

Wie ANDREAS REHBERG (Rom) ausführte, wurden ähnliche na-

tionale Interpretationsmuster auch herangezogen, um das Ende zweier „deutscher“ Klöster in Mittelitalien, Subiaco und Farfa, zu erklären. In beiden Klöstern hatten „italienische“ und „deutsche“ Mönche über Jahrhunderte hinweg zusammengelebt, ohne dass es zu Auseinandersetzungen kam. Ab ca. 1500 traten jedoch vermehrt Konflikte auf; beispielsweise verschlechterte sich in beiden Klöstern das Verhältnis zum Abt. Hinzu kamen strukturelle Veränderungen. So wurde etwa Subiaco in die Kongregation von Montecassino gezwungen. Papst Pius V. ließ die deutschen Mönche schließlich 1567 vertreiben, was die päpstliche Bulle mit stereotypen Vorwürfen gegen die Mönche begründete. Rehberg legte dar, dass das Ende der deutschen Mönche in beiden Klöstern die Folge eines Rechtsstreits war, den die Mönche verloren hatten. Es handelte sich somit nicht um einen sprachlichen oder gar ethnischen Konflikt zwischen „Deutschen“ und „Italienern“. Solche Deutungen sind, wie der Referent überzeugend ausführte, Erfindungen der späteren Forschung des frühen 20. Jahrhunderts, die den Konflikt als Kampf ums „Deutschtum“ in Italien interpretiert hatte.

Die Sektionen zur Mittelalterlichen Geschichte boten einen breit gefächerten Einblick in verschiedene Gesellschaftsformen des Mittelalters, die alle in unterschiedlicher Form Spaltungstendenzen oder Brüche aufwiesen. Neben politischen Spaltungen, die zu (Bürger-)Kriegen führten, kamen religiöse, soziale, wirtschaftliche, sprachliche und ethnische Spaltungen innerhalb mittelalterlicher Gesellschaften zur Sprache. Wie in mehreren Sektionen betont wurde, ist die „Spaltung“ einer Gesellschaft aber keineswegs per se mit deren Scheitern gleichzusetzen. Auch wenn viele Spaltungen existenzbedrohende Dimensionen annehmen konnten und mit verheerenden Kriegen einhergingen, sind die betroffenen Gesellschaften doch keineswegs immer zusammengebrochen.

Die Stärke der Mittelalter-Sektionen lag nicht zuletzt in der Breite an Themen, Regionen und Zeiten, die während des Historikertags zur Sprache kamen. Zeitlich lag der Fokus zwar zweifelsohne auf dem Spätmittelalter, doch auch die häufig vernachlässigte Epoche des Frühmittelalters war mit einer eigenen Sektion vertreten. Diese Sektion zeigte, dass sich mit neuen Fragestellungen auch neue Erkenntnisse zu einer quellenarmen Zeit gewinnen lassen. Die betrachteten geographischen Räume bestätigten schließlich den Befund, dass die deutschsprachige

Mediävistik zunehmend auch Regionen in den Blick nimmt, die jenseits von Mittel- bzw. Westeuropa liegen. Neben einigen Vorträgen zu Osteuropa zeigte sich dies insbesondere in der Sektion zum mittelalterlichen Japan, die eindrucksvoll belegte, wie der transkulturelle Blick über Europa hinaus und die Zusammenarbeit von JapanologInnen und MediävistInnen zu neuen Erkenntnissen für beide Seiten führen kann. Solche Sektionen verringern die Distanz zwischen den Disziplinen und sind daher auch für zukünftige Historikertage wünschenswert.

## **Frühe Neuzeit**

*von Jutta Wimmeler*

Besprochene Sektionen:

Globalgeschichte: Eine Standortbestimmung

Steuern von Differenz: Imperien als Räume geordneter Ungleichheit

„Materialität“. Konzepte und Erkenntnispotenzial jenseits der Geschichte der materiellen Kultur

Bürokratie als Einheitsmaschine

Das spanische „Amerika-Monopol“ in der Frühen Neuzeit

Wie steht es im Jahre 2018 um die deutschsprachige Frühneuzeit-Forschung? Betrachtet man das Programm des Historikertags in Münster, könnte man auf den ersten Blick meinen: schlecht. Denn nur vier Panels sind explizit für die Frühe Neuzeit ausgewiesen: Am Mittwoch riefen MAGNUS RESSEL (Frankfurt am Main) und KERSTIN WEILAND (Marburg) die Kreuzzugsideologie zum einheitsstiftendem Faktor in einem gespaltenen frühneuzeitlichen Europa aus, am Donnerstag ging es mit FABIAN FECHNER (Hagen) und ANNE MARISS (Regensburg) um die Bedeutung von local knowledge in Lateinamerika, Europa, Afrika und dem osmanischen Reich, bevor man schließlich am Freitag gleich mit zwei Panels gesegnet war, als ULRIKE LUDWIG (Frankfurt am Main/Dresden) und BIRGIT EMICH (Frankfurt am Main) die Bürokratie zur Einheitsmaschine machten und anschließend KLEMENS KAPS (Wien) und MARTIN BIERACK (München) das spanische Amerikamonopol in die Mangel nahmen. Was gleich ins Auge fiel: die Frühe Neuzeit kam in diesem Jahr ausgesprochen global daher. Dies gilt auch, wenn wir weitere Sektionen berücksichtigen – denn der Schein der schlecht vertretenen Frühen Neuzeit trügt. Die FachkollegInnen tummelten sich in nicht unwesentlicher Zahl in den epochenübergreifenden Sektionen. Daher ist der Berichterstatte(r)in die Sektionsauswahl auch nicht immer leicht gefallen. Doch wir gehen in diesem Jahr eben nicht

nur über regionale, sondern auch über Epochengrenzen hinaus, was insgesamt doch ein schöner Befund ist.

Schade ist vor diesem Hintergrund nur, dass sich die Globalgeschichte im deutschsprachigen Raum nach wie vor wenig um die Frühe Neuzeit zu kümmern scheint. Diesen Eindruck konnte man zumindest gewinnen, wenn man sich Wessel/Weilands spannende Kreuzzug-Sektion entgehen ließ, um an der Podiumsdiskussion „Globalgeschichte: Eine Standortbestimmung“ von ROLAND WENZLHUEMER (München) teilzunehmen. Um Missverständnissen vorzubeugen: die Beiträge der Podiumsdiskussion waren interessant, manche sogar ausgezeichnet, insbesondere JULIA ANGSTERs (Mannheim) offensive und durchaus zurecht etwas überspitzte Forderung an die Globalgeschichte, sich auch den Themen der klassischen Nationalgeschichte zu widmen bzw. genauer: das theoretische und methodische Handwerkzeug der Globalgeschichte anzuwenden, und zwar nicht nur bei der Erforschung von offenkundig als „global“ geltenden Räumen. Dies war erstens eloquent und zweitens notwendig. Auch für die Frühneuzeitforschung ist das relevant, und zwar gerade für Regionen, deren Geschichtsschreibung noch (oder wieder) sehr stark national geprägt ist. Eine globale Geschichte Preußens oder Polens gibt es immer noch nicht, wäre aber ohne weiteres (und mit Zugewinn) zu bewerkstelligen. Angsters zweite Forderung war eine ausgesprochen kulturwissenschaftliche, nämlich die nach der Infragestellung des Selbstverständlichen, im speziellen der Kategorien der Moderne, mit denen wir nach wie vor Historisches beschreiben. Inspirierend also, und brauchbar für FrühneuzeitlerInnen, und doch wurden diese nicht eingeladen mitzudiskutieren – die Vortragenden waren alle ExpertInnen für das 19. und 20. Jahrhundert. Die Frage sei erlaubt, wieviel Sinn eine Standortbestimmung der Globalgeschichte ohne Einbeziehung von FrühneuzeitlerInnen macht. Eine entsprechende Beschwerde kam auch aus dem Publikum, als in einer Wortmeldung ein stärkerer Dialog mit FrühneuzeitlerInnen eingefordert wurde, insbesondere um auch jene Periode stärker bei der Theoriebildung berücksichtigen zu können, in der der Kulturkontakt noch weniger stark von der europäischen Seite bestimmt gewesen sei. Dem ist hinzuzufügen, dass die Frühneuzeitforschung auch deshalb für die Globalgeschichte wichtig ist, weil sie die Selbstbeschreibungsmodi der

Moderne aufzubrechen imstande ist, womit Angsters Forderung nach der Infragestellung moderner Begrifflichkeiten zur Beschreibung des Historischen Rechnung getragen werden kann.

Wie gesagt zeigte der diesjährige Historikertag, dass mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum die globalgeschichtliche Frühneuzeit-Expertise mehr als vorhanden ist. Wirklich überraschen sollte das nicht, hatte doch bereits Daniel Hedinger im Querschnittsbericht „Globalgeschichte“ zum Historikertag 2014 die starke Präsenz der Frühen Neuzeit in diesem Themenfeld hervorgehoben.<sup>1</sup> Spannenderweise kristallisierten sich innerhalb dieses Generalthemas zwei rote Fäden heraus: die Rolle von Akteuren und die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Bürokratie, Herrschaft und Staatlichkeit in der Frühen Neuzeit. So etwa in der epochenübergreifenden Sektion von SARAH ALBIEZ-WIECK (Köln), das de facto ein globalgeschichtliches Frühneuzeit-Panel war. Wie ULRIKE LINDNER (Köln) in ihrem abschließenden Kommentar festhielt, zeigte die Sektion, dass eine Untersuchung steuerlicher Regelungen die Charakteristik von Imperien sichtbar machen und zum Verständnis imperialer Herrschaftslogiken beitragen kann. Dies liege daran, dass Menschen durch steuerliche Regelungen gezählt, registriert und vor allem klassifiziert worden sind, das heißt einer sozialen oder rechtlichen Gruppe zugeordnet wurden, wie auch Albiez-Wieck hervorhob. Die dazu notwendige Bürokratie wiederum sei ein wesentliches Element der Staatsbildung gewesen und wirkte, wie Ulrike Lindner in ihrem Kommentar ebenfalls anmerkte, herrschaftsstabilisierend.<sup>2</sup> Um Integration oder die Herstellung kultureller Homogenität sei es hingegen weniger gegangen.

Diese Erkenntnis deckt sich wunderbar mit den Ergebnissen der beiden Freitags-Sektionen zur Frühen Neuzeit. In „Die Bürokratie als Einheitsmaschine“ stand die Frage im Zentrum, wie Herrschaft in der Weite des Raumes gelingen kann und wie Modi der Einheitsstiftung etablierbar sind, wie Ulrike Ludwig in ihrer Einleitung zur Sektion

<sup>1</sup> Daniel Hedinger: Historikertag 2014: Globalgeschichte, in: H-Soz-Kult, 27.02.2015, <[www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-2631](http://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-2631)>.

<sup>2</sup> Martin Biersack: Tagungsbericht: HT 2018: Steuern von Differenz: Imperien als Räume geordneter Ungleichheit, 25.09.2018 – 28.09.2018 Münster, in: H-Soz-Kult, 09.11.2018, <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7942](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7942)>.



darlegte. Vor dem Hintergrund des Generalthemas des Historikertags nahm sich die Sektion die Frage zum Ausgangspunkt, ob überhaupt Einheit bestand und wenn ja, wie diese hergestellt wurde. Ludwig ging davon aus, dass Administration in erster Linie Differenzen verarbeiten muss, Bürokratie mithin die Akzeptanz von Differenz bedeute, dabei aber gleichzeitig sehr wohl einheitsstiftend wirke.

Dies wurde sehr anschaulich im ersten Vortrag von Birgit Emich deutlich, die sich der katholischen Kirche als Prototyp frühneuzeitlicher Staatlichkeit und Vorreiter bürokratischer Entwicklungen widmete. Die Annahme, dass Bürokratie Einheit stiftet, würde dabei von Seiten der Globalgeschichte in Frage gestellt, z.B. anhand jesuitischer Missionstätigkeit, bei der die Macht der zentralen Kirche bzw. Roms nicht eindeutig bzw. nachweislich eingeschränkt gewesen sei. Emich schlug vor, die Frage nach der „Einheitlichkeit“ in zwei Kategorien aufzuteilen: Erstens, die Einheit der Regelungsgewalt, das heißt die Ebene der Institution und der administrativen Vorgänge und zweitens, die Vereinheitlichung des alltäglichen kirchlichen Lebens. Emich spricht hier von Homogenisierung. Auf dieser Unterscheidung aufbauend fragte sie, ob Kategorie eins überhaupt zur Erreichung von Kategorie zwei eingesetzt wurde. Anhand einer Analyse der Arbeitsweise des Verwaltungsapparates bzw. der Behörde, die im Nachlauf des Konzils von Trient gegründet wurde (der Konzilskongregation), schloss sie, dass dem nicht so war.

Zwar sei in der zeitgenössischen Ratgeberliteratur von einer „tridentinischen Einheitsliturgie“ die Rede, doch die bei der Kongregation eingehenden Ansuchen sowie insbesondere die Antworten der Kongregation würden zeigen, dass eine Einzelfallbearbeitung stattfand, die in der Praxis durchaus zu einer starken Heterogenität im kirchlichen Leben führte. So fand also Emich zufolge keine Homogenisierung nach der oben genannten Definition statt, wohl aber eine Vereinheitlichung auf institutioneller Ebene: Das Konzil hätte dem Papst das Auslegungsmonopol zugestanden (das in weiterer Folge in der Praxis die Kongregation übernahm), wodurch eine Zentralisierung stattgefunden hätte. Diese sei allerdings nur durchsetzbar gewesen, solange die Forderung nach Homogenisierung nicht überstrapaziert wurde. „Verwaltung von Vielfalt“ sei somit das Prinzip gewesen. Vor diesem Hintergrund erscheinen auch die Jesuitenmissionen in Übersee in einem anderen Licht und können

als Teil dieser Praxis betrachtet werden; übrigens ein schönes Beispiel für die möglichen Wechselwirkungen zwischen Globalgeschichte und „klassischeren“ Themen, wie hier der Kirchengeschichte.

Emichs Begriffsbildung wurde auch in der Diskussion sehr positiv aufgenommen und lässt sich auf die Sektionen „Steuern von Differenz“ und „Das spanische Amerika-Monopol“ anwenden. In ersterem erfahren wir, dass Besteuerung innerhalb frühneuzeitlicher Imperien zwar zur Registrierung und Klassifizierung eingesetzt wurde und die dafür notwendige Bürokratie wesentlich herrschaftsstabilisierend wirkte. Andererseits war sie aber nicht dazu gedacht, kulturelle Homogenität herzustellen – ganz im Gegenteil: Differenz sollte „verarbeitet“ werden, um die Worte Ulrike Ludwigs wieder aufzugreifen, und vor allem sollte diese Differenz zur Zentralisierung und damit zur Machterhaltung nutzbar gemacht werden. Zu einem ähnlichen Schluss kam die Sektion zum Spanischen „Amerika-Monopol“, in der Klemens Kaps, Martin Biersack und EBERHARD CRAILSHEIM (Madrid) – wiederum analog zu der Sektion „Steuern von Differenz“<sup>3</sup> – eine rechtliche Norm der tatsächlichen Praxis gegenüberstellten: Das theoretisch existente „Amerika-Monopol“, das es nur Untertanen der Krone von Kastilien (später auch Aragons) erlaubte, mit Amerika Handel zu treiben, sei auf eine Handelspraxis getroffen, in der „Ausländern“ eine zentrale Rolle zugekommen sei, die auch dem Gesetzgeber klar gewesen ist. Die Umgehung des Monopols habe daher ganz wesentlich zur Idee des Monopolsystems gehört, das vor allem der Aufrechterhaltung der Autorität des Königs (vgl. Zentralisierung und Herrschaftsstabilisierung) gedient habe. Kulturelle Homogenisierung, also Emichs Kategorie zwei von „Vereinheitlichung“, sei auch in diesem Fall nicht der Punkt gewesen.<sup>4</sup> In allen vorgestellten Fällen handelte es sich den Vortragenden zufolge um flexible Systeme, in denen einzelne Punkte immer verhandelbar blieben.

Hier offenbart sich die wichtige Rolle von Akteuren, deren Untersuchung sich als weiterer roter Faden durch die Sektionen zog. Wen-

<sup>3</sup> Vgl. ebd.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Jutta Wimmeler: Tagungsbericht HT 2018: Das spanische „Amerika-Monopol“, 25.09.2018 – 28.09.2018 Münster, in: H-Soz-Kult, (27.11.2018), <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7968](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7968)>.

zelhuemer hatte in der Podiumsdiskussion zur Globalgeschichte im Rahmen der Diskussion die Frage aufgeworfen, ob ein Fokus auf Akteure gewisse Probleme innerhalb der Globalgeschichte lösen könnte oder diese sogar ein „missing link“ seien. Die vorgestellten Sektionen zur Frühen Neuzeit illustrieren tatsächlich eine Tendenz, Akteure ins Zentrum der Überlegungen zu stellen. Die Flexibilität des spanischen Monopolsystems wird etwa vor allem dann deutlich, wenn der Handlungsspielraum von Händlern und Beamten erkundet wird. Auch in der Sektion „Bürokratie als Einheitsmaschine“ ging es wesentlich um Akteure und ihren Handlungsspielraum innerhalb von Verwaltungsstrukturen. So zeigte etwa Ulrike Ludwig in ihrem Vortrag anschaulich auf, dass die Semantik der Patronage im 17. Jahrhundert nicht nur Teil einer Elitenkultur war, sondern auch „einfache“ Leute deren Spielregeln kannten. Sie schlug den Terminus „amtliche Patronage“ für die von ihr untersuchte Spielart vor. Anders als bei klassischer Patronage sei diese weniger personenbezogen gewesen und konnte zeitlich begrenzt sein. Ludwigs Beispiel: Man schickt einem „Patron“ einen Vorschuss zum Beispiel in der Form von Gänsen, erhält als Gegenleistung eine Amtsleistung, worauf ein Zuschuss etwa in Form von Butter folgt. Durch diese amtlichen Dienstleistungen hätten Menschen auch Zugang zu räumlich weiter entfernten Verwaltungsstrukturen bekommen. Die „Patronage von Amts wegen“ leistete Ludwig zufolge einen wichtigen Beitrag zur Zentralisierung und glich Defizite im Verwaltungswesen aus.

Auf die Bedeutung von Akteuren in Zentralisierungsprozessen verwies auch KOLJA LICHY (Giessen). Am Beispiel der Wirtschafts- und Finanzverwaltung der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts illustrierte er, dass Zentralisierung weder zeitlich noch räumlich einheitlich erfolgen musste. Während die privaten Geschäftsnetzwerke zwischen Wiener Hof und mährischen Aristokraten die Gründung öffentlicher Bankinstitute unterstützt haben, kam es in Triest nicht zu einer derartigen Entwicklung, was Lichy auf die Schwäche der Netzwerke mit den dortigen kommerziellen Eliten zurückführte. Auch TIM NEU (Bochum) konzentrierte sich in dieser Sektion auf Akteure, als er die britische Fiskalbürokratie als imperiale Einheitsmaschine konzeptualisierte. Die Verschuldung der Regierung bei den britischen Eliten, insbesondere auch jenen in den nordamerikanischen Kolonien,

habe unter anderem die Loyalität dieser Eliten gegenüber der Regierung gefördert – und zwar auf Grund eines Phänomens, das von B. Carruthus als „Eumenes-Effekt“ bezeichnet wurde. Wer jemandem Geld leiht, müsse an dessen Überleben und Wohlstand Interesse haben, damit er dieses auch irgendwann wiederbekommt. In der anschließenden Diskussion wurde angemerkt, dass derselbe Effekt auch innerhalb anderer Imperien (zum Beispiel Spanien und Frankreich) beobachtet werden könne. Um dies sichtbar zu machen ist auch hier eine Erforschung der Akteure zentral, die innerhalb imperialer Strukturen agierten.

Eine weitere Möglichkeit, globale Zusammenhänge in ihrer Komplexität zu fassen, bietet der Fokus auf Produkte oder Dinge bzw. die Beziehung zwischen Menschen und Dingen. In der recht bunt zusammengewürfelten Sektion von MARTIN KNOLL (Hamburg) und SEBASTIAN HAUMANN (Darmstadt) widmete sich STEFANIE GÄNGER (Köln) der vielbeachteten Geschichte der Chinarinde und untersuchte, wie der Einsatz von Chinarinde, aus der im 19. Jahrhundert Chinin als erstes effektives Mittel gegen Malaria isoliert wurde, in Europa zu einer Selbstverständlichkeit werden konnte. In Anlehnung an Marcy Norton<sup>5</sup> stellte Gänger fest, dass die Vermittlung des „Rindenwissens“ weniger durch den Diskurs als durch die alltagsmedizinische Praxis erfolgt sei. Hier ist anzumerken, dass Gängers Diskursbegriff kein foucaultscher ist, denn sie bezog sich eindeutig auf den „Gelehrten Diskurs“, das heißt auf schriftliches Expertenwissen, dem sie die deutlich heterogenere medizinische Alltagspraxis gegenüberstellte. Mit Michel Foucault würde man freilich Praktiken als Teil des Diskurses betrachten<sup>6</sup>, womit sich auch die Wechselwirkungen zwischen Gelehrtenwissen und Alltagspraxis in den Fokus rücken lassen, die in der Frühen Neuzeit durchaus stark

<sup>5</sup> Marcy Norton, *Sacred Gifts, Profane Pleasures. A History of Tobacco and Chocolate in the Atlantic World*, Ithaca/ London 2008.

<sup>6</sup> Mit der wichtigen Rolle von Akteuren haben sich seither mehrere Ansätze beschäftigt, die Foucaults Diskurstheorie weitergedenken. Laut Reiner Keller vollzieht sich der Diskurs „im praktischen Handeln sozialer Akteure“. Marian Füssel und Tim Neu identifizierten in den Akteuren sogar das von Foucault sogenannte „Interface“ zwischen Wissen und Macht, das Foucault als Motor diskursiven Wandels ausgemacht, aber nie genauer benannt hat. Vgl. Reiner Keller, *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*, Wiesbaden 2008, S. 146; Marian Füssel / Tim Neu, *Doing Discourse. Diskursiver Wandel aus praxeologischer Perspektive*, in: Achim Landwehr (Hrsg.), *Diskursiver Wandel*, Wiesbaden 2010, S. 220–224.

waren.<sup>7</sup>

Die Vorträge zur Frühen Neuzeit hatten also tendenziell eine globale Dimension, bei der der Handlungsspielraum von Akteuren innerhalb eines bestimmten Regelwerks im Zentrum stand. Eine vergleichende Perspektive war in den meisten Sektionen bereits angelegt, ergab sich aber auch aus der gemeinsamen Betrachtung verschiedener Sektionen und Vorträge. Viele der Vorträge wiesen darauf hin, dass in der Frühen Neuzeit eine Tendenz zur Bürokratisierung festzustellen ist, die jedoch nicht unbedingt kulturelle Homogenisierung zum Ziel hatte, sondern vor allem der Systemstabilisierung diene. Damit diese erfolgreich sein konnte, musste ein gewisser Handlungsspielraum für Akteure gewährleistet sein. Die Frage nach der Wechselwirkung zwischen der Charakteristik und Genese europäischer „Staatlichkeit“ und einer zunehmend „globalisierten“ Welt drängte sich auf. Die Sicherstellung herrschaftlicher Autorität in weit entfernten Gebieten erforderte ein ausgeklügeltes Verwaltungssystem, das dennoch ausreichend flexibel sein musste, um überhaupt zu funktionieren. Dies galt ohne Zweifel auch für die katholische Kirche, die ebenfalls zunehmend als globaler Akteur auftrat. Die Wechselwirkungen zwischen Prozessen im globalen bzw. imperialen Raum und der Genese europäischer „Staatlichkeit“ werden damit zunehmend sichtbar.<sup>8</sup>

Umso wichtiger erscheint eine entsprechende theoretische Einbettung der hier geleisteten ausgezeichneten empirischen Fallstudien, sowie eine Diskussion mit der Globalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Denn auch die FrühneuzeitlerInnen sollten dieses Gespräch stärker suchen. Es fällt auf, dass Schlagwörter wie „Globalgeschichte“ oder „Atlantic History“ auch in entsprechend ausgerichteten Vorträgen kaum

<sup>7</sup> Gerade die aufkommende iatrochemische Medizin lehnte sich stark am empirischen Wissen der sogenannten „Laien“ an, griff also ausdrücklich die medizinische Alltagspraxis jenseits der Gelehrtenmedizin auf. Vgl. Jutta Wimpler, *The Sun King's Atlantic. Drugs, Demons and Dyestuffs in the Atlantic World, 1640–1730*, Leiden/Boston 2017, S. 100–127.

<sup>8</sup> Die Rückwirkungen europäischer Expansion auf Europa wurden in den letzten Jahren verstärkt in den Blick genommen. Auf die Notwendigkeit, auch die „Rückwirkungen der frühneuzeitlichen Globalisierung auf den Prozeß [sic] der Staatenformierung“ zu erforschen, hat bereits Reinhard Blänkner verwiesen. Z.B. Reinhard Blänkner, „Absolutismus“. Eine begriffsgeschichtliche Studie zur politischen Theorie und zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, 1830–1870, Frankfurt am Main u.a. 2011, S. XXI–XXII.

bis gar nicht vorkamen. Gerade letzteres überrascht vor dem Hintergrund, dass nicht wenige der Vorträge die Verbindung zwischen Europa und den Amerikas ins Zentrum stellten – der klassische Gegenstand der „Atlantic History“. Wie so oft war Subsahara-Afrika recht abwesend<sup>9</sup> und auch Asien nahm keine zentrale Position in den Vorträgen ein. Letzteres illustriert, dass auf diesem Historikertag die „Atlanticists“ unter den Frühneuzeitlern dominierten, während die traditionell stärker auf Asien fokussierten „GlobalhistorikerInnen“ diesmal weniger präsent waren.

Das wirft zwei Fragen auf: Zunächst jene nach der Verhältnisbestimmung zwischen „Atlantic History“ und Globalgeschichte sowie nach der Kommunikation zwischen den beiden Fachbereichen.<sup>10</sup> Zweitens lässt sich fragen, ob die „globale Perspektive“, oder zumindest die atlantische im Sinne von amerikabezogene, inzwischen zum Standard geworden ist, sodass sich eine Reflexion darüber zu erübrigen scheint. Auch Wenzlhuemer hatte in der Podiumsdiskussion zur Globalgeschichte einleitend darauf hingewiesen, dass sich die Euphorie bezüglich der Globalgeschichte inzwischen etwas gelegt zu haben scheint. Die Frühneuzeit-Vorträge bestätigten seine Einschätzung, dass diese nicht verschwunden sei, sondern dass es sich hierbei um eine „Konsolidierungserscheinung“ handle. Die Globalgeschichte ist nun also zum „Mainstream“ innerhalb der Geschichtswissenschaft geworden – aber welche Art von Globalgeschichte ist das im Falle der Frühneuzeitforschung eigentlich? Schreiben wir die globale Geschichte der Frühen Neuzeit immer noch im Wesentlichen als Expansionsgeschichte der europäischen Seemächte? Zwar sind die „imperialen Räume“ durch den Fokus auf Akteure und Produkte zunehmend porös geworden, doch die als globalgeschichtlich relevant geltenden Räume sind immer noch die gleichen. Wo sind Zentral- und Osteuropa, wo ist Subsahara-Afrika, wo das Mittelmeer? Offenkundig sind diese Fragen, mit denen die Forschung mittlerweile seit Jahrzehnten kämpft, nach wie vor nicht geklärt.

<sup>9</sup> Eine Ausnahme bildet der Vortrag von Fabian Fechner in der Sektion „Local Knowledge as a Non-Residual Category in Early Modern Latin America, Europe, Africa, and the Ottoman Empire“.

<sup>10</sup> Diese Frage ist keineswegs neu. Vgl. dazu Nicholas Canny, *Atlantic History and Global History*, in: Jack P. Greene und Philip D. Morgan, *Atlantic History. A Critical Appraisal*, Oxford/ New York 2009, S. 317–336.

Unter Umständen wäre es für uns alle von Vorteil, wenn FrühneuzeitlerInnen und NeuzeitlerInnen diese Dinge gemeinsam angehen.

## **Politikgeschichte**

*von Phillip Wagner*

Besprochene Sektionen:

Whose Security? Concepts and Practices of Security in an Emerging Global Society

Informationskämpfe. Globale Zirkulation und politische Bedeutung von Falschmeldungen und Fakes, 1880 bis 1930

Rassismus seit der „Stunde Null“. Einwanderung und Differenz in Deutschland 1945-2018

Der Kalte Krieg als Chance. Handlungsspielräume im geteilten Berlin

In der Öffentlichkeit gilt der diesjährige Historikertag bereits als eines der politischsten Historikertreffen der letzten Jahre, wenn nicht gar der letzten Jahrzehnte. Die Presse stürzte sich auf das suggestiv anmutende Motto der Tagung, stellte Verbindungen zu den Ereignissen von Chemnitz und dem Erstarren der Alternative für Deutschland her und interpretierte die Münsteraner Konferenz als Kommentar zu den aktuellen politischen Verwerfungen in Deutschland, Europa und den USA. Besonderes Interesse erzeugte auch die Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie: Zeitungen und Rundfunk kommentierten diese EntschlieÙung umfangreich und gaben Unterstützern und Kritikern die Möglichkeit, ihre Kontroversen öffentlich auszufechten.

War das Interesse an der tagespolitischen Aufladung des Historikertags groß, wurde weit weniger diskutiert, wie mit den verschiedenen Dimensionen des Politischen geschichtswissenschaftlich umgegangen wurde, genauer: welche Impulse von der Tagung für die verschiedenen Segmente der Politikgeschichte ausgingen. Freilich wurde mitunter beschrieben, wie aktuelle politische Auseinandersetzungen im Tagungsprogramm aufgegriffen wurden. Jedoch wurde weit weniger gefragt, inwieweit darüber hinaus politikgeschichtliche Perspektiven diskutiert wurden, die etwa auf die Geschichte der Innen- und Außenpolitik,

die Transformation von Politikfeldern, die sich wandelnden Grenzen des Politischen oder die politische Relevanz von Mentalitäten, Wissensbeständen und Verhaltensformen zielen können. Hier noch einmal anzusetzen hat den Vorteil vor dem Hintergrund der Vorträge und Diskussionen den neuesten Stand der Politikgeschichte zu skizzieren sowie mögliche neue Forschungshorizonte zumindest ansatzweise zu identifizieren.

Die Kursivsetzung verrät bereits, dass es vielfach problematisch erscheint, die unterschiedlichen inhaltlichen und methodologischen Debatten unter der Kategorie einer vermeintlich einheitlichen Politikgeschichte zu subsummieren. Denn spätestens seit den kulturgeschichtlichen Turns der letzten Dekaden hat sich der Gegenstandsbereich der Politikgeschichte zunehmend verflüssigt. Neben die klassischen Themen der Politikgeschichte sind in den letzten Jahren neue Fragestellungen hinzu getreten, die auf die politische Relevanz von Symbolen und Kommunikation, die Dynamiken der (De-)Politisierung von Themen und Problemen sowie die historisch variablen Konturen des Politischen zielen. Das spiegelte auch der Historikertag wider, der (bekanntlich) keine Rubrik der „Politikgeschichte“ kannte, aber den Rahmen für eine Fülle von Panels darstellte, die im weiten Sinne politikhistorische Forschungsfragen thematisierten.

Dieser Beitrag widmet sich ausgewählten Sektionen, die entweder aktuelle politikhistorische Debatten gebündelt oder auf Desiderata der Forschung hingewiesen haben. Die Beispiele kommen aus der Neueren und Neuesten sowie der Zeitgeschichte. Der Querschnittsbericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; auch werden keine Gesamtzusammenfassungen der jeweiligen Sektionen angestrebt.

Zahlreiche Sektionen des Historikertages, etwa zur Politik der Staatsbürgerschaft oder zu 1968 in Westdeutschland, griffen etablierte politikgeschichtliche Forschungsdebatten auf und zielten auf ihre Erweiterung. In diesen Kontext fällt auch die von ECKART CONZE (Marburg) und BEATRICE DE GRAAF (Utrecht) organisierte Sektion, die sich mit Sicherheit einem der politischen Schlüsselbegriffe des 19. und 20. Jahrhunderts annäherte. Denn die historischen Dynamiken der Ver- und Entsicherheitlichung verweisen stets auf die Transformation von politischen Machtverhältnissen. Die Sektion zielte darauf, dass zuerst

für die nationale Geschichte entwickelte und überwiegend erprobte Forschungsparadigma der Sicherheitsgeschichte mit Fragestellungen der internationalen und Globalgeschichte zu verknüpfen. Das bedeutete gleichermaßen, den Wandel der Sicherheitskonzepte in Bezug zur Geschichte des Imperialismus und zu den Konjunkturen der Globalisierung zu setzen, ebenso wie das westliche Bias der Sicherheitsforschung zu überwinden, wie Conze in seinem Eröffnungsvortrag unterstrich. Die Vorträge versuchten dieses Ziel unterschiedlich einzulösen. Leitmotiv aller Beiträge war, dass in den Auseinandersetzungen über Sicherheit stets die Legitimität kolonialer Herrschaft verhandelt wurde.

Das verdeutlichte als erstes OZAN OZAVCI (Utrecht), der die inter-imperiale Intervention in den syrischen Bürgerkrieg 1860 untersuchte. Er fokussierte auf eine internationale Kommission, die nach dem Ende der Kampfhandlungen mit Erlaubnis der osmanischen Regierung eingerichtet wurde. Diese Institution entwarf unter anderem Pläne für eine neue Verwaltungseinheit (Mutasarrifat), die die Region pazifizieren sollte. Der Sprecher interpretierte diese Kommission als eine Agentur zur Herstellung von Sicherheit, wobei er hervorhob, dass die Vertreter der westeuropäischen Imperialmächte in dieser Institution Sicherheit mit jeweils unterschiedlichen Konnotationen als ein exklusiv westliches Konzept verstanden, dass den „unzivilisierten“ Bewohnern Syriens überzustülpen war.

Die Konflikte, die aus der Kollision westlicher und außereuropäischer Sicherheitsvorstellungen resultierten, standen im Mittelpunkt des Vortrags von ANDREA WIEGESHOFF (Marburg), die die Reaktionen der US-amerikanischen Regierung auf die Pest- und Choleraepidemien auf Hawaii und den Philippinen um 1900 untersuchte. Sie zeigte, dass die US-amerikanische Regierung diese Krankheiten als „asiatische“ Probleme externalisierte und damit die lokale Bevölkerung stigmatisierte. Umgekehrt zogen jedoch die eingesessenen Eliten die Effektivität der Washingtoner Interventionen in Zweifel. Die Kontroversen um die Bekämpfung von Pest und Cholera verweisen somit nicht nur auf rivalisierende Sicherheitserwartungen, sondern auch auf die Fragilität kolonialer Ordnung.

STEFFEN RIMNER (Utrecht) drehte danach die Perspektive um und fragte nach der Entstehung sicherheitspolitischer Vorstellungen jenseits

der westlichen Metropolen. So verdeutlichte er, dass China zwischen 1870 und 1920 nicht nur Spielball westlicher Großmächte war, sondern eigene Konzepte einer transnationalen Sicherheitspolitik entwickelte und teilweise trotz Widerstand der westlichen Großmächte verwirklichte. So setzte beispielsweise Peking eine offizielle Untersuchung über die Ausbeutung von chinesischen Arbeitern (Kulis) in der damaligen spanischen Kolonie Kuba mit der Unterstützung der USA gegen Madrid durch und half somit dabei die Arbeitsbedingungen auf den dortigen Plantagen zu skandalisieren.

Die Rolle internationaler Institutionen für die Herstellung und Legitimierung von Sicherheit beleuchtete HUBERTUS BÜSCHEL (Groningen) am Beispiel des Internationalen Gerichtshof in Den Haag und der dort ausgetragenen Kontroverse über die Unabhängigkeit von Namibia in den 1960er-Jahren. Namibia war 1966 unabhängig geworden, jedoch sah Südafrika das Land weiterhin als Mandatsgebiet an. Die Kritiker Südafrikas brachten den Fall nach Den Haag, wo sie das Vorgehen des Apartheidstaats brandmarkten und es zur Gefahr für die globale Sicherheit stilisierten. Die Richter am Internationalen Gerichtshof entschieden trotzdem, dass die Oberhoheit Südafrikas über Namibia legitim war. Büschel zeigte, dass diese Auseinandersetzungen auch Kontroversen darüber darstellten, welches Verständnis von Sicherheit für die Legitimierung von postkolonialer Staatlichkeit fungieren könne.

Welche neuen Fragehorizonte ermöglicht eine internationale oder gar globale Sicherheitsgeschichte? Eine der Lehren dieser Sektion bestand darin, gezeigt zu haben, dass eine erweiterte Sicherheitsgeschichte neues Licht auf die Konfliktgeschichte des Imperialismus und der Dekolonisierung werfen kann, wenn sie untersucht, inwieweit Auseinandersetzungen über die Legitimität der westlichen Vorherrschaft in der Welt in Form von Kontroversen über die Semantik von „Sicherheit“ geführt wurden. Dabei gilt es zu fragen, wie die verschiedenen Begriffe der Sicherheit in die Sprachen eingepasst wurden, mit denen der europäische Imperialismus entweder begründet oder geächtet werden sollte. Darüber hinaus wird die Sicherheitsforschung relevant für die Globalgeschichte, wenn sie dazu beitragen kann zu ergründen, wie durch Sicherheitswahrnehmungen, -vorstellungen und -wissen spezifische grenzüberschreitende Verbindung entstanden oder erodierten

– wie ROLAND WENZLHUEMER (München) in seinem Kommentar anmerkte. In diesem Zusammenhang erscheint ein weiteres wichtiges Ziel für die zukünftige Forschung, eine Analyse der Praktiken zur Herstellung von Sicherheit und der Handlungsformen für die Herstellung oder Beschränkung grenzüberschreitender Verbindungen zu verknüpfen, um so die Untersuchung von Sicherheitsdiskursen hin zu einer Analyse politischen Handelns zu erweitern.

Neben Sektionen, in denen bereits etablierte Forschungsperspektiven vorgestellt und erweitert wurden, griffen einige Panels innovative Fragestellungen ausgehend von aktuellen Problemlagen und tagespolitischen Debatten auf und transformierten sie in politikgeschichtliche Forschungsperspektiven. Ein Beispiel dafür war die von VOLKER BARTH und MICHAEL HOMBERG (beide Köln) organisierte Sektion. Beide schlossen an aktuelle Debatten um die gleichsam schillernden wie problematischen Begriffe der „Fake News“ oder der „Post-Truth Politics“ an. Indem sie der Frage nachgingen, welche Rolle Falschmeldungen für die außenpolitischen Dynamiken des 19. und 20. Jahrhunderts spielten, zielten sie darauf eines der klassischen Themen der Medien- und Politikgeschichte – die Medialisierung der Politik und die Politisierung der Medien – in neues Licht zu tauchen. In vielfältiger Weise verdeutlichten die Beiträge dieser Sektion, wie sich der Wettbewerb der Agenturen und Redaktionen um den spektakulärsten „Scoop“ sowie die Entstehung neuer Prüftechniken von strittigen Nachrichten in die „Pressekriege“<sup>1</sup> der europäischen Großmächte um 1900 einschrieben.

ULRICH BRANDENBURG (Zürich) verdeutlichte als erstes, welche ungewollten Konsequenzen eine Falschmeldung im Zeitalter imperialer und außenpolitischer Konkurrenz haben konnte. Im Zentrum seines Vortrags stand die Berichterstattung französischer, britischer, deutscher und österreichischer Zeitungen 1906 über die vermeintliche japanische Entscheidung den Islam zur Staatsreligion zu machen. Laut Brandenburg waren diese Falschmeldungen mehr als kuriose „Fakes“, weil sie in Europa tiefverwurzelte Ängste vor einem japanisch-muslimischen Bündnis offenbarten und darüber hinaus die deutsch-japanischen Be-

<sup>1</sup> Dominik Geppert, *Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen 1896-1912*, München 2007.

ziehungen belasteten, weil Japan die Deutschen beschuldigte, die Nachricht in Europa verbreitet zu haben.

Auch in YANNIK MÜCKs (Würzburg) Beitrag ging es um die Falschberichterstattung im Kontext imperialer Rivalitäten. Der Referent untersuchte, wie US-amerikanische Meldungen die deutsche Neutralität im spanisch-amerikanischen Krieg in Frage stellten, indem sie über eine vermeintliche militärische Unterstützung für Spanien berichteten und damit den deutschen Konsul in New York zu einem offiziellen Dementi zwangen. Diese Falschmeldungen verweisen zuerst auf deutsch-amerikanische Differenzen; zweitens auf den ökonomischen Druck, der auf den Korrespondenten lastete, in einem ereignisarmen Krieg Sensationsnachrichten zu produzieren; und drittens auf die Nachrichtenketten zwischen den USA, Europa und Asien, die zur Folge hatten, dass amerikanische Blätter der tendenziell antideutschen Berichterstattung Londoner Zeitungen vertrauten und die von ihnen gestreuten Gerüchte übernahmen.

Im Unterschied dazu analysierte DAGMAR HEIßLER (Wien), welche Folgen eine spektakuläre Falschmeldung für die Professionalisierung des Kulturjournalismus hatte. Im Mittelpunkt ihres Vortrags stand die Berichterstattung des Brünner Tagesboten über den angeblichen Fund des ersten Abgusses der Totenmaske Napoleons und bisher unbekannter Briefe des Korsen 1924. Obwohl diese Meldung schnell als Ente entlarvt wurde, hatte sie sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Europa und den USA verbreitet. Heißler zeigte, dass die Falschmeldung nicht nur zu einer gerichtlich geführten Auseinandersetzung darüber führte, wer die Verantwortung für diese Fehlinformation übernehmen sollte, sondern auch eine Überprüfung der Qualitätskriterien des Kulturjournalismus nach sich zog.

Zusammengenommen konnte die Sektion zahlreiche neue Schlaglichter auf die Zusammenhänge zwischen Medialisierung und Politik in den Jahrzehnten um 1900 werfen. Wie in der Diskussion angemerkt wurde, bleibt es zwar fraglich, ob sich in jedem Fall die Fabrikation einer Fehlmeldung rekonstruieren lässt. Weiterführend erscheint es eher am Beispiel der Falschnachrichten und ihrer Aufdeckungen zu studieren, welche außenpolitischen und gesellschaftlichen Dynamiken Medien in unterschiedlichen Kontexten in Gang setzen konnten und welche jour-

nalistischen, diplomatischen und kommunikationswissenschaftlichen Prüfverfahren entwickelt wurden, um Inhalte zu verifizieren. Auf diese Weise kann verdeutlicht werden, dass Falschmeldungen eine fundamentale journalistische und politische Herausforderung darstellten – und dies, wie die aktuellen Diskussionen über das Verhältnis von Wahrheit und Politik zeigen, bis in die Gegenwart.

Ein anderes Beispiel dafür, wie tagespolitische Debatten dazu beitragen können, Sensibilitäten für neue im weiten Sinne politikgeschichtliche Forschungsperspektiven zu schaffen, zeigte auch die von NORBERT FREI (Jena) und MARIA ALEXOPOULOU (Mannheim) veranstaltete Sektion. Vor dem Hintergrund der Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds, der Anschläge auf Asylbewerberheime und zuletzt der Ausschreitungen in Chemnitz mag es verwundern, dass die Geschichte des Rassismus sowie des Rechtsradikalismus bisher nur selten zeitgeschichtlich aufgearbeitet wurde. Frei bot dafür in seiner Einleitung verschiedene Erklärungen an: plausibel erscheint seine These, dass eine Thematisierung der Kontinuitäten des Rassismus nur schwer mit dem dominierenden Interpretationsmuster der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte zu vermitteln gewesen sei. Danach zu fragen, inwieweit antisemitisches, rassistisches und im weiten Sinne rechtsradikales Denken und Handeln in der westdeutschen Gesellschaft nach dem Ende des Nationalsozialismus weiterwirkte, erfordert daher zugleich, Narrative der westdeutschen Zeitgeschichte zu überprüfen.

Welche weiteren Gründe gibt es dafür, dass die Erforschung von Rassismus in Westdeutschland marginal blieb? MANUELA BOJADZIEV (Lüneburg / Berlin) zeigte in ihrem Vortrag, dass in den Sozialwissenschaften Rassismus lange als unwissenschaftlicher Begriff galt. Zwar werde er inzwischen in Politik und Wissenschaft häufiger genutzt, auch wurden immer wieder wissenschaftliche Programme finanziell gefördert, dennoch sei die Rassismusforschung auch in der Gegenwart nur prekär institutionalisiert. Die Rednerin lieferte dafür verschiedene Erklärungen: Zum einen haben selbst Soziologen, die sich seit den ausgehenden 1960er-Jahren mit dem Thema beschäftigen, Fremdenfeindlichkeit entweder als Phänomen der NS-Vergangenheit oder als Problem postkolonialer Gesellschaften wie Großbritannien externalisiert; zum anderen habe die Politik die Erforschung des Rassismus nur

punktuell – etwa nach fremdenfeindlichen Anschlägen – gefördert.

Alexopoulou wählte im zweiten Sektionsvortrag einen anderen Zugriff als ihre Vorrednerin. Sie ging der Frage nach, wie das über Jahrzehnte akkumulierte Wissen über menschliche Ungleichheit die westdeutsche Gesellschaft prägte. Das zeigte sie unter anderem am Beispiel der Kategorien des Ausländers und des Deutschen im bis 1999 gültigen Staatsbürgerschaftsgesetz. Im Vergleich zu anderen Industriegesellschaften zwischen den 1970er- und 1990er-Jahren waren die Einbürgerungsquoten in der Bundesrepublik stets niedrig. Der Referentin zufolge hatte das damit zu tun, dass biologistische Vorstellungen des Deutschen die Praxis des Innenministeriums und der lokalen Behörden bis in die 1990er-Jahre hinein prägten. Diese Deutungsmuster als Rassismen zu analysieren, bietet nachvollziehbarerweise einen analytischen Mehrwert gegenüber Quellenbegriffen wie „Ausländer“- oder „Fremdenfeindlichkeit“, wie die Rednerin abschließend hervorhob.

Während es Alexopoulou um politische und gesellschaftliche Wirksamkeit rassistischer Stereotype ging, stellte MAIK TÄNDLER (Jena) mit der Neuen Rechten eine gesellschaftliche Trägergruppe rassistischen Denkens nach 1945 vor. Der Redner konzentrierte sich dabei auf Henning Eichberg, einem der schillerndsten Publizisten dieser Szene. Er analysierte, wie Eichberg auf Topoi der völkischen und nationalrevolutionären Bewegung zurückgriff und eine Theorie des Ethnopluralismus entwarf, in der er sich für die Bewahrung der kulturellen Identität von vermeintlich homogenen und separierten Völkern einsetzte. Gleichzeitig stellte Tändler dar, wie Eichberg versuchte Verbindungen in die linksalternative Szene zu knüpfen, da er sich dort Unterstützung in seinem Kampf für die Bewahrung der „Heimat“ erwartete.

Ermöglichte diese Sektion punktuelle Einblicke in ein neues Forschungsfeld an der Schnittstelle von Politik-, Ideen- und Wissensgeschichte, brachte die lebhafte Diskussion zahlreiche Anregungen, wie sich die zeithistorische Erforschung des Rassismus weiterführend konzeptionieren lasse. Zuerst wiesen mehrere Redner darauf hin, zu untersuchen, in welchem Verhältnis verschiedene Differenzideologien nach 1945 – insbesondere Rassismus und Antisemitismus – standen. Darüber hinaus zeigte sich in der Aussprache, dass es ratsam wäre, zu untersuchen, wie verschiedene Politikfelder durch rassistische Vorannahmen

und Denkfiguren geprägt wurden. Möglich wäre etwa der Fokus auf Bundesbehörden und die in ihnen tätigen Bürokraten, wie etwa Kurt Breull, dem antisemitisch und fremdenfeindlich agierenden Leiter des Ausländerreferats im Bundesministerium des Inneren. Gleichzeitig verdeutlichten die Beiträge auch, regionale und lokale Differenzen im Rassismus ernst zu nehmen, da etwa im Zuge der lokalen Aufnahmepraxis von Flüchtlingen andere Begriffe verwendet und anders argumentiert wurde als in den Bundesbehörden. Wichtig für die weitere Forschung scheint auch die Analyse zu sein, inwieweit sich politische und rassistische Vorannahmen miteinander verquickten. Es gilt jedoch nicht nur die Aufnahme und Behandlung von „linken“ Flüchtlingen in den 1970er- und 1980er-Jahren zu erforschen, wie in der Diskussion mehrfach erwähnt, sondern auch die Registrierung, Unterbringung und Eingliederung von „rechten“ Flüchtlingen der 1940er- und 1950er-Jahre, etwa die ehemaligen NS-Kollaborateure aus Ungarn oder der Ukraine, zu untersuchen. Darüber hinaus sollte der Forschungshorizont über Westdeutschland hinaus geöffnet und die Transformationen rassistischen Denkens und Handelns nach 1945 vergleichend in Europa untersucht werden. Auf diese Weise könnte nicht nur der bundesrepublikanische Fall kontextualisiert werden.

Ebenfalls brachte der Historikertag vormals getrennte Forschungsperspektiven zusammen, die sich in einem weiten Verständnis des Fachs der Politikgeschichte zurechnen lassen, so etwa in den Sektionen zu europäischen jüdischen Intellektuellen und der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung oder zu Geschlecht und Menschenrechten. Gerade die Kombination von lange getrennten Fragestellungen versprach hier neue Einsichten. Ein solches Panel war auch die von HANNO HOCHMUTH (Potsdam) und KONRAD JARAUSCH (Chapel Hill) organisierte Sektion zur Geschichte Berlins im Kalten Krieg, die Fragestellungen der lokalen und internationalen Geschichte zusammenbrachte. Jarausch verortete das Panel vor allem im Kontext eines zu planenden Museums, das das geteilte Berlin als Symbol des Kalten Krieges präsentieren möchte. Die Beiträge wiesen jedoch über dieses Museumsprojekt hinaus und verdeutlichten die Relevanz einer Perspektive auf den Kalten Krieg, die lokale Kämpfe und hohe Diplomatie in Bezug zueinander setzen kann.

SCOTT KRAUSE (Berlin) beleuchtete in seinem Beitrag die Versuche,



das Image West-Berlins im Kalten Krieg als vermeintlichen Vorposten der Freiheit neu zu definieren. Dabei unterstrich er die Rolle von transatlantischen Remigranten wie dem Journalisten und Ministerialbeamten Hans Hirschfeld sowie den aus dem Exil zurückgekehrten Politikern wie Ernst Reuter und Willy Brandt, die zwischen Besatzern und Besetzten vermittelten, die SPD als prowestliche Partei neu erfanden, sowie liberale und antikommunistische Weltdeutungen in den Berliner Diskurs einschleusten und in großen Kundgebungen öffentlichkeitswirksam inszenierten.

STEFANIE EISENHUTH (Potsdam) untersuchte in ihrem Beitrag, wie zwischen den 1960er- und 1980er-Jahre das von Krause analysierte prowestliche Selbstbild Westberlins herausgefordert wurde. Sie widmete sich dabei Auseinandersetzungen zwischen Besatzern, Senat, Zugezogenen sowie der eingesessenen Bevölkerung, die sich an der Frage entzündeten, ob Berlin die US-amerikanischen Truppen noch benötige. Dabei argumentierte Eisenhuth, dass die Debatten über die vermeintliche Unterstützung der Kahlschlagsanierung durch die US-amerikanischen Besatzungstruppen, den Neubau einer Siedlung für amerikanische Soldaten sowie den breiten Protest gegen einen Besuch Ronald Reagans einerseits Kontroversen über die Rechte und Pflichten der Besatzungsmacht sowie andererseits über die Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft waren.

Eine Ost- und Westberlin vergleichende Perspektive eröffnete Hochmuth, der in seinem Beitrag analysierte, welche Rolle die Kirchen dabei spielten, politische Handlungsmacht unter den Bedingungen des Kalten Krieges zu generieren. Einerseits präsentierte er das Beispiel einer Kreuzberger Gemeinde, die ab den 1970er-Jahren eine kritische Öffentlichkeit gegenüber der Stadterneuerungspolitik des Senats mobilisierte und Konzepte einer alternativen Sanierung verfocht. Andererseits zeigte er, wie eine Friedrichshainer Gemeinde zur selben Zeit als Dach für eine Ersatzöffentlichkeit fungierte, indem sie Friedensbewegung und oppositionelle Szene zumindest teilweise integrierte.

Der Kommentar von ANDREAS ETGES (München) und die Diskussion verdeutlichten die Stärken dieser neuen Perspektiven auf die Berliner Geschichte im Kalten Krieg. Berlin stellte ein Labor für politische und kulturelle Alternativen zur Politik der Supermächte dar.

Gleichzeitig fungierte Berlin als eine Art Brennglas, um auf die Auswirkungen allgemeiner Entwicklungen im Kalten Krieg auf lokaler Ebene zu fokussieren. Schließlich lassen sich die Geschichte Ost- und Westberlins als aufeinander verweisende Spiegelgeschichten darstellen. Doch auch über das Berliner Beispiel hinaus zeigte die Sektion das Potential einer stadtgeschichtlichen Perspektive auf die Ära der Konfrontation der Supermächte, da das Forschungsdesign der Beiträge auf andere ost- und westeuropäische Städte im Zeitalter der Systemkonkurrenz übertragbar erscheint. Auch anhand anderer städtischer Beispiele lässt sich den Wechselwirkungen zwischen lokalen Selbstbildern und Handlungsformen sowie den Prozeduren der Kommunalpolitik auf der einen Seite sowie diplomatischen Entscheidungen und außenpolitischen Prozessen auf der anderen Seite nachspüren. Durch die Einbeziehung lokaler Erfahrungen und Entscheidungen ließe sich dazu beitragen, ein vielschichtigeres und ambivalenteres Bild des Kalten Krieges zu zeichnen.

Der Historikertag in Münster führte sinnfällig die Heterogenität der Themen und Zugänge in der Politikgeschichte vor Augen. Gerade weil Politikgeschichte keine offizielle Rubrik des Historikertages war, verstärkte die Tagung den Trend, die Themen, Methodologien und Skalen der Politikgeschichte weiter auszudifferenzieren. Sicherheit, Falschmeldungen, Rassismus und Kalter Krieg erscheinen als mögliche Gegenstände; diplomatie-, medien-, rechts-, wissens- und stadtgeschichtliche Ansätze stehen nebeneinander; vom globalen bis zum lokalen Level sind zahlreiche Untersuchungsebenen möglich. Demgegenüber wärmte das Historikertreffen die Kontroversen über die Kultur- und Politikgeschichte der 1990er- und 2000er-Jahre nicht neu auf, zugleich wurde aber auch nicht mehr der Anspruch formuliert, eine integrierende Perspektive für die Disziplin – bspw. mit Blick auf das Thema der Tagung, die gespaltenen Gesellschaften – zu definieren. Wenn in Münster gestritten wurde, dann über das grundsätzliche Verhältnis von politischer Positionierung und wissenschaftlichem Ethos, wie die Debatten um die Resolution über die gegenwärtigen Gefährdungen der Politik verdeutlichen. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit sich diese Kontroversen auch in neuen Diskussionen über die Themen und Zugänge der Politikgeschichte niederschlagen.

## Digitale Geschichte

*von Maik Fiedler*

Besprochene Sektionen:

Fachinformation für die Forschung: gedruckt, digital, hybrid?

Forschungsdaten: rechtliche Herausforderungen und wissenschaftliche Reputation. Forschungsdatenmanagement als Bestandteil einer neuen Wissenschaftskultur

Quo vadis Quellenkritik? Digitale Perspektiven

Digital Humanities in der Analyse gespaltener Gesellschaften – Beispiele aus der Praxis

Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das ›Digitale‹ in den Geschichtswissenschaften?

Die Digitalen Geschichtswissenschaften präsentierten sich auf dem Historikertag 2018 in Münster in verschiedenen Formaten. Dieser Bericht fasst die wichtigsten Themen aus fünf explizit „digitalen“ Fachsektionen zusammen. Anschließend werden die wichtigsten Diskussionspunkte noch einmal benannt und gefragt, inwiefern sich digital arbeitende HistorikerInnen heute als von den „klassischen Geschichtswissenschaften“ (ab)gespaltene Gesellschaft verstehen (müssen).

Die von THOMAS MEYER (Berlin) und GREGOR HORSTKEMPER (München) geleitete Sektion widmete sich den Fachinformationsdiensten als DFG-geförderte Forschungsinfrastrukturen. Sie lösten seit 2014 sukzessive die Sondersammelgebiete (SSG) ab und hatten sich dabei auch strukturell neu auszurichten. Horstkemper stellte eingangs Ziele und Angebote des FID Geschichtswissenschaft<sup>1</sup> vor. Dies sind insbesondere die semiautomatische Sacherschließung, die Einführung einer Vorrangstellung digitaler Publikationsformen (e-only-policy), der geplante Ausbau der Datenbankenbasis sowie die Planungen zur Erleichterung des Zugangs zu (relevanten) Volltexten und digitalisierten unikal

<sup>1</sup> Vgl. <https://beta.historicum.net/home/> (28.11.2018)

Quellen. Gleichzeitig betreibt der FID einen vom Medienformat unabhängigen Bestandsaufbau und will damit sowohl den Niveauabfall im Vergleich zu den früheren, für die Sammlungstätigkeit besser finanzierten SSG abbremsen und zugleich der nach wie vor starken Nachfrage nach Gedrucktem Rechnung tragen. Um spezifische Forschungsfragen auch weiterhin unterstützen zu können, wurde darüber hinaus das „Wunschbuch“<sup>2</sup> ins Leben gerufen, das eine Kompensation für unzureichend bediente Bestände ermöglichen soll. Mittelfristig wird das deutlich geringere Budget aber wahrscheinlich doch zu einem deutlichen Qualitätsverlust in der Breite führen. EVA SCHLOTHEUBER (Düsseldorf) interpretierte die aktuelle Gemengelage dahingehend, dass die FIDs in erster Linie eine engere Verbindung der Informationszentren und Bibliotheken zur Fachcommunity herstellen sollen. Ihrer Ansicht nach wird derzeit die Bedeutung des (zentralen) Sammelns generell unterschätzt. Aktuell entstehende „born digital“ Quellen würden deshalb für die HistorikerInnen von morgen verloren gehen. Darüber hinaus sei eine Verschränkung des Analogens mit dem Digitalen die Idealform, da das Buch weiterhin das einzige barrierefreie Medium der Welt sei. Forschungsliteratur und Quellen sollten stärker miteinander verbunden werden, um so eine neue nutzerorientierte Wissensordnung im digitalen Raum zu etablieren. ALMUT BREITENBACH (Göttingen) stellte den FID „Anglo-American Culture“ vor, dessen größte Herausforderung die Interdisziplinarität der Zielgruppe sei. Dieser Heterogenität wird mit einer Digital Research Web-Anleitung zum richtigen Umgang mit Quellen und Forschungsdaten im digitalen Arbeitsalltag begegnet. RÜDIGER HOHLS (Berlin) lobte diese Handreichung, zumal viele Forschende vor der neuen Unübersichtlichkeit der möglichen Recherchewege kapitulierten. Er kritisierte aber die fehlende Antizipation der FIDs für die Zukunft, um selbst Impulse setzen zu können. JOHANNES FOURNIER (Bonn) sah die FIDs dagegen als Innovationstreiber und zog eine positive Bilanz der Umstrukturierung der Förderlinien. Herauszuheben ist überdies seine Aussage, dass Lizenzen nicht den Nutzerkreis definieren dürfen, da sonst interdisziplinäre Arbeit nicht mehr möglich sei. Um dies nachhaltig zu gewährleisten, kündigte DFG-

<sup>2</sup> Vgl. <https://beta.historicum.net/services/wunschbuch/> (28.11.2018)

Vertreter Fournier an, dass die gewünschte dauerhafte Finanzierung umgesetzt werden würde. Die abschließende Diskussion im Plenum betraf dann die Zweckmäßigkeit der FIDs im Allgemeinen und brachte erstaunlicherweise reichlich Kritik aufs Tableau. Zwar war man sich einig darüber, dass das Sammeln im Sinne der SSGs im digitalen Zeitalter nicht mehr ausreiche. Klagen über das schlechte Verhältnis von Aufwand und Ertrag, mangelhafte Bedarfsermittlung und fehlende Einbindung der Fachcommunities ließen aber Zweifel daran aufkommen, ob die FIDs die dynamischen Wandlungsprozesse der Digitalisierung auffangen und im Sinne einer Neukonfiguration des wissenschaftlichen Arbeitens umzusetzen im Stande sind.

Die von KATRIN MOELLER (Halle-Wittenberg) geleitete Sektion bot dem Auditorium zwei Vorträge und eine Podiumsdiskussion. Der Ausfall des Beitrages zu Lizenzmodellen und rechtlichen Herausforderungen von Forschungsdaten beraubte die Sektion einer wichtigen Facette der Forschungsdatendebatte. Im Zuge ihrer allgemeinen Einleitung forderte MARINA LEMAIRE (Trier) die Etablierung einer neuen Forschungsdatenkultur und gab der Sektion damit eine deutliche Richtung vor. Sie verwies dabei vor allem auf die immer gleichen Diskussionen um das Zeitmanagement bei der Dokumentation von Forschungsdaten. Diese würden (bislang) zu kleinteilig geführt und hätten kaum Handlungsempfehlungen nach sich gezogen. Überdies monierte Lemaire die Fixierung der Debatte auf die Bedenken der klassisch arbeitenden HistorikerInnen bezüglich Mehrwertes und -aufwands des Forschungsdatenmanagements. Sie forderte eine Loslösung von dieser Skepsis, um endlich Fortschritte machen zu können. PATRICK SAHLE (Köln) knüpfte in seinem Beitrag hier an und versuchte Forschungsdaten in den Geschichtswissenschaften stärker zu differenzieren. Eine Anpassung an den Medienwandel sei zwingend. Sahles grundlegende Botschaft war, dass ein verändertes Fundament der Arbeitsweisen auch ein neues Wissenschaftssystem nach sich ziehen müsse. Dieses System müsse Daten als genuine Forschungsleistungen anerkennen, Maßnahmenkataloge und Standards zur Qualitätssicherung bereitstellen, eine fortlaufende Kuration der Daten festschreiben sowie die Nachnutzung der Daten als Dialog ausgestalten. Die derzeit ungelösten Herausforderungen im Umgang mit Forschungsdaten ließen sich nur durch resolutes Vorantreiben

von Formierungsprozessen, die Durchsetzung der FAIR-Prinzipien<sup>3</sup>, einer aktiven Ausgestaltung der geplanten „Nationalen Forschungsdateninfrastruktur“ (NFDI)<sup>4</sup> und institutioneller Datensouveränität erreichen. Moeller versuchte in ihrem Beitrag, das – im DH-Bereich vor dem Hintergrund der Interdisziplinarität bereits weitestgehend etablierte – Verfahren des gemeinschaftlichen Publizierens auf die Geschichtswissenschaften zu übertragen. Sie vertrat die Idee – vorausgesetzt, dass das Publizieren von Daten wie das Veröffentlichen von Texten allgemeine Gültigkeit erlange – eine funktional getrennte Datenautorenschaft zur Formung einer facheigenen Forschungsdatenkultur zu etablieren. Die zugehörige Diskussionsrunde machte aber schnell deutlich, dass die digitalen Geschichtswissenschaften noch zu sehr in einer Findungsphase sind, als dass zielgerichtete Vorschläge wie der Moellers, zeitnah breitenwirksam zur Entfaltung kommen könnten. Das wohl größte Problem bei der Sensibilisierung für das Forschungsdatenmanagement innerhalb der Geschichtswissenschaften scheint allerdings in der fehlenden Wertschätzung des Nutzens von Forschungsdaten begründet zu sein. Große Teile der Forschung haben kein Interesse am Management von Daten, da dies einen vermeintlich ungerechtfertigten Mehraufwand bedeutet. Digital arbeitende Geschichtswissenschaften benötigen jedoch möglichst komplette, repräsentative sowie saubere Daten und haben somit ein genuin stärkeres Interesse am Forschungsdatenmanagement. Ein automatisches Dokumentationstool für Forschungsdaten, wie es einzelne Diskutanten aus dem Auditorium wünschten, würde die Etablierung im Arbeitsprozess aller HistorikerInnen gewiss leichter machen, doch meint Dokumentation von Forschungsdaten in erster Linie die Etablierung von stets geltenden Prozessen und Standards. Dafür ist nicht zuletzt auch ein Wandel der Denkweisen weg von einer ergebnisorientierten und hin zu einer prozessorientierten Historiographie zwingend notwendig.

Die Sektionsleiter des gut besuchten Panels Zur Quellenkritik, FRANK BISCHOFF (Duisburg) und KIRAN PATEL (Maastricht), nahmen in ihrer Einführung insbesondere drei Themen in den Blick: den

Umgang mit und den Zugang zu digitalen Quellen in Archiven, die Stellung der historischen Hilfswissenschaften und den mangelnden Dialog zwischen Datensammlern und -auswertern. ANDREAS FICKERS (Luxemburg) regte anhand des Beispiels der geleakten E-Mails von Hilary Clinton eine neue digitale Quellenkritik an, welche die Feststellung der Integrität (statt Authentizität) von Quellen vor dem Hintergrund ihrer medienwandelbedingten Mutation ermöglichen soll. NICOLA WURTHMANN (Wiesbaden) pflichtete Fickers in ihrem Beitrag bei. Sie forderte von Archiven die Entwicklung einer digitalen Grundwissenschaft, um quellenkritische Analysen von *born digitals* zu gewährleisten. Auch CLEMENS REHM (Stuttgart) bemängelte die geringe Verknüpfung von Forschung und Archivwesen. Es gälte die historischen Grundwissenschaften zu erweitern und deren Vermittlung in Praxis und Ausbildung wieder zu intensivieren. CHRISTOPH SCHMIDT (Münster) beschrieb die archivarischen Herausforderungen im Umgang mit digitalen Verwaltungsquellen. Der technische Fortschritt gefährde in Form von *Document Management Systems* die Lesbarkeit alter Datenbestände. Archivarische Strategien umfassen daher die Bestandserhaltung, die Dokumentation der Datenkonvertierung sowie die Sicherstellung der Datenintegrität. Auch ANDREA HÄNGER (Koblenz) sprach sich dafür aus, den Dialog zwischen NutzerInnen und Archiv zu intensivieren. Bestände seien bislang bestenfalls schaufensterartig durchsuchbar. Die Forschung liefe durch einen eindimensionalen digitalen Zugang Gefahr, nur noch fragmentarisch geltende Ergebnisse auf Grundlage ausgewählter volltexterschlossener Digitalbestände zu produzieren. FRANK ENGHAUSEN (Heidelberg) forderte kollaborativ entwickelte Digitalisierungsstrategien, um Synergieeffekte zu erzielen und die Digitalisate breitenwirksam nachnutzbar zu machen. Die anschließende Diskussion thematisierte weitere archivarische Herausforderungen wie Urheber- und Persönlichkeitsrechte im Zuge zeithistorischer Forschung, die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Datenarchäologie sowie Authentizitätsfeststellung, spartenübergreifende Standardisierungsinitiativen und immer komplexer werdende XML-Strukturen. Tatsächlich ist die Tendenz kritisch zu sehen, aufgrund von finanziellen und personellen Engstellen analoge Bestände nicht in voller Breite, sondern nur mit thematischen Schwerpunkten zu digitalisieren. Es besteht zwar kaum

<sup>3</sup> Vgl. [http://www.forschungsdaten.org/index.php/FAIR\\_data\\_principles](http://www.forschungsdaten.org/index.php/FAIR_data_principles) (28.11.2018)

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Pressemitteilungen/pm2018-13.pdf> (28.11.2018)

Gefahr, dass eine thematische Engstellung der digitalen nationalen Bestände die Geschichtsschreibung stärker zurück zu einer ungewollten Nationalgeschichtsschreibung schieben könnte. Letztlich sollte die Forschung aber weniger durch Archive gesteuert, sondern vom Forschen ausgehen und nicht durch die „googlebaren“ Bestände getrieben werden.

Die von TORSTEN HILTMANN (Münster) und MAREIKE KÖNIG (Paris) geleitete Sektion stellte Anwendungsbeispiele aus der Praxis in den Mittelpunkt. Katrin Moeller stellte ihre Vergleichsuntersuchung zu frühneuzeitlichen Erwerbsbiografien vor und arbeitete den Nutzen der „Ontologie historischer, deutschsprachiger Berufs- und Amtsbezeichnungen“ für die Analyse heraus. Moeller konnte so unter anderem nachweisen, dass komplexe Tätigkeiten gesamtgesellschaftlich im Zeitverlauf kontinuierlich in einfachere Hilfskrafttätigkeiten aufgesplittet wurden. JENNIFER BLANKE (Wolfenbüttel) und THOMAS RIECHERT (Leipzig) untersuchten mithilfe von Semantic-Web-Technologie und Ontologie-Abfragen die Relevanz gesellschaftlichen Einflusses auf Gelehrtenkarrieren in der Frühen Neuzeit. Das laufende Projekt erlaube inhaltlich zwar erst Tendenzaussagen, die enge interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen HistorikerInnen und InformatikerInnen könne jedoch bereits als beispielhaft gelten. Auch KAREN BRUHN (Kiel) nutzte Semantic-Web-Technologie, um den gesellschaftlichen Stand in die Analyse von Kieler Professorenkarrieren in der NS- und Nachkriegszeit mit einzubeziehen. Bruhns Beispiel zeigt zudem Probleme der aktuellen Reputationsökonomie auf, denn eine Dokumentation des methodischen Vorgehens ist zwar obligatorisch, doch technische Erläuterungen und Forschungsdaten sind kein Bestandteil einer Qualifikationsschrift. CHRISTOPH RASS (Osnabrück) brachte in seiner Präsentation klassische Datenbanken und das Potenzial von „Geographic Information Systems“ (GIS) zusammen. Mithilfe von zeiträumlichen Analysen von Flucht- und Gewaltmigration werden Bewegungsmuster sichtbar. Um GIS-Darstellungen in der Fachcommunity als Analysewerkzeug zu etablieren, fehle es aber noch an einer ausgearbeiteten historischen Methodik. KERSTIN SCHWEDES (Braunschweig) stellte anhand eines Schulbuchkorpus Erinnerungskulturen aus verschiedenen nationalen Blickwinkeln auf weltgeschichtliche Ereignisse vor. Die für

das Projekt Worldviews<sup>5</sup> entwickelte Editionsinfrastruktur ermöglicht es, Forschungsdaten strukturiert und nachnutzbar zu veröffentlichen. TORBEN IBS (Leipzig) lieferte einen methodischen Werkstattbericht zur Historischen Diskursanalyse mit CAQDAS sowie AtlasTI und zeigte so, dass eine autodidaktische Herangehensweise automatisch eine starke Methodenreflexion nach sich zieht. Die übergreifende Diskussion hob wiederholt das Problem der prozessualen Dokumentation hervor. Im Sinne guter wissenschaftlicher Praxis sollten zumindest die genutzten Tools und Algorithmen als Teil der Forschungsarbeit dokumentiert werden, um ein Mindestmaß an Transparenz zu gewährleisten. Eine detaillierte Prozessdokumentation sei nach Aussagen von FachdidaktikerInnen und PädagogInnen jedoch nicht durchführbar, da der historische Denkprozess nicht abstrahierbar ist. Nicht zuletzt wurde der Stand der Rückführungen angereicherter digitaler Quellen und Daten an Repositorien oder Archive bemängelt.

In der Sektion „Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das ›Digitale‹ in den Geschichtswissenschaften?“ wurden die Themen Methodenreflexion, historische Evidenzproduktion, Leistungsfähigkeit digitaler Methoden und das Forschungsdatenmanagement näher diskutiert.<sup>6</sup> Im Vergleich zu den vorangegangenen schwerpunktmäßig mit Digitalität befassten Sektionen wurde der aktuelle und zukünftige Einfluss des Digitalen auf die Geschichtswissenschaften noch stärker seziert beziehungsweise antizipiert. Markant war die These, dass ein striktes, formal explizites und präzises digitales Arbeiten und der Zwang, den Analyseprozess beschreiben zu müssen, automatisch zu neuen Einsichten führe. Diese Entwicklung bezeichnete Hiltmann als den eigentlichen Wandel in der Evidenzproduktion. Überdies wurden diverse Lösungsvorschläge in die Diskussion eingebracht und auf ihre Tauglichkeit geprüft. Zur besseren Durchsetzung des Forschungsdatenmanagements zur Unterstützung der Dokumentationspflicht im Rahmen der geplanten NFDI wurde beispielsweise

<sup>5</sup> Vgl. <http://worldviews.gei.de/> (28.11.2018)

<sup>6</sup> Siehe auch: Tagungsbericht: HT 2018: Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das ›Digitale‹ in den Geschichtswissenschaften?, 25.09.2018 – 28.09.2018 Münster, in: H-Soz-Kult, 16.11.2018, <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7960](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7960)>. (28.11.2018)

ein Vier-Säulen-Modell<sup>7</sup> durch CHRISTIAN THOMAS (Berlin) zur gemeinsamen, fachwissenschaftlich informierten Arbeit an und mit Forschungsdaten vorgeschlagen. Andreas Fickers propagierte wiederum die Anreicherung der klassischen historischen Hermeneutik durch eine digitale Hermeneutik (Algorithmus-, Daten-, Werkzeug-, Interface- und Simulationskritik). In der Sektion wurde nicht zuletzt deutlich, dass die Zunft der HistorikerInnen sich endlich als geschlossene Einheit den diffizilen Herausforderungen des digitalen Wandels stellen muss: aktive Anpassung des Methodenkanons und der Forschungsinfrastrukturen, Etablierung transdisziplinärer Standards und Forschungsdatenmanagement.

Neben diesen fünf Sektionen fanden sich im Rahmenprogramm des Historikertags 2018 eine Reihe weiterer Veranstaltungen mit digitaler Ausrichtung, und zwar in deutlich größerem Ausmaß als 2016. So gab es eine Twitter Lounge und eine Veranstaltung zum wissenschaftlichen Bloggen. Während „Europeanas Transcribathon“ auf großen DH-Konferenzen bereits zum Standard gehört, konnten HistorikerInnen in Münster nun erstmals kollaborativ an der virtuellen Bibliothek arbeiten. Elementare Einstiegsmöglichkeiten in die DH wurden auch in einem Workshop zum Programmieren für HistorikerInnen, vier Spotlight-Sessions<sup>8</sup> sowie sieben kompakten Hands-On-Workshops offeriert<sup>9</sup>. Das Praxislabor bot wie gewohnt Raum zur Vorstellung digitaler Projekte in Form von Postersessions. Überdies wurde regionalen Archiv- und Internetportalen Nordrhein-Westfalens in einer eigenen Sektion Raum zur Vorstellung gegeben.

Anders die nicht explizit als „digital“ ausgewiesenen Sektionen

<sup>7</sup> Diese sind Bibliotheken und Archive, Infrastruktureinrichtungen, Fachwissenschaft und Rechenzentren.

<sup>8</sup> „Semantic Web in den Geschichtswissenschaften“; „Text Mining in den Geschichtswissenschaften“; „Visualisierung von Daten in den Geschichtswissenschaften“ sowie „Neue Publikationswege für die Mittelalterforschung – Das Projekt AMAD“.

<sup>9</sup> „historicum.net: Rechercheangebote und digitale Services des Fachinformationsdienstes Geschichtswissenschaft“; „Deutsche Historische Bibliografie: Recherche, Mitwirkung, Weiterentwicklung“; „Qualitative Inhaltsanalyse mit MAXQDA: Ein Einblick in die Anwendung qualitativer Methoden in den Digital Humanities“; „Daten säubern, aufbereiten und georeferenzieren mit OpenRefine“; „Texterkennung mit OCRopus“; „Textmining und Visualisierung mit Open Semantic Search“ und „Textvergleich mit eComparatio“.

des Historikertages 2018. Meiner Einschätzung und stichprobenhaften Überprüfung nach boten sie dem Fachpublikum kaum Hinweise auf möglicherweise eingesetzte digitale Methoden. Entweder arbeiten alle anderen HistorikerInnen also tatsächlich nur auf klassisch-etablierte Weise oder sie scheuten sich ihre Vorgehensweise zu thematisieren. Mögliche Gründe hierfür könnten Unverständnis im Auditorium, allgemein fehlende Akzeptanz in der Community oder das vermeintliche Unvermögen zur Herstellung von methodischer Transparenz beim Hörer sein. Die Sektion „Rechtfertigungen und Anfechtungen des Kapitalismus 1850-2008“ beispielsweise wäre aufgrund der Nähe von Wirtschaftsgeschichte und statistischer Erschließung geradezu prädestiniert für die Anwendung digitaler Tools gewesen. Manch eine/r mag einwerfen, dass es in diesem Panel um Analysen von Biographien mit wirtschaftshistorischem Stellenwert ging. Doch wie das Panel zu Praxisbeispielen aus der DH zeigte, sind biographische Lebenswege auch hier expliziter Gegenstand des Interesses. Dies soll keine Bewertung der verschiedenen Vorgehensweisen sein, aber doch als Appell für mehr Mut zur Nutzung und Thematisierung digitaler Ansätze in allen Bereichen der Geschichtswissenschaften verstanden werden.

Der „Mut zur Veränderung“ wäre auch als Überschrift einer Zusammenschau der sich 2018 in Münster manifestierten Entwicklungstendenzen der (deutschen) digitalen Geschichtswissenschaften zu wählen. Die Disziplin kann nur in der Breite gewinnen, wenn digitale Analysekomponenten im Arbeitsprozess nicht rundheraus abgelehnt, sondern adaptiert und eingesetzt werden. Neue Publikationsformate würden die sich stärker ausdifferenzierenden Ansprüche an historische Forschungsprozesse und -ergebnisse besser abdecken. Eine größere Wertschätzung für Forschungsdatenmanagement und Methodendokumentation, die sich auch in Dauerstellen und Reputationsgewinn manifestiert, würde nicht nur mehr Nachhaltigkeit und Grundlagen für neue Forschungsfragen generieren, sondern auch den „wissenschaftlichen Nachwuchs“ hinsichtlich des Einsatzes von digitalen Methoden motivieren. Die Erweiterung des Methodenkoffers durch eine digitale Hermeneutik kann nur zu mehr Transparenz führen. Kollaborative und interdisziplinäre Zusammenarbeit auf Augenhöhe kann nicht nur neue Wege des Erkenntnisgewinns aufzeigen, sondern auch dabei helfen, die seit länge-

rem bestehende Rückständigkeit der deutschen (digitalen) Geschichtswissenschaften im internationalen Vergleich zu beseitigen. Archive, Bibliotheken und Museen sind zwar Vorreiter der Digitalisierung. Sie gehen, meiner Ansicht nach, aber noch nicht weit genug. Die Bereitstellung digitalisierter Bestände muss insgesamt stärker standardisiert und auf ein gemeinsames Level gehoben werden, um digital unterstützte Analysen zu erleichtern und nicht zu behindern. Es ist zu hoffen, dass die NFDI ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist.

Insgesamt ist innerhalb der immer noch überschaubaren Gruppe deutschsprachiger „Digital Historians“ nach einer Konsolidierungsphase der fachlichen Selbstfindung nun eine deutliche Tendenz weg vom Experimentieren und hin zu echter empirischer Forschung spürbar. Dies ist etwa daran festzumachen, dass im Gegensatz zum Historikertag 2016, bei dem noch die Methoden im Vordergrund standen, 2018 die Praxis und die Umsetzung der Methoden wichtiger waren. Dennoch, obwohl die meisten „digitalen“ Veranstaltungen recht gut besucht waren, musste aufmerksamen BesucherInnen doch auffallen, dass sich Podium und Auditorium mehrheitlich immer wieder aus demselben Personenkreis zusammensetzten, was immer noch auf eine – insbesondere inhaltlich – vom historiographischen Mainstream abgespaltene „digitale Wissenschaftsgesellschaft“ hinweist. Um diese Spaltung zu beenden und die Sichtbarkeit und Akzeptanz digitalhistoriographischer Forschung in den Geschichtswissenschaften zu erhöhen, schlage ich abschließend für den Historikertag 2020 in München eine Aufteilung der „digitalen“ Praxisbeiträge auf inhaltliche Fachsektionen vor.

## Sektionsberichte

### Museen im Widerstreit – Museale Geschichtspolitik zwischen Nationalismus und Globalisierung

**Von:** Helen Wagner, Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Mit Schlagzeilen wie „Ein Museum als Schlachtfeld“ oder „A Museum Becomes a Battlefield Over Poland's History“ fand die seit Jahren schwelende Auseinandersetzung um das Museum des Zweiten Weltkriegs im polnischen Gdańsk auf ihrem Höhepunkt um die Auswechslung des Gründungsdirektors Paweł Machcewicz ein breites und internationales Medienecho.<sup>1</sup> Trotz der Intensität des Konflikts um die erst kurz vor der Auswechslung Machcewiczs eröffnete Dauerausstellung sei das umstrittene Danziger Museum als Beispiel für „Museen im Widerstreit – Museale Geschichtspolitik zwischen Nationalismus und Globalisierung“ nur die „Spitze des Eisbergs“, wie IRMGARD ZÜNDORF (Potsdam) in ihrer Einführung deutlich machte. Die gemeinsam mit DANIEL MORAT (Berlin) veranstaltete Sektion widmete sich mit Blick auf Fragen nach den Auswirkungen von Geschichtspolitik auf Museen, Geschichtspolitik durch Museen und Geschichtspolitik mit Museen drei unterschiedlichen Dimensionen des Themas. Die Vorträge, die Anfang 2019 als Debatte in den *Zeithistorischen Forschungen* erscheinen sollen, adressierten hierbei insbesondere die Frage, ob nationale Rahmungen für Geschichtsmuseen noch sinnvoll und welche Gegenmodelle denkbar seien.

Wie die zunächst mit globaler Perspektive geplante Dauerausstellung des Museums des Zweiten Weltkriegs schrittweise in ein nationales Meisternarrativ gepresst und das Museum als geschichtspolitisches Instrument funktionalisiert wird, zeigte JULIANE TOMANN (Jena):

<sup>1</sup> Judith Leister, Ein Museum als Schlachtfeld, Interview mit Paweł Machcewicz, in: NZZ, 23.06.2017, <<https://www.nzz.ch/feuilleton/aktuell/danziger-tauziehen-um-die-polnische-geschichte-ein-museum-als-schlachtfeld-ld.1302384>> (05.10.2018); Rachel Donadio, A Museum Becomes a Battlefield Over Poland's History, in: New York Times, 09.11.2016, <<https://www.nytimes.com/2016/11/10/arts/design/museum-of-the-second-world-war-in-poland-debate.html>> (05.10.2018).

anhand von Einblicken in die Ausstellung und durch Nachzeichnen der Debatte um ihre Entstehung. Die scheinbar im Umkippen begriffene Architektur des Museumsbaus stehe symbolisch für den Zustand des vor zehn Jahren auf Initiative des damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk in seiner Heimatstadt Gdańsk gegründeten Museums. Das eigentlich aus Unbehagen über die Verschiebung des deutschen erinnerungskulturellen Diskurses hin zu einer Viktimisierung der eigenen Bevölkerung gegründete Museum wurde einerseits zu einem Katalysator der Kritik gegen die Regierung Donald Tusks. Andererseits avancierte es zu einem Kristallisationspunkt der Debatte darum, ob Museen nationale Meistererzählungen zeigen oder eine dekonstruierende und übergreifende Perspektive einnehmen sollten. Vor allen Dingen die seit 2015 regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) begegnete der globalgeschichtlichen Perspektive auf das Leid der Zivilbevölkerung mit der Forderung, ein polnisches Museum müsse eine polnische Perspektive einnehmen. Der von Machcewicz und seinem Team gemeinsam mit einem prominent besetzten, internationalen Beirat ausgearbeitete transnationale Ansatz des Museums wurde als von außerhalb Polens gesteuerter Versuch diskreditiert, die deutsche Schuld zu relativieren und als Opfererfahrung umzudeuten.

Tomann führte aus, wie die PiS-geführte Regierung durch Gründung des Museums der Westerplatte und des Krieges von 1939 sogar die Entlassung Machcewiczs überflüssig machte. Die nach mehreren Klagen im April 2017 letztlich doch durchgeführte Zusammenführung beider Museen ermöglichte die Auflösung der ursprünglichen Institution, nachdem die Dauerausstellung erst im Vormonat publikumswirksam eröffnet worden war. Der Zusammenführung folgten die Einsetzung eines neuen Direktors und die Auswechslung des nun nicht mehr international besetzten Beirats. Die hohen Kosten der von über 2000 Objekten getragenen Dauerausstellung und drohende Regressforderungen der Stadt Danzig für das kostenlos zur Verfügung gestellte Bauland hätten zwar den kompletten Umbau von Museum und Ausstellung bisher verhindert, jedoch wurden bereits einzelne Ausstellungelemente ausgetauscht und durch eine auf eine nationale Heldengeschichte hin erzählte

Inszenierung ersetzt.<sup>2</sup>

Wie eine ursprünglich national ausgerichtete Meistererzählung durch Problematisierung von wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Seite in einzelne Narrative zerfällt, die ihren Niederschlag in verschiedenen Partikularmuseen finden, zeigte ANDREAS ETGES (München) als Ersatz für die erkrankte Referentin Rosemarie Beier-de Haan (Berlin). Aufbauend auf kurzen Erklärungen zu zentralen geschichtspolitischen Institutionen wie dem National Park Service und dem Smithsonian Institute führte Etges aus, wie die museale Inszenierung des Selbstbilds der USA als fortschrittlicher und weltpolitisch erfolgreicher Staat durch eine im Zuge gesellschaftlicher Prostete der 1960er-Jahre kritischer werdende Geschichtswissenschaft herausgefordert wurde. Die museale Darstellung eines unkritischen, patriotischen Geschichtsbilds blieb aber während des Kalten Kriegs weitgehend dominant und habe sich erst in den 1990er-Jahren dem Forschungsstand angeglichen. Die Auseinandersetzung um eine kritische, auf die Folgen des Atombombenabwurfs ausgerichtete Ausstellung des Kampffliegers Enola Gay Mitte der 1990er-Jahre habe allerdings zu einer Selbstzensur des Smithsonian Institute im Umgang mit kontroversen Themen geführt, die auch angesichts der Abhängigkeit von Kongressmitteln und Sponsoren bis heute anhalte.

Diese Entwicklung sei jedoch nur bedingt als Niederlage für eine kritische Geschichtswissenschaft zu werten, da andererseits Partikularmuseen wie das African American Museum und das American Indian Museum auf der National Mall in Washington als „heiligem Grund der amerikanischen Erinnerungskultur“ angekommen seien, so Etges. Die ebenfalls zum Smithsonian Institute gehörenden Museen könnten ihre Geschichte weitgehend unabhängig vom patriotischen Meisternarrativ erzählen und unkonventioneller inszenieren. Das National Museum of American History biete mittlerweile ebenfalls keine Meistererzählung zur

<sup>2</sup> Zu Versuchen die weitere Veränderung der Ausstellung durch Urheberrechtsklagen gegen die neue Museumsleitung zu verhindern, vgl. ein aktuelles Interview mit Paweł Machcewicz in Andreas Etges / Irmgard Zündorf / Paweł Machcewicz, History and Politics and the Politics of History. Poland and Its Museums of Contemporary History, in: International Public History 1 (2018) H. 1, <https://www.degruyter.com/downloadpdf/j/iph.2018.1.issue-1/iph-2018-0006/iph-2018-0006.xml> (05.10.2018).



amerikanischen Geschichte mehr an, sondern zeige viele Querschnittsthemen statt einer chronologischen Darstellung. Die Frage, ob es in einer pluralistischen Gesellschaft überhaupt noch möglich sei, die Geschichte eines Landes in einem einzigen Nationalmuseum unterzubringen oder ob die Lösung in einer partikularen Museumslandschaft bestehe, lasse sich laut Etges allerdings nicht eindeutig beantworten. Zwar konnten sich die Partikularmuseen, die mit Verzögerung der Aufsplitterung an den Departments amerikanischer Universitäten gefolgt seien, durch ihre Eingliederung in die National Mall hohe Besucherzahlen erschließen. Allerdings sei es aufgrund ihrer geschichtspolitischen Funktion schwierig, die bisweilen an Heimatmuseen erinnernden Ausstellungen kritisch zu reflektieren, weshalb ein gewisses Unbehagen bestehen bleibe.

Als Ersatz für die kurzfristig erkrankte Referentin Bettina Habsburg-Lothringen (Graz) griff HANNO HOCHMUTH (Potsdam) ursprünglich am Beispiel Österreichs vorgesehene Fragen nach dem geschichtspolitischen Einfluss von Parteien auf. Anhand der Kontroverse um die museale Bespielung des Checkpoint Charlie erweiterte er sie außerdem um das Spannungsfeld von privat und öffentlich finanzierten Museen. Das seit 1963 am Checkpoint Charlie ansässige Mauermuseum fungierte zunächst als Menschenrechtszentrum und Anlaufpunkt für Flüchtlinge. Nach dem Tod seines Gründers und langjährigen Leiters Rainer Hildebrandt im Jahr 2004 sei das Museum von einem zivilgesellschaftlichen Zentrum zu einem kommerziell erfolgreichen Touristenhotspot transformiert worden. Eine im selben Jahr realisierte, von überzogenen Opferzahlen ausgehende Kunstinstallation der neuen Museumsdirektorin löste breite Kritik aus und führte neben einer wissenschaftlichen Erhebung zur Zahl der Mauertoten zu einem Ausbau der vom Land Berlin getragenen Gedenkstätte Berliner Mauer. Das Mauermuseum generiere zwar enorm hohe Besucherzahlen, bleibe aber museologisch weit hinter aktuellen Standards zurück und verletze unter anderem den Beutelsbacher Konsens, so Hochmuth.

Um als Gegenstück zum Privatmuseum am ehemaligen Checkpoint Charlie die internationale Dimension des Kalten Kriegs in einem historisch-kritischen und erläuterndem statt antikommunistischen Gestus zu zeigen, sei 2010 der Verein Zentrum Kalter Krieg entstanden, dessen Mitglied Hochmuth ist. Die 2012 errichtete Black Box Kalter Krieg

fungiere als Vorbote des kultur- und globalgeschichtlich angelegten Museums, das allerdings Widerstand von drei Seiten provoziert habe. So befürchtete die Berliner CDU, eine neutrale Betrachtung der amerikanischen und sowjetischen Politik nivelliere die Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur. Das vor dem Umzug in einen Hangar des ehemaligen Tempelhofer Flughafens stehende Alliiertenmuseum fürchtete eine Standortkonkurrenz zum neuen Museum, ebenso wie das von einer antikommunistischen Haltung geprägte, private Mauermuseum, dessen Eintrittspreise mit einer öffentlichen Institution schwer konkurrieren könnten. Nachdem sich die Widerstände weitgehend aufgelöst hätten und mit einem Auftrag an die Stiftung Gedenkstätte Berliner Mauer zu Sammlungsaufbau und Konzeptentwicklung eine realistische Chance auf Umsetzung des Museums bestanden habe, sei das Museum nun zum Mittelpunkt einer Auseinandersetzung um Gentrifizierung geworden. Diese sei nicht geschichtspolitisch, sondern stadtplanerisch motiviert, weshalb nicht das Museum an sich in Frage gestellt werde, sondern der Ausverkauf der Stadt an Investoren, so Hochmuth.

Dass auch beim Wiederaufbau des Berliner Schlosses zunächst die stadtplanerische Frage um die Gestaltung der Stadtmitte im Vordergrund gestanden habe, inzwischen aber von der Diskussion um den Umgang mit kolonialem Erbe im Museum überlagert sei, machte DANIEL MORAT (Berlin) in seinem Vortrag zum Humboldt-Forum deutlich. Die Debatte betreffe weniger die geplante stadthistorische Ausstellung, für die Morat seit 2016 als Kurator tätig ist, als die aus der Sammlung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz eingebrachten Ausstellungsteile. Mit der Verlagerung der ethnologischen Sammlung aus Dahlem in die Stadtmitte gegenüber der Museumsinsel sei der Gedanke eines Dialogs der Kulturen der Welt verfolgt worden, der den Schlossbau vom Vorwurf eines Preußen verklärenden Revisionismus befreien sollte. Die als Versöhnungsvorschlag gedachte Gegenüberstellung sei allerdings schnell als Perpetuierung eines eurozentristischen Weltblicks und Ausdruck der Vorstellung in sich geschlossener Kulturen kritisiert worden, die das vermeintlich Fremde der ethnologischen Sammlung gegen das vermeintlich Eigene der Museumsinsel stelle. Auch die Benennung nach einem Akteur der kolonialen Wissensproduktion und die Ausstellung von als kolonialem Raubgut gewerteten Objekten im Wiederaufbau-

ten Herrschaftssitz der Kolonialherren sei Anstoß der Kritik, die von den Initiatoren nicht vorhergesehen worden sei, so Morat.

Das Problem zwischen äußerer Fassade und inhaltlichem Anspruch des Projekts bleibe letztlich unauflösbar, auch wenn die Kritik Eingang in die Ausstellungskonzeption finde. So sei unter anderem in Zusammenarbeit mit Kolonialismusforscher/-innen ein progressiver Leitfaden zum Umgang mit Objekten aus kolonialen Sammlungszusammenhängen erarbeitet worden, der allerdings in Fragen der Umsetzung vage bleibe. Auch die Werbematerialien würden den kritischen Diskussionsstand der Ausstellungsarbeit nicht widerspiegeln. Die von den Initiatoren unvorhergesehene Debatte um den Umgang mit Kolonialgeschichte im Museum sei zum Kernproblem des Humboldt-Forums geworden, das durch eine kritische Ausstellung allein nicht zu lösen sei. Ebenso wenig könne die Lösung allein in der Restitution von Objekten bestehen, da diese Problematik weit mehr Museen betreffe und die Provenienzforschung zu kolonialen Objekten noch eine große Forschungslücke darstelle, so Morat.

Die Diskussion im trotz der Terminierung am Freitagnachmittag ausgefüllten Saal teilte sich in inhaltliche Nachfragen zu den vorgestellten Fallbeispielen und weiterführenden Fragen zu nationalen und globalen Narrativen in Museen. So beantwortete Juliane Tomann Fragen nach dem museumspädagogischen Angebot im Museum des Zweiten Weltkriegs, nach weiteren Veränderungen der Dauerausstellung und den Auswirkungen der internationalen Unterstützung für Machcewicz und sein Team. Diese sei vom Ausstellungsteam selbst angestoßen worden und habe sich bisher nicht negativ ausgewirkt. Hanno Hochmuth erläuterte auf Nachfrage Details zu Eigentumsverhältnissen der Liegenschaften und Bauten am Checkpoint Charlie und zu personellen Verbindungen zwischen Museum und Politik. Andreas Etges erklärte die hohen Besucherzahlen des Smithsonian Institutes mit dem kostenlosen Eintritt einerseits und der auf Unterhaltung ausgelegten Gestaltung andererseits. Seine Beschreibung der Aufsplitterung der musealen Darstellung eines nationalstaatlich gerahmten Geschichtsbilds in Partikularmuseen gesellschaftlicher Teilgruppen wurde als Spiegel des Nationsbildungsprozesses diskutiert. Dieser konstruiere eine Nation als imagined community auch über Prozesse der Unterdrückung und Marginalisie-

rung, bis über Partikularmuseen Schauplätze einer eigenen Identität im Sinne einer performative citizenship gesucht würden. Daniel Morat beantwortete die Frage, welchen Ausweg es aus der festgefahrenen Diskussion um das Humboldt-Forum gebe und inwiefern die aufgrund der fehlenden Provenienzforschung problematische Sammlung auch eine Chance für eine von Migration geprägte deutsche Gesellschaft sein könne, mit einer notwendigen Internationalisierung des Ausstellungsteams. Ähnlich wie im Falle der stadthistorischen Ausstellung, wo eine wenn auch spät vollzogene Diversifizierung des Ausstellungsteams über den verstärkten Einsatz partizipativer Instrumente gesucht werde, müsse das Team der ethnologischen Sammlung stärker international und insbesondere mit Vertreter/-innen ehemals kolonisierter Staaten kooperieren.

Angesichts von sich wiederholt aufdrängenden Fragen etwa zur Plausibilität der postulierten Trennung stadtplanerischer und geschichtspolitischer Dimensionen der vorgestellten Fallbeispiele oder zur Doppelrolle von im Feld der Public History tätigen Akteur/-innen zwischen Erforschung und Gestaltung von Geschichtspolitik bleibt lediglich die knapp bemessene Diskussionszeit zu bemängeln. Obwohl in allen Vorträgen Fallbeispiele von hoher Relevanz interessant und überzeugend aufgearbeitet wurden, wäre möglicherweise ein Beispiel weniger zugunsten eines methodisch-analytisch rahmenden Vortrags wünschenswert gewesen.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Irmgard Zündorf (Potsdam) / Daniel Morat (Berlin)

Einführung und Moderation: Irmgard Zündorf (Potsdam)

Juliane Tomann (Jena): Geschichte als nationales Master-Narrativ? Das Museum des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk

Andreas Etges (München): E pluribus unum – or many out of one? Nationale Geschichtsmuseen in den USA

Hanno Hochmuth (Potsdam): Zwischen Panzern und Raketen. Der Checkpoint Charlie als geschichtspolitisches Schlachtfeld

Daniel Morat (Berlin): (Post-)Kolonialismus im Museum. Das Humboldt Forum in Berlin

Tagungsbericht *Museen im Widerstreit – Museale Geschichtspolitik zwischen Nationalismus und Globalisierung*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 20.10.2018.

### **Geschichte translokal: Spaltungen in der Raumzeit überdenken**

**Von:** Benjamin Steiner, Abteilung Geschichte der Frühen Neuzeit, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Das Panel versammelte Vorträge zur Reflexion von Raum und Zeit als zwei Grundkategorien historischen Arbeitens. Die Beiträger waren eingeladen, das Verhältnis von Räumlichkeit und Zeitlichkeit im Sinne einer hier vorgeschlagenen Methode der „Translokalität“ zu untersuchen. Der auf den ersten Blick abstrakt wirkende Gegenstand zeigte sich hier – das stellte sich während der Vorstellung der einzelnen Beiträge heraus – fest an empirische Fallbeispiele der globalhistorischen Forschung gekoppelt. Translokale Geschichtsschreibung ist demnach weniger als ausgereiftes Theoriekonzept zu verstehen. Vielmehr soll eine solche Perspektive auch die Veränderlichkeit von Raum und Zeit berücksichtigen, die, ähnlich wie Sprache, Normen und andere vermeintlich dauerhaften historischen Strukturen, auch „Raumzeiten“ konsequent zu historisieren habe. Die Sektion machte deutlich, dass in erster Linie Raumzeit-Strukturen der Moderne (z.B. „Nation“, „Kolonialismus“, „Fortschritt“) im Fokus der dekonstruktiven Arbeit der Translokalitätsforschung stehen. In einigen Beiträgen wurde deutlich, dass solche Strukturen nicht nur emische Spaltungen hervorriefen, etwa jene sozialen und ökonomischen Gefälle, die der europäische Kolonialismus in den letzten zweihundert Jahren hervorrief. Es wurden auch auf Spaltungen auf ethischer Ebene hingewiesen, die in der gegenwärtigen Historiographie wirksam sind.

Die einleitenden Worte SEBASTIAN JOBS (Berlin) gaben gewissermaßen vor, dass die historische Aufgabe vergangene Räume zu verstehen vornehmlich aus der Sicht von einzelnen Akteuren verfolgt werden sollte. Gleichsam wie ein Fußgänger bei seinem Spaziergang durch die Stadt, sollte eine historische Rekonstruktion vergangener Räume und Zeiten „von unten“ erfolgen. Der Forscher habe also den Blick aus der Binnenperspektive auf seinen Untersuchungsgegenstand zu richten. Eine translokale Methode, so Jobs, müsse vorgefertigte Annahmen von Raum-Zeit-Relationen vermeiden und Aneignungs- und Transformationsprozesse berücksichtigen.

Der erste Beitrag von ACHIM VON OPPEN (Bayreuth) löste diesen Anspruch am Beispiel der Geschichte einer Weltregion in Afrika, genauer in Nordwest-Sambia, ein. Hier sei in den 1950er-Jahren eine spätkoloniale Infrastruktur entstanden, die neben Straßen auch Gemarkungsgrenzen und soziale Ordnungen errichtete. Grenzen wurden zwar von zumeist fernen Eliten eingesetzt und vielfach durch die Menschen vor Ort, Hirten, Verwandte, Händler, stets überschritten. Trotzdem konnten solche Überschreitungen nur scheinbar als Auflehnung gegen koloniale und nachkoloniale Raumordnungen verstanden werden. Denn es wurde, so von Oppen, durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Temporalitätsregime deutlich, dass die koloniale Raumordnung die Phase der Dekolonialisierung sehr wohl überdauerte. Die lokale Bevölkerung hielt an sozialen Hierarchien fest, die fortschrittliche „Straßenleute“, das heißt, solche die in der Umgebung der neu geschaffenen Infrastrukturen lebten, von rückständigen „Buschleuten“, welche fern von dieser Umgebung wohnten, unterschied. Für von Oppen zeigten solche „Chronoferenzen“ (Achim Landwehr) wie die Spaltung von Räumen auch eine zeitliche Komponente voraussetzt. Die „Zeit der Anderen“ oder „Allochronie“ (Johannes Fabian), in diesem Fall die Zeit der „Buschleute“, sei die Antithese des europäischen Fortschritts und entspreche einem linearen und chronozentrischen Verständnis von Zeit, das abgeschlossene Raumkonzepte, wie das der absolut gedachten „Container“, als räumliche Behälter bedingte. Eine kritische Translokalitätsforschung müsse daher durch eine Transtemporalitätsforschung ergänzt werden.

ULRIKE FREITAG (Berlin) sprach hinsichtlich ihres Beispiels der is-

lamischen Pilgerfahrt von einer räumlichen Erfahrung, deren temporale Dimension sich im Verlaufe des 19. und 20. Jahrhunderts wandelte. War die Hadsch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch eine Reise, die für viele Muslime mehrere Monate dauerte, so verkürzte sich im 20. Jahrhundert nicht nur die Reisezeit, es kam auch zu einer drastischen Vermehrung der Anzahl der Pilger. Für die Vormoderne galt die Fahrt noch als itinerarische Raumaneignung der islamischen Welt (*umma*) durch den einzelnen Pilger. Man unterbrach seine Reise in Handelszentren, machte Station bei berühmten Gelehrten und ließ so neben Menschen auch Wissen und Gegenstände zirkulieren. Indes veränderte die koloniale Expansion im 19. Jahrhundert die räumlichen Bedingungen der Pilgerreise, etwa durch die Abschaffung des osmanischen Passwesens, aber auch durch staatliche Versuche seitens der Briten und Franzosen, die Pilgerfahrt zu kontrollieren und zu kanalisieren. Mit einem neuen Staat auf der arabischen Halbinsel ging die vormals imperiale Kontrolle auf die Herrschaft der Saudi-Familie über, die Ein- und Ausreise während der Hadsch stärker zu kontrollieren begann. Begrenzung der Staatsangehörigkeit und die Einführung des Gastarbeiterstatus transformierten die Pilgerfahrt auch zu einer Möglichkeit in Saudi-Arabien Arbeit zu suchen.

Ein weiteres Beispiel aus Afrika führte BIRTE FÖRSTER (Bremen / Darmstadt) an, um translokale Verflechtungen bei hydraulischen Großprojekten in Uganda während der 1950er-Jahre darzustellen. Der Bau des Owen-Falls-Staudamm, der 1954 von Königin Elisabeth II. eingeweiht wurde, stand dabei nicht nur im Zentrum der Wasserbaulandschaft (*waterscape*) des Nils, sondern auch für den kolonialen Versuch, ein neues lokales Zeitregime einzuführen. Nicht nur sollte die Zeitlichkeit des Nils durch das Dammprojekt verändert werden, indem man nun die natürliche Fluktuation der Nilschwemmen verändern konnte. Während der Planung des Projekts wurden auch lokale und globale Asymmetrien offenbar, etwa dadurch, dass das Expertenurteil der westlichen Wasserbauingenieure mehr zählte als das Wissen der lokalen Bevölkerung, die nicht in die Planung einbezogen wurde. Während des Baus waren Arbeiterunterkünfte der Afrikaner und Europäer segregiert, Verträge für afrikanische ungelernte Beschäftigte auf sechs Monate begrenzt und schwere Arbeit als Bedingung der Möglichkeit erklärt, um

am europäischen Wohlstand teilzuhaben. Förster schlussfolgerte daraus, dass die Fertigstellung des Staudamms nicht die gewünschten Ergebnisse für die lokale Bevölkerung hatte und vielmehr die bestehenden translokalen Asymmetrien weiter verfestigt wurden.

Das Ineinandergreifen von Zeitlichkeit und Räumlichkeit unterstrich SEBASTIAN DORSCH (Erfurt) in seinem Beitrag zum Grenzkonflikt zwischen Frankreich und Brasilien um die Guyanas in Südamerika. Er beschreibt den Naturforscher und Kartographen Emil Goeldi als translokalen Wissensakteur, der für die Produktion von Raumzeit-Ordnungen in der Region als Autorität für den als Schiedsrichter im Grenzstreit verantwortlichen Schweizer Bundesrat gewesen sei. Anhand der Korrespondenz zwischen Goeldi und dem Herausgeber von Petermanns Mitteilungen aus Gotha rekonstruiert Dorsch die Strategie des Schweizer, seine translokalen Verbindungen als entscheidenden Vorteil im Grenzstreit zu nutzen. Dessen Insiderwissen über den brasilianisch-guyanischen Grenzstreit, so Dorsch, durchbreche eine Zentrum-Peripherie-Dichotomie, die imperialen Interessen, in diesem Fall Frankreichs, entgegenliefe. Goeldis Vernetzung mit brasilianischen und lokalen Politikern oder Fischern an bestimmten Orten hätten seine Autorität als Kartograph gestützt. So kam es, dass der Schweizer erfolgreich als „neutraler“ Experte im Schiedsspruch über die Grenzziehung und somit die Bestimmung des französischen Territoriums in Guyana (*La France équinoxiale*) dienen konnten. Für Dorsch verschränken sich in Goeldis Arbeit alte und neue Zeiten, da die einmal geschaffene Raumordnung in dieser Region bis heute Gültigkeit besitze.

Eine Reflexion über Praktiken des Vergleichens im Zusammenhang mit Spaltungen in der Raumzeit führte dann ANGELIKA EPPLÉ (Bielefeld) an. Ihre These lautete, dass wenn man über Räume und Zeiten nachdenke, die Einheiten Raum und Zeit als Pole und die Relationen dazwischen benötigt würden. Und wenn man die Herstellung dieser Einheiten untersuchen möchte, dann müssten die Praktiken des Vergleichens analysiert werden. Denn nur die Vergleichspraktiken brächten die zu vergleichenden Einheiten hervor. Dieser reflexive Forschungsansatz, den die Referentin als Sprecherin des Bielefelder Sonderforschungsbereichs 1228 „Praktiken des Vergleichens“ verfolgt, wurde dann an einem Beispiel der Gegenwart exemplifiziert. So habe die Auseinandersetzung

mit dem Begriff „Heimat“ in der Debatte jüngerer Zeit, so Epple, im Zeichen des *spatial turn* gestanden.<sup>1</sup> Für sie scheint die räumliche Konstruktionsleistung von deutschen Innenpolitikern darin zu bestehen, dass die Einheit des Heimatraums zwar nicht definiert wird, aber in ihrer Funktion als identitätsstiftender Raum instrumentalisiert wird. Damit soll auch Auflösungserscheinungen etwa der nationalen Räume und des nationalen Paradigmas entgegengewirkt werden. Selbst in der internen Debatte der Geschichtswissenschaften im VHD erkennt Epple am Beispiel der Geschichte internationaler Beziehungen eine Komplementärbewegung: Einerseits würde die Arbeitsgruppe „Internationale Geschichte“ die Beziehungen zwischen lokalen, nationalen und globalen Einheiten in ihren Rückwirkungen auf die Eigenlogik der Staaten untersuchen. Andererseits untersucht der Arbeitskreis „Außereuropäische Geschichte“, dem Epple selbst angehört, translokale Verflechtungen nicht als Gegensätze, sondern geht vielmehr auf die Relationen oder die Einheiten als Ergebnisse von Vergleichspraktiken selbst ein. „Eigenlogiken“ würden dabei nicht mehr vorausgesetzt werden.

Die Stoßrichtung, in die dieser letzte Beitrag verwies, wurde im Kommentar von SUSANNNE RAU (Erfurt) weiter entwickelt. An einem Beispiel des Bildes eines Uhrmachers in einer Straßenszene aus dem Mumbai der Gegenwart kehrte sie zur anfangs gewählten Metapher des Spaziergängers zurück und machte die Standortgebundenheit der Raum-Zeit-Kategorien deutlich. Raum und Zeit als Ergebnisse eines von Menschen geleiteten Produktionsprozess seien ständigen Veränderungen und Auflösungen unterworfen. Spaltungen, die scheinbar fixiert seien, können weder durch die Leugnung noch die Essentialisierung von Raum und Zeit überwunden werden, sondern nur indem man sie als Operationen historischer Akteure untersuche.

Auch wenn die Diskussion insbesondere die Frage vertiefte, ob Räumlichkeit schon Zeitlichkeit implizierte und die Forderung Achim von Oppen nach einer Transtemporalitätsforschung schon durch das Translokalität-Konzept schon eingelöst worden sei, wie etwa Sebastian

Dorsch behauptete, blieb der hier vorgestellte Ansatz dennoch theoretisch unterbestimmt. So wurde auf Leerstellen in der Vorstellung des Konzepts hingewiesen, wie etwa Medialität der Raum- und Zeitproduktion im Konzept der Translokalität fungiert. Gesprächsbedarf gab es auch hinsichtlich der Reichweite des Konzepts. Eine Teilnehmerin äußerte ihr Bedenken darüber, dass Translokalität zum universalen Erklärungsmuster „entgrenzt“ würde und nicht klar genug geworden sei, was damit erklärbar ist, was andere Konzepte nicht auch könnten. Hier gab es sowohl Zustimmung als auch Widerrede auf dem Podium. Einerseits wurde die fehlende Tiefenschärfe bemängelt, andererseits sollte durch die lokale konkrete Dimension das historische Subjekt mittels des Konzepts der Translokalität in einen größeren Zusammenhang eingebunden werden.

Als Fazit lässt sich eine Gemeinsamkeit der Referenten und Referentinnen festhalten, dass nämlich alle von dem Willen geprägt waren, das mit historischen Raumprojektionen belastete Fach der weltregionalen Geschichte zu erneuern. Ob diese Neuerung nun von der Betrachtung der „Akteure“ ausgehen soll oder auch den gesellschaftlichen „Strukturen“, der Medialität der Quellen oder vielleicht im Lichte des Wechselspiel zwischen translokalen Bewegungen und „Materialitäten“ geschieht, das sind Fragen, die durch die Sektion aufgeworfen wurden, aber noch nicht im Rahmen eines fixierten Konzeptes zugeordnet werden konnten. Vielmehr scheint sich die Forschung zur außereuropäischen Geschichte bzw. der Geschichte der Weltregionen noch im Prozess der Dekonstruktion alter Raum- und Zeit-Vorstellungen zu befinden. Eine Alternative zur Geschichtsschreibung jenseits nationaler Räume scheint sich indes immer deutlicher am Horizont abzuzeichnen.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Sebastian Dorsch (Erfurt) / Angelika Epple (Bielefeld) / Achim von Oppen (Bayreuth)

Achim von Oppen (Bayreuth): Über Grenzen: Zum Verhältnis von Räumlichkeit und Zeitlichkeit in einer ‚Geschichte der Weltregionen‘

Ulrike Freitag (Berlin): Die Regulierung nationaler Zugehörigkeit: Zur temporalen Dimension translokaler Zirkulation am Beispiel der islami-

<sup>1</sup> Siehe auch den in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Beitrag von Angelika Epple, der aus einem Teil des Sektionsbeitrags hervorgegangen ist: Horst Seehofer kriegt die Kurve, in: FAZ, 4.10.2018, URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/horst-seehofer-und-seine-heimat-15815227-p2.html>

schen Pilgerfahrt

Birte Förster (Bremen / Darmstadt): Translokale Dynamisierung von Zeit und Raum. Wasserregulierung und Energieproduktion durch den Owen-Falls-Staudamm in Uganda

Sebastian Dorsch (Erfurt): Translokale Wissensakteure im Konflikt um die Guyanas (Ende 19. Jahrhundert). Raum-zeitliche Verortungen – koloniale Macht – Wissenspolitiken

Angelika Epple (Bielefeld): Praktiken des Vergleichens und die Konstruktion von Zeiten und Räumen

Susanne Rau (Erfurt): Kommentar

Sebastian Jobs (Berlin): Moderation

Tagungsbericht *Geschichte translokal: Spaltungen in der Raumzeit überdenken*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 20.10.2018.

### Decolonisation of Colonial Collections – A shifting debate in Europe?

**Von:** Jos van Beurden, Faculty of Humanities, Vrije Universiteit Amsterdam

When in Münster, one easily passes by the 'Friedenssaal', where the Peace of Westphalia was signed in 1648. At walking distance is the 'Haus der Niederlande', where the Netherlands and Spain negotiated peace and the independence of the Dutch. The arrival at the Historikertag 2018 with more than three thousand, mostly German historians reminded of the influx of the hundreds of diplomats, negotiators, their assistants and servants in the early 1640s. It made it hard to find fellow-specialists (colonial collections). A week earlier, at a conference about African European relations, organised by the Africa Museum in Tervuren near

Brussels, restitution was constantly in the air. In Münster the panel about the decolonisation of colonial collections was one out of many.

At the closure of the conference in Brussels, Belgium's Foreign Minister, Didier Reynders, declared that Belgium is willing to return colonial cultural objects to Africa. This commitment and the imminent reopening of the Africa Museum – once the Congo Museum – in December 2018 have aroused much debate in Belgium. It is comparable with the intensified discussions in France after President Emmanuel Macron's announcement that his government will develop a policy of restitution to Africa and debates in Germany because of the opening of the 'Humboldt Forum' in Berlin with its extensive ethnographic collections at the end of 2019. The German heritage sector and media spend much attention to these discussions. At the Historikertag the debate was almost absent.

An exception was the panel „Decolonisation of Colonial Collections – A shifting debate in Europe?“ In the introduction JOS VAN BEURDEN (Amsterdam) described the above mentioned developments in Germany, France, Belgium, and also in Scandinavia and the Netherlands. In the last country, the National Museum of World Cultures is developing a repatriation framework for colonial objects. It will be pragmatic and become some sort of a check-list for what to do when a former colony submits a claim. In this sense it differs from the French approach, which is unilateral and more policy-oriented. In turn, the Dutch and French approach differ from the German one, which is expressed in the „Guidelines on Dealing with Collections from Colonial Contexts“, which were recently published by the German Museums Association<sup>1</sup>. President Hermann Parzinger of the 'Preußische Kultur Stiftung' has pleaded for a multilateral, European approach and the preparation of „principles for dealing with colonial heritage“ which are comparable with principles for dealing with Nazi-looted art works<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> <https://www.museumsbund.de/wp-content/uploads/2018/07/dmb-guidelines-colonial-context.pdf>; see also the debate at H-Soz-Kult: Larissa Förster / Sarah Freundt (Hrsg.), Human Remains in Museums and Collections. A Critical Engagement with the „Recommendations for the Care of Human Remains in Museums and Collections“ of the German Museums Association, Berlin 2017, <https://doi.org/10.18452/19383> (24.10.2018).

<sup>2</sup> Hermann Parzinger, Bauen wir Museen in Afrika!, in Frankfurter Allgemeine Zeitung,

Whereas Van Beurden took a slightly optimistic tone, the other speakers sowed some doubts. SUSAN LEGÈNE (Amsterdam), chair of the KNHG (Royal Netherlands Historical Association) had discovered in the Dutch archives a confidential code-message and other texts, which proved that most member-states of the European Economic Community had firmly opposed the ratification of the „Convention on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Import, Export and Transfer of Ownership of Cultural Property“ of 1970<sup>3</sup>. The focus of this Convention was to contain the ongoing theft and smuggling of art and antique, and not the relics that had migrated from colonial possession to Europe. Were the member-states driven by national interests or had they identified a common European position with abstention as the outcome, did she wonder. She tended to the latter. Only two or three decades after decolonisation, European countries – often with Belgium and Great Britain in the lead – seemed to have erased European imperialism and replaced it by a benevolent development discourse. This discourse substituted the acknowledgement of or an accounting for Europe's colonial past. They had made that Europe's imperial past no longer was a living past. They did not want it to be an issue and enabled them to avoid questions about the restitution of colonial cultural objects. But, as Legène remarked, due to several factors the development discourse is coming to an end, and, as a result, the colonialism discourse raises its head again. And with this, the question is back what Europe should do with all its dubiously acquired colonial collections.

WAYNE MODEST (Leiden) built on this conclusion. Colonialism is coming back to us and beats back. Groups such as 'Black Lives Matter', 'Rhodes Must Fall', 'Decolonise the Museum', 'Decolonise the Curriculum', 'the University of Colour' - and 'Berlin post-kolonial'<sup>4</sup> could be added – are sharpening this discourse. Museums and academic institutions join it too. But, did he wonder, why all these unprecedented pronouncements from the highest political level in European countries

25.01.2018, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kunst-der-kolonialzeit-bauen-wir-museen-in-afrika-15415223.html> (22.10.2018).

<sup>3</sup> <http://www.unesco.org/new/en/culture/themes/illicit-trafficking-of-cultural-property/1970-convention/> (11.10.2018).

<sup>4</sup> <http://www.berlin-postkolonial.de/> (11.10. 2018).

about the return of objects to originating communities? Why so many conferences and exhibitions on colonialism, decolonisation of colonial collections and slave trade? Are we in a competitive battle and is the burst in interest dismissive symbolic politics? His questions recalled Belgium's commitment to open up the option of restitution. Would the Minister's words remain one of the many dead letters? Modest added however another question: Will all these efforts be sustained and developed into a robust and complex enquiry, commensurate with the complexity of colonial histories and their afterlives. And would this enquiry inform our work towards more just futures? According to him, we might be at the right moment to do this. Europe itself as a project is threatened, not by presumed outsiders coming in, the threat comes from inside. Whether this right moment becomes one of danger or of hope, is up to ourselves. But it may demand new actions from the ethnographic museums, especially the developing of more critical, robust and complex practices to better understand *us*.

NANETTE SNOEP (Dresden) reflected upon the role of ethnographic museums from her practice as director of three ethnographic museums in Saxony (300.000 objects and human remains). Those in Germany agree more and more that the remains of men, women and children should be returned to the communities of origin. Not only in Namibia, but also elsewhere. In October 2017, the Saxon museums returned, after 26 years of hard negotiations, ancestral remains to Hawaii. She had experienced it as a healing process, which had forced the museums to look anew at their collections. In spite of harsh public resistance against this return, including human chains in front of the museum doors, the museums in Saxony will continue to return ancestral remains, in 2019 to Aboriginal people in Australia and Maori in New Zealand. Snoep argued that it is even harder to return objects. The Saxon museums participate with other European museums in the Benin Dialogue with Nigeria and the Edo Kingdom. In 1897, British soldiers ransacked the palaces of the Edo King and transported between 3.500 and 4.000 royal works of art to Europe. Benin bronzes, so named after the capital of the Edo Kingdom, Benin City, have been dispersed over Europe and North America since, 220 are located in Saxony. Few have remained in Nigeria. Interviews, held by the museums in Benin City in 2017, illustrate how

emotional the subject of the Benin bronzes still is for Nigerians today. Progress is slow. So far, the outcome of the Dialogue has been steps for a new museum and a permanent display in Benin City of rotating material from the museums in Europe.

This panel and some of the others have added a dimension to the Friedenssaal. While the Peace of Westphalia of 1648 usually is depicted as a highlight in Europe's history, it had been an all-time low for many colonial areas. Possibly the fighting diminished in Europe after 1648, but outside the continent it increased. The Peace of Westphalia stimulated the further violent expansion of Europe and this resulted in the massive one-way flow of cultural and historical treasures from colonial possessions to Europe. One reads nothing about this aspect in the Friedenssaal. It is time to adjust texts and captions.

#### Panel Overview:

Heads of panel: Jos van Beurden (Amsterdam) / Nanette Snoep (Amsterdam)

Susan Legêne (Amsterdam): Speaking with one voice - How the Western European post-colonial States Parties aligned their stake concerning the UNESCO 1970 Convention on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Import, Export and Transfer of Ownership of Cultural Property

Jos van Beurden (Amsterdam): The decolonisation of colonial collections: A European or a national challenge?

Adriana Muñoz (Göteborg): Different layers in repatriation: The case of the Yaqui treasures

Nanette Snoep (Dresden): „Restitution and what next?“ About restitution as the beginning of a new relationship

Wayne Modest (Leiden): (Post)Colonial Conjunctures or What to do with „Colonial Collections“ in Europe today

Tagungsbericht *Decolonisation of Colonial Collections – A shifting debate in Europe?* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 03.11.2018.

#### Irrungen, Wirrungen?! Von der Textkonstitution zur Geschichts(de)konstruktion

Von: Dominik Trump, Historisches Institut, Universität zu Köln

Bevor DANIELA SCHULZ (Wuppertal) anhand einiger übergreifender Leitfragen inhaltlich in das Thema der Sektion einführte, betonte sie die große Bedeutung von Editionsprojekten für die Forschung. Diese Bedeutung ließe sich schon an der schier unendlichen Zahl der aktuell in Deutschland laufenden Editionsprojekte ablesen, welche Patrick Sahle im Rahmen des Workshops „Nachhaltigkeit Digitaler Editionen“<sup>1</sup> vage auf etwa 400 bis 500 geschätzt habe. Die vielen Einzel- und Klein(st)projekte machten allerdings eine systematische Erfassung nur schwer möglich. Ziel der Sektion sei es daher, einen möglichst facettenreichen Ausschnitt aktueller Forschungsprojekte zu zeigen, der praktische Editionsarbeit und theoretische Reflexion verbinde.

Im ersten Vortrag sprach KARL UBL (Köln) über die Herrschererlasse der fränkischen Könige, die sog. Kapitularien. Er blickte zuerst in die Editions-geschichte zurück, wobei er besonders die letzte Edition (1883/1897) durch den Juristen Alfred Boretius hervorhob. Boretius, der von den Monumenta Germaniae Historica mit der Neu-edition beauftragt worden war, sollte die Kapitularien stärker in den Kontext ihrer Entstehungszeit einbetten sowie chronologisch neu ordnen. An seiner Edition sei aber schon bald nach ihrer Veröffentlichung Kritik geübt worden, vor allem an seinem mangelnden Interesse für die handschriftliche Überlieferung. Es sollte fast ein ganzes Jahrhundert dauern, bis Hubert Mordek mit einer Neu-edition beauftragt wurde. Nach dessen Tod 2006 sei das Projekt einem Team von Editoren übertragen worden, wobei die zentrale Stütze der Neu-edition das seit 2014 laufende Akademie-Projekt sei.<sup>2</sup> Ubl machte darauf aufmerksam, dass die Be-

<sup>1</sup> Vgl. die Veranstaltungsseite beim Data Center for the Humanities (DCH), Universität zu Köln: <http://dch.phil-fak.uni-koeln.de/nde-workshop.html> (20.10.2018).

<sup>2</sup> Vgl. die Projekthomepage: <http://capitularia.uni-koeln.de/> (20.10.2018).



zeichnung „Kapitular“ (*capitulare*) von Étienne Baluze etabliert wurde, obwohl sich die Bezeichnung in den Quellen kaum finden lasse. Der Begriff des Kapitulars prägte die Forschung seitdem nachhaltig. Gerade Boretius habe verschiedene bis heute nachwirkende Typologien von Kapitularien in die Forschung eingeführt, die seitdem immer wieder berechtigte Kritik hervorgerufen haben. Diese anachronistische Systematisierung sei noch dadurch verstärkt worden, dass jedes Kapitular einen lateinischen Kunstitel erhielt, der Boretius' Kapitularien-Typologie widerspiegelt. Ein weiteres Problem sei es, dass die Kapitularien in der Edition hintereinander gereiht wurden, was den falschen Eindruck einer kontinuierlichen Gesetzgebung erwecke. Viele heute als Kapitularien angesprochene Texte seien aber gar nicht als offizielle Verlautbarungen und für eine weitere Verbreitung gedacht gewesen. Ubl plädierte dafür, am editorischen Kapitularienbegriff festzuhalten, den rechtshistorischen Kapitularienbegriff aber zu verwerfen. Zum Schluss wurde die derzeit entstehende Neuedition thematisiert, die sich von den Kunstiteln lösen werde. Durch die digitale Edition, welche die Texte in ihrem Sammlungskontext in den Handschriften selbst biete, und die kritische Printedition, die die Originale zu rekonstruieren suche, könne die „Illusion der Gesetzgebung“ durchbrochen werden. Ubl verschwieg aber nicht die Probleme, die mit der abermaligen Neuedition der Kapitularien einhergehen. Durch den erhöhten technischen Aufwand und unterschiedliche Editionsbedingungen sei eine Verknüpfung von digitaler und gedruckter Edition derzeit noch ein großes Problem. Nicht zu unterschlagen sei der hohe finanzielle Aufwand sowie die langfristige Archivierung und Bereitstellung der digitalen Edition.

Der Vortrag von ANNE WILKEN (Wuppertal) widmete sich der Philosophiegeschichte des beginnenden 20. Jahrhunderts am Beispiel der Akademie-Ausgabe von Kants Schriften, die ab 1900 erschien und von der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter der Leitung von Wilhelm Dilthey herausgegeben wurde. Es solle beleuchtet werden, wie sich das Verhältnis von Kanonbildung und Editionspraxis in der Philosophie gestaltet. Dabei ging Wilken davon aus, dass Kant nicht nur wegen seiner philosophischen Arbeiten zum Klassiker geworden sei, sondern vielmehr auch externe Faktoren eine Rolle spielten. Dazu gehöre die Rezeption Kants im Neukantianismus; eine

Denkrichtung, die maßgeblich die universitäre Philosophie um 1900 prägte, die sich aber in der Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften erst behaupten musste. Gerade der Neukantianismus sei für die Verwissenschaftlichung der Philosophie von maßgeblicher Bedeutung gewesen, was zur Folge gehabt habe, dass das Studium philosophischer Schriften auf eine gesicherte textliche Basis gestellt werden müsse. Vor diesem Hintergrund wurde die Akademie-Ausgabe von Kants Schriften in Angriff genommen, die bereits 1893 von Dilthey sowie Eduard Zeller beantragt und 1894 genehmigt wurde. Davor gab es bereits drei Gesamtausgaben. Diltheys Ziel sei es gewesen, alle Äußerungen Kants zu erfassen, um ihn insgesamt besser als dieser sich selbst verstehen zu können. Die Neuauflage soll als Muster für weitere Editionen philosophischer Schriften dienen. Darüber hinaus habe Dilthey die Edition so gestalten wollen, wie es Kant selbst gewollt hätte. Durch die Ausgabe versprach man sich eine größere Objektivität in der Erforschung von Kants Schriften. Vollständigkeit und die korrekte zeitliche Abfolge des Materials seien die beiden Prinzipien Diltheys gewesen. Bezüglich der Textkonstitution habe dies zur Folge gehabt, dass man Normierungen und Emendationen zugelassen habe. Dabei wurden die Drucke von Kants Schriften dem Editionstext zugrunde gelegt, aber durch die Kollation mit Handschriften weiter verbessert. Diese Vorgehensweise sei nicht frei von Kritik geblieben, was zur Folge gehabt habe, dass sich nun zwei Auffassungen in der Kantforschung gegenüberstanden: diejenigen, die Kant wörtlich nach einem bestmöglichen Text verstehen wollten, und diejenigen, die Kant mehr dem Geist nach zu begreifen suchten. Die Neuedition präsentiere Kants Gesamtwerk als organisch gewachsen, wobei die „Kritik der reinen Vernunft“ als Kulminationspunkt erscheine. Durch den Druck der ersten sowie der zweiten Auflage der „Kritik“ habe die Akademie-Ausgabe – im Gegensatz zu den früheren Gesamtausgaben – beiden Texten ihre eigenständige Bedeutung in Kants Gesamtwerk zugesprochen.

Im dritten Vortrag stellte MIRA WEIDHAAS (Wuppertal) den Bauforscher und Archäologen Wilhelm Dörpfeld (1853–1940) und dessen Beschäftigung mit der Odyssee ins Zentrum ihrer Ausführungen. Ausgehend von den homerischen Fragen und der schon in der Antike erfolgten Festlegung des kanonischen Textes der homerischen Epen,

lenkte Weidhaas den Blick auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Zu dieser Zeit sei der Text des epischen Werks als kanonisch und damit als unantastbar aufgefasst worden, was im Widerspruch zu dem Wissen stehe, dass in der Antike unterschiedliche Textfassungen kursierten. Es solle am Beispiel von Dörpfelds 1925 erschienener sogenannter „Urodissee“ gezeigt werden, wie dessen alternative Editionsmethoden und Sichtweisen auf den kanonischen Text der Odyssee den Widerspruch seiner Zeitgenossen hervorgerufen habe. Dazu ging Weidhaas zuerst auf die Biographie Dörpfelds ein, der sich insbesondere durch seine Tätigkeit als Leiter des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen und seiner Beteiligung an vielen Grabungsprojekten in Griechenland einen Namen gemacht hatte. Seit 1900 widmete sich Dörpfeld durch die Entdeckung Trojas und die Grabungen in Tiryns vermehrt der Suche nach dem mythischen Herrschaftssitz des Odysseus, in deren Zuge er eine eigene Homertheorie entwickelte. Der Kern dieser Theorie sei die Annahme Dörpfelds gewesen, dass sich die homerischen Epen – neben aller künstlerischen Gestaltung – als historischer Bericht lesen lassen. Dörpfeld habe im Folgenden sein ganzes Leben auf die Suche nach den Stätten der Odyssee ausgerichtet und die archäologischen Funde seiner Theorie entsprechend interpretiert. Dies habe ihm anhaltende Kritik der Fachwelt eingebracht, die seine Thesen nicht akzeptiert habe. Dörpfelds Homertheorie kulminierte letztlich in seiner Ausgabe der „Urodissee“. In diesem Werk rekonstruierte er eine 500 Jahre ältere Urfassung der Odyssee, die er als historische Quelle verstanden wissen wollte. Dabei setzte er voraus, dass Homer sein Epos nach einem symmetrisch gestalteten Tageplan der Protagonisten geschaffen habe. Mit der Betonung der einheitlichen Konzeption dieses Urepos durch einen Dichter richtete sich Dörpfeld gegen alle damals gängigen Theorien zur Entstehung des Werkes. Er schied folglich alles aus dem Text aus, was ihm als späterer Zusatz erschien. Zum Schluss skizzierte Weidhaas die Reaktionen der wissenschaftlichen Zunft auf die „Urodissee“. Da Dörpfelds Theorie eine Verschiebung der Chronologie um 500 Jahre weiter in die Vergangenheit bedeutete, erntete er erwartungsgemäß heftige Kritik, was sich an öffentlich ausgetragenen Kontroversen mit führenden Fachwissenschaftlern zeigt, die seine Ausgabe nicht rezipierten. Diese Ablehnung sei vor allem auch auf Dörpfelds Rolle als nicht studierter Altertumswis-

senschaftler und Philologe zurückzuführen, die trotz seiner teilweise bedenkenswerten Thesen und editorischen Prinzipien eine Rezeption verhindert habe.

Im letzten Vortrag der Sektion beschäftigte sich PETER ORTH (Köln) mit der Briefsammlung Hildeberts von Lavardin (1056–1133) und den damit zusammenhängenden editorischen Herausforderungen. Zu Beginn machte Orth an einem Briefpaar, das lange Zeit Hildebert zugeschrieben wurde, deutlich, wie sehr Forschende von der Qualität einer Edition und deren handschriftlichem Fundament abhängig sind. Danach lenkte er den Blick auf das aktuell rege Interesse der Forschung an Briefen, Briefsammlungen und der *ars dictaminis*, die gerade in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Beachtung gefunden haben. Diesem breiten Interesse stehe allerdings die mangelnde Beschäftigung mit Fragen der Überlieferungs- und Rezeptionsgeschichte gegenüber, vor allem, wie sich spätantike Briefsammlungen auf die mittelalterliche Epistolographie auswirkten.<sup>3</sup> Es sei allerdings zu beobachten, dass bei den massenhaft tradierten Briefsammlungen im Vergleich zu gering überlieferten kaum editorische Fortschritte zu verzeichnen seien. Die mehr als 100 bekannten Briefe Hildeberts seien in mindestens 130 Textzeugen überliefert, was allein schon aufgrund ihrer Masse eine große editorische Herausforderung darstelle. Da Hildeberts Briefe selten alleine in einer Sammlung überliefert seien, lohne sich ein Blick auf die epistolographischen Begleittexte. Neben Texten, die von Hildebert selbst stammten, lassen sich hier sehr häufig die Briefe Ivos von Chartres sowie jene des Symmachus finden.

Das epistolographische Werk Hildeberts wurde seit dem 16. Jahrhundert editorisch behandelt, wobei aber erst Adolphe Dieudonné 1898 eine grundlegendere Studie vorlegte. André Wilmart identifizierte eine Briefreihe als Kern der Sammlung und separierte sie von den zahlreichen Fortsetzungen, was durch Peter von Moos weitergeführt wurde, der verschiedene Handschriftenklassen konstituierte. Orth konnte weitere Text-

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Peter Orth, Die Wiederentdeckung der spätantiken Briefsammlungen. Beobachtungen und Funde zum Nachleben des Symmachus, des Ennodius und Cassiodors im XI. und XII. Jahrhundert, in: Thomas Deswarte / Klaus Herbers / Cornelia Scherer (Hrsg.), Frühmittelalterliche Briefe: Übermittlung und Überlieferung (4.-11. Jahrhundert). La lettre au haut Moyen Âge: transmission et tradition épistolaires (IVe-XIe siècles), Köln u.a. 2018, S. 201–226.

zeugen ausfindig machen und zudem die Überlieferung aufgrund der Positionierung von Spuria und Dubletten besser ordnen. Eine umfangreiche Kollation ausgewählter Briefe mit der gesamten Überlieferung schloss sich an diesen Schritt an, was dazu führte, dass sich der Weg von der realen Korrespondenz Hildeberts zur von diesem selbst redigierten Sammlung besser nachvollziehen lasse. Dabei zeigte sich, dass Hildebert seine Briefe in Sammlungen unterschiedlichen Umfangs in Umlauf brachte und nur der Kern seiner Sammlung von ihm selbst redigiert wurde. Zum Abschluss erläuterte Orth sein praktisches Vorgehen und betonte dabei die Relevanz der Überlieferungsgeschichte: Grundlage ist ein umfangreicher Handschriftenkatalog, die genaue Analyse der Briefsammlungen in den Handschriften sowie die danach stattfindende Kollation und Recensio, wobei allerdings darauf zu achten ist, dass man für die einzelnen Partien der Sammlung eine jeweils unterschiedliche handschriftliche Basis wählen muss.

In der Diskussion ging es um Fragen der Begrifflichkeit und wie neue Editionen althergebrachte Vorstellungen und Forschungstraditionen revidieren können. Des Weiteren wurde erörtert, wie sehr die Ordnung und Reihenfolge des edierten Textes das Verständnis desselben beeinflussen und steuern. Dabei wurde deutlich, dass der Einbeziehung von Erkenntnissen aus der Überlieferungsgeschichte in der Edition breiter Raum gegeben werden muss. Darüber hinaus wurde der Begriff des Originaltextes in modernen Editionen gerechtfertigt ist. Zudem wurden die Prämissen und Vorstellungen, die der Editor seiner Textkonstitution zugrunde legt, problematisiert.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Daniela Schulz (Wuppertal)

Karl Ubl (Köln): Die Illusion der Gesetzgebung. Probleme und Grenzen einer modernen Kapitularienedition

Anne Wilken (Wuppertal): Die Kanonbildung in der Philosophie – Text und Kontext der Akademie-Ausgabe von Kants Schriften

Mira Weidhaas (Wuppertal): Wenn eine Edition vom Kanon abweicht

– Zum Umgang mit Wilhelm Dörpfelds Urodissee zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Peter Orth (Köln): Mittelalterliche Briefsammlungen als editorische Herausforderung

Tagungsbericht *Irrungen, Wirrungen?! Von der Textkonstitution zur Geschichts(de)konstruktion*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 02.11.2018.

---

### **Steuern von Differenz: Imperien als Räume geordneter Ungleichheit**

**Von:** Martin Biersack, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die Sektion befasste sich mit der Frage, wie frühmoderne imperiale Steuersysteme zur Differenzierung von Menschen beitragen. SARAH ALBIEZ-WIECK (Köln) legte in ihrem Einführungsvortrag dar, dass die Steuererhebung in den Imperien der Frühen Neuzeit eine Bedeutung hatte, die über das rein Fiskalische hinausging. Da die Zuordnung zu einer fiskalischen Gruppe häufig die Zuordnung zu einer sozialen oder rechtlichen Gruppe bedeutet habe, sei die Besteuerung der Untertanen ein geeignetes Forschungsobjekt, um zu untersuchen, wie in frühneuzeitlichen Imperien Differenzierung praktiziert wurde und wie Untertanen versuchten, die Zuordnung zu bestimmten Kategorien in ihrem Sinn zu beeinflussen. Dazu seien sowohl die Normen auf der Mesoebene der Imperien zu betrachten wie auch die Aushandlungsprozesse auf der Mikroebene.

Das Aushandeln sozialer Kategorisierung anhand konkreter Fallbeispiele aus dem Osmanischen Reich stellte HENNING SIEVERT (Heidelberg) vor. Wie in den anderen Imperien seinen auch im Osmanischen Reich die kostspieligen Kriege der Frühen Neuzeit einer der Gründe gewesen, die Finanzverwaltung und das Steuerwesen auszubauen, um die Einnahmen des Staates zu erhöhen. Die Besteuerung war im Osm-

nischen Reich abhängig von der Religionszugehörigkeit, weshalb – so Sievert – die Zentralregierung die Untertanen in Hinblick auf ihre Religion differenzieren und einer bestimmten religiösen Gruppe zuordnen musste. Dies war ein Vorgang, der Anlass zu vielen Beschwerden und Bittgesuchen lieferte, die von Untertanen nach Istanbul gesandt wurden. Anhand dieser Petitionen analysierte Henning Sievert, wie im Osmanischen Reich Zugehörigkeit verhandelt wurde. Sein Befund, dass die Religionsausübung an sich keinen Anlass für Beschwerden darstellte, ist bemerkenswert. Beschwerden bezogen sich nach Sievert auf Privilegien, das heißt die steuerlichen Vorteile, die bestimmte Gruppe wie z.B. die Janitscharen oder religiöse Stiftungen genossen. So seien auch Kryptochristen, die nur nach außen hin Muslime waren, nicht aufgrund ihrer geheimen Religionsausübung denunziert worden, sondern weil sie Steuerprivilegien für sich beansprucht hätten, die ihnen als Christen nicht zustanden.

Ein weiterer Befund Sieverts betrifft die Konfliktlösungsmechanismen im Osmanischen Reich. Dabei sei den lokalen Gegebenheiten große Bedeutung zugekommen, denn die Zentralregierung in Istanbul habe wenig Interesse daran gehabt, ihre normativen Vorgaben gegen jeden Widerstand durchzusetzen. Vielmehr habe sie den Amtsträgern vor Ort Entscheidungsspielraum gegeben, die Normen an die Gegebenheiten anzupassen. So konnte in einem von Sievert dargelegten Fall aus Ägypten auch die an sich vorgeschriebene Privilegierung eines Moslems gegenüber einem Christen in der Praxis aufgehoben werden.

Ein anderer von Sievert vorgestellter interessanter Fall betraf Gemeinschaften, deren Religionszugehörigkeit entweder flexibel oder aber zumindest für die Regierung nicht genau zu bestimmen war. Manche Dörfer hätten sich als christlich ausgegeben, wenn Soldaten rekrutiert wurden, kam aber der Steuereinnahmer, hätten sie sich als muslimisch dargestellt. Religionszugehörigkeit war laut Sievert folglich kontextabhängig und ein Instrument, mit dem die Untertanen ihre Interessen gegenüber der Regierung wahrten. Um die tatsächliche religiöse Identität dieser flexibel agierenden religiösen Gemeinschaften zu bestimmen, würden leider Quellen fehlen. Möglicherweise seien sie aber tatsächlich hybrid gewesen und weder eindeutig den Christen noch den Muslimen zuzuordnen. Eine weitere Möglichkeit der Untertanen, auf das Steuer-

system auch Einfluss nehmen, bestand Sievert zufolge darin, dass sie sich als Kollektiv zusammenschlossen und mit den Steuerpächtern die Steuerlast verhandelten. Aus diesen fiskalischen Kollektiven seien so mit der Zeit politische Gemeinschaften entstanden, in denen sich neue Konflikte abzuzeichnen begannen, etwa das der Repräsentation, wer im Namen der Dörfer sprechen und sie nach außen vertreten durfte.

Zusammenfassend verwies Henning Sievert darauf, dass die Zuordnung zu einer sozialen Gruppe (Religion oder Kollektiv) im Osmanischen Reich nicht festgelegt war, sondern Ergebnis von Aushandlungsprozessen. Die Forschung könne gerade anhand der Konflikte feststellen, wo Grenzen der Zugehörigkeit gezogen und verschoben wurden. Um sie zu verstehen, bedürfe es immer des Kontextes, in den die Aushandlungsprozesse eingebettet waren.

RAQUEL GIL MONTERO (Buenos Aires) widmete sich in ihrem Vortrag der Kategorisierung Indigener im kolonialen Spanisch-Amerika. Indigene waren unter der spanischen Herrschaft tributpflichtig und – so Gil Montero – zwei Kategorien mit unterschiedlicher Steuerlast zugeordnet, den *naturales* bzw. *originarios* und *yanacunas*. Der Zensus, den der Vizekönig Perus, Francisco de Toledo, 1573 erstellte, definierte die *naturales* bzw. *originarios* als diejenigen, die innerhalb von dörflichen Gemeinschaften unter einer von den Spaniern anerkannten indigenen Autorität lebten. Dagegen waren *yanacunas* diejenigen gewesen, die außerhalb der Gemeinschaft standen. Daneben gab es auch freie Indigene, die als Handwerker oder Kaufleute lebten.

Problematisch für das tributäre Steuersystem war Gil Montero zufolge, dass im Vizekönigreich Peru eine starke Binnenmigration der Indigenen stattfand, sodass sich die Frage stellte, ob der Tribut an die Abstammung einer Person gebunden war oder den Ort ihrer Herkunft. Um das problematische Verhältnis von Migration und Besteuerung zu kanalisieren, wurde 1683 eine große Inspektion des Vizekönigreichs vorgenommen, bei der die Indigenen anhand neuer, verfeinerter Kategorien klassifiziert wurden. Im neuen Zensus habe die Kategorie des *forastero*, des Fremden, große Bedeutung. Dies waren Indigene, die nicht am Herkunftsort lebten. Trotz aller Bemühungen der spanischen Autoritäten um ein eindeutiges Kategorisierungsschema sei viel Raum für Konflikt geblieben, so Gil Montero, da die widersprüchlichen Prinzipien von

Herkunftsort und Abstammung im Klassifizierungssystem nebeneinanderstanden. Allerdings stellte sie vom 16. bis zum 18. Jahrhundert eine Entwicklung fest von einer auf der Vorstellung des Personenverbandes beruhenden Besteuerung (und Kategorisierung) der Indigenen hin zur Vorstellung des Territorialverbands, in dem weniger die Abstammung als der Herkunftsort für Kategorisierung und Tribut bedeutsam gewesen sei.

SARAH ALBIEZ-WIECK (Köln) schloss in ihrem Beitrag an die Thematik des Tributs indigener Gemeinschaften in Spanisch-Amerika an, indem sie die Aushandlung der von Gil Montero beschriebenen fiskalischen Kategorien im kolonialen Neuspanien und Peru analysierte. Sie ging zunächst von der Alltagserfahrung der Zuhörer aus, die beim Ausfüllen einer Steuererklärung ebenfalls mit dem Problem der Kategorisierung konfrontiert seien, da akademische Grade, das Geschlecht, der Ehestand oder die Religion Teil steuerlicher Formulare und gleichzeitig Kriterien zur Kategorisierung einer/s Steuerpflichtigen seien. Vergleichbares habe es auch im kolonialen Amerika gegeben, wo Belege, dass der Tribut entrichtet worden war, als Nachweis für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe dienten.

Fiskalische Kategorien, denen die Indigenen zugeordnet wurden, unterlagen einem Wandel. Im Vergleich zum 16. und 17. Jahrhundert seien Albiez-Wieck zufolge im 18. Jahrhundert rassistische Kategorien wie *mulato*, *mestizo*, *indio* oder *criollo*, rechtliche Kategorien wie Sklave oder *indio de pueblo* oder eine soziale Kategorie wie der *vago*, der Vagabund, relevant geworden. Mit diesem ausdifferenzierten Kategorisierungssystem habe die spanische Regierung das Ziel verfolgt, die Tributeinkommen der Indigenen zu steigern. Als Instrumente, um die Steuerzahlungen der Tributpflichtigen zu kontrollieren, verwies Albiez-Wieck auf Registrierungslisten und die schon erwähnten Belege, die Steuer gezahlt zu haben.

Dieses Kategorisierungssystem ließ allerdings viel Raum für Beschwerden, weil laut Albiez-Wieck Betroffene einer anderen Kategorie zugehören wollten als derjenigen, unter der sie klassifiziert waren. Wie im Osmanischen Reich so war auch im spanischen Kolonialreich die Petition ein wichtiges Instrument der Untertanen, von unten auf das Regierungshandeln einzuwirken. Anhand von Petitionen wies Albiez-

Wieck nach, wie Indigene erreichten, anders kategorisiert zu werden. Daraus zog sie das Fazit, dass die soziale, ethnische und rechtliche Kategorisierung der Indigenen in Spanisch-Amerika kein starres System gewesen sei, das von oben durchgesetzt worden wäre. Vielmehr sei sie durch die *agency* von Tributzahlern und Regierung gleichermaßen bestimmt gewesen.

ULRIKE LINDNER (Köln) bezog in ihrem Kommentar die Sektion auf den weiteren Kontext der Imperienforschung. Imperien als größtmögliche Einheit seien gezwungen gewesen, eine Politik der Differenzierung zu betreiben, um Menschen zu unterscheiden. Die Besteuerung habe dabei einen wichtigen Mechanismus dargestellt, um die Bevölkerung zu zählen, zu registrieren und letztlich zu kategorisieren. Dazu sei Bürokratie notwendig gewesen, weshalb Lindner Steuererhebung als ein zentrales Element der Staatsbildung identifizierte, das herrschaftsstabilisierend gewirkt habe. Besteuerung sei Linder zufolge aber auch Gewalt und als solche eine Gefahr für die Herrschaft, denn wegen Steuern sei es zu Aufständen der Kolonisierten gegen die besteuernenden Herrscher gekommen.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um die von Ulrike Lindner aufgeworfene Frage nach den blinden Flecken der Forschung zur Besteuerung. Hier bestand Konsens, dass eine gesellschaftliche Schichtung existiert habe, die nicht in den Steuerkategorien abgebildet wurde, da Quellen zur Besteuerung nur einen kleinen Teil der Wirklichkeit erfassen würden, in denen viele gesellschaftliche Gruppen nicht auftauchen. Eine andere Frage drehte sich um die Justiznutzung. Welche Personen schrieben Petitionen und welche traten nicht durch dieses Einflussmittel in Erscheinung? Im Fall der Indigenen in Amerika war die Justiznutzung Sarah Albiez-Wieck zufolge allgemein sehr gut, denn sie gingen vor Gericht, weil sie dort Chancen hatten, ihre Interessen durchzusetzen.

Die Sektion bot einen Einblick in einen Themenkomplex, der lange Zeit vor allem von Wirtschaftshistorikern bearbeitet wurde, der aber von großer allgemeingeschichtlicher Relevanz ist. Fiskalische Kategorisierung und die damit zusammenhängenden Konflikte sind ein Feld, an dem Staatsbildung und die Aushandlung von Herrschaft analysiert werden können. Besonders interessant war die Gegenüberstellung von

Osmanischem Reich und spanischem Imperium, weil hier zwar eine durchaus vergleichbare Partizipation der Untertanen durch Petitionen stattfand, der Fixpunkt zu ihrer fiskalischen Kategorisierung aber unterschiedlich war, im Falle des Osmanischen Reiches die Religion und im spanischen Imperium die Ethnizität. Schade lediglich, dass die Vorträge zu Indien, China und dem britischen Empire nicht stattfinden konnten, die das Spektrum nochmals um interessante außereuropäische Fälle erweitert hätten.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Sarah Albiez-Wieck (Köln)

Henning Sievert (Heidelberg): Privilegien und Untertanenrechte im privatisierten Steuerwesen des Osmanischen Reiches

Raquel Gil Montero (Buenos Aires): Who and how? Indigenous taxes during the 17th Century in Charcas (actual Bolivia)

Sarah Albiez-Wieck (Köln): Negotiating fiscal categorizations in colonial Peru and Mexico (New Spain)

Kommentar: Ulrike Lindner (Köln)

Ausgefallene Vorträge:

Ulrike von Hirschhausen (Rostock): Von rechtlicher Differenz zu fiskalischer Gleichheit? Chinesische und britische Kaufleute im interimperialen Shanghai 1853-1911

Stephan Conermann (Bonn): Differenz durch Rangvergabe? Eine kritische Betrachtung des mogulzeitlichen mansab-Systems

Tagungsbericht *Steuern von Differenz: Imperien als Räume geordneter Ungleichheit*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

### Staatliche Homogenität bei kultureller Diversität? Historische Konfigurationen einer modernen Wahrnehmung

**Von:** Anna Dönecke, SFB 1288 „Praktiken des Vergleichens“, Universität Bielefeld

Die epochenübergreifende Sektion, organisiert von ANTJE FLÜCHTER (Bielefeld) und CHRISTOPH DARTMANN (Hamburg), widmete sich aus geschichtswissenschaftlichem Blickwinkel einem Thema, das im Mittelpunkt vieler aktueller politischer Auseinandersetzungen steht: Kultureller Diversität wird in gegenwärtigen Diskussionen allzu häufig ein die Gesellschaft spaltendes Potential zugesprochen. Dieser Bedrohungswahrnehmung werden oftmals kulturell-politische Homogenitätsbehauptungen entgegengestellt, wie sie etwa ihren Ausdruck in der Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ finden. Dieses (vermeintliche) Spannungsfeld zwischen staatlicher Homogenität und kultureller Diversität wurde in der Sektion aus historischer Perspektive näher beleuchtet. In vier Vorträgen wurden der Mittelmeerraum im Mittelalter und der frühneuzeitliche Diskurs über Indien ebenso in den Blick genommen wie Deutsch-Ostafrika und die russisch-chinesisch geprägte Stadt Harbin im 20. Jahrhundert. Gezeigt wurden dabei sowohl moderne Konstellationen jenseits von Homogenitätsfiktionen als auch vormoderne Formationen, die weitaus stärker als gemeinhin angenommen von Diversität geprägt waren.

Zunächst erläuterte CHRISTOPH DARTMANN (Hamburg) in seiner Einführung das Konzept der Sektion. In der Gegenwart erlebe man, dass kulturelle Differenzen ins Zentrum politischer Debatten gestellt werden – oft unter der Vorannahme, solche Differenzen könnten den Zusammenhalt von Gesellschaften sprengen. Kultur werde hier in doppelter Hinsicht essentialisiert: Einerseits avancierten kulturell bestimmte Merkmale zum wesentlichen Kriterium, das Menschen bestimme. Andererseits erschienen Kulturen als distinkte Einheiten mit einem unveränderlichen Wesenskern. Die Diversität von Kulturen, an die jeder Mensch gebunden sein soll, werde so zu einem zentralen Ordnungsmuster. Zugleich würden dabei nationalistische Narrative und Homogenitätsbehauptungen reaktiviert, deren historische Kontingenz

die Geschichtswissenschaft bereits seit längerer Zeit klar herausgearbeitet hat. Um dennoch nicht hilflos zuzuschauen, wenn solche überholten Konzepte revitalisiert werden, sei die Frage zu historisieren, wie politische Verbände der Vormoderne und der Moderne mit kulturellen Differenzen umgingen.

In seinem Vortrag zum mittelalterlichen Mediterraneum betonte Dartmann eingangs, dass es eine tiefe Differenz gäbe zwischen verbreiteten Vorstellungen von einem christlichen und kulturell homogenen europäischen Mittelalter und den Verhältnissen im Mittelmeerraum. Dort sei es der Normalfall gewesen, dass unter christlichen oder muslimischen Herrschern Menschen verschiedener religiöser, ethnischer, sprachlicher und kultureller Prägung gelebt hätten. Es sei nicht üblich gewesen, von Seiten staatlicher Akteure diese Differenzen als Problem wahrzunehmen und sich um eine kulturelle Homogenisierung der Bevölkerung zu bemühen. Diesen Grundzug mediterraner politischer Praxis erläuterte Dartmann zunächst am Beispiel der Eroberungen der Kreuzfahrerstaaten um das Jahr 1100 sowie Konstantinopels durch Mehmet II. 1453 und analysierte im Anschluss den Vertrag zwischen den Genuesischen Eroberern der Ägäisinsel Chios und den griechischen Adligen aus dem Jahr 1346. In beiden Fällen sei es den Eroberern nicht um tiefe Eingriffe in die kulturellen oder religiösen Verhältnisse auf der Insel gegangen, sondern vorrangig um politisch-militärische Kontrolle.

Im zweiten Vortrag wandte sich ANTJE FLÜCHTER (Bielefeld) den Herausforderungen des Rechtspluralismus in vormodernen Kontaktzonen Asiens zu. Im frühneuzeitlichen europäischen Diskurs über Indien habe die Diversität von Pflanzen, Tieren und gerade auch Menschen zu den Charakteristika Asiens gehört. Interessanterweise, so ein zentrales Ergebnis ihrer Untersuchung, spielten die Konsequenzen solch einer Vielfalt für die jeweilige Herrschaft kaum eine Rolle. Für das niederländisch beherrschte Batavia (heutiges Jakarta) sei immerhin noch erwähnt worden, dass es für verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Institutionen gab. Im Mogulreich, das im 17. Jahrhundert fast den ganzen indischen Subkontinent beherrschte, sei ein rechtliches *handling* der Diversität kaum thematisiert worden. Dabei habe dieses Reich in seiner Expansion verschiedene Territorien mit unterschiedlichen Rechtssystemen integrieren müssen, sodass hier von einem kom-

plexen Rechtspluralismus auszugehen sei. Die Reisenden, so Flüchtler, hätten dieses System in seiner ganzen Komplexität sicherlich nicht gänzlich durchschaut – dies allein könne aber nicht Hauptgrund für das ‚Schweigen‘ der Reisenden sein. Vielmehr hätte sie die Existenz verschiedener Rechtssysteme für unterschiedliche Personengruppen nicht erstaunt und sie hätten darin kein Problem gesehen, war ihnen dies doch auch aus Europa bekannt. Auf einer anderen Ebene aber hätten Recht und Diversität eine große Rolle in den Berichten über das Mogulreich gespielt, die die Reisenden geradezu faszinierte: Der Anspruch der Mogulherrscher, dass sich alle ihre Untertanen an sie wenden konnten, wenn ihnen vor Gericht Unrecht geschehen war. Besonders bezeichnend sei dafür eine Kette mit goldenen Glocken gewesen, die bis ins Schlafgemach des Mogulherrschers Jahangir reichte und die jeder läuten durfte. Die religiöse, soziale und ethnische Diversität der Bevölkerung sei so nicht aufgehoben, sondern in gewisser Weise transzendiert worden. Im frühneuzeitlichen Diskurs brauchte Herrschaft eine integrierende Legitimation, aber Homogenität sei weder notwendig noch ein Ideal gewesen, so das abschließende Ergebnis.

ARMIN OWZAR (Paris) nahm in seinem Vortrag religiöse Diversität und konfessionelle Konflikte in Deutsch-Ostafrika in den Blick. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts habe in Teilen Europas die Angst vor einem Auseinanderbrechen der Nationalstaaten in religiös oder ethnisch definierte Parallelgesellschaften grassiert. Die Einstellung zum Katholizismus sei dabei insbesondere in plurikonfessionellen Gesellschaften wie Deutschland ein zentraler Aspekt gewesen. Angehörige aller Konfessionen hätten sich dabei einer mitunter martialisch anmutenden Semantik bedient und einen aufziehenden Religionskrieg prognostiziert. Vieles deute jedoch darauf hin, dass sich die Mehrheit der konfessionellen Deutungseliten längst mit der religiösen Diversität im Reich arrangiert hatte. Nur in den annektierten Territorien, wo es eine Tabula rasa für eine expansionistische Bekehrungspraxis zu geben schien, habe man auf eine aggressive Bekehrungspolitik gesetzt. Seit der Jahrhundertwende habe diese interkonfessionelle Rivalität jedoch spürbar nachgelassen. Fortan hätten sich Missionswissenschaftler und Missionare auf einen neuen, noch bedrohlicher wirkenden Konkurrenten konzentriert: auf den Islam, der in weiten Teilen Südasiens

und Afrikas expandierte. Die Kolonialverwaltung Deutsch-Ostafrikas sei auf die Kollaboration indigener Eliten und die Anwerbung afrikanischer Sicherheitskräfte, die zumeist muslimischen Glaubens waren, angewiesen gewesen. Versuche der Missionswissenschaftler, einen korrigierenden Einfluss auf die Rekrutierungspolitik der Kolonialverwaltung auszuüben, seien jedoch gescheitert. Daher seien sie dazu übergegangen, sicherheitspolitische Argumente zu bemühen und den Muslimen die Verbreitung eines Glaubenskrieges zu unterstellen. Dadurch sei ein Klima des Misstrauens entstanden, wenngleich die Gouverneure und Kolonialbeamten von der Loyalität der afrikanischen Muslime überzeugt geblieben seien und die religiöse Diversität akzeptiert hätten. Sie hätten die Muslime jedoch auf ihre Verwertbarkeit innerhalb der rassistischen Gesellschaftshierarchie reduziert. Die auf Ausgrenzung der Muslime bedachten Missionen hingegen hätten sich vom biologischen Rassismus weitgehend distanziert und einen interkonfessionellen ‚Burgfrieden‘ geschlossen.

FRANK GRÜNER (Bielefeld) blickte in seinem Beitrag auf das in der nördlichen Mandschurei gelegene Harbin in den Jahren von ca. 1900 bis in die Zeit der Gründung der Volksrepublik China 1949. Die besonderen Umstände der Gründung der russischen Stadt in China auf gewissermaßen exterritorialem Gelände entlang der Trasse der Ostchinesischen Eisenbahn, ihre wachsende Bedeutung für die Region und den internationalen Handel, das konkurrierende Engagement verschiedener Großmächte (vor allem Russland, China, Japan und die USA) in Stadt und Region hätten Harbin zu einer internationalen und vergleichsweise stark globalisierten Stadt werden lassen. Für diese Stadt könne man von der Existenz gespaltenen Gesellschaften sprechen. Sie sei jedoch nicht schlicht in zwei oder mehrere kulturelle Lager gespalten gewesen, sondern habe vielmehr zugleich transnationale urbane Räume generiert, die der kulturellen und nationalen Segregation entgegenwirkten. Der kosmopolitische Charakter Harbins habe auf der Multiethnizität ihrer Einwohner basiert und sei das Resultat globaler Verflechtungen und vielfältiger kultureller Austauschprozesse gewesen. Aber auch interethnische Spannungen sowie das Auftreten starker nationalistischer und xenophober Gruppierungen hätten zum Alltag gehört. Die Stadtverwaltung hätte sich über Jahrzehnte hinweg an der Realität

der starken kulturellen Diversität ihrer Einwohnerschaft orientieren müssen. Während sie unter den wechselnden politischen Regimen – Russland, China und Japan – die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zunehmend zu vereinheitlichen bestrebt gewesen sei, hätten Bereiche wie das Bildungswesen und kulturelle Einrichtungen länger eine gewisse Eigenständigkeit behalten. Die Spaltung der Gesellschaft in Harbin sei entlang unterschiedlicher Grenzen verlaufen, die sowohl national-kulturell als auch politisch-ideologisch oder wirtschaftlich-sozial begründet waren. Es bleibe, betonte Grüner, jedoch der Eindruck, dass nicht die von Beginn an bestehende kulturelle Diversität ein Problem für das Funktionieren von Stadt und Stadtgesellschaft darstellte. Vielmehr hätten die Versuche staatlicher Homogenisierung – vor allem in den späten 1930er- und frühen 1940er-Jahren unter der japanischen Herrschaft des Mandschukuo-Regimes – die kulturell-national motivierte Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion standen zwei Aspekte. Erstens wurden „Diversität“ und der in aktuellen Diskussionen mit ihr verbundene Begriff der Integration näher beleuchtet. Diversität, so ein Ergebnis der Sektion, sei in nahezu allen modernen und vormodernen Gesellschaften der Normalfall – dies dürfe aber nicht dazu führen, sie unhinterfragt vorauszusetzen; vielmehr müsse man ebenso nach graduellen Abstufungen fragen und homogene(re) Formationen in den Blick nehmen. Der normative Begriff der „Integration“ wurde von den Teilnehmenden als für die historische Forschung schwierig empfunden. Er suggeriere er immer auch, eine Minderheit solle sich in eine Mehrheit integrieren. Anstatt Gruppen oder Kulturen in ein solches Schema einzufügen und damit die Perspektive zu verengen, sei es einträglicher, auf den Kontakt und die Aushandlungen zwischen ihnen zu schauen.

Zweitens drehte sich die Diskussion um die Frage, wie Geschichtswissenschaft mit vermeintlich geographischen und gesellschaftlichen Einheiten umgehe. Zum einen wurde problematisiert, wie HistorikerInnen an der Konstruktion oder Reproduktion solcher Entitäten mitwirkten, wenn sie etwa von *dem* mittelalterlichen Europa sprächen. Zum anderen wurden die Historisierung von Einheiten und der Blick auf historisch variierende Vorstellungen als ein Weg aufgezeigt, solche Ordnungskategorien zu hinterfragen. Als besonders vielversprechend



kristallisierte sich hier der Ansatz heraus, Europa als eine relational hervorgebrachte Kategorie zu untersuchen. So wurde die These diskutiert, dass gerade der Kontakt mit anderen Kulturen im Zuge der ‚europäischen Expansion‘ und des Kolonialismus dazu beigetragen habe, dass Europa angesichts der ‚fremden‘ Vielfalt als homogenes Gebilde konzipiert wurde. Auf diesem Weg könnte Europa als Ergebnis von Austauschprozessen sichtbar werden. Damit werde auch das Narrativ eines traditionell christlich-abendländisch geprägten Europas, das aus sich selbst heraus entstanden sei, aufgebrochen. Die Sektion zeichnete mit den verschiedenen Vorträgen nicht nur ein breites Spektrum verschiedener Konfigurationen von kultureller Diversität und Homogenitätsvorstellungen, sondern zeigte auch, wie bereichernd eine historische Perspektive für den Blick auf aktuell kontrovers diskutierte Phänomene sein kann.

### Sektionsübersicht

Sektionsleitung: Antje Flüchter (Bielefeld)

Christoph Dartmann (Hamburg): Kulturelle Diversität und soziale Praxis im spätmittelalterlichen Mediterraneum: Von der Normalität der Unterschiede

Antje Flüchter (Bielefeld): Herausforderungen des Rechtspluralismus in vormodernen Kontaktzonen Asiens

Armin Owzar (Paris): Die langen Schatten des Kulturkampfes: Religiöse Diversität und konfessionelle Konflikte in Deutsch-Ostafrika

Frank Grüner (Bielefeld): Objekt imperialer Ambitionen und *Melting Pot* der Kulturen: Die Entwicklung der mandschurischen Stadt Harbin von einer russischen Kolonie zur multinationalen Metropole in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Tagungsbericht *Staatliche Homogenität bei kultureller Diversität? Historische Konfigurationen einer modernen Wahrnehmung*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

### Dis/ability – Alltag – Geschlecht. Erkundungen im Feld der interdisziplinären Dis/ability History

**Von:** Raphael Rössel, Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Die (historischen) Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen sind nicht hinreichend mit individuellen körperlichen oder geistigen Abweichungen erklärbar. Für die *Disability History* waren und sind Handlungsspielräume behinderter wie nichtbehinderter Menschen stets von ihrem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sowie der Bewertung verkörperter Devianzen als „leistungs(un)fähig“ respektive „fürsorgebedürftig“ bestimmt. Diese Handlungsspielräume waren, so die Grundannahme dieses Panels, darüber hinaus relationiert durch weitere Ungleichheitssysteme, in Vormoderne wie Moderne in besonders hervorstechender Weise durch Geschlechterordnungen.

Unter der Sektionsleitung von CORDULA NOLTE (Bremen) und GABRIELE LINGELBACH (Kiel) wurden epochenübergreifend verschiedene Ansätze vorgestellt, die versprechen, Verzahnungen von Geschlecht und Behinderungen analytisch fassbar zu machen. Die im deutschsprachigen Raum weiterhin junge *Disability History* – so argumentierte Nolte in ihrer Einführung – erfahre zurzeit erste spaltende Tendenzen. Während die Kontroverse der heuristischen Reichweite des Ansatzes zwischen Segment- und Totalgeschichte erste Demarkationslinien konturiert habe, zeichne sich das Fach nach wie vor durch seine hohe Integrationskraft interdisziplinärer Herangehensweisen aus. Als weiteres verbindendes Element wertete sie den geteilten Grundsatz, dass historische Behinderungsphänomene nicht allein stehen, sondern stets mit weiteren Differenzmerkmalen interagieren.

EVA CERSOVSKY (Köln) eröffnete mit einer Mikrostudie zur Vergabe von Beihilfe- und Almosenzahlungen in der freien Reichsstadt Straßburg während der Reformationszeit (1523-1564). Sie rekurrierte hierbei vor allem auf obrigkeitliches Schriftmaterial zur Gewährung von Unterstützungszahlungen in Phasen persistenter Abwesenheit von Gesundheit. Insbesondere bei Männern seien gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Bedrohung geschlechtlicher Rollenanforderungen

geworden – vor allen Dingen die Aussicht auf Berufsuntätigkeit bedrohte die Aufgabe der Familienernährung. Die Beihilfeanliegen von Männern wurden nicht nur deutlich häufiger mit Verweis auf Arbeitsunfälle gestellt, sondern auch deutlich häufiger positiv beschieden. Stets habe hierbei die Ursache der Beeinträchtigung nach geschlechtlich codierten Bewertungsstandards als moralisch legitim anerkannt werden müssen. Die Wichtigkeit männlicher Erwerbstätigkeit sei in Einzelfällen sogar auf die Deutungen weiblicher Behinderungen ausgegriffen, wie Cersovsky am Beispiel der „Dorech Magred“ (1539) argumentierte, deren geistige Beeinträchtigung durch die nicht-zünftische Arbeit ihres Ehemannes erklärt wurde. Spenden und Almosen seien insgesamt an individuellen medizinischen und pflegerischen Bedarf angepasst und die jeweiligen Zuwendungen auch nach geschlechtlichen Arbeitslogiken ausgezahlt worden. So haben die Beamten bei festgestellter Invalidität und Arbeitsunfähigkeit eines Mannes dessen finanzielle Unterstützung an die Ehefrau auszahlen können.

Insgesamt skizzierte Cersovsky „flexible Deutungen“ der Reichsbeamten, die bei der Bemessung der Unterstützungsleistungen geschlechtlich ausdifferenzierte Bewertungsstandards für Beeinträchtigungen anwenden konnten – aber nicht mussten. Reformatorische Verwerfungen – den sieben caritativen Einrichtungen unter Ratsaufsicht wurde 1523 die offene Einrichtung der Almosenbehörde zur Seite gestellt – haben zusätzlich den Druck auf die Betroffenen erhöht, bei schwankenden Budgets die eigene Beeinträchtigung als Resultat sittlich-moralisch vertretbarer Umstände und damit die eigene Situation als beihilfebedürftig darzustellen.

MAREIKE HEIDE (Hamburg) analysierte den Gebrauch von Prothesen in der Frühen Neuzeit als Vehikel zur Wiederherstellung gesellschaftlicher und damit auch geschlechtlicher Normalität. Heide nutzte hier das Instrumentarium der *Artifact History*, die Gegenstände nicht nur als Objekte menschlichen Wissens und Gebrauchs sieht, sondern Realien durch ihre schiere Präsenz auch als aktiv partizipierende Akteure wertet. Prothesen agierten, so Heide, als sichtbarer Verweis auf die Behinderung der Träger/innen. Neben den Objekten und deren gezeichneten Repräsentationen untersuchte sie auch chirurgisches Schriftgut. Hierfür betonte sie, dass darin Fragen nach der Ermöglichung gesell-

schaftlicher Reintegration durch Erfüllung ästhetischer Normen den medizinischen Erhalt von Körperfunktionen überwogen. Dies habe neben kosmetischen Augenprothesen in einem Fall auch für die Bereitstellung einer Penisprothese gegolten, die aus chirurgischer Sicht für den Träger zwar nicht zum Erhalt der Urinierfähigkeit, wohl aber für die Performance von unbeschädigter Männlichkeit unabdingbar gewesen sei.

Prothesen seien zeitgleich zu ritterlichen und gräflichen Repräsentationsobjekten avanciert, bei denen laut Heide ebenfalls die Funktionalität hinten anstand. Vom 15. bis 17. Jahrhundert, wie die Referentin unter anderem anhand Götz von Berlichingens „Eiserner Hand“ und dem „Silbernen Bein“ Friedrichs II. von Hessen-Homburg argumentierte, wurden hochtechnisierte Prothesen bei sozial hochgestellten Männern zu einem Mittel, um die zugeschriebenen Nichtfähigkeiten gesellschaftlich sichtbar zu überwinden. Besonders kunstvolle, modische, multifunktionale oder in besonders frappierender Weise echten Gliedmaßen ähnelnde Stelzen und Armsätze seien daher immer wieder instandgesetzt, erneuert oder umgebaut worden. Im (nichtöffentlichen) Alltag seien diese vielfach schweren und schwergängigen Konstruktionen allerdings deutlich weniger benutzt worden als funktionale Varianten. Prothesen, so lässt sich Heides zentrale These zusammenfassen, dienten in der Frühen Neuzeit vielfach der Aufhebung der sozialen Auswirkungen von Behinderungen, nicht unbedingt der reinen (Wieder-)Herstellung der Funktionen der jeweiligen Körperteile.

In einer ersten Diskussionsphase wurde diese These auf die Probe gestellt und mit Blick auf moderne Enhancement-Konzepte hinterfragt. Gerade da der repräsentative Charakter vieler Kunstglieder darin bestanden habe, einer „natürlichen“ Extremität besonders zu ähneln, bezweifelte Heide, dass vormoderne prothetische Normalisierung als direkter Zwischenschritt zu gegenwärtigen Vorstellungen von menschlicher Erweiterbarkeit gewertet werden könne.

Die kurzfristig verhinderte EMMA SHEPLEY (London) vertrat BIANCA FROHNE (Kiel) und zeigte anhand von häuslicher Schriftlichkeit Herausforderungen einer Wissensgeschichte von Behinderungen im frühneuzeitlichen Alltag. In Familien- und Hausbüchern, die explizit der familiären Sicherung virulenter Wissensbestände für die

Hausgemeinschaft dienten, wurden auch zeitgenössische Vorstellungen über die Entstehung von Behinderungen archiviert. Gleichzeitig wurde in diesen Quellen über Geburten behinderter Familienangehöriger berichtet. Jedoch seien Deutungsangebote zur Erklärung von Behinderung – etwa astrologische Sternkonstellationen, Tierkreiszeichen- oder Temperamentenlehre – in diesen Büchern zwar gesammelt, auf eigene Familienmitglieder jedoch nicht immer oder nur partiell angewandt worden.

Bei Fremden war dies laut Frohne deutlich offener, hier wurde etwa die geschlechtlich ausdifferenzierte Theorie des „Versehens“ angewandt. Diese Imaginationslehre erklärte kindliche Gebrechlichkeit mit der Gedankenwelt der schwangeren Mütter. Dass die Deutung einer O-Beinstellung eines der Familie bekannten Neugeborenen damit erklärt wurde, dass die werdende Mutter an einen o-beinigen Spanier gedacht habe, jedoch als komödiantischer Kommentar zu werten sei, verdeutliche, dass auf diese Wissensbestände im Alltag flexibel verwiesen werden konnte.

Frühneuzeitliche Hausbücher seien somit vor allem ein Akt familiärer Kommunikation gewesen. Beispielhaft zeigte Frohne dies an von den familiären Autoren entscheidend gekürzten Abschriften von Studien zu absonderlichen Körpern und sogenannten „Wundermenschen“ im 16. Jahrhundert. Den Verfassern ging es, so die Referentin, um repräsentative Aufbereitung von religiösen oder astrologischen Erklärungen, welche gleichzeitig Spezial- und Alltagswissen waren. Dies habe jedoch nicht unbedingt eine Anwendung dieser Konzepte miteingeschlossen, sondern sei erst der Beginn langwieriger Deutungsprozesse von Behinderungen in Familiengemeinschaften gewesen. Die Analyse der vormodernen Lebenslagen behinderter Menschen dürfe daher nicht unhinterfragt annehmen, dass die zeitgenössischen (Experten-) Vorstellungen über Behinderungen auch den (familiären) Alltag determinierten.

SEBASTIAN SCHLUND (Kiel) diskutierte anhand von Privilegierungs- und Diskriminierungspraktiken innerhalb des bundesdeutschen Behindertensports den analytischen Mehrwert des Intersektionalitätsansatzes für die *Disability History*. Intersektionalität sieht soziale Positionierungen als Resultat des Zusammenspiels

verwobener, an individuelle Identitätsmerkmale geknüpfter Ungleichheitssysteme. Schlund betonte das feine Sensorium dieses Ansatzes für Differenzierungen innerhalb und Wechselwirkungen zwischen Identitätskategorien.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhoben kriegsversehrte Männer mit Verweis auf Militärdienst und dem dadurch entstandenen „Ehrenmal“ Anspruch auf einen entschädigenden „Dank des Vaterlandes“ in Form staatlicher Unterstützung zur Körperbetätigung. Anliegen sogenannter „zivilbehinderter“ Männer seien hingegen im neugegründeten Versehrten Sportverband marginalisiert worden. Die Ursache der Behinderung habe daher in den 1950er- und 1960er-Jahren als Hierarchisierungsmerkmal innerhalb des fast ausschließlich von Männern betriebenen Sports fungiert. Kriegsversehrte Männer konnten, so Schlund mit Verweis auf Raewyn Connells Theoriebildung, über die Betonung der Ursache ihrer Behinderung eine Position „hegemonialer Männlichkeit“ aufbauen.

Körperbehinderten Frauen hingegen riet der Verband bis in die 1970er-Jahre vom aktiven Sport dezidiert ab. Durch Rekurs auf eine essentialisierte weibliche Eitelkeit sei mithin vor dem „seelischen Schaden“ gewarnt worden, den die öffentliche Präsentation eines devianten weiblichen Körpers zur Folge haben könnte. Erst nach einem Verblasen der Dominanz kriegsversehrter Männer und der Ausrichtung der sozialliberalen Behindertenpolitik auf gesellschaftliche Teilhabe in den 1970er-Jahren, so die These des Referenten, war es auch körperbehinderten Frauen möglich eigene Sportveranstaltungen durchzuführen.

Am persistentesten sei jedoch die Bruchlinie zwischen körperlich und geistig behinderten Menschen gewesen, die sich bis in die Gegenwart durch die Trennung der Paralympics und der Special Olympics manifestiere. Getragen durch eigene Vorurteile haben sich Verbandsfunktionäre gegen eine Aufnahme von geistig behinderten Menschen bis in die 1990er-Jahre gewehrt.

Laut Schlund erlaubt Intersektionalität, die Kategorie der Behinderung weiter auszudifferenzieren und nach weiteren intrakategorialen Brüchen – hier Ursache beziehungsweise Art von Behinderungen sowie interkategorialen Verflechtungen – hier die persistente Exklusion körperbehinderter Frauen zu fragen. Er plädierte aber abschließend dafür, diesen geschichtswissenschaftlich bisher selten angewandten Ansatz

pragmatisch und kontextabhängig dort einzusetzen, wo er den größten heuristischen Ertrag verspricht.

In der Schlussdiskussion wurden Querverbindungen zwischen den Vorträgen hergestellt. Trotz aller Unterschiede der Lebenslagen behinderter Menschen in Mittelalter, Früher Neuzeit und im 20. Jahrhundert wurden epochenübergreifende Kontinuitäten genannt, namentlich beharrliche Diskurse der prothetischen Normalisierung und die Bedeutung der Wiederherstellung von vorrangig männlicher Arbeitskraft. Die große Lücke auf dem Panel zwischen Früher Neuzeit und neuester Zeitgeschichte, so merkte Lingelbach an, könne auch als erneuter Beleg dafür gelten, dass Analysen zum 19. Jahrhundert (besonders für den deutschsprachigen Raum) ein großes Desiderat der *Disability History* bleiben.

Insgesamt wurde der Selbstanspruch des Panels einer tiefergehenden Exploration des extrem diversen und interdisziplinären Forschungsfeldes zur Geschichte von Behinderungen überzeugend eingelöst. Durch die Fokussierung auf Verschränkungen von Behinderungen mit der Kategorie „Geschlecht“ konnten verschiedene Instrumentarien für unterschiedliche epochale und lokale Kontexte vorgestellt werden, die verflochtene Ungleichheitssysteme nicht nur sichtbar, sondern endlich auch erklärbar werden lassen. Diese sich erweiternde Werkzeugkiste kann auch die theoretischen Diskussionen um Reichweiten der *Disability History* weiter befruchten und Impulsgeber dieser andauernden Selbstverständigung sein. Gewonnen hätte das Panel durch eine tiefergehende Auslotung der alltäglichen Handlungsmacht und der geschlechtlichen Selbstbilder behinderter Menschen. Während die meisten Vorträge Verflechtungen von *Disability* und Gender über den Diskurs der Experten, Eltern und Beamten analysierten, fehlten in weiten Teilen die Aneignungen, Zurückweisungen oder Hinterfragungen der geschlechtlichen Lebensrealitäten durch die als behindert klassifizierten Subjekte selbst. Es bleibt weiterhin eine der größten, vielleicht sogar die größte Herausforderung der *Disability History*, die Stimmen behinderter Menschen lauter hörbar zu machen und ihre jeweiligen Handlungsspielräume abzustecken. Eine Diskussion dieses Desiderats hätte dem Panel auch erlaubt zu fragen, wie die vorgestellten Ansätze der *Artifact History*, der Wissensgeschichte oder die Perspektive der Intersektionalität dieses

Problem schmälern könnten. Dennoch verdeutlichte diese sehr anschauliche Zusammenführung erneut den Mehrwert eines thematisch gebündelten Blicks über die Epochengrenzen und könnte ein Auftakt dafür sein, die historischen Lebenslagen behinderter Menschen zu enthomogenisieren und ihre Kontinuitäten und Wandlungsprozesse nuancierter zu erforschen.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Cordula Nolte (Bremen) / Gabriele Lingelbach (Kiel)

Eva Cersovsky (Köln): Blind Fraw – bresthaft Man. Überlegungen zu Beeinträchtigung, Versorgung und Geschlecht in Städten des 15. und 16. Jahrhunderts

Mareike Heide (Hamburg): Shaping dis/ability? Prothesen und Behinderung in der Frühen Neuzeit

Bianca Frohne (Kiel): Gott schick alle ding zum besten: Wissensbestände und Alltagsbezüge in frühneuzeitlichen Haus- und Familienbüchern aus Sicht der Disability History

Sebastian Schlund (Kiel): Dis/ability und gender im westdeutschen Behindertensport. Eine intersektionale Analyse

Tagungsbericht *Dis/ability – Alltag – Geschlecht. Erkundungen im Feld der interdisziplinären Dis/ability History*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

---

### „Materialität“. Konzepte und Erkenntnispotenzial jenseits der Geschichte der materiellen Kultur

Von: Pia Eiringhaus, Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg / Stephen Foose, Philipps-Universität Marburg

In den letzten Jahrzehnten hat die Geschichtswissenschaft mit Blick auf ihre theoretischen und methodischen Programmatiken vielfältige

Umwandlungen und vermeintliche Neuerfindungen durchlaufen. Die Rede ist von sogenannten *turns*, seien es linguistische, räumliche oder visuelle, die die Disziplin durch neue Erkenntnisinteressen in je eigener Weise zu revolutionieren vermochten. Eine aktuell vieldiskutierte Trendwende, der *material turn*, stellt nun erneut ein sicher geglaubtes Fachcharakteristikum, die schriftliche Quelle als Ausgangspunkt historischer Untersuchungen, zur Disposition. Der im angelsächsischen Raum entstandene *New Materialism* erklärt Objekte, Dinge, Gegenstände und Artefakte ebenso wie Stoffe, Materialien, Körper und Praktiken zu eigenständigen historischen Subjekten und schreibt ihnen eine gestaltende, über die Rolle des passiven Trägers von Konzepten und Diskursen hinausgehende Wirkungsmacht zu. Die theoretische Basis hierfür bilden unter anderen die Arbeiten von Bruno Latour, primär seine Abkehr von der Idee, dass ausschließlich menschliche Akteure agency besitzen. Diese Umdeutungen stellen den Ausgangspunkt für die Redefinition des Materiellen jenseits seiner Bedeutung als passive Schaufenster für Erklärung der Vergangenheit dar. Trotz erster Berührungängste auf Seiten der deutschen Geschichtswissenschaft zeichnet sich in den aktuellen Fachdebatten ein stetig zunehmendes Interesse an materiellen Kulturen ab. Wie aber können und sollen Historikerinnen mit nicht-schriftlichen Quellen als Aktanten umgehen, was lässt sich durch sie zeigen? Welche Konsequenzen bringt die Verschiebung der Relation von Schriftlichem und Dinglichem, mithin von Subjekt und Objekt, mit sich? Kurzum: Welche Geschichte lässt sich unter dem Banner der materiellen Kulturen erzählen und welchen erkenntnistheoretischen Mehrwert hat eine solche Geschichte?

Die von MARTIN KNOLL (Salzburg) und SEBASTIAN HAUMANN (Darmstadt) organisierte Sektion zur Materialität auf dem diesjährigen Historikertag verortete sich in diesen Debatten. Sie setzte sich mit den theoretischen und methodischen Potenzialen jenseits einer Geschichte der materiellen Kultur auseinander. Fragen des Materiellen in der Geschichte und den Geschichten im Materiellen stecken in ihren Theoretisierungen noch in den Anfängen. Basierend auf den etablierten Debatten verstehe sich die Sektion als ein Experiment, so Knoll in seiner Einführung, explizit heterogene Beiträge zusammenzubringen, um den vorhandenen theoretischen Rahmen abzustecken und konzeptio-

nell zu erweitern. Anhand diverser Fallbeispiele sei auszuloten, welches Theorieangebot in den verschiedenen Anwendungsfeldern der Geschichte materieller Kulturen vorhanden sei, welche Gemeinsamkeiten sich festmachen ließen und welche Potenziale sich für theoretische Überlegungen zum Umgang mit materiellen Kulturen in der Geschichtswissenschaft herauskristallisierten. Dabei waren die Diskussionen um Materialitäten als historische Subjekte als kleinster gemeinsamer Nenner aller Beiträge zu identifizieren, widmen sich ihnen doch alle Vortragenden in je eigener Weise.

Im Auftakt zur Sektion führte ACHIM LANDWEHR (Düsseldorf) einige theoretisch-methodische Überlegungen zur Relation von Materialität und Zeit aus, die er über zwei Argumentationslinien, die „Zeit des Materials“ und die „Materialität der Zeit“ entfaltete. Konzepte von Zeit und Zeitlichkeit und ihre Problematisierung, so Landwehr, seien die zentrale Voraussetzung für geschichtswissenschaftliches Arbeiten. Mit Rückgriff auf Hans Blumenbergs Ausspruch, Zeit zeige sich nicht, sondern mache sich bemerkbar, differenzierte Landwehr zwischen einem linearen und vielschichtigen Zeitmodell. Ersteres manifestiere sich im Konzept der Quelle. Quellen seien eigens zeitlose Fenster zur Beschreibung der Vergangenheit, da sie Zeit lediglich „zeigten“ und sich dabei, wie Landwehr problematisierte, zwangsläufig einer eigenen Historisierung entzögen. Demgegenüber mache sich Zeit im Konzept des Materials in vielschichtiger Weise „bemerkt“. Das Material sei nicht hindurchsehbar, sondern habe eine eigene, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umspannende Zeitlichkeit inne. Zu identifizieren seien vier, im Material eingeschriebene Zeitdimensionen: erstens die zeitliche Markierung seiner Entstehung, zweitens die Zeitlichkeit seiner Überlieferung, drittens die Dimension seiner steten Aktualisierung und somit Rekontextualisierung sowie viertens die im Material transportierten Vorstellungen von Zukunft. Demnach sei die Materialität, von Landwehr als „soziokulturelle Masse“ gefasst, als konstituierendes Element von Zeit und Zeitlichkeit, folglich als gestaltende Kraft von Realitäten zu verstehen.

Im Anschluss an Landwehrs theoretisch-methodischen Aufschlag referierte HEDWIG RICHTER (Hamburg) zu Materialität im Kontext von Menschenrechten, Gleichheitskonzepten und Individualisierungspro-

zessen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Mit Blick auf die Debatten um dingliche agency identifizierte Richter das Materielle als konstitutiven Teil sozialer Phänomene und argumentierte für das Zusammendenken von Ideen und Realitäten. Eine Geschichte der materiellen Bedingungen der Sattelzeit, so Richter, erlaube es, vorherrschende historische Narrative von europäischen Visionen, folglich die Ideengeschichte der westlichen Modernisierung, auszudifferenzieren, zu erweitern und infrage zu stellen. Richter rückte die historische Betrachtung von Körpern und Körperregimen als Teil des Materiellen in den Fokus, um über den ihnen eingeschriebenen Herrschaftsverhältnissen den Wandel von sozialen Ungleichheiten zu untersuchen und vorherrschende historische Narrative neu zu deuten. Körperregimes und körperliche Autonomisierung seien für die Entstehung neuer Formen von Gleichheit/Ungleichheit am Ende des 18. Jahrhunderts konstituierend gewesen, wie Richter beispielhaft anhand der Abschaffung der Leibeigenschaft sowie der Produktion neuer Objekte rund um den Körper erklärte. Neue Deutungsperspektiven auf die historische Verhandlung sozialer Ungleichheiten eröffneten sich jedoch dann, wenn Widersprüche zwischen den veränderten Körperregimen und den individuellen, materiellen/körperlichen Realitäten sichtbar, folglich Ideen und Konzepte durch das Materielle herausgefordert würden. Beispielhaft verwies sie hierzu auf die verweigerten Individualisierungsprozesse von Frauen und Sklaven zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die der Modernisierungsthese widersprechen. Richters Ansatz, materielle Kulturen, Körper- und Geschlechtergeschichte in den Dialog zu bringen, zeigt den Mehrwert einer Pluralisierung von historischen Subjekten, wie sie beispielsweise durch die Geschichte der materiellen Kulturen erfolgen kann.

Eine Geschichte des Materials im engeren Sinne präsentierte sich in STEFANIE GÄNGERs (Köln) Beitrag zur Wissensgeschichte der Chinarinde als expandierende *materia medica* in der iberischen Welt. Chinarinde als historisches Subjekt, so Gänger, eröffne neue Deutungsperspektiven auf die Entstehung, Ausweitung und globale Verbreitung von medizinischen Wissensformationen und Praktiken, folglich neue Erkenntnisse zur Globalgeschichte des Wissens. Dies erfordere, wie sie im Vortrag argumentierte, eine integrative Untersuchung des Materials: die Chinarinde als natürliches Heilmittel, ihr kulturspezifisches Vor-

kommen, die jeweiligen Vorstellungen von ihrer Nützlichkeit und ihres Gebrauchs sowie die ihr zugrundeliegenden Raumkonzepte, Infrastrukturen und Zirkulationswege. Argument ist, dass sich über die Chinarinde und die unterschiedlichen Wahrnehmungen ihrer medizinischen Verwendung Rückschlüsse auf kulturspezifische Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit, Medizin und Naturheilmittel schließen ließen. Gänger führte aus, wie sich die in Südamerika bereits etablierte Heils substanz zum beliebten Importprodukt der iberischen/europäischen Welt des 18. Jahrhunderts entwickelt und welche Rolle die Materialität der Rinde dabei gespielt habe. Nicht nur mache die Rinde die Zirkulation und Transformation von medizinischem Wissen und ihren Praktiken sichtbar, sondern auch zeigten sich rekonstruierbare globale Similaritäten in der Art und Weise, wie die Rinde zubereitet und konsumiert werde. Gänger erläuterte, die Exportentwicklung der Rinde sei auf ihre unveränderliche, im Stoff selbst begründete medizinische Eigenschaft zurückzuführen. Global geteilte Wissensformationen und Praktiken seien somit nicht zwingend aus dem vorangegangenen Austausch medizinischer Ideen, sondern auch aus der Beschaffenheit und Wirkung der Substanz selbst zu erklären. Mit Blick auf die etablierten agency Debatten verdeutlicht Gängers Forschung den Erkenntnisgewinn, der aus der Verschiebung der Relation von Diskurs und Material, Idee und Praxis hervorgehen kann.

In der letzten Präsentation der Sektion rückte Materialität im technikhistorischen Kontext in den Blick. SEBASTIAN HAUMANN (Darmstadt) plädierte dafür, das vorherrschende Verständnis von Roh- und Gefahrenstoffen um die Dimension ihrer eigenen Wirkungsmacht zu erweitern. In seinem historiographischen Abriss des Untersuchungsgegenstands führte er aus, dass den umwelt-, technik- und wirtschaftshistorischen Arbeiten zu Stoffen eine starke „Externalisierung“ des Materials zugrunde liege. Dies reduziere die Stoffe auf passive Entitäten. Von Interesse sei, wie das Material verwendet, bearbeitet, gehandelt oder bewegt werde, auf welche Weise es folglich für menschliche Akteure nutzbar gemacht werden könne. Demgegenüber sprach sich Haumann für die stärkere Betrachtung der Eigenschaften von Rohstoffen, genauer ihre Wirkungen und Effekte jenseits menschlicher Handlungen, aus. Materielle agency werde beispielhaft in der Art und Weise sichtbar, wie

die natürlichen Eigenschaften und physikalischen Einschränkungen von Rohstoffen menschliche Interaktionen mitbedingen. Zur Frage der methodischen Realisierbarkeit dieser Herangehensweise nahm Haumann auf die Konzeptionalisierungen aus dem *New Materialism* sowie der *Science and Technology Studies* Bezug. Allem voran eine gesteigerte disziplinäre Offenheit gegenüber Bruno Latours Akteur-Netzwerk-Theorie, so Haumann, biete der Geschichtswissenschaft eine Chance, die Wirkungsmacht des Materiellen bzw. die agency of things für historische Forschungen greifbar und handhabbar zu machen. Gleichsam differenzierte er aber zwischen agency und autonomy und betonte die beschränkte Nutzbarkeit der ANT für die Untersuchung von Netzwerken und sozialen Interaktionen. Anhand der Debatten um die Trennung von Natur und Kultur betonte er erneut die Relevanz der Integration von Materialitäten, zeigte aber gleichsam Problemlinien epistemologischer Konsequenzen auf. In versöhnlicher Manier schloss Haumann mit der Feststellung, Wissensproduktionen als Teil kultureller Strukturen sowie das Wissen über die Natur in seiner kulturellen Konstruiertheit zu fassen, folglich die unauflösbare Interdependenz von Kultur und Natur anzuerkennen. Haumanns anwendungsbezogene Konsequenzen blieben aber auf den Vorschlag begrenzt, vermehrt Mikrostudien zu spezifischen Praktiken durchzuführen und somit einen minimalen Erklärungsanspruch zugunsten der pragmatischen Begrenzung in Kauf zu nehmen.

In SIGRID KÖHLERS (Tübingen) Kommentar zur Sektion stand die Frage, was Materialität mit Blick auf gesellschaftliche und kulturelle Wandlungsprozesse letztlich zeigen könne, im Fokus. Die Verschiebung von agency und ihre Konsequenzen, für die Bruno Latour wiederkehrend zum zentralen Referenzpunkt wurde, ließen sich dabei als Kern der Debatten herausstellen. Köhlers Forderung nach der Auflösung der starren Dichotomie von Form und Geist, Material und Diskurs, erscheint als sinnvolle Herangehensweise, um Materielles produktiv für historische Forschungsvorhaben nutzbar zu machen. Es müsse neu verhandelt werden, so Köhler, in welcher Relation letztlich Subjekt und Objekt, Natur und Kultur, soziale Gefüge und raumzeitliche Strukturen zueinander stünden. Köhler identifizierte das Zusammendenken, den produktiven Dialog beider Elemente als gemeinsame Linie aller

Beiträge und betonte, dass erst diese Integration zu neuen Perspektiven und somit Schlussfolgerungen über die Vergangenheit führe. Über den Begriff des „materiellen historischen Raumzeitgefüges“ ließe sich die Relation von Idee und Körper, medizinischen Wissenskulturen und Substanz, Stoff und Umwelt genauer beschreiben und erklären, wie sich diese Relation im historischen Kontext verändert habe.

Die Debatte um materielle agency und ihre erkenntnistheoretischen Chancen und Grenzen dominierte auch die Abschlussdiskussion des Panels. Die Frage, inwiefern sich über Materialien, Dinge und Stoffe vorherrschende Deutungsmuster herausfordern ließen, stellte sich beispielhaft anhand der möglichen Sperrigkeiten und Probleme des „historisch-materiellen Schauplatzes“ von Chinarinde. Gleichsam griffen die Diskussionsbeiträge die Problematiken bei der praktischen Umsetzung einer Geschichte materieller Kulturen auf. Bruno Latours Akteur-Netzwerk-Theorie stelle zwar eine mögliche Theoretisierung für dingliche agency dar, jedoch resultiere eine konsequente Anwendung seiner ANT in der vollständigen Auflösung historischer Subjekte in unendliche Relativitäten. Richters Kommentar zu diesem Wortbeitrag, Latours Deutungsangebot sei als Anregung, nicht aber als Methodenkorsett zu verstehen, erscheint in diesem Kontext fruchtbar. Zusammenfassend hat die Sektion deutlich gemacht, dass die Frage nach dem Erkenntnispotential der Geschichte materieller Kulturen nur dann gelingen kann, wenn das starre Disziplindenken überwunden, die Mentalität des „entweder-oder“ abgelegt und mehr Offenheit für zielgerichtete, eklektische Herangehensweisen zugelassen wird. Demnach erscheint es sinnvoll, Trendwenden weniger als ablösende, ersetzende Programmatiken mit Anspruch auf absolute Deutungshoheit zu verstehen, sondern als ergänzende, horizonterweiternde Zugänge, die erst im kritischen Dialog mit dem Bestehenden zu neuen Erkenntnissen führen.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Martin Knoll (Salzburg) / Sebastian Haumann (Darmstadt)

Achim Landwehr (Düsseldorf) : Zeit der Materialität - Materialität der

Zeit. Geschichtstheoretische Erkundungen

Hedwig Richter (Hamburg) : Menschenrechtsdinge. Materielle Bedingungen von Individualisierungsprozessen um 1800

Stefanie Gänger (Köln) : *Materia Medica* in der iberischen Welt. Materialität in der Globalgeschichte des Wissens, 1750 – 1820

Sebastian Haumann (Darmstadt) : Rohstoffe und Gefahrenstoffe. Materialität als Herausforderung der Umweltgeschichte

Sigrid Köhler (Tübingen) : Kommentar

Tagungsbericht „Materialität“. *Konzepte und Erkenntnispotenzial jenseits der Geschichte der materiellen Kultur*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 16.11.2018.

---

### **Spätantike und Frühmittelalter unter der Lupe aktueller Fragestellungen: Die Gesellschaft der Merowinger – eine gespaltene Gesellschaft?**

**Von:** Franziska Quaas, Projekt „*Formulae - Litterae - Chartae*“, Universität Hamburg / Akademie der Wissenschaften in Hamburg

War die Gesellschaft der Merowingerzeit eine gespaltene Gesellschaft? Diese Fragestellung liegt nahe, denn die Gesellschaft am Übergang von Spätantike und Frühmittelalter war durch eine Vielzahl politischer, sozialer und rechtlicher Wandlungsprozesse geprägt, welche direkte Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen besaßen. Doch ist die Forschung mit der Herausforderung einer großen Quellenarmut konfrontiert, die eine Beantwortung der Frage erschwert. Das Langzeitvorhaben „*Formulae – Litterae – Chartae*“ befasst sich mit einem für diese Zeit unumgänglichen Quellencorpus, welcher ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen vermag. Die *Formulae Andecavenses* (Formeln von Angers) enthalten nämlich Schriftstücke, die sonst nicht überliefert sind

und daher besondere Einblicke in das Leben der Menschen dieser Gesellschaft ermöglichen. Anhand ausgewählter Formeln dieser Sammlung, die von Mitarbeitern des Langzeitvorhabens vorgestellt wurden, setzten sich Experten verschiedener historischer Disziplinen mit einzelnen Aspekten der Gesellschaft der Merowingerzeit auseinander.

Den Ausgangspunkt der ersten Sektion bildete eine Standortbestimmung der *Formulae Andecavenses*, die von HORST LÖSSLEIN (Hamburg) und CHRISTOPH WALTHER (Hamburg) vorgenommen wurde. Die Sammlung stammt aus einer Region, deren Gesellschaft durch das Fortbestehen spätantiker römischer und kirchlicher Institutionen ebenso geprägt war wie durch gesellschaftliche Veränderungen. Während zahlreiche Formeln der Sammlung für Kontinuitäten römischer Institutionen sprachen (Form. And. 1; Nummerierung nach Zeumer), fänden sich in anderen Formeln Institutionen, die ein deutlicher „mittelalterliches“ Gepräge aufwiesen (Form. And. 32). Dieses Spannungsfeld zwischen institutionellen Kontinuitäten und sozialem Wandel lege die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Gesellschaft der Merowingerzeit nahe.

ALEXANDRE JEANNIN (Dijon) charakterisierte das Spannungsfeld von antiken Institutionen und neuen Verfahren als „scheinbares Paradox“. Für die Beurteilung der *Formulae Andecavenses* sei primär ihre praktische Funktion zu berücksichtigen, da für ihren Schreiber allein eine trotz institutioneller Veränderungen bestehende Gültigkeit seiner Urkunden von Relevanz gewesen sei. Während in anderen Formelsammlungen *appennis*-Verfahren vor der römischen Institution der städtischen Kurie verhandelt wurden, ist in Angers von einer ganz anderen Instanz die Rede, nämlich einer Versammlung vor einem Bischof, einem Grafen und weiteren bedeutenden Männern der Stadt. Obwohl sich vermuten ließe, dass hier alte Institutionen durch etwas Neues ersetzt worden sind, liege hier kein Bruch mit dem römischen Verfahren vor. Stattdessen werde eine bereits etablierte rechtliche Praxis an neue Umstände angepasst. Dass der Schreiber der Formeln explizit von einem *appennis* spreche, obwohl es sich hier strenggenommen nicht um ein klassisches *appennis*-Verfahren handle, könne als Ausdruck seines Bemühens um die Bewahrung einer Kontinuität gedeutet werden. Vor die Herausforderung gestellt, öffentlichen Institutionen in Zeiten



des Wandels Autorität zu verleihen, habe er mit einer bewussten Beibehaltung antiken Vokabulars die Zielsetzung verfolgt, Stabilität zu wahren und eine bessere Anpassung an neue rechtliche Bedürfnisse zu ermöglichen.

Ein etwas anderes Deutungspotential des Vokabulars gestand PHILIPPE DEPREUX (Hamburg) den *Formulae Andecavenses* zu und warnte angesichts der problematischen Quellenlage vor voreiligen Schlüssen. Die Schwierigkeit der Deutung der Urkundenmuster hinsichtlich der Frage nach Kontinuität und Veränderung der Rechtspraxis wurde anhand der in den *Formulae Andecavenses* als *securitates* bezeichneten Formeln illustriert. Nicht alle in Überschriften als *securitates* angekündigten Formeln beträfen Beilegungen von Konflikten, da sie in inhaltlicher Hinsicht eher Beispiele für andere Rechtsgeschäfte repräsentierten. Darüber hinaus ließen sich zahlreiche *securitates* nicht eindeutig einem gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahren zuordnen; in manchen Fällen sei es vorstellbar, dass die *securitates* ebenso am Ende eines gerichtlichen wie auch eines außergerichtlichen Verfahrens gestanden haben könnten. Diese vielfältigen Erscheinungsformen sprächen gegen die Annahme, dass *securitates* ausschließlich infolge gerichtlicher Verhandlungen ausgestellt worden seien. Die Heterogenität der *securitas* korrespondiere mit der Vielfalt der Anliegen für Personen unterschiedlicher Sozialschichten, die in den *Formulae Andecavenses* thematisiert werden; hierbei zeige sich, dass keine durch eine Opposition „römischer“ und „fränkischer“ Rechtsgrundsätze verursachte Spaltung der Gesellschaft vorlag, sondern dass ihr ein rechtliches Gedankengut inhärent gewesen sei, das von gegenseitiger Akkulturation zeuge.

Die Gesellschaft der Merowingerzeit setzte sich aus unterschiedlichsten sozialen, ethnischen und religiösen Gruppen zusammen und war daher durch ein hohes Maß an Heterogenität geprägt. Das Zusammenleben angesichts dieser „bunten“ Gesellschaft und die Lebenswirklichkeiten verschiedener Gruppen standen im Zentrum des zweiten Teils der Sektion, die dieses Problem auch verstärkt hinsichtlich der Bedeutung von Freiheit in den Blick nahm. Horst Löfflein und Christoph Walther problematisierten, dass Freiheit und Unfreiheit zwar wichtige rechtliche Kategorien darstellten, allerdings keineswegs Rückschlüsse über den sozialen Status einer Person ermöglichen, gestalteten sich die

Verhältnisse schließlich wesentlich komplexer. Einige Formeln, die die Aufgabe von Freiheit thematisieren, hätten gezeigt, dass der Freiheit eine hohe Bedeutung zugemessen worden sei (Form. And. 59); in anderen Fällen erscheine sie jedoch auch als eine Ware, die notfalls veräußert werden konnte (Form. And. 38). Welche Bedeutung Freiheit tatsächlich besaß und inwiefern der soziale Status einer Person mit dem rechtlichen verbunden gewesen ist, lasse sich daher nicht leicht ermitteln.

Ob die Archäologie einen Beitrag zu dieser Frage leisten und eine Rekonstruktion der sozialen Wirklichkeit ermöglichen kann, war die Leitfrage des Beitrages von ELKE NIEVELER (Bonn). Archäologische Funde ließen nur begrenzt hierarchische Gliederungen von Gesellschaften erkennen, da ihre Erhaltung und Überlieferung von zahlreichen äußeren Faktoren abhängig ist; so spiegelten auch Grabausstattungen kein exaktes Bild der gesellschaftlichen Realität wider. Da Bestattungssitten und Beigabenausstattungen vielfältigen regionalen und chronologischen Unterschieden unterliegen, könne die Frage nach sozialen Differenzierungen nur innerhalb einer lokalen Gesellschaft untersucht werden. Ein einmaliger Überlieferungszufall in Morken, wo nicht nur das Grab eines reich ausgestatteten Kriegers, sondern auch das Gräberfeld der Dorfbevölkerung vorliegt, ermögliche einen Blick auf die Lebenswirklichkeit der Bestatteten und ihre soziale Differenzierung. Hierbei zeige sich, dass sich der „Herr von Morken“ von der Dorfbevölkerung nicht nur hinsichtlich der gesundheitlichen Konstitution, sondern auch der Grabausstattung deutlich unterschied. Doch auch die Objekte selbst könnten Hinweise auf soziale Differenzierungen enthalten. Während zu Beginn des 6. Jahrhunderts gute Qualitäten granatverzierter Objekte für eine breite Schicht der Bevölkerung verfügbar gewesen seien, hätte später eine deutlich geringere Zahl von Granaten niedrigerer Qualität nur noch einem engen Personenkreis zur Verfügung gestanden. Diese Entwicklungen seien auf strukturelle sozioökonomische Veränderungen zurückzuführen. Die Bedeutung der Archäologie für die Ermittlung sozialer Wirklichkeiten sei differenziert zu betrachten; zwar könne sie sehr wohl konkrete Hinweise auf Lebenswirklichkeiten von Gesellschaften geben, allerdings lasse sich der rechtliche Status von Personen kaum erfassen.

LAURY SARTI (Freiburg) zeigte auf, dass auch schriftliche Quel-

len keine einfachen Antworten auf dieses Problem ermöglichen. Die Schwierigkeit der adäquaten Beschreibung der Konzepte von Freiheit und Unfreiheit schlage sich in der Forschung in der Prägung von Verlegenheitsbegriffen nieder. Dies sei nicht überraschend, da bereits in den Quellen selbst unterschiedliche Begriffe zur Benennung freier und unfreier Personen auftreten, deren genaue Bedeutung sich nicht problemlos rekonstruieren lasse. Fragen würden etwa die Termini *Romanus* und *Francus* auf. So muss laut Lex Salica zwar die Tötung eines *Romanus* nur mit der Hälfte des Wergelds gesühnt werden, das mit der Tötung eines *Germanus*, der mit einem *ingenuus* gleichgesetzt wird, fällig gewesen wäre. Allerdings erscheint der Begriff *Romanus* auch in Verbindung mit dem Terminus *libertus*. Dieser Befund spreche für ein nicht ausgeprägtes Bedürfnis nach einer eindeutigen Differenzierung von Freiheit und Unfreiheit in der merowingischen Gesellschaft. Die „Gleichzeitigkeit von Freiheit und Unfreiheit“ manifestiere sich auch in einer Durchlässigkeit der Grenzen, wie sie in den Fällen zu beobachten sei, wenn eine bewusste Aufgabe der eigenen Freiheit erfolgt ist. Hier sei eine Bereitschaft zur Überwindung der Grenzen von Freiheit und Unfreiheit erkennbar. Somit habe die Unterscheidung von Freiheit und Unfreiheit keine unüberwindbare Spaltung der Gesellschaft der Merowingerzeit impliziert, sondern diese sei vielmehr durch Komplexität bestimmt gewesen.

Dass diese Komplexität der merowingischen Gesellschaft nicht allein durch gesellschaftliche Vielfalt bestimmt gewesen sei, verdeutlichten Horst Löfflein und Christoph Walther im dritten Teil der Sektion. Da in einer Zeit des sozialen Wandels divergierende Rechts- und Wertevorstellungen aufeinander getroffen seien, die zu einer neuen Synthese hätten finden müssen, sei die Frage nach gegenseitigen Wechselbeziehungen zwischen römischen, fränkischen und christlichen Werten und Moralvorstellungen zu stellen. Von einer Verbindung solch widersprüchlicher Vorstellungen zeugten etwa Formeln, die Handlungspraktiken thematisierten, die augenscheinlich zwar nicht mit christlichen Vorstellungen vereinbar gewesen zu sein schienen, aber dennoch durch solche begründet wurden (Form. And. 57).

CHARLES MÉRIAUX (Lille) erklärte, dass Ehescheidungen häufig als Indiz für eine noch nicht vollständig erfolgte Christianisierung der

merowingischen Gesellschaft beurteilt wurden. Ehescheidungen müssten aber noch bis ins 9. Jahrhundert hinein verbreitete Praxis gewesen sein, wie die Existenz einer Vielzahl von Formeln beweise, die eine Auflösung der ehelichen Gemeinschaft betreffen. Gleichzeitig deute eine Reihe narrativer Quellen darauf hin, dass in dieser Zeit andere Vorstellungen von Ehe existierten. Anders als es verbreitete Annahmen nahelegen, stelle dieses Phänomen aber keinen Beweis für eine geringe Präsenz christlicher Vorstellungen im Alltagsleben der Menschen dar. Ganz im Gegenteil sei festzustellen, dass es gerade christliche Konzeptionen waren, die die Auflösung von Ehen überhaupt erst begründeten und ermöglichten. Nicht zuletzt fänden Scheidungen vor allem vor dem Hintergrund des Eintritts eines oder beider Ehepartner in Klöster Erwähnung. Damit könnten solche Zeugnisse nicht als Zeichen einer geringen Verbindlichkeit der Ehedisziplin und Symptom einer fragilen sozialen Ordnung gedeutet werden. Stattdessen seien sie als Indiz für eine grundlegende Neuorientierung der sozialen Ordnung entlang christlicher Vorstellungen zu verstehen.

Mit der dynamischen Veränderung der Gesellschaft der Merowingerzeit setzte sich SEBASTIAN SCHOLZ (Zürich) im Hinblick auf rechtshistorische Fragestellungen auseinander. Der verbreiteten Annahme, dass sich römische und fränkische Rechts- und Wertevorstellungen unversöhnlich gegenüber gestanden und damit das Potential einer Spaltung besessen hätten, stellte Scholz sich deutlich entgegen. Vielmehr seien die Regeln, nach denen sich die Gesellschaft rechtlich organisierte, immer wieder an Prozesse des Wandels angepasst und modifiziert worden. So findet sich eine Rechtsgrundlage zur Veräußerung eines Säuglings zwar bereits im Codex Theodosianus, doch erfolgt eine Spezifizierung des Verfahrens erst im Kirchenrecht. Das bereits in der Gesetzgebung der römischen Kaiser berücksichtigte Problem sei mit diesen neuen Regelungen in der Weise ergänzt worden, dass frühere Schwierigkeiten bei der Umsetzung durch zusätzliche Bestimmungen ausgeräumt werden sollten. Hierbei werde nicht nur sichtbar, welche eine zentrale Rolle Regelungen des Kirchenrechts für das Alltagsleben der Menschen spielten, sondern es werde auch deutlich, dass Vorstellungen römischen Rechts als Inspirationsquelle für die rechtliche Ordnung dienten und über den Umweg des Kirchenrechts in die Gesellschaft implementiert

wurden. Römisches und kirchliches Recht hätten also nicht nebeneinander gestanden, sondern sich zu einer ganz neuen, Elemente beider Sphären vereinigenden Norm, verbunden.

Insgesamt zeigt sich, dass die schwierige Quellenlage eine Herausforderung für die genaue Erfassung der Gesellschaft der Merowingerzeit bedeutet. Dennoch lässt sich die Frage, ob die Gesellschaft im Übergang von Spätantike und Frühmittelalter eine gespaltene Gesellschaft gewesen ist, beantworten. Die Annahme der Existenz einander entgegengesetzter Oppositionen wie der von „antiken“ und „mittelalterlichen“ Institutionen, „römischen“ und „fränkischen“ Rechtsauffassungen oder „heidnischen“ und „christlichen“ Moralvorstellungen, die das Potential einer Spaltung in sich getragen hätten, lässt sich nicht stützen. Stattdessen erweist sich die Gesellschaft der Merowingerzeit als eine Gesellschaft, die durch die Vielfalt politischer, sozialer und rechtlicher Auffassungen gekennzeichnet war. Römische Traditionen wurden nicht vollständig durch Neues ersetzt, sondern vor dem Hintergrund des historischen Wandels immer wieder in neue Kontexte eingebunden und modifiziert.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Philippe Depreux (Hamburg)

Moderation: Alexander Müller (Hamburg)

Philippe Depreux (Hamburg): Einleitung

*Teil I: Institutionelle Kontinuitäten angesichts gesellschaftlicher Veränderungen*

Horst Löfflein (Hamburg) / Christoph Walther (Hamburg): Impulsreferate ausgehend von frühmittelalterlichen Musterurkunden und –briefen

Alexandre Jeannin (Dijon): Diskussion der Themen und Beispiele unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsgeschichte und der Geschichte des Notariats

Philippe Depreux (Hamburg): Diskussion der Themen und Beispiele unter besonderer Berücksichtigung der Rechtspraxis

*Teil II: Lebenswirklichkeiten verschiedener sozialer Gruppen – Die Bedeutung von Freiheit*

Horst Löfflein (Hamburg) / Christoph Walther (Hamburg): Impulsreferate ausgehend von frühmittelalterlichen Musterurkunden und –briefen

Elke Nieveler (Bonn): Diskussion der Themen und Beispiele unter besonderer Berücksichtigung der merowingischen Archäologie

Laury Sarti (Freiburg): Diskussion der Themen und Beispiele unter besonderer Berücksichtigung der Mentalitätsgeschichte und des Militärwesens

*Teil III: Wandel der Gesellschaft, Wandel der Werte*

Horst Löfflein (Hamburg) / Christoph Walther (Hamburg): Impulsreferate ausgehend von frühmittelalterlichen Musterurkunden und –briefen

Charles Mériaux (Lille): Diskussion der Themen und Beispiele unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der lokalen Eliten im Frühmittelalter

Sebastian Scholz (Zürich): Diskussion der Themen und Beispiele unter besonderer Berücksichtigung der kirchenrechtlichen Aspekte der Sozialgeschichte

Tagungsbericht *Spätantike und Frühmittelalter unter der Lupe aktueller Fragestellungen: Die Gesellschaft der Merowinger – eine gespaltene Gesellschaft?* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

---

## Spaltend oder verbindend? Das Christentum in Ost und West zwischen Spätantike und Frühmittelalter

**Von:** Kamil C. Choda / Maurits de Leeuw, Seminar für Alte Geschichte, Eberhard Karls Universität Tübingen

Bei einem Historikertag unter dem Motto „gespaltene Gesellschaften“ durfte die bekannteste politische Spaltung der Antike, die zwischen den beiden Reichshälften des römischen Reiches, natürlich nicht unberücksichtigt bleiben. Diese Sektion widmete sich diesem Spaltungsprozess, der, dem gängigen Forschungsbild der letzten Jahrzehnten zufolge als eine Transformation betrachtet wird, die sich über die traditionellen Epochengrenze zwischen Antike und Mittelalter hinweg untersuchen lässt. Zentraler Gegenstand der Vorträge bildeten innerchristliche Diskussionen über Theologie und Kirchenpolitik, die im Laufe des Transformationsprozesses eine erhebliche Rolle spielten. Es wurde gezeigt, wie die fluiden Begriffe „Ost“ und „West“ in der christlichen Kommunikation und Selbstdarstellung rhetorisch genutzt werden konnten, wenn von einem kirchenpolitischen Konflikt die Rede war. Diese Ost-West-Dichotomie in der Spätantike wurde von den beiden Sektionsleitenden erst unlängst in einem Projekt untersucht<sup>1</sup> – diese Zusammenarbeit bildete die Grundlage für die Sektion.

Nach seiner Einführung in das Sektionsthema und seinem Hinweis auf das spaltende Potenzial des spätantiken Christentums eröffnete FABIAN SCHULZ (Tübingen) die Sektion mit einem Vortrag, der das rhetorische Ringen um die Apostel bei Prioritätsansprüchen in kirchenpolitischen Kontroversen des 4. Jahrhunderts untersuchte. Hätte Konstantin darauf gezielt, das Christentum als verbindendes Element funktionieren zu lassen, dann sei dieser Versuch von Anfang an gescheitert, so Schulz, denn die christliche Kirche war ab der politischen Anerkennung durch den Kaiser sogleich durch innere Konflikte gekennzeichnet. Das Tauziehen um die Apostel im 4. Jahrhundert taucht vor allem da auf, wo Christen im Osten und Westen während Kontroversen versuchten, die Autorität ihres eigenen (geographisch definierten) Christentums zu för-

dern. Den Anlass dazu hätten die innerchristlichen Konflikte zwischen Homöern und Nizänern gegeben, die sich unter dem homöischen Kaiser Constantius II. entwickelten, wobei die nizänischen Bischöfe von Rom sich zu dessen vornehmsten Gegenspielern aufwarfen. So habe möglicherweise schon Bischof Julius (337-352), sicherlich aber sein Nachfolger Damasus (366-384) betont, dass Petrus und Paulus als Bürger zur Stadt Rom gehören. Das Christentum sei zwar im Osten entstanden, aber erst durch die Anwesenheit der Apostel in Rom zu vollem Wachstum gekommen: Diese Idee finde man auch bei Basilius von Caesarea (330-379), als er den Westen um Hilfe bat im Streit gegen die Homöer. Die Metapher habe Hieronymus (347-420) noch einen Schritt weitergeführt, als er den Westen als den fruchtbaren Boden des Christentums, den Osten als eine Wüste beschrieb; in einer radikalen Wendung behauptete der sogar, die Sonne der Gerechtigkeit gehe nun im Westen auf, während im Osten Luzifer, wörtlich der „Lichtbringer“, herrsche. Zur Zeit des Konzils von Konstantinopel 381 scheinen sich dann die gegenseitigen Autoritätsansprüche stabilisiert zu haben: Die östlichen Bischöfe (so Gregor von Nazianz) legitimierten ihre Autorität innerhalb der Kirche mit der Tatsache, dass Christus ja bei ihnen im Osten gelebt hatte; im Westen (Maximus von Turin und wieder Hieronymus) präsentierte man sich als fruchtbarer Boden, auf dem die Apostel mittels ihrer Lehre die christliche Tradition am besten gesichert hätten. Schulz schloss mit dem Fazit, dass diese von ihm herausgearbeitete, identitätsstiftende Rolle der Apostel in der Forschung bislang kaum anerkannt worden sei.

Während Schulz auf eine Forschungslücke hinwies, setzte sich STEFFEN DIEFENBACH (Konstanz) in seinem Vortrag mit einer in der Forschung allgemein akzeptierten Vorstellung über die gegenseitige Beziehung zwischen Papst und Kaiser auseinander. Hauptsächlich die politischen Umstände im Westen nach 476, wie der größere Handlungsspielraum des Papstes mit Beginn der endgültigen Abwesenheit kaiserlicher Macht, hätten die erste Kirchenspaltung zwischen dem Osten und dem Westen, das Akakianische Schisma (484-519), mehrere Jahrzehnte andauern lassen. Diefenbach wies aber, wohl gegen die herrschende Meinung, darauf hin, dass unter den Kaisern Justin (517-527) und Justinian (527-565) die Idee auftauchte, das Papsttum als stabilisierenden Faktor im Westen zu verwenden. Die unter der Ostgotenherrschaft am-

<sup>1</sup> Carola Föller / Fabian Schulz (Hrsg.), *Osten und Westen 400-600 n. Chr.: Kommunikation, Kooperation und Konflikt*, Stuttgart 2016.

tierenden Päpste, etwa Felix (483-492) und Gelasius (492-496), legten ihrerseits auch Wert auf die Zusammenarbeit. Bei dem religionspolitischen Entwurf des Gelasius handele es sich wiederum – trotz späterer Auslegungen, die darin eine Trennung der beiden Mächte gesehen hätten – nicht um die zwei Gewalten des Papstes und des Kaisers, sondern um eine privilegierte Partnerschaft zwischen Kaiser und Papst. Angesichts dessen seien die Wurzeln der Entfremdung zwischen dem Papsttum und Konstantinopel nicht in den Spannungen zwischen den römischen Bischöfen und den Ostkaisern, sondern in den Kontroversen zwischen den erstgenannten und ihren östlichen Pendanten, den Bischöfen von Konstantinopel, zu suchen. Auch dieser Streit hatte zunächst nichts mit den dogmatischen Unterschieden zu tun. Die Bischöfe der neuen Hauptstadt waren an der Betonung ihrer eigenen Stellung interessiert, was wiederum auf eine Gegenreaktion der Päpste stieß, die diese Ansprüche zurückgewiesen und ihrerseits die Rolle des Petrus immer mehr zu betonen begannen. Andererseits war Rom nicht bereit, die Annäherung Konstantinopels an die Monophysiten zu akzeptieren. Das hatte schwerwiegende Konsequenzen für den Osten, der auf die Versöhnung mit den Monophysiten verzichten musste, um die Beziehung mit Rom wiederherzustellen. Vor diesem Hintergrund, so Diefenbach, wirke die Meinung, die den Beginn der mittelalterlichen Konflikte zwischen Päpsten und byzantinischen Kaisern mit der Etablierung der Ostgotenherrschaft in Italien in Verbindung bringt, nicht überzeugend. Als Vertreter der alten Romanitas hätte der Papst vielmehr eine wichtige und einheitsstiftende Rolle in den Beziehungen mit Konstantinopel gespielt. Erst nach der Eroberung Italiens hätte sich die Lage geändert, als die Päpste großen Wert auf ihre Autonomie zu legen begonnen hätten. Mit dem paradox wirkenden Fazit, die Päpste seien erst dann aus einem verbindenden zu einem trennenden Faktor geworden, als sie unter direkte Herrschaft des Kaisers geraten waren, beendete Diefenbach seinen Vortrag.

CAROLA FÖLLER (Erlangen) nahm mit ihrem Beitrag einen anderen wichtigen Faktor in der italienischen Machtkonstellation zwischen Ost und West in den Blick: die Bischöfe von Ravenna. Anhand von vier chronologisch geordneten, prägnanten Fallstudien illustrierte sie, wie die ravennatischen Bischöfe von der Eroberung Ravennas durch By-

zanz 540 bis zur Einnahme durch die Langobarden 754 als Grenzgänger zwischen Rom und Konstantinopel agierten. Ihre besondere, hybride Lage bestand darin, dass sie einerseits als Mittelpunkt des sogenannten Exarchats von Ravenna zu den Spitzenbeamten des Ostreiches gehörten, andererseits als Teil der italischen Kirchenprovinz dem Papst in Rom unterstellt waren. Bisher wurden die Bischöfe vor allem in ihrem Zusammenhang zu Rom untersucht, wobei sie dann eher unabhängig von der römischen Kirche zu agieren schienen. Mit ihrem Vortrag vermochte Föller dieses Bild zu korrigieren. Sie begann ihre Untersuchung bei Maximian (546-556), der nach der Eroberung Italiens von Justinian als Bischof von Ravenna angestellt wurde. Die Ikonographie und Inschriften des Kaisermosaiks in der berühmten, unter ihm gebauten Kirche San Vitale zeigen Maximians Versuche, seine hierarchische Position zu stärken, sowie seine Selbstwahrnehmung als Grenzgänger zwischen Rom und Konstantinopel. Zunächst blickte Föller auf die Konflikte, die während des Pontifikats Gregors des Großen (590-604) zwischen dem Papst und den ravennatischen Bischöfen entstanden. Zwei dieser Bischöfe, Johannes II. (578-595) und Marinianus (595-606), stammten zwar aus der direkten Umgebung von Gregor, sobald sie aber den ravennatischen Bischofssitz innehatten, hätten sie sich gegen Gregors Wunsch als treue und vom Papst unabhängige Untertanen des Kaisers gezeigt. Der nächste Fall bezog sich auf die stürmische Zeit des monoergetisch-monotheletischen Streites, besonders als Kaiser Konstantin II. (641-668) und Papst Martin (649-655) miteinander in Konflikt gerieten. Der komplizierten Quellenlage lasse sich entnehmen, dass der ravennatische Bischof Maurus (644-671), trotz der Verhaftung und Auslieferung des Papstes nach Konstantinopel im Jahr 553, sich diplomatisch verhalten habe, da er versucht habe, mit beiden Seiten im Gespräch zu bleiben. Weniger sagen die Quellen über den Konflikt zwischen Bischof Felix (709-724) und Kaiser Justinian II. (685-695 und 705-711) aus, der Felix selbst festnehmen, blenden und ins Exil schicken ließ. Dass Felix nach dem Tod Justinians nach Ravenna zurückkehren konnte, zeige aber, dass der Bischof seine Legitimität in den Augen der Zeitgenossen nicht verloren hatte. Föller endete mit der zusammenfassenden Beobachtung, dass die diplomatische Rolle der ravennatischen Bischöfe als Grenzgänger zwischen Ost und West den Zeitgenossen durchweg klar

gewesen sei, und dass dem Bischof mit Vorbehalt eher ein verbindendes als spaltendes Potenzial zugeschrieben werden kann.

Die von den Vorrednern angeschnittenen Beziehungen zwischen Italien und Byzanz erörterte LAURY SARTI (Freiburg) anhand westlicher Quellen. Ähnlich wie Diefenbach brachte sie die Justinianische Eroberung Italiens mit dem Beginn des päpstlichen Strebens nach Autonomie in Zusammenhang. In der neuen politischen Konstellation sei das Ansehen der Päpste gewachsen, während die Franken als neue Schutzmacht fungieren konnten, was die Relevanz von Byzanz reduziert habe. Allerdings sei die Entfremdung nur langsam fortgeschritten: Von engen Beziehungen zwischen Franken und Byzanz zeugt noch in der Mitte des 6. Jahrhunderts ein Brief des Nicetius von Trier an Kaiser Justinian. Es habe aber auch im 7. Jahrhundert noch keine grundsätzlich Byzanzfeindlich Stimmung gegeben, obwohl man ein erstes Zeichen dafür in der um 642 geschriebenen Fredegarchronik finde. Diese Schrift sieht in der Niederlage Kaiser Herakleios' (610-641) gegen die Sarazenen das Ergebnis göttlichen Eingreifens, was als implizite Kritik an seiner Kirchenpolitik zu verstehen sei: Statt die Monophysiten in die Reichskirche einzugliedern habe der Kaiser die Häresie des Monotheletismus ins Leben gerufen. Diese Lehre werde in der um 675/80 datierenden Vita Eligii kritisiert und zwar anhand eines Exkurses über den auch von Föller besprochenen Papst Martin I., der gegen die Häresie kämpfte und seinen Widerstand schließlich mit dem Märtyrertod besiegelte. Der Autor dieser Vita bringe allerdings den Ostkaiser nicht direkt in Verbindung mit der Entstehung der Häresie, die (wie bei Fredegar) kein rein östliches Phänomen sei. Ein verallgemeinernder Häresievorwurf den Byzantinern gegenüber tauche erst in der 731 entstandenen Kirchengeschichte des Angelsachsens Beda Venerabilis auf, der berichtet, man habe in Rom Angst gehabt, dass ein aus dem Osten stammender Weihekandidat für das Bistum Canterbury so manch suspekten Brauch der *Graeci* dort einführen würde. Das Wort *Graeci* (Griechen), das Beda anstatt der in meisten Fällen gebrauchten Bezeichnung *Romani* verwende, sei besonders auffällig. Diese Änderung habe sich wahrscheinlich bereits vor 731 in der Sprache der päpstlichen Urkunden vollzogen und bezeuge die immer intensiver werdende Emanzipierung gegenüber Byzanz. Je mehr die fränkischen Herrscher als glaubenstreue Beschützer des Papstes in

den Vordergrund getreten seien, desto einfacher sei es geworden, „die Griechen“ mit der Häresie zu verbinden. Diese Verbindung wurde in den westlichen Quellen des 9. Jahrhunderts immer gängiger. Die immer offener auf Byzanz gerichtete religiöse Kritik, auf die Sarti aufmerksam machte, mündete in der Zurückziehung der Anerkennung auch der politischen Legitimität von Byzanz: Um 871 behauptete Kaiser Ludwig II., die Griechen hätten wegen ihrer Irrlehren auch den Anspruch auf das Kaisertum verloren.

In der von WOLFGANG DREWS (Münster) moderierten abschließenden Diskussion wurde als Reaktion auf die Vorträge unter anderem die Frage nach den sprachlichen Wurzeln der Entfremdung zwischen dem (lateinischen) Westen und dem (griechischen) Osten debattiert. Die Sektion hat deutlich gemacht, dass die Erforschung des Christentums als Trennungs- oder Verbindungsfaktor in der Spätantike einerseits auszufüllende Lücken aufweist, andererseits aber auch, dass die gängigen und verbreiteten Meinungen (etwa durch die Erweiterung des Forschungshorizonts um die in den etablierten Diskursen bisher wenig herangezogenen Akteure) zu nuancieren sind.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Carola Föller (Erlangen) / Fabian Schulz (Tübingen)

Wolfram Drews (Münster), Moderation

Fabian Schulz (Tübingen), Gehören Christus und die Apostel dem Osten oder dem Westen? Raum und Autorität im 4. Jahrhundert

Steffen Diefenbach (Konstanz), Das Papsttum im ostgotischen Italien

Carola Föller (Erlangen), Der Bischof von Ravenna zwischen Rom und Konstantinopel

Laury Sarti (Freiburg), Orthodoxie und die Entfremdung zwischen dem byzantinischen Osten und dem Westen (7.-9. Jahrhundert)

Tagungsbericht *Spaltend oder verbindend? Das Christentum in Ost und West zwischen Spätantike und Frühmittelalter*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

## Spaltungsphänomene im europäischen Judentum

**Von:** Amelie Sagasser, Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg / Mareike Hartmann, Historisches Seminar, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Die epochenübergreifend angelegte Sektion versammelte vier Referent/innen, die sich mit verschiedenen Phänomenen von Spaltungstendenzen innerhalb des europäischen Judentums befassten. Stellvertretend für die „Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Juden“<sup>1</sup> bot EVA HAVERKAMP-ROTT (München) eine Einführung in die Thematik. Sie verdeutlichte darin den angestrebten Perspektivenwechsel: von der falschen und dennoch sogar unter Historikern verbreiteten Ansicht, die jüdische Religion sei schon immer „monolithisch geschlossen“ gewesen, zur Betrachtung der innerjüdischen Spaltungen. Aus unterschiedlichen Perspektiven und mit Blick auf verschiedene Themen diskutierten die Referent/innen dabei Spaltungsphänomene innerhalb der jüdischen Gesellschaft. Eine Trennung von Innenansicht und Blick von außen auf das Judentum hoben sie dabei auf. Zugleich untersuchten sie die zunächst „innerjüdisch“ scheinenden Gegebenheiten im Kontext der christlichen Umwelt und betteten die Ereignisse auf diese Art in die allgemeine Geschichte ein.

Anhand mehrerer Beispiele aus der spätmittelalterlichen Steiermark untersuchte MARTHA KEIL (Wien/St. Pölten) Spaltungs- und Konfliktpotenziale für jüdische Gemeinden, die von Steuerzahlungen an die christlichen Obrigkeiten ausgingen. Diese Abgaben begründeten die jüdische Existenzberechtigung. Deutlich machte Keil, dass die jüdischen Gemeinden sowohl nach innen als auch von außen als gespalten wahrgenommen werden konnten. Anlass für Diskussionen habe vor allem die Besteuerungshöhe, die sich am deklarierten Vermögen orientierte, geboten. In diesem Zusammenhang ist die Aufforderung überliefert,

jegliches verheimlichtes Vermögen den Steuereintreibern anzuzeigen – Denunziationen unliebsamer Konkurrenten hätten zu großer Unruhe in der Gemeinde geführt. Zudem wäre es vor allem zwischen reichen jüdischen Geldhändlern und ihren weniger vermögenden Gemeindemitgliedern zu Spannungen bei den Steuerzahlungen gekommen, die wiederum zu Abspaltungen hätten führen können. Hintergrund war die Frage, wer in welcher Höhe die Steuerlast zu tragen hatte. Neben diesen von jüdischer Seite aus betriebenen Spaltungen beschreiben andere Quellen eine von der Obrigkeit erzwungene: Vier wohlhabende Juden wurden nach ihrem Umzug von einer zu einer anderen Gemeinde verpflichtet, weiterhin in ihrer alten Gemeinde Steuern zu zahlen, wodurch Konflikte mit der neuen Gemeinde entstanden seien. Die Quellen zur Besteuerung liefern darüber hinaus zahlreiche Informationen über die finanzielle Schichtung der jüdischen Gemeinde sowie jüdisch-christliche Geschäftsnetzwerke.

CHRISTOPH CLUSE (Trier) sprach über Spaltungen innerhalb von Gemeinden und Synagogen im Spätmittelalter. Im Fokus seines Vortrags stand die Wechselbeziehung zwischen jüdischer Rechtsautonomie und dem Eingriff der nichtjüdischen Umwelt auf eigentlich rein innerjüdische Auseinandersetzungen. Cluse untersuchte vier innerjüdische Konflikte, die in den Gemeinden Mainz (zwischen 1266 und 1282), Köln sowie Goslar und Hameln (jeweils Anfang 14. Jahrhundert) entstanden waren. Die im Mittelpunkt stehenden Quellen zeugten von innergemeindlichen Auseinandersetzungen, die nicht mehr von jüdischen Schiedsgerichten und rabbinischen Autoritäten beigelegt werden konnten. Solche schwerwiegenden Konflikte hatten zur Folge, dass die nichtjüdischen Gerichte und Herrschaftsträger von den jüdischen Gemeinden zur Schlichtung herangezogen wurden. Hierbei hätten sie nicht selten eigene Interessen verfolgt. Anhand dieser Beispiele ging Cluse der Frage nach, ob dieses Eingreifen als Schwächung der jüdischen Gemeindeautonomie oder eher als Ausdruck von Bewältigungs- und Anpassungspotenzialen in Resilienzprozessen zu verstehen sei. Dabei ging es vorwiegend um das Verhältnis zwischen der Gemeinde als Ganze und einzelnen mächtigen Persönlichkeiten unter den Juden. Cluse vertrat die These, dass die hohe Mobilität und Migration unter den Juden in den genannten Beispielen die Wahrscheinlichkeit für Kon-

<sup>1</sup> <https://gegj.de/> (11.11.2018).

flikte erhöht habe. Nicht allein unterschiedliche Interessen, vor allem hinsichtlich der Steuerfragen, sondern auch verschiedene Erfahrungen, Gebräuche sowie religiöse Auffassungen prägten die internen Auseinandersetzungen. In Goslar beispielsweise wurden die Juden 1331 vom Rat gebeten, zu entscheiden, ob sie eine neue Synagoge für alle haben oder sich auf zwei Synagogen aufteilen möchten. Die jüdische Gemeinde entschied sich für die Aufteilung. Daraus lasse sich schließen, dass die Gemeinde entweder zu groß geworden oder zerrüttet gewesen war. Auf letzteres lasse der Umstand schließen, dass der Rat mit Nachdruck erklärte, dass alle künftigen Streitigkeiten nur noch vor ihm ausgetragen werden sollten.

Für die Neuzeit untersuchte CARSTEN WILKE (Budapest), wie im 19. Jahrhundert, im Rahmen der Reformdebatte zwischen Orthodoxie und Reform, historische Modelle verwendet und interpretiert wurden. Die Aufspaltung des modernen Judentums in eine progressive, eine orthodoxe und eine vermittelnde Richtung habe sich in einer Epoche vollzogen, die intensiv nach historischen Erklärungen und Präzedenzfällen für die eigenen Erfahrungen suchte. Die Kontrahenten in den religiösen Auseinandersetzungen haben daher ausgiebige polemische Vergleiche mit vormodernen innerjüdischen Spannungen und Spaltungen gezogen. In einer Langzeitperspektive, die von Spinoza bis zur deutschen und ungarischen Gemeindespaltung reicht, beleuchtete Wilke, wie sich die jüdische Moderne in den Parteikämpfen der Vergangenheit gespiegelt hat. Er zeigte auf, dass bis etwa 1860 eine historisierende Einheitsrhetorik vorherrschte, die auf der Delegitimierung des Gegners beruhte, während man sich in späterer Zeit mit einem Modell pluralistischer Koexistenz zufrieden gegeben habe, das mitunter die stimulierenden Wirkungen der Polemik hervorhob. Wilke konnte nachweisen, dass die Modellfälle historischer Spaltungen, wie beispielsweise die Untreue der Hellenisten oder Rivalität der antiken Religionsparteien, zu verschiedenen Zeitpunkten mit ganz unterschiedlichen Aussageabsichten im Diskurs Verwendung fanden. Dabei haben Verfechter einer jüdischen Pluralisierung in der eigenen Geschichte kein tragfähiges Modell gefunden und beinahe zwangsläufig bei der christlichen Konfessionalisierung Maß nehmen müssen. In diesem Kontext sei Luthers Reformation höchst unterschiedlich interpretiert worden. Der Einfluss, den Luther auf das

konfessionelle Miteinander im Judentum hatte, sei erst später mit der immer weiter fortschreitenden religiösen und politischen Differenzierung greifbar geworden.

Den Abschluss der Sektion bildete ein Vortrag von JOHANNES HEIL (Heidelberg) zur zionistischen Kritik an der Wissenschaft des Judentums bis zu der Gründung der gleichnamigen Akademie 1919. Das Interesse an einer wissenschaftlichen Erforschung des Judentums habe bis um 1900 verbindend auf die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Strömungen innerhalb des deutschsprachigen Judentums gewirkt. Da die deutschen Universitäten eine Einrichtung entsprechender Lehrstühle ablehnten, sei eine Art akademischer Subkultur entstanden, mit allerdings eindeutig typisch deutsch-bürgerlichen Formen. Dies sei in der Vorkriegszeit einer der Hauptkritikpunkte der Zionisten an der Wissenschaft des Judentums gewesen. So kritisierte Martin Buber die „Deutschtümelei“ der jüdischen Bildungseinrichtungen. Es entbrannte in der Folgezeit eine Art innerjüdischer Historikerstreit – Zionismus und bürgerliches Judentum standen sich unversöhnlich gegenüber. Heil stellte verschiedene Akteure und ihre, teilweise höchst polemisch vorgetragenen, Positionen zur Thematik vor. Sowohl die inhaltliche Ausrichtung der jüdischen Wissenschaft als auch die Frage nach dem Ort einer jüdischen Hochschule führten zu zahlreichen Diskussionen. Sollte die Geschichte des jüdischen Volkes wissenschaftlich aufgearbeitet werden oder sollte der Fokus vielmehr auf zeitgenössischen Themen, wie Fragen nach Assimilation oder einem jüdischen Nationalstaat liegen?

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Eva Haverkamp-Rott (München)

Moderation: Andreas Brämer (Hamburg)

Martha Keil (Wien/St. Pölten): Spaltungstendenzen durch Steuerverfahren in jüdischen Gemeinden der spätmittelalterlichen Steiermark

Christoph Cluse (Trier): Zerrüttete Gemeinden und gespaltene Synagogen im spätmittelalterlichen Aschkenas

Carsten Wilke (Budapest): Die Bedeutung historischer Erinnerung im



modernen jüdischen Richtungsstreit

Johannes Heil (Heidelberg): Die Wissenschaft des Judentums und ihre zionistischen Kritiker von 1919

Tagungsbericht *Spaltungspänomene im europäischen Judentum*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 07.12.2018.

### Close Distance. Soziale Segregation in Handelsimperien und Kolonien

Von: Sebastian Jeßegus, Ruhr-Universität Bochum

So far away and yet so close (So nah und doch so fern) – The Section „Close Distance. Social Segregation in Trading Empires and Colonies“, organized by CORNEL ZWIERLEIN (Bamberg / Erfurt) and FLORIAN WAGNER (Erfurt / West Berkeley), called for a history of segregation and exclusion in the *longue durée* in contexts of imperial and colonial expansion, starting with early modern examples of newly „aggregated“ societies in colonial port cities and merchant settlements. The categories „race“ and „space“ which are currently dominating research on the governmentalities of colonial and postcolonial times seemed too narrowly defined and therefore, to the organizers and contributors of the panel, not adequate as an approach for historicizing forms of proto-segregation, that is, arrangements of living physically close together yet remaining distant on other epistemic levels. The organizers, therefore, chose the metaphor of „close distance“ to open a field for questions without conceiving of this as a universal paradigm. In the introduction, Cornel Zwierlein suggested a focus on processes of cognition and communication – the epistemic level of segregation – taking this as a heuristic starting point for historicizing across periods. He proposed to recur in this context to the central category of ignorance and ignoring. Ignoring (the other) is an action which lays down the foundation for distance and also reproduces it. The focus on ignorance might offer appropriate

access to research on segregation across the periods, because through this the epistemic activity itself, which produces distance, is put into the center of investigation, while its objects and references might change. The question, therefore, might be how social borders and physical and cognitive distance between men can be a function of forms of ignoring.

Florian Wagner emphasized that for nineteenth- and twentieth-century colonial history it would equally be fruitful to concentrate on the softer epistemically oriented question of „close distance“ instead of the narrower concept of racial segregation, at least for a moment. The decisive advantage would be that this grants also a certain degree of agency to the „colonized“: contrary to the segregation laws and norms which the Europeans imposed on the native population, ‘distance’ could be performed by Europeans and indigenous alike towards each other. To analyze these situations of closeness and distance would allow for the provision of a nuanced picture of colonial power and the inspection of how the indigenous population conceived of distance and otherness.

KELSEY CHAMPAGNE (Yale) started the section off with her contribution on „Belief and (Un-)Belonging: Catholicism in the British Atlantic, 1660–1714“, concerning the social exclusion of Irish Catholics in England’s Northern American and Caribbean colonies. She studied what was associated with „catholicism“ by Protestants as well as Catholics in this period and these colonial contexts: England’s global expansion enabled the Catholics – threatened by exclusion and persecution in their homeland – to open up spaces of tacit acceptance within the colonies. However, following the political and religious chaos of the „Glorious Revolution“ (1688/89), the situation changed and all forms of „otherness“ – ‘indigenous’, ‘black’ and ‘catholic’ – became perceived, without difference, as a threat to the hegemony of the white Protestant English. After the experiences of the „Glorious Revolution“ (1688/89), the Catholics’ potential as a threat was based rather on fear of revolts, conspiracies and Catholic violence than on the content of religion itself. To be catholic meant in this context first of all to be a potential conspirator and collaborator of the French, of the indigenous and of the black slaves, and thereby to endanger Protestant interests. Through this, „Catholic“ even developed into a category of ethnicity. The Irish suffered most from this uncertainty about whether they counted as an

„alternative“ part of white society or as foreign to it: in a 1699 census on the Leeward Islands, they were not recognized as part of the „white“ population. Finally, even for those Catholics who were recognized as „white“, the constant discrimination by Protestants still profoundly slowed down the integration of Catholics into a coherent British national society.

That this integration was eventually successful was mostly to the merit of the Catholics themselves, who had taken up an active role by adapting to the conditions of their environment and who had started to address the question of what it meant to be Catholic. Therefore, debates on the status of the papacy and the role of lay people started within catholic communities and sometimes led to division and small forms of schisms. Many Catholics did not identify themselves first of all through their confession, but rather through their national and political belonging. Catholics had experimented with several techniques to pacify and balance their somehow contradictory status in Protestant England. As a consequence, they sometimes claimed a part of the national and imperial identity for themselves, which was not, for them, defined by the necessity to belong also to the Church of England. It was, therefore, not the state but the people, not the average Anglican but the marginalized „Other“, who first grappled with a Britishness entirely disentangled from the Church.

REMCO RABEN (Utrecht / Amsterdam) addressed in his contribution „Moral communities in Dutch Asia: Trust and exclusion in colonial societies in panic“ the social realities of the economies of trust and distrust among the different ethnic groups in Dutch Indonesia's Batavia at the time of the so-called „Chinese Revolt“ of 1740. He started off by emphasizing that colonial cities and societies had generally been migrant societies which resulted in a huge diversity of composition, but also included processes of melting and mixing up. As a result, colonial societies were extremely complex places, where race, occupation, religion, class and legal status constantly interplayed with each other and which directed the definition of social boundaries. He advocated, therefore, for a revision of past approaches to colonial themes and their central categories of race and space: colonial societies did not derive their dynamics simply and predominantly from colonial policies of

segregation and separate treatment, instead recognizing that these are webs of moral spaces, which were determined by location and occasion, by immigration and adaptation. By doing so, one could see colonial society not merely as the result of a basically racist system of foreign domination, but as a very dynamic place where colonial laws and colonial machinations were only one part of the story. He proposed the category of „moral community“ to describe this. The term indicates that ethnic or racial difference did indeed exist and that these were commonly acknowledged, but that social interactions, ranging from market transactions to family networks, and from trust to suspicion, existed too. To illustrate this for the Dutch VOC, Raben engaged first of all with sources and court papers concerning the so-called „Chinese revolt“ of 1740 in Batavia. These sources are enlightening because they present the voices of European and non-European inhabitants of the colony. By analyzing the sources, Raben demonstrated that ethnic segregation outside of Batavia existed primarily only on paper and that the Chinese and Javanese mixed with other Indonesian groups. „Localization“, on the one hand, and „mixing“ across ethnic borders, on the other: belonging to „moral communities“ dominated the choice of marriage partners, daily social interaction and therefore also the question of whether to raise weapons against the VOC or remain loyal. Against this background, Raben judged it necessary to revise the master narrative of the „Chinese Revolt“ of 1740, first of all because „local“ Chinese had tried to escape from the conflict without taking up arms. Though some of these „local“ Chinese had finally adhered to the revolt, most of them had been „newcomers“ from China and therefore really strangers who spoke the language badly and who largely remained among themselves. The 1740 event therefore demonstrates clearly how ambivalent the ethnic order of „close distance“ in an early modern colonial society was – with tendencies of mixing and melting as well as of division and conflict.

CORNEL ZWIERLEIN (Bamberg/Erfurt) then addressed the problems of „ignoring the other“ with regard to the religious interaction between the Western Merchant Colonies in the Levant and the Eastern Churches, 1650–1800. As a case study, he first examined the schism within the Greek Melkite and schismatic Patriarch of Antioch around 1724. The paper laid a strong emphasis on the „average“ European

Levant merchant. It addressed the question of how far the European merchant nations were to be recognized as culturally „open“ and penetrated by oriental cultures, or to what extent they remained rather a closed sphere, within an environment loosely coupled and interconnected with these cultures. On the one hand, all narratives concerning the 1724 schism showed that the merchants were highly involved in the religious affairs of the Orthodox church – the English Protestants as well as the French Catholics, with many of them drawn in through financial support for one or the other Eastern parties within the conflict. However, changing the perspective from third-person descriptions and narratives of chains of events – as found in the correspondences on Greek affairs of consuls and the Congregation of Propaganda fide in Rome, closer already to diplomatic documents – to the world of the merchants as encapsulated in the chancery records, merchant letters, account books and other more personal documents such as diaries, one gets different ideas than by reading the letters of consuls or missionaries. The papers of a Levant merchant family such as the Boddingtons, for instance, excels through a lack of any reference to turmoils and momentous struggles such as the 1724 schism, though the merchants were living in Aleppo or Constantinople door by door with the Greeks and other Eastern Christians. The diaries, though evidently commenced before the departure from London and continued throughout the stay abroad in the Levant, are very much concentrated on the homeland. Merchant letters are quite strictly concentrated on commercial affairs; private letters – if available and distinguishable at all from the former – are similarly silent concerning these matters, apart from short comments on politico-religious problems that hinder transport and commercial communication. Probatory inventories certainly often contain items of Ottoman, Jewish, Armenian or other Eastern provenance and were often written in those languages, but this seems to have been restricted to contracts, credit records, bills and similar documents. This is not just the result of merchants' general disinterest in 'culture' or 'religion' in general: the chancery records, probatory inventories, surviving sermons by the chaplains or priests serving in the merchant nations, and the book catalogues created after a merchant's death or bankruptcy in the Levant – all these reveal a vivid cultural life in the Western merchant

communities. However, those libraries seldom contained even a single book in a non-Western language – and if it did, this was a dictionary. Through this, a certain duality of communication, or different levels of exchange, of openness and closure, becomes visible: on the one hand, a polyglot and efficient interaction of the European merchants with their Levantine counterparts for purposes of commerce and, on the other hand, a relatively high-profile indifference on the level of religious and cultural interaction – excepting here famous examples of missionizing merchants taking part, indeed, in affairs like the schism, who were known by name from Rome to Constantinople, from Paris to London. A more complex shaping of the semantic and epistemic intersections and intercourses between Western merchants and Ottoman subjects becomes evident: these people lived and communicated with each other, yet not on all levels to the same degree of intensity, and it included significant gaps of ignorance and knowledge. This was partly due to the specific character of the merchant nations whose populations were constantly changing and were largely composed of short-time inhabitants, though the colonies themselves were established for decades and centuries. The epistemically „semi-open“ and „semi-open“ profile of these merchant colonies meant therefore that they did indeed perform forms of „close distance“ and „proto-segregation“ which were isomorphous, but in no way homologous, to the realities of segregation of the nineteenth century – even if these were physically implanted into and built upon the same places, houses and khans as their former early modern precursors.

Finally, FLORIAN WAGNER (Berkeley / Erfurt) focused in his contribution on the measures of racial segregation which colonial administrations took as consequence of the processes of professionalization of colonial exclusion politics and the scientificization of colonial anthropology. Individuals in the colonies had always experienced the colonial realities as different degrees of closeness and distance. Closeness and distance were not necessarily contradictory and could occur at the same time. Of the different forms of segregation, legal segregation was the most common in Africa. As a consequence of its implementation, the changing balance and reciprocity of closeness and distance was becoming more obvious.

In the interwar period, colonial administrations and anthropologists

had declared that „European“ law and African customary law were incompatible, thereby laying the foundations for legal segregation in the African colonies. The cultural relativism supported by the anthropologists suggested that „non-Europeans“ living in their own climate and in a different non-European environment should be governed by their own laws. The empirical research necessary for the implementation of a dual legal system, taking account of the local traditions and customs as well as the codification of indigenous customary law, had been undertaken by the colonial administration and offices in large projects and enterprises. The result of these research projects was, by the end of the 1920s, the introduction of a dual legal system in many African colonies.

The hereby propagated cultural relativism stood in for colonial politics of segregation of and between African legal communities, founded on an allegedly complete knowledge of „the other“. This legal dualism was therefore a chimera as the African legal communities were in no way autonomous from the colonial administration. Even worse, the Europeans often added „invented traditions“ and modifications to what was presented as empirically researched and faithfully-rendered indigenous customary law, consequently actually codifying it to their own advantage. The relationship between native customary law and European law was therefore in no way static, but changed according to the given interests of the colonizers. If this had served their cause they would even have defined the indigenous customary law as diametrically opposed to European and „civilized“ law – and at the same time, they modified native law and amended it with rules that were „closer“ to European law – again, if they deemed this necessary. A typical process was to add norms to the indigenous customary law which allowed Europeans to acquire land from the Africans. The relationships between native customary law and European law were in no way stable but were always changing according to the given interests of the colonizers. Taken as such, performing „close distance“ was an instrument for the implementation of legal dualism within the African colonies. Thinking about these colonial situations in terms of close distance enables us to go beyond the dichotomies inherent in both colonial and postcolonial theory. This does not mean that racist attitudes and segregation policies based on binary constructions of difference should be ignored. Rather,

searching for examples of close distance helps us look at concrete situations that give room to the agency of those who have hitherto played a passive role in colonial historiography. (English editing by Rebecca Van Hove)

#### **Panel Overview:**

Heads of panel: Cornel Zwierlein (Bamberg / Erfurt)/Florian Wagner (GHI West Berkeley / Erfurt)

Kelsey Champagne (Yale): Belief and Unbelonging: Catholicism in the British Atlantic, 1660-1714

Remco Raben (Utrecht / Amsterdam): Moral communities in Dutch Asia: Trust and exclusion in colonial societies in the 18th century

Cornel Zwierlein (Bamberg / Erfurt): Ignoring the Other's Religion? Western Merchant Colonies in the Levant and the Eastern Churches, 1650-1800

Florian Wagner (GHI West Berkeley/Erfurt): Cultural Relativism, Labor Migration and Racial Segregation in Colonial Africa (1890-1930er)

Tagungsbericht *Close Distance. Soziale Segregation in Handelsimperien und Kolonien*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

---

#### **Ein bürgerliches Pulverfass? Waffenbesitz und Waffenkontrolle in der alteuropäischen Stadt**

**Von:** Johanna Müser, SFB/TRR 138 Dynamiken der Sicherheit, Justus-Liebig-Universität

Bei Max Weber ist die Stadt des Okzidents ein bürgerlicher Wehrverband. Die Wehrfähigkeit der Bürger stellt in dieser Perspektive ein konstitutives Charakteristikum der Stadt dar. Die Wehr- und Wachorganisation gilt daran anknüpfend in der Stadtforschung als zentrale

Aufgabe städtischer Verwaltung in Mittelalter und Früher Neuzeit.<sup>1</sup> In der von WERNER FREITAG (Münster) und MARTIN SCHEUTZ (Wien) geleiteten Sektion zu Waffenbesitz und -kontrolle in der alteuropäischen Stadt stand jedoch auch die Kehrseite der bürgerlichen Wehrhaftigkeit im Fokus: Die potentielle Bedrohung des innerstädtischen Friedens durch die Präsenz von Waffen in der Stadt. Obrigkeitliche Maßnahmen erstreckten sich folglich nicht nur auf die Förderung bürgerlicher Wehrfähigkeit, sondern gleichzeitig auch auf deren Einhegung zu städtischem Nutzen. Die Sektion untersuchte somit Waffenbesitz und -kontrolle als zwei Phänomene einer städtischen Waffenkultur.

In seiner Einführung gab Martin Scheutz Einblick in die Entwicklung des Waffenbesitzes in der *longue durée*. Ausgehend von aktuellen Statistiken zum Waffenbesitz in Deutschland und Österreich erläuterte er, dass für das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit solche statistischen Aussagen zwar nicht möglich seien, aber auch in der damaligen Zeit Waffen und Rüstungsteile in den Städten verbreitet gewesen waren. Waffenbesitz sei zum einen eine bürgerliche Pflicht zur Stadtverteidigung und Wahrung des Stadtfriedens gewesen. Das Waffentragen habe zum anderen ein Recht bürgerlicher und mitbürgerlicher Stadtbewohner dargestellt, das unterbürgerlichen Schichten nicht zustand und deswegen auch Ausdruck sozialer Distinktion gewesen sei. Waffenbesitz und Waffengebrauch seien somit stets im Bezug zu politischem Recht, sozialem Status, Alter und Geschlecht zu betrachten. Ab dem Ende des 17. Jahrhunderts kam es im Zuge der Professionalisierung des Militärwesens schließlich zunehmend zu Versuchen der Obrigkeit, Waffenbesitz zu kontrollieren. Zumindest in zeremoniellen Kontexten seien Waffen jedoch weiterhin im städtischen Raum präsent geblieben.

Die ersten beiden Vorträge der Sektion zeigten das Spannungsverhältnis von Norm und Praxis auf, in welchem Besitz, Gebrauch und Kontrolle von Waffen in der spätmittelalterlichen Stadt stattfanden. Der sozialen Dimension des bürgerlichen Waffenbesitzes widmete sich REGULA SCHMID KEELING (Bern) am Beispiel eidgenössischer Städte.

<sup>1</sup> Vgl. Brigitte Wübbecke-Pflüger, Stadtbefestigung und Stadtbewachung. Grundstrukturen städtischer Sicherheitsorganisation im späten Mittelalter, in: Gabriele Isenberg und Barbara Scholkmann (Hg.), Die Befestigung der mittelalterlichen Stadt, Köln-Weimar-Wien 1997, S. 45–58.

Dabei stellte sie die im städtischen Selbstverständnis verankerte Vorstellung von bürgerlicher Wehrhaftigkeit in der mittelalterlichen Stadt auf den Prüfstand. Durch die Auswertung obrigkeitlicher Waffenkontrolllisten, sogenannter Waffenrödel, kam Schmid Keeling zum Schluss, dass Qualität und Anzahl der Rüstungsbestandteile in den städtischen Haushalten meist gering gewesen seien und in starker Abhängigkeit zur sozialen Position des Besitzers gestanden hätten. Aus der Häufigkeit, mit der sich zudem Frauen und Kleriker als Besitzer von Harnischen in den Quellen finden lassen, schloss Schmid Keeling des Weiteren, dass der Besitz von Rüstungen nicht zwangsläufig mit deren eigenem Gebrauch gleichzusetzen gewesen sei. Stattdessen waren die bürgerlichen Haushalte verpflichtet, bei eintretender Notwendigkeit die für die Stadt kämpfenden Knechte mit den vorhandenen Harnischen auszustatten. Eine Zäsur im obrigkeitlichen Umgang mit Waffenbesitz sah Schmid Keeling im 15. Jahrhundert, als diese *ad hoc*-Umverteilung privater Schutzwaffen an wehrfähige Männer an seine Grenzen gestoßen sei. Der hohe Aufwand städtischer Kontrollen habe kaum Verbesserungen in der Waffenausstattung bürgerlicher Haushalte erbracht. Der städtische Rat habe die Verwaltung des Waffenbesitzes deshalb mit der Errichtung von Zeughäusern zunehmend in den eigenen Aufgabenbereich überstellt, sodass schließlich mit dem Anbruch des 16. Jahrhunderts Zeughauslisten die Waffenrödel ersetzten. Auf diese Weise, so Schmid Keeling, könne man am Weg der Helme und Panzerungen auch spätmittelalterliche Staatsbildung verfolgen.

ENNO BÜNZ (Leipzig) lenkte in seinem Vortrag den Blick vom bürgerlichen hin zum geistlichen Waffenbesitz im 15. Jahrhundert. Kleriker verstießen zwar gegen kanonisches Recht, wenn sie eine Waffe trugen. Bünz präsentierte in seinem Vortrag aber eine Vielzahl an Fällen aus den Pönitentiareregistern, bei denen bewaffnete Geistliche an einer Gewalttat beteiligt gewesen waren und deswegen bei der Pönitentiarie, der päpstlichen Bußbehörde, um eine Dispens bitten mussten. Neben der Rechtfertigungsstrategie, aus Selbstverteidigung gehandelt zu haben, identifizierte Bünz insbesondere Versuche der Bittsteller, die eigene Waffe als klein oder deren Mitführen als landesüblich zu beschreiben. Er wies einer solchen verharmlosenden Beschreibung der Waffen besondere Bedeutung zu, denn das Waffenverbot für Kleriker habe nur für

Angriffswaffen, nicht jedoch für Gegenstände des häuslichen Gebrauchs und Alltags wie Stöcke und kleine Messer gegolten. Umgekehrt zeige sich in den Fallbeispielen ebenfalls, dass auch Alltagsgegenstände wie Bierkrüge und Kerzenleuchter im Streitfall als Gelegenheitswaffe fungieren konnten. Auch Geistliche, so schlussfolgerte Bünz, agierten somit im sozialen Handlungsrahmen der spätmittelalterlichen Gesellschaft, in der der gewalttätige Konfliktaustrag ein Alltagsphänomen darstellte.

Die letzten beiden Vorträge der Sektion untersuchten den Umgang mit Waffen als Möglichkeit städtischer Machtrepräsentation in frühneuzeitlichen Städten und die damit einhergehenden obrigkeitlichen Versuche der Waffenregulierung. HOLGER GRÄF (Marburg) beschrieb in seinem Vortrag Pulvertürme, Zeughäuser und Schießstätten als „Orte der Waffen“ in der frühneuzeitlichen Stadt, in denen städtische Wehrhaftigkeit vergegenwärtigt wurde, und deutete diese öffentlichen Stätten in Anlehnung an Foucault als Ausdruck einer „Veranstaltung“<sup>2</sup> der militärischen Seite des städtischen Lebens. Die häufig eindrucksvolle Architektur dieser „Orte der Waffen“ mit dicken Mauern habe sowohl der technologischen Entwicklung von Feuerwaffen Rechnung getragen, als auch im Falle von fürstlichen und reichsstädtischen Zeughäusern die Versinnbildlichung der eigenen militärischen Stärke zum Ziel gehabt. Durch die Konzentration der Waffen in städtischen Gebäuden und die gleichzeitige zunehmende Kriminalisierung von Waffenbesitz in bürgerlichen Haushalten habe die Obrigkeit die Herstellung eines Waffenmonopols angestrebt. Dieses sei in der Praxis allerdings angesichts einer weiterhin mutmaßlich hohen Dunkelziffer von Waffen in bürgerlichen Haushalten nicht vollständig erreicht worden. Gräf wies zudem darauf hin, dass die Zentralisierung der Waffenlagerung gleichzeitig zu neuen Bedrohungen des innerstädtischen Lebens habe führen können, wie die Pulverturmexplosion als typische Stadtkatastrophe der Frühen Neuzeit zeigt.

Dass die obrigkeitliche Waffenkontrolle neben restriktiven Regelungen auch eine intensive Zusammenarbeit mit den Bürgern beinhaltete, betonte JEAN-DOMINIQUE DELLE LUCHE (Paris) im letzten Vortrag der Sektion. Die Beförderung und Finanzierung von Schützengesell-

schaften durch den städtischen Rat erklärte Delle Luche als zielgerichtete Politik, um Stadtbewohner im Umgang mit militärnützlichen Schusswaffen auszubilden, auch wenn traditionelle Schusswaffen wie die Armbrust in den Schützengesellschaften noch länger relevant blieben als in der tatsächlichen Kriegsführung. Die Schützenfeste seien zudem ebenso Teil städtischer Repräsentation gewesen wie der Schusswaffengebrauch selbst, da die Verwendung von Schusswaffen in unbesiedeltem Gelände dieses als städtischen Raum markiert habe. Delle Luche hob zudem besonders die bislang noch wenig erforschte Bedeutung der Schützengesellschaften als frühe bürgerliche Kommunikationsräume hervor. So habe die Schützenstube dank des dort vertretenen breiten soziologischen Spektrums als Keimzelle für eine neue städtische und bürgerliche Identität gedient.

In einer Zusammenfassung der Sektion unterstrich Werner Freitag, dass der Waffenbesitz in der alteuropäischen Stadt nicht allein im Kontext von Max Webers Vorstellung von einem bürgerlichen Wehrverband zu verstehen sein könne, sondern als eine Ausprägung städtischer Waffenkultur ein reiches Untersuchungsfeld darstelle. Die Stadt müsse dabei als Vergesellschaftung einer größeren Gruppe von Menschen betrachtet werden, deren verschiedene räumliche, politische, kulturelle und soziale Ordnungen unterschiedliche Bedrohungen erfahren konnten.

In der anschließenden Diskussion wurde der Mehrwert der in der Sektion vertretenen Perspektive der *longue durée* betont. Als allgemeine und übergreifende Faktoren für Veränderungen im Waffengebrauch wurden die technologische Entwicklung von Waffen, die Professionalisierung des Kriegswesens sowie die Reformation genannt. Bei der Frage nach möglichen Binnenzäsuren nannten die Vortragenden insbesondere kriegerische Ereignisse und Bedrohungen, welche die äußere Notwendigkeit einer rechtlichen Neuorganisation des Waffenbesitzes nahelegten. Im Hinblick auf zukünftige Forschungen zur sozialen Dimension von Waffenbesitz wurde angeregt, verstärkt Mikrogruppierungen in den Blick zu nehmen, um Binnendifferenzierungen in den Kategorien von „bürgerlich“ und „klerikal“ zu ermöglichen und die Praxis der Waffenführung jenseits eines normativen Verbots auch bei anderen sozialen Gruppierungen zu untersuchen.

<sup>2</sup> Michel Foucault, *Surveiller et punir. La naissance de la prison*, Paris 1975.

Eindrücklich konnte die Sektion somit aufzeigen, dass die Untersuchung städtischer Waffenkultur mit neuen Erkenntnissen zum sozialen Gefüge der Stadt und zu städtischer Repräsentation aufwarten kann und Anknüpfungspunkte für eine Vielzahl weiterer Forschungsperspektiven bietet. Aus Sicht der Obrigkeit sollten Waffen der Stadt als Schutz vor einer Bedrohung von außen dienen. Sie wurden aber auch selbst als innere Bedrohung für die städtische Ordnung interpretiert. Diese ambivalente Haltung, die sich in der zunehmenden Regulierung von Waffenbesitz und dem Anstreben eines obrigkeitlichen Waffenmonopols niederschlug, macht die städtische Waffenkultur beispielsweise auch für die historische Sicherheitsforschung zu einem lohnenswerten Forschungsfeld. Bereits in der Diskussion wurde zudem festgestellt, dass aus kriminalhistorischer Perspektive auch die Frage nach der Definition von Waffen und die Nutzung von Alltagswaffen in Abgrenzung zu militärischen Waffen ein lohnenswerter Forschungsgegenstand sei. Eine Publikation der Sektionsbeiträge ist in Form eines Sammelbandes in der Reihe „Städteforschung“ des Instituts für vergleichende Städtegeschichte geplant.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Werner Freitag (Münster) / Martin Scheutz (Wien)

Martin Scheutz: Einführung

Regula Schmid Keeling (Bern): Waffen im städtischen Haushalt – von geliehenen Helmen und rostigen Panzern

Enno Bünz (Leipzig): Kleriker und Waffengebrauch in der spätmittelalterlichen Stadt – neue Perspektiven anhand der päpstlichen Pönitentiareregister

Holger Gräf (Marburg): Orte der Waffen in der Stadt – Schießstätten, Zeughäuser und Pulvertürme

Jean-Dominique Delle Luche (Paris): Schützengesellschaften und Stadtrat – über die Behandlung von Waffen im Stadtraum

Werner Freitag: Zusammenfassung

Tagungsbericht *Ein bürgerliches Pulverfass? Waffenbesitz und Waffenkontrolle in der alteuropäischen Stadt*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

---

#### **Gespalten oder zugehörig? Umgang mit Geflüchteten und Migrant/innen auf kommunaler Ebene vom 12. bis zum 21. Jahrhundert**

**Von:** Marcel Berlinghoff, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) / Historisches Seminar, Universität Osnabrück

Das Schlagwort, Integration finde vor Ort statt, ist häufig zu hören wenn sich Lokalpolitiker/innen, Ehrenamtliche oder andere mit den Bedingungen der lokalen Aufnahme von Geflüchteten Beschäftigte Gehör verschaffen wollten. Dass es darüber hinaus auch ein vielversprechender Ausgangspunkt für eine historische Auseinandersetzung mit Migration und Flucht sein kann, zeigte die epochenübergreifende Sektion zum kommunalen Umgang mit Migration und Flucht. Moderiert von SIMONE LÄSSIG (Washington) boten vier Vorträge Einblick in unterschiedliche Aushandlungen von als Abweichung wahrgenommener Mobilität vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Dabei sollte die epochenübergreifende Vergleichbarkeit der Erfahrungen mit Flucht und Migration ebenso in den Blick genommen werden wie Faktoren gelingender Inklusion oder forcierter Exklusion. Als gemeinsame Leitfragen sollten erstens die Wechselwirkungen zwischen der lokalen Ebene und anderen sozialen bzw. politischen Räumen, zweitens die Akteure und ihre Praktiken sowie drittens die Reflexion einer Epochenspezifik der jeweiligen Quellen und Methoden kenntlich gemacht werden.

Der Chronologie folgend machte Sektionsleiter ANDREAS RÜTHER (Bielefeld) mit einer Analyse spätmittelalterlicher Konflikte um Landflucht den Anfang. Am Beispiel von ostmitteleuropäischen Stadtgemeinden, die vielfach Landflüchtige anzogen, erörterte er Bedingungen, Deutungsrahmen und Argumente der obrigkeitlichen Kontrahenten. Im Mittelalter sei eher ökonomischer und sozialer denn politischer Ver-

folgungsdruck verbreitet gewesen. Tatsächliche Glaubensflüchtlinge würden erst in der Frühen Neuzeit relevant. Zwar könnten die Konflikte vordergründig durchaus auch religiösen Charakter aufweisen, wenn etwa Standesflüchtlinge, die es wagten sich über ihren Stand zu erheben, indem sie den ihnen zugestanden gesellschaftlichen Platz verließen, der Kirchenbann traf. Ein Bann der bisweilen auch gegen ihre „Fluchthelfer“ also Werber oder aufnehmende Herrschaften ausgesprochen werden konnte. Tatsächlich stünden hier aber wirtschaftliche Motive im Hintergrund, etwa wenn sich durch den Fortzug von Leibeigenen Abgaben verringerten. Es könne für das Mittelalter also nicht von Flüchtlingen im modernen Sinne gesprochen werden, von Massenfluchten oder gar Völkerwanderungen ganz zu schweigen. Auf der lokalen Ebene jedoch würden durchaus vergleichbare Muster oder Beispiele im Umgang mit Migration bzw. „dem Fremden“ sichtbar. So werde am Verlauf und der Folgenlosigkeit der kirchen- und privatrechtlichen Verfahren, die gegenüber den Landflüchtigen bzw. Stadtflüchtlingen angestrengt wurden, die Normalität der Stadtflucht sichtbar. Die neuen Herren oder Gemeinschaften waren, so Rüther, schlicht auf die Neubürger angewiesen. Hierbei sind sie durchaus proaktiv vorgegangen, wie Beispiele von Anwerbung durch Landvergabe, Abgabenbefreiung oder andere Vergünstigungen etwa in Ungarn zeigen. Migration habe hier für die Wandernden einen Aufstieg ermöglicht, der weitere gesellschaftliche Veränderungen anstieß.

Nicht anhand der Neuansiedlung sondern der Verstetigung oder Sicherung von Aufenthalt und Niederlassung und ihrem Niederschlag in Verwaltungshandeln untersuchte LEVKE HARDERS (Bielefeld) die Aushandlung von Fremdheit und Zugehörigkeit in Schleswig und Holstein sowie im französischen Elsass im 19. Jahrhundert. Bei der vorherrschenden Fokussierung der Forschung auf Mobilität und Migrationssteuerung gerate Sesshaftigkeit häufig aus dem Blick. Doch gerade hier zeigten sich Aspekte und Varianzen von Migrationsregimen, als seit dem 19. Jahrhundert verstärkt Versuche staatlicher Migrationssteuerung auftraten. Besonders hervorzuheben seien dabei die unterschiedlichen Verwaltungsinteressen und -logiken auf lokaler und nationaler Ebene, welche häufig zum lokalen Unterlaufen landesweiter Vorgaben führten. Diese Widersprüche boten wiederum Handlungsmöglichkeiten für

die Antragsteller/innen. Während es vor allem zu Beginn des Jahrhunderts in Schleswig und Holstein noch keine geregelten Verfahren im Umgang mit Flucht gab und insofern auch nicht von einem Migrationsregime gesprochen werden könne, fanden sich zu dieser Zeit in Frankreich – und damit auch dem Elsass – schon festgelegte Regeln und Verfahren für den Umgang mit *refugiés*. Diese stellten eine Unterkategorie des *étrangers* dar, wobei deutlich wurde, dass die Verwaltung erst durch ihre Kategorisierung „den Flüchtling“ erschaffen habe, was ähnlich wie heute nicht unbedingt deckungsgleich mit der Selbstwahrnehmung der Betroffenen war. Der bisher unterforschte Übergang vom Geflüchteten zum Sesshaften, darauf habe auch jüngst Philipp Ther hingewiesen, biete wichtige Einblicke in das Konzept des Flüchtlings bzw. der Selbstwahrnehmung der so Kategorisierten. Hier, im Bemühen um Sesshaftigkeit bzw. Einbürgerung werden die Geflüchteten nach längerer Zeit des Aufenthalts wieder in den Quellen sichtbar. Eine Perspektive, die durchaus auch einen Beitrag zu der Diskussion bieten kann, wie lange man eigentlich „Flüchtling“ ist. Die Beschäftigung mit diesen Quellen zeigten, so Harders, diverse Aspekte des lokalen Migrationsregimes im Elsass, die in Ergänzung der nationalen Regelung wirkmächtig gewesen waren: So hätten finanzielle Ressourcen (und später auch politische Präferenzen) eine große Rolle bei der administrativen Bewertung der Einbürgerungsgesuche gespielt. Zudem seien der jeweilige Beruf der Antragsteller sowie eine Heirat wichtiger gewesen als ethnische Zugehörigkeit. Weiterhin habe sich gezeigt, dass der behördliche Umgang mit persönlich bekannten Antragsteller/innen häufig in Konflikt mit nationalen Regelungen stand. Insgesamt würden hierbei Handlungsspielräume von Funktionsträgern in den Aushandlungsprozessen zwischen lokaler und nationaler Ebene deutlich. In der Frage nach Flucht als einem Spezialfall für Migration werde bei einer längeren Beobachtung jedoch deutlich, dass die Grenzen zwischen Flucht und Arbeitsmigration im 19. Jahrhundert zunehmend verschwammen und so Ambivalenzen der administrativen Betrachtung wie auch des individuellen Handelns von Migrant/innen sichtbar werden.

Administrative und zunehmend politisierte Konstruktionsprozesse beleuchtete auch ANNE FRIEDRICHS (Bielefeld/Mainz) am Beispiel der polnisch-deutschen Migrationen ins und aus dem Ruhrgebiet im



späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Zuwanderer polnischer Sprache aus Preußen im Ruhrgebiet stellten, so Friedrichs, einen besonders spannenden Fall dar, der nicht nur wie bisher ausführlich unter nationalen Kategorien, sondern auch außerhalb nationaler Perspektiven unter dem globalhistorischen Zugriff der Kontaktzone beobachtet werden sollte. Die Entwicklung der Konstruktion von Polen im Ruhrgebiet als Problemgruppe oder gar als Gefahr lasse sich gut anhand der preußischen Volkszählung verdeutlichen. Hatte diese 1880 die Einwohner noch nach Staatsangehörigkeit registriert und die polnisch-sprachigen Arbeiter somit als Preußen verzeichnet, erfolgte 1890 eine Erhebung nach Sprache bzw. Herkunftsgruppe, womit *die Polen* im Ruhrgebiet sichtbar wurden. In der Verwaltungspraxis finde sich dabei auch die (teilweise individuell begründete) Unterscheidung zwischen katholischen Polen und protestantischen Masuren. Hier zeigten sich laut Friedrichs lokal auch globale bzw. koloniale Ambitionen, die etwa dem Einfluss des Alldeutschen Verbands entsprangen. Die politisch motivierte Unterscheidung zwischen deutschen und polnischen preußischen Staatsangehörigen habe auch im Alltag ihren Niederschlag gefunden, etwa wenn mündliche Deutschkenntnisse als Arbeitsvorschrift der Bergbaukommission festgelegt wurden. In der Praxis hat dies aber nicht die Beschäftigung von polnischsprachigen Arbeitern ohne Deutschkenntnisse verhindert. Vielmehr haben sich trotz dieser Abwehrversuche Mobilitätsmuster verfestigt. Polnischsprachige Nachbarschaften entstanden, die teilweise Herkunftsstrukturen und -netzwerke widerspiegeln. Eine genauere Untersuchung könne hier lohnen. Deutlich werde die Differenzierung von mobilen Menschen als Argument und Effekt. Daher müsse eine mobilitätsorientierte Gesellschaftsgeschichte zwingend auch kulturhistorische Praktiken mitberücksichtigen. Eine relationale Geschichtsschreibung könne hier nationale Homogenitätsvorstellungen in Frage stellen. Friedrichs sah ihren Beitrag daher auch als Plädoyer für eine Kulturgeschichte des Gesellschaftlichen.

Dem öffentlichen und administrativen Framing von Migrant/innen widmete sich schließlich LEO LUCASSEN (Leiden/Amsterdam) in einem historisch weiten Blick auf die niederländische Migrationsgeschichte und den Umgang der niederländischen Gesellschaft mit Fremdheit seit dem 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Dabei verwies er einer-

seits auf die Geschichtsvergessenheit gegenwärtiger Migrations- und Integrationsdebatten. So hat es im als „Goldenes Zeitalter“ erinnerten 17. Jahrhundert Einwanderungsraten von bis zu acht Prozent gegeben, die in dieser Höhe erst in den 1980er-Jahren wieder erreicht wurden. Dabei kamen die Einwanderer bis 1900 überwiegend aus Deutschland und anderen europäischen Nachbarländern. Beispielhaft verglich er die Stadtbevölkerung in Leiden und Amsterdam. 1600 wurden mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Einwohner Leidens im Ausland geboren, ebenso immerhin 40 Prozent der Amsterdamer Bevölkerung. Heute trifft dies nur noch auf neun Prozent der Leidener/innen und 30 Prozent der Amsterdamer/innen zu. Auch koloniale Eheschließungen und ethnische Gemeinschaften ließen sich für die Frühe Neuzeit nachweisen. So gibt es Berichte über die Hochzeit eines afrikanisch-stämmigen Mannes aus Südamerika mit einer Niederländerin aus dem 16. Jahrhundert. Im 17. Jahrhundert gab es bereits eine 200 Mitglieder starke afrikanische Gemeinde in Amsterdam, die in enger Verbindung mit jüdisch-portugiesischen Kaufleuten gestanden habe. Die großen Auswirkungen von Migration und Mobilität auf die Niederlande seien aber in der Erinnerung an das glorifizierte „Goldene Zeitalter“ lange marginalisiert worden. Gleichwohl, so Lucassen, könne eine Normalisierung von Migration im Kontext der kolonialen Geschichte der Niederlande festgestellt werden, die sich u. a. darin ausdrückt, dass Bürgerinnen indonesischer oder surinamesischer Herkunft (bei allen Diskriminierungserfahrungen) heute unhinterfragt Teil der niederländischen Gesellschaft sind, während sich Marokkaner/innen, Türk/innen und andere als muslimisch Markierte einem permanenten diskursiven Integrationsdruck ausgesetzt sehen. Der temporäre Aufenthalt von *Expats* als Militär, Teil der Verwaltung oder Händler und daraus resultierende gemischte koloniale Familien seien als Teil eines Migrationskreislaufs zwischen Niederlanden und den Kolonien stets als normal akzeptiert gewesen. Dies erkläre auch die relativ schnelle und große gesellschaftliche und politische Akzeptanz und Integration insbesondere der 300.000 postkolonialen Einwanderer aus Indonesien innerhalb weniger Jahrzehnte. Hierzu gebe es in der niederländischen Migrationsdebatte zwei

Erklärungen. Während Paul Scheffer<sup>1</sup> von einem „Kolonialbonus“ der Eingewanderten spricht, der sich durch die niederländische Staatsbürgerschaft, die Sozialisation in niederländischer Sprache und Kultur sowie religiöser Konvergenz ausdrücke, die wichtiger seien als die Hautfarbe, wies Lucassen auf die Bedeutung der bewusst inklusiven Regierungspolitik zur Unterstützung schneller Integrationserfolge hin. Dies zeige sich etwa in der offiziellen Benennung der Einwanderer als „Remigranten“. Neben dieser *frontstage policy* müsse jedoch auch die *backstage policy* beachtet werden, also die Ansage der Regierung an die lokalen Behörden, die Rückwanderung so gering wie möglich zu halten.

In der zeitlich bedingt kurzen Diskussion der Beiträge wurde unter anderem in Bezug auf Unterscheidung von Flucht und „betterment migration“ die Frage aufgeworfen, ob es denn mit Blick auf die präsentierten Beispiele von Vorteil sei, „Flüchtling“ zu sein. Levke Harders wollte darauf keine eindeutige Antwort geben. Einerseits verspreche der Flüchtlingsstatus Schutz und finanzielle Unterstützung, andererseits habe er bei der Einbürgerung explizit keine Rolle mehr gespielt; auf ihn werde kein Bezug mehr genommen. Anne Friedrichs sah in der historischen Betrachtung einen Anlass, neu über die Begrifflichkeiten nachzudenken und sie historisch-analytisch zu kontextualisieren. Sie verwies auf das Beispiel portugiesischer postkolonialer Migrant/innen die sich selbst als Flüchtlinge sahen, seitens der Behörden jedoch nicht als solche anerkannt wurden. Lucassen wiederum betonte die positiven Auswirkungen ethnischer, religiöser oder politischer Ähnlichkeiten auf die Positionierung von Flüchtlingen und erinnerte an das Mobilisierungspotential von Migrationskategorien. Ein weiterer Kommentar fragte nach weiteren an den diskutierten Aushandlungsprozessen beteiligten Akteursgruppen, etwa Anwalt/innen oder Unterstützer/innen. Harders und Friedrichs hoben für das 19. Jahrhundert (neben vermittelnden Instanzen wie Kirchen und Schulbehörden) die Bedeutung der Arbeitgeber hervor. Rütters nannte für das Mittelalter die Kirche als wichtige Akteursinstanz, die eben auch aufgrund der Überlieferung nachweisbar ist.

<sup>1</sup> Vgl. Paul Scheffer, *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt*, München 2008.

Simone Lässig plädierte abschließend dafür, die Perspektive des lokalhistorischen Ansatzes auf Gesellschaft, die sich mit Blick auf Migrant/innen als äußerst fruchtbar erweise, zu erweitern und auch auf andere nicht-zugehörige Gruppen oder Minderheiten anzuwenden.

Letztlich zeigte die Sektion mit Blick vor allem auf das 19. Jahrhundert und die Zeit davor ein weiteres Mal<sup>2</sup> die Relevanz lokaler Perspektiven auf vermeintlich nationalhistorische Phänomene wie sie die historische Migrationsforschung für das 20. Jahrhunderts schon länger offen gelegt hat.<sup>3</sup> Dies betrifft zum einen die höhere Varianz lokalen Verwaltungshandelns im Vergleich zu nationalen Regulierungsversuchen. Zum anderen werden hier Handlungsspielräume nicht nur der Administration sondern auch der Subjekte der Migration (und Niederlassung) in historischen Quellen sichtbar, die damit an gegenwartsorientierte sozialwissenschaftliche Forschungsdiskussionen anschlussfähig sind. Und schließlich werden auch in einer historischen Perspektive gerade vor Ort die Wirkungen translokaler sozialer Räume sichtbar, welche die nationalen Logiken und Narrative von menschlicher Mobilität in Frage stellen und als wichtiger Bestandteil von Migrationsregimen mit in die Analyse einbezogen werden sollten.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Andreas Rütther (Bielefeld)

Moderation: Simone Lässig (Washington)

Andreas Rütther (Bielefeld): Bleiberecht, Zuwanderungspolitik, Willkommenskultur? Landflüchtige und Neubürger in spätmittelalterlichen Stadtgemeinden Ostmitteleuropas

Levke Harders (Bielefeld): Migration, Flucht und Mobilität. Aushandlung von Fremdheit und Zugehörigkeit im 19. Jahrhundert

<sup>2</sup> Jochen Oltmer (Hrsg.), *Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration*, Wiesbaden 2018.

<sup>3</sup> Vgl. beispielhaft Barbara Sonnenberger, *Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen 1955–1967*, Darmstadt 2003.

Anne Friedrichs (Mainz/Bielefeld): Die polnisch-deutsche Migration ins und aus dem Ruhrgebiet (1860–1950). Plädoyer für eine relationale Geschichte des Gesellschaftlichen

Leo Lucassen (Leiden/Amsterdam): The Netherlands and its colonial 'migration circuits', 1600–2010

Tagungsbericht *Gespalten oder zugehörig? Umgang mit Geflüchteten und Migrant/innen auf kommunaler Ebene vom 12. bis zum 21. Jahrhundert*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

### **Ausprägungen und Überwindungen gesellschaftlicher Spaltungen im Zeitalter des Hellenismus (4.-1. Jahrhundert v. Chr.)**

**Von:** Patrick Reinard, Alte Geschichte, Fachbereich III - Alte Geschichte, Universität Trier

Die Nachfolgerstaaten des Alexanderreiches zeichneten sich durch multiethnische Gesellschaften aus, in denen verschiedene Sprachen, Religionen, Bräuche oder Verwaltungsformen vorherrschten. Inwieweit es gesellschaftliche und politische Spaltungen sowie verschiedene Strategien der Überwindung von Konflikten gegeben hat und, wie anhand des häufig schwierigen Quellenmaterials methodisch mit entsprechenden sozialgeschichtlichen Fragen umzugehen ist, war das Thema der Sektion.<sup>1</sup> Einführend hielt GREGOR WEBER (Augsburg) fest, dass Griechen und Makedonen in die durch Alexander eroberten Regionen gekommen waren, um dort dauerhaft zu bleiben. Sie wurden somit für die Epoche des Hellenismus prägend und erzeugten einen gesellschaftlichen Wandel dergestalt, dass sie sich als neue elitäre Gruppe neben oder 'über' indigenen Eliten etablieren konnten. Dabei wollten alle sozialen Gruppen ihren politischen und ökonomischen Einfluss bewahren. Obwohl

<sup>1</sup> Die Sektion knüpft damit an neuere Studien an; vgl. bspw. G. Weber (Hrsg.), *Alexandria und das ptolemäische Ägypten. Kulturbegegnungen in hellenistischer Zeit*, Berlin 2010; B. Dreyer / P. F. Mittag (Hrsg.), *Lokale Eliten und hellenistische Könige. Zwischen Kooperation und Konfrontation*, Berlin 2011.

durchaus zu attestieren ist, dass es sich jeweils nicht um geschlossene Gruppen handelte – Diversität und Permeabilität sind feststellbar –, führte die durch die 'Neuankömmlinge' entstandene Situation doch häufig zu Konflikten, Aufständen und Abspaltungen. Weber betonte fünf Leitfragen, die für das Thema der Sektion von Bedeutung sind: Erstens, welche Konfliktlinien – z.B. religiöse, soziale, ökonomische – können innerhalb hellenistischer Gesellschaften erkannt werden? Zweitens, was kann über die Integrationsmöglichkeiten innerhalb multiethnischer Gesellschaften gesagt werden? Treten Abspaltungstendenzen bei bestimmten Gruppen oder in bestimmten Regionen auf? Sind „Mischung“ und „Nebeneinander“ feststellbar, und erzeugen oder verringern sie Abspaltungstendenzen? Drittens, was kann über die Größe der Gruppen gesagt werden? Viertens, welche Kommunikationsmittel wurden in dem Diskurs eingesetzt? Ist eine Unterscheidung zwischen Mythen und Narrativen fassbar? Fünftens, welche Konfliktlösungsstrategien und Instrumente der Befriedung wurden eingesetzt?

PETER FRANZ MITTAG (Köln) untersuchte in seinem Vortrag die Belege für Widerstand und Aufstände indigener Untertanen gegen die seleukidische Herrschaft. Zunächst betonte er, dass man zwar von einer die Gesellschaft gliedernden Gegenüberstellung von Reichselite und Indigenen auszugehen habe, zugleich die Herrscher aber auf die Mitarbeit lokaler Eliten angewiesen gewesen seien. Um sich bei der schwierigen Quellenlage dem Thema annähern zu können, konzentrierte sich Mittag auf die Wahrnehmung von illoyalem Verhalten gegenüber der seleukidischen Herrschaft. Dabei konnte er fünf unterschiedliche Kategorien herausarbeiten: Erstens, Passiver Widerstand, wie im Fall des Verhaltens der babylonischen Magier bei der Gründung von Seleukia am Tigris; zweitens, Zahlungsverzug als Artikulation des Widerstands; drittens, Abfall von der seleukidischen Herrschaft wie z.B. in den Abspaltungsversuchen des Artaxias und Zariadris; viertens, regional begrenzte Aufstände – als Beispiele wurden etwa Erhebungen in Lydien und Phrygien gegen Antiochos III. genannt; fünftens, Königsmord, der als Folge indigenen Widerstands im Fall von Seleukos III. und Seleukos VI. erkannt werden kann. Als kontrollierende Kontrastfolie hat Mittag auch nicht-indigene Aufstände betrachtet. Dabei zeigte sich, dass Indigene keinesfalls besonders illoyal waren. Deutlich

wurde jedoch, dass Aufstände von griechisch-makedonischen Untertanen für die Seleukiden gefährlicher waren. Sie wurden härter bestraft. Indigene verfügten in der Regel nur über kleine Heere, ihre Ressourcen und Reichweite waren geringer. Militärische Drohungen seitens der seleukidischen Zentrale reichten meist aus, um Aufstände zu unterdrücken. Außer mit militärischem Druck reagierten die Seleukiden in Einzelfällen auch mit Eheverbindungen oder mit Hinrichtungen. Insgesamt konnte Mittag zeigen, dass es – wobei er auf die Beschränktheit des verfügbaren Quellenmaterials hinwies – keine tiefe Spaltung und auch keinen ‚national‘ motivierten Widerstand gab. Eine Ausnahme könnte die Erhebung der Fataraka sein. Diese wollten aber vielleicht keine Abspaltung bzw. Unabhängigkeit erreichen, sondern eventuell eine höhere Stellung erstreiten. Ihre Auflehnung hätte dann eine bessere Integration in den seleukidischen Staaten zum Ziel gehabt. Deutlich wurde auch, dass die Aufstände häufig nur kurzzeitige Schwächen der Seleukiden ausnutzen wollten.

Mittag klammerte den Makkabäer-Aufstand, den man in seine Kategorien „Genereller Abfall“ oder „Regional begrenzte Aufstände“ einordnen könnte, in seiner Untersuchung aus, da dieser in dem Beitrag von ANDREAS HARTMANN (Augsburg) ausführlich analysiert wurde. Hartmann konzentrierte sich auf die Darstellung des Aufstands im ersten und zweiten Makkabäer-Buch. Zunächst wies er auf das Nebeneinander verschiedener Konfliktlinien hin: soziale Spannungen zwischen Ober- und Unterschicht in Judäa oder zwischen pro-seleukidischer und pro-ptolemäischer Partei, kulturelle Gegensätze (Juden – Hellenen) oder auch religiöse Konflikte, die sich im Streit um Kanonisierungs- und Auslegungskompetenzen ergaben. Hinsichtlich der Größe der Streitparteien geht Hartmann für die Pharisäer gestützt auf Flavius Josephus von einer beachtlichen, für die in der Oberschicht verwurzelten Sadduzäer von einer kleinen Gruppengröße aus. Hartmann zeigte weiter, dass innerjüdische Konflikte in den Quellen immer dann sichtbar würden, wenn physische Gewalt – etwa im Zusammenhang mit Beschneidungs- oder Opferdruck – ausgeübt wurde. Ansonsten sind soziale und religiöse Konflikte, welche zum Aufstand führten, im Narrativ der beiden Makkabäer-Bücher ausgestaltet, die es quellenkritisch und methodisch bedacht zu analysieren gelte. Hartmann zeigt dabei, dass die innerjüdi-

schen Konflikte teilweise ausgeklammert werden. Während im Judas- und Jonathan-Kapitel häufig die „Gesetzesbrecher“, das heißt der innere Konflikt, thematisiert wird, fällt dies in den Simon-Kapiteln aus, die nicht mehr von „Gesetzesbrechern“, sondern von „Heiden“ und „Fremden“ sprechen. So wird simplifizierend ein bischematisches Bild gezeichnet, wodurch die indigen-jüdischen Widersacher nicht als Juden gesehen, sondern mit den Heiden / Fremden / Gesetzesbrechern gleichgesetzt werden. Die durch Vereinheitlichung geschaffene Vereinfachung gestattete es so, eine innerjüdische Spaltung zu überspielen. Wobei die Verabsolutierung dieses bischematischen Bildes erst mit der festen Etablierung der Hasmonäerherrschaft entstand. Das Hasmonäerreich erscheint homogen, wodurch auch eine klare Abgrenzung zum Seleukidenreich verdeutlicht wird. Überzeugend zeigt Hartmann, dass der Konflikt im zweiten Makkabäer-Buch in sich homogen dargestellt wird. Hier sind Übergänge zwischen Juden und Hellenen erkennbar, wobei dies teilweise als Suche nach ‚Sündenböcken‘ zu verstehen sei. Insgesamt arbeitete Hartmann die (Selbst)Darstellungsstrategie der Hasmonäer heraus und wies nach, wie sehr das in den Makkabäer-Büchern verfolgte verargumentierende Narrativ die realen Konflikte überzeichnet haben muss.

Die quantitative wie qualitative Quellenlage für den östlichen, zuletzt häufiger im Fokus der Forschung stehenden Teil des Seleukidenreiches<sup>2</sup>, aber insbesondere auch für die gräko-baktrischen und gräko-indischen Gebiete ist bedauerlich. Das Fehlen literarischer Zeugnisse sowie die Datierungs- und Interpretationsprobleme archäologischer Quellen<sup>3</sup> erschweren einen methodisch sicheren Zugriff auf die Geschichte besagter Gebiete. Umso wichtiger ist die Fokussierung auf epigraphisches und numismatisches Material. GUNNAR R. DUMKE (Halle) untersuchte in seinem Vortrag bisher kaum beachtete Quellen. Beginnend mit der Inschrift des Kaufmanns Sophytos aus Alexandria Arachosia<sup>4</sup> warf Dumke die Frage auf, warum sich Indigene im „hel-

<sup>2</sup> Z.B. S. Plischke, Die Seleukiden und Iran. Die seleukidische Herrschaftspolitik in den östlichen Satrapien, Wiesbaden 2014.

<sup>3</sup> Als ein Beispiel für das häufig nur schwerlich in einen historischen Kontext einzuordnende archäologische Quellenmaterial sei auf die Gandhāra-Kultur verwiesen; vgl. beispielhaft R. Schillen u.a., Gandhāra. Buddhas griechisches Erbe?, Trier 2014.

<sup>4</sup> R. Merkelbach u.a. (Hrsg.), Jenseits des Euphrat. Griechische Inschriften. Ein epigra-

lenistischen Fernen Osten“ in griechischer Sprache verewigten. Die Verwendung des Griechischen interpretiert Dumke als Hinweis darauf, dass nur Personen, die sich als Griechen präsentierten, die Möglichkeit zum Aufstieg in die Spitze des Reiches offen gestanden hätte. Bemerkenswert ist, dass aus dem gräko-indischen Raum Münzen mit bilingualen Legenden bekannt sind. Dies ist in anderen hellenistischen Staat nicht üblich. Auch die Angabe verschiedener Herrschertitel in zwei unterschiedlichen Sprachen auf ein und demselben Medium sei ebenso unüblich. Bemerkenswert ist ferner die viereckige Form gräko-indischer Münzen, die eine indische Tradition aufgreife. Auf verschiedenen Objekten wie Silberschalen, Gold- / Kupferblechen oder Reliquiaren wurden ebenfalls zweisprachige Inschriften angebracht. Dumke ging der Frage nach, wie der Befund bilingualer Inschriften und Münzlegenden zu interpretieren sei: Handelt es sich um Hinweise auf gesellschaftliche Akkulturation oder um den Ausdruck nebeneinander etablierter Gruppen, also um Indizien für eine gespaltene Gesellschaft? Dabei stellt Dumke den auffälligen Befund von Münzhortfunden heraus, in denen – obwohl die Münzstandards kompatibel waren – Königsbronzen nicht gemeinsam mit den ‚indigenen‘ Bronzemünzen auftreten. Als Interpretationsmöglichkeit favorisiert er einen sozialgeschichtlichen Erklärungsansatz und schlägt vor, für die Bronzeprägungen einen indigenen Adressatenkreis anzunehmen.

Dank der Inschriften sowie der papyrologischen Überlieferung sind in Ägypten die Voraussetzungen für sozialgeschichtliche Studien im Vergleich zu anderen Regionen der hellenistischen Welt besonders gut. Eindringlich wurde dies in STEFAN PFEIFFERs (Halle) Vortrag verdeutlicht. Pfeiffer betonte einleitend, dass Aufstände im Ptolemäerreich häufig als Resultate ethnisch-kultureller oder sozio-ökonomischer Spaltungen gedeutet werden, wobei eine multikausale Erklärungsperspektive einzunehmen sei. Die Frontstellung von Ägyptern und Hellenen sei sehr vereinfachend, da noch andere ethnische oder kulturelle Gruppen in Ägypten leben würden und der Terminus ‚Hellene‘ zunächst als

phisches Lesebuch, München 2005, Nr. 105.

[5] H. Bengtson, Die Bedeutung der Eingeborenenbevölkerung in den hellenistischen Oststaaten, in: *Welt als Geschichte* 11 (1951) 135-142 = ders., *Kleine Schriften zur Alten Geschichte*, München 1974, 293-303.

Status-Begriff aufgefasst werden müsse.

Pfeiffer bearbeitete das Thema „innere Konflikte“ in drei Untersuchungsschritten: Erstens, Beschaffenheit der Spaltungen / Konflikte, Zweitens, Trägerkreise der Spaltungen bzw. Legitimation der Spaltung, Drittens, Lösungsstrategien für Konflikte. Zunächst führte er aus, dass sich Bauern, wahrscheinlich aufgrund einer sozio-ökonomischen Motivation, an den Aufständen beteiligt hatten. Ferner konnte er anhand papyrologischer Quellen aus Tebtynis auch deutlich machen, dass auch Priester, also sozio-kulturelle Eliten des Staates, aufseiten des Aufstands nachzuweisen sind. Anhand von I.Akoris 1 und P.Köln IV 186 zeigte Pfeiffer auch, dass in ökonomisch gut situierten Familien binnen einer Generation die Bereitschaft, sich an einem Aufstand zu beteiligen, erwachsen und der Wechsel von einer pro- zu einer anti-ptolemäischen Position erfolgen konnte. Offensichtlich waren Aufstände auch für elitäre Kreise des Ptolemäerstaates interessant bzw. lukrativ. Jedoch unterstrich Pfeiffer auch, dass es niemals ein geschlossenes Auftreten der indigenen Bevölkerung gegen die Ptolemäer gegeben habe.

Anhand der Hieroglypheninschriften konnte Pfeiffer ausführlich ein mythisches Narrativ herausarbeiten, mittels dessen Ptolemaios V. die Niederschlagung von Aufstandsbewegungen sowie die Legitimierung als Pharao untermauern konnte. Die Aufständischen wurden zu mythischen Feinden, die der König vernichten musste. Die Legitimation und die Verbreitung dieses Narrativs wurden besonders von der priesterlichen Elite getragen. Als weitere Strategien konnten Versöhnung, Steuererlasse und militärischer Druck erkannt werden. Wichtig ist dabei, dass die Ptolemäer die Dichotomie zwischen Ägyptern und Hellenen nicht aufgehoben haben. Auch in dem mythischen, der Herrschaftslegitimation und -repräsentation dienenden Narrativ werden beide Gruppe separiert als „Kinder“ des Pharaos dargestellt. Pfeiffer verdeutlichte abschließend, dass das aus den Quellen ersichtliche, letztlich binäre Bild des Narrativs, die Lebenswirklichkeit, die vielschichtiger und komplexer war – man denke an andere Gruppen wie Perser, Nomaden oder Juden –, nur in vereinfachender Form abbildet.

Die Sektion wurde durch einen Kommentar von HANS-ULRICH WIEMER (Erlangen) beschlossen. Er ordnete die Vorträge zunächst in den Gang der Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Wäh-

rend Hermann Bengtson, der das Verhältnis zwischen hellenischen Herrschern und indigener Bevölkerung 1951 auf dem 21. Historikertag thematisierte, die Sichtweise der Herrschenden einnahm und von etablierten, als stabil gedachten einheimischen Völkern in den Reichen der Seleukiden und Ptolemäer ausging, hat die postkoloniale Perspektive den Blick verändert. Die Diadochen wurden seit den 1960er-Jahren als ‚Kolonialherren‘ aufgefasst. Man verglich die hellenistischen Gesellschaften mit modernen Kolonialreichen; das Verhältnis von Griechen und Einheimischen wurde als Apartheid gedeutet.<sup>5</sup> Man forderte, hellenistische Reiche von ‚unten‘ zu betrachten, und wollte die Sichtweise der Beherrschten und nicht mehr die der Herrscher einnehmen. Dieses Modell sei in den letzten Jahrzehnten zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber doch modifiziert worden. Insbesondere habe man auf Unterschiede zu modernen Kolonialreichen hingewiesen und stattdessen Kontinuitätslinien zu altorientalischen Reichen herausgearbeitet. Dennoch seien Spaltungen und Trennungen die vorherrschenden Themen der Forschung geblieben. Das Thema der Sektion sei, so Wiemer, folglich für die Hellenismus-Forschung von zentraler Bedeutung.

Im zweiten Teil seines Kommentars wandte Wiemer sich den vier Sektionsbeiträgen zu und fasste diese, angereichert mit verschiedenen Anmerkungen zur Begrifflichkeit sowie zur Unterscheidung vertikaler und horizontaler Separationen innerhalb einer Gesellschaft, zusammen. Er betonte, dass die Vorträge vermehrt auf Spaltungen und Trennung, weniger auf Integration und Akkulturation fokussiert gewesen seien. Zudem machte er auf die teilweise unterschiedliche Verwendung der Begriffe Gesellschaft und Spaltung aufmerksam: Für die einen sei Gesellschaft gleichbedeutend mit einem multiethnischen Untertanenverband wie das Seleukidenreich, für die anderen ein ökonomisch, sozial und kulturell relativ homogener Raum wie Ägypten. Spaltung werde einerseits als Folge bzw. Ausdruck einer narrativen Struktur, andererseits als ein sozialer Tatbestand aufgefasst. Ferner sensibilisierte er für den methodisch anspruchsvollen Umgang mit der divergierenden Quantität und Qualität des für verschiedene hellenistische Reiche verfügbaren Quellenmaterials. Insgesamt bewertete Wiemer die Sektion als wichti-

<sup>5</sup> Vgl. Claire Préaux, Édouard Will, Frank Walbank u. a.

gen Beitrag zu einer zeitgemäßen Sozialgeschichte der hellenistischen Welt und merkte an, dass man die Spaltungen und Konflikte innerhalb der griechischen Stadt- und Bundesstaaten noch ergänzend betrachten könnte.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Gregor Weber (Augsburg) / Stefan Pfeiffer (Halle)

Gregor Weber (Augsburg): Einführung

Peter Franz Mittag (Köln): „Indigene Illoyalität im Seleukidenreich. Gründe, Anlässe, Folgen“

Andreas Hartmann (Augsburg): „Verräter der Gesetze. Verargumentierung von Konflikten im hellenistischen Judäa“

Gunnar R. Dumke (Halle): „Griechen sein um jeden Preis? Strategien zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen im hellenistischen Fernen Osten“

Stefan Pfeiffer (Halle): „Innere Konflikte und herrschaftliche Versöhnungsstrategien im ptolemäischen Ägypten (3.-2. Jahrhundert v. Chr.)“

Hans-Ulrich Wiemer (Erlangen): Kommentar

Tagungsbericht *Ausprägungen und Überwindungen gesellschaftlicher Spaltungen im Zeitalter des Hellenismus (4.-1. Jahrhundert v. Chr.)*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 16.11.2018.

---

### **Gespaltene Gesellschaften: Das Meer in der Antike: Spaltung und Polarisierung**

**Von:** Oliver Bräckel / Friedrich Meins, Historisches Seminar, Universität Leipzig

In der Sektion „Das Meer in der Antike“ unter der Leitung von CHARLOTTE SCHUBERT (Leipzig) wurde das Thema der gespaltenen Ge-

sellschaften im Hinblick auf die Frage nach der Rolle des Meeres als gleichermaßen trennende wie verbindende, aber vor allem doch auch „spaltende“ und „polarisierende“ Instanz variiert. Dies mag zunächst als einigermaßen assoziativ erscheinen. Dass aber gerade vor dem Hintergrund der Seeherrschaft Athens im 5. Jahrhundert v. Chr. sehr konkrete soziale und politische Folgen mit dem Anspruch auf die Beherrschung des Meeres verbunden waren, machte Schubert in ihrer Einführung, mit Verweis auch auf den jüngst von Ernst Baltrusch et al. herausgegebenen Band<sup>1</sup>, deutlich: Die Ansprüche Athens führten nicht allein zu einem Wettrüsten zweier verfeindeter Machtblöcke innerhalb der griechischen Stadtstaaten, an dessen Ende der Peloponnesische Krieg stand, in dem sich die „Seemacht“ Athen mit der „Landmacht“ Sparta konfrontiert sah und auch den eigenen Bündnern gegenüber nicht selten despotisch auftrat. Der Ausbau der attischen Flotte, später der Seekrieg, hatten auch unmittelbaren Einfluss auf Machtverhältnisse und -gefüge der attischen Demokratie: Die aufstrebende Klasse der Ruderer führte zu dem, was in manchen Quellen als Radikalisierung der Demokratie beschrieben wird. Die An- oder Abwesenheit bestimmter Heeresteile in Athen war oft gleichbedeutend mit der An- oder Abwesenheit bestimmter sozialer Gruppen bei wichtigen politischen Abstimmungen. Nicht zuletzt ist ein Zusammenhang zwischen dem Verlauf des Krieges und der Bürgerrechtspolitik in Athen zu beobachten. Neben dieser Bedeutung des Meeres für eine konkrete Epoche der griechischen Geschichte betonte Schubert aber auch die allgemein „spaltende“ Rolle des Meeres im räumlichen Sinne, durch die es einerseits zu einem eigenen Handlungsraum und andererseits zu einem Wahrnehmungsraum für Herausforderungen und Hoffnungen wurde. Die Beiträge der Sektion widmeten sich nun in ganz unterschiedlicher Weise der Rolle des Meeres vor dem Hintergrund seiner hier aufgeführten Eigenschaften, nahmen aber sämtlich ihren Ausgang in der historischen Epoche des klassischen Athen.

Zunächst sprach CHRISTOPH SCHÄFER (Trier) über die Rolle des Alkibiades in der Sizilischen Expedition, die für Athen ein Desaster wurde, dessen militärische und innenpolitische Konsequenzen bei Thu-

kydides als der Anfang der Niederlage Athens dargestellt werden. Am Verlauf der Expedition bzw. ihrem Zustandekommen soll der Strategie Alkibiades nach Thukydides einen erheblichen Anteil gehabt haben. Schäfer ging zunächst darauf ein, dass Seefahrt im Allgemeinen und Seekriegsführung im Besonderen sowohl in den antiken Quellen als auch in der modernen Literatur immer wieder als riskante Unterfangen dargestellt worden sind. Er verwies auf moderne Konzepte strategischer Seekriegsführung, die dieser Problematik Rechnung tragen, etwa auf die Abhandlung Julian Stafford Corbetts<sup>2</sup> aus dem frühen 20. Jahrhundert. Corbett habe hier eine Seekriegsführung empfohlen, die im Bewusstsein des hohen Risikos der (Segel-)Schifffahrt weniger auf eine massive Konfrontation setze, sondern vielmehr auf eine Kontrolle wichtiger strategischer Punkte. Ausgehend von dieser Grundannahme und auf der Grundlage eines feinen Netzes von Wind- und Wetterdaten, die im Mittelmeer von der National Oceanic and Atmospheric Administration mit hoher Dichte aufgezeichnet werden, sowie der neuen Erkenntnisse über die – überraschend guten – Segeleigenschaften antiker Trieren hat Schäfer im Folgenden die These entwickelt, es habe sich bei Alkibiades nicht um den von Thukydides charakterisierten Hasardeur gehandelt, sondern vielmehr um einen durchaus fähigen Flottenführer, dessen Ziele gerade in der angedeuteten Kontrolle wichtiger strategischer Punkte, der Unterbrechung der Getreidezufuhr der Peloponnesier und vor allem einer Erhöhung des ökonomischen Risikos bei der Nutzung der für Syrakus lebenswichtigen Seehandelsverbindungen bestanden hätten. Die thukydideische Darstellung der Expedition mit dem Ziel einer massiven Invasion und der Eroberung sikeliotischer Poleis mit dem bekannten desaströsen Ausgang könne als eine Fehlinterpretation der Strategie des Alkibiades durch Thukydides verstanden werden, der auch die Seekriegsführung aus der Perspektive der massiven Schlachten, wie sie in den Auseinandersetzungen der Hoplitenheere zu Lande die Regel waren, aufgefasst habe.

Es folgte der Vortrag von WERNER RIEß (Hamburg). Auch hier stand die schillernde Person des Alkibiades im Zentrum. Allerdings verfolgte Rieß einen literaturhistorischen Ansatz, wobei er solche dem

<sup>1</sup> Ernst Baltrusch / Hans Kopp / Christian Wendt (Hrsg.), Seemacht, Seeherrschaft und die Antike, Stuttgart 2016.

<sup>2</sup> Julian Stafford Corbett, Some Principles of Maritime Strategy, London 1911 (ND Annapolis 1988).

Alkibiades zugeschriebenen „Gewalthandlungen“, die in einem „maritimen“ Kontext geschildert werden, bei den klassischen Geschichtsschreibern Thukydides und Xenophon und dem kaiserzeitlichen Biographen Plutarch miteinander verglich. Dabei ging es vor allem um die Herausstellung von Unterschieden, „[...] die in den unterschiedlichen Quellengattungen, den unterschiedlichen Kontexten der Abfassungszeit und den jeweiligen Intentionen der Autoren [...]“ zu suchen seien. Rieß betonte, dass eine Interpretation der Darstellungen „maritimer“ Gewalttaten nur im Kontext einer Gesamtbetrachtung sämtlicher mit der Person des Alkibiades verbundener Gewalttaten geschehen könne. Rieß' Untersuchung beruhte auf dem von ihm entwickelten Informationssystem „ERIS. Hamburg Information System on Greek and Roman Violence“<sup>3</sup>. Für die hinsichtlich der Frage nach dem „maritimen“ Charakter wesentliche Lokalisierung spezifischer Gewalthandlungen wurden Gephi-Visualisierungen der in ERIS als csv-Liste hinterlegten Gewalthandlungen und der im Zusammenhang mit ihnen aufgeführten Örtlichkeiten für die einzelnen Autoren erstellt: Bei Thukydides fänden sich lediglich wenige und ausschließlich zu Lande begangene Gewalthandlungen, wofür wohl vor allem die Tatsache verantwortlich sei, dass sich die großen Seeschlachten erst nach 411 ereigneten. Bei Xenophon, der mit den Hellenika eine Fortsetzung des Thukydides anstrebte, seien folgerichtig deutlich mehr Gewalthandlungen im Zusammenhang mit Alkibiades zu finden, auch solche zur See. Im Gegensatz zu den Historiographen fänden sich bei Plutarch schließlich mehr Gewalthandlungen, wovon ein Viertel in Athen selbst lokalisiert werde. In seiner Auswertung führte Rieß dies nicht zuletzt auf die charakterisierende Darstellungsabsicht des Biographen zurück, der die individuellen Handlungen der Akteure in den Vordergrund rücke, aber auch auf die Heraushebung der Hybris des Alkibiades durch Plutarch, die sich in seiner Gewalt gegenüber Landsleuten äußere. Rieß betonte abschließend, dass es ihm nicht um die Aufstellung neuartiger Thesen zu den behandelten Autoren gehe, sondern um einen proof of concept, aus dem zu ersehen ist, ob durch die datenbankgestützte Textanaly-

se auf der Grundlage eines Informationssystems valide Ergebnisse zu erhalten sind.

Den dritten und letzten Vortrag hielt MICHAELA RÜCKER (Leipzig). Sie widmete sich mit einem mentalitätsgeschichtlichen Ansatz der Wahrnehmung und Darstellung des Meeres bei ganz unterschiedlichen antiken Schriftstellern, nahm aber mit Platon ihren Ausgang ebenfalls bei einem klassischen Athener. Rücker kam einleitend auf das zu Beginn der Sektion aufgeworfene Thema der Dichotomie des Meeres zurück, vor allem vor dem Hintergrund seiner Rolle als Zerstörer einerseits und andererseits als Verheißung: Bereits das Epos habe die Gefahren der Seefahrt ebenso besungen wie den persönlichen Gewinn des Wagemutigen. Für die historische Zeit verwies Rücker unter anderem auf die in der Einleitung genannten politischen Folgen des Flottenaufbaus, hob aber darüber hinaus auch die Rolle für Handel, Wohlstand und Luxus in der Polis Athen hervor. Im Fokus des weiteren Verlaufs der Untersuchung stand dann allerdings die destruktive Kraft des Meeres. Rücker nahm ihren Ausgang beim Atlantismythos, wie er bei Platon im Timaios und im Kritias bruchstückhaft überliefert ist, und zog zu deren Interpretation unterschiedliche Passagen heran, die sich auf diese Stellen in Form von Paraphrasen beziehen und die mit Textminingtools aus dem Korpus der griechischen Literatur eruiert wurden. Diese wurden durch das im Rahmen des Projektes „Digital Plato“<sup>4</sup> entstandene Tool zur Paraphrasensuche ermittelt. Rücker grenzte sich von den historisierenden Deutungen, die im Atlantismythos und der dort beschriebenen Handlung einer Konfrontation „Ur-Athens“ mit Atlantis eine Allegorie der Auseinandersetzung Spartas und Athens in klassischer Zeit sehen, ebenso ab, wie von denjenigen Vorstellungen, die einen tatsächlich wahren Kern der Erzählung annehmen. Rücker stellte die Frage, was in der platonischen Erzählung denn genau durch das Meer zerstört, und was als die genaue Ursache dafür genannt werde. Sie kam zu dem Schluss, dass zwar die Niederlage der Atlanter gegen die Ur-Athener eine Folge der Hybris sei, nicht aber das Versinken im Meer zu einem späteren Zeitpunkt. Ebenso sei der Untergang nicht als eine Sintflut mit kathartischem Effekt zu deuten, da von Atlantis ja nichts übriggeblieben sei.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Werner Riess / Michael Zerjadtke, ERIS: Hamburg Information System on Greek and Roman Violence, in: Digital Classics Online 1 (2015), 70–75. <https://doi.org/10.11588/dco.2015.1.19281>.

<sup>4</sup> Vgl. <<https://digital-plato.org>> (12.11.2018).



Dass Atlantis vom Meer verschlungen werde, das Heer der Alt-Athener jedoch von der Erde, könne dagegen darauf verweisen, dass Platon hier eine Konservierung eines idealisierten „Ur-Zustands“ andeuten wolle, der im Gegensatz zur metaphysischen Unbeständigkeit steht, die das „wahre Meer“, in dem Atlantis angesiedelt wird, bei Platon nach der Auffassung antiker Kommentatoren symbolisiere.

Der abschließende Kommentar von RAIMUND SCHULZ (Bielefeld) richtete den Blick zunächst zurück auf die makrohistorische Grundkonstellation der Thematik, indem er auf die nahe Bindung der griechischen und römischen Akteure an das Meer in Bezug auf Handel, Wirtschaft und die zahlreichen militärischen Auseinandersetzungen Bezug nahm. Schulz vertrat die Ansicht, dass das Meer nie ein eigenständiges und vom Land unabhängiges Interesse hervorrief, sondern im Gegenteil in einer strukturellen Anbindung an das Land gesehen wurde. Insofern könne man hier keinesfalls eine strukturelle Gleichrangigkeit erkennen, denn das Meer sei nicht unabhängig vom Land, jedoch das Land durchaus unabhängig vom Meer gedacht worden. Dies kam in den Einzelvorträgen in unterschiedlichen Akzentuierungen zum Ausdruck. Die von Christoph Schäfer interpretierte Sizilienexpedition sollte – wenn möglich – die Handelsverbindungen (vor allem mit Getreide) über See auf die Peloponnes kappen und testen, inwieweit die Athener ihre Macht auf Sizilien selbst gegen Syrakus etablieren konnten. Alkibiades, dem sich anschließend Werner Rieß widmete, musste vor allem mit dem Problem kämpfen, dass den Athenern nach der Sizilienexpedition weitaus weniger Ressourcen seitens der Bündner zur Verfügung standen und gleichzeitig die Spartaner, mit persischen Geldern unterstützt, sich eigene Flotten leisten konnten. All dies und der Ausgang des Peloponnesischen Krieges hatten enorme Auswirkungen auch auf die inneren Verhältnisse in Athen, denen abschließend Michaela Rücker nachging. Der Atlantismythos vereinte alte Vorbehalte gegenüber dem Meer und der maritimen Machtausdehnung mit aktuellen Erfahrungen in einer Zeit, in der eigene militärische Aktivitäten zur See zur Disposition standen und vor allem von den Adligen kritisiert wurden.

Die anschließende ausführliche Diskussion thematisierte insbesondere die Frage, ob ein Seekrieg unbedingt von einer oder mehreren Entscheidungsschlachten entschieden worden, bzw. ob nicht vielmehr

das Vermeiden von Seeschlachten, eben durch das Abschneiden der Seerouten, wichtiger gewesen sei. Daran schloss sich die Frage nach der Rolle des Alkibiades und nach dem Verständnis der thukydideischen Darstellung an, da auch Thukydides das Abschneiden der Seerouten als einen wesentlichen Teil der militärischen Optionen überlieferte. Insgesamt wurde auch in der Diskussion deutlich, dass, um die Vorstellung von Meer und Land in der Antike zu verstehen, nicht nur das Verbindende – die „Konnektivität“ –, sondern vielmehr auch die Rolle des Meeres als spaltend und polarisierend in den Vordergrund gerückt werden muss. Das Meer hat schon immer eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt. Das besondere Interesse eines Thukydides, Platon, Xenophon oder Plutarch an diesem ist wohl zum einen in der Dramatik begründet, die maritimen Operationen, in denen totales Scheitern und großer Gewinn stets nah beieinanderliegen, zu eigen ist. Zum anderen aber war das Meer eine Projektionsfläche nicht nur für allzu Menschliches, sondern für all diejenigen sozialen und politischen Gegensätze und Widersprüche, die die Gesellschaften des antiken Griechenland nach innen wie nach außen kennzeichneten.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Charlotte Schubert (Leipzig)

Charlotte Schubert (Leipzig): Einführung

Christoph Schäfer (Trier): „Die Kontrolle des Meeres: Alkibiades und die Sizilische Expedition“

Werner Rieß (Hamburg): „Gewalt und Meer: Maritime Gewalthandlungen des Alkibiades bei Thukydides, Xenophon und Plutarch im Vergleich“

Michaela Rücker (Leipzig): „Das Meer als Zerstörer“

Raimund Schulz (Bielefeld): Kommentar

Tagungsbericht *Gespaltene Gesellschaften: Das Meer in der Antike: Spaltung und Polarisierung*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 30.11.2018.

## Das eigene Fremde. Exklusionsparadox und römische Identität im 1./2. Jahrhundert n. Chr.

Von: Christian Fron, Universität Heidelberg

Die von THOMAS BLANK (Mainz) sowie von FELIX MAIER (Würzburg) organisierte Sektion gliederte sich in drei sehr unterschiedliche Beiträge, die verschiedene Aspekte des „eigenen Fremden“ beleuchten sollten.

Das erklärte Ziel der Sektion bestand darin, sich die Probleme und Ausgrenzungen sowie auch die sich eventuell ergebenden Lösungsstrategien bei der Öffnung, der Interaktion und der Kommunikation Roms gegenüber seinem stets wachsenden Imperium aus unterschiedlichen Blickwinkeln erneut zu vergegenwärtigen. Welche jeweiligen Alteritätspostulate trafen auf eigene Identitätsbehauptungen und welche Einblicke in die römische Gesellschaft eröffneten sich hierdurch. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Brexit-Verhandlungen sowie auch der seit einiger Zeit geführten Debatten rund um Migration und Zuwanderung erschienen derartige Fragestellungen den Organisatoren aktueller denn je.

Das erste Paper, präsentiert von BENJAMIN ISAAC (Tel Aviv), widmete sich dabei den römischen Stereotypen in der Wahrnehmung der „Anderen“. Damit schloss Isaac selbst thematisch im Wesentlichen an der von ihm bereits im Jahre 2004 veröffentlichten Monographie zum Rassismus in der klassischen Antike an.<sup>1</sup> Der Vortrag gliederte sich in drei Hauptteile: *Erstens*, einer Darstellung der von Isaac identifizierten Spannungen und Anfeindungen innerhalb der multiethnischen Gesellschaft des Imperium Romanum sowie etwaiger Folgewirkungen solcher Mentalitäten für das Funktionieren der Imperium Romanum als integrierendem Ganzen. *Zweitens*, der engen Verzahnung derartiger Vorurteile mit antiken Konzepten und Vorstellungen der Sklaverei. Schließlich *drittens*, den solchen Vorstellungen zugrundeliegenden Konzepten einer Ideologie des Imperialismus. Der Fokus der Darstellung wurde auf das erste vor- sowie das erste nachchristliche Jahrhundert gelegt.

<sup>1</sup> Benjamin Isaac, *The Invention of Racism in Classical Antiquity*, Princeton 2004.

Die Darstellung Isaacs widmete sich zunächst den Vorstellungen eines umweltbedingten Determinismus bei der Entwicklung von Menschen und Gesellschaften, wie er sich etwa in der *Politik* des Aristoteles finden lasse (1327b). Derartige Gedanken wurden später von römischen Autoren übernommen und (über die Hervorhebung der besonderen geographischen Lage von Italien und die sich dadurch ergebende besondere Exzellenz von deren Bewohnern) zusätzlich zu einer wichtigen Grundlage für römische Herrschaftsansprüche. Derartige ideologische Überlegungen hatten jedoch, wie Isaac betonte, keinerlei Niederschlag auf die praktische Herrschaftsgestaltung gehabt, wie dies etwa die differenzierte Zusammensetzung des römischen Heeres bezeugt. Neben den geographischen würden auch die ererbten Charakteristika in der antiken Vorstellungswelt einen essenziellen Faktor bei der Ausgestaltung des eigenen Wesens darstellen. Sowohl geographische als auch ererbte Charakteristika ließen sich in der literarischen Stereotypisierung harmonisch miteinander verbinden.

Auf erneuter Grundlage der Überlegungen von Aristoteles' *Politik*<sup>2</sup> wurden derartige Überlegungen einer vermeintlich naturbedingten „Andersartigkeit“ oder „Minderwertigkeit“ mancher Personengruppen und Völkerschaften (wie etwa Nichtgriechen) von Isaac auch auf die antike Legitimierung von Sklaverei sowie die Herrschaft über andere im Allgemeinen zurückgeführt. Dies führte zudem zu Vorstellungen einer Degeneration und eines Niedergangs von Völkerschaften im Falle einer Unterwerfung. Die von Isaac dargestellte, römische Wahrnehmung „Anderer“ wurde anschließend anhand der Beschreibungen von Syern und Germanen noch einmal exemplifiziert.

In der Diskussion des Beitrages von Benjamin Isaac wurde auf die Frage nach der Rolle von Kultur und Zivilisation als Gegengewicht zu den Stereotypen (etwa das Bild des edlen Skythen bei Lukian) und ihre eventuelle Rechtfertigungsgrundlage kurz eingegangen, wobei diese Themen nach Benjamin Isaac eigene Vortragsthemen bilden würden. Auf die hier ebenfalls sehr interessanten Fragen der Stereotypisierung von Freilassung innerhalb des hier vorgestellten Konzeptes sowie auch der Unterschiede und Binnendifferenzierung des Sklavenbildes inner-

<sup>2</sup> Siehe ebd., S. 172–5; S. 192–194.

halb der römischen Rechtstexte<sup>3</sup> konnte bedauerlicherweise nicht eingegangen werden. Denn entgegen jeglicher Stereotypisierung begann man bereits im 1. Jahrhundert n. Chr. damit, den Rechtsstatus der Sklaven in einigen Belangen zu regeln und somit zu verbessern. Zudem dürfte die zunehmende Einbeziehung von Sklaven und Freigelassenen in die kaiserliche Verwaltung einen wichtigen Anlass und Kontext für die Pflege entsprechender Stereotype innerhalb der Oberschichtenliteratur dargestellt haben. Insgesamt wären bei jeder der behandelten Quellenstellen die Kontexte und Funktionen der Stereotype aufs Neue zu erörtern gewesen, was aber der zeitliche Rahmen der Veranstaltung nicht zuließ.

In seinem Beitrag übertrug Thomas Blank das Sektionsthema des Eigenen Fremden nun auf die Exklusions- und Inklusionsmechanismen im antiken religiösen Kult und den darüber geführten zeitgenössischen Diskurs am Beispiel der *Mater Magna* im ersten und zweiten nachchristlichen Jahrhundert. Von besonderer Bedeutung war zunächst das von ihm auf die antiken Kulte angewendete moderne Konzept der „Exkludierenden Inklusion“, welche es – so die These – den Mitgliedern einer Gruppe erlaubt, in exklusive Konkurrenz zum erklärten Gegenüber, der sogenannten Mehrheitsgesellschaft, zu treten. Er behandelte die literarisch geführten Diskurse um den „unrömischen“ oder exotischen Charakter des Kultes sowie die damit einhergehenden Stereotype in der zeitgenössischen Literatur. Blanks epigraphischer Befund: Juvenal habe den Begriff des „Römischen“ als Ideal und den Kult als dessen Gegenbild genutzt, welches von ihm zwar als Inbegriff des „Unrömischen“ dargestellt wurde, aber zugleich auch die Vergeblichkeit der Exklusion des „Unrömischen“ aus dem römischen Alltag plastisch vor Augen führe. Tatsächlich ließe sich vor allem in der Kaiserzeit ein veränderter Umgang mit sogenannten „fremden Kulturen“ feststellen. Zwar seien sie schon in der republikanischen Zeit in die Zivilreligion eingebunden worden, dennoch blieben die für den rituellen Betrieb zuständigen Funktionsrollen Einwohnern kleinasiatischer Abstammung vorbehalten und wurden somit aus der republikanischen Öffentlichkeit ausgegrenzt.

<sup>3</sup> Siehe etwa Digest 21.1.31.21 oder Dig. 1,1,4. Einige interessante Gedanken finden sich ebenfalls etwa bei Hans-Dieter Spengler, Zum Menschenbild der römischen Juristen, in: JuristenZeitung 21 (2011), S. 1021–1030

Dies änderte sich erst in der Kaiserzeit, was zunehmend auch zu Kritik führte. Diese Kritik sei bei Bürgern allgemein eng mit dem in der Kaiserzeit häufiger geführten Männlichkeits- sowie Leistungsdiskurs verknüpft.<sup>4</sup> Insgesamt sei dieser Diskurs je nach Geschlecht, bürgerrechtlichem Status und der Funktion innerhalb der Tempelöffentlichkeit ganz unterschiedlich intensiv ausgetragen worden.

Einige vermeintliche Stereotypen und Formen der Abgrenzung wurden von den Mitgliedern des Kultes selbst öffentlich präsentiert und somit zum Teil des eigenen und nach außen hin kommunizierten Selbstbildes. So betonte die öffentliche Repräsentation der Kultanhänger vor allem im römischen Stadtgebiet bei den *ingenui* auch ikonographisch die kulturelle und sexuelle „Andersartigkeit“ der Kultvertreter, was ihren Sonderstatus zusätzlich manifestiert habe.

Die Diskussion konzentrierte sich auf das vorgestellte Konzept der exkludierenden Inklusion / inkludierenden Exklusion und seine Übertragbarkeit auf andere Kulte. Zudem wurden die Veränderungen des *Mater Magna* Kultes von der Republik in die Kaiserzeit noch einmal kurz besprochen. Jenseits der von Blank hier vorgestellten Kommunikationsebene, erscheint eine Übertragung auf den realen Alltag allerdings schwierig. Welche realen Exklusivitäts- oder Exklusionsansprüche konnten bei der kultischen „exkludierenden Inklusion“ in einer Welt gestellt werden, bei der die Mitglieder des betreffenden Kultes über weite Teile ihres Tages auch in religiöser Hinsicht dem erklärten Gegenbild der „Mehrheitsgesellschaft“ und eventuell auch weiteren Kulturen angehörten. In welchen besonderen Lebenssituationen kamen diese überhaupt erst zum Tragen? Welche Formen der Ausgrenzung konnten, wie dies nicht zuletzt Juvenal selbst bestätigt, faktisch angewendet und somit öffentlich reflektiert werden? In welcher Weise spiegelt dies nicht vielmehr den Facettenreichtum der antiken römischen Gesellschaft wieder? Als dritten Teil der Vorträge präsentierte Felix Maier einen Ausschnitt aus seinem neuen Buchprojekt, das sich mit Hadrian befasst. Er fokussierte auf die Integration erobeter Kulturen in den römischen Kulturraum sowie die dabei entstehenden Spannungen und Reibungsprozesse.

<sup>4</sup> Zu den griechischen Männlichkeitsdiskursen in Rom während der Kaiserzeit; siehe etwa Maud Gleason, *Making Men. Sophists and Self-Presentation in Ancient Rome*, Princeton 1995.

Diese seien vor allem ab der Mitte des 1. Jahrhundert n. Chr. wieder zunehmend wahrgenommen und thematisiert worden. Vor diesem Hintergrund bewertete Maier einige Maßnahmen des Kaisers Hadrian als eine Reaktion auf ein sowohl in Rom als auch in den Provinzen immer stärker um sich greifendes Gefühl des gegenseitigen Auseinanderdriftens. Blank führte für die römischen Autoren etwa Seneca, Plinius d. Ä. und Petron an. Auf der anderen Seite berichtete etwa auch Lukian (allerdings erst in nachhadrianischer Zeit) in einigen seiner Schriften von römischen Ressentiments gegenüber Griechen und Fremden im Allgemeinen. Derartige Vorurteile seien im Kontext zunehmender Zuwanderungen ab der zweiten Hälfte des 1. Jahrhundert n. Chr. und den damit einhergehenden Veränderungen in allen sozialen Schichten zu beobachten.

Maier betrachtete vier kaiserliche Reaktionen Hadrians angesichts dieses Spannungsfeldes zwischen Einheimischen und Zugezogenen. *Erstens* die monumentale Architektur, wie etwa den Doppeltempel für Venus und Roma das Hadriansmausoleum, das Hadrianstor in Athen, die hadrianischen Bauten in Antinoopolis (Ägypten) und das Hadrianeum; *zweitens* die Personifizierungen von Provinzen auf den Münzprägungen; sowie *drittens* die administrativen Maßnahmen, wie etwa die Einteilung Italiens in vier Jurisdiktionsbezirke, das hadrianische Edikt Cod. Iust. 10,40,7; und schließlich *viertens* Hadrians Reisen. Ziel dieser Maßnahmen sei es gewesen, dass Rom und das Imperium Romanum nicht mehr als gespaltene, sondern vielmehr als geeinte Räume verstanden werden sollten. Zudem könne etwa die Baupolitik als Maßnahme gegen die Gefahr einer gesellschaftlichen Desintegration betrachtet werden.

In der späteren Diskussion fügte Maier hinzu, dass mit den Bauten den Münzen vor allem auch die Plebs adressiert worden seien. In welcher Weise eine bewusste Abgrenzung zu vorherigen Kaisern mit eventuell ähnlichen Ambitionen, wie etwa Nero, vorgenommen werden könne, konnte nicht mehr behandelt werden. Daran schließt sich für die Zukunft die Frage an, wie der nachfolgende Kaiser, Antoninus Pius, mit dem Erbe Hadrians umging. In der eigenen politischen Agenda sind (etwa im Münzprogramm) durchaus Kontinuitäten zum Programm Hadrians auszumachen. An anderen Stellen, insbesondere beim Rei-

sen, bemühte sich Antoninus Pius dagegen um eine klare Abkehr von seinem kaiserlichen Vorgänger (SHA Ant. Pius 7,11f. mit einer klaren Bezugnahme auf die Provinzen). Auch andere, wie etwa der Sophist Ailianos von Praeneste, konnten es zu einer Tugend erklären, Italien nie verlassen zu haben (Philostr. soph. 2,31,3; 625). Demgemäß muss auch die im Vortrag herangezogene Aussage von Aelius Aristides (or. 26,62) speziell auf Antoninus Pius gemünzt betrachtet werden. Diese orientierte sich ebenfalls an der nun ausbleibenden Reisetätigkeit eines Antoninus Pius zugunsten eines dauerhaften Aufenthalts in Rom und Italien. Wieso sollte man auch die Mühen einer Reise auf sich nehmen, wenn man in Rom alles bereits vorfinden konnte.

Den Abschluss der Sektion bildeten der Ausblick sowie die Zusammenfassung von HARTWIN BRANDT (Bamberg), der die Rolle des Migranten anhand von Georg Simmels Definition noch einmal erörterte und auf die stolze Angabe der eigenen Herkunft in zahlreichen römischen Grabinschriften hinwies. Schließlich wurde von ihm die Frage aufgeworfen, ob eine exkludierende Inklusion nun als Ausdruck gescheiterter Integration oder Ausdruck eines Stolzes, dass man es sich leisten kann, anders zu sein, zu deuten sei. Zudem stellte er zum Beitrag von Felix Maier die kritische Frage, welche Medien welche Annahmen über Kommunikationsabsichten erlauben würden. Damit eröffnete er eine rege Diskussion, deren wesentlichen Teile von mir bereits im Anschluss an die einzelnen Beiträge angeführt wurden.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Thomas Blank (Mainz), Felix K. Maier (Würzburg)

Benjamin Isaac (Tel Aviv): Romans and Others in Rome and the Provinces: Varieties of Stereotypes

Thomas Blank (Mainz): Parallelgesellschaften? ‚Exkludierende Inklusion‘ am Beispiel religiöser Vereinigungen

Felix K. Maier (Würzburg): Das Reich als Meer. Hadrian und die Einübung des Fremden

Hartwin Brandt (Bamberg): Kommentar

Tagungsbericht *Das eigene Fremde. Exklusionsparadox und römische Identität im 1./2. Jahrhundert n. Chr.* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

### **Bürgerkriegskultur. Bellum civile und politische Kommunikation in der späten römischen Republik**

**Von:** Marc Gehrmann / Philipp Flaig, Lehrstuhl Alte Geschichte, Universität Konstanz

Die althistorische Sektion behandelte das Zeitalter der römischen Bürgerkriege im ersten Jahrhundert v. Chr. Interessanterweise war sie damit eine von nur wenigen Sektionen des Historikertags, die sich dezidiert mit den Epiphänomenen dieses extremsten Aggregatzustands einer „gespaltenen Gesellschaft“ auseinandersetzte.

WOLFGANG HAVENER (Heidelberg) wies in seiner Einführung zur Sektion zunächst auf die Probleme der bisherigen Forschungsansätze zu den Verwerfungen der späten Republik hin, die allzu oft polit- oder militärgeschichtliche Erklärungen anböten. Die profunden Auswirkungen von Bürgerkriegen und deren ständige gedankliche Präsenz auf allen Ebenen des römischen Gemeinwesens könnten somit aber nur unzureichend analysiert werden. Demgegenüber verfolgte die Sektion einen breiten kulturgeschichtlichen Ansatz, der es erlauben sollte, zeitgenössische Deutungsmuster in einen diskursiven Bezug zu der theoretischen und praktischen Herausforderung des für Rom neuartigen Phänomens des Bürgerkriegs zu setzen. In diesem Rahmen sollten die Vorträge in Fallstudien zeitgenössische Sinn- und Deutungsangebote als Beiträge zu einer spezifisch römischen „Bürgerkriegskultur“ zusammenstellen.

HENNING BÖRM (Konstanz) entfaltete zunächst das breite Panorama der Beschreibungsmodi von innenpolitischen Konflikten in Rom im ersten Jahrhundert v. Chr. Er konstatierte hierbei die Nutzung einer Rhetorik, deren Parallelen aus griechischen Stasisdiskursen herrührten. Keineswegs seien diese Parallelen Zufall oder einer *interpretatio graeca*

der Vorgänge geschuldet, vielmehr sei stattdessen nach den Voraussetzungen und Folgen der Übernahme des griechischen Stasisdiskurses in Rom zu fragen.

Grundsätzlich wurden diese innergriechischen Konflikte immer in Dichotomien gedacht, die die Ursachenanalyse erschweren. Im Kern waren die treibenden Akteure dieser Konflikte aber immer Angehörige der Elite. Gleichsam differierten die Voraussetzungen der griechischen und römischen Oberschicht erheblich: Während in Griechenland keine allgemeinen Kriterien für eine Binnenhierarchisierung akzeptiert waren, existierten in Rom klare Rollenerwartungen sowie Kriterien, die den einzelnen Aristokraten Rang und Status innerhalb der Elite zumaßen. In diesem Sinne plädierte Börm dafür, nicht von einem Import des Phänomens Stasis nach Rom auszugehen, sondern von einer Übernahme „der Art und Weise, wie über und in Bürgerkriegskonstellationen gesprochen werden konnte.“ Genau zu dem Zeitpunkt, als in Rom Gewalt erstmals als politisches Mittel eingesetzt wurde (Gracchen), hätten griechische Begründungsmuster aus dem erprobten Stasisdiskurs bereitgestanden, um die Konflikte und die dabei genutzte physische Gewalt zu erklären und zu rechtfertigen.

Die Plausibilität dieser Deutungsmuster beeinflusste in der Folge zunächst die politische Rhetorik und veränderte in einem zweiten Schritt auch Handlungsoptionen römischer Aristokraten, so seine These. Dementsprechend hätte man es gerade nicht mit Erklärungsmustern *ex post* zu tun, sondern mit aktuellen Transformationen. Als Beispiele hierfür führte Börm zum einen die Innovation der Ernennung zum *hostis publicus* an, die in der römischen Tradition ohne Beispiel ist, für die die Übernahme eines griechischen Musters jedoch plausibel scheint. Zum anderen nennt er die Einführung von Proskriptionslisten in Rom durch Sulla, die eine lange Tradition im Rahmen griechischer Staseis hatten, zum Beispiel bei Charops von Epirus.

Im Resümee konstatierte er als zentrales Ergebnis seiner Überlegungen, dass die griechische Lesart der Konflikte in der späten Republik die Fähigkeit zur Reintegration von Aristokraten, die bis dahin in Rom politische Praxis war, vermindert hätte. Stattdessen hätte sie zu einer Dichotomisierung und zur Transformation der politischen Matrix der römischen Republik geführt.

ANNA SCHNEIDERHEINZE (Konstanz) verschob die Fokussierung auf einen einzelnen Akteur in einer einzigartig prekären Konstellation während des Cäsarisch-Pompeianischen Bürgerkriegs. Eine Analyse von Ciceros Position infolge seines Übergangsversuchs zur Cäsarischen Seite nach der überraschenden Niederlage seines Lagers bei Pharsalos (48 v. Chr.) ermögliche eine einmalige Chance zur Rekonstruktion der Rechtfertigungsstrategien eines prominenten Bürgerkriegsverlierers, so Schneiderheinze.

Basierend auf der aus Brundisium erfolgten brieflichen Korrespondenz Ciceros mit seinem Freund Atticus wurde in einem ersten Schritt Ciceros Situationsanalyse der Ereignisse nach Pharsalos sowie die Erwartungen, die ihn zu seinem Übertritt bewogen haben, rekonstruiert. Demnach sei Cicero schnell klar geworden, dass er mit seiner schnellen Flucht keinen Vorteil bei Cäsar erzielen konnte. Schneiderheinze legte hier entgegen der bisherigen Forschung vor allem die Manipulationsversuche Ciceros offen. Dieser habe in der sich verengenden Situation auch vor Fälschungen, wie der Bezugnahme auf mutmaßliche Gunstbeweise durch hohe Cäsarianer, nicht zurückgeschreckt.

In einem zweiten Schritt untersuchte Schneiderheinze nun die persönlichen Kollateralschäden der Ciceronischen Rechtfertigungsstrategien. Gemäß ihrer Interpretation musste es in der prekären Situation, in der sich Cicero und andere Verlierer des Bürgerkriegs befanden, strukturell zwangsweise zu gegenseitigen Verleumdungen beim Sieger (Cäsar) kommen. Dass sich die daraus entstehenden Friktionen auch entlang engster Verwandtschaftsbeziehungen nachweisen lassen, verdeutliche das Beispiel des Zerwürfnisses Ciceros mit seinem Bruder Quintus. Beide denunzierten sich gegenseitig bei Cäsarianern in der Hoffnung, ihre eigene Beteiligung auf der Verliererseite zu relativieren. Deutlich wurde hier der Punkt gesetzt, dass derartige Zuspitzungen und das damit einhergehende Genre „regerechter Hassbriefe“ ein kommunikatives Novum der Bürgerkriegskonstellation darstellten.

An diesen Befund anknüpfend wurde abschließend das Charakteristikum einer sich verschärfenden dichotomen Sichtweise auf mögliche Handlungsstrategien besprochen. Cicero habe als Folge seiner fortgesetzten Anbiederungsversuche an das Cäsarische Lager ab einem gewissen Zeitpunkt nur noch auf diese Karte setzen können, weil ihn im

Fall eines Sieges der Republikaner andernfalls die Proskribierung erwartet hätte. Die Anfeindungen gegenüber neutralen Positionierungen seitens der Bürgerkriegsprotagonisten wurden am Beispiel von Ciceros Kritik an Atticus' Verhalten verdeutlicht. Insgesamt konnte der Vortrag sowohl das heuristische Potential von gerade nicht ex post-gestützten Situationsanalysen als auch die massiven Transformationsprozesse von althergebrachten Sinnstrukturen und Handlungsstrategien in Bürgerkriegskontexten verdeutlichen.

ULRICH GOTTER (Konstanz) widmete sich in seinem Vortrag einem besonders heiklen literarischen Produkt der spätrepublikanischen Bürgerkriegskultur: dem autobiographischen Schreiben erfolgreicher Bürgerkriegsprotagonisten, konkret am Beispiel von Cäsars *Commentarius de bello civili*. Gotter ging dabei von der Prämisse aus, dass der Glaubwürdigkeitsanspruch von Erzählungen in gleichem Maße abnehmen musste wie die Illegitimität der geschilderten Ereignisse zunahm.

In einem ersten Schritt wurde Cäsars doppelt prekäre Situation als Auslöser des Bürgerkriegs im Jahre 49 v. Chr. und als Autor eines Textes über diese illegitimen Ereignisse betont. Das zentrale Bemühen, die Schuldfrage der Pompeianischen Seite zuzuweisen, zeige sich schon im dramatischen Einstieg des Textes, der ohne jegliches Proöm oder Vorgeschichte auskommt und stattdessen direkt mit den letzten vergeblichen Bemühungen um eine Kriegsvermeidung durch Cäsars Legaten in Rom beginnt. Bereits hier würde deutlich, dass das Potential dieser Textform vor allem in der Fähigkeit zur suggestiven Manipulation von Zeitlichkeit liege. Dementsprechend habe Cäsar im Anschluss an diesen Einstieg auch die Chronologie der weiteren Ereignisse in seinem Sinne neu arrangiert. So verschleierte der Text keinesfalls zufällig die Geschwindigkeit von Cäsars Vormarsch und dessen aktive Vorbereitung auf den Krieg.

In einem zweiten Schritt rückten die Strategien der Glaubwürdigkeitserzeugung des Textes anhand des Beispiels der Ubiquität von personal referenzierter indirekter Rede in den Fokus. Der Einsatz dieser Technik lieferte demnach zweierlei: Erstens wurde so ein klassisches Glaubwürdigkeitsproblem historiographischer Erzählungen, in denen direkte Reden keine faktische Authentizität beanspruchen konnten, adressiert und zweitens trat durch die Referenzierung des Gesagten

auf einzelne reale Personen das erzählerische Ich in den Hintergrund. Beides begründete einen sachlichen Stil, der aber in Gotters Lesart nicht als stilistischer Selbstzweck eines begabten Autors zu verstehen sei, sondern konkret der Generierung von Glaubwürdigkeit dienen sollte.

Abschließend hob Gotter auf intertextuelle Anspielungen des Cäsarischen Textes ab. Cäsar habe sich, so die These, bewusst als Anti-Sulla inszeniert. So sei eine mögliche *imitatio* von Sullas Vorgehen der 80er-Jahre (Proskriptionen, Morde) im Plot durchaus bewusst evoziert, dann aber an den entscheidenden Stellen konträr aufgelöst worden. Die Intention sei somit klar: Cäsar wollte auf keinen Fall Sulla sein. Diese Abgrenzung zum letzten schreibenden Bürgerkriegsgewinner sei eines der zentralen Anliegen und Angebote des Textes gewesen, so die abschließende These.

Im letzten Vortrag der Sektion skizzierte WOLFGANG HAVENER (Heidelberg), wie Exempla in Bürgerkriegszeiten genutzt werden konnten, um transgressives Verhalten zu verargumentieren. Zum Einstieg zeigte er anhand eines Briefes von Cicero auf, welche Gefahr dem Exemplum in Bürgerkriegszeiten innewohnte, da es genutzt werden konnte, illegitimes Verhalten zu legitimieren. Statt traditioneller Werte und Normen konnte nun transgressives Verhalten vermittelt werden, was Havener treffend als die „Pervertierung des Exemplums“ bezeichnete.

Allerdings habe Cicero 20 Jahre zuvor im Rahmen der vierten Catilinarischen Rede, ebenfalls in einer Krisensituation, ein ähnliches Verhalten an den Tag gelegt. Zunächst markierte er die Catilinarier als Feinde des Vaterlands, charakterisierte den Konflikt mit dem Terminus *bellum*, um daraufhin sein eigenes Handeln in eine Exemplareihe ausgerechnet mit den bekanntesten Feldherren der Republik zu stellen. Die argumentative Strategie hinter dieser Rhetorik interpretierte Havener wie folgt: Durch die Nutzung von Termini aus der Sphäre des auswärtigen Kriegs, konnte er die Frontlinien zwischen Freund und Feind klären, sich als Verteidiger der *res publica* charakterisieren und den Sieg über die inneren Feinde als seine Leistung beanspruchen.

Die Autorität der Exemplareihen, in die Cicero sich einfügte, diene zunächst der Stützung seiner eigenen Positionierung. Gleichsam postulierte er damit aber auch, dass Leistungen innerhalb der verheerenden Bürgerkriegssituation mit den gleichen Maßstäben und Bewertungskri-

terien gemessen werden konnten wie im externen Krieg. In der Folge habe Cicero darauf abgezielt, dass seine Leistungen für die *res publica* Eingang in das kollektive Gedächtnis fänden. In diesem Sinne vollendete er mit Verweis auf die Außerordentlichkeit seiner Leistungen die Exemplareihe und beanspruchte für sich selbst dadurch ebenfalls exemplarisches Verhalten. Die eigene Normtransgression im inneren Konflikt wurde somit durch die Parallelisierung mit Exempla aus der auswärtigen Sphäre zu einem maßstabsbildenden, positiven Modell umgedeutet.

Im Sinne eines kulturgeschichtlichen Ansatzes, der nach Dynamiken und Transformationen im Rahmen der Bürgerkriegssituation fragt, ging es Havener dabei nicht darum, den Erfolg dieses pervertierten Exemplums ciceronischen Handelns zu evaluieren, sondern vielmehr die kritische aber auch innovative Rolle von Exempla für die Etablierung neuer Werte und Normen herauszuarbeiten.

ULRICH GOTTER (Konstanz) stellte in seinem abschließenden Kommentar noch einmal die Differenz des Sektionsansatzes gegenüber gängigen Analysen über den Untergang der Republik heraus. Diese stünden immer wieder vor dem Problem, flächige Phasen von „Normalität“ in dieser Epoche mit den eruptiven und gewaltsamen Eskalationen zusammenzubringen. Seiner Meinung nach hätten aber gerade die Gewalterfahrungen und deren konzeptionelle Bearbeitung eine latente Bürgerkriegskonstellation in den politischen Raum eingelagert. Die Folge sei letztlich eine Dominanz der nun immer präsenten transgressiven Handlungsoption.

In der abschließenden Diskussion wurde unter anderem von Uwe Walter unter Bezugnahme auf Ulrich Gotters Vortrag auf den fortgesetzt experimentellen Charakter von autobiographischem Schreiben auch nach Cäsars Tod hingewiesen. Eine feste Form dieser Texte hätte unter diesen Umständen kaum entstehen können, auch Cäsars Versuch sei in diesem Sinne trotz aller Innovativität letztlich in seinem Anliegen gescheitert. Die weiteren Beiträge fokussierten primär auf den Begriff einer „Bürgerkriegskultur“ und fragten, inwiefern sich die Vorträge, die sowohl zeitgenössische als auch ex post-gestützte Außen- und Innenansichten analysierten, unter diesem Zugang schlüssig bündeln lassen. Wolfgang Havener betonte demgegenüber, dass die Vorträge der Sekti-

on erste Bausteine liefern sollten, die einen Diskurs über Bürgerkrieg nachzeichnen, der dann auch ex-post fortgesetzt worden sei.

Auch wenn einzelne Komponenten des Konzepts der „Bürgerkriegskultur“ gewiss einer begrifflichen und definitorischen Schärfung bedürfen, stellten sowohl die Vorträge als auch der kulturgeschichtliche Ansatz den heuristischen Mehrwert dieses verbreiteten Zugangs heraus.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Henning Börm (Konstanz / Tübingen) / Wolfgang Havener (Heidelberg) / Ulrich Gotter (Konstanz)

Wolfgang Havener (Heidelberg): Einführung

Henning Börm (Konstanz / Tübingen): „Stasis in Rom? Hellenismus und *bella civilia*“

Anna Schneiderheinze (Konstanz): „Fragmente der Krisenwahrnehmung: Sinnstrukturen in Ciceros Briefwechseln“

Ulrich Gotter (Konstanz): „Schreiben nach dem Morden – oder: Wie römische Bürgerkriegsgeneräle der späten Republik Glaubwürdigkeit generierten“

Wolfgang Havener (Heidelberg): „Beispielhafter Bürgerkrieg. Das *exemplum virtutis* als Deutungsinstrument römischer Geschichte in Zeiten des Umbruchs“

Ulrich Gotter (Konstanz): Kommentar

Tagungsbericht *Bürgerkriegskultur. Bellum civile und politische Kommunikation in der späten römischen Republik*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

### Wenn ‚cultural brokers‘ scheitern – Fehlgeschlagene Kommunikation lokaler Eliten im antiken Nahen Osten

Von: Julia Hoffmann-Salz, Historisches Institut, Universität zu Köln

Die Sektion fragte nach Gründen des Scheiterns lokaler Eliten in ihrer essentiellen Rolle als Vermittler zwischen der eigenen Gemeinschaft und der Reichszentrale. Um diese Vermittlerrolle zu beschreiben, wurde sich dabei des Konzeptes der ‚cultural broker‘ bedient, welches seit den 1950er-Jahren in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen Verwendung findet. Dabei ist die Vorstellung von ‚cultural brokers‘ als Kulturvermittler eng mit dem Konzept der ‚broker‘ an sich verbunden. Dieser Begriff wurde vor allem vom Anthropologen Eric Wolf verwendet, um Vermittlerpersönlichkeiten zwischen indigenen Gemeinschaften und Gesamtstaaten zu beschreiben.<sup>1</sup> Die ‚brokers‘ vermittelten nicht nur im politischen Sinne zwischen der eigenen Gemeinschaft und der Zentrale, sie schufen durch ihr Verständnis für beide Welten eine gemeinsame Kommunikationsbasis, die erst Verhandlungen und Verständigungen möglich machte. Für diese Rolle hat die amerikanische Historikerin Margaret Connell-Szasz den Begriff der ‚cultural brokers‘ geprägt.<sup>2</sup> Für sie sind ‚cultural brokers‘ Individuen, die aus unterschiedlichen Gründen Erfahrungen in einer fremden Kultur gemacht haben und diese zu nutzen wissen. Der so gewonnene Wissensvorsprung, der die Rolle als ‚cultural brokers‘ ermöglichte, hatte meist positive Folgen für diese, da sie so ihre eigene Stellung gegenüber der Herkunftsgemeinde festigen und durch ihr Wissen um die Gepflogenheiten der neuen Machthaber eine Prominenzrolle erlangen konnten. Damit sind Prominenz, Vertrauen und Verständnis für bzw. Einsicht in sowohl die Kultur der eigenen Gemeinschaft wie der Kultur der übergeordneten Staats- oder Reichsgemeinschaft wesentliche Kriterien, um Personen als ‚cultural broker‘ zu bezeichnen. Gleichzeitig sind dies wesentliche Charakteristika lokaler Eliten, wie dies etwa auch in der Definition lokaler Eliten bei Boris

<sup>1</sup> Eric Wolf, Aspects of Group Relations in a Complex Society, in: American Anthropologist 88 (1956), S. 1065–1078.

<sup>2</sup> Margaret Connell-Szasz, Between Indian and White Worlds. The cultural broker, Norman 1994/2001.



Dreyer und Peter Franz Mittag festgehalten wurde.<sup>3</sup>

Nicht auflösbare Konflikte zwischen divergierenden Interessen, veränderte Rahmenbedingungen in der Reichszentrale, Missverständnisse und vor allem Verlust von Vertrauen konnten dabei die Stellung der ‚cultural brokers‘ jederzeit gefährden und sie scheitern lassen – und zwar sowohl in ihrer Kommunikation ‚nach oben‘ zu den neuen Machthabern wie auch ‚nach unten‘ zu ihrer eigenen Gemeinschaft. Die Sektion stellte Beispiele für dieses Scheitern lokaler Eliten im antiken Nahen Osten zusammen, in denen sie ihre Rolle als ‚cultural brokers‘ nicht erfolgreich ausfüllen können. Denn diese Misserfolge können als solche entscheidenden Momente in der Kommunikation zwischen Machtzentrale und indigenen Gemeinschaften verstanden werden, in denen die Spaltung der Gesellschaft in Herrscher und Beherrschte, also die eigentliche Asymmetrie der Positionen der Kommunikationspartner, deutlich zu Tage trat. Sie werfen damit ein Schlaglicht auf eben diese Spaltung der Gesellschaft, die in der Herrscherrepräsentation der antiken Reiche oft explizit verdeckt werden sollte.

In seinem Beitrag untersuchte BENEDIKT ECKHARDT (Edinburgh) die Etablierung eines hellenistischen Gymnasiums in Jerusalem im Kontext der Einrichtung dieser Institution in anderen Städten unter den Seleukiden, insbesondere Sardeis, Limyra, Babylon sowie dem attalidischen Toriaion. Auch wenn die Voraussetzungen zur Etablierung der Gymnasien jeweils unterschiedlich waren, zeigten die Beispiele die hohe Relevanz der Gymnasien in der Kommunikation zwischen städtischen Gemeinschaften und König, denn über sie konnte dieser Einfluss auf die politischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen in den Städten nehmen. Es wurde deutlich, dass auch das Jerusalemer Projekt zunächst erfolgreich von Jason umgesetzt werden konnte, auch wenn dieser fast ‚Putsch‘-haft die Rolle des Hohepriesters und damit des höchsten Vertreters der indigenen Gemeinschaft usurpiert hatte. Dies sei ihm insbesondere gelungen, weil er das Vertrauen der Zentralmacht in seine Nützlichkeit erlangt hatte. Dadurch schuf er aber einen Präzedenzfall, der der Zentrale die Verfügbarkeit dieser Position

<sup>3</sup> Boris Dreyer / Peter Franz Mittag, Einleitung, in: Boris Dreyer / Peter Franz Mittag (Hrsg.), Lokale Eliten und hellenistische Könige. Zwischen Kooperation und Konfrontation, Berlin 2011, S. 10.

und den damit verbundenen Zugriffsmöglichkeiten deutlich machte. Im Rahmen der Rivalität zwischen den Angehörigen der lokalen Eliten konnten seine Gegner einen Vertrauensverlust in Jason initiieren bzw. erkaufen, der sein Scheitern erzwungen habe.

SITTA VON REDEN (Freiburg) analysierte am Beispiel des Gräko-Ägypters Dionysos Petosorapis die institutionalisierten, hierarchisierten und durch Rivalität geprägten Patronagebeziehungen zwischen Herrscherhaus, Königshof, Priesterschaften, Heereskommandanten und weiteren absteigenden Ebenen regionaler und lokaler Eliten im ptolemäischen Ägypten. Von Reden betonte, dass nur die soziale und transkulturelle Vernetzung dieser Ebenen eine staatliche Verwaltung ermöglichte. Der Zugriff auf diese Netzwerke war essentiell für die Aufrechterhaltung legitimer und friedlicher Herrschaft und bedurfte ‚cultural broker‘, die in beiden kulturellen Kreisen akzeptiert waren. Die Aufstände und Unruhen zwischen 220 und 160 v. Chr. erschütterten diesen Frieden, der auch den Ressourcenzugriff des ptolemäischen Regimes sicherte. Von Reden konnte deutlich machen, dass die Aufstände vor allem agrarische Ursachen hatten, nämlich dauerhaft niedrige Nilstände, die zum Entzug des Vertrauens für die Herrscher und die mit ihnen kooperierenden Priestereliten führte. Denn als negative Omina ausgelegte Naturphänomene stellten die notwendige göttliche Sanktionierung ihrer Rolle in Frage. Entsprechend propagierten sich die Anführer der Aufstände als Rückkehrer zu einer legitimen Herrschaft, die das Chaos in Ordnung zurückführen werde. Aber so wie die ptolemäischen Herrscher und ihre Anhänger scheiterten auch die Anführer der Aufständischen an der Konkurrenzhaftigkeit des Patronage-Systems: Als Köpfe eines kaskadierenden Patronage Systems waren sie ebenso auf ihre Anhänger-schaften angewiesen wie ihre Gegner und mussten sich in der gleichen natürlichen und politischen Ordnung legitimieren wie sie, was ihnen mittelfristig nicht gelang.

Dagegen scheiterte der Tetrarch Zenodoros aus dem Beitrag von JULIA HOFFMANN-SALZ (Köln) am mangelnden Vertrauen der Zentralmacht Rom, in der er nicht genügend Unterstützung für seine Eigenherrschaft fand. Entgegen der negativen Bewertung seiner Herrschaft in den Quellen als Räuberwesen könne diese durchaus im Rahmen der in hellenistischen Reichen üblichen Ressourcenkontrolle verstanden wer-

den, die ihn jedoch in massive Konkurrenz zu seinen Nachbarn brachte. In dieser ökonomischen Konkurrenzsituation vermochte Zenodoros es offenbar nicht, ausreichend Ressourcen und vor allem ausreichend Netzwerke zur Durchsetzung seiner Interessen zu mobilisieren. Sein Scheitern sei damit weniger als Vertrauensverlust durch faktisches Fehlverhalten, sondern vielmehr als Ergebnis einer harten Rivalität der lokalen Akteure zu verstehen, die ihren Wiederhall in den literarischen Quellen fand.

MONIKA SCHUOL (Eichstätt) stellte in ihrem Beitrag zum Jüdischen Aufstand 70 n. Chr. zunächst fest, dass die Quellen bis zu dieser kommunikativen Katastrophe ein durchaus gutes Verhältnis zwischen den jüdischen Eliten und Rom vermitteln. Auch die von ihr vorgestellten ‚cultural broker‘ Agrippa II. und Josephus seien eigentlich durch Erziehung respektive Bildung mit Rom und durch ihre hohe soziale Stellung in der Herkunftsgemeinde mit dieser eng verbunden und daher für eine Vermittlerrolle auch oder gerade im Konfliktfall prädestiniert gewesen. Gerade aber die Anbindung an Rom und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen hätten für ihre Wahrnehmung als Verräter in ihrer Gemeinschaft gesorgt, also einem Vertrauensverlust, den auch die ebenfalls vermittelnde eingreifende hohepriesterliche Aristokratie erlebt habe. Agrippa II. und Josephus seien schließlich an den im Grunde nicht versöhnbaren gegensätzlichen Interessen ihrer beiden Referenzpartner gescheitert: Ihr politisches Überleben sei zu sehr mit Rom verknüpft gewesen, als dass sie als Verhandlungspartner auf Augenhöhe angesehen werden konnten, und gleichzeitig waren in Judäa zu viele zerstrittene Interessensgruppen aktiv, als dass die römische Herrschaft als Option zur Konfliktlösung hätte akzeptiert werden können.

Die vier Beiträge der Sektion haben gezeigt, dass lokale Eliten als ‚cultural broker‘ ihre kulturelle Mittlerrolle immer nur im Rahmen eigener Machtinteressen wahrnahmen. Vermittlung von und zwischen verschiedenen Kulturgemeinschaften war also kein Selbstzweck, sondern Teil der elitären Rolle als ‚power broker‘, als politisches Bindeglied zwischen einer Zentralmacht und ihren indigenen Untergebenen. Diese Stellung wurde je nach Kontext über die Verwendung der Symbole der Zentralmacht wie der indigenen Gemeinschaft abgesichert. Kulturvermittlung war dabei integraler Bestandteil ihrer Selbstdarstellung,

auch weil der Rückgriff auf die Symbole der jeweiligen Referenzgruppen die sichtbarste Form der Kommunikation der eigenen Stellung im Gesamtgefüge der soziopolitischen Realität ermöglichte.

Scheiterten die lokalen Eliten dann in ihrer Rolle als ‚cultural broker‘, so taten sie dies überwiegend nicht aus kulturellen Gründen. Jason, Dionysios Petosórapis, Zenodoros, Agrippa II und Josephus verstanden die Kulturen der eigenen Gemeinschaften ebenso wie die der Zentralmächte, mit denen sie kooperierten. Nur für Agrippa II und Josephus könnte man unüberbrückbare kulturelle Gegensätze als Grund des Scheiterns einer Vermittlerrolle heranziehen – aber interessanterweise führte bei ihnen der Vertrauensverlust durch die Herkunftsgemeinde nicht zu einem Vertrauensverlust durch die Zentralmacht Rom. Damit wurde die Asymmetrie der Positionen der Kommunikationspartner sichtbar: So sehr die Zentralmacht auch auf die Vertreter der lokalen Eliten und ihre Netzwerke angewiesen war, um ihre eigenen Herrschaft und insbesondere die eigene Ressourcenkontrolle zu verwirklichen – viel mehr mussten diese Eliten angesichts der großen Konkurrenzsituation mit anderen lokalen ‚brokern‘ um den eigenen Machterhalt fürchten.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Julia Hoffmann-Salz (Köln)

Julia Hoffmann-Salz (Köln): Einführung

Benedikt Eckhard (Edinburgh): Das Gymnasion von Jerusalem – ein Paradebeispiel für gescheiterte Kommunikation?

Sitta von Reden (Freiburg): Wenn ‚cultural brokers‘ scheitern: Lokale Aufstände und ihre Ursachen im ptolemäischen Ägypten

Julia Hoffmann-Salz (Köln): Zenodors, Tetrarch der Ituräer – Räuberhauptmann – gescheiterter ‚cultural broker‘?

Monika Schuol (Eichstätt): Die Zerstörung des Jerusalemer Tempels 70 n.Chr.: Agrippa II., die hohepriesterliche Aristokratie und Josephus als gescheiterte ‚cultural brokers‘

Julia Hoffmann-Salz (Köln): Zusammenfassung

Tagungsbericht *Wenn ‚cultural brokers‘ scheitern – Fehlgeschlagene Kommunikation lokaler Eliten im antiken Nahen Osten*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

### Monarchiegeschichte zwischen *histoire comparée* und *histoire croisée*

**Von:** Frans Willem Lantink, Departement Geschiedenis en Kunstgeschiedenis, Universiteit Utrecht

Die Sektion präsentierte die neueste Forschung der niederländischen Monarchie in einer vergleichenden europäischen Perspektive. Diesbezüglich wurde ein Akzent auf die Verbindung der niederländischen Monarchie mit den deutschen Fürstendynastien und die Entwicklungen in Deutschland im langen 19. Jahrhundert gelegt. Ausgangspunkt für die Diskussion und den historiographischen Vergleich war das Projekt der wissenschaftlichen Biographien der ersten drei Niederländischen Könige: Willem I., Willem II. und Willem III., und deren Veröffentlichung im Jubiläumsjahr der Oraniermonarchie (1813–2013).

Aktuelle Trends in der Monarchieforschung widmen sich den europäischen Königen in ihren vielen verschlungenen Rollen in der Gesellschaft: dynastisches, militärisches, zeremonielles und gesellschaftliches kommen zusammen in der Person des Monarchen. Vertretung des Staates und der Nation verlangten andere Funktionsmodelle neben der klassischen Rolle in den Netzwerken der internationalen Diplomatie, worin die Höfe Europas weiterhin eingebunden waren. Im Zeitalter zwischen Ancien Regime und dem Ersten Weltkrieg kamen viele gesellschaftliche Erwartungen, Kräfte und Spannungen in der Gestaltung der Monarchie zusammen. Die Fürsten waren ein Faktor bei der Entstehung von gesellschaftlichen Spannungen, aber sie wurden auch dagegen zur Überwindung und Versöhnung von sozialen Spaltungen eingesetzt. Es ist klar, dass sich die neueste Monarchieforschung disziplinär verbreitet hat. Eine der Herausforderungen ist die vergleichende Methode: Kann sie die Erforschung der europäischen Monarchie von einer klassischen

nationalen historiographischen Perspektive befreien? Diese neuen vergleichenden Fragestellungen und Methoden wurden in der Sektion behandelt.

Über die komparative Methodologie hinaus gibt es auch gegensätzliche inhaltliche Perspektiven, die in der jüngsten Monarchieforschung zu Diskussionen führen. Einerseits bleibt ein Schwerpunkt in der Forschung auf die neue bürgerliche Monarchie des 19. Jahrhunderts weiter bestehen, andererseits gibt es ein erneutes Interesse an der Persistenz des Ancien Regimes in der Form des zeremoniellen und des europäischen dynastischen Netzwerkes, worin Fürsten weiterhin eine Rolle spielten, die sich nicht synchron mit den politischen Realitäten des nationalen Staates weiterentwickelten. Ideologisch und kulturell gab es eine Spannung zwischen der monarchisch-aristokratischen und bürgerlichen Wertehimmel: in der Person des Monarchen und seiner Familie, in den vielen „erfundenen Traditionen“, und in der Identifikation der Bürger mit „der Familie auf dem Thron“. Welche Werte waren für Monarch, Adel und Kirche in einer bürgerlichen Kultur verblieben? Auffallend ist der relative Erfolg der Monarchie im langen neunzehnten Jahrhundert immerhin. Inmitten des Nationalstaates im 19. Jahrhundert sei die symbolische Position des Monarchen verstärkt worden, dennoch wurden die politischen Realitäten der Machtbalance in Europa von anderen Kräften bestimmt, nicht zuletzt von bürgerlichen Eliten und von den Großmächten. Die Fürsten spielten eine komplexe, nicht eindeutige Rolle in den internationalen Beziehungen zwischen dem Ancien Regime und dem Ersten Weltkrieg. Das Familiennetzwerk der europäischen Dynastien funktionierte jedoch bis 1914.

In den Beiträgen der Sektion wurden die neuen Themen der niederländischen Monarchieforschung in einer vergleichenden Perspektive dargeboten und zur Diskussion eingeladen. Was lehrt uns der phänomenologische Vergleich des neuen niederländischen Königreichs mit dem neuen Königtum in Württemberg und in Bayern? Wie kann das stark verbundene Netzwerk zwischen Hohenzollern und Oranien gedeutet werden auf der internationalen Ebene und in der Spannung zwischen dynastischem Hausmacht und den Interessen der Großmächte? Was bedeuteten die Revolutionen von 1848 für die europäischen Monarchen? In den Niederlanden war die Revolution nicht gewalttätig, aber die

liberalbürgerliche Elite band die Monarchie erfolgreich in einer konstitutionellen Zwangsjacke ein. Inwieweit unterschied sich die Position von Willem II. von den deutschen Fürsten? Die Geschichte der Niederlande zeigt Beispiele eines gescheiterten, unpopulären Monarchen, aber am Ende des neunzehnten Jahrhunderts wurde die Erfindung einer neuen populären Monarchie von den Königinnen Emma und Wilhelma gezeitigt. Gender und Monarchie bilden eben eine wichtige Perspektive in der neuen biographischen Monarchieforschung.

HEIDE MEHRKENS (Aberdeen) diskutierte die neuen Herausforderungen des Forschungsfelds „moderne Monarchien“ und seine Möglichkeiten und Grenzen im europäischen Kontext. Dieses Forschungsfeld erscheint hervorragend geeignet, um Studien in der vergleichenden Geschichtswissenschaft (*histoire comparée*) durchzuführen. Gleichzeitig besitzt die europäische Institution Monarchie im langen 19. Jahrhundert aber auch großes Potential für Untersuchungen im Rahmen der Verflechtungsgeschichte. Die Untersuchung von Monarchien in der Verflechtungsgeschichte (*histoire croisée*) widmet sich nicht Gemeinsamkeiten und Unterschieden, sondern legt den Fokus auf Beziehungen, Transfers und Interaktionen. Ein genuin internationaler Charakter (europäischer) dynastischer Verbindungen schafft ideale Bedingungen für die Verflechtungsforschung in der Monarchiegeschichte. Mehrens plädierte gerade für diese letzte Perspektive.

FRANS WILLEM LANTINK (Utrecht) diskutierte eine vergleichende Perspektive von drei Staaten, die in der Umbruchszeit 1780-1820 zum Königtum avancierten: die Neubildung des Königreiches der Vereinigten Niederlande in 1815 und die Königreiche Bayern und Württemberg im Jahr 1806, die auch ab 1815 bis 1918 in dieser Form weiterbestanden. Schon diese unterschiedliche Jahreszahlen und das Intermezzo des Königreiches Holland 1806–1810 weisen darauf hin, dass die Niederlande, Bayern und Württemberg nicht symmetrisch zu vergleichen sind. Wichtig beim Vergleich zwischen diesen asymmetrischen Entwicklungen in den drei neuen Königreichen sei es, die letztendlich fortwährende dynastische Tradition und sowie die dynastische Tradition der drei Familien in der Diskontinuität der Form einer neuen Monarchie zu bewerten.

JEROEN KOCH (Utrecht) thematisierte zwei parallele Leben, das

des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) und jenes des niederländischen Königs Wilhelm I. (1772–1843). Geben die Biographien dieser Cousins und Schwäger Antwort auf die Frage, was es bedeutete, ein Restaurationsmonarch zu sein? Betrachtet wurde die Symbolik um beide Könige, ihren Platz in der Zentralverwaltung und der Staatsbürokratie sowie einige der Maßnahmen, die sie im Bereich der Wirtschaft, Armee und Religion ergriffen oder in ihrem Namen ergriffen wurde. Aufmerksamkeit wurde auch dem Platz ihres Königreichs im europäischen Staatensystem geschenkt. Willem I ist letztendlich mit seiner Integrationspolitik seines neuen Königreichs gescheitert, die gesplante Gesellschaft des protestantischen Norden und das katholische Südens zu vereinen. DIK VAN DER MEULEN (Utrecht) präsentierte eine neue Perspektive auf den „gescheiterten Monarchen“ Willem III., der trotz seiner Schwierigkeiten mit der politischen Elite, eine neue verbindende Bedeutung der Monarchie vorwies in Zeiten von nationalen Katastrophen. MONICA SOETING (Amsterdam) betonte die ganz neue integrierende, populäre Funktion der neuen Monarchie um 1900, in einer Zeit von gesellschaftlichen und ideologischen Spaltungen. In ihrer neuen Forschung widmet sie sich der Biographie der Königin Emma und analysierte die raffinierte Genderstrategie in der Verstärkung der Monarchie der Witwe von König Willem III. und Mutter der jungen Königin Wilhelmina.

Die lebhafteste Diskussion kreiste vor allem um die Frage, ob die leitende Perspektive, die neue „bürgerliche“ Monarchie des 19. Jahrhunderts, weiterbestehen kann. Oder ist die Persistenz des Ancien Regimes in der Form des Zeremoniellen und des Europäischen dynastischen Netzwerkes, worin Fürsten weiterhin eine Rolle spielten, die sich nicht synchron mit der politischen Realitäten des nationalen Staates weiterentwickelten und sich um 1900 sogar verstärkt hatten, weiter zu betonen? Vielleicht offenbaren sich gerade in der Entwicklung der Monarchie im langen 19. Jahrhundert die wahren Paradoxien jener Zeit.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Frans Willem Lantink (Universiteit Utrecht)

Jeroen Koch / Frans Willem Lantink (Universiteit Utrecht): Einführung

Heidi Mehrkens (University Aberdeen), Fragestellungen und Methodologie einer vergleichenden Monarchiegeschichte

Frans Willem Lantink (Universiteit Utrecht): Phänomenologie des Übergangs: dynastische Tradition und Neue Monarchie: Niederlande/Württemberg/Bayern 1780-1820

Jeroen Koch (Universiteit Utrecht): Überwindung der gespaltenen Gesellschaft? Restaurationsmonarchen und fürstliche Vernetzung: Oranien und Hohenzollern.

Dik van der Meulen (Universiteit Utrecht): Der gescheiterte Monarch? Willem III. der Niederlande und seine europäischen Kollegen.

Monica Soeting (Vrije Universiteit Amsterdam): Die Popularisierung der britischen und niederländischen Monarchien im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in Anbetracht von Gender und der sich herausbildenden Klassegesellschaft.

Kommentator : Frank-Lothar Kroll (Technische Universität Chemnitz)

Tagungsbericht *Monarchiegeschichte zwischen histoire comparée und histoire croisée*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

---

### **„Bürgerkriege“ im Spätmittelalter: Frankreich, England, die burgundischen Niederlande, Katalonien und Neapel. Vergleichende Perspektiven**

**Von:** Julia Bühner, Historisches Seminar, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

„Bürgerkrieg“ sei heutzutage ein geradezu inflationär gebrauchter Begriff, so NILS BOCK (Münster), der zusammen mit JESSIKA NOWAK (Basel) die Sektion zu „‘Bürgerkriege(n)’ im Spätmittelalter: Frankreich, England, die burgundischen Niederlande, Katalonien und Neapel. Vergleichende Perspektiven“ leitete. Im Mittelalter hingegen variierten die Begrifflichkeiten zur Beschreibung dieses Phänomens, das sich vor allem aus zwei Gründen nur sehr schwer fassen lasse. Während heute Staatsgrenzen definierten, ob es sich bei militärischen Auseinandersetzungen um Kriege zwischen Staaten (externe Konflikte) handele oder um Bürgerkriege (interne Konflikte), lasse sich diese Unterscheidung im Spätmittelalter so einfach nicht treffen. Darüber hinaus erschwere die Vielfalt interner Konfliktformen im Mittelalter die eindeutige Qualifizierung eines internen Konflikts als „Bürgerkrieg“: Man denke beispielsweise an die Fehdeführung, an Parteienkämpfe etwa zwischen Ghibellinen und Guelfen oder an gesellschaftliche Spaltungen – ein Thema, mit dem sich die Sektion von Martin Kintzinger beschäftigte. Überdies regte Nils Bock an, dass die Konsequenzen der in den Vorträgen behandelten Bürgerkriege in den Blick genommen werden sollten. Zentrale Eigenschaften eines „Bürgerkriegs“ seien der durchgängige Umschlag ins Gewalttätige und die Teilnahme von Bürgern, von Personen mit einem ähnlichen sozialen, politischen und rechtlichen Status, die mit der Gewalteskalation zu „tödlichen Feinden“ würden.

Dies versuchte zunächst ROXANE CHILÀ (Bordeaux) am Beispiel von Adelskonflikten in der italienischen Stadt Neapel zu verdeutlichen. Innerhalb der adeligen *universitas* Neapels entbrannte im 14. Jahrhundert ein Konflikt, der erst durch die Intervention der Königin Johanna I. und die Unterzeichnung eines Amnestievertrages im Jahr 1380 zu einem vorläufigen Ende gebracht werden konnte. Dort wurden die – vor allem um die Frage des wahren Adelsstatus – geführten Straßenkämpfe

als *tumultus* bezeichnet. Mit der Infragestellung der Herrschaft der Königin aus dem Hause Anjou wurden die Kämpfe schließlich jedoch fortgesetzt.

In seinem Vortrag „Ungrateful daughters and unworthy mothers: political misogyny at the heart of civil wars in the Low Countries (13th–14th century)“ interpretierte GILLES LECUPPRE (Louvain-la-Neuve) frauenfeindliche Propaganda und das sich demgegenüber durchsetzende maskuline, autochthone Herrscherbild als latente Ursache und Folge von Bürgerkriegen in den Regionen Flandern, Hennegau, Zeeland und Holland. An drei Beispielen – Johanna von Konstantinopel, Margarethe I. von Holland und Margarethe II. von Konstantinopel – versuchte Gilles Lecuppre zu zeigen, wie aus der Infragestellung weiblicher Herrschaftsmacht in den Jahren 1224 bis 1354 Bürgerkriege erwuchsen.

Den Abschnitt zu Johanna von Konstantinopel überschrieb der Vortragende mit „Joan of Constantinople and the ghost of her father“. Die Eltern der Gräfin von Flandern und Hennegau waren beide während des vierten Kreuzzugs umgekommen. Ein Hochstapler behauptete jedoch in späteren Jahren, er sei Graf Balduin, Johannas Vater, und erhob somit Anspruch auf die Macht in ihrem Reich. Im Falle Margarethes I. von Holland machte ihr ein tatsächlicher Blutsverwandter den Thron streitig. Ein Zwist zwischen Margarethe und ihrem Sohn Wilhelm stürzte sie in einen Bürgerkrieg. Margarethe II. von Konstantinopel hingegen verursachte durch ihre zwei Ehen und die daraus resultierende Legitimitätsfrage der Herrschaftsfolge den flämischen Erbfolgekrieg. Die Aufteilung der Grafschaften Flandern und Hennegau an ihre zwei Söhne Johann und Wilhelm führte zu einer – jedoch nur vorläufigen – Lösung des Konflikts.

In allen drei Beispielen, so folgerte der Vortragende, hätte die Einbeziehung der städtischen Bürgerschaft in die dynastischen Konflikte zu internen Kriegen geführt. Darüber hinaus verschärfte die Einbeziehung äußerer Mächte durch die kämpfenden Parteien die Intensität der militärischen Auseinandersetzungen. Die in diesem Zusammenhang entwickelten frauenfeindlichen Stereotypen, lassen sich, wie Gilles Lecuppre zum Ende seines Vortrags zeigte, im historiographischen Diskurs sogar bis ins 19. Jahrhundert weiterverfolgen.

Der Vortrag von Gilles Lecuppre führte zu einer angeregten Dis-

kussion: Handelte es sich nicht eher um dynastische Konflikte als um Bürgerkriege? Denn nicht in allen vorgestellten Fällen wären Bürger in die militärischen Auseinandersetzungen involviert gewesen. Lag der Grund für die skizzierten internen Konflikte wirklich in der Infragestellung weiblicher Herrschaftsmacht oder war diese Infragestellung nicht eher nur diskursiver Natur? Die einseitige Auswahl kritischer, frauenfeindlicher Quellen hätte zu einem verqueren Gesamteindruck geführt, monierten die Diskutanten. Denn im Goldenen Zeitalter weiblicher Herrschaftsmacht habe es ebenso eine Fülle von Quellen gegeben, in denen die Herrschaft von Frauen legitimiert und verteidigt worden sei. Außerdem gebe es zum einen zahlreiche spätmittelalterliche Herrscherinnen, deren Macht nie in Zweifel gezogen worden sei. Zum anderen seien dynastische Kriege auch zwischen männlichen Thronprätendenten geführt worden, was ebenso wenig als eine grundsätzliche Infragestellung und Schwäche männlicher Herrschaft interpretiert werden dürfe.

Anhand der Rosenkriege in England (1455–1485) und des Konflikts zwischen Armagnacs und Bourguignons in Frankreich (1405–1435) während des Hundertjährigen Kriegs untersuchte ÉLODIE LECUPPRE-DESJARDIN (Lille) in ihrem Vortrag „French and English civil wars: a laboratory for political innovation in the 15th century?“, inwieweit Bürgerkriege Antriebskräfte für politische Neuerungen sein konnten. Obwohl Innovation im 15. Jahrhundert in der Theorie lediglich als Reform bzw. als Wiederbelebung einer idealen Vergangenheit verstanden worden sei, seien Neuerungen in der politischen Praxis dennoch möglich gewesen, was Élodie Lecuppre-Desjardin anhand von zahlreichen Beispielen illustrierte. Die Bürgerkriege hätten in England wie in Frankreich zu einer Vergrößerung der öffentlichen Sphäre geführt. Dies zeige sich an einem verstärkten Ausbau der Propagandamaschinerie wie an einer intensivierten Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit, die mithilfe von Bildmedien erreicht werden konnte. Zum einen hätten somit Stimmen des Protests erstmals Gehör finden können, zum anderen hätte diese Entwicklung zur Ausbildung einer manipulativen, politischen Rhetorik beigetragen. Darüber hinaus betonte die Vortragende den großen Einfluss, den die Bürgerkriege auf die Ideen politischer Denker – wie etwa Alain Chartier – hatten, in deren politischen Theorien

Moralität zunehmend einem Tugendideal gewichen sei, der Idee einer *Raison d'Etat*.

Die Bürgerkriege hätten darüber hinaus die Effizienz von Gerichtsverfahren gesteigert, denn die latente Angst vor Komplotten und Verrat hätte zu einer Beschleunigung der Prozesse und zu rigorosen Verurteilungen geführt. Auch die im französischen Parlement im Jahr 1454 beschlossenen Reformen nannte die Vortragende als Indikator dafür, dass die Bürgerkriege in England und Frankreich Veränderungen politischer und rechtlicher Natur beschleunigt hätten, woran sich eine allgemeine „efficiency of creative disorders“ ablesen lasse.

Mit seinem Vortrag „Politische Repräsentation des Landes in Zeiten des Konflikts. Das Beispiel Kataloniens während des „Bürgerkriegs“ (1462–1473)“ schlug STÉPHANE PÉQUIGNOT (Paris) eine Brücke zum aktuell hochbrisanten politischen Diskurs um die Unabhängigkeit Kataloniens. Aufgrund seiner Ambivalenz würde das von ihm ausgewählte historische Beispiel des Bürgerkriegs zwischen Katalanen und König Johann II. heute von Spanien und Katalonien politisch manipuliert. Insgesamt sei dieser Bürgerkrieg in der spanischen Geschichte in ganz unterschiedlicher Weise behandelt worden, von bewusstem Vergessen bis hin zur politischen Instrumentalisierung.

Das Fürstentum Katalonien als autonomes, politisches Subjekt mit besonderen Privilegien hatte sich bereits in den 1450er-Jahren zu einem Zankapfel entwickelt. Ohne Zustimmung des Königs richtete die katalanische *Generalita* einen neuen Rat ein, der den Auftrag hatte, den Königssohn aus der Inhaftierung zu befreien. Mit diesem Vorgehen traten die politischen „Grenzen des Möglichen“ des Fürstentums Katalonien hervor. Krieg brach aus, der, so der Vortragende, in der Historiographie unterschiedlich bewertet worden sei: Vom Aufstand der „katalanischen Furie“, von „Aufruhr“, von einer schließlich gescheiterten „Revolution“ und nicht zuletzt von einem „Bürgerkrieg“ war die Rede. Im Zuge des internen Konflikts kam es sogar zur politischen Spaltung, als der „einzige Abgeordnete“ Bernat Saporcella eine zweite *Generalitas* einrichtete. Schließlich siegte König Johann II., was zu einem Verbot des Rates, Gebietsverlusten und einer wirtschaftlichen Schwächung Kataloniens führte. Mit der dadurch entstandenen Furcht vor der königlichen Macht konnte ein vorläufiger Frieden erreicht werden.

Erste Ergebnisse seines Forschungsprojekts, einer akteurszentrierten Untersuchung der diplomatischen Bemühungen des Grafen von Flandern und der Städte Gent und Brügge am englischen Königshof im Rahmen zweier intensiver Bürgerkriege (1379–1385 und 1487–1492) präsentierte MICHAEL DEPRETER (Oxford). Die Verhandlungen am englischen Hof, zwischen den Städten und dem englischen König auf der einen und den Fürsten und dem englischen König auf der anderen Seite, seien parallel geführt worden. Die auserwählten Gesandten der Städte, um Partizipation ringend, standen jedoch nicht auf gleicher Ebene mit den Fürsten und wurden deshalb am englischen Hof nicht auf dieselbe Weise in Empfang genommen. Im Ergebnis, so hielt Michael Depreter fest, wurden nur Übereinkommen erzielt, die den Handel zwischen dem englischen Königreich und den Grafschaften betroffen hätten. Dies spiegele die Tatsache, dass der englische König rein wirtschaftliche Interessen verfolgt habe. Aus den Verhandlungen sei er durch seine starke Position als Gewinner hervorgegangen.

Zusammenfassend verknüpfte Nils Bock die gewonnenen Erkenntnisse zu einem eindrücklichen Bild. An den Vorträgen hätte sich gezeigt, dass insbesondere die Einbeziehung äußerer Mächte in die internen Konflikte zu einer Verhärtung der Fronten geführt habe. Zugleich hätten die internen Konflikte damit das Potenzial für einen größeren Krieg in sich geborgen.

Bezüglich des Begriffs „Bürgerkrieg“ wurde festgestellt, dass dieser neben anderen, wie etwa „Tumult“ oder „Aufruhr“, auch in den zeitgenössischen Texten zu finden war. Die Begriffsvielfalt habe gezeigt, dass nicht nur heute, sondern auch in den historiographischen Quellen der Zeit und in späteren Jahrhunderten die Frage nach der Einordnung – handelte es sich noch um normale Konstellationen oder bereits um Eskalation und Entgrenzung? – und nach der Bezeichnung der kriegesischen Auseinandersetzungen strittig gewesen sei.

Wie gesellschaftliche Spaltungen brachten auch Bürgerkriege den Entscheidungszwang für die Zeitgenossen mit sich, einer Partei oder Gruppe anzugehören. Darüber hinaus war beiden Phänomenen gemein, dass sie Motor für gesellschaftliche Veränderungen sein konnten. Jessica Nowak unterstrich abschließend – unter Verweis auf die am gleichen Tag stattfindende Sektion „Bürgerkriegskultur. Bellum civile und politi-

sche Kommunikation in der späten römischen Republik“ –, wie wichtig es sei, den transepochnen Dialog weiterzuführen, um das Phänomen des „internen Kriegs“ weiter zu erhellen.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Nils Bock (Münster) / Jessika Nowak (Basel)

Roxane Chilà (Bordeaux): Continue seditiones et tumultus: strife among the Neapolitan nobility in the late Middle Ages

Gilles Lecuppre (Louvain-la-Neuve): Ungrateful daughters and unworthy mothers: political misogyny at the heart of civil wars in the Low Countries (13th-14th century)

Élodie Lecuppre-Desjardin (Lille): French and English civil wars: a laboratory for political innovation in the 15th century?

Stéphane Péquignot (Paris): Politische Repräsentation des Landes in Zeiten des Konflikts. Das Beispiel Kataloniens während des „Bürgerkriegs“ (1462-1473)

Michael Depreter (Oxford): Zwischen Wettbewerb und Komplementarität: Städtische und fürstliche Diplomatie während des Bürgerkriegs in den burgundischen Niederlanden. Eine vergleichende Studie zwischen den 1380er und den 1480er Jahren

Tagungsbericht „Bürgerkriege“ im Spätmittelalter: Frankreich, England, die burgundischen Niederlande, Katalonien und Neapel. Vergleichende Perspektiven. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 03.12.2018.

---

#### Division se mist entre eulx. Politische Spaltungen im spätmittelalterlichen Europa

Von: Julia Bühner, Historisches Seminar, Universität Münster

Kontroverse Diskurse, Friktionen und gesellschaftliche Spaltungen im herrschaftspolitisch gleichermaßen von Einheit und Diversität geprägten Spätmittelalter standen im Fokus der von Martin Kintzinger geleiteten Sektion. Von verschiedenen Schauplätzen West- und Ostmitteleuropas aus wurden nicht nur die Konfliktlinien zwischen gehorsamen Untertanen und Verrätern, Katholiken und Ketzern, Adel und König oder Papsttreuen und Papstgegnern in den unterschiedlichsten historischen Kontexten nachgezeichnet, sondern auch die Nützlichkeit und die Bedeutung des Begriffs der politischen „Spaltung“ und ihre Ursachen und Folgen vergleichend diskutiert.

Bezugnehmend auf die Streittheorie Dahrendorfs und Simmels betonte MARTIN KINTZINGER (Münster) einleitend, dass Konflikte und Krisen nicht immer nur als Abstiegtendenzen und Anzeichen eines „gescheiterten Staats“ interpretiert werden dürften. Denn gesellschaftlicher Dissens könne neben zerstörerischen auch konstitutive Kräfte entfalten. Als Leitfragen für die Vorträge und Diskussionen regte er an, Faktoren, die das Konfliktpotenzial begünstigten, in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus stelle sich die grundsätzliche Frage, ob Kontroversen immer ein Anzeichen von Spaltungen sind oder es sich nicht schlicht um einen integralen Bestandteil politischer Kultur handeln kann. Neben den Ursachen sollte schließlich auch nach den Auswirkungen von Spaltungen zeitgenössischer Gesellschaften gefragt werden. Waren diese nur temporär oder führten die Auseinandersetzungen zu einer dauerhaften Veränderung?

Eine latente Ursache des Hundertjährigen Krieges (1337–1453) zwischen England und Frankreich habe unmittelbar in der französischen Gesellschaft selbst gelegen, konstatierte JEAN-MARIE MOEGLIN (Paris) zu Beginn seines Vortrags. Erst die Überwindung der Spaltung der politischen Gesellschaft in königstreue Untertanen und Verräter hätte die Zurückdrängung der englischen Eroberer aus Frankreich ermöglicht. Diese Zwietracht sei insbesondere im zeitgenössischen Diskurs gesät



worden, indem man Oppositionelle als Verräter und damit politischen Dissens als Rebellion inszenierte; ein Narrativ, welches sich in zuvor noch ungekanntem Ausmaß verfestigte. Anhand von vier Beispielen zeigte Moeglin, auf welche Weise sich die Spaltung der französischen Gesellschaft in der Historiographie widerspiegelt. Gehorsam avancierte in dieser Zeit zur politischen Tugend, was auch in den folgenden Begrifflichkeiten Ausdruck fand, die besonders zu Beginn und in der zweiten Hälfte des Hundertjährigen Krieges Konjunktur hatten: Während man gute Untertanen in Chroniken und Briefen als „bon et loyal Français“ bezeichnete, habe man politische Gegner als „rebellis“ gebrandmarkt. Aufgrund ihres Bündnisses mit dem englischen König Edward III. wurden etwa der König von Navarra und Robert von Artois in einigen Chroniken, wie den *Grandes Chroniques de France*, als ebensolche „Erzverräter“ und „Brandstifter“ dargestellt. Während Letzterer zwar für die einen als Anstifter des englischen Königs und sogar Hauptverantwortlicher des Hundertjährigen Krieges galt, erklärten ihn andere Chronisten mit Blick auf die Zeit vor seiner Verbannung und Flucht nach England zum „Förderer des französischen Königs“ und „Opfer grober Justiz“. Somit war zwar das Kriterium der gesellschaftlichen Spaltung, nämlich Gehorsam bzw. Ungehorsam, klar bestimmt. Wer auf welche Seite gehörte, war jedoch weniger eindeutig und vielfach historiographisches Konstrukt. Auch den zivilen Krieg der Armagnacs und der Bourguignons machte Moeglin zum Thema, die er nicht nur als um Macht und Einfluss konkurrierende Netzwerke, sondern als Parteien mit einer gegensätzlichen Auffassung von politischer Ordnung beschrieb. Die aufrührerischen Herzöge von Orléans und Burgund, Anführer der Bewegungen, deren Streit das Reich unregierbar machten, galten beide als „Rebellen“. Erst die Rückbesinnung auf die Gehorsamspflicht gegenüber der „nacion de France“ unter Karl VII., der „Triumph des Gehorsams gegenüber der Zwietracht“, so beispielsweise in der Chronik von Jean Chartier berichtet, habe das „düstere Zeitalter“ der englischen Invasion beendet.

Jahrzehntelange Kirchenspaltung und der politische Bedeutungsverlust Böhmens durch die Absetzung König Wenzels hatten zu einer existenziellen Krise geführt. Während die Bevölkerungsmehrheit böhmischer Abstammung war, war die Oberschicht vor allem deutscher

Herkunft. 1415 warnte deshalb der Prediger Jan Hus, bereits im Konstanzer Gefängnis eingekerkert, seine Mitstreiter in der Reformbewegung vor der Verbreitung unbesonnener Gedanken, um die Gesellschaft Böhmens nicht weiter zu spalten. Auf diese Weise schloss KLARA HÜBNER (Brno) ihren Vortrag und verwies zugleich auf ein Desiderat in der Forschung zur Hussitenrevolution. Während die meisten Arbeiten vor allem die konfessionellen Aspekte der ersten Reformation Europas beleuchteten, seien Medien und Kommunikation sowie die herrschaftspolitische Ebene weitgehend vernachlässigt worden. Mit ihrem Fokus auf so genannte „Hochwertworte“ versuchte Hübner die sich in Begriffen niederschlagenden sozialen Grenzziehungen innerhalb der böhmischen Gesellschaft nachzuzeichnen. „Hochwertworte“, ein Terminus aus der politischen Linguistik, sind wertvermittelnde und emotional gefärbte Wörter, die in politischen Diskursen Anwendung finden. Während der Hussitenrevolution seien Begriffe wie Kirche, Ketzler, Heimat und Nation auf solche Weise gebraucht und damit politisch manipuliert worden. Hieronymus von Prag klagte beispielsweise in einer Rede im Jahr 1409 darüber, dass die *natio bohémica* „Nation“ hier das zentrale Hochwertwort „der Schwanz und nicht das Haupt in seinem Land“ sei. Die Zugehörigkeit zur Nation setze den rechten Glauben voraus, womit „kein reiner Tscheche“ (*purus bohemicus*) ein „Ketzler“ sein konnte. Auf der anderen Seite standen in diesem Bild der Polemik der Hussitenrevolution die Gegner der Reformation, katholisch-orthodoxe Deutsche. Dennoch sei der konfessionelle Aspekt und nicht so sehr Sprache oder Nationalität für die Spaltung der böhmischen Gesellschaft zunächst entscheidend gewesen. Erst unter Georg von Podiebrad trat dieser hinter das Merkmal der ethnischen und sprachlichen Zugehörigkeit zurück, was die Referentin am Bedeutungswandel des tschechischen Wortes „Fremder“ exemplarisch zeigte. Zu Beginn im Sinne von „Gast“, „Zuwanderer“ und „Fremdländer“ gebraucht, dominierte schließlich die Bedeutung „anderswo geboren, später hinzugekommen“. Die Verwendung von Begriffen wie „Ethnie“ und „Abstammung“ im Zusammenhang mit der Unterscheidung zwischen Ausländern und Einheimischen wurde in der anschließenden Diskussion kritisch hinterfragt. Ging es hierbei um die Reinheit der Nation beziehungsweise des Blutes und damit um Abstammung im biologischen Sinne? Die Referen-

tin des Folgevortrags, Julia Burkhardt, antwortete trefflich darauf, dass Abstammung hier im Sinne der mittelalterlichen Ständegesellschaft verstanden werden müsse.

Mit dem Attentat des Felicián Zách im Jahre 1330, der Ermordung der ungarischen Königsfamilie, führte JULIA BURKHARDT (Heidelberg) in ihren Vortrag ein. Sie befasste sich vor allem mit den häufigen Herrschaftswechseln in Ostmitteleuropa und der Frage, ob diese als „Spaltungsphänomene“ zu verstehen seien. Parteilungen um die Thronprätendenten, Zugeständnisse an den Adel und schließlich eine fehlende Herrschaftsanerkennung führten hier zu Friktionen, Spaltungen und Zwietracht. Durch Kriege gegen Widersacher, diplomatische Schachzüge und gezielte Heiratspolitik versuchten die fremden Könige ihre Herrschaft zu stabilisieren. Aber auch symbolisch, so in der anschließenden Diskussion vertieft, strebten die Könige danach, ihre Traditionslinien mit denen ihrer neuen Reiche zu verbinden. So gaben die Anjou ihren Kindern etwa traditionelle ungarische Namen. Vor allem ihre Fremdheit und die damit verbundene konzeptionelle Trennung von Reich und Krone, wie von der Vortragenden an zahlreichen Beispielen vorgeführt, war der Grund für die mangelnde Akzeptanz der Könige in Ostmitteleuropa. Nicht Neid auf den König, sondern der Dynastiewechsel von Árpáden zu Anjou (1301–1308) und die damit einhergehende Regentschaft eines „fremden Königs“ habe auch Felicián Zách zu seinem Attentat bewogen. „Ausländerbegünstigung“ bei der Vergabe von Ämtern lautete darüber hinaus ein gängiger Vorwurf von Seiten des Adels, der im Jahr 1401 zur Inhaftierung König Sigismunds nach seiner ungarischen Herrschaftsübernahme führte. Nach Zugeständnissen an die ungarischen Barone, der vorübergehenden Entlassung fremder Amtsträger und einer Akzeptanz der Reformforderungen, wurde er jedoch wieder freigelassen. Zum Abschluss ihres Vortrags plädierte Burkhardt dafür, eher von „Friktionen“ als von „Spaltungen“ zu sprechen. Während Friktionen auch nur vorübergehend entstehen könnten, verlieh der Begriff Spaltung den analysierten Prozessen einen zu finalen Charakter. In den meisten Fällen führten die Herrschaftswechsel zwar zu gesellschaftlichen Spannungen und nachhaltigen Veränderungen, etwa die Königserhebung betreffend, jedoch zu keinem endgültigen gesellschaftlichen Bruch.

BÉNÉDICTE SÈRE (Paris) stellte in ihrem Vortrag hingegen Friktionen

und Spaltungen in einen engen Zusammenhang. Nicht nur das Kardinalskolleg und die europäischen Mächte seien in ihrer Unterstützung von Papst und Gegenpapst gespalten gewesen, sondern auch innerhalb der Herrschaftsgebiete habe das große Abendländische Schisma zu Friktionen geführt. Um diese Ebenen zu unterscheiden, sprach die Vortragende einem neuen Forschungsansatz der Ekklesiologie folgend von einer komplexen Verflechtung von „inter-obödienzialen“ und „intra-obödienzialen“ Strukturen. Als die französische Botschaft sich beispielsweise an den Papst in Avignon, Benedikt XIII., wandte und ihn zum Amtsrücktritt aufforderte, kam es in Frankreich zu einer Radikalisierung politischer Tendenzen. Auf der einen Seite standen papsttreue, gemäßigte und konservative Parteien, Anhänger Benedikts XIII., auf der anderen Seite von persönlichem Hass Motivierte, deren Hauptanliegen nicht die Beilegung des Schismas, sondern einzig und allein die Abdankung des Papstes gewesen sei. Schauplätze dieser internen Auseinandersetzungen waren etwa die Universitäten Paris und Toulouse. Auch beim Konstanzer Konzil 1414–1418 verfolgten die einzelnen *nationes* keine einheitliche politische Linie. So schlugen sich etwa Angehörige der französischen Nation auf die Seite Sigismunds und damit auf die des Heiligen Römischen Reiches. Das Konzil von Konstanz war somit gewissermaßen ein Mikrokosmos, der die europäische Politik von Spaltungen und Spannungen widerspiegelte, so Sère.

Kontroversen, Friktionen und Spannungen – unter welchem Begriff man die in der Sektion analysierten Ereignisse auch fassen will bzw. die Zeitgenossen sie interpretierten, so waren sie doch zumeist die Folge von Erosionen im politischen Machtgefüge. Ob bei Dynastiewechseln und Unklarheiten in der Herrschaftsfolge, Kirchenspaltungen oder externen Kriegen, wurde es für die Mitglieder spätmittelalterlicher Gesellschaft notwendig, Position zu beziehen. Verhandlungen und der Wille zur Einheit führten in den dargestellten Beispielen jedoch meist dazu, dass sich die Parteien aufeinander zubewegten. Mit dem Schritt der tatsächlichen Eskalation, mit Ausbruch interner militärischer Konflikte, beschäftigte sich die Sektion von NILS BOCK (Münster) und JESSIKA NOWAK (Basel).

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Martin Kintzinger (Münster)

Martin Kintzinger (Münster): Methodische Einleitung

Jean-Marie Moeglin (Paris): Das gespaltene Königreich: Frankreich im Hundertjährigen Krieg

Klara Hübner (Brno): Fragile Herrschaft: Die Hussitenunruhen und die Spaltung des Königreichs Böhmens

Julia Burkhardt (Heidelberg): Fremde Herrschaft und eigene Elite: Spaltungsrisiken in den Reichen Ostmitteleuropas

Bénédicte Sère (Paris): Political division in time of the Great Western Schism

Tagungsbericht *Division se mist entre eulx. Politische Spaltungen im spätmittelalterlichen Europa*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

### **Rat und Resilienz. Krisenbewältigung in der Stadt des 14. bis 16. Jahrhunderts**

**Von:** Eric Burkart, FB III – Mittelalterliche Geschichte, Universität Trier

Die hier beschriebene Sektion mit ihrem Fokus auf der Stadtgeschichte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit erscheint als Ausdruck eines sich weiter ausdifferenzierenden Forschungsdiskurses zur Resilienz. Sie erprobte die Tragfähigkeit des Konzepts im Rahmen von vier Analysen zu politischen Maßnahmen im Umfeld städtischer Rats Herrschaft, mit denen auf tatsächliche oder empfundene Vulnerabilitäten sowie existenzielle Krisen reagiert wurde.

In ihrer thematischen Einleitung stellte die Leiterin der Sektion, PETRA SCHULTE (Trier), die Frage, ob sich Historikerinnen und Historiker einen Gefallen erwiesen, wenn sie den Begriff der Resilienz aufgriffen, also der Widerstandsfähigkeit angesichts von chronischen, (vermeintlich) drohenden oder akuten Gefährdungen. Sie vermerkte kritisch, dass

im 21. Jahrhundert angesichts von technischen Störfällen, Naturkatastrophen sowie sozialen, politischen und ökonomischen Unsicherheiten die Tendenz bestehe, die politischen Freiheitsrechte der Bürger zu beschneiden. Gleichzeitig werde ihr Denkhorizont auf Bedrohungen und Verletzlichkeiten sowie die Notwendigkeit verengt, eigenverantwortlich und auf eigene Kosten für ihre mentale und körperliche Gesundheit sowie die materielle Existenz Sorge zu tragen und somit „resilient“ zu werden. Resilienz sei damit Schulte zufolge zugleich ein Schlagwort, ein (gesellschaftspolitisches) Programm wie auch ein wissenschaftliches Thema, das in erster Linie in der Ökologie und der Urbanistik, aber auch in Psychologie, Politologie, Ökonomie und Soziologie behandelt werde. Damit stelle sich jedoch die Frage, ob die Geschichtswissenschaft zu den in der Gesellschaft und in diesen Disziplinen geführten Auseinandersetzungen etwas beitragen könne.

Schulte bejahte dies unter drei Prämissen: Um in der Geschichtswissenschaft mit dem Begriff der Resilienz über Resilienzphänomene zu arbeiten, sei es erstens notwendig, sich der eigenen Zeitgebundenheit und des eigenen Standorts bewusst zu werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskurse dürfe Resilienz als historischer Untersuchungsgegenstand daher weder positiv noch negativ konnotiert sein. Zweitens dürften sich Historikerinnen und Historiker nicht auf die Resilienzforschung beschränken, deren Fokus weniger auf der Entstehung von bestands- und existenzbedrohenden Situationen als vielmehr auf dem Umgang mit diesen liege. Und drittens gelte es Schulte zufolge im Rahmen jeder historischen Untersuchung festzulegen, welches Individuum, welche Gemeinschaft, welche Institution, welches Unternehmen oder welches System unter dem Aspekt der Resilienz analysiert und anhand welcher Kriterien diese Resilienz gemessen würde. Hier sei zwischen zwei Zugängen zu wählen: Entweder ließe sich aus einer emischen Perspektive herausarbeiten, welche Deutungsmuster und Ordnungskonzepte das Handeln der in den Blick genommenen resilienten Einheit lenkten und auf welche Ziele es dementsprechend ausgerichtet war, oder es ließen sich aus einem etischen Blickwinkel Kriterien festlegen, nach denen die Erforschung des historischen Gegenstandes ausgerichtet werde.

Für den ersten Zugang stellte Schulte in Bezug auf den städtischen

Rat ein Analyseraster vor, dass den Denkhorizont, die Ressourcen und die entsprechenden Strategien der Absicherung ebenso einbezog wie die Beschreibung der Krise und die Untersuchung von Formen der Bewältigung, Adaption und Transformation.

Vor diesem theoretischen Hintergrund beschäftigten sich die vier Beiträge der Sektion mit konkreten Resilienzphänomenen des 14.–16. Jahrhunderts. GERRIT JASPER SCHENK (Darmstadt) untersuchte die Reaktionen des Rats der Republik Florenz auf ein verheerendes Hochwasser des Arno im Jahre 1333, das neben anderen Brücken auch den zu dieser Zeit noch hölzernen Ponte Vecchio zerstörte. In Anlehnung an den in der Katastrophenforschung geprägten Begriff der Kritikalität identifizierte er diese verkehrstechnisch zentrale Brücke als „kritische Infrastruktur“, deren Zerstörung in Verbindung mit der politischen Spaltung der Stadt in Guelfen und Ghibellinen zu einer politischen Krise führte. Anhand des Wiederaufbaus des Ponte Vecchio in den Jahren 1333–1345 machte Schenk deutlich, dass Brücken als öffentliche architektonische Zeichen im Stadtraum einen wichtigen Gegenstand kommunaler Machtkämpfe darstellten, zugleich aber auch als die Stadtviertel der Kommune verbindende Infrastruktur ganz konkret politisch umkämpft waren. Der von weißen Guelfen dominierte Rat beschloss vor diesem Hintergrund einen Neubau des Ponte Vecchio, der auf Grundlage platonischer Zahlentheorie als repräsentativer Steinbau der Renaissance rational geplant und ausgeführt wurde. Die Brücke, geschmückt mit an Zerstörung und Wiederaufbau erinnernden Inschriften und Reliefs, wurde so zu einem politischen Monument des Sieges der Republik über adelige Familienclans, das in der zeitgenössischen Stadtchronik des Giovanni Villani auch mit einem republikanisch motivierten Mythos zum Sieg der Gottesmutter Maria über den mit dem zerstörten Vorgängerbau assoziierten Kriegsgott Mars verknüpft wird.

Die Maßnahmen des Basler Rates im Angesicht einer Serie von Hungerkrisen im Zeitraum von 1450 bis 1550 standen im Zentrum des Vortrags von GERHARD FOUQUET (Kiel). Fouquet identifizierte die städtische Armut und das Phänomen der *working poor* als Massenphänomen spätmittelalterlicher Städte, das durch die in Krisenzeiten in die Städte ziehende Landbevölkerung zusätzlich verschärft wurde. Die Haushalte dieser von der „Hand in den Mund“ lebenden armen

Arbeiter verfügten über nahezu keine eigenen Getreidevorräte, weshalb sie besonders schwer von Preissteigerungen nach Missernten betroffen waren. Da nur das regelmäßige Einkommen eine Versorgung mit Brotgetreide sicherstellen konnte, wirkten sich steigende Preise unmittelbar auf die zur Verfügung stehende Nahrungsmenge aus. Zur Identifizierung von Hungerkrisen erarbeitete Fouquet für Basel einen Lohn-Getreideanteil-Indikator, der für den Untersuchungszeitraum die unter Berücksichtigung von Kursschwankungen bereinigten Reallöhne der im Basler Bauhof gezahlten Tagessätze in Relation zum durchschnittlichen Verbrauch eines idealtypischen vier Personen Haushaltes an Getreide setzte und dabei die im Zuge von Teuerungen schwankenden Preise für Dinkel berücksichtigte. Fouquet identifizierte einen *tipping point*, der für die Hilfsarbeiter des Basler Bauhofs erreicht wurde, wenn die Versorgung mit Brotgetreide eine Aufwendung von mehr als 30 Prozent ihres Reallohns erforderte. Diese Schwelle wurde im untersuchten Zeitraum insgesamt sechsmal überschritten.

Im Anschluss nahm Fouquet die Reaktionen des Basler Rates auf die mithilfe des Index identifizierten Hungerkrisen in den Blick und fragte am Beispiel der Teuerungsjahre 1481/82 und 1500/01, ob die beschlossenen Maßnahmen ein aktives *resiliencing* erkennen ließen. Er kam zu dem Ergebnis, dass mit Vorschriften für private Vorratshaltung, dem Betrieb städtischer Kornhäuser, der Schließung des Getreidemarkts zur Abwehr von Spekulanten sowie anhand von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zwar durchaus Interventionen des Rates zur Bewältigung des Problems erkennbar seien, effektive Möglichkeiten zur Entlastung der armen Haushalte wie eine Senkung oder Aufhebung des Mühlgeldes wurden jedoch nicht umgesetzt, da dies die Einnahmen der Rats Herrschaft aus dieser Verbrauchssteuer geschmälert hätte. Fouquet zufolge ließe die Politik des Rates zudem eine performative Ausgestaltung des gemeinen Nutzens durch städtische Eliten erkennen, etwa über die Einrichtung von Notbacköfen und das Verteilen von Brot im Krisenjahr 1482. Diese Maßnahmen dienten aber in erster Linie einer Vermeidung von Unruhen und nicht der systematischen Bekämpfung der Krisenursachen. Die Ratspolitik habe damit auf eine Resilienz der Rats Herrschaft selbst gezielt, die sich über die Intervention in Krisen Jahren unter Rekurs auf den gemeinen Nutzen legitimierte, und nicht

auf die Vermeidung von Vulnerabilitäten für die Stadt als übergreifende soziale Gemeinschaft.

MECHTHILD ISENMANN (Leipzig) untersuchte in ihrem Vortrag das Verhalten oberdeutscher Kaufleute vor dem Hintergrund der politisch konfessionellen Konflikte des 16. Jahrhunderts. Am Beispiel der Vermittlung der Augsburger Fugger im Schmalkaldischen Krieg und der Imhoff-Gesellschaft, deren Heimatstadt Nürnberg sich im Rahmen des zweiten Markgrafenkriegs mit Markgraf Albrecht Alcibiades konfrontiert sah, fragte Isenmann nach der Existenz eines aktiven Resilienz-Managements der Unternehmer. Damit stand nicht primär der städtische Rat, sondern die frühneuzeitlichen Kaufmannsgesellschaften im Fokus, die in Kriegszeiten neben der Sorge um die Aufrechterhaltung ihrer Handelsbeziehungen auch die Interessen der ihre Unternehmen beherbergenden Städte im Blick haben mussten.

Am Beispiel des Schmalkaldischen Krieges (1546/47) trat der politisch ansonsten zurückhaltende Anton Fugger aktiv als Vermittler zwischen Kaiser Karl V. und der Stadt Augsburg auf. Angesichts der Weigerung Augsburgs, das mit dem schmalkaldischen Bund sympathisierte, die Truppen Karls V. einzuquartieren, drohte ein kaiserliches Strafgeld sowie die direkte militärische Konfrontation. Anton Fugger, der trotz der traditionell katholischen Haltung seiner Familie ein enges Verhältnis zum protestantischen Bürgermeister Augsburgs pflegte und der Stadt im drohenden Kriegsfall seine Unterstützung durch Getreide- und Silberlieferungen zusicherte, eignete sich als Schuldner Karls V. besonders gut als Vermittler zwischen den Konfliktparteien. Durch seine Intervention erreichte er eine Aussöhnung zwischen Stadt und Kaiser sowie die Abwendung des Strafgeldes, wodurch auch die seinen Augsburger Hauptsitz bedrohenden Kampfhandlungen verhindert wurden.

Mit dem Fall des Kaufmanns Endres Imhoff I., der als Vorderster Losunger zugleich zur Nürnberger Stadtregierung gehörte, verdeutlichte Isenmann zudem, wie sich eine Unterstützung der Stadt in Krisenzeiten mit einem lukrativen Finanzgeschäft verbinden ließ. Nach der erfolglosen Belagerung Nürnbergs durch Albrecht Alcibiades im Rahmen des zweiten Markgrafenkrieges (1552–1554) unterstützte Imhoff die Stadt mit einem hohen Darlehen, das den Ausbau der Stadtbefestigung und die Aufstockung der militärischen Ausrüstung ermöglichte.

Die Konditionen dieses Darlehens zeigen jedoch, dass Imhoff bei Geschäftsabschluss keineswegs uneigennützig nur die Beförderung des gemeinen Nutzens der Stadtgemeinschaft zum Ziel hatte. Er sicherte sich vielmehr einen überdurchschnittlich hohen Zinssatz von zwölf Prozent, um neben der Nürnberger Stadtbefestigung auch zugleich das eigene Vermögen krisenfest zu machen.

Von diesen Fallstudien ausgehend argumentierte Isenmann für die Existenz eines aktiven Resilienzmanagements der Kaufleute, das in der ökonomischen und politischen Anpassung an interne und externe disruptive Rahmenbedingungen bestanden und unter anderem auf einem steten und präzisen Informationsaustausch verbunden mit der Intensivierung unternehmerischer wie persönlicher Netzwerks beruht habe.

Der letzte Vortrag der Sektion thematisierte mit dem *consiglio dei dieci* ein Ratsgremium, das im Angesicht einer ganz konkreten Krise Venedigs mit dem Ziel geschaffen wurde, innere und äußere Gefahren von der Stadtrepublik abzuwenden. EILEEN BERGMANN (Trier) bezeichnete den 1310 zur Aufklärung eines Anschlags auf den venezianischen Dogen ins Leben gerufenen Rat der Zehn als einen „vormodernen Nachrichtendienst“ mit weitreichenden Befugnissen, der sich nach Aufklärung der akuten Bedrohungslage verstetigte und bereits 1335 auf Dauer gestellt wurde. Der Rat erweiterte dann parallel zur venezianischen Expansionspolitik auf der *terra ferma* und im Zuge der in Folge entstehenden Auseinandersetzungen sein Handlungsspektrum und reagierte zunehmend aggressiver auf als Bedrohung identifizierte Sachverhalte. Bergmann näherte sich der Politik des Rates über eine Auswertung der umfangreichen Register, wobei sie den Fokus auf die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts legte, für die eine lückenlose Überlieferung der Ratsprotokolle vorliegt. Die nur den amtierenden Mitgliedern zugänglichen Register beschrieb sie als das institutionelle Gedächtnis des Rats der Zehn, das durch die dauerhafte Sicherung der wichtigsten Beschlüsse einer Orientierung und Legitimation zukünftiger Entscheidungen gedient habe und als „Resilienzressource“ interpretiert werden könne. Von der aktiven Nutzung der Register, die aufgrund der Dokumentation aller verhandelten Fälle auch als Kartei für Rechtsbrecher und Verschwörer genutzt werden konnte, zeugen die internen Verweis-

systeme sowie zusätzlich angelegte Findbücher, die ein zuverlässiges Informationsmanagement bei stetig zunehmender Datenmenge sicherstellen sollten.

Den Umgang mit Informationen als Resilienzressource verdeutlichte Bergmann dann anhand der Spuren, die der Fall des Franziskus von Carrara und seiner zwei Söhne in den Registern des Rats der Zehn hinterlassen haben. Nach ihrer Festsetzung im Zuge des venezianisch-paduanischen Krieges übernahm der Rat im Jahre 1405 die der Hinrichtung vorausgehende Vernehmung der Gefangenen, um Hinweise auf mögliche Verbündete der Carrara in der venezianischen Bürgerschaft zu erhalten. Die Verhöre unter Einsatz von Folter führten dann auch zu Ermittlungen gegen drei hochrangige Venezianer und das Register des *consiglio dei dieci* dokumentiert, wie akribisch im Zuge von deren Verhaftung Umfeldrecherchen betrieben, Zeugen befragt und die gewonnenen Informationen aufgezeichnet wurden. Bergmann zufolge belegen die Register daher, wie eine sicherheitsrelevante Wissensproduktion vom Rat der Zehn als Instrument verstanden wurde, um auf wahrgenommene, potenzielle oder tatsächliche Bedrohungen der Stadtrepublik zu reagieren und Venedig so resilient zu machen.

In der von Petra Schulte eingeleiteten und moderierten Schlussdiskussion wurden die Komplexität und die unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten des Resilienzkonzepts erörtert. Das methodische Instrumentarium ermögliche es, den Umgang früherer Gesellschaften mit Krisensituationen differenzierter in den Blick zu nehmen und die empirischen Ergebnisse einzuordnen. Zugleich wurde für seine variable, auf den historischen Untersuchungsgegenstand zugeschnittene Handhabung plädiert.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Petra Schulte (Trier)

Petra Schulte (Trier): Einführung: Resilienz der Stadt, Resilienzen in der Stadt – methodische Überlegungen

Gerrit Jasper Schenk (Darmstadt): Von Mars zu Maria. Stadtmythos, kritische Infrastruktur und öffentlicher Raum beim Wiederaufbau der

Alten Brücke von Florenz 1333-1345

Gerhard Fouquet (Kiel): Rat, Gemeiner Nutzen und öffentliche Steuerung der Not - die Versorgung spätmittelalterlicher Städte mit Nahrungsmitteln

Mechthild Isenmann (Leipzig): Gab es im „langen 16. Jahrhundert“ ein aktives Resilienz-Management der politisch verantwortlichen oberdeutschen Kaufmann-Bankiers für ihre Stadt?

Eileen Bergmann (Trier): Pro bono status nostri. Der Consiglio dei dieci im Kampf gegen die Feinde der Republik Venedig

Petra Schulte (Trier): Schlusskommentar: Resilienz als Kategorie stadt-historischer Forschung

Tagungsbericht *Rat und Resilienz. Krisenbewältigung in der Stadt des 14. bis 16. Jahrhunderts*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

---

#### Local Knowledge as a Non-Residual Category in Early Modern Latin America, Europe, Africa, and the Ottoman Empire

Von: Tobias Winnerling, Heinrich-Heine Universität Düsseldorf

In der Wissenschafts-, Wissens- und in der Expansionsgeschichte sind Fragen nach dem Ursprung bestimmter Wissensbestände wieder laut geworden. Manchmal galt es, gerade das außerhalb Europas gewonnene Wissen als Herrschaftsinstrument herauszustellen, das mit bestimmten Exklusivitätsmarkern versehen wurde, indem ihm das nicht-Europäische abgesprochen wurde, oder aber eben diese Erzählungen zu dekonstruieren, um den dann als eigentlich herauszustellenden Urheber die entsprechende Agency wieder zuschreiben zu können. Mit der Frage nach der „Lokalität“ des Wissens griff die Sektion dieses Thema in verschiedenen Facetten wieder auf, allerdings erfreulich differenziert und ohne einseitige Zuweisungen in die eine oder andere Richtung. Stattdessen problematisierte FABIAN FECHNER (Hagen)

gleich in der Einführung die Kategorie des „local knowledge“ als in der bisherigen Diskussion unentschieden zwischen „Restekategorie“ und „residual category“ stehend. „Local knowledge“ sei vor allem ein negativ konnotierter Begriff, der die damit bezeichneten Wissensbestände als nicht-westlich, nicht-universal und im Zweifel auch als nicht-wissenschaftlich markiere. Das gelte es in den kommenden Beiträgen durch einen genaueren Blick darauf zu hinterfragen, wie solche Wissensbestände konkret gesammelt und genutzt wurden.

ANNE MARISS (Regensburg) widmete sich der Detailanalyse eines Rosenkranzes aus der Kunstkammer der Herzöge von Bayern, der im ersten Inventar von 1598 aufgeführt wurde. Die Kunstkammer zählte zu dieser Zeit ca. 3.500 Objekte, darunter auch Artefakte, die nicht unbedingt als Kunstwerke gedacht waren, wie der 10-Perlen-Männer-Rosenkranz aus „indianischen Bohnenperlen“, dessen Abschluss ein kleines Tryptichon in Tragaltarform bildete – das einzige Bestandteil des Objekts, das heute noch erhalten ist. Die „indianischen Bohnen“ selbst müssten aus dem 16. Jahrhundert stammen. Aus dem „Pinax Theatri Botanici“ des Caspar Bauhin<sup>1</sup> ließe sich erschließen, dass wohl eine peruanische Bohne damit gemeint war – und dieses Wissen bei Bauhin wiederum ginge auf eine Übernahme von Nicolás Monardes zurück, einem spanischen Autor, der in den eroberten amerikanischen Gebieten indigenes Pflanzenwissen sammelte.<sup>2</sup> Monardes wiederum habe seine Informationen von verschiedenen Informanten bezogen, in diesem Fall vom spanischen Kolonialsoldaten Pedro de Osma. Osma benutzte nicht nur eine frühere Ausgabe von Monardes' Buch, um ihm unbekannte Pflanzen zu identifizieren, sondern habe auch vor Ort Indigene befragt. Nachvollziehbar seien diese Transferprozesse, weil Osma einen entsprechenden Brief an Monardes geschickt hatte, der in einer späteren Auflage des Buches abgedruckt wurde. Während der Frühen Neuzeit sei der indigene Ursprung des Wissens also wohl unproblematisch gewesen. Auch Zedlers Grosses Vollständiges Universal-Lexicon

<sup>1</sup> Caspar Bauhin, *Pinax Theatri Botanici*, Basel 1623.

<sup>2</sup> Nicolás Monardes, *Dos libros. El vno trata de todas las cosas que traen de nuestras Indias Occidentales, que siruen al uso de medicina [...]* El otro libro, trata de los medicinas marauillosas que son contra todo veneno, la piedra Bezaar, y la yerua escuerçonera. Con la cura de los venenados. [...] Agora nueuamente copuestos por el doctor Niculoso de Monardes medico de Seuilla, o. O. 1565.

weise im 18. Jahrhundert noch eindeutig darauf hin. In den Rosenkranz eingearbeitet wurden die Perlen wohl wegen ihrer medizinischen Eigenschaft als potentes Diuretikum, auf die in allen Quellen immer wieder hingewiesen wurde. Damit sei daraus ein möglicherweise einzigartiges Devotionalobjekt geworden, das für Körper und Seele gleichermaßen reinigend wirkend sollte, und das Wissensverarbeitung und -zirkulation in Amerika und Europa über verschiedene Ebenen anschaulich zeigt.

LAURA DIERKSMEIER (Tübingen) setzte die eingeschlagene Richtung mit einem Vortrag über den mexikanischen Gelehrten José Alzate fort, der im späten 18. Jahrhundert für die Verwendbarkeit bestimmter medizinisch wirksamer Pflanzen geworben hat, die von der Inquisition gebannt waren. Speziell sei es ihm um die auf Nahuatl als „Pipilzi-zintli“ bezeichneten Pflanzen und deren Derivate gegangen, die Alzate durch Vergleich, Autopsie und Experiment ganz zutreffend als Cannabis identifiziert habe. Bei der in Frage stehenden Substanz handelt es sich also um Marihuana, das bereits seit dem 17. Jahrhundert von der Inquisition in Mexiko verboten war. Alzate hat zur Identifikation botanische Wissensspeicher europäischer Herkunft, Gespräche mit Indigenen und Seeleuten sowie den eigenen Anbau und Konsum der Gewächse genutzt. Dabei falle auf, dass er seine Lektüre auf französische und lateinische Titel konzentrierte, offenbar aus Gründen der Sprachkompetenz. Generell galten halluzinogene Stoffe für die koloniale Kirche im 18. Jahrhundert als problematisch, weil sie mit dämonischer Besessenheit assoziiert wurden. Alzate habe dennoch im Kontext seiner von ihm als kreolischem Gelehrten erhobenen Forderung nach „patriotischem“ Wissen – nur Mexikaner könnten Mexiko angemessen verstehen –, die er vor allem über die von ihm 1772 gegründete Zeitschrift erhob, für den Gebrauch von Marihuana plädiert. Die dort veröffentlichten Artikel seien jedoch stets von der Zensur bedroht gewesen und stellten somit „prekäres Wissen“<sup>3</sup> dar. Alzate habe in seiner Argumentation für eine Zulassung von Marihuana die medizinischen Wirkungen in den Vordergrund gestellt und die halluzinogenen heruntergespielt. Er habe sich dabei nicht nur ausdrücklich auf lokales Wissen verlassen, sondern dieses auch als autoritativ aufzuwerten versucht. In der Frage

<sup>3</sup> Martin Mulsow, *Prekäres Wissen. Eine andere Ideengeschichte der Frühen Neuzeit*, Berlin 2012.

nach dämonischer Besessenheit habe er jedoch universalistisch argumentiert: Wenn christliche mexikanische Indigene nach Cannabisgenuss Visionen erführen, wie solle man diese von denen christlicher Europäer unterscheiden?

Der anschließende Vortrag von FABIAN FECHNER (Hagen) zog die zeitliche Linie unter einem anderen geographischen Fokus bis in das 19. Jahrhundert weiter. In seiner Übersicht kartographisch präsentierten europäischen Afrikawissens versuchte er, den Weg lokalen Wissens in die Produkte der Kartographen nachzuvollziehen. Jean-Baptiste Bourguignon d'Anvilles Afrikakarten aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, die erstmals den Anspruch erhoben, nur positiv gesichertes Wissen zu zeigen, und prominenten Gebrauch von „weißen Flecken“ machten, bildeten hier den Ausgangspunkt, von dem aus zwei Beispiele betrachtet wurden, die den Verlauf des Schwarzen Nils und des Senegal-Flusses darzustellen versuchten. Bereits bei d'Anville sei lokales Wissen, wenn es denn verarbeitet wurde, nur in den der Karte beigefügten Notizen sichtbar geworden, aus denen sich entnehmen ließe, dass er vor allem Ptolemaios, al-Idrisi und Leo Africanus als vertrauenswürdige Gewährsleute betrachtete. Demgegenüber habe Thomas Edward Bowdich für die seiner Publikation „A Mission to Ashantee“ von 1819 beigefügte Karte vor allem indigenes Wissen über die Gabun-Gegend genutzt, das er selbst vor Ort gewann und dann zu sammeln und zu ordnen bestrebt gewesen sei. Da Bowdich aber als Amateur ohne jede Ausbildung weder geographische Instrumente noch Berechnungsmethoden habe nutzen können, stellten seine Resultate nur eine sehr schlechte Approximation der realen Gegebenheiten dar. Paul du Chaillu, der als Kind europäischer Kolonialisten vor Ort aufgewachsen ist und ebenfalls nicht über eine fachliche Ausbildung verfügte, hat zwischen 1850 und 1860 seine Beobachtungen in einer kartographischen Form zusammengestellt, die zwar ein großer Publikumserfolg wurde, aber vor allem von Heinrich Barth stark angezweifelt wurde, der du Chaillu einerseits vorwarf, das Wissen seiner lokalen Informanten auszubeuten und andererseits, deren Informationen nicht einmal richtig zu verstehen. August Petermann versuchte später, zwischen beiden Positionen zu vermitteln und damit zu einer ausgewogeneren Darstellung zu gelangen. Alle beispielhaft aufgeführten Personen seien zwar als Kartographen auf lokale Informationen

angewiesen gewesen, hätten aber stets versucht, diese in universalisierte Wissensbestände zu überführen. Daran anschließend warf Fechner anhand der kolonialen und kreolischen Akteure die Frage auf, ob sich „lokales“ von „indigenem“ Wissen unterscheiden lasse, welches die Kriterien dafür seien könnten, und ob eine solche Differenzierung nicht immer nur situativ erfolgen und betrachtet werden könne.

Im letzten Vortrag führte TOBIAS GRAF (Oxford) schließlich eine weitere Kategorie von Wissensbeständen ein, die als lokal verstanden werden können. Er betrachtete den Fall eines österreichischen Botschafters in Istanbul, der 1592 den Wiener Hof in einem seiner Berichte vor einem osmanisch-jüdischen Spion gewarnt hat, der nach Wien unterwegs war, um die Befestigungsanlagen der Stadt auszukundschaften. Verraten worden sei der Spion durch lokale Istanbuler Informanten aus dem Spionagenetzwerk des Botschafters. Obwohl hier kein Naturwissen betrachtet werde, sondern militärische Spionage, seien die grundlegenden Praktiken der Wissensgewinnung und -verarbeitung analog zu sehen, betonte Graf. In einem kurzen theoretischen Abriss der verschiedenen Definitionen nachrichtendienstlicher „Intelligence“ seit den 1940er-Jahren stellte er heraus, dass das verbindende Merkmal all dieser Definitionen in der Unsicherheit der als „Intelligence“ klassifizierten Informationen liege, die stets nur probabilistisch zu betrachten seien. Sie stellten daher im eigentlichen Sinn kein „Wissen“ dar, und benötigten somit zu ihrer Beglaubigung stets den Rückgriff auf lokale Wissensbestände oder -produzenten, um epistemische Stabilität behaupten zu können. In einer teilweisen Rekonstruktion der habsburgisch-österreichischen Spionagenetzwerke im Umkreis der Hohen Pforte wurden daher die Zugriffsmöglichkeiten auf derartige Informationen aufgezeigt, die vor allem darin bestanden, dass hohe Verwaltungsbeamte durch Bedienstete und Haushaltsangestellte angezapft worden seien, wenn möglich auch mehrfach. Die Botschaften hätten daher im 16. Jahrhundert als Zentren der Wissensproduktion agiert, indem sie unter Beachtung der lokalen Patronagestrukturen Spionagenetzwerke etabliert und aufrechterhalten hätten, innerhalb derer lokale Informanten beglaubigte Wissensfragmente liefern konnten, die dann gesammelt und zu „Intelligence“ geordnet wurden.

Der Kommentar von RENATE DÜRR (Tübingen) fasste die sich



aus den Vorträgen ergebenden Verbindungslinien und Folgefragen in drei Punkten zusammen: Erstens sei lokales Wissen über die Frühe Neuzeit hinweg und darüber hinaus ein substantieller Teil des Wissensbestandes und eben keine „Restekategorie“. Das heiße aber nicht, dass es selbstverständlich wäre, vielmehr müssten immer verschiedene Fragen beantwortet werden, bevor es als Kategorisierung genutzt werden könne. Wann sei Wissen „lokal“? Gäbe es eine konzeptuelle Differenz zwischen „lokalem“ und „indigenem“ Wissen? Handele es sich um eine primär räumlich oder eine primär personal bestimmte Kategorie? Diese Fragen sollten nach Möglichkeit mikrohistorisch angelegt und durch einen praxeologischen Zugriff unterbaut werden, wobei die prinzipielle Wichtigkeit der lokalen bzw. indigenen Informanten und die potentiell interkontinentalen Dimensionen der Betrachtung nicht außer Acht gelassen werden dürften. Zweitens gelte es, besonderes Augenmerk auf die Appropriation solcher Wissensbestände und ihre Ordnung durch Europäer zu richten, um Prozesse des Ausblendens und Vergessens der Quellen in den Blick zu bekommen, die wichtige und formative Schritte im Normalisierungsprozess lokalen Wissens bildeten. Die sich hieran anschließenden Fragen lauteten: Gilt lokales Wissen als besonders authentisch oder als besonders unsicher? Wie wird seine Vertrauenswürdigkeit eingeschätzt? Drittens sei es nötig, Krieg, Ausbeutung, Machtdifferentiale und gewaltförmige Interaktionen als notwendige Erzeugungsbedingungen dieser Wissensformen immer mitzudenken.

Die anschließende Diskussion nahm besonders die Frage nach der definitorischen Eingrenzung und der Anwendung der Kategorisierung „lokal“ für Wissensbestände in den Blick. Neben der Repräsentativität der Beispiele wurden besonders die jeweilige Einschätzung der lokalen Informanten, der von ihnen gelieferten Informationen und die generelle Konstruktion autoritativen, also vertrauenswürdigen Wissens diskutiert. Anhand der Frage nach dem Unterschied zwischen „localization“ und „globalization/universalization“ von Wissen stimmten die Vortragenden schließlich überein, den Begriff des „lokalen“ Wissens nicht essentialistisch verstehen zu wollen, sondern prozedural als eine unter vielen möglichen Kategorien, die stets interessengeleitet von verschiedenen Akteuren an Wissensbestände angelegt und in unterschiedliche

Argumentationsstrategien eingebettet werden könne. Damit sei die Frage danach aber ein wirksames heuristisches Mittel, um diesen Prozessen der Wissensproduktion und des Wissenstransfers näherzukommen. Ein Impuls, der hoffentlich weitere Forschung anstößt!

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Fabian Fechner (Hagen) / Anne Mariss (Regensburg)

Fabian Fechner: Einführung

Anne Mariss: Tracing Local Knowledge in Early Modern Objects: The Case of a Rosary in the Munich Kunstkammer

Laura Dierksmeier (Tübingen): Local Creole Knowledge: José Antonio Alzate y Ramírez's Defense of Medicinal Herbs Prohibited by the Inquisition in Eighteenth-Century Mexico

Fabian Fechner (Hagen): Indigenous Knowledge as Local Knowledge? The Diverging Evaluation of Local Informants in the Exploration of Central Africa (1750-1850)

Tobias Graf (Oxford): Local Knowledge for Decision Making. Austrian-Habsburg Intelligence in Late Sixteenth-Century Istanbul

Renate Dürr (Tübingen): Kommentar

Tagungsbericht *Local Knowledge as a Non-Residual Category in Early Modern Latin America, Europe, Africa, and the Ottoman Empire*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 16.11.2018.

---

### **Das spanische „Amerika-Monopol“ in der Frühen Neuzeit**

**Von:** Jutta Wimmeler, Professur für Vergleichende Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Europa-Universität Viadrina

Die Vorstellung, dass sich der Überseehandel der Frühen Neuzeit innerhalb der Grenzen einzelner imperialer Räume abgespielt hat, wird

bereits seit langem in Zweifel gezogen. Die im 19. und 20. Jahrhundert verbreitete Tendenz, die Geschichte englischer, holländischer, französischer oder spanischer „Kolonialräume“ zu schreiben, hat allzu oft einen realistischen Blick auf die alltäglichen Praktiken und die Logistik des Handels verstellt. Einer der Gründe für diese historiographische Tendenz ist allerdings darin zu finden, dass mit den (von den National-ökonomern sogenannten) „merkantilistischen“ Wirtschaftstheorien der Frühen Neuzeit eine Ideologie solch abgeschlossener Systeme existierte. Dem Kontrast zwischen Theorie und Praxis widmete sich die hier vorgestellte Sektion am Beispiel des sogenannten „Amerika-Monopols“ Spaniens. Ausgehend von der Hypothese, dass die spanisch-amerikanischen Kolonien als offener Kommunikations- und Handelsraum zu verstehen sind, untersuchten die drei Vorträge die Handelspraxis „ausländischer“ Akteure innerhalb dieses de jure geschlossenen Systems. Anstatt dabei von einem Scheitern rechtlicher Regelungen auszugehen, konstatierten die drei Vortragenden eine Wechselwirkung zwischen Gesetz/Theorie und Praxis, die letztlich für beide Seiten von Vorteil war.

In seiner Einleitung stellte KLEMENS KAPS (Wien) knapp den Begriff des spanischen „Amerika-Monopols“ vor, das Kaps zufolge der Strukturierung und Aufrechterhaltung imperialer Herrschaft diene. Darunter seien gefallen: erstens die staatliche Kontrolle über die Ansiedelung von Menschen in den amerikanischen Kolonien, zweitens die Aufrechterhaltung kultureller Homogenität, drittens die Kanalisierung des amerikanischen Edelmetalls durch die spanischen Häfen Sevilla und Cádiz zum Zwecke der Besteuerung, viertens die Sicherstellung der Kommunikation zwischen Spanien und den Kolonien und schließlich fünftens das Ausschalten englischen und holländischen Einflusses. Die gesetzliche Schließung des spanisch-amerikanischen Wirtschaftsraumes ist Kaps zufolge als eine Reaktion auf die Existenz eines freien, durchlässigen Raumes zu verstehen. Dennoch sei der spanische Kolonialhandel immer auf externe Waren und Kapital angewiesen gewesen, weswegen gerade Punkt fünf – der Ausschluss „ausländischer“ Akteure vom Handel mit Spanisch-Amerika – in der Praxis nicht durchsetzbar gewesen sei. Da dies auch den Theoretikern und dem Gesetzgeber nicht entgangen sein wird, stellen die Vortragenden die berechnete Frage: Wozu das Ganze?

Für den Handel Sevillas im 16. und 17. Jahrhundert zeigte EBERHARD CRAILSHEIM (Madrid) den rechtlichen Rahmen auf, in dem sich „Ausländer“ im spanisch-amerikanischen Raum bewegten. De jure sei deren Handlungsspielraum seit der Mitte des 16. Jahrhunderts stark eingeschränkt gewesen: Offiziell durften nur Untertanen der Krone von Kastilien mit Amerika handeln sowie in diesem Raum reisen. Selbst für bereits in Amerika lebende „Ausländer“ galten Crailsheim zufolge diese Handelsverbote; Untertanen, die „Ausländern“ bei der Umgehung dieses Verbots halfen – zum Beispiel indem sie als Strohmänner fungierten – drohten ebenfalls hohe Strafen. Dass dieser rechtliche Rahmen in der Praxis nie vollständig umgesetzt wurde, veranschaulichte Crailsheim anhand von Zitaten des Gelehrten Sancho de Moncada, der sich 1619 über die Dominanz der „Ausländer“ im spanischen Amerikahandel beschwerte. Dies habe nicht nur daran gelegen, dass das Verbotssystem durchaus Ausnahmen und Grauzonen kannte – etwa um einen anders nicht deckbaren Bedarf in den amerikanischen Kolonien zu befriedigen –, die man geschickt ausnutzen konnte. Der viel zentralere Punkt sei, dass sich ausländische Kaufleute den Zugang zu diesem Handel von der Krone erkaufen konnten, womit dieser zu einer wichtigen Einnahmequelle des spanischen Staates wurde. Wie Crailsheim zugespitzt formulierte: „Eine Umgehung des Monopols war also teils im Sinne der Kontrolleure“.

Doch auch eine Umgehung des Monopols bei gleichzeitiger Umgehung der Krone sei möglich gewesen, insbesondere im Rahmen des Schmuggelhandels. So sei etwa amerikanisches Silber im Hafen von Porto Belo entladen sowie ganze Schiffs-Cargos auf hoher See vor der Küste Portugals umgeladen worden. Außerdem illustrierte Crailsheim, dass sich – trotz der bereits genannten hohen Strafen für Untertanen der kastilischen Krone – immer Mittelsmänner für einen Handel über Dritte fanden, der durchaus größere Ausmaße annehmen konnte und vertraglich geregelt war. Crailsheims Fazit war daher, dass sowohl die Krone als auch einige ihrer Untertanen von der Beteiligung von „Ausländern“ am spanischen Amerikahandel – und damit von der Umgehung des Monopols – profitierten. Eine rigorose Durchsetzung desselben sei folglich in niemandes Interesse gewesen. Crailsheim zeigte durch seinen Vortrag, dass die Existenz der Regelung dennoch zentral war, um von

ihr profitieren zu können: es habe sich um ein „bewusst durchlässiges System“ gehandelt.

MARTIN BIRSACK (München) zeigte in seinem Vortrag auf, dass dies auch im 18. Jahrhundert noch der Fall war. Während Crailsheim sich auf „ausländische“ Händler in Sevilla konzentrierte, betrachtete Biersack das Thema aus der Perspektive von Akteuren in Spanisch-Amerika. Damit griff er einen weiteren von Kaps in der Einleitung aufgeworfenen Punkt auf: die Frage der Besiedelung der Kolonien und die der „kulturellen Homogenität“. Zwar machte Biersack auf die aktive Migrationssteuerung durch Grenz- und Hafenkontrollen sowie das auch von Crailsheim angesprochene Mittel der Naturalisierung aufmerksam, doch der Großteil des Vortrags war den Ausweiskampagnen gewidmet, das heißt speziellen Momenten, in denen eine Gruppe von bereits in den Kolonien ansässigen „Ausländern“ als gefährlich eingestuft und folglich aktiv ausgewiesen wurde. Solche Ausweiskampagnen kamen, wie Biersack ausführte, in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen während des gesamten 18. Jahrhunderts vor und seien in erster Linie gegen Kaufleute gerichtet gewesen, mit Ausnahme der klar politisch-ideologisch motivierten Kampagnen der Jahre 1783 und 1795.

Biersack hob hervor, dass die Identifikation als „Ausländer“ oftmals nicht eindeutig war und die Strategie der *Camouflage* bzw. sich als Spanier auszugeben nicht selten angewandt wurde, um der Ausweisung zu entgehen. Darüber hinaus hätten nicht-spanische Akteure auch die Flucht ergreifen oder sich verstecken, eine Ehe mit einer Spanierin eingehen sowie eine Naturalisierung beantragen können. Allein durch das Stellen eines solchen Antrags, so führte Biersack weiter aus, konnte man vorerst der Ausweisung entgehen. Schließlich lässt sich noch eine weitere Strategie beobachten, die wir auch in Crailsheims Vortrag bereits kennengelernt haben: „Bestechung“ bzw. die Zahlung von Geldern an Beamte. Zahlungen an die Krone zu demselben Zweck waren Biersack zufolge im 16. und 17. Jahrhundert üblich, wurden im 18. Jahrhundert aber nicht mehr eingesetzt. Im Vergleich mit der Situation in Spanien sei in diesem Fall aber noch der Kolonialverwaltung als Vermittlungsinstanz eine wichtige Rolle zugekommen, die Anweisungen aus dem Mutterland oftmals an die Verhältnisse anpasste. Biersack identifizierte schließlich die „quietud“ als zentrales Ordnungsprinzip der Frühen

Neuzeit, das heißt eine Konfliktvermeidungsstrategie, die der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Königs diene. Eine rigorose Umsetzung des theoretischen „Amerika-Monopols“ hätte demnach in der Praxis die Stabilität des Systems gefährdet und sei deshalb nicht im Sinne desselben gewesen.

Mit dem letzten Vortrag der Sektion brachte KLEMENS KAPS (Wien) die Sektion zurück nach Spanien, nun in das 18. Jahrhundert. Am Beispiel der Mailänder Kaufleute in Cádiz – wohin sich inzwischen das Handelshaus ‚Casa de la Contratación‘ und damit das Zentrum des spanischen Amerikahandels verlagert hatte – illustrierte Kaps, wie die informelle Partizipation von „Ausländern“ am spanisch-amerikanischen Handel möglich war. Gemeint war damit vornehmlich der Handel durch spanische Mittelsmänner. Die Mailänder seien hierfür ein spannendes Beispiel, da die Lombardei bis 1713 Teil des spanischen Reiches war und ihre Kaufleute bis dahin rechtlich in einer ähnlichen Position wie die Untertanen von Aragón waren, die ihrerseits seit 1713 nicht mehr zu den „Ausländern“ gehörten, sondern zu den „Inländern“. Während gerade die Mailänder Kaufleute auch nach dem Herrschaftswechsel von Madrid nach Wien vermutlich relativ leicht eine Naturalisierung hätten erwirken können, konnte Kaps nur vier Personen identifizieren, die diesen Schritt im Verlauf des 18. Jahrhunderts machten. Dass die meisten Mailänder Kaufleute sich gegen diesen Schritt entschieden, erklärte Kaps unter anderem damit, dass man dann der regulären spanischen Gerichtsbarkeit unterstanden hätte. Die informelle Partizipation am spanisch-amerikanischen Handel hätten die Kaufleute als lukrativer empfunden: Sie schlossen Kreditverträge mit spanischen Kaufleuten, die offiziell als Kreditgeber/Konsignanten auftraten. Faktisch wurden diese damit, so Kaps, Kommissionäre der ausländischen Kaufleute. Auch hier sei dies wiederum im Interesse sowohl der spanischen Krone als auch ihrer Untertanen gewesen, ohne solche Kaufleute hätte man den Bedarf der Kolonien nicht decken und die Finanzierung des Handels nicht bewerkstelligen können. Die vielfältigen Reformen des alten Monopolsystems im Laufe des 18. Jahrhunderts hatten Kaps zufolge ein deutliches Ziel: die Stärkung des Systems und die Etablierung einer intensiveren Kontrolle. Die insbesondere informelle Teilhabe von „Ausländern“ an diesem Monopolsystem sei jedoch konstant geblieben, da

das System ohne diese gar nicht funktioniert hätte. Diese garantierte der Krone Kaps zufolge nicht nur eine ausreichende Versorgung mit Kapital und Waren, sondern erlaubte auch – zumindest teilweise – eine relativ hohe Kontrolle über die Warenströme.

Allen Vorträgen gemein war der Fokus auf Akteure, durch den die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftstheorie/Gesetz und Handelspraxis deutlich wurde. Dies führte zu einer konstruktiven Fragerunde, in der die drei Vorträge als Gesamtheit angesprochen wurden: So wurde etwa die Frage nach indigenen Akteuren in Spanisch-Amerika gestellt, die zugegebenermaßen bei den Vorträgen nicht im Zentrum standen – auch weil die Rolle von „Indigenen“ in den Hafenstädten selbst weniger wichtig gewesen sei, als im Inland, wie Biersack ausführte. Kaps wusste wiederum zu berichten, dass die Beziehung zwischen „Ausländern“ und „Indigenen“ rechtlich zumindest nicht explizit geregelt war. Eine weitere Frage betraf die Sinnhaftigkeit der Verwendung des Terminus „Ausländer“, was allerdings von Kaps in der Einleitung durchaus kurz erläutert und auch von den anderen beiden Vortragenden genauer erklärt wurde: („Ausländer“ seien juristisch betrachtet alle, die keine Untertanen Kastiliens und später auch Aragons waren. Verwiesen wird dabei auf den in den spanischen Quellen verwendeten Begriff *extranjeros*. Man könnte allerdings diskutieren, ob dieser besser mit „Fremde“ übersetzt wäre – dies vor allem vor dem Hintergrund des heute politisch geladenen Ausländerbegriffs, gerade wenn von Ausweisungen die Rede ist. Dieser Assoziation könnte man allerdings durchaus etwas abgewinnen, zeigten die Vorträge doch das komplexe Verhältnis zwischen der „Unerwünschtheit“ von Ausländern und ihrer Notwendigkeit innerhalb des Systems auf.

Die Sektion schnitt einige aktuelle Themen der Frühneuzeitforschung an, von denen drei hervorstechen. Es wurde ein wichtiger Beitrag zur in den letzten Jahren wieder aufkommenden Merkantilismus-Debatte geleistet, in der man sich zunehmend von der Vorstellung einer statisch-restriktiven (und letztlich völlig unwirtschaftlichen) Wirtschaftspraxis verabschiedet hat. Die Feststellung, dass ein Abweichen von der Theorie und den rechtlichen Vorgaben durchaus im Sinne des Systems war, fügt sich dabei in zwei weitere Forschungstendenzen ein: Es lässt sich damit eine starke historiographische Tra-

dition über die frühneuzeitlichen Seemächte in Frage stellen, wonach die (protestantischen) englischen und holländischen Räume dynamisch und offen, die (katholischen) spanischen und portugiesischen Räume statisch und geschlossen gewesen seien, womit deren „Erfolg“ oder „Scheitern“ erklärt wird; das katholische Frankreich nimmt innerhalb dieser Tradition meist eine ambivalente Position ein. Darüber hinaus schnitt die Sektion die Frage nach der Charakteristik und Genese frühneuzeitlicher Staatlichkeit an, die auch in anderen Sektionen des Historikertages Thema war. Insgesamt zeigten die Vorträge deutlich, dass es bei dem „Amerika-Monopol“ in erster Linie um die Aufrechterhaltung der Autorität des Königs ging – die einzelnen Punkte blieben jedoch verhandelbar und das System damit flexibel.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Martin Biersack (München) / Klemens Kaps (Wien)

Eberhard Crailsheim (Madrid): „Ein durchlässiges System? Flamen als >(il)legale< Amerikahändler im Goldenen Zeitalter Sevillas“

Martin Biersack (München): „Die Ausweisung ausländischer Kaufleute aus Spanisch-Amerika“

Klemens Kaps (Wien): „Wider das >Monopol<, aber im Sinn der wirtschaftlichen Logik? Mailänder Kaufleute im spanischen Transatlantikhandel im 18. Jahrhundert“

Tagungsbericht *Das spanische „Amerika-Monopol“ in der Frühen Neuzeit*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

### Der Traum von der christlichen Einheit. Kreuzzugsideologie und -pläne als Medium zur Überwindung der Spaltung des frühneuzeitlichen Europas

**Von:** Joel Amos Hüsemann, Frühe Neuzeit, SFB/TRR 138, Philipps-Universität Marburg

Kreuzzugsvorstellungen und -rhetorik sind nicht nur ein Phänomen des Mittelalters, sondern auch der Frühen Neuzeit. Empfinden wir den Kreuzzugsbegriff heutzutage als Ausdruck von Spaltung oder als politischen Kampfbegriff, nahm die von KERSTIN WEIAND und MAGNUS RESSEL geleitete Sektion auch die andere Perspektive in den Blick: Welche Bedeutungen haben Kreuzzugsideen nicht nur zur Manifestierung, sondern auch zur Überwindung von Spaltung? Dabei rückt der Kreuzzug vor allem als einheitszentrierende Idee im Sinne der *christianitas* in den Mittelpunkt. Doch inwiefern unterscheidet sich die Kreuzzugs-idee der Frühen Neuzeit von der des Mittelalters? Ist sie nur ein Nachklang eines mittelalterlichen Themas oder ist sie eine neue, eigenständige Phase des Kreuzzugthemas, vielleicht sogar die Vorstufe oder Referenz einer modernen Kreuzzugsrhetorik? Inwiefern wurde der Kreuzzugsgedanke genutzt, um einerseits im Sinne der *christianitas* einheitsstiftend zu wirken oder aber andererseits Allianzen verschiedener europäischer Fürsten gegeneinander zu legitimieren? Mit diesen Fragestellungen beschäftigte sich die Sektion anhand von vier Vorträgen vom Spätmittelalter bis in die Frühe Neuzeit und einem Kommentar.

In chronologischer Abfolge begann die Sektion mit dem Vortrag von BENJAMIN WEBER (Toulouse), der sich mit der Frage auseinandersetzte, wie Kreuzzugspläne und -strategien die päpstliche Politik hinsichtlich Krieg und Frieden im 15. und frühen 16. Jahrhundert bestimmt haben. Ausgehend vom 13. Jahrhundert sieht Weber eine Synthese der Rolle der Päpste als Friedensstifter in der europäischen Diplomatie und der Rolle als aktive Unterstützer militärischer Aktionen gegen Feinde des Glaubens: Frieden war das Hauptziel der Päpste, Krieg aber ein notwendiger Weg, um diesen zu erreichen. Dabei seien die Päpste der Frühen Neuzeit keineswegs bellizistischer gewesen als ihre Vorgänger, die Akzeptanz von Krieg sei vielmehr ein stetes Kennzeichen der Päpste

gewesen. Diese Rhetorik habe sich zwar bis zum Beginn der Frühen Neuzeit nicht allzu sehr verändert, die Strategie für die Kreuzzugspläne hingegen seit dem 15. Jahrhundert schon. Mit dem dramatischen Scheitern des Kongresses von Mantua hinsichtlich der Einung der europäischen Fürsten haben keineswegs die Kongresse in Rom für ein gemeinsames Vorgehen geendet. Das Ziel dieser Kongresse seien aber nicht mehr ihre konkreten Ergebnisse gewesen, sondern sie haben vielmehr selbst die Verbindung von Frieden und Kreuzzug und die zentrale Rolle des Papstes hierfür dargestellt. Unter dieser Schwerpunktsetzung der Kongresse habe sich auch die päpstliche Strategie im 15. Jahrhundert geändert. Habe sie vorher darauf beruht, alle christlichen Fürsten im Kampf gegen die Ungläubigen zu einen (Einheit gebe Stärke, Zerwürfnisse seien der Grund für das Scheitern der Expeditionen), so habe nun der Fokus darauf gelegen, einen *bellator rex* zu unterstützen. Als Konsequenz dieses Wandels sei es legitim und sogar für die Päpste notwendig geworden, einen christlichen Herrscher gegen einen anderen zu unterstützen, ja sogar Krieg gegen ihn zu führen. Der entscheidende Wechsel im 15. Jahrhundert sei somit der Abschied von dem Grundsatz gewesen, dass ein Kreuzzug zunächst eine Befriedung Europas benötige. Die aktive Einmischung der Renaissance-Päpste in Kriegshandlungen sei somit zwar nicht eine direkte Konsequenz aus dieser Veränderung der Kreuzzugs-idee gewesen, aber ohne sie auch nicht möglich.

KERSTIN WEIAND (Marburg) schloss mit ihrem Vortrag zeitlich im 16. Jahrhundert an und lenkte den Blick auf die mit Kreuzzugs-ideen verbundenen Friedensordnungen. Ausgehend von der Grundannahme, dass sich die päpstliche Kreuzzugs-idee in gesteigerter Weise durch einen gedachten Antagonismus ausgezeichnet habe, der am Charakter der europäisch-osmanischen Beziehungen vorbei gegangen sei, untersuchte sie die den Kreuzzugskonzepten inhärenten Abgrenzungsnarrative und die sich daraus ergebenden politischen Ordnungsvorstellungen der Zeitgenossen. Dabei interessierte sie sich im Speziellen für die Reichweite der projektierten Ordnungen sowie die politische Integration dieser Ordnungen im Rahmen der päpstlichen Friedensdiplomatie. Dass sich die Reichweite der projektierten Ordnungen nicht nur auf den klassischen Gegensatz von christlichem Europa gegen den Islam beschränken lasse, sondern weitaus dynamischer und offener gewesen sei, machte Weiland

an den Verhandlungen zum Abschluss der Heiligen Liga 1571 und dem Verhältnis der Kurie zum protestantischen England deutlich. Nicht nur habe es im ersten Fall deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der spanischen, venezianischen und päpstlichen Seite hinsichtlich des adressierten Gegners des Kreuzzugsbündnisses gegeben, sondern sich auch im zweiten Fall die römische Kurie offen dafür gezeigt, die im Jahre 1570 exkommunizierte Elisabeth I. in Kreuzzugsbündnisse mit einzubeziehen. Hinter einer verbalen Dichotomie, so Weiands Zwischenfazit, vermag sich durchaus eine konzeptionelle Pluralität verbergen. Anschließend wandte sie sich der Frage nach der inneren Struktur der projektierten Ordnungen zu. Am Beispiel der *Fraternitas Sanctae Cruciatæ*, dem Kreuzzugsprojekt Leos X., legte sie die Originalität des Lösungsansatzes zur Überwindung der Hindernisse für den Kreuzzug dar. Die päpstliche Diplomatie habe hierbei nicht an überkommenen universalen Ordnungen festgehalten, sondern hinsichtlich politischer Integration wie auch Kommunikationsstrukturen neue Wege beschritten. Gerade päpstliche Kreuzzugskonzepte könnten damit auch auf eine gewisse Offenheit von Denk- und Handlungsmustern von Akteuren an der römischen Kurie hinweisen und die Idee von sich konfessionell ständig verengenden Kommunikations- und Handlungsräumen ergänzen. Nicht zuletzt aufgrund der Verknüpfung von Kreuzzug und päpstlicher Autorität sowie ihres hohen normativen Verpflichtungsgrads und des mit ihnen verknüpften symbolischen Kapitals waren Kreuzzugsprojekte dabei jedoch nicht selten auch Medien der Formulierung ebenso wie der Widerlegung päpstlicher Geltungsansprüche.

MAGNUS RESSEL (Frankfurt am Main) machte dann mit seiner Untersuchung des *Ordo Militiæ Christianæ* einen Sprung in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Der Orden, der in historischen Darstellungen – wenn überhaupt – nur am Rande Erwähnung findet, war ein Verband von Veteranen des Langen Türkenkriegs, die um 1620 den damals unrühmlich abgebrochenen Kampf erneuern wollten. Er bestand aus bedeutenden Persönlichkeiten des europäischen Hochadels, was unter anderem daran lag, dass die Mitgliedschaft nur von Adligen besessen werden konnte, deren Vorfahren bis in die vierte Generation nicht vom König nobilitiert worden waren. Ressel stellte vor allem zwei Aspekte des Ordens in den Mittelpunkt: seine entscheidende Rolle beim

Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges und seine breite publizistische Tätigkeit. Der Orden, der seine erste Generalversammlung unter den Augen von Kaiser Matthias sowie seines Nachfolgers Ferdinands II. im November 1618 in Olmütz abhielt, war sowohl bei den allerersten Schlachten gegen die aufständischen Böhmen beteiligt, als auch in Ungarn gegen Bethlen Gabor, den Fürsten von Siebenbürgen. Wegen dieser Schlüsselrolle in den Anfangsjahren des Krieges sieht Ressel die Generalversammlung auch als einen „der geschicktesten Schachzüge der Habsburger während des gesamten Krieges“. Bis zur Auflösung des Ordens 1635 befanden sich viele Ritter weiterhin in den Diensten der katholischen Mächte Europas mit der offiziellen Begründung, dass nach dem Sieg über die Protestanten der Kreuzzug gegen die Osmanen erfolgen würde. Weitaus wichtiger als der militärische Aspekt des Ordens sei für die adligen Mitglieder jedoch die Möglichkeit zur Selbstinszenierung gewesen. Der Orden habe wie nur wenige andere Kreuzzugsunternehmen die Druckerpresse für seine Ziele einsetzen können. Nach der Ordensgründung ließ sich bereits im März 1619 ein sechsstufiger Bericht darüber im *Mercure François* lesen, Berichte in weiteren Zeitungen Europas folgten. Die Ordensoberen präsentierten sich dabei gerne als Speerspitze des vom Papst approbierten Kreuzzugsordens. Dass der Orden sein Ziel erreichte, in ganz Europa Aufmerksamkeit zu erregen, machte Ressel am Beispiel Gustav Adolfs deutlich, der den Orden wegen seiner starken polnischen Mitgliedschaft als schwere Bedrohung Schwedens wahrnahm.

Den Abschluss der Vortragsreihe bildete ZSUZSA BARBARICS-HERMANIK (Graz) mit einem Beitrag zur Instrumentalisierung des Kreuzzugsdiskurses im Habsburgerreich von der Mitte des 15. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Die Grundlage für die Verbindung von Kreuzzugsideologie mit der Gefahr einer osmanischen Expansion datiert sie in die Regierungszeit Friedrichs III. (1452–1493). Durch Buchdruck, Freskenmalerei und Reichstage sei bewusst die sogenannte „Türkenfurcht“ geschürt worden, die verstärkt mit eschatologischen Endzeiterwartungen verbunden wurde. Maximilian I. griff diese Rhetorik seines Vaters auf, die nur zu gut zu seinem leitenden politischen Ziel, der Wiederherstellung des universalen Kaiserreichs, gepasst habe. Barbarics-Hermanik sieht dabei Aussagen zur Notwendigkeit ei-

nes Kreuzzuges wegen der Türkengefahr im Dienste von Maximilians innen- und außenpolitischen sowie dynastischen Bestrebungen. Dies betreffe sowohl das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines einheitlichen Gesamtstaates, als auch seine Italienpolitik und die Wahl seines Enkels Karl zum römischen König auf dem Augsburger Reichstag von 1518. Die Kreuzzugs-Propaganda sei aber nicht unbeantwortet geblieben. So setzte vor allem nach dem erwähnten Reichstag im Zeichen der beginnenden Reformation eine protestantische Publizistik ein, die den „wahren Türken“ in Rom verortete und die ‚Kreuzzugsgelder‘ mit konfessionellen Konzessionen verband. Der Kreuzzugsdiskurs fand sich zudem auch in magischen Praktiken wieder: So soll Kaiser Rudolf II. zur Unterstützung seiner Soldaten im Kampf gegen die Osmanen nachweislich versucht haben, mit Hilfe von Löwenkrallen, Wolfszähnen, Schlangenzungen und Leopardkrallen eine Verbindung zu den entsprechenden Himmelszeichen aufzunehmen. Dass sich der Kreuzzugsdiskurs noch bis in die heutige Zeit erstreckt, machte Barbarics-Hermanik abschließend mit einem Ausblick auf eine Wahlkampfveranstaltung des FPÖ-Parteichefs Heinz-Christian Strache deutlich.

MARKUS FRIEDRICH (Hamburg) nahm in seinem Kommentar vier Aspekte der Sektion in den Blick. Zunächst fragte er nach dem Stellenwert der „Idee“ Kreuzzug innerhalb der Landschaft der politischen Deutungs- und Mobilisierungsangebote der Frühen Neuzeit: Wie passt der Kreuzzug zur bellum iustum-Lehre, zum Grotianischen Rechtsverständnis und zur politischen Staatsräson-Lehre? Gerade bei der fortdauernden Präsenz des Themas „Kreuzzüge“ sei die Verortung im veränderten Horizont politischer Deutungsangebote umso wichtiger. Außerdem interessierte ihn die Begriffsgeschichte: Was bedeutete für die Zeitgenossen ein Kreuzzug, inwiefern unterschied er sich von anderen Kriegen gegen dieselben Feinde und welche Rolle spielten die mittelalterlichen Ereignisse für das frühneuzeitliche Verständnis von Kreuzzügen? Damit verbunden warf Friedrich auch die Frage nach der Periodisierung auf: Waren die Kreuzzugs-Projekte ein Abgesang eines mittelalterlichen Themas oder eine neue, eigenständige Phase? Abschließend lenkte er den Fokus noch auf das Verhältnis des Themas „Kreuzzug“ zu der innerchristlichen Konfessionalisierung und der europäischen Expansion: Inwieweit veränderte sich das Verständnis von

Kreuzzügen und seine politische Instrumentalisierung im Kontext dieser Entwicklungen, wie es beispielhaft bei den neuen Erfahrungen mit den asiatischen, afrikanischen und amerikanischen Kulturen hinsichtlich Frömmigkeit und Religion der Fall war.

Die Sektion hat sehr eindrücklich verdeutlicht, dass das Thema der Kreuzzüge noch in der ersten Hälfte der Frühen Neuzeit ein wichtiges Thema war, ja es sich sogar heute noch Kreuzzugsrhetorik finden lässt. Es hat sich aber auch gezeigt, wie ambivalent der Kreuzzug gebraucht wurde: einerseits einheitsstiftend im Sinne einer gemeinsamen *christianitas*, andererseits selbst als Anstoß zu Konflikten. Dass das Feld dabei längst noch nicht abschließend erforscht ist und noch Anschluss- bzw. Abgrenzungsbedarf zu anderen epochenspezifischen Entwicklungen besteht, wurde am Ende aber auch durch den Kommentar von Markus Friedrich deutlich. Das Nachdenken über die Ambivalenz des Einenden und Trennenden von Kreuzzugsvorstellungen ist heute nach wie vor ein aktuelles Thema und fügte sich so auch thematisch ein in den 52. Historikertag zu „Gespaltenen Gesellschaften“.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Magnus Ressel (Frankfurt am Main) / Kerstin Weiand (Marburg)

Benjamin Weber (Toulouse): *Tamquam angelum pacis*: The Common Fight for Christendom and the Papacy as Peacemaker in 15th-century Europe

Kerstin Weiand (Marburg): Heiliger Krieg und europäischer Friede. Der Kreuzzug in der päpstlichen Diplomatie des 16. Jahrhunderts

Magnus Ressel (Frankfurt am Main): Der Ordo Militae Christianae (1612-1635) als überkonfessionelle Verbindung des europäischen Hochadels

Zsuzsa Barbarics-Hermanik (Graz): „Kreuzzug gegen die Osmanen“ als politisches Argument der Habsburger in der Frühen Neuzeit

Markus Friedrich (Hamburg): Kommentar

Tagungsbericht *Der Traum von der christlichen Einheit. Kreuzzugsideologie*

*und –pläne als Medium zur Überwindung der Spaltung des frühneuzeitlichen Europas.* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

### Bürokratie als Einheitsmaschine

**Von:** Kevin Christian Klein, Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Wahrnehmung von und Diskurse über Spaltung – so der Ausgangsgedanke der Sektion – entstehen nicht im luftleeren Raum. Bevor Spaltung überhaupt erfahrbar und benennbar wird, bedarf es bestehender Vorstellungen und Konzepte der Einheit und der Einheitsstiftung als Referenzrahmen. Die Frage nach gesellschaftlicher Spaltung in der Frühen Neuzeit führt daher zu der Frage, inwieweit Konzepte der Einheitsstiftung überhaupt existent und festgefügt waren. Die Beitragenden gingen davon aus, dass die Herausbildung und Durchsetzung administrativer Strukturen bei der Entstehung von Einheitskonzepten einerseits, bei der Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen andererseits eine bedeutende Rolle spielten. Zentrale These der Sektion sei daher, so ULRIKE LUDWIG (Frankfurt am Main / Dresden) in ihren einleitenden Bemerkungen zur Sektion, dass es frühneuzeitlichen Verwaltungen nicht nur in zunehmendem Maße gelang, Herrschaft im lokalen Raum zu implementieren, sondern auch gesellschaftliche Unterschiede zu überwölben und trotz der prinzipiellen Akzeptanz von Differenz, Zugehörigkeit zum und Teilhabe am Herrschaftsverband zu ermöglichen. Bürokratie sei insofern zur Einheitsmaschine geworden. Diesem Zusammenhang widmeten sich die Beitragenden aus verschiedenen Perspektiven.

BIRGIT EMICH (Frankfurt am Main) eröffnete die Vortragsrunde mit ihren Überlegungen zur päpstlichen Bürokratie und deren Rolle bei der Aushandlung von Einheit und Vielfalt innerhalb der nachtridentinischen Weltkirche. In der Forschung habe Rom lange als mächtige Zentrale gegolten, deren zunehmende Bürokratisierung mit einer Vereinheitlichung der Weltkirche einherging. Obwohl die Päpste während und besonders nach dem Konzil von Trient (1545–1563) ihre Autori-

tätsansprüche festigen konnten, haben neuere Arbeiten gezeigt, dass man in der Realität weit von einer zentral gesteuerten Vereinheitlichung entfernt war. Anstatt dies schlicht mit einem Scheitern der Einheitsansprüche zu erklären, unterschied Emich zwischen zwei Formen von Einheit und Einheitsansprüchen: Zwischen einer ersten Form, die die Institutionen und Verfahren betraf und Einheit auf der Ebene der päpstlichen Regelungsgewalt – also Zentralität – anstrebte, und einer zweiten Form, die die einheitliche Ausgestaltung des kirchlichen Lebens betraf und damit auf Homogenisierung abzielte. Gewonnen sei mit dieser Unterscheidung, so Emich, die Möglichkeit, das Verhältnis von Zentralität und Homogenisierung näher zu bestimmen und auszuloten, inwieweit die zentralisierte Bürokratie Roms in den Dienst der Homogenisierung der Weltkirche gestellt wurde.

Der Anspruch der Päpste auf Zentralität werde insbesondere durch das ein halbes Jahr nach dem Konzil ausgesprochene Verbot der Interpretation, Kommentierung und Glossierung sämtlicher Konzilsbeschlüsse augenfällig. Das alleinige Auslegungsrecht blieb beim Papst, der so alle Fragen nach dem korrekten Verständnis und der praktischen Umsetzung der Reformen an die Zentrale nach Rom zog. Zur Abwicklung dieser Anfragen rief Pius IV. 1564 die „Congregatio pro executione et interpretatione Concilii Tridentini“ ins Leben. Auf der Ebene der Institutionen und Verfahren sei damit der Anspruch auf Einheit erfüllt worden. Wie Emich anhand konkreter Anfragen zum Problem der Bilderverehrung zeigte, war die Tätigkeit dieser Konzilskongregation allerdings von einem ausgesprochenen Pragmatismus geprägt. Dieser Pragmatismus passe weder zu den eindeutigen Beschlüssen des Trienter Konzils, noch zum Bild einer Kirche, die liturgische und dogmatische Vorgaben einheitlich und mit aller Vehemenz um- und durchsetzte. Die Einheitsbilanz der römischen Bürokratie falle daher zwiespältig aus. Einerseits haben Institutionen und Verfahren zur Verfügung gestanden, die den Anspruch auf Zentralität und Homogenität umsetzbar machten und mit denen die Päpste Zentralität auf einer symbolisch-performativen Ebene auch erfolgreich herzustellen wussten. Andererseits ist die Vielfalt des kirchlichen Lebens eher verwaltet als vereinheitlicht worden. Die durch diesen Pragmatismus entstehenden Inkonsistenzen habe man an der Kurie durch das Prinzip der Geheimhaltung und der daraus



resultierenden Fiktion des Einzelfalls geschickt zu verbergen gewusst.

ULRIKE LUDWIG (Frankfurt am Main / Dresden) verschob den Fokus vom Zentrum der Weltkirche in die Provinzialverwaltung Schwedisch-Pommerns. In ihrem Vortrag widmete sie sich der Frage, wie Verwaltung zwischen Zentrum und Peripherie überhaupt gelingen konnte. Als Aufhänger diente ihr der Fall Gottfried Schröers, der in der schwedischen Regierungskanzlei Stettins als Archivar und Lehenssekretär beschäftigt war. In dessen Privatnachlass finden sich Anfragen von mehreren hundert Personen jeglichen Standes, die diesen um Auskünfte, Abschriften, Weiterleitungen und persönliche Interventionen baten. Wie Ludwig hervorhob, seien diese Aktivitäten Schröers jedoch nicht Bestandteil eines offiziellen Verfahrens gewesen. Administratives Handeln war daher nicht auf verfahrensmäßige Amtshandlungen beschränkt, sondern habe flankierende Maßnahmen im Vor- und Umfeld offizieller Verfahren miteingeschlossen, die aus den Bittstellern jene in den Verfahren oft überraschend wohlinformiert auftretenden Sachwalter ihrer Eigeninteressen machten. Diese Maßnahmen bezeichnete Ludwig als „amtliche Dienstleistungen“, da die Beamten die gewünschten Leistungen nur aufgrund ihrer Tätigkeit im bürokratischen Apparat erbringen konnten. Ludwig betonte jedoch nachdrücklich, dass diese Dienstleistungen nicht als Geheimnis- oder Hochverrat zu verstehen seien. Vielmehr sind sie von den zuständigen Behörden im Sinne der Zugänglichkeit sogar erwünscht gewesen. In der schriftlichen Korrespondenz Schröers fielen zudem typische Elemente der Patronage auf. Im Unterschied zu den bisher untersuchten Formen der Patronage waren allerdings die Kontakte Schröers zu seiner Klientel äußerst punktuell. Darüber hinaus wurden Leistung und Gegenleistung fein aufeinander abgestimmt und der Austausch auffallend schnell abgewickelt. Der für die Patronage als langfristige Sozialbeziehung typischerweise große zeitliche Abstand zwischen Leistung und Gegenleistung verkürzte sich so zu einem vorab bzw. zeitnah abgewickelten Geschäft. Offenbar, so resümierte Ludwig, hat man es hier mit einer spezifischen Variante der Patronage zu tun, für die sie den Begriff der „Patronage von Amts wegen“ vorschlug. Diese habe nicht nur Lücken und Defizite in der noch weitmaschigen schwedisch-pommerischen Verwaltungsorganisation ausgeglichen, sondern die Verwaltung zudem befähigt, ihre eigenen

Systemgrenzen zu überwinden. Die Schnelligkeit und Selbstverständlichkeit, mit der die Bevölkerung Schwedisch-Pommerns Patronage von Amts wegen (und mit ihr amtliche Dienstleistungen) genutzt habe, spreche dafür, dass diese ein gesamteuropäisches Phänomen war. Unter welchen Bedingungen sie auftrat und gegebenenfalls wieder verschwand, bleibt allerdings noch weiter zu erforschen.

KOLJA LICHY (Gießen) behandelte in seinem Vortrag die seit den späten 1740er-Jahren in verschiedenen Teilen der Habsburgermonarchie gegründeten k. k. Leih- und Versatzämter. Mit der Frage nach den Bemühungen der Zentrale um deren Vereinheitlichung rückte er die ökonomische Dimension des Sektionsthemas in den Blick. Während sich die Finanzgeschichte bereits eingehend mit Budget- und Steuerfragen auseinandergesetzt hat und auch Fragen der Wirtschaftsförderung schon im Kontext von staatlich geförderten Handelskompanien und Manufakturen diskutiert wurden, hat die für die Zeitgenossen essenzielle Frage nach Erhöhung der Geldmenge und Beschleunigung der Geldzirkulation als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaftsaktivitäten bislang kaum einen Niederschlag in der Forschung gefunden. Zunächst stellte Lichy die den k. k. Leih- und Versatzämtern inhärenten Ambiguitäten heraus. So sollten Pfandleihhäuser dem gemeinen Mann in finanzieller Not ebenso nutzen wie dem Investoren. Neben dezidiert karitativ-christlichen Motiven und der Gemeinwohlorientierung trat somit traditionell auch eine klare Gewinnabsicht. Im Falle der Mährischen Lehenbank in Brünn habe man bei der Gründung 1751 allerdings deren Charakter als Wirtschaftsförderungsinstrument betont und im Zuge dessen die christlich-moralischen Anforderungen in den Hintergrund treten lassen. Ambige Einrichtungen waren die Leih- und Versatzämter aber auch insofern, als unklar war, ob es sich bei ihnen um private, ständische oder landesherrliche Unternehmungen handle. Nicht selten gründete die Zentrale in Wien Leih- und Versatzämter erst auf Initiative lokaler Eliten, welche entweder enge Anbindungen nach Wien hatten oder selbst dort ansässig waren. In diesem Sinne habe dort selbst eine Integration zwischen der Zentrale und der Provinz stattgefunden. Uneindeutigkeit herrschte Lichy zufolge aber auch auf dem Feld des Geschäftsbetriebs. Nachdem eine Wiener Kommerzbehörde ab den 1760er-Jahren die Aktienmehrheit der Mährischen Lehenbank über-

nommen hatte, wurde aufgrund der wirtschaftlichen Schieflage damit begonnen, der Bank formale Vorschriften zu machen und die Aktivitäten im monatlichen Rhythmus zu kontrollieren. Dies zog eine Integration in die Kontrolllogiken und Dokumentierungsnormen der Wiener Zentrale nach sich. Lichy jedoch betonte, dass diese Zentralisierung nicht von langer Hand geplant worden sei, sondern vielmehr das Ergebnis des selbstverschuldeten Fastbankrotts gewesen war. Wie allerdings der Fall des Monte di Pietà in Triest zeigt, wurde traditionellen Pfandleihhäusern die Ausrichtung auf karitative Zwecke zunehmend zum Verhängnis. So empfahl die Hofkommission Maria Theresia 1769 die Auflösung der seit Mitte des 17. Jahrhunderts existierenden Einrichtung. Offenbar, so Lichy, passten die in Wien herrschenden Vorstellungen von der Förderung der Geldzirkulation nicht bzw. nicht mehr zu der Triester Pfandleihe kleinen Maßstabes – und das, obwohl sie sich in ihren Umsätzen faktisch nur geringfügig von den neueren k. k. Leih- und Versatzämtern unterschied.

Im letzten Vortrag der Sektion ging TIM NEU (Bochum) der Frage nach, inwieweit es der Fiskalbürokratie des Britischen Empires gelang, nicht nur als nationale, sondern als imperiale Einheitsmaschine zu wirken. Er konzentrierte sich dabei auf die Beziehungen zwischen der Zentrale in London und den nordamerikanischen Kolonien vor deren Unabhängigkeit. Einleitend nahm er Bezug auf Jonathan Swift, der die nach der Glorious Revolution von 1688 aufgenommenen Staatsschulden mit einer Episode aus Plutarchs Lebensbeschreibungen verglichen hat: Wie der Feldherr Eumenes nach dem Tod Alexanders des Großen von seinen größten Feinden hohe Geldsummen geliehen hat, damit sie ihm schon allein aus dem Interesse, irgendwann ausbezahlt zu werden, folgen mussten, so haben auch die Whigs Schulden aufgenommen, um eine enge Bindung zwischen der Regierung und ihren politischen Gegnern herzustellen. Phänomene dieser Art bezeichnete der Soziologe Bruce Carruthers vor einiger Zeit analog als „Eumenes-Effekte“, die er für England bzw. Großbritannien untersuchte. Neu selbst erweiterte nun den Blick auf den kolonialen Kontext Nordamerikas. Die räumliche Trennung zwischen der Zentrale und den nordamerikanischen Kolonien habe sowohl die Bevölkerung als auch den Staat vor Probleme gestellt: Wie sollte ein Händler in den Kolonien, der selbst nicht

im Exportgeschäft tätig war, seine Schulden bei einem Londoner Geschäftspartner begleichen? Und wie konnte die Zentrale ihre Truppen in den Kolonien bezahlen, ohne hunderte Schiffsladungen Münzen über den Atlantik zu befördern? Ein zentrales Problem des Empires war also die Frage, wie Kaufkraft von London in die Kolonien und von den Kolonien nach London transferiert werden konnte. Um dieses Problem zu lösen, griff man in der Zeit vor dem internationalen Bankensystem auf das Finanzinstrument des Wechsels zurück. Hierfür bedurfte es als Mittlerinstanz Finanzgesellschaften, deren Geschäftsmodell darin bestand, die privatwirtschaftliche Nachfrage der kolonialen Kaufleute und die staatliche Nachfrage der Zentrale aufeinander zu beziehen. Die überdurchschnittliche Loyalität der Handelszentren in den normamerikanischen Kolonien habe insofern nicht allein auf deren unmittelbaren ökonomischen Verflechtung mit Geschäftspartnern aus dem Mutterland beruht, sondern auch auf dem Ineinandergreifen von privatwirtschaftlichen und staatlichen Geldströmen. In Zeiten knapper Kassen haben die Kolonien als Mittel zur schnellen Geldbeschaffung zudem wiederholt die Einführung zeitlich befristeter Papierwährungen verabschiedet, welche ebenfalls durch Wechsel gesichert wurden. Die kolonialen Papiergeldsysteme seien dadurch immer wieder für kurze Zeit in das imperiale System von *public credit* und *national debt* integriert gewesen. Wie Neu betonte, hätten sie sogar dauerhaft integriert werden können, wären die Papiergelder verstetigt worden. Dem Zusammenhalt des Empire hätte dies einen enormen Schub gegeben. Mit den zwischen 1751 und 1764 erlassenen Currency Acts, die den Kolonien verboten, Papierwährungen zu regulären Zahlungsmitteln zu erklären, habe man diese Chance allerdings vertan.

Die Beitragenden der Sektion haben den Versuch unternommen zu zeigen, inwieweit frühneuzeitliche Bürokratien Einheitsmaschinen darstellten, denen es gelang, gesellschaftliche Unterschiede zu überwälzen und Zugehörigkeit zu ermöglichen. Dieser Frage näherten sie sich aus zwei unterschiedlichen Perspektiven: Während die beiden ersten Vorträge von Birgit Emich und Ulrike Ludwig die Herausbildung administrativer Strukturen und deren vereinheitlichende Effekte beleuchteten, gingen die Beiträge von Kolja Lichy und Tim Neu näher auf die Zusammenhänge zwischen Bürokratie, ökonomischen Strukturen

und politischer Integration ein. Die Beiträge verdeutlichten, dass frühneuzeitliche Bürokratien mit und durch ihre eigenen Funktionslogiken, Zielsetzungen und Bedürfnisse auf vielfältige Weise Einheit herstellten mal gezielt und geplant, mal eher unbewusst und zufällig, doch nur selten um jeden Preis. Insgesamt deuten die Beiträge darauf hin, dass es sich lohnt, weiter danach zu fragen, wie frühneuzeitliche Bürokratien einerseits mit Heterogenität umgingen und andererseits wann, unter welchen Bedingungen und mit welchen Mechanismen sie in Bezug auf ihre Anspruchsgruppen Einheit und Zugehörigkeit herstellen konnten und wollten.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Ulrike Ludwig (Frankfurt am Main / Dresden) / Birgit Emich (Frankfurt am Main)

Einleitung: Ulrike Ludwig ((Frankfurt am Main / Dresden)

Birgit Emich (Frankfurt am Main): Einheit in der Vielfalt? Die Bürokratie der Päpste zwischen Einheitsdiskurs und Differenzbewältigung

Ulrike Ludwig (Frankfurt am Main/Dresden): Zwei Gänse und ein Hoheitsakt. Amtliche Patronage und herrschaftliche Einheit in Schweden

Kolja Lichy (Gießen): „Der Staat als ein einzelnes Wesen“. Vom Umgang mit Ambiguität in der Finanz- und Wirtschaftsverwaltung der Habsburger Monarchie des 18. Jahrhunderts

Tim Neu (Bochum): Eumenes-Effekte, oder: Die britische Fiskalbürokratie als imperiale Einheitsmaschine

Tagungsbericht *Bürokratie als Einheitsmaschine*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

---

### Sprach- und ethnische Konflikte in Klöstern nördlich und südlich der Alpen im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit

Von: Jessika Nowak, Departement Geschichte, Universität Basel

Sprach- und ethnische Konflikte sind in unseren Medien allgegenwärtig. Doch selbst die klösterliche Welt, in der man diese vielleicht zunächst nicht sucht, blieb in der Vormoderne keinesfalls von derartigen Konflikten verschont, wie die sehr spannende, von ANDREAS REHBERG (Rom) organisierte Sektion zu zeigen vermochte. Der vom Sektionsleiter vorgezeichnete Weg führte dabei von der Welt der Angeln und der Iren, die GABRIELA SIGNORI (Konstanz) als Einstiegsbeispiel für ihre Einführung wählte, über die mittelalterliche Bohemia bei Petr Hlaváček und das Schottenkloster in Wien bei Maximilian Alexander Trofaier bis hin in die italienische Welt hinein bei Andreas Rehberg.

Ein Blick in den Provinzkatalog des böhmischen Observantenvikariats aus dem Jahr 1493, der die Herkunft von rund 700 Franziskanern enthüllt, zeige – so erfahren wir aus dem von Andreas Rehberg verlesenen Beitrag von PETR HLAVÁČEK (Prag) – neben mehr als zwei Fünfteln Schlesiern auch Brüder aus Preußen, Meißen, Österreich, Bayern, Franken, Ungarn, Polen und Ruthenien. Es überrasche angesichts dieser Vielfalt wenig, dass Unruhen *propter patriam et linguam et nationem* in dem 1452 von Johannes Kapistran und dessen italienischen Mitbrüdern gegründeten Observantenvikariat aufgetreten seien. Insbesondere Klagen ob einer Ungleichbehandlung deutscher und slawischer Brüder seien immer vernehmlicher geworden, Vorurteile und Pauschalierungen immer kurrenter. Selbst der Provinzvikar Gabriel von Verona hätte ein härteres Herannahen der Deutschen für erforderlich gehalten, da diese seiner Meinung nach nicht so viel Stärke wie die Italiener besäßen und daher eine höhere Disziplin beim Fasten und im Gottesdienst hätten zeigen müssen. Aus Verärgerung über das Verhalten ihrer Kritik seien viele Italiener alsbald in die *patria* zurückgekehrt. Die Probleme zwischen den deutsch- und den tschechischsprachigen Brüdern seien indes bestehen geblieben, ja sogar durch die Wahl eines aus den Reihen der Deutschen stammenden Provinzvikars (1457) und zwei weitere Klostergründungen in Pilsen und Prag noch verschärft

worden. Klagen über mangelnde Visitationen und der Wunsch nach Reformen seien auch seitens der sieben polnischen Observantenklöster zunehmend lauter geworden. Das Bestimmen eines polnischsprachigen, allein für Polen zuständigen Kommissars und eine Ablösung des aus Italien stammenden Provinzvikars durch einen deutschsprachigen Schlesier hätten nicht die gewünschte Entspannung gebracht. Letztendlich habe sich eine Zweiteilung des böhmischen Vikariats bzw. eine Abspaltung des polnischsprachigen Teils nicht verhindern lassen, mit Absegnung durch Papst Paul II. im Jahr 1467. Im böhmischen Teil habe es indes weiter gegärt, den tschechischen Forderungen, lediglich tschechischsprachige Brüder in den böhmischen Klöstern einzusetzen, sei zunächst nicht stattgegeben worden. 1471 seien den Brüdern auf dem Provinzkapitel in Kosel sogar harte Strafen angedroht worden, falls sie schriftlich oder mündlich verkündeten, jemand gehöre zur böhmischen/tschechischen, deutschen, mährischen oder schlesischen Partei. Druck habe jedoch ebenso wenig auszurichten vermocht wie die Entscheidung, in gemischtsprachigen Gebieten je einen tschechisch- und einen deutschsprachigen Prediger einzusetzen. Die *diversitas nationum* sei, wie auch der Provinzvikar Paul von Mähren betont habe, ein gravierendes Hindernis für die Entwicklung des Vikariats geblieben.

Vergeblich sei die tschechische Minderheit für eine Beschränkung der freien Wahl bzw. für eine alternierende Ernennung eines Tschechen und eines Deutschen als Provinzvikar und für die Bestellung von zwei der vier Definitoren aus den Reihen der Tschechen eingetreten. Obwohl es ihnen untersagt worden sei und Drohungen seitens der deutschsprachigen Brüder im Raum gestanden hätten, bei derartigen Initiativen den tschechischen Mitbrüdern zukünftig sämtliche Wege in jegliches Amt im böhmischen Vikariat zu versperren, hätten sich die Tschechen dennoch auch 1490 auf dem Generalkapitel von Urbino entschieden für eine weitere Teilung des Observantenvikariats ausgesprochen. Diese hätten sie – neben der mit der Größe des Gebietes einhergehenden mangelnden Seelsorge, den unregelmäßigen Visitationen und der geringen Teilnehmerzahl der Provinzkapitel – auch mit den verschiedenen Nationen wie mit den fehlenden Tschechischkenntnissen bzw. der Ablehnung der tschechischen Sprache durch die deutschen Brüder gerechtfertigt. Nur mittels eines Dolmetschers könne gebeichtet werden, so ihre Klage.

Durch eine Teilung, so ihre weitere Argumentation, hätten Unruhen befriedet und ein weiteres Abwandern der tschechischen Brüder nach Italien oder Polen unterbunden werden können. Der böhmische Provinzvikar Anton von Leipzig habe seinerseits versucht, die Anschuldigungen zu entkräften und auf die Sinnlosigkeit einer weiteren Teilung des Vikariats zu verweisen, da auch auf diese Weise das Problem der *commixta ydeomata* nicht gelöst werden könne, weil nach wie vor mehrsprachige Gebiete existierten. Die vom Generalvikar Angelus von Chiavasso eingebrachten Reformvorschläge seien den tschechischen Brüdern nicht weit genug gegangen. *Pro concordia, pace et unione inter fratres Teutonos et Bohemos in provincia Bohemie* seien daraufhin seitens des Generalvikars weitere Zugeständnisse an die tschechischen Brüder ergangen, darunter die Erlaubnis, in Bechin und Ronsberg zwei Klöster zu gründen, die *pro puris Bohemis* zu besiedeln seien. Weitere Zugeständnisse seien in den nächsten Jahren gefolgt, so 1491 die Ernennung eines tschechischen Predigers für das Kloster in Olmütz wie auch die Gründung eines weiteren Klosters in Ungarisch Hradisch. Eine Stärkung der Position der tschechischen Brüder um die Jahrtausendwende, wie auch die Konflikte mit den sächsischen Franziskanern und alsbald auch die von der lutherischen Reformation ausgehende Bedrohung hätten dann zu einer Verlagerung des Fokus und einem Abflauen der Spannungen zwischen den tschechisch- und den deutschsprachigen Brüdern geführt.

Der Wille zur Abschottung wird, wie MAXIMILIAN ALEXANDER TROFAIER (Wien) zeigte, auch den irischen Mönchen des Schottenklosters in Wien nachgesagt, das 1155 vom Babenberger-Herzog Heinrich II. Jasomirgott gegründet worden war und dann zum Verband der St. Jakob in Regensburg unterstellten Klöster zählte. Seien die irischen Mönche in Irland ausgebildet worden und hätten auf diese Weise ihre ethnische Geschlossenheit konservieren können, so habe sich diese ethnische Abschottung vor dem Hintergrund der Melker Reform nicht mehr wahren lassen. Die Vorgabe, einheimische Benediktinermönche in ihren Mauern aufzunehmen, sei für die irischen Mönche jedoch keine Option gewesen. Sie hätten es daher bevorzugt, 1418 das Kloster zu verlassen und sich ins Mutterkloster zurückzuziehen. Die Erklärung, die irischen Mönche seien bewusst „Fremdlinge“ geblieben, die schon allein

infolge ihrer kaum vorhandenen Deutschkenntnisse nicht mit den Einheimischen hätten kommunizieren können, greife jedoch zu kurz. Die Einbindung der Brüder in die Ausstellung deutschsprachiger Urkunden belege, dass die Sprachbarrieren keineswegs so hoch wie angenommen seien und durchaus regere Kontakte zwischen den Einheimischen und den irischen Mönchen bestanden hätten. Die Brüder hätten im öffentlichen Leben sowie am Hofe eine wichtige Rolle gespielt, und gerade die Schottenäbte seien als „Ersatz-Bischöfe“ hochgeschätzt gewesen. Noch nicht einmal in Zeiten des Konfliktes, wie etwa im Pfarrstreit der 1260er-Jahre, sei mit dem Argument der Fremdheit und der Integrationsunwilligkeit der irischen Mönche operiert worden. Das Bild von der vermeintlichen Distanziertheit der Schottenäbte sei erst im Nachhinein, nach dem Weggang der Iren, von den eine äußerst spitze Feder führenden Humanisten sowie von den auf eine Diskreditierung der irischen Mönche bedachten deutschen Reformern konstruiert worden. Das um 1465 verfasste *Memoriale reformationis ad Scotos*, das rückblickend die Geschehnisse des Jahres 1418 festhalte und dabei ein sehr polemisches Bild der „Verkommenheit“ der irischen Mönche entwerfe, sei im späteren allzu oft für bare Münze genommen und verbreitet worden, so etwa in der 1586 gedruckten, stark rezipierten Stiftsgeschichte des Johann Rasch. Hinzu komme, dass das *Memoriale* auf einer älteren, um 1455 entstandenen Vorlage fuße, der *Chronica monasterii sancti Egidii in Nurembergk*, die, wie der Titel bereits verrate, nicht die Verhältnisse in Wien, sondern eben jene in Nürnberg kritisch festhalte und die somit den Gegebenheiten in Wien keineswegs gerecht werde. Dass die irischen Mönche in Wien letztlich resignierten, habe daher weniger mit ethnisch-sprachlichen Motiven zusammengehangen, sondern sei vielmehr institutionell bedingt gewesen. Zum einen sei ihr Scheitern ihrer geringen Zahl geschuldet und zum anderen auf den hierarchisch gegliederten Klosterverband mit dem Regensburger Mutterkloster zurückzuführen, der der benediktinischen Reformbewegung widerstrebt habe. Auch hätten sich gerade im 15. Jahrhundert eine relative Isolation wie das Fehlen von stützenden Netzwerken vor Ort – Faktoren, die die landesfremden Iren einst, im 12. Jahrhundert, als über den Parteien Stehende sehr attraktiv hätten erscheinen lassen – nun negativ für die landfremden Iren ausgewirkt.

Phasen der Inklusion und Exklusion von Zuzüglern lassen sich auch in den Klöstern im römischen Hinterland zwischen 1477/79 und 1530 aufzeigen. Groß sei zunächst die Anziehungskraft gewesen, die Subiaco, die erste Wirkstätte des heiligen Benedikt, und die vom syrischen Bischof Laurentius sowie von Thomas von Maurienne gegründete Reichsabtei Santa Maria in Farfa auf die nordalpinen Mönche ausgeübt hätten. Auch die Kommendataräbte hätten zeitweilig den Klostereintritt dieser Zuzügler begrüßt, da diese im Ruf gestanden hätten, vor Ort Impulse für eine Reform der *vita monastica* setzen zu können. Infolge des starken Zuzugs habe sich ab 1477 sogar eine *congregatio theutonicorum et germanorum nuncupate dicti ordinis sancti Benedicti* herausgebildet. Prosopographisch kann ANDREAS REHBERG (Rom) in diesem Zeitraum 109 Farfenser Mönche fassen; einen Austausch mit Subiaco vermag er in etlichen Fällen zu greifen. Jene 79 in den Quellen als *monachi Germani* oder *monachi theutonici* begegnenden Farfenser Mönche, deren Herkunftsregion Rehberg nachzeichnet und von denen ein nicht unerheblicher Teil aus Flandern stammte, hätten jedoch keineswegs eine einheitliche Ethnie gebildet. Die Sprache habe sie nur bedingt verbunden, seien doch die Differenzen zwischen dem Hoch- und Niederdeutschen erheblich gewesen.

Gegen 1500, einem Zeitpunkt, zu dem der Farfa und Subiaco sehr wohlgesonnene Papst Alexander VI. (†1503) aus dem Leben geschieden sei, der einst selbst Kommendatarabt von Subiaco gewesen sei, und zu dem sich eine Verschlechterung des Verhältnisses Farfas und Subiacos zu den nun aus den Reihen der Colonna und der Orsini stammenden Kommendataräbten abgezeichnet hätte, die einen Eintritt der Klöster in die italienisch dominierte Kongregation von Montecassino befördert hätten, sei jedoch in Farfa ein deutlicher Rückgang der bislang bei weitem dominierenden deutschen, aber auch der französischen und vor allem der italienischen Zuzügler zu konstatieren gewesen. Den Päpsten sei es zunehmend schwergefallen, die mächtigen Kardinäle, die als Kommendataräbte von Farfa und Subiaco nach ihrem Belieben geschaltet und gewaltet hätten, zu kontrollieren. Auch von Seiten des Kaiserhofes hätten die zunehmend in Bedrängnis geratenen *monachi Germani*, denen nun diskreditierend – unter Rekurs auf geläufige nationale Stereotypen – Trunksucht ebenso unterstellt worden sei wie auch eine Verschleude-

rung des Klosterbesitzes, keine Solidarität erfahren, obgleich sie sich in „nationalistischen Diskursen“ als Opfer übermächtiger Kontrahenten in Szene zu setzen gesucht hätten. 1567 habe Pius V. schließlich die Vertreibung der verbliebenen zehn Mönche der vermeintlichen *congregatio Theutonicorum et Germanorum* angeordnet, die beschuldigt worden seien, regellos zu leben, keiner anerkannten Kongregation anzugehören, einen exzessiven Lebenswandel zu führen und darüber hinaus noch ihre eigentlichen seelsorgerischen Aufgaben zu vernachlässigen. Den *monachi Germani* in den Klöstern im römischen Hinterland sei somit ein unrühmliches Ende beschieden gewesen. Einst hätten sie sogar durch die Namenswahl der deutschen Novizen versucht, den lokalen Traditionen Rechnung zu tragen, und zudem viel für den kulturellen Transfer getan, indem sie einerseits die Niederlassung deutscher Buchdrucker in Subiaco gefördert hätten, während sie andererseits durch die *consuetudines Sublacenses* wichtige Impulse für die Liturgie und Musik im Melker Reformkreis gegeben hätten. Ihre Verdienste seien jedoch in Vergessenheit geraten, und, ähnlich wie Trofaiers irische Mönche, seien sie, als diejenigen, die weggezogen seien und die Historiographie vor Ort nicht mehr hätten beeinflussen können, die Opfer derer geworden, die die Stellung behauptet und die Geschichte geschrieben hatten und die auch gewillt gewesen waren, die Weichenden zu diskreditieren.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Andreas Rehberg (Rom)

Gabriela Signori (Konstanz): Einführung und Diskussionsleitung

Petr Hlaváček (Prag): Ein Sprachenkonflikt in der spätmittelalterlichen Franziskanerprovinz „Bohemia“?

Maximilian Alexander Trofai (Wien): Konstruierte Fremdheit. Die Beziehungen der irischen Mönche des Schottenklosters in Wien zu ihrem Umfeld

Andreas Rehberg (Rom): Ein Kampf um Subiaco und Farfa. Die Verdrängung der deutschen Mönche aus zwei Klöstern im Hinterland von Rom nach 1500

Tagungsbericht *Sprach- und ethnische Konflikte in Klöstern nördlich und südlich der Alpen im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

---

### Gespaltener Einheitswille? Das Janusgesicht der Integrationsideologien in Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert

**Von:** Anna Katharina Pieper, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz

Die italienischen und deutschen Nationalfeierlichkeiten zwischen 2011 und 2015 haben die problematische Persistenz nationaler Mythologien und teleologischer Meistererzählungen in der öffentlichen Debatte gezeigt, welche ihren Ursprung in den politischen Spaltungen vor und unmittelbar nach den „verspäteten“ Nationalstaatsgründungen in Italien und Deutschland haben. Diese Prozesse der gesellschaftlichen Spaltung und den Umgang mit rivalisierenden patriotischen Diskursen zu diskutieren sowie die Entstehung, Verbreitung und Durchsetzung moderner Integrationsideologien zu hinterfragen war das Ziel der von AMERIGO CARUSO (Padua / Saarbrücken) und JENS SPÄTH (Saarbrücken) organisierten Sektion. Vier Vorträge beleuchteten anhand konkreter historischer Fallbeispiele die Vielfalt politikmächtiger und konsensfähiger Rechtfertigungsnarrative und Kollektivsymbole der Staatsbildung in Italien und Deutschland. Es folgten zwei Kommentare und eine abschließende Diskussion unter Einbezug des Publikums.

Als erster Vortragender fragte EDOARDO TORTAROLO (Vercelli) nach integrativen Diskursen vor der gespaltenen Gesellschaft und der Bedeutung lokaler Identitäten für neue Gesellschaftsmodelle am Beispiel der aufgeklärten Reformmodelle in Italien und Deutschland vor 1789. Trotz zahlreicher dynastischer, diplomatischer, militärischer und literarisch-künstlerischer Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, mahnte der Referent an, sei die Geschichtswissenschaft bislang ein historisches Paradigma schuldig geblieben, welches einen Blick auf eu-

europäische Zusammenhänge auf der Nord-Süd-Achse ermögliche. Weder der geografisch umstrittene europäische Raum noch etablierte „imperiale“ Konzepte eigneten sich als Rahmen einer deutsch-italienischen Parallelgeschichte in der Sattelzeit. Eine Lösung dieses Problems stelle eine Untersuchung deutsch-italienischer Transferprozesse aufklärerischer Reformkultur dar. Die Dekonstruktion des Aufklärungsbegriffes habe gezeigt, dass sogenannte „aufgeklärte“ Reformen zwar unterschiedlichen Visionen und damit keinem etablierten Paradigma entsprochen hätten, Transferprozesse zwischen Italien und Deutschland aber dennoch effektiv gewesen seien. So könne beispielsweise eine Untersuchung von Carlantonio Pilatis' (1733–1802) Bezugnahme auf die Schriften des deutschen Katholizismus und seiner Verwendung des ambivalenten Reformbegriffes italienisch-deutsche Interaktionsbereiche auf der europäischen Nord-Süd-Achse definieren, die auf die Bildung einer gemeinsamen, inhomogenen Reformkultur im vornapoleonischen Europa schließen ließen.<sup>1</sup>

Die Ambiguität nationalintegrativer Meistererzählungen verdeutlichte EVELINE BOUWERS (Mainz) in ihrem Vortrag über die Konstruktion eines „Nationalpantheons“ als Gegenstand und Austragungsort für den Kampf um Deutungshoheit und Zugehörigkeit in Deutschland und Italien vor 1848. Diese Konflikthaftigkeit sei bereits in den semantischen Unterschieden der Begriffe „Denkmal“ und „Monument“ sichtbar, begann die Vortragende. Während ersterer vergangenheitsorientiert gewesen sei, hätte im 18. Jahrhundert die Dualität des *monumentum*-Begriffes (gedenken und erziehen) an Bedeutung gewonnen und im öffentlichen Raum in Form des „Pantheons“ Verbreitung gefunden. Dieses habe „große“ Denker und Künstler würdigen und so seine Besucher zur Nachahmung auffordern sollen, hätte ab den 1780er-Jahren aber zunehmend der Festigung sozialer Kontrolle, kultureller Hegemonie und politischer Macht gedient, bei Dominanz teleologischer Meistererzählungen. In Deutschland und Italien habe man dabei auf keinen klar umrissenen nationalen Raum zurückgreifen können. Der venezianische

Bildhauer Antonio Canova (1757–1822) habe im römischen Pantheon den Fokus auf das nord- und mittelitalienische Verständnis von *Italianità* gelegt und dabei Aspekte der italienischen Geschichte sowie die intranationalen Spannungen ausgeblendet, während der spätere bayerische König Ludwig I. (1786–1868) mit dem Bau der Walhalla nahe Regensburg eine geistlich-kulturelle Überwindung nationaler Spannungen herzustellen versucht habe, welche aber nicht anschlussfähig an die deutsche Nationalbewegung gewesen sei. Die Festlegung eines vermeintlichen „nationalen“ Kanons durch Canova und Ludwig I. habe in beiden Fällen die Umsetzung der nationalintegrativen Agenda verhindert. Jede Visualisierung einer Integrationsideologie sei folglich unzureichend, schloss Eveline Bouwers, und verdeutliche damit einmal mehr die Diskrepanz zwischen Historiografie, politischer *agency* und Öffentlichkeit.<sup>2</sup>

Ebenfalls mit kulturpolitischer Machtdemonstration in der Kunst befasste sich GABRIELE CLEMENS (Saarbrücken) in ihrem anschließenden Vortrag über deutsche und italienische Nationalgalerien und die übergeordnete Entwicklung der Kulturpolitik nach napoleonischem Vorbild in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Sammlungen des Louvre hätten bis 1789 Glanz und Gloria des Königs, danach die *Grande Nation* repräsentiert und so Paris, bestückt durch systematische Kunstraubaktionen, zur europäischen Kulturhauptstadt stilisiert. Dennoch seien sie ein elitärer Treffpunkt geblieben, welchen Napoleon geschickt für seinen Herrscherkult zu nutzen gewusst habe. Weitergewirkt habe das napoleonische Modell in Deutschland vor allem in jenen Staaten, die von den Umwälzungen im Zuge der Revolutionskriege profitierten. Sowohl Ludwig I. von Bayern (1786–1868), Wilhelm I. von Württemberg (1816–1864), als auch Friedrich Wilhelm III. von Preußen (1770–1840) hätten eine ehrgeizige Kulturpolitik in Form von Bauvorhaben und Gemäldesammlungen verfolgt, um mit anderen Regenten auf Augenhöhe agieren zu können. Ihre Projekte hätten gleichermaßen der Repräsentation ihrer selbst als auch des Vaterlandes gedient, wobei die Begriffe „Nation“ oder „Patria“ zwischen einzelstaatlicher Konnotation und Nationsidee oszillierten. In Italien hingegen, referierte Gabriele Clemens,

<sup>1</sup> Edoardo Tortarolo, *Diesseits und Jenseits der Alpen. Deutsche und italienische Kultur im 18. Jahrhundert*, Leipzig 2011; Carlantonio Pilati, *Di una riforma d'Italia, ossia dei mezzi di riformare i più cattivi costumi e le più perniciose leggi d'Italia*, Villafranca 1767.

<sup>2</sup> Eveline G. Bouwers, *Public Pantheons in Revolutionary Europe. Comparing Cultures of Remembrance, c. 1790–1840*, Basingstoke: 2012.

habe nur Carlo Alberto von Piemont-Sardinien (1789–1849) die Staatsgalerie in Turin genutzt, um patriotische Einstellungen hervorzurufen. In den übrigen italienischen Staaten sei keine vergleichbare Kulturpolitik verfolgt worden, da – neben der Existenz einer Vielzahl reich bestückter Sammlungen in Rom, Neapel oder Florenz – kein Interesse an einer elitären Amalgampolitik bestanden habe.<sup>3</sup>

Minoritäre Integrationsideologien beleuchtete schließlich RUTH NATTERMANN (München) in ihrem Vortrag über die rechtliche und politische Lage von jüdischen Frauen in Italien und Deutschland. Die während der Phase der Nationalstaatsbildung entstehenden „vorgestellten Gemeinschaften“, welche verschiedene soziale Schichten, Klassen und Gruppen integrierten, hätten ihre Integrationskraft auch aus Praktiken der Abrenzung und der Exklusion gezogen, so die Referentin. Insbesondere in der Situation jüdischer Frauen, für die das gebrochene Gleichheitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts doppelt zum Tragen gekommen sei, verdeutliche Potential und Defizite der nationalen Integrationsideologien. Aufgrund der in Deutschland und Italien unterschiedlichen Rahmenbedingungen habe der „doppelte Außenseiterstatus“ jüdischer Frauen in beiden Ländern zu verschiedenen Identitätsentwürfen geführt. So sei der Prozess der Judenemanzipation in Italien, anders als in Deutschland, eng mit jenem der politischen Einheit verknüpft gewesen. Da jüdischen Frauen anders als jüdischen Männern die Gleichberechtigung als Staatsbürgerin versagt geblieben sei, habe die Beteiligung in der nationalen Frauenbewegung ihre wichtigste, wenn auch stark klassenabhängige Integrationsstrategie dargestellt, welche vor allem im Erziehungs- und Bildungsbereich Anwendung gefunden habe. Während deutsch-jüdische Protagonistinnen mehrheitlich den Integrationsprozess der jüdischen Minderheit in die Gesamtgesellschaft wesentlich geprägt und gleichzeitig zuhause als Hüterin religiöser Traditionen fungiert hätten, habe die starke Identifikation mit dem laizistischen Charakter des Risorgimento bei italienisch-jüdischen Frauen zu einer generellen Verweltli-

<sup>3</sup> Gabriele Clemens, Händler, Sammler und Museen. Der europäische Kunstmarkt um 1900, in: Thomas Höpel / Hannes Siegrist (Hrsg.), Kunst, Politik und Gesellschaft in Europa seit dem 19. Jahrhundert, Stuttgart 2017, S. 89–98; Hannelore Putz, Die Leidenschaft des Königs. Ludwig I. und die Kunst, München 2014.

chung des Lebens geführt. Antisemitischen Anfeindungen seien die jüdisch-feministischen Initiativen in Italien begründet durch das Bild der „katholischen Nation“, in Deutschland auf Basis religiöser wie rassistischer Vorurteile ausgesetzt gewesen. Dies verdeutliche, schlussfolgerte Ruth Nattermann, die innere Spaltung beider Gesellschaften und ihrer Formung nationaler Identität aufgrund von Exklusionsmechanismen.<sup>4</sup>

In ihrem folgenden Kommentar plädierte UTE PLANERT (Köln) dafür, weder den europäischen Bezugsrahmen für die historische Forschung, noch das 19. Jahrhundert als bloße Vorgeschichte jüngster Globalisierungstendenzen zu vernachlässigen. Gerade aktuelle nationalistische Strömungen und die Krise der europäischen Union würden die Notwendigkeit, das etablierte nationale Paradigma und die Ambivalenzen des 19. Jahrhunderts zu hinterfragen, verdeutlichen. So könne eine Ausdehnung von Edoardo Tortarolos Untersuchung deutsch-italienischer Reformkultur auf den europäischen Raum, die regionalspezifische Ausprägungen in den Mittelpunkt stelle, einen neuen Erklärungsansatz der napoleonischen Hegemonie bieten. Auch die Vorträge von Eveline Bouwers' und Gabriele Clemens setzen als Untersuchungen des 19. Jahrhunderts stärker an Fragen europäischen Transfers und der Differenzierung von Regionen an, ohne die Nationalbewegungen und den Nationalismus zu negieren. Dass dieser wiederum gleichermaßen Integrations- wie Exklusionsideologie sei und dabei die Intersektionalität von Geschlecht, Herkunft und Status eine weitere dauerhafte Aufgabe der Forschung bliebe, sei in Ruth Nattermanns Beitrag deutlich geworden.

Daran anschließend hob auch MARCO MERIGGI (Neapel) im zweiten Kommentar die Bedeutung der regionalen Ebene für das Verständnis des europäischen Nationalismus hervor, indem er die Frage stellte, inwieweit man das Konzept des „Staates“ und das holistische Projekt der „Nation“ überhaupt miteinander versöhnen könne. Die Vorträge hätten

<sup>4</sup> Ruth Nattermann, Jüdinnen in der frühen italienischen Frauenbewegung, in: Gabriele B. Clemens / Jens Späth (Hrsg.), 150 Jahre Risorgimento – geeintes Italien?, Trier 2014, S. 127–146; Benedict Anderson, Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1983; Marion Kaplan, Jüdisches Bürgertum. Frau, Familie und Identität im Kaiserreich, Hamburg 1997; Ulrich Wyrwa, Gesellschaftliche Konfliktfelder und die Entstehung des Antisemitismus. Das Deutsche Kaiserreich und das Liberale Italien im Vergleich, Berlin 2016.



gezeigt, dass die regionale Dimension einen Erklärungsansatz biete, mit dem sich auch die Polaritäten, wie sie sich etwa in den Unterschieden der Kulturpolitik innerhalb Italiens und Deutschlands äußerten, miteinander konkurrierende Integrationsideologien und alternative Identitätsmodelle in den Blick nehmen ließen. Von der „klassischen“ nationalen Meistererzählung exkludierte Perspektiven, Regionen und Gruppen, wie etwa Süditalien oder jüdische Feministinnen, könnten durch das Erweitern und Durchbrechen des „nationalen“ Paradigmas in die „nationale“ bzw. europäische Geschichtsschreibung integriert werden.

Die hierfür noch zu definierenden Begrifflichkeiten und Kategorien der Geschichtswissenschaft und der Einfluss etablierter Paradigmen, beispielsweise des „säkularen“ Paradigmas, bildeten – neben inhaltlichen Fragen zu den jeweiligen Beiträgen – den Hauptgegenstand der abschließenden Diskussion. Hierbei wurde nochmals klar, wie aktuell eine europäische Nationalismus-Forschung aus (trans)regionaler Perspektive ist, wenn auch über wichtige Aspekte dieses Ansatzes noch kein Konsens herrscht. So sollte zwar bei der Untersuchung von Integrationsdiskursen primär die Frage nach Mitteln und Praktiken der Exklusion und Inklusion im Vordergrund stehen. Aber gerade bei der Annäherung an europäische Phänomene über den regionalen Zugriff wäre eine Reflektion der bislang verwendeten Begrifflichkeiten vonnöten, da diese häufig unbedacht aus anderen Sprachen übersetzt wurde, einem fremden Kontext entstammten oder in einem starken Spannungsverhältnis zu verwandten Begriffen standen, wie etwa Kirche, Religion und Konfession. Das „Janusgesicht der Integrationsideologien“ spiegelt sich somit gewissermaßen in den Ambivalenzen des weiten Forschungsfeldes und seiner Begrifflichkeiten wider. Dennoch ist es den Organisatoren gelungen, einen differenzierten Blick auf die konkurrierenden Integrationsideologien in Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert einerseits, sowie auf das Potential und die Probleme der Nationalismusforschung andererseits zu werfen. Die konkreten Fallbeispiele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer leisteten hierzu einen produktiven Beitrag und lieferten damit – angesichts neuer nationalistischer Tendenzen und historischer Legitimationsstrategien demokratischer Staaten in Europa – wertvolle Anregungen für weiterführende Untersuchungen,

Fragen und Diskussionen.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Amerigo Caruso (Padua / Saarbrücken) / Jens Späth (Saarbrücken)

Edoardo Tortarolo (Vercelli): Aufgeklärte Reformmodelle in Italien und Deutschland. Integrative Diskurse vor der gespaltenen Gesellschaft

Eveline G. Bouwers (Mainz): Die Konstruktion eines „Nationalpantheons“. Kampf und Konsens in der deutschen und italienischen Denkmallandschaft vor 1848

Gabriele B. Clemens (Saarbrücken): Nationale Kunst? Malerei und Museen in Deutschland und Italien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Ruth Nattermann (München): Frauen und Juden in zwei „vorgestellten Gemeinschaften“. Die rechtliche und politische Lage von „Minderheiten“ in der Phase der deutschen und italienischen Nationalstaatsbildung

Kommentare: Ute Planert (Köln) / Marco Meriggi (Neapel)

Tagungsbericht *Gespaltener Einheitswille? Das Janusgesicht der Integrationsideologien in Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 20.10.2018.

---

### Rechtfertigungen und Anfechtungen des Kapitalismus 1850-2008

Von: Jan Kellershohn, Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum

Es kreucht und fleucht im Bestiarium des Kapitalismus: Raubtiere, Heuschrecken, Kraken, Schweine, Vampire und Gespenster – spätestens seit dem Jahr 2008 wimmelt es in der politischen Sprache nur so von Beschwörungen und Metaphern, die diesen bekannten Unbekannten nicht nur linker Theoriebildung dingfest machen wollen. Es gehört wieder

zum guten Ton der Zeitdiagnose, darauf hinzuweisen, Kapitalismus sei Thema, die Öffentlichkeit könne von ihm sprechen und eine Aktualisierung des Begriffs sei notwendig. In den letzten Jahren entstanden auch verschiedenste Arbeiten, die ihn erneut analysieren oder – praxeologisch, wirtschafts- oder sozialhistorisch – definieren.<sup>1</sup> Es scheint gar, dass nicht mehr ein positiv bestimmbarer Begriffshorizont wie etwa Gerechtigkeit Einheit in der Riege der sich selbst als kritisch verstehenden Wissenschaftler/innen stiften soll. Kapitalismus als Kategorie und Negativ soll vielmehr die diversen Lager einen. Wenn wir schon nicht die Lösung kennen, dann wissen wir zumindest, wo das Problem liegt, so die vielfach beschworene Aufbruchsstimmung.

Die von STEFAN BERGER (Bochum) und ALEXANDRA PRZYREMBEL (Hagen) organisierte Sektion auf dem diesjährigen Historikertag ordnete sich in diesen Kontext ein, trat aber einen Schritt zurück. Es ginge nicht darum, den unzähligen Versuchen, das Wirtschaftssystem der Moderne zu bestimmen, einen oder mehrere weitere hinzuzufügen. Der Anspruch sei vielmehr, Kapitalismus als „umkämpftes Ordnungsmuster“ zu historisieren, wie Berger einführend hervorhob. Dessen Geschichte sei begleitet von Prognosen, die einerseits seinen Zusammenbruch prophezeiten. Andererseits fänden sich Positionen, die ihn – etwa mit Verweis auf die regulierende Kraft der Märkte – verteidigen. Ziel sei also keine genuine Wirtschaftsgeschichte dieser Produktionsweise, sondern eine Erweiterung der Analyse durch kulturgeschichtliche Perspektiven.<sup>2</sup> Dies erlaubt, so Berger, der Dynamik und Wandelbarkeit dieser Wirtschaftsform auf die Spur zu kommen, die zu fassen bisherigen Definitionen nicht gelingt.

Argumentativ positionierten sich die Beitragenden unterschiedlich zu dieser einführenden Skizze: Im Mittelpunkt standen vornehmlich Anfechtungen, während Legitimierungen eher weniger Beachtung fan-

den.

ALEXANDRA PRZYREMBEL (Hagen) widmete sich einem Aspekt, an dem sich Verteilungskonflikte besonders häufig entzündeten: dem Reichtum. Die ältere Sozialgeschichte habe diesen lange ignoriert. Przyrembel eröffnete demgegenüber eine kulturhistorische Perspektive, die über eine reine Mediengeschichte des Vermögens hinausgehen sollte. Anhand der Werke von Robert Kuczynski und dessen Sohn Jürgen wies sie auf die enge Verflechtung der Sozialfigur des Reichen mit der Geschichte der Kapitalismuskritik und ihrer Moralisierung hin. Der Vater habe die Ungleichverteilung von Geld als Konsummöglichkeiten noch in einem Spannungsfeld von erworbenem (am Beispiel der USA) und ererbten Reichtum (am Beispiel der Weimarer Republik) gelesen. Dagegen habe Jürgen Kuczynski diesen vor der Folie der DDR interpretiert. In dieser Deutung trete der Reiche vornehmlich als Monopolist und Verbrecher auf. Beide hätten aber einen Fortschrittsoptimismus gepflegt, in dem der Reiche einer Korrektur bedürfe. Da diese Narrative die Geschichtswissenschaft selbst geprägt hätten, skizzierte Przyrembel abschließend vier Facetten einer Kulturgeschichte des Reichtums: Diese bewege sich an der Schnittstelle von Konflikt-, Medien- und Emotionsgeschichte und nehme Reichtum und Vermögen ebenso als politische Institutionen in den Blick.

CHRISTINE MOLL-MURATA (Bochum) konzentrierte sich ebenso auf den Kommunismus. Gleichzeitig weitete sie ihren Fokus geographisch auf China im 20. Jahrhundert aus. Der Begriff des Kapitalismus – 1905 aus dem Japanischen eingeführt – habe dort in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Strategiedebatten im linken Parteispektrum nach sich gezogen. Besonders die Wirtschaftsgeschichte habe debattiert, ob China noch als Agrar- oder bereits als kapitalistischer Staat zu verstehen sei. Mit der stalinistischen und maoistischen Orthodoxie ab 1949 hätten sich dann verschiedene Wissenschaftler/innen auf die Suche nach den „Keimen des Kapitalismus“ gemacht. Diese Suche verband sich eng mit nationalen Selbstverortungsdebatten: Ließen sich in China endogene kapitalistische Traditionen ausmachen oder seien diese als Produkt des Imperialismus zu verstehen? Anhand der Vita des chinesischen Wirtschaftshistorikers Wu Chengming, der sich an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaftsverwaltung beweg-

<sup>1</sup> Vgl. beispielsweise Thomas Welskopp, Zukunft bewirtschaften. Überlegungen zu einer praxistheoretisch informierten Historisierung des Kapitalismus, in: Mittelweg 36, 26 (2017) Heft 1, S. 81–97; Jürgen Kocka / Marcel van der Linden (Hrsg.), Capitalism. The Reemergence of a Historical Concept, London 2016.

<sup>2</sup> Ausformuliert und auf das Verhältnis von Kapitalismus und Moral bezogen finden sich diese Überlegungen bei Stefan Berger / Alexandra Przyrembel, Moral, Kapitalismus und soziale Bewegungen. Kulturhistorische Anmerkungen an einen ‚alten‘ Gegenstand, in: Historische Anthropologie 24 (2016) Heft 1, S. 88–107.

te, illustrierte Moll-Murata, wie kontrovers sich die Suche nach den Ursprüngen gestaltete. Chengming ging von einer kapitalistischen Kontinuität in China aus, die nicht durch den Imperialismus unterbrochen worden sei. Damit habe er gleichzeitig den „bürokratischen Kapitalismus“ der Guomindang-Regierung der ersten chinesischen Republik angeklagt. Die darin implizite gegenwartsbezogene Stoßrichtung habe dazu geführt, dass Chengming in der Kulturrevolution „umerzogen“ wurde und sich nach seiner Rehabilitierung 1978 der offiziellen Position, der Kapitalismus sei in China beseitigt, anschloss.

Im Gegensatz zu den beiden Beiträgen, die Anfechtungen des Kapitalismus fokussierten, schlug PETER KRAMPER (Bielefeld) eine Wissensgeschichte der Effizienz der Märkte vor. Dieser zentrale Topos zur Verteidigung kapitalistischen Wirtschaftens habe im 20. Jahrhundert eine solche Bedeutung erlangt, dass Angriffe auf diese Ordnung zunehmend von ihm aus definiert worden seien. Methodisch schließe eine Wissensgeschichte der Effizienz nicht nur die Generierung von Wissen ein. Sie berücksichtige auch die technischen Arrangements, die dazu gedient hätten, Wissen in politische Prozesse einzuspeisen. Nach einer kurzen Begriffsgeschichte richtete Kramper sein Augenmerk auf die Informations- und die Allokationseffizienz. Zu ersterer beschrieb er, wie sich in den Auseinandersetzungen um die Planwirtschaft das Verständnis von Märkten verschob. Über die Debatte um die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus hätten Wirtschaftswissenschaftler wie Friedrich August von Hayek den Markt als überlegenen Informationsprozessor imaginiert. Sei diese Geschichte bereits gut erforscht, gelte dies nicht für die Allokationseffizienz. Wie kann eine gesellschaftlich optimale Ressourcenverteilung gewährleistet werden? Kramper zeigte, wie Ökonomen mit dem Pareto-Optimum und dem Kaldor-Hicks-Kriterium Maßstäbe entwickelten, um Gleichheit und Verteilung zu messen. Vergleichbarkeit habe seit den 1930er- und zunehmend seit den 1960er-Jahren aber erfordert, nicht quantifizierbare Güter wie Menschenleben in Geldwerte zu übersetzen. Dies habe wiederum neue Möglichkeiten der Skandalisierung eröffnet. Eine Geschichte der Effizienz der Märkte und der Allokationseffizienz ist laut Kramper folglich als eine Geschichte der Kosten-Nutzen-Analyse operationalisierbar.

Einem nur auf den ersten Blick von der Sektion entfernten Thema

wandte sich SIBYLLE MARTI (Hagen) zu. Ihre Wissensgeschichte informeller Arbeit konzentrierte sich auf Taxonomien und die Bestimmung der Normalität von Arbeit im Kapitalismus. Der britische Anthropologe Keith Hart habe in einer Feldstudie zu Ghana zu Beginn der 1970er-Jahre die informellen „small scale entrepreneurs“ als ökonomisches Potential für die Entwicklungspolitik entdeckt. Über den Vorwurf des Ethnozentrismus habe er so Soziologie und Anthropologie als Disziplinen in der Entwicklungsplanung etabliert. Der „informelle Sektor“ gelte seitdem nicht mehr als zu überwindendes Rudiment, sondern als effizienter und kreativer Bereich, der durch staatliche Regulierung gebremst werde. Über die Internationale Arbeitsorganisation habe die Stärkung des informellen Sektors ab 1972 auch Eingang in die Strategien supranationaler Akteure gefunden. Damit belegte Marti die Ambivalenz des Konzepts: Versprach es für Afrika Erfolg, erhielt es unter dem Schlagwort der prekären Beschäftigung für europäische Arbeitsmärkte eine negative Konnotation. Hinsichtlich des Sektionsthemas hob Marti schließlich hervor, dass informelle Arbeit ein Außen des Kapitalismus bestimme. Darüber hinaus müssten Forderungen nach Deregulierung nicht zwangsläufig „neoliberal“ sein, sondern seien auch von Anthropologen ausgegangen. Zuletzt brachte sie ihre Überlegungen gegen ein Kommodifizierungs- und Ökonomisierungsnarrativ in Stellung. In diesem Fall dränge anthropologisches und soziologisches Wissen ökonomisches zurück.

Zuletzt stellte DIETER ZIEGLER (Bochum) den Topos der Macht der Banken ins Zentrum. Dieser stammte, so Ziegler, aus marxistischen Deutungen um Rudolf Hilferding und Lenin. In der Zwischenkriegszeit habe er angesichts sozialdemokratischer Regierungsbeteiligungen an Bedeutung verloren. Dementsprechend beleuchtete Ziegler die liberale Kritik der Bankenmacht, die sich an Aktiengesellschaften, also an der Schnittstelle von Banken und Industrie, entzündet habe. Zunächst arbeitete Ziegler heraus, wie sich Verwaltungsräte und Unternehmensdirektionen im 19. Jahrhundert voneinander ablösten. Nach der Vergrößerung der Aufsichtsräte ab der Jahrhundertwende formierte sich dann, wie Ziegler ausführte, eine Zweiteilung der Aufsichtsräte. Die Gruppe der Inside Shareholders habe sich vermehrt gegen nominelle Mitglieder abgegrenzt. In dieser Konstellation habe das Depotstimmrecht entschei-

dende Bedeutung erlangt. Banken, die Aktiendepots verwahrten, sicherten sich von Aktionären nicht vertretene Stimmrechte. Diese Praxis – von Liberalen häufig kritisiert – diente aber nach Ziegler nicht dazu, wie in der Bankenkritik angenommen, über Aufsichtsräte Politik zu machen. Im Gegenteil, sie habe die Inside Shareholders abgesichert. Solche Schließungsmechanismen hätten wiederum mangelnde Kontrollen seitens der Aufsichtsräte begünstigt. Daraus seien letztlich verschiedene Skandale von Bilanzverschleppung und die Bankenkrise von 1931 resultiert. Die kleinere Aktienrechtsreform habe dann Mechanismen der Bilanzprüfung etabliert. Alles in allem stellt Ziegler zufolge die Macht der Banken einen Topos dar, der mit der Realität der Aufsichtsratspraxis nichts zu tun hat.

In seinem Kommentar insistierte JÜRGEN KOCKA (Berlin) angesichts der thematischen Spannweite der Beiträge zunächst darauf, dass eine Diskursgeschichte des Kapitalismus und seiner Hinterfragung, die meist schon im Begriff selbst angelegt sei, nicht ohne eine Realgeschichte geschrieben werden könne. Eine Geschichte der Kapitalismuskritik dürfe sich nicht von ihren Bedingungen und Effekten lösen. Darüber hinaus beobachtete Kocka, dass sich der Aufstieg dieses ökonomischen Systems in einem Klima des Protests vollziehe, das zwar noch nicht systematisch erforscht aber bekannt sei. Die Geschichte der Zustimmung zu dieser Wirtschaftsform sei dagegen viel weniger geläufig. Wieso also habe die Kritik ihrem Aufstieg nicht geschadet? Was seien ihre Effekte gewesen? Ließe sich daraus eine Zivilisierungsgeschichte ableiten?

Die anschließende Diskussion kreiste im Wesentlichen um zwei Punkte: Sie bezog sich zunächst auf die Frage, inwieweit Kapitalismuskritik in ihren verschiedenen Ausprägungen als fundamentale Systemkritik oder als Bekämpfung der Symptome zu verstehen sei. Außerdem wurde moniert, dass sich die Rechtfertigungen und Anfechtungen eines Wirtschaftssystems nicht von einer Richtung bestimmen ließen. Es müsse vielmehr um das Wechselspiel von Befürwortung und Widerspruch gehen.

Was ist es also, das Gesellschaften spaltet? Ist es der Kapitalismus selbst oder die Rede vom Kapitalismus? Auf diese Frage fanden die Teilnehmer/innen der Sektion zumindest keine eindeutige methodische Antwort. Diese Uneindeutigkeit offenbarte aber, dass sich die

Geschichtswissenschaft selbst spaltet: Auf den Schultern von Riesen wünschen die einen eine Realgeschichte dieser Wirtschaftsordnung und ihrer Dynamiken. Dagegen mahnt eine noch in den Kinderschuhen steckende Kulturgeschichte des Kapitalismus an, diesen als Quellenbegriff zu lesen und Aushandlungspraktiken, Normen und Zuschreibungen zu untersuchen. Bei diesem erkenntnistheoretischen Widerspruch sollte eine neue Geschichte des Ökonomischen aber nicht enden. Diese Antinomie lässt sich wohl nicht prinzipiell, sondern nur auf der Ebene der Narration auflösen. Ein Beispiel wäre das Verhältnis von Rechtfertigung und Widerstand. Wie lässt sich die konstatierte weitgehende Abwesenheit von Verteidigungen dieser Gesellschaftsformation operationalisierbar untersuchen? Denkfiguren des Dialogs und der wechselseitigen Beeinflussung von Beanstandung und Legitimierung erscheinen attraktiv. Sie tragen der Asymmetrie zwischen beiden Seiten aber keine Rechnung. Kapitalismus lässt sich auch als kultureller Code lesen, in dem sich die Kritik eher als Schattenboxen denn als Kampf der Titanen ausnimmt. Galt nicht seit dem 19. Jahrhundert: Der Kapitalismus, das sind die anderen?

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Stefan Berger (Bochum) / Alexandra Przyrembel (Hagen)

Stefan Berger (Bochum): Einführung und Moderation

Alexandra Przyrembel (Hagen): Skandalisierungen von Reichtum und Überfluss im 20. Jahrhundert

Christine Moll-Murata (Bochum): Entfaltung und Beseitigung der „Keime des Kapitalismus“ in China: Wirtschaftshistorische Deutungen im 20. Jahrhundert

Peter Kramper (Bielefeld): Die Effizienz der Märkte. Zur Wissensgeschichte eines ökonomischen Schlüsselkonzeptes

Sibylle Marti (Hagen): Informelle Arbeit im modernen Kapitalismus. Eine Wissensgeschichte 1880–1980

Dieter Ziegler (Bochum): Die ‚Macht der Banken‘ und die Delegitimierung einer liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

Jürgen Kocka (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht *Rechtfertigungen und Anfechtungen des Kapitalismus 1850-2008*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 27.10.2018.

### **Momente des Separatismus. Eine Emotionsgeschichte aktueller europäischer Unabhängigkeitsbewegungen: Katalonien, Schottland, Südtirol und Kosovo**

**Von:** Lea Frese-Renner / Jan-Martin Zollitsch, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Entlang der bisher wenig beleuchteten Schnittstelle von Nationalismusforschung und Emotionsgeschichte spürte die von BIRGIT ASCHMANN (Berlin) geleitete Sektion verschiedenen „Momenten des Separatismus“ in Europa nach. Einführend machte Aschmann mit Rekurs auf das Thema des Historikertages zwei Arten von Spaltungen aus: erstens die territoriale zwischen Region und Nation, zweitens die innergesellschaftliche der über Sezessionsforderungen entzweiten Regionen. Dabei stelle sich gegenüber „regionalen Nationalismen“ die Frage nach den Umständen des Aufkommens von „nationalist ways of thinking and feeling“ (Judson)<sup>1</sup>. Schon Ernest Renan habe auf die Bedeutung von Gefühlen im Zusammenhang mit dem plebiszitären Charakter der Nation hingewiesen<sup>2</sup>, jedoch in der Historiographie nicht wirklich Gehör

<sup>1</sup> Pieter M. Judson, *Nationalism and Indifference*, in: Johannes Feichtinger / Heidemarie Uhl (Hrsg.), *Habsburg neu denken: Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa*. 30 kulturwissenschaftliche Stichworte, Wien 2016, S. 148–155, hier S. 154.

<sup>2</sup> Vgl. Ernest Renan, *Was ist eine Nation?* Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, in: Michael Jeismann / Henning Ritter (Hrsg.), *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993, S. 290–311. Dort heißt es etwa: „Die Gemeinschaft der Interessen schließt die Handelsverträge. Die Nationalität jedoch hat eine Gefühlsseite, sie ist Seele und Körper zugleich. Ein »Zollverein« ist kein Vaterland.“ (S. 304) Oder:

gefunden, so Aschmann. Tatsächlich sei heute weniger von „Diskursmacht“ denn von „Emotionsmacht“ zu sprechen und somit nach den Techniken der „Emotionslenkung“ zu fragen.

Dieser Programmatik folgend, entwarf Aschmann in ihrem Vortrag eine emotionshistorische „Chronologie der Eskalation“ der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung von der *invention of tradition* (Hobsbawm/Ranger)<sup>3</sup> des Katalanismus im 19. Jahrhundert bis zum letztlich scheiternden „Moment des Separatismus“ im Herbst 2017. Im Hinblick auf Strategien der Emotionalisierung und der Einübung von Geschichtsdiskursen sei die lange Amtszeit des katalanischen Regierungschefs Jordi Pujol (1980–2003) als „Inkubationsphase“ zu verstehen: Eine gezielte „Politik der Katalanisierung“ in Medien und Bildungssektor habe in Verbindung mit dem wachsenden Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen zu einem wechselseitigen „Überbietungswettbewerb“ geführt. Sichtbarster Ausdruck des um 2010 nicht zuletzt durch die Verschränkung multipler Krisen ausgelösten Paradigmenwechsels von der Aushandlung von immer weitreichenderer Autonomie zum Separatismus waren die große Massendemonstration zum katalanischen Nationalfeiertag am 11. September 2012 und die Gründung der Bürgerbewegung *Assemblea Nacional Catalana* (ANC) im selben Jahr. Das *doing nation* festigte sich auch im Alltag und in lokalen Praktiken wie in der „spielerischen Insubordination“ inszenierter Plebiszite in zahlreichen Gemeinden Kataloniens in den Jahren vor dem verbotenen Referendum von 2017. In dieser Zuspitzung des Konflikts sei dann, so Aschmann, die „problematische Paradoxie des separatistischen *emotional regime* (Reddy)“<sup>4</sup> zutage getreten: Ungeachtet der vorhandenen Opfernarrative und vielfach geschürter Ressentiments hätten der selbstauferlegte Modus der Friedfertigkeit („Revolution des Lächelns“) und das Externalisieren von Gewalt und Hass im Selbstbild der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung disruptive, aggressive Emotionen und entsprechende Handlungsoptionen zunächst ausgeschlossen. Die

„Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist.“ (S. 309)

<sup>3</sup> Eric Hobsbawm / Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

<sup>4</sup> William M. Reddy, *The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions*, Cambridge 2001, S. 323f.

emotionale Verpflichtung auf die Friedfertigkeit erkläre so auch das Scheitern im (revolutionären) „Moment des Separatismus“. Darüber hinaus sei es im innerkatalanischen Konflikt den Gegner\_innen der Unabhängigkeit gelungen, sich neu zu formieren und zu inszenieren, und zwar nicht als reaktionäre Fraktion, sondern durchaus in erfolgreicher Imitation des ostentativ positiven Emotionsstils der Separatist\_innen. Beide Seiten würden so den Anspruch erheben, die „normalen“ Katalan\_innen zu repräsentieren.

CHRISTIANE EISENBERG (Berlin) betrachtete in ihrem Vortrag das schottische Unabhängigkeitsreferendum von 2014 als einen „Moment des Separatismus“. Ausgehend von der Feststellung, dass die Sezessionsbefürworter\_innen in erster Linie durch ihre „Abneigung gegenüber Westminster“ motiviert gewesen seien, zeichnete Eisenberg zunächst die Entwicklung des institutionellen Rahmens nach. So habe sich im Zuge der *Glorious Revolution* von 1688 die Doktrin der Souveränität des britischen Parlaments mit einer unitaristischen Staatsform verbunden. Der *Act of Union* von 1707 habe zwar zunächst einen kulturellen Nationalismus befördert, schließlich seien die anfänglichen Animositäten aber angesichts der „win-win-Situation“ verblasst. Die Erfahrung der beiden Weltkriege und die Entwicklung des Sozialstaats habe die gegenseitige Beziehung dann „geradezu brüderlich“ werden lassen. In der Folge brachte das „Zauberwort der *devolution*“ Bewegung in das Verhältnis: Im Kontext dieses Zeitgeists wurde im Jahre 1999 nach zwei Referenden ein eigenes schottisches Regionalparlament geschaffen. Doch wie, so Eisenbergs Frage, konnte es zur „Zweckentfremdung“ des dritten Referendums, bei dem nun plötzlich die schottische Unabhängigkeit zur Abstimmung stand, kommen? In den Mittelpunkt ihrer Erklärung rückte Eisenberg (Neben-)Effekte und Probleme von Verfahrensweisen, wie zum Beispiel die „Fiktion getrennter Welten“ in der Unterscheidung von *reserved* und *devolved matters*. Auch habe die 1934 gegründete *Scottish National Party* (SNP) entscheidend vom Verhältniswahlrecht profitiert. Der damalige Premierminister des Vereinigten Königreichs David Cameron habe darum versucht, der SNP in einer Art „Hazard-Spiel“ mit dem Unabhängigkeitsreferendum eine Niederlage beizubringen. Nachdem er sich beim Brexit erneut als „Zocker“ versucht (und letztlich verloren) habe, sei vonseiten der schottischen Regierungschefin

Nicola Sturgeon zwar die Idee eines erneuten Referendums ins Spiel gebracht worden, doch werde London hierauf wohl nicht eingehen. Der „schottische Moment des Separatismus“ scheine somit, so Eisenbergs Fazit, „endgültig vorbei“ zu sein.

Wie Schottland fällt wohl auch Südtirol aktuell eher nicht unter die Rubrik einer separatistischen „Krisenregion“. Dennoch sei, so OSWALD ÜBEREGGER (Bozen), ein Wiedererstarken sezessionistischer Diskurse zu beobachten. In einem sich polarisierenden Mehrparteiensystem mit schwindendem Konsens habe die einst dominante Südtiroler Volkspartei (SVP), deren Name nicht zuletzt mit der „zähnen, zwanzigjährigen Umsetzung“ des 1972 verabschiedeten zweiten Autonomiestatuts verbunden sei, ihre absolute Mehrheit eingebüßt. Herausgefordert durch die Wahlerfolge aufstrebender rechtspopulistischer Parteien, habe sie sich nun die Forderung nach einer „Vollautonomie“ für Südtirol auf die Fahnen geschrieben. Auch sei der integrative, als Gegengewicht zu separatistischen Bestrebungen wirkende pro-europäische „Elitenkonsens“ der 1990er-Jahre mittlerweile erodiert, wie Überegger deutlich machte. Der Blick zurück auf einzelne „Momente“ der Südtiroler Unabhängigkeitsproteste (1918/19, 1945/46, 1957) offenbare diverse Konstanten, angefangen mit dem „paradigmatischen Referenzpunkt“ des Aufstandes von 1809, über den Topos der „Unrechtsgrenze“, dem Symbol der Dornenkrone (sinnbildlich für die eigene Leidensgeschichte) bis hin zu einer polarisierten Erinnerungskultur in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus und des Faschismus und weiteren rekursiven emotionalen Legitimationen. Als „emotionale *incentives*“ hielten sie separatistische Aspirationen wach. Geschürt würden diese nicht nur durch die gegenwärtige Parteienkonkurrenz im Wahlkampf, sondern auch durch einflussreiche, „im vorpolitischen Raum agierende“ zivilgesellschaftliche Gruppierungen, etwa den Südtiroler Schützenbund.

In seinem Vortrag zu „Emotionalisierung und Separatismus“ fragte HANNES GRANDITS (Berlin) schließlich nach Lehren aus „Kosovo“ und „Bosnien“. Als Ausgangspunkt diente ihm der Hinweis Wolfgang Schäubles aus dessen Eröffnungsrede zum Historikertag, dass „homogene Gesellschaften“ als vermeintliches Gegenstück zum Motto „gespaltene Gesellschaften“ in der Realität gar nicht existierten. Dementsprechend zeigte Grandits für den Balkan schlaglichtartig gesellschaftliche

Spaltungen jenseits der üblicherweise mobilisierten ethnischen Konfliktlinien auf. Für eine bessere Altersversorgung seien kroatische und muslimische Veteranen gar in gemeinsamem Protest auf die Straße gegangen. Anhand von zwei Fallbeispielen stellte er sodann Momente und Akteur\_innen der Emotionalisierung vor. Im ersten Fall, dem Besuch des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić in Kosovo im September 2018, habe es sich um ein „Live-Medienevent“ mit „einkalkulierter Eskalation“ gehandelt. Im zweiten Fall, dem Wahlkampf in Bosnien-Herzegowina im Sommer und Herbst desselben Jahres, sei es im Zuge der Empörung über gezielt provozierende Tabubrüche von Kandidierenden, die die Kriegsverbrechen von Srebrenica sowie die Staatsgrenzen in Frage gestellt hatten, zu einer „Gegenemotionalisierung“ gekommen. Daran anknüpfend identifizierte Grandits fünf „Modi der Emotionalisierung“ (den „Opfermodus“, den „Siegermodus“, den „historischen Modus“, den „Krisenmodus“ und den „Bedrohungsmodus“), um sodann mit dem „Ernüchterungsmodus“ einen sechsten als den aktuell dominierenden hervorzuheben. Statt emotionaler Mobilisierung würden inzwischen vielmehr Frustration und Abstumpfung vorherrschen. Abschließend forderte Grandits darum eine differenzierte Behandlung von „Nationalismus als Event“. Gleichzeitig verstelle der Fokus auf nationale Rhetoriken und Inszenierungen den Blick auf internationale Interessensgegensätze, die „als massiv verstärkender Faktor für ‚Separatismus‘ als Projekt“ zu berücksichtigen seien.

HEINZ-GERHARD HAUPT (Florenz) stellte in einem die Sektion abrundenden Kommentar fest, dass sich weder für das 19. noch für das 20. Jahrhundert im europäischen Kontext die Bezeichnung „Jahrhundert des Separatismus“ rechtfertigen lasse. Vielmehr sei es dem Nationalismus seit dem 19. Jahrhundert in der Regel gelungen, unterschiedliche Identitäten, darunter auch Regionalismen, integrierend zu vereinbaren. Unter welchen Umständen habe es dann dennoch zu einer Aktualisierung dieses latenten Antagonismus kommen können? Haupt regte zu einer Diskussion unter Berücksichtigung der vier Dimensionen „Ökonomie“, „Gesellschaft“, „Politik“ und „Medien“ an: Welcher Einfluss komme Benachteiligungsdiskursen zu? Ließen sich „separatistische Entrepreneurs“ ausmachen? Entständen Separatismen dort, wo viele oder kaum Partizipationsmöglichkeiten gegeben seien? Welche

Medienlandschaften stimulierten separatistische Bewegungen? Zuletzt wies er auch auf den nicht zu vernachlässigenden Faktor „Gewalt“ hin.

Auf diesen Bezug nehmend sprach sich Aschmann für einen Vergleich Kataloniens mit der besonders konfliktreichen Geschichte des baskischen Nationalismus und der schwindenden Relevanz der in einer Tradition der Gewalt stehenden Terrororganisation ETA aus. Im Hinblick auf einen Vergleich von Separatismen unter dem Aspekt der Gewalt führte Überegger wiederum an, dass Südtirol trotz der Historie der Attentate der 1960er-Jahre nicht mit dem Baskenland oder Nordirland zu vergleichen sei. Grandits hob noch einmal das „Scheitern als Normalfall“ hervor, im Sinne der sehr viel häufigeren Momente, in denen die nationalistische Mobilisierung misslingt. So sei „der Balkan“ längst nicht so emotional mobilisierbar wie es die entsprechende Fremdzuschreibung leicht zu triggernder Nationalismen suggeriere. An dieser Stelle wies Eisenberg auf die nicht zu unterschätzende strategische Öffentlichkeitskommunikation von „PR-Profis“ in separatistischen Kampagnen hin, denen sie im schottischen Fallbeispiel eine große Bedeutung zumaß.

In der breiten Diskussion eröffneten sich weitere Perspektiven auf das Thema: So wurde mit „Sprache“ eine zusätzliche wichtige Dimension eingebracht, der Eisenberg und Grandits für ihre Fallbeispiele allerdings weniger Gewicht zumaßen. Aschmann hingegen hob dieselbe für Katalonien als „genuin wichtig“ hervor. Weitere Fragen betrafen die transnationalen Verflechtungen der verschiedenen separatistischen Bewegungen und entsprechende Netzwerke sowie die Bedeutung der Europäischen Union. Ausgehend von den als „Werkstattberichten“ (Aschmann) verstandenen Sektionsbeiträgen waren sich die Referent/innen der „Momente des Separatismus“ darin einig, dass der emotionsgeschichtliche Ansatz durchaus Potenzial aufweise, der Nationalismusforschung neue Impulse zu verleihen.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Birgit Aschmann (Berlin)

Birgit Aschmann (Berlin): „Wir haben immer nur in die Fresse gekriegt“. Emotionalisierung und Geschichtsdiskurse im katalanischen Unabhän-

gigkeitsprozess

Christiane Eisenberg (Berlin): Das schottische Unabhängigkeitsreferendum von 2014. Ein „Moment des Separatismus“

Oswald Überegger (Bozen): „Los von Rom“. Unabhängigkeitsdiskurse in Südtirol

Hannes Grandits (Berlin): Emotionalisierung und Separatismus. Gibt es Lehren aus Kosovo (Bosnien)?

Heinz-Gerhard Haupt (Florenz): Kommentar

Tagungsbericht *Momente des Separatismus. Eine Emotionsgeschichte aktueller europäischer Unabhängigkeitsbewegungen: Katalonien, Schottland, Südtirol und Kosovo*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

### **Warum Europa, welches Europa? Herausforderungen einer europäischen (Zeit-)Geschichtsschreibung zwischen Globalisierung und Rückkehr der Nationalismen**

**Von:** Carina Gabriel-Kinz, Geschichte Westeuropas, Universität Kassel

Die Sektion von SONJA LEVSEN (Freiburg im Breisgau) und JÖRG REQUATE (Kassel), die am letzten Veranstaltungstag des 52. Historikertags stattfand und gut besucht war, thematisierte die Herausforderungen und Chancen einer europäischen Zeitgeschichtsschreibung. Im Fokus standen Fragen danach, wie und ob sich Europa als Kategorie zeithistorischer Untersuchungen zwischen der Hinwendung zum Globalen und der traditionell nationalstaatlich ausgerichteten Historiographie vor dem Hintergrund politischer Szenarien wie der Eurokrise und dem Aufschwung antieuropäischer Ideologien bewähren könne.

In der Einführung der Sektion formulierten Levsen und Requate sieben Thesen, welche die europäische Historiographie problematisierten wie auch auf Anforderungen an eine gelingende europäische Geschichtsschreibung verwiesen. Zentral waren dabei die Fragen, inwiefern die

„Europäisierung“ der Geschichtswissenschaft 2018 noch immer als Zukunftsprojekt verstanden werden könne und wie sie sich zur Internationalisierung bzw. Globalisierung verhalte: Erstens sei europäische Geschichte in den 2000er-Jahren als Instrument der Überwindung des methodischen Nationalismus konzipiert worden. Dabei sei die Geschichte der Nationen um eine Erforschung Europas ergänzt worden, die jedoch in den jeweiligen nationalen Historiographien sehr unterschiedliche Züge getragen habe. Während in der deutschen Historiographie Transnationalisierung für einen gewissen Zeitraum mit Europäisierung gleichgesetzt worden sei, hätten sich andere europäische Historiographien nicht immer in Richtung Europa geöffnet. Vielmehr sei der Blick in Abhängigkeit von Politik, Identität und Forschungskultur auch in andere Regionen außerhalb Europas gelenkt worden. Mit dem Erfordernis einer präziseren Definition von europäischer Geschichte und einer Verortung derselben zwischen der National- und Globalgeschichte seien zweitens Fragen nach dem Raum und der Methodik verbunden, die wiederum nur im Austausch von Wissenschaftler/innen der europäischen Länder beantwortet werden können. Zentrale Debatten seien bislang nebeneinanderher gelaufen und national gerahmte Historiographien hätten wenig grenzübergreifende Rezeption entwickelt. Die Forderung von Levsen und Requate nach einer länderübergreifenden Methodendebatte ging mit drittens der Forderung nach Begriffspräzisionen einher, die klären sollen, was für eine europäische Geschichte konstitutiv ist und auf welchen Europabegriff sich bezogen wird. Dabei müssten die historischen Verschiebungen der Vorstellungen von Europa als Raum mitbedacht werden. Viertens enthalte die wissenschaftliche Beschäftigung mit europäischer Geschichte politische Implikationen, die sich aktuell in einer zweifachen Skepsis gegenüber einer europäischen Geschichte manifestieren würden: Zum einen werde europäische Geschichte als Legitimationsinstrument für die Europäische Union verstanden. Zum anderen werde ihr eine eurozentristische Perspektive unterstellt. Dennoch manifestiere sich fünftens ein besonderes Erkenntnispotential in der europäischen Geschichte, da die Fülle an Quellen ebenso wie die Ähnlichkeit einiger europäischer Gesellschaften dezidierte komparative wie transnationale Studien ermögliche, die sich in den Dienst der Dekonstruktion von Nationalgeschichten stellen könnten.



Der Nationalstaat müsse dabei nicht zwangsläufig als Vergleichsgegenstand herangezogen werden, sondern stelle eine von vielen möglichen Untersuchungskategorien dar. Strukturelle Problematiken würden sich sechstens in den immer noch an Nationengrenzen orientierten Forschungsförderprogrammen und siebtens in einem an Nationengrenzen gebundenen wissenschaftlichen Buch- und Zeitschriftenmarkt manifestieren, dem *open access* und eine Europäisierung der Rezeptionskultur entgegenwirken könnten. Die anschließenden Vorträge präzisierten die sieben Thesen mit unterschiedlichem Fokus:

Den Auftakt machte MARTIN CONWAY (Oxford), indem er die Krisensituation Europas und deren Auswirkungen auf eine europäische Geschichtsschreibung vertiefte. Generell hätten sich die Konzepte Europa und Geschichte über die Zeit hinweg wechselseitig beeinflusst: Zum einen sei Europa als Produkt der Geschichte zu verstehen, während die europäische Zeitgeschichtsschreibung wiederum die Sinnhaftigkeit der Entwicklung Europas und deren Ziele vorformuliert habe. Conway sieht den Ursprung einer europäischen Geschichtsschreibung in den wissenschaftlichen Emanzipationsbestrebungen einer vorwiegend jungen Generation von Historiker/innen, die seit den 1980er-Jahren die Überwindung nationaler Geschichten auf den Weg gebracht habe. Die Auseinandersetzung mit Europa in der Forschung sei *en vogue* geworden, weshalb viele transnationale Studien entstanden sind. Europa sei dabei zweierlei gewesen: zum einen Untersuchungsgegenstand, zum anderen aber auch Methodologie. Bei der Betrachtung der Dynamiken des Europäischen in den Studien seien viele Formen dessen, was unter europäisch verstanden wurde, zu konstatieren. Entgegen dem Aufschwung einer europäischen Geschichte von 1980 bis in die 2000er-Jahre bleibe festzustellen, dass die Forschungslandschaft in den „Krisenzeiten“ Europas zunehmend an transnationalem Austausch eingebüßt hat und dass sich durch die Immobilität der Historiker/innen die Strukturen der nationalen Forschungslandschaften zunehmend verfestigten. Zudem sei es dadurch, dass Parteien des rechten politischen Spektrums die europäische Geschichte für ihre Zwecke instrumentalisierten, für Historiker/innen schwieriger geworden, sich ihrerseits affirmativ auf das europäische Erbe zu beziehen. Gleichwohl sah er in der Krise Europas auch eine Chance für die europäische Historiographie. Er plädierte

in diesem Sinne für mehr Offenheit im Umgang mit Definitionen und den Vorstellungen, wohin der Weg für Europa geht.

Mit seinem Beitrag skizzierte MARTIN SCHULZE WESSEL (München) anhand von Forschungsinstitutionen die Entwicklung integrativer Projekte nach, die den Blickwinkel der Forschung nach Osteuropa richteten. In diesem Zusammenhang stellte Wessel das „Geisteswissenschaftliche Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas“ in Leipzig, das „Berliner Zentrum für vergleichende Geschichte Osteuropas“ und das „Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam“ heraus, die zwar unterschiedliche Arbeitsprogramme, aber auch Gemeinsamkeiten aufwiesen. Neben dem Dialog mit der Geschichtswissenschaft in Ostmitteleuropa verfolgten alle einen gesellschafts- und kulturgeschichtlichen Theorieansatz. Wessel stellte fest, dass die Impulse der drei Institutionen bis heute nachwirken würden, wenngleich sich europageschichtliche Ansätze zugunsten globalgeschichtlicher Programme gewandelt hätten. Auch sei der gesellschaftsgeschichtliche Ansatz von Fragen nach Gedächtnis und Erinnerung verdrängt worden. Innerhalb der europäischen Zeitgeschichtsschreibung seien Fragen zur Identität ins Zentrum des Erkenntnisinteresses gerückt, als die Rolle Ostmitteleuropas mit Blick auf Kollaboration, Widerstand und Vertreibung untersucht wurde. Im Rahmen von Studien, die sich mit Vertriebenen aus östlichen Regionen beschäftigten, wurden laut Wessel kulturelle Unterschiede verstärkt herausgestellt. Er stellte daher fest, dass nach den institutionellen Entwicklungen in den 1990er-Jahren zwar viele transnationale Forschungsprojekte existiert hätten und noch existieren würden, bislang jedoch kein übergreifendes Forschungsprogramm vorzuweisen sei. Er fordert daher insbesondere, Räume des Austauschs zu schaffen, in denen gemeinsam transnationale Reflexion praktiziert wird, um Spaltungen in der Zeitgeschichte Europas überwinden zu können.

Die erste Diskussionsrunde schloss mit Fragen unter anderem von ISABEL HEINEMANN (Münster) und TATJANA TÖNSMEYER (Wuppertal) an. Thematisiert wurden Leitkategorien und Raumkonzepte bei der Untersuchung Europas und die Frage, wo sich die Vortragenden innerhalb der europäischen Historiographie selbst verorten würden. Zudem wurde Conways Forderung nach allgemeiner Offenheit im Umgang mit Europa bekräftigt.

CLAUDIA GATZKA (Freiburg im Breisgau) eröffnete mit ihrem Vortrag den zweiten Teil der Sektion. Dabei dekonstruierte sie mit zwei Einwänden die Annahme neuerer Forschungen insbesondere zur Friedensbewegung, dass es sich dabei um eine gesamteuropäische Geschichte der Demokratie handeln würde, die den Konflikt zwischen kapitalistischen und kommunistischen Systemen der Nachkriegszeit überwunden hätte. Ihr erster Einwand problematisierte die Begrifflichkeit und das Verständnis von „europäisch“ in Abgrenzung zu „transnational“ und „global“. Das „Europäische“ an Partizipationsphänomenen manifestiere sich laut Gatzka in der Relevanz der europäischen Öffentlichkeit oder des europäischen Selbstverständnisses für die partizipierenden Akteure selbst. Ebenso sei mit Blick auf eine europäische Geschichte der Frage nachzugehen, worin sich ein westeuropäisches Problem mit Partizipation in der Nachkriegsdemokratie manifestiert. Gatzka konstatierte in diesem Zusammenhang ein geteiltes westeuropäisches Problem und verwies dabei unter anderem auf Martin Conways Forschungen zum „postwar model of European democracy“.<sup>1</sup> Ihr zweiter Einwand hinterfragte die Konzeptionalisierung von Partizipation in der Zeitgeschichtsforschung. Sie plädierte für eine historische Partizipationsforschung in der Demokratie, die von einem breiteren politischen Partizipationsverständnis ausgeht. Zudem machte sie den Vorschlag, eine westeuropäisch vergleichend angelegte Problemgeschichte politischer Partizipation zu verfolgen und Westeuropa als Resonanzraum verschiedener Bewegungen zu verstehen.

KIRAN K. PATEL (Maastricht) bestätigte in seinem Vortrag, dass die europäische Geschichte im Vergleich zu den 1990er- und frühen 2000er-Jahren insgesamt an Einfluss verloren habe, wohingegen die Globalgeschichte insbesondere innerhalb der deutschen Zeitgeschichtsforschung aktuell einem Hype unterliege. Patel begreift den historiographischen Wandel nicht als Krise der europäischen Geschichtsschreibung, sondern versteht die Hinwendung zur Globalgeschichte im Sinne einer De-Europäisierungsgeschichte als Phänomen der europäischen Geschichte selbst. Er betonte das synergetische Verhältnis von Globalgeschichte und europäischer Geschichte, das er am Beispiel der *post-*

*colonial studies* verdeutlichte. Zudem sieht er eine Möglichkeit der gegenseitigen Befruchtung in der Kombination der Eurozentrismusdebatte und der sozialkonstruktivistischen Wende zugrundeliegenden Theorien und Methoden. Diese müssten wiederum an der Schnittstelle von europäischer und globaler Geschichte weitergedacht werden. Die begriffliche Dichotomie von Europäischem und Nicht-Europäischem sei mit Blick auf andere räumliche Konzepte wie die der *Third Spaces* zu überwinden.

Den Abschluss der Sektion machte ANNE KWASCHIK (Konstanz), indem sie argumentativ eine positive Standortbestimmung der europäischen Zeitgeschichtsschreibung verfolgte. Sie problematisierte das Narrativ der Krise bei der aktuellen Verortung der europäischen Zeitgeschichtsschreibung. Stattdessen befinde sich die europäische Zeitgeschichte in einem Transformationsprozess, in dem sie jedoch keiner Bedrohung durch die Globalgeschichte ausgesetzt sei. Die Übergangsphase diene vielmehr dazu, die europäische Geschichtswissenschaft in die Welt einzubetten. Die Transformationskrise selbst sei als ein europäisches Phänomen zu konstatieren. Der Vergleich als methodische Herangehensweise für die europäische Geschichtswissenschaft, wie schon Marc Bloch in den 1930er-Jahren propagierte, könne zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch weiterhin innovative Perspektiven für die Zeitgeschichte aufmachen. Themen wie Migration, Demokratie, Diktatur, Wissensgesellschaften und Formen der Bürokratisierung böten Möglichkeiten, transkulturelle Vergleiche für die europäische Zeitgeschichte vorzunehmen.

Die zweite Diskussionsrunde thematisierte unter anderem strukturelle Möglichkeiten deutscher Forschungsinstitutionen in Hinblick auf eine gelingende europäische Zeitgeschichtsschreibung. Entgegen der in den Vorträgen formulierten Anforderungen an die Forschenden, verschiedene Sprachen und kulturelle Praktiken in einer Person zu vereinen, bekräftigten CHRISTIAN KLEINSCHMIDT (Marburg an der Lahn) und CHRISTINA SCHRÖER (Freiburg im Breisgau) das Vorhandensein vieler Kompetenzen. Eine europäische Geschichtswissenschaft könne sich mit gezielten Fragestellungen und einem offenen und flexiblen Umgang zwischen National- und Globalgeschichte behaupten. Hinsichtlich der Zugänge einer spezifisch europäischen Geschichtsschreibung

<sup>1</sup> Martin Conway, *Democracy in Postwar Western Europe: The Triumph of a Political Model*, in: *European History Quarterly* 32 (2002), S. 59–84.

forderte FREDERIKE SCHOTTERS (Tübingen) in Anlehnung an die Sektion von Julia Angster, mehr Globales im Nationalen zu suchen. BETTINA HITZER (Berlin) sprach sich für Fragestellungen aus, die auf Ähnlichkeiten abzielen. HÉLÈNE MIARD-DELACROIX (Paris) sieht in der Berücksichtigung und Untersuchung des Regionalen eine Chance. Zudem komme es auf das Standortbewusstsein des Verfassers bei der europäischen Geschichtsschreibung an. Der Anmerkung von JOHANNES PAULMANN (Leipzig), dass der nationale Vergleich noch keine europäische Geschichtsschreibung sei, entgegneten Levsen und Requate, indem sie komparatistische Methoden gerade als Chance für eine europäische Geschichtsschreibung starkmachten.

Der rote Faden der Sektion zeigte sich insgesamt anhand von Reflexionen über Gedächtnis und Erinnerung, die einmal mit Blick auf Osteuropa (Wessel) sowie zum anderen mit Fokus auf die französische Geschichtsschreibung (Kwaschik) und den Revisionsfragen der national-orientierten *Lieux de mémoire* von Pierre Nora erörtert wurden. Nachdem Conway die verschiedenen Aspekte der Krisenhaftigkeit einer europäischen Geschichtsschreibung eingeführt hatte, lieferten Patel und Kwaschik Argumente für eine positive Sicht auf die Krisensituation einer europäischen Geschichte – ein Ausgangspunkt, der auf die produktive Fortentwicklung einer europäischen Zeitgeschichtsschreibung hoffen lässt.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau) / Jörg Requate (Kassel)

Einführung: Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau) / Jörg Requate (Kassel)

Martin Conway (Oxford): „Europeanization after Europe. A Crisis of European History?“

Martin Schulze Wessel (München): „Bruchlinien der Europäisierung? Osteuropa in der Geschichte des 20. Jahrhunderts“

Diskussion I

Claudia Gatzka (Freiburg im Breisgau): „Partizipation und Demokratie nach 1945 – eine westeuropäische Geschichte?“

Kiran K. Patel (Maastricht): „Essentialisiert, provinzialisiert, eskamotiert? Europa und die Globalgeschichte“

Anne Kwaschik (Konstanz): „Europa – eine Kultur? Französische Perspektiven auf eine europäische Geschichtsschreibung“

Diskussion II

Tagungsbericht *Warum Europa, welches Europa? Herausforderungen einer europäischen (Zeit-)Geschichtsschreibung zwischen Globalisierung und Rückkehr der Nationalismen*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

---

#### **Evidenzpraktiken und wissenschaftliche Glaubwürdigkeit in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung**

**Von:** Johannes Schuckert, Wissenschaftsgeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München

Allgemein akzeptiertes Wissen ist für moderne Gesellschaften nicht nur eine wichtige Ressource, sondern auch die Basis politischer und gesellschaftlicher Diskussionsfähigkeit. Die besprochene Sektion, organisiert von SARAH EHLERS (München) und STEFAN ESSELBORN (München), widmete sich daher dem Thema des Historikertags „Gesplante Gesellschaften“ aus einem wissenschafts- bzw. wissenschaftsgeschichtlichen Blickwinkel und warf die Frage auf, wie in Situationen tiefer gesellschaftlicher Polarisierung versucht wurde, Wissen wissenschaftlich zu legitimieren und evident zu machen. Sie versammelte dazu historische Beispiele, in denen vermeintlich ausschließlich wissenschaftliche Fragen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Spaltung ins Zentrum politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen rückten.

KARIN ZACHMANN (München) konstatierte in ihrer Einführung, dass die Glaubwürdigkeit von Wissen durch Evidenz im Zentrum gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse stehe und gerade in Zeiten gesellschaftlicher Spaltungen – Stichwort „fake news“ – sich die Autorität evidenzbasierter Wissenschaft in Gefahr befinde. Wie und von wem Evidenz gemacht werde, habe daher neue Aktualität. Zudem sei seit etwa dreißig Jahren Evidenzbasierung ein Schlüsselwort der Forschung, denn schließlich trage die Frage nach der Gültigkeit des Wissens dazu bei, Konflikte zu überwinden und Entscheidungen treffen. Es stelle sich daher die Frage, unter welchen Bedingungen es unter dem Einfluss gesellschaftlicher Spaltung grundlegend möglich sei, sich auf Evidenz als Grundlage zu einigen. Die gemeinsame Frage der einzelnen Beiträge liegt für Zachmann darin, wie es gelingen könne, in Konstellationen gesellschaftlicher Spaltung Übereinstimmung zur Gültigkeit von Wissen zu erlangen.

KATRIN KLEEMANN (München) befasste sich in ihrem Vortrag mit verschiedenen vermeintlichen Vulkanausbrüchen in Deutschland im Jahre 1783. Ausgangspunkt dieser Annahme sei das Auftreten eines nach Schwefel riechenden trockenen Nebels gewesen, den sich die Zeitgenossen nicht erklären konnten. Generell seien im Sommer 1783 eine Vielzahl merkwürdiger Phänomene beobachtet worden, was die Zeitgenossen von einem „Annus Mirabilis“ sprechen ließ. Nicht nur sei der Sommer besonders heiß und trocken mit außergewöhnlich vielen Gewittern gewesen, was vielerorts zur Durchsetzung des Blitzableiters beigetragen habe. Zudem seien Nachrichten von zahlreichen Erdbeben, Meteoren und weiteren ungewöhnlichen Ereignissen aus verschiedenen Teilen Europas in Deutschland eingetroffen.

All diese Vorkommnisse hätten zu einer Vielzahl an Theorien über die möglichen Ursachen der Phänomene geführt. Die erste Theorie habe in Vulkanausbrüchen die Ursache gesehen. Eine weitere habe behauptet, dass die Erdbeben Risse in der Erde hätten entstehen lassen, durch welche Schwefel entweichen konnte, welcher sich als trockener Nebel über ganz Europa verbreitet habe. Andere hätten die Schuld bei den Blitzableitern gesehen, welche der Atmosphäre ihre fruchtbarkeitsbringende Elektrizität entzogen hätten, was wiederum andere Phänomene erklären sollte. Neben den bereits erwähnten Vulkanausbrüchen seien auch Erup-

tionen des Hekla oder des Nyey auf Island als Erklärung vorgebracht worden, eine Theorie, welche auch Benjamin Franklin unterstützte. Der heutige Kenntnisstand sehe als Erklärung den Ausbruch der Lakispalte auf Island, dem ein Fünftel der damaligen Bevölkerung Islands durch Missernten, Krankheiten und Hunger zum Opfer gefallen sei. Die Lakispalte selbst und die durch sie ausgetretene Lava seien allerdings erst 1794 entdeckt worden, wodurch sich zumindest der schwefelige Nebel letztlich erklären lasse.

SARAH EHLERS (München) Vortrag analysierte koloniale Kampagnen gegen die Schlafkrankheit – eine tropische Infektionskrankheit, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu mehreren verheerenden Epidemien im subsaharischen Afrika führte. Dabei ging es ihr zum einen um die Glaubwürdigkeitskrise kolonialer Medizin, zum anderen um die Versuche und Strategien der Ärzte, die Bevölkerung von der Wirksamkeit medizinischer Praktiken zu überzeugen, ihnen also Evidenz zu verleihen. Die Kolonialärzte seien in den betroffenen Gebieten auf eine Bevölkerung getroffen, die nicht von sich aus mit den Europäern kooperierte. Schilderungen einer misstrauischen, feindseligen oder desinteressierten Bevölkerung im Angesicht einer tödlichen Krankheit und sich ausbreitender Epidemien vereinten die Berichte der Mediziner über nationale und koloniale Grenzen hinweg. Diese Frustration, als Arzt nicht helfen zu können und auf Abwehr zu stoßen, sei eine prägende Erfahrung der europäischen Schlafkrankheitsbekämpfung gewesen.

Ehlers führte dazu zwei Ebenen der Gründe für die Ablehnung der kolonialen Medizin an: die Ablehnung der Kolonialmacht und das Misstrauen gegenüber bakteriologischen medizinischen Praktiken. Als Abhilfe hätten Kolonialärzte beispielsweise versucht, diagnostische Methoden wie etwa Blutentnahme als Therapie zu verkaufen. Landschaftliche Eingriffe, wie Rodungen, seien bessern angenommen worden, weil deren Nutzen ersichtlicher gewesen sei und sie an indigenes Wissen anknüpften. Ein weiterer Versuch, die Akzeptanz kolonialer Medizin zu fördern, habe in der Einbindung und Ausbildung einheimischen Personals gelegen. In Europa dagegen hätten Mediziner vielfach an kolonial-rassistische Denkmuster angeknüpft, beispielsweise indem sie Stereotype zur Promiskuität „der Afrikaner“ bedienten. Generell aber habe das lange medizinische Scheitern zu wissenschaftlicher Innovation

insbesondere auf dem Gebiet der medizinischen Umweltinterventionen geführt. Letztlich, so Ehlers Fazit, sei für die Legitimationsstrategien von Kolonialmediziner\*innen vor allem entscheidend gewesen, wo sie stattfanden und an wen sie sich richteten. Während die Vertreter der Schlafkrankheitsbekämpfung in Afrika durchaus lokales Wissen rezipiert und teilweise auch in den Kampagnen verwertet hätten, finde sich davon in europäischen Fachpublikationen wenig. Das Beispiel der Kolonialmedizin zeige also, dass Evidenz immer kontextbezogen sei und sich die Evidenzpraktiken der Mediziner änderten, je nach Kontext, den sie überzeugen wollten.

STEFAN ESSELBORN (München) befasste sich in seinem Vortrag mit der bundesdeutschen Kernkraftkontroverse der 1970er-Jahre. Die öffentliche Thematisierung der Atomenergie durch die Anti-AKW-Bewegung habe zu einer zunehmenden Infragestellung existierender technischer Praktiken und Strategien geführt, mit deren Hilfe die Sicherheit nuklearer Anlagen nachgewiesen werden sollte. Auf der Suche nach neuen Evidenzpraktiken hätten Kernkraftexperten und Ministerialbürokratie in der BRD ab Ende der 1960er-Jahre begonnen, den Einsatz der probabilistischen Risikoquantifizierung zu favorisieren, die das konkrete Risiko eines Reaktors numerisch – idealerweise in einer einzigen Zahl – darstellbar machen sollte. Davon habe man sich nicht nur genauere Erkenntnisse über technische Zusammenhänge, sondern auch eine „Versachlichung“ der gesellschaftlichen Diskussion und letztlich eine (Wieder-)Herstellung des gesellschaftlichen Konsenses zugunsten der Kernkraft versprochen. Zu Beginn der 1970er-Jahre sei es daher zu einer staatlich initiierten und enorm ressourcenaufwändigen Kampagne zur Risikoquantifizierung in der Kernkraft gekommen, intern als „Projekt Risikostrategie“ bezeichnet. In diesem Rahmen seien nicht nur Forschungen zur technischen Risikoermittlung, etwa durch die „Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke“, sondern auch eine ganze Reihe sozialwissenschaftlicher Forschungen zur Risikoakzeptanz betrieben worden.

In der Praxis sei die Risikoquantifizierung als Evidenzpraxis allerdings sehr bald auf erhebliche Probleme gestoßen. Nicht nur sei die Überzeugungskraft von Risikozahlen weit geringer ausgefallen als gedacht. Der probabilistische Ansatz, der für eine Risikoquantifizierung

unabdingbar gewesen sei, habe zwangsläufig zu einer Relativierung des Versprechens absoluter Sicherheit geführt, was sich in rechtlicher wie in politischer Hinsicht als höchst problematisch erwiesen habe. Daher hält Esselborn in seinem Fazit fest, dass die Risikoquantifizierung als Evidenzpraxis – im Sinne einer Strategie des „Trust in Numbers“ (Theodore M. Porter) – in der Kernkraft im Wesentlichen gescheitert sei. Dennoch zeige sich als Auswirkung, dass eine staatliche Förderung zum Aufbau einer wissenschaftlich-technischen Infrastruktur beitrage, was nicht nur zu ihrer Institutionalisierung, sondern auch zu einem Verwissenschaftlichungs- und Technisierungsschub im Umgang mit großtechnischen Risiken insgesamt geführt habe.

CLAUDIA ROESCH (Washington) befasste sich mit der von US-amerikanischen Abtreibungsgegnern etablierten (Pseudo-)Wissenschaft der „Fötologie“, mit deren Hilfe versucht wurde, den wissenschaftlichen Diskurs um den Beginn des menschlichen Lebens im Mutterleib zu beeinflussen. Im Zentrum ihres Vortrags standen die Film- und Fernsehauftritte der Mediziner Bernard Nathanson und J.C. Wilke, zwei der führenden Köpfe der moderaten Anti-Abtreibungsbewegung. Sie versuchten wissenschaftlich zu belegen, dass das menschliche Leben mit der Zeugung beginne, wohingegen Argumente der Pro-Choice Bewegung als philosophischer oder religiöser Natur dargestellt worden seien. Obwohl Nathanson und Wilke selbst nicht aktiv an der Forschung zur Embryonalentwicklung beteiligt gewesen seien, hätten sie sich immer wieder auf die „Wissenschaft“ der „Fötologie“ bezogen, um ihren politischen Zielen einen rationalen und objektiven Unterbau zu geben. Mit einer Analyse von filmischem Material der Abtreibungsgegner demonstrierte Roesch, wie diese wissenschaftliche Erkenntnisse als „objektive“ Wahrheiten präsentierten, obwohl sie selbst teilweise veraltete oder übertriebene Statistiken benutzten und sich stark auf die suggestive Kraft von Bildern verließen.

Roesch bilanzierte, dass die Anti-Abtreibungsbewegung einen wissenschaftlichen Habitus – z.B. Betonung akademischer Titel, Kleidungsstil, Benutzung von Modellen, Schaubildern und Statistiken – und wissenschaftliche Evidenzen benutzt habe, um religiöse Annahmen über den Beginn des Lebens universell begründen zu können. Dies lasse sich insbesondere in dem Moment beobachten, als die Frauenbewegung be-

gann, sich selbst wissenschaftliche Expertise anzueignen. Die Fötologie sei als Gegenwissenschaft entstanden: Sie habe sich wissenschaftlicher Sprache und Benennungen (beispielsweise Post-Abortion Syndrome) und eines Expertenhabitus bedient, um eine politisch-moralische Welt-sicht zu belegen. Je mehr sich die Anti-Abtreibungsbewegung radikalisiert und die gesellschaftliche Debatte polarisiert habe, desto stärker sei der Antagonismus zwischen professioneller Wissenschaft und Anti-Abtreibungsbewegung geworden.

Der Kommentar von DIRK VAN LAAK (Leipzig) systematisierte die Zugänge der Sektion und schloss weiterführende Fragen und Überlegungen an. Nachdem sich die Vorträge insbesondere der grundlegenden Funktion wissenschaftlicher Erkenntnis in Bezug auf Praktiken der Evidenz gewidmet hatten, warf er die Frage auf, ob in aktuellen Debatten nicht die Wissensvoraussetzungen und die Erscheinungsformen von Dingen im Zweifel entscheidender seien als die Prozesse selbst. Auch widmete er sich dem Verhältnis von Wissen und moderner Gesellschaft, in der Wissen einerseits in immer stärker polarisierten Diskussionen zu einer käuflichen Ressource werde. Andererseits stelle sich die Frage, inwieweit in einer Phase des relativ langen Friedens die damit einhergehende lebensweltliche Sicherheit die Beschäftigung mit „alternativen Fakten“ fördere. Dass aktuelle gesellschaftliche Auseinandersetzungen ausgerechnet mithilfe „alternativer Fakten“ geführt würden, zeige wiederum die zentrale Funktion von Wissen und wissenschaftsbasierter Politik. Van Laak schloss seinen Kommentar mit der Feststellung, dass Wissen heute durch unterschiedliche Entwicklungen gefährdet sei und es auch bleiben werde – insbesondere, wenn es sich nicht kritisch zu sich selbst verhalte.

In der abschließenden Diskussion adressierte das Publikum vor allem die verbindenden Elemente der Sektion. Bezogen auf aktuelle Auseinandersetzungen um wissenschaftliche Glaubwürdigkeit und Spaltungen wurde die Frage nach den eigenen wissenschaftlichen Maßstäben aufgeworfen: Basierten die Vorträge nicht selbst auf eigenen Ansprüchen von Objektivität, machten sie nicht ebenfalls eine Trennung zwischen wahren und alternativen Fakten auf, die es eigentlich zu hinterfragen gelte? Ebenfalls zur Reflexion lud die Frage ein, inwiefern sich aus historischen Beispiele für aktuelle Auseinandersetzungen um

Glaubwürdigkeit von Wissen lernen ließe. Stefan Esselborn antwortete, dass eine reine Versachlichungsstrategie mit immer mehr Fakten und Zahlen scheinbar nicht ohne Weiteres funktioniere. Sarah Ehlers erinnerte daran, dass ein Augenscheinlichkeit von Wissen nicht per se gegeben sei und wenn eine Kluft der Glaubwürdigkeit erst einmal existiere, diese nur schwer zu überwinden sei. Karin Zachmann gab zu bedenken, dass Wissen weder unmittelbar evident sei, noch von alleine überzeuge, so dass es mit Evidenz immer wieder abgesichert werden müsse.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Sarah Ehlers (München) / Stefan Esselborn (München)

Karin Zachmann (München): Einführung

Katrin Kleemann (München): „Also haben wir dennun in unserem lieben Deutschland auch einen feuerspeyenden Berg.“ Der trockene Nebel von 1783 und wissenschaftliche Spekulation

Sarah Ehlers (München): „Sie verstecken ihre Kranken“. Kolonialmedizin und gesellschaftliches Misstrauen während der Schlafkrankheitsepidemien in den afrikanischen Kolonien

Claudia Roesch (Washington): Glauben oder Wissen? Die amerikanische Anti-Abtreibungsbewegung und die Kontroversen um den Beginn des Lebens

Blanka Koffer (Berlin): Neubauern, LPG, Ethnographie. Die Erfindung der sozialistischen Lebensweise auf dem Land 1945-1960 [ausgefallen]

Stefan Esselborn (München): Argumentieren mit Zahlen. Die Kernkraftkontroverse in der BRD und die Entwicklung der Risikoforschung

Dirk van Laak (Leipzig): Kommentar

Tagungsbericht *Evidenzpraktiken und wissenschaftliche Glaubwürdigkeit in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

### **Relief für die eigene Community: Humanitäre Organisationen in der Heimat und in der Fremde**

**Von:** Laura Viktoria Huth, Historisches Institut, Justus-Liebig-Universität Gießen

In Ihrer Anmoderation des Panels stellte Miriam Rürüp (Hamburg) die beiden Sektionsverantwortlichen MARIA FRAMKE (Rostock) und JACOB EDER (Jena/New York) vor. Eder, der ursprünglich für einen Vortrag über jüdische Hilfsorganisationen vorgesehen war, konnte nun leider nicht am Panel teilnehmen, auf die mitunter ineinandergreifenden Vorträge von Isabella Löhr, Maria Framke und Esther Möller folgte ein abschließender Kommentar von Daniel Maul. Die Vortragenden rückten einen bislang wenig beachteten Teilaspekt des Humanitarismus in den Mittelpunkt: *Relief* für die eigene Community. Ihre Forschungsfelder, die zeitlich allesamt im 20. Jahrhundert angesiedelt sind, unterschieden sich einerseits voneinander, andererseits wiesen sie erstaunliche inhaltliche Schnittpunkte auf. So spiegelten sich in allen Vorträgen zentrale Fragen der Humanitarismusforschung, wie etwa die nach der Motivation humanitärer Hilfe sowie nach der Neutralität von Hilfsaktionen.

ISABELLA LÖHR (Leipzig) machte in ihrem Vortrag deutlich, dass die European Student Relief (Europäische Studentenhilfe) – ein ursprünglich auf Jahre angelegtes humanitäres Notprogramm – nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur praktische Hilfe, sondern auch einen langfristigen Beitrag zum Wiederaufbau der europäischen Gesellschaften leisten wollte. Neben der Versorgung der Studierenden mit Nahrung, Kleidung und Büchern, die sie für das Fortsetzen des Studiums brauchten, habe das Programm auch die Bereitstellung von Arbeits- und Schlafmöglichkeiten, sowie medizinische Hilfe beinhaltet. Ebenso habe es studentische Selbsthilfeprojekte initiiert, aus denen etwa das Deutsche Studentenwerk entstand, so Löhr.

Die Vortragende führte aus, dass das Programm der Europäischen Studentenhilfe ein Ableger des 1895 gegründeten Christlichen Studentenweltbundes war. Dieser sei tief in der evangelikalen Erweckungsbewegung verwurzelt gewesen, die im 18. Jahrhundert im transatlantischen Raum entstand. Der Verband habe über ein weltweites Netzwerk

verfügt und sei missionierend tätig gewesen. Löhr betonte, dass es sich dabei nicht um eine marginale Bewegung gehandelt habe. Vielmehr habe der Studentenweltbund, der als Dachverband für lokale und nationale Organisationen diene, bereits 1914 über 200.000 Mitglieder gehabt und somit als Massenbewegung gezählt. Schon in der Vorkriegszeit habe der Studentenweltbund die internationale Bildungsmobilität als Möglichkeit entdeckt, eine weltweite Infrastruktur aufzubauen und Experten der Sozialen Arbeit für sich zu gewinnen. Der Fokus habe sich schrittweise von der Mission auf soziale Missstände in den urbanen Zentren in Europa und Nordamerika verschoben. Löhr wies in diesem Zusammenhang auf die British Settlement Movement und Social Gospel hin.

Der Studentenweltbund kooperierte während der Hilfseinsätze vor allem in Osteuropa auch mit anderen Organisationen, wie den britischen Quäkern, der American Relief Administration und Save the Children. So konnte der Verband bei Fragen rund um Einreiselaubnisse und Logistik laut Löhrs Ausführungen von den politischen Netzwerken der Kooperationspartner profitieren. Dies habe jedoch keine Auswirkung auf die Unabhängigkeit der Hilfe gehabt. Löhr stellte in diesem Zusammenhang die wichtige Frage, wie sich die damalige Öffnung und die politische Überformung des Verbandes mit den religiösen Grundsätzen vertragen haben. Laut Löhr hat dies in der Praxis keine übermäßig große Rolle gespielt. Zwar habe der Verband die Kontrolle über die eigenen Hilfsaktionen und das Personal behalten; die Hilfe jedoch sollte – den eigenen Leitlinien folgend – politisch, religiös und weltanschaulich neutral erfolgen. Spannungen, so Löhr, hätten sich daher nicht ergeben. Erste Debatten über den missionarischen „Mehrwert“ der Hilfen habe es bereits 1921 gegeben, und die Frage, ob humanitäre Hilfe ein religiöser Türöffner sein könne, blieb laut Löhr mitunter umstritten.

MARIA FRAMKE (Rostock) thematisierte in ihrem Vortrag über die indische humanitäre Hilfe im Kontext von Weltkrieg, Freiheitskampf und Dekolonisation die politische Motivation des Indischen Nationalkongresses (INC). Die Hilfe des INC in Burma 1942 und in Malaysia 1946 müsse laut Framke als politisches Instrument nationaler Selbstbestimmung verstanden werden. Seit den 1920er-Jahren hatte sich in Britisch-Indien eine starke Unabhängigkeitsbewegung formiert, die

maßgeblich vom INC getragen wurde. Als der Vorstoß der Japaner in Südostasien 1942 einen massenhaften Exodus von Indern, Anglo-Indern und Europäern in diesem Gebiet verursacht und dadurch eine Flüchtlingswelle von Burma nach Indien ausgelöst hatte, wurden neben der britisch-indischen Regierung in Delhi auch indische Nichtregierungsorganisationen – darunter der INC – aktiv, um die Not der Flüchtenden zu lindern. Framke spricht vom Selbstverständnis des INC als wichtigste nationale Bewegung, die die Regierung um Erlaubnis gebeten hatte, medizinische Freiwilligeneinheiten in die Grenzregion entsenden zu dürfen. Zwar sei dem INC damals die Erlaubnis erteilt worden, referierte Framke, doch die Frage nach der Kontrolle der nichtstaatlichen Reliefarbeit sei damit nicht geklärt gewesen. Das habe auch daran gelegen, dass die Kongress-Einheiten unter der Leitung des Indian Medical Service arbeiten sowie unter der Aufsicht der Beamten vor Ort stehen sollten, so Framke. Die Missionsmitglieder des INC hätten jedoch nicht von Regierungsmitarbeitern kontrolliert werden wollen. Als Kompromiss sei damals eine enge Zusammenarbeit ohne direkte Kontrolle vereinbart worden. Framke machte damit deutlich, wie wichtig dem Kongress die Selbständigkeit ihrer Missionen war und wie schmal der Grat zwischen humanitären Motiven und einer politischen Agenda sein kann – besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich der INC als antikolonialer Akteur verstand, der für die Selbstbestimmung Indiens steht. So sei es für den INC wichtig gewesen, sich nicht nur aus Mitgefühl humanitär für die indischen Flüchtlinge einzusetzen, sondern die Mission als nationalistischen Akt darzustellen und sich als künftiger regierungsbefähigter Akteur zu empfehlen. Gleichzeitig hätten Kongress-Mitglieder die Mission als nationales Unterfangen verstanden, das zum weiteren Zusammenwirken der indischen Nation beitragen könne.

Auch das zweite Fallbeispiel aus dem indischen Kontext, die Kongress-Hilfe für Malaysia 1946, kann nach Framke als Symbol nationaler Selbstbestimmung verstanden werden, die den Nationalismus des INC sowie dessen Anspruch, bereit für die Übernahme staatlicher Aufgaben zu sein, legitimieren würde. Zwar hätten Kongress-Mitglieder der Regierung vor Beginn der Aktion zugesichert, dass es sich um völlig unpolitische, rein humanitäre Hilfe handeln würde, doch auch hier habe

es enge politische Verknüpfungspunkte gegeben, wie Framke in ihrem Vortrag darlegte. Dabei hätten Mitglieder der Indian National Army als patriotische und antikoloniale Symbolfiguren ebenso eine Rolle gespielt, wie der Wunsch nach nationaler Einheit und der Traum eines vereinten Asiens.

ESTHER MÖLLER (Mainz) widmete sich in ihrem Vortrag den Diskursen und Praktiken ägyptischer humanitärer Hilfe in Palästina nach 1948 und 1967. Dabei untersuchte sie einerseits die Konstruktion von Eigen- und Fremdbildern durch humanitäre Hilfe, zum anderen Ägyptens Unterstützung für palästinensisches humanitäres Engagement und die spezifisch palästinensische Antwort auf die ägyptische Vormundschaft. Mit Blut- und Sachspendeaktionen für Palästina hatten ägyptische humanitäre Organisationen nicht nur Solidarität mit den arabischen Nachbarn gezeigt. Damit präsentierten sie sich, so Framke, selbst als gebende, souveräne Nation, insbesondere gegenüber der britischen Kolonialmacht sowie gegenüber Israel und den arabischen Rivalen. Daneben entstanden auch in Ägypten Strukturen für die Hilfe für Palästina. So rief etwa das ägyptische Sozialministerium Anfang Mai 1948 einen Nationalen Rat für die palästinensische Migration ins Leben. Die Gründung des Rates zeige, dass die Hilfe für Palästina auch als Teil des Aufbaus innerstaatlicher Strukturen in Ägypten fungiert habe.

Möller sprach zudem von einer Ambivalenz von Hilfe und hierarchischer Vergewisserung. So hatte Ägypten zwar einerseits die gesamt-palästinensische Regierung aufgefordert, bei reichen Palästinensern für ärmere Palästinenser Spenden zu sammeln. Andererseits hatte der ägyptische Rote Halbmond dieser gesamt-palästinensischen Regierung die Erlaubnis für das Spendensammeln erteilt. Somit seien die hierarchischen Ebenen sehr klar definiert gewesen. Möller betont, dass es Ägypten zu keinem Zeitpunkt darum gegangen sei, die palästinensische Unabhängigkeit zu fördern. Vielmehr sei es auch um innerarabische Rivalitäten gegangen. So wurde unter ägyptischer Federführung ein Komitee für palästinensische Flüchtlinge innerhalb der arabischen Liga ins Leben gerufen, das als Antwort auf die politischen Bestrebungen König Husseins von Jordanien im Westjordanland zu verstehen sei.

Die Unterstützung Ägyptens für den Palästinensischen Roten Halbmond sei bereits 1948 ein Politikum gewesen, da sie gleichzeitig als



Einsatz für den palästinensischen Staat gegolten habe, denn nur ein souveräner Staat durfte laut Rotkreuz-Statuten eine Rotkreuz- oder Rothalbmond-Gesellschaft beherbergen. Ende Januar 1969 hatte die Fatah die Gründung des Palästinensischen Roten Halbmonds bekannt gegeben und damit laut Möller die enge Verbindung von politischer und humanitärer Aktivität gefördert. Die Vortragende schloss daraus, dass die imaginierte Verbindung von humanitärer Hilfe und Souveränität den späteren politischen Prozessen vorrausgegangen oder diese gar beeinflusst habe, denn nach der Proklamation des Palästinensischen Roten Halbmonds und seiner innerarabischen Anerkennung erfolgte 1974 die Zulassung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als Beobachterin bei den Vereinten Nationen (UN) und als einzige legitime Vertretung der Palästinenser durch die Arabische Liga.

Beispielhaft für innerpalästinensischen Paternalismus nannte Möller die Aktivitäten des Palästinensische Roten Halbmonds in seinem 1974 eingeweihten Krankenhaus in Kairo, das neben medizinischer Hilfe auch eine kulturelle Dimension beinhaltete: es beherbergte ein Zentrum für das Erbe der palästinensischen Kunst, dessen erklärtes Ziel es auch gewesen sei, ihre kulturellen Wurzeln nahezubringen. Bei der Untersuchung der ägyptischen Beispiele sei deutlich geworden, dass humanitäre Arbeit sowohl von ägyptischen als auch von palästinensischen Akteuren als Ausdruck ihrer jeweiligen politischen Souveränität verstanden und inszeniert worden sei. Möller plädierte dafür, internationale, nationale und regionale Politik vermehrt mit humanitärer Hilfe in einen Dialog zu bringen und schlussfolgerte, dass Relief für die eigene Community zumindest im ägyptischen Fall über die Landesgrenzen hinaus betrachtet werden müsse, um die Konstruktion von Selbst- und Fremdbildern durch humanitäres Engagement zu verstehen.

Vor seinem Kommentar wies DANIEL MAUL (Oslo) kurz auf den fehlenden Vortrag und das Projekt Jacob Eders hin, in dem es um *Relief* für jüdische Einwanderer von Seiten amerikanischer, jüdischer Hilfsorganisationen gehe. Eingebettet sei Eders Forschungsvorhaben in eine transnational erzählte Geschichte der amerikanischen Juden und ihrer Organisationen. Maul betonte, dass es sich hierbei um amerikanische Organisationen handele und dass dies ein wichtiger Bestandteil ihrer Identität sei und sie sich somit auch in einen nationalen Kontext einord-

nen ließen.

In seinem Kommentar thematisierte Maul das hohe Maß an inhaltlicher Kohärenz der einzelnen Paper. Dabei hob er zwei Punkte hervor, die die Vorträge zusammenbringen: Einerseits die Motive der transnationalen Hilfe sowie die Frage, wie humanitäre Hilfe überhaupt zu solch einem bedeutenden Medium werden konnte, das global wahrgenommen wird. Es sei deutlich geworden, dass ein humanitäres Verhältnis häufig die Hierarchie zwischen Gebern und Empfängern von Hilfe manifestiere. Dies habe sich besonders im Vortrag über die ägyptische humanitäre Hilfe gezeigt. Als weitere mögliche Diskursräume nannte Maul geschlechterspezifische sowie anthropologische Perspektiven auf *Relief*, etwa den Blick auf ihre Reziprozität, bei der der Geber etwas für seine Hilfe zurückerhält. Maul erwähnte lobend, dass die Vortragenden die genuinen humanitären Motive der Hilfsgeber nicht in Abrede stellten. Ziel sollte es nämlich vielmehr sein, die Praxis und die Selbstwahrnehmung der Akteure in einen historischen Kontext zu stellen und die Spannungen freizulegen, die angesichts der unterschiedlichen Motive bestehen. Maul schloss mit konkreten Fragen an die Vortragenden zur Repräsentation von Hilfe und der Bemerkung, dass Humanitarismus einerseits seit dem Ersten Weltkrieg zum Repertoire der Mobilmachung gehöre – in den USA etwa als Akt des patriotischen Handelns – andererseits jedoch in Kriegszeiten einer der wenigen offenen Kanäle für moderat-pazifistische Seiten sei.

In der sich anschließenden Diskussion kamen noch einmal grundlegende Fragen zur Doppelrolle vieler humanitärer Akteure sowohl als Geber als auch als Empfänger von Hilfe sowie zur Repräsentation und dem Selbstverständnis humanitärer Hilfsaufrufe auf.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Maria Framke (Rostock) / Jacob Eder (Jena / New York)

Miriam Rürup (Hamburg): Moderation

Isabella Löhr (Leipzig): Mobilisierung und Internationalisierung: Humanitäre Hilfe für Studierende im östlichen Europa nach 1919

Maria Framke (Rostock): Die Congress Medical Missions in Burma 1942 und Malaysia 1946: Indische humanitäre Hilfe im Kontext von Weltkrieg, Freiheitskampf und Dekolonisation

Esther Möller (Mainz): Blutsbrüder und -schwestern: Ägyptische humanitäre Hilfe im Israel-Palästina-Konflikt nach 1948

Jacob Eder (Jena / New York): „Jewish Mutual Responsibility – American Jewish Opportunity“: Amerikanisch-jüdische Hilfsorganisationen in der Migrationsgesellschaft im frühen 20. Jahrhundert (entfallen)

Daniel Roger Maul (Oslo): Kommentar

Tagungsbericht *Relief für die eigene Community: Humanitäre Organisationen in der Heimat und in der Fremde*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 30.11.2018.

### **„Plotting Torture“. Repräsentation und Remediation gesellschaftlicher Spaltungen, 19.-21. Jahrhundert**

**Von:** Christoph Schmitt, Wissensgeschichte, Universität Konstanz

„[...]that no one shall be subjected to torture or to cruel, inhuman or degrading treatment or punishment.“ So lautet die Präambel der ‚Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment‘ der UN von 1984.<sup>1</sup> Auch in der heutigen – als ‚modern‘ und ‚zivilisiert‘ empfundenen – Zeit greift diese Konvention nicht immer und überall, was allein schon ein Blick in den Folter-Bericht von Amnesty International 2014 zeigt.<sup>2</sup> Dass dies auch bereits nach der Abschaffung der Folter galt und damit grundsätzliche Fragen des historischen Selbstverständnisses moderner Gesellschaften verbunden

<sup>1</sup> [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-Dateien/Pakte\\_Konventionen/CAT/cat\\_en.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CAT/cat_en.pdf) (27.10.2018).

<sup>2</sup> [https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-05/Amnesty-Bericht\\_Folter\\_2014.pdf](https://www.amnesty.de/sites/default/files/2017-05/Amnesty-Bericht_Folter_2014.pdf) (09. 11.2018).

sind, thematisiert die Sektion von ANNE KWASCHIK (Konstanz) und SYLVIA KESPER-BIERMANN (Hamburg).

In ihrer Einleitung stellte ANNE KWASCHIK (Konstanz) das Paradox an den Anfang, welches das historische Verhältnis von Folter und Demokratie beschreibt. Der Normativität von Demokratie und westlicher Moderne stehe dichotomisch eine als archaisch verstandene Gewaltpraxis gegenüber. Während einerseits die „Überwindung“ der Folter im Zuge der Aufklärungsdiskurse zur Selbstbeschreibung der Moderne „im ganzen“<sup>3</sup> diene, stelle die Folter andererseits auch für demokratische Staaten ein Dispositiv der Macht dar, insbesondere in der Auseinandersetzung mit (De)-Kolonisierung und Terrorismus. Vor diesem Hintergrund sollte das Panel die gesellschaftliche Bedeutung der Auseinandersetzung mit Folter in einer globalen Perspektive diskutieren. Die Tortur wird dabei, so führte Kwaschik aus, als Instrument gegen „innere und äußere Differenz“<sup>4</sup> verstanden. Sie betrifft vor allem Menschen, welche am Rand einer Gesellschaft angesiedelt sind. Zentral für das Panel war die Ausgangsthese, dass Folter und Foltervorwürfe einen Bruch bedeuten, der Gesellschaften spaltet und durch „reintegrierende Erzählungen“ in späteren Aufarbeitungsphasen „bewältigt“ werden muss. In den anschließenden Vorträgen wurden dabei vor allem mediale Praktiken der Neuordnung von Gesellschaften berücksichtigt.

SYLVIA KESPER-BIERMANN (Hamburg) beschäftigte sich mit der Frage, inwiefern Erzählungen und Inszenierungen vergangener Torturen zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen im ‚langen 19. Jahrhundert‘ beitrugen und eine Abgrenzung gegenüber der Vergangenheit und anderen Weltregionen ermöglichten. Dabei hob sie zunächst auf die Sichtbarmachung von frühneuzeitlicher Folter in Museen und Ausstellungen zwischen 1830 und 1914 ab, um sich darauffolgend den

<sup>3</sup> Vgl. Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1992, S. 11. Vgl. dazu Anne Kwaschik, Folter in der Republik? Gewalt, rechtsstaatliche Ordnung und „emotionale Navigation“ in der Auseinandersetzung liberaler Demokratien mit dem Terrorismus, in: Claudia Jarzebowski / Anne Kwaschik (Hrsg.), Performing Emotions. Interdisziplinäre Perspektiven auf das Verhältnis von Politik und Emotion in der Frühen Neuzeit und in der Moderne, Göttingen 2013, S. 283–305

<sup>4</sup> Vgl.: Peter Burschel / Götz Distelrath / Sven Lembke (Hrsg.), Das Quälen des Körpers. Eine historische Anthropologie der Folter, Weimar, Wien 2000.

damit verbundenen Narrativen und Emotionen zu widmen. Statt einer Verdrängung lasse sich beobachten, so die These, dass Folter in den europäischen Gesellschaften nach ihrer Abschaffung als Legalbestand präsent bleibe – vor allem in kultureller Rezeption wie beispielsweise Romanen, Bildern, Ansichtskarten oder Museen und Ausstellungen. Dass hierbei keineswegs eine abstrakte Beschäftigung der Inhalt sei, zeigen die als „Rechtsaltertümer“ bezeichneten Folterinstrumente, die gebräuchlicher Inventarbestand kulturhistorischer Museen waren und auch inner- und außerhalb Europas zirkulierten. Diese dienten vor allem einer Imagination früherer Grausamkeit. In der Analyse von Narrativen und Emotionen zeigte Kesper-Biermann, dass die Historisierung der Tortur bei der Konstituierung des Selbstverständnisses europäischer Gesellschaften, in einer ‚post-Folter-Ära‘ zu leben, einen wichtigen Beitrag leistete.<sup>5</sup> Das Narrativ der überwundenen Folter könne in den europäischen Gesellschaften konsensstiftend wirken, da es sich um eine gemeinsame Erzählung handle, an deren Ende Menschenrechte, Zivilisation, Modernität, Rechtsstaat und Fortschritt standen. Mittels dieses Wertekanons ließe sich definieren, wer zu Europa gehöre und wer als rückständig oder ‚primitiv‘ anzusehen wäre.

Im darauffolgenden Vortrag stellte SILVAN NIEDERMEIER (Erfurt) eine weitere Form medialer Repräsentation von Folter vor. Hierbei ging er von Fotografien aus den National Archives aus, welche die sogenannte ‚water cure‘ im Philippinisch-Amerikanischen Krieg darstellen. Auf diesen Bildern sind US-Soldaten zu sehen, welche einen Mann am Boden fixieren, um ihm Wasser in Mund und Nase einzuflößen. Die Darstellungen illustrieren eine Inszenierung der Gewohnheit solcher Praktiken auf Seiten der Soldaten sowie eine vermeintliche relative Gewaltlosigkeit. Silvan Niedermeier untersuchte das ‚framing‘ der ‚water cure‘ in diesen Fotografien, wobei er auf die Rationalisierung der Folter, die Debatten über deren Legitimität und die Tradierung rassistischer und hierarchischer Vorstellungen abzielte. Zeitungsberichte aus dem Jahr 1901 über diese Praktiken führten im weiteren Verlauf zu gesellschaftli-

chen Spannungen. Vor einer Republikanisch dominierten Kommission seien von Offiziellen die Vorgänge als „Einzelfälle“ betrachtet, verharmlost oder als „nötige, aber zivilisierte Härte“ dargestellt worden. Dem entgegen standen die Aussagen mehrerer Soldaten, welche die Brutalität explizit hervorhoben. Die Bilder und Berichte führten zum Engagement von Befürwortern und Gegnern. Erstere hielten die Praxis für „bedauernswert aber mild“, die New York Times befand sie gar für zielgerichtet und daher akzeptabel. Gegner haben die Bilder zur Verdeutlichung unzivilisierter Gewalt benutzt, hierbei sei durch Personifizierung und einen kleineren Bildausschnitt auf Authentizität, Nähe und eine mögliche gerichtliche Verfolgung abgestellt worden. Mit Kriegsende 1902 hätten die Debatten abgeebbt. Präsident Roosevelt stellte diese „dunklen Verstöße“ in den Kontext eines um der Zivilisation willen geführte Krieses. Die untersuchten Bilder der Folterpraktiken beleuchten einen Ausschnitt rassistischer und hierarchischer Denkmuster. Die Analyse dieser Zeugnisse versuchte, die Brüche im moralischen Selbstverständnis der USA auszumachen; die weiterhin geführten Debatten über Folter und ihren ‚Nutzen‘ beziehungsweise ihre Ablehnung zeigen, dass die gesellschaftlichen Spaltungen in dieser Frage eher vertieft als überwunden wurden.

STEPHAN SCHEUZGER (Bern) stellte in seinem Vortrag eine Untersuchung zu den Institutionen der Wahrheitskommissionen in Lateinamerika und Südafrika vor, die von dem Konzept der Transitional Justice ausging. Er griff dafür auf Samuel Huntingtons Überlegungen zum Übergang autoritärer in demokratische Systeme in *The Third Wave* zurück.<sup>6</sup> Huntington konstatiert im Unterkapitel „The Torturer Problem“ die Schwierigkeit einen Modus des Ausgleichs zwischen den dichotomen Kategorien „Täter“ und „Opfer“ zu sichern. Scheuzger zeigte die komplexen Herausforderungen in der Arbeit der Wahrheitskommissionen und ihrer Ausgleichsbemühungen auf. Diese konnten nicht zuletzt in die Auslassung von bestimmten Gruppierungen (beispielsweise mittels Amnestie) oder von Tatbeständen, namentlich auch der Folter, münden. Als problematisch erwies sich zudem auch die relative Sprachlosigkeit der Opfer. Letzteres war umso zentraler, so Scheuzger, als der Figur des Zeugen eine wichtige Rolle hinsichtlich

<sup>5</sup> Vgl.: Sylvia Kesper-Biermann, *Security, Transnational Law and Emotions. The History of the Transnational Anti-Torture Regime from the Enlightenment to the 1984 United Nations Convention Against Torture*, in: Max Planck Institute for European Legal History Research Paper 2018-01 (2018), URL: <http://ssrn.com/abstract=3096470>.

<sup>6</sup> Vgl.: Samuel Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman, Okla. 1991.

der gesellschaftlichen Effekte der Arbeit der Kommissionen zukam. In Anlehnung an Huntington identifizierte er zwei Probleme in der Aufarbeitung von historischem Unrecht: die Nachweisbarkeit und die Repräsentierbarkeit von Folter. Hinzu komme als zeitlich verlagertes Problem ein zunehmend abklingendes, erinnerungspolitisches Interesse an den Verbrechen der Vergangenheit. Scheuzger betonte die primären Aufgaben der Wahrheitskommissionen. Diesen ginge es nicht vorrangig um eine Artikulation der Opfer, sondern um eine möglichst eindeutige Feststellung der Geschehnisse sowie die Untersuchung von Ursachen und Bedingungen der Gewalt. Die Folter bedeute auch in diesen Kontexten einen gesellschaftlichen Bruch, der durch re-integrierende Erzählungen, hier der Wahrheitskommissionen, bearbeitet werden musste.

ACHIM SAUPE (Potsdam) stellte die Themen von Geständniskultur, -erwirkung und -zwang am Beispiel von TV-Shows nach dem juristischen Verbot der Folter in der jüngeren Zeitgeschichte in den Mittelpunkt seines Vortrags. Im „Beichtstuhl der Öffentlichkeit“ ging es, so der Referent, um die Erlangung der einen, singulären, Wahrheit, welche als Amalgam der Gesellschaft fungierte. Im Anschluss an Foucaults Überlegungen zu „Pastoralmacht“ und zur Beichte produzierten sich Subjekte im Geständnis selbst und werden im erzwungenen Diskurs zugleich Objekte der Machttechniken. Im Vorfeld der Untersuchung medialer Geständnisse führte Saupe drei Aspekte polizeilicher Vernehmungen an: In einer Verhörsituation stelle sich eine Zwangskommunikation ein, in der die vernehmende Person eine authentische Beziehung zur verhörten Person einnehme und in dieser Situation einen Gewissensappell provoziere. Die Offenbarung vorher nicht bekannter Informationen in TV-Formaten lasse sich hierbei adaptieren. Die Moderatoren vermitteln, so Saupe, den Eindruck von Seelsorge und Sinnstiftung und ermöglichen den Befragten Raum für ihre Erzählungen. Saupe ergänzte seine Beispiele um Sendungen, in denen über Gewinnstufen und Lügendetektoren Personen zu immer intimeren und unangenehmeren Aussagen motiviert wurden, sowie um die Doping-Geständnisse berühmter Leistungssportler. Saupe konstatierte einen gesellschaftlichen Bedarf an Geständnissen und schlussfolgerte, dass sich an diese medialen Geständnisse ein therapeutischer Punkt anschließt, der eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft bedingt.

Die anschließende Diskussion thematisierte mehrere Aspekte des Panels. Zum einen wurde die Frage nach der Begrifflichkeit der ‚water cure‘ aus Silvan Niedermeiers Vortrag gestellt. Dieser hob mehrere Dimensionen der Semantik hervor: Eine verharmlosende Dimension durch sprachliche Nähe zu therapeutischen Anwendungen, eine in Anlehnung an Bestrafungspraktiken in US-Gefängnissen im 19. Jahrhundert sowie eine euphemistische bis drohende Implikation, mittels der auf die ‚Ausbaufähigkeit‘ der Brutalität abgehoben werden konnte. Zum anderen wurde der Zusammenhang zwischen europäische Erzählungen und außereuropäischen Perspektiven thematisiert. Deutlich wurde abschließend noch einmal, dass ohne die Rechtswidrigkeit der Folter in Frage zu stellen, sich diese unter den oben genannten Bedingungen mittels einer „Rhetorik der Verlegung“ zunehmend an „anderen Orten“ fand.<sup>7</sup> Durch die gewählte breite Anlage konnte das Panel aufzeigen, dass und wie Folter und Folturvorfälle im Selbstverständnis der jeweiligen „Modernen“ als Erzählungen zur zeitlichen und räumlichen Abgrenzung und zur Selbstverortung in einer Zivilisiertheit dienten.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Anne Kwaschik (Konstanz) / Sylvia Kesper-Biermann (Hamburg)

Anne Kwaschik (Konstanz): Plotting Torture. Zur Einführung

Sylvia Kesper-Biermann (Hamburg): Nach der Folter. Inszenierung ‚mittelalterlicher‘ Tortur in europäischen Museen und Ausstellungen (1830-1914)

Silvan Niedermeier (Erfurt): Folter und Zivilisation. Fotografien der water cure aus dem philippinisch-amerikanischen Krieg (1899-1902)

Stephan Scheuzger (Bern): Tatsachenfeststellung und Repräsentation von Folter in der Arbeit von Wahrheitskommissionen

Achim Saupe (Potsdam): Das öffentliche Geständnis und das ‚authentische‘ Selbst in der Mediengesellschaft des 20./21. Jahrhunderts

<sup>7</sup> Vgl.: Talal Asad, *Formations of the Secular. Christianity, Islam, Modernity*, Stanford, Cal. 2003, S. 104f.

Tagungsbericht „Plotting Torture“. Repräsentation und Remediation gesellschaftlicher Spaltungen, 19.-21. Jahrhundert. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 30.11.2018.

### **Mussolini transnational. Zur Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus in Asien in der Zwischenkriegszeit**

**Von:** Stefan Laffin, Bielefeld Graduate School in History and Sociology, Universität Bielefeld

Auf dem weiten Feld der Faschismusforschung erscheinen in periodischen Abständen programmatische Aufsätze, die Sinn und Nutzen des Faschismusbegriffes hinterfragen, neue Forschungsfelder aufzeigen oder ein Resümee bisheriger Forschungen ziehen. Nicht selten entsteht hierbei das Zerrbild eines ausgiebig erforschten Phänomens, dessen heutiges Interesse stärker seinen Ursprung in einer politischen Gegenwartsdiagnose hat, bisweilen gar als Invektive im politischen Diskurs genutzt, als ihn analytisch in seiner historischen Komplexität zu erfassen.<sup>1</sup> Wie stark indes noch immer Leerstellen, und zwar nicht nur empirische, sondern allgemein konzeptionelle und methodische, bestehen, dafür lieferte die Sektion zur Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus in Asien in der Zwischenkriegszeit viele Anhaltspunkte. Unter Berücksichtigung verschiedener Desiderate der Faschismusforschung gelang es, künftige Forschungsfelder präzise zu benennen.

In seiner Einführung unterstrich Sektionsorganisator LUTZ KLINKHAMMER (Rom / Mainz), dass die Herangehensweise, Mussolini und Asien zueinander in Beziehung zu setzen, in vielerlei Hinsicht neue Perspektiven schaffe, ungeachtet einer Reihe von Studien, die das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien vergleichend untersuchen. Insbesondere sei es interessant zu fragen, in welcher Weise

<sup>1</sup> Siehe auch unlängst den ausgezeichneten Forschungsüberblick von Fernando Esposito: Faschismus – Begriff und Theorien, in: [http://docupedia.de/zg/Faschismus#Empfohlene\\_Literatur\\_zum\\_Thema](http://docupedia.de/zg/Faschismus#Empfohlene_Literatur_zum_Thema) (25.10.2018).

zum Beispiel die japanische Öffentlichkeit sich die Person des italienischen Diktatorsaneignete oder wie allgemeiner gesprochen Mussolini in Asien nicht nur als Vorbild für eine autoritäre massenpolitische Führung dienen, sondern auch als politische Alternative in einem antikolonialen Diskurs Verwendung finden konnte.

Daran anschließend analysierte MARIA FRAMKE (Rostock) die indischen Wahrnehmungen des faschistischen Italiens. In ihren Ausführungen strich sie heraus, dass die Beschäftigung mit Italien bei Weitem kein Alleinstellungsmerkmal faschismusaffiner Kreise war. Vielmehr sei es gerade jemand wie Jawaharlal Nehru gewesen, der sich intensiv mit dem italienischen Faschismus auseinandersetzte und bedeutend größere Kenntnisse über dessen ideologischen Prämissen erwarb, als dies oftmals für pro-faschistische Kreise gelten konnte. So habe man sich beispielsweise besonders stark für die Jugend- und Bildungspolitik Italiens interessiert. Es sei folgerichtig dieser Bereich gewesen, in dem vermehrt italienisch-indische Kooperationen auszumachen waren. Letztlich, so konstatierte Framke, fungierte das faschistische Italien als Alternative zum britischen Ordnungsmodell einer Kolonialgesellschaft. Hierbei unterstrich sie insbesondere die Rolle Italiens als Vorbild für ein indisches Nation-Building. Gleichsam als Leidensgenosse erkannt, da nicht auf politischer Augenhöhe mit England und Frankreich agierend, konnte Mussolini hier als Erneuerer bzw. Befreier aus der Verbindung mit Großbritannien betrachtet werden. Da der indischen Rezeption selbstredend eine anti-koloniale Attitüde eingeschrieben gewesen sei, stieß die expansionistische Außenpolitik des faschistischen Italiens, zuvorderst dessen Kriege in Afrika, jedoch auf Kritik und löste eine Distanzierung aus. Somit war der italienische Faschismus als Rezeptionsgegenstand vor allem in den 1920er- und 1930er-Jahren präsent – es war jedoch eine selektive Rezeption, die überdies in äußerst kontroverse Diskussionen eingebettet war, wie Framke überzeugend darlegte. Strukturell formuliert hieß dies, dass die Qualität der Faschismusrezeption für Indien darin bestand, bei der Suche nach Anregungen für die Gestaltungen des postkolonialen Staates im italienischen Beispiel einen Fundus an Alternativen vorzufinden.

Den anders gelagerten japanischen Fall präsentierte DANIEL HEDINGER (München) in seinem Beitrag. Hedinger eröffnete seinen Vor-

trag mit einigen Anregungen für eine Geschichtsschreibung eines globalen Faschismus, die das ‚Globale‘ als Zugriff und nicht als Resultat der historiographischen Arbeit betrachten solle. Mit einem von der Fixierung auf Europa losgelösten Blick auf den Faschismus in Asien sei man in der Lage, zu neuen, und bisweilen ganz anderen, Kenntnissen zu gelangen als es die Faschismusforschung bisher zu leisten im Stande gewesen sei. Dabei schlug Hedinger ‚Gravitation‘ als Kategorie vor, da diese begrifflich Prozesse der gegenseitigen Anziehung umfasse und der Radikalisierung faschistischer Regime in Europa und Asien gerecht werde. Empirisch untermauerte Hedinger diese Überlegungen mit Verweis auf den japanischen Faschismus. So habe das Kaiserreich bereits vor der Universalisierung des italienischen Faschismus seit Beginn der 1930er-Jahre, die Mussolini noch 1928 mit seiner berühmten Wendung, dass der Faschismus kein Exportartikel sei, gedämpft hatte, seinen ganz eigenen Faschismusboom erlebt. Dementsprechend sah man in Japan den Faschismus eher als weltweite Bewegung denn als italienisches Charakteristikum. Just in dem Moment, als Rom somit zum Mekka der Faschisten avancieren sollte, ging der Faschismusboom in Japan folgerichtig zurück. Dies fand seinen Niederschlag, so eine der zentralen Thesen Hedingers, auch auf der sprachlichen Ebene. Konzepte wie ‚Kōdō‘, ‚Ōdō‘ oder ‚Shōwa Ishin‘ leiteten eine Rekontextualisierung des Faschismus ein, in dem Japan, und eben nicht Italien, als Vorbild fungierte. Trotz dieser Versuche, eine dezidiert japanische Position zu finden, biete der gleiche Zeitraum aber auch hinreichend Belege für die Konvergenz faschistischer Regime. Hedinger identifizierte hierbei drei ‚globale Momente‘: Der Erste zu Beginn der 1930er-Jahre sei geprägt gewesen von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der beschleunigten Industrialisierung. Ein zweiter Moment sei mit dem Abessinienkrieg 1935/36 auszumachen, der nicht zuletzt von der imperialen Expansion Japans inspiriert war. Schließlich markieren der Antikominternpakt 1936, aber auch der erste Besuch einer Gesandtschaft des Partito Nazionale Fascista (PNF) im März 1938 in Japan einen dritten globalen Moment. Diese wechselseitigen Gravitationen seien es gewesen, so pointiert zusammengefasst, die zum Ende der Dekade in faschistische Bündnisse mündeten.

In seinem Vortrag ging LUTZ KLINKHAMMER (Rom / Mainz) auf

die ausländischen Besucher bei Mussolini ein. Die Audienztermine, die der italienische Diktator diesen gewährte, ließen sich durch archivalische Quellen (Kalenderblätter der Kanzlei Mussolinis) nachverfolgen. Für diese Zwecke können Forscher/innen mittlerweile auf eine umfangreiche Datenbank zurückgreifen, die am Deutschen Historischen Institut in Rom erarbeitet wurde und vor Ort konsultierbar ist.<sup>2</sup> Trotz der wegweisenden Studie Wolfgang Schieders, der 2013 erstmalig die Audienzen als zentrales Element des Diktatorsystems Mussolinis untersucht hat<sup>3</sup>, käme diesen ausländischen Besuchen nach wie vor eine zu geringe Bedeutung in der historischen Forschung zu. Die Relevanz der Besucher bzw. oftmals ganzer Besuchergruppen liege auf der Hand: Sie agierten als Multiplikatoren des Exportartikels Faschismus und trugen durch ihre Berichte, die sie zahlreich nach ihrer Rückkehr veröffentlichten, maßgeblich zur persönlichen Reputation Mussolinis bei. Vor diesem Hintergrund sei es leicht verständlich, warum Treffen mit Künstlern, Industriellen, Adeligen oder Journalisten eine ähnlich hohe Bedeutung zugekommen sei wie jenen mit traditionellen Diplomaten. Die über 95.000 Einträge, die aus den Quellen ermittelt wurden und die institutionelle wie private Treffen widerspiegeln, böten reichhaltiges Forschungsmaterial, wenngleich sich der Inhalt der Gespräche aus den Kalenderblättern nicht ablesen lasse. Neben den Deutschen als quantitativ größter Besuchergruppe figurieren hier US-Amerikaner, Franzosen, Briten und Japaner besonders stark. Vom Sozialprofil her waren Adelige stark vertreten. Ein Besuch Mussolinis sei somit fester Bestandteil einer neuen ‚Grand Tour‘ europäischer und amerikanischer Eliten gewesen. Der Inszenierungscharakter der Audienzen erlaube somit einen Einblick in zentrale Mechanismen der faschistischen Diktatur, die überdies dem übergeordneten Ziel, den Faschismus zu universalisieren, zuarbeiteten, beförderten sie doch ein positiv konnotiertes Mussolinibild im Ausland. Nicht zu unterschätzen sei hingegen auch die Langzeitwirkung dieser Inszenierung des Faschismus. Sie fungierte als Grundlage für eine

<sup>2</sup> Siehe dazu auch den Aufsatz von dem Projektarbeiter Amadeo Osti Guerrazzi, der die Quellen erhob und ausgewertet hat. Amadeo Osti Guerrazzi, *Das System Mussolini. Die Regierungspraxis des Diktators 1922 bis 1943 im Spiegel seiner Audienzen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2 (2018), S. 201–232.

<sup>3</sup> Wolfgang Schieder, *Mythos Mussolini. Deutsche in Audienz beim Duce*. München 2013.

„weichgespülte“ (Klinkhammer) Faschismuserzählung, die nach 1945 einen festen Platz in der politischen Kultur Nachkriegsitaliens gefunden habe.

Die Sektion beschloss JANIS MIMURA (New York) mit einem Vortrag, der auf Mussolinis (Vorbild-)Rolle bei der Rezeption des italienischen Faschismus in Japan abhob. Direkt an Lutz Klinkhammers Ausführungen anschließend, betrachtete Mimura japanische Besuchergruppen bei Mussolini und rekurrierte dabei auch auf die von Wolfgang Schieder erarbeiteten Beobachtungen zur Audienzpraxis. Quasi idealtypisch fände sich oftmals eine klassische Abfolge: Nach der gewährten Audienz beim italienischen Diktator habe der entsprechende Besucher die in der Regel positiven Eindrücke zurück in sein Heimatland getragen und diese dann in Form eines Berichtes (Zeitungsartikel, Reisebericht etc.) mitgeteilt. Bei Matsuoka Yōsuke habe der Audienzbesuch gar dazu geführt, dass der japanische Diplomat danach sein Auftreten Mussolini nachempfand. Ein derartiges Gebaren konnte in Japan besonders nützlich sein, da Mussolini eine enorme Medienpräsenz zu Teil geworden sei. Den Höhepunkt dieses ‚Mussolinibooms‘ machte Mimura für das Ende der 1920er-Jahre aus, als eine Reihe von Biographien über den italienischen Faschisten erschienen und Theaterstücke sowie Kinderbücher Mussolini zum Gegenstand hatten. Zugleich klangen bei dem Vortrag inhaltliche Bezüge zu den ersten beiden Sektionsbeiträgen an. So wurde deutlich, dass es auch Momente der Vereinbarkeit zwischen japanischem und italienischem Faschismus geben bzw. eine Art japanisch-italienische Homogenisierung Ziel der Rezeption sein konnte. Vor diesem Hintergrund wurde Mussolini als vorbildlicher Führer präsentiert, dessen Faschismus kompatibel mit den japanischen Vorstellungen eines Familienstaates sei. Eine solche Sichtweise erlaube es, besonders stark auf die Jugend im Sinne einer geistigen Erneuerung zu fokussieren, sowie eher selten betrachtete Aspekte wie eine feminine Seite des Faschismus in den Vordergrund zu rücken und Mussolini selbst als loyalen, familienorientierten Menschen zu präsentieren. Den Nutzen einer solchen Zurschaustellung habe wohl auch Mussolini selbst erkannt, billigte er doch dieses Bild, indem er überraschenderweise eine Show der im November 1938 in Europa gastierenden Takarazuka Revue, einer populären weiblichen japanischen Musiktheatergruppe, aufsuchte

und sich so implizit als patriarchalische Figur inszenierte.

Die an die vier Sektionsbeiträge anschließende Diskussion konnte schließlich punktuell auf einige Teilaspekte der Vorträge eingehen. So überzeugten die Beiträge dahingehend, dass das Plenum sie als gelungene Beispiele interpretierte, wie die Universalisierung des Faschismus analytisch greifbar und auch beschreibbar gemacht werden könne. Gleichwohl – so ein grundlegender Einwand aus dem Plenum – gelte es immer zu bedenken, was nun eigentlich genau rezipiert, adaptiert oder transferiert wurde. War dies der (italienische) Faschismus oder nicht doch eher nur die Figur Mussolinis? Die zahlreichen Theaterstücke und Buchpublikationen zum Diktator scheinen hier für letztere Deutung zu sprechen, wenngleich eine solche Einschränkung auf eine faschistische Führungsfigur wiederum ganz neue Probleme evoziert. Demnach würde das japanische Beispiel in Ermangelung einer dezidiert faschistischen Führungsfigur schwerlich als faschistisch gelten können. Dieses Spannungsverhältnis deutete im Übrigen der Titel, mit dem die Sektion überschrieben war, bereits an, in dem er sowohl Mussolini als auch den Faschismus thematisierte. Auch gänzlich andere italienische Modelle, die im asiatischen Raum auf reges Interesse stießen, waren präsent: So war etwa für Indien das Risorgimento mit seiner dezidierten Nation Building-Perspektive von enormer Bedeutung. Gleichzeitig ließe sich fragen, wie es sich mit anderen Bewegungen/Führerpersönlichkeiten und deren Rezeption – zu denken wäre hier etwa an D’Annunzio in Fiume – verhielt.

Im Ergebnis konnte die Sektion belegen, wie viel historiografisches Neuland weiterhin besteht und wie gleichsam vorgeblich ausgetretene Pfade der Faschismusforschung noch lange nicht in ihrem vollen Erkenntnispotential ausgeschöpft sind. So können der Vergleich oder auch transfergeschichtliche Ansätze weiterhin äußerst ergiebig sein, sofern in einer konsequenten – und ebenbürtigen – Perspektive auch der asiatische Raum miteinbezogen wird. Für Japan lässt sich für die 1920er-Jahre ein Faschismusboom konstatieren, der sich in den 1930er-Jahren strukturell änderte und nun danach strebte, eine stärkere Sichtbarkeit des eigenen Faschismus herzustellen. Gleichzeitig fordert ein solcher Vergleich die Forschung auch heraus, sich mit der Rolle der Führungsfigur in faschistischen Systemen auseinanderzusetzen, da der Fall Japan

gänzlich anders gelagert ist<sup>4</sup>. Ein geographischer Fokus auf Asien stellt bei einer globalen Geschichte des Faschismus einen enormen Gewinn dar, der dominante Faschismusvorstellungen hinterfragt. Inwiefern hier von einer Rezeption bzw. einem Transfer oder nicht doch eher von Austausch, Aneignungen – und ganz neutral formuliert – einer Auseinandersetzung zu sprechen wäre, bliebe in Einzelstudien zu klären. Gleichwohl würden solche Studien vermutlich Argumente befördern, die bereits in Untersuchungen zum deutsch-italienischen Verhältnis herausgearbeitet worden sind<sup>5</sup>. So konnten sämtliche Sektionsbeiträge zeigen, dass die Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus immerzu selektiv war und die Jugend-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik als Thema favorisierte. Zugleich war diese Auseinandersetzung in den seltensten Fällen auf rein ideologische Prämissen zurückzuführen. Vielmehr gewann die Beschäftigung mit dem italienischen Beispiel gerade in dem Moment an Qualität, in dem es innenpolitisch nutzbar gemacht werden konnte. Eine konsequente Berücksichtigung und entsprechende Gewichtung asiatischer Beispiele birgt insofern ein großes Erkenntnispotenzial für die Faschismusforschung. Einer solchen Erweiterung kann mit Spannung entgegengesehen werden, aber auch mit einer gewissen Ehrfurcht angesichts der ihr innewohnenden Komplexität.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Lutz Klinkhammer (Rom / Mainz)

Maria Framke (Rostock): Vorbild oder imperialer Aggressor?: Indische Wahrnehmungen des faschistischen Italiens in der Zwischenkriegszeit

Daniel Hedinger (München): Globaler Faschismus. Eine japanisch-italienische Verflechtungsgeschichte der 1930er Jahre

Lutz Klinkhammer (Rom / Mainz): Inszenierung der Diktatur: Ausländische Besucher bei Mussolini

<sup>4</sup> Reto Hofmann, *The Fascist Effect: Japan and Italy, 1915-1952*. Ithaca 2015.

<sup>5</sup> Wolfgang Schieder, *Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift* 262 (1996), S. 73–125.

Janis Mimura (New York): *Marketing Italian Fascism: Mussolini and Wartime Japan*

Tagungsbericht *Mussolini transnational. Zur Auseinandersetzung mit dem italienischen Faschismus in Asien in der Zwischenkriegszeit*. 25.09.2018–28.09.2018, In: *H-Soz-u-Kult* 30.11.2018.

---

### „Man kennt sich“ - Verflechtungen und Verwerfungen zwischen Niederlande und Westfalen im 20. Jahrhundert

Von: Peter Römer, Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster

Überquert man heute die Staatsgrenze zwischen dem Westmünsterland und Enschede, verändert sich auf dem ersten Blick nichts – die Natur kennt keine Grenze, geographisch könnte man von einer Region sprechen. Und doch macht der Betrachter bei näherer Betrachtung winzige Unterschiede wie die Bauart der Siedlungen aus. Diese und ähnliche „weiche Grenzen“ zwischen den Niederlanden und Westfalen wurden im Zuge der Sektion „Man kennt sich“ zum Analyseobjekt. Die Grenze wird im Blickwinkel der gesamten Sektion weniger als Nationalgrenze gedacht und verstanden, sondern als Regionsgrenze zwischen Westfalen und den Niederlanden, die oftmals mühelos überquert wurde, aber dennoch eine *mental map* erzeugen kann. Viele andere Transfer- und Verflechtungsanalysen denken in der Regel in Staatsgrenzen, auf einer Makroebene. Vergessen wird dabei mitunter, dass Staatsbeziehungen und -verwerfungen gerade auf grenznaher, regionaler Ebene größere Wirkung nach sich ziehen als auf nationaler. Diese regionalen Verflechtungen und Verwerfungen auf der Mikroebene werden beim Fokussieren auf zwischenstaatliche Beziehungen jedoch oft vernachlässigt, was im Zuge dieser Sektion in allen Beiträgen ausdrücklich nicht der Fall sein sollte.

Begründungen für genau diesen Blick auf die beim Historikertags diskutierten „gespaltenen Gesellschaften“ gab es zahlreiche, wie MALTE THIEßEN (Münster/Oldenburg) als einer der beiden Sektionsleiter



in seiner Einführung klarstellte: Eine „Verflechtungsgeschichte mit Bodenhaftung“ sei eine Zielsetzung des Panels. Thießen stellte dar, dass transnationale Geschichte zunehmend auch als transregionale Geschichte gelesen werde. Transfers zwischen Staaten und Zivilisationen seien möglicherweise zu abstrakte Untersuchungsgegenstände, wie Hartmut Kaelble<sup>1</sup> bereits 2006 kritisierte – der Blick auf Regionen statt auf Nationen und Staaten helfe Thießen zufolge, Transfers und Verflechtungen einen räumlichen Bezug zu geben.

Räume im Sinne des Panels wurden dabei jedoch nicht nur als konkrete, sondern auch als imaginierte Orte verstanden, denn auch in „Erholungsräumen“ und „Bandenkriegen“ wurden Beziehungen zwischen Westfalen und Niederländern ausgehandelt. Thießen wies darauf hin, dass das Panel eine doppelte Verflechtungsgeschichte aufweise: Nicht nur seien die Leben der Niederländer und Westfalen miteinander verflochten, auch das Lokale, das Regionale und das Nationale stünden miteinander in einer – z.T. schwierigen – Beziehung. Die verschiedenen Zugänge der Sektion könnten eine Beziehungsgeschichtsschreibung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen anregen. Es gäbe also nicht nur eine Beziehungsgeschichte der Unternehmen, sondern auch einen Einfluss ökonomischer Verflechtungen auf andere historiographische Untersuchungsfelder, so Thießen.

An diese Rahmung konnte WERNER FREITAG (Münster) seine Studien zu niederländischen Arbeitern und Unternehmern im grenznahen Raum, namentlich im westmünsterländischen Gronau, andocken. Um 1900 sei die genannte Grenze vielfach offen gewesen, mit Auswirkungen auf die Stadt: Es gab eine grenzübergreifende Gewerbelandschaft, Zollfreiheit, eine dem niederländischen eng verwandte Mundart und Multikonfessionalität. Freitag stellte die untersuchte Stadt Gronau als imaginierte Gemeinschaft dar; die Fremdheit – in diesem Fall aus den Niederlanden – einebnen und kulturelle Grenzen abbauen könne. Geographisch liegt die Stadt an der Twente. Sie verfügte zudem über einen Bahnhof, was sie zu einem Akkumulationsraum der Textilindustrie machte, mit der größten Spinnerei Deutschlands um die Jahrhundertwende. An dieser ökonomischen Bedeutungssteigerung hätten Nieder-

länder entscheidenden Anteil gehabt – entweder als Unternehmer, die teils in Enschede, teils in Gronau lebten, als Arbeiter, die in der Regel aus den Nachbargemeinden nach Gronau pendelten, oder als Politiker und Gläubige, die die Stadtgesellschaft prägten und veränderten. Das mennonitische Bekenntnis der niederländischen Unternehmer habe das religiös-offene Klima der Stadt mit niederländischen Gottesdiensten geprägt. Sie brachten sich politisch, kulturell und gesellschaftlich ein. Und auch die grenznahen Orte auf niederländischer Seite hätten von Arbeitsmigration profitiert. Dank der wirtschaftlichen Prosperität Gronaus wuchsen Gemeinden wie Overdinkel und Glanerburg. Die Arbeitspendler hätten ihrerseits Einfluss auf das Stadtbild gehabt, was etwa anhand des vermehrten Aufkommens von Fahrrädern erfahrbar wurde. Die Stadt Gronau um und kurz nach 1900 sei ein Beispiel dafür, dass Städte offene soziale und ökonomische Gebilde sein können, die religiöse und kulturelle Differenzen überwandern und überwinden.

THOMAS KÖHLER (Münster) analysierte die größte historische Verwerfung zwischen Niederländern und Deutschen und somit auch Westfalen im 20. Jahrhundert – Die völkerrechtswidrige Okkupation der neutralen Niederlande von 1940 bis 1945, die weit über die Befreiung hinaus ein nationales Trauma blieb. Für den Alltag der Besatzung seien dabei nicht militärische Einheiten, sondern die oftmals aus dem Wehrkreis VI stammenden „grünen“ Ordnungspolizisten als „Stiefelträgerbasis der deutschen Besatzung“, so Köhler, prägend für die niederländische Okkupationserfahrung gewesen. Daher legte er auf diese Gruppe einen speziellen Fokus. Der Münsteraner Historiker machte dabei das Verhältnis zwischen deutscher und niederländischer Polizei als Seismograph für die Veränderungen des deutsch-niederländischen Verhältnisses während der Okkupationszeit insgesamt aus. Der Polizeigeschichtsforscher unterteilte die deutsche Besatzungspolitik mit dem Über-Unterordnungsverhältnis zwischen deutscher und niederländischer Polizei in vier Phasen. Die erste, bis Februar 1941 andauernde, Periode sei von der deutschen Idee eines Anschlusses der Niederlande an einem großgermanischen, rassistischen Kernraum im Zentrum Europas mit einer dieser Idee entsprechenden „freundlichen“ Besatzungspolitik geprägt gewesen. Auf niederländischer Seite habe zunächst Kooperationsverhalten im Vordergrund gestanden, das in der naiven Unterzeich-

<sup>1</sup> Hartmut Kaelble, Herausforderungen an die Transfergeschichte, in: *Comparativ* 16 (2006), Heft 3, S. 7–12.

nung von Ariererklärungen niederländischer Polizisten ihren Ausdruck an der „Basis“ gefunden habe. Diese hätten eine für viele überraschende Entlassungswelle jüdischer, niederländischer Kollegen zur Folge gehabt. Dieser Schockmoment für niederländische Polizisten sei über in die zweite Phase der Besatzung gegangen (bis Sommer 1943), die vor allem durch antijüdische Erfassungspolitik mit polizeilichen Razzien und jüdischen Widerstandsaktionen geprägt gewesen sei – und in den „Februarstreiks“ den deutschen Besatzern unterschätzte gesellschaftliche Risse zum NS-Herrschaftsapparat aufzeigte. Diese Streiks seien gewaltsam unterdrückt worden, mit teils von der Kollaborationspolitik abweichenden niederländischen Polizeiaktionen auf lokaler Ebene, die sich jedoch vor allem aufgrund einer zunehmend „nazifizierten“ Polizei mit linientreuen Leitern nicht flächendeckend ausbreiteten. Die dritte Besatzungsphase (bis Sommer 1944) habe jedoch eine der Besatzungspolitik in Osteuropa in ihrer Härte nahezu gleich gestellte Politik ausgemacht. Auf deutscher Seite sei man zunehmend zur Überzeugung gekommen, dass die niederländischen Verantwortlichen entgegen deutscher Interessen handelten, was in der steigenden Zahl an untergetauchten niederländischen Polizisten und Befehlsverweigerungen seinen Ausdruck gefunden habe. Mindestens 1,3 %, wahrscheinlich aber eher 5% der niederländischen Polizisten quitierten während der Besatzung den Dienst und tauchten teils unter, eine zunehmende Zahl habe Befehle nur noch widerwillig umgesetzt. Aus umworbenen „Freunden“ seien misstrauisch beäugte „Terrorismushelfer“ geworden, die der Unterstützung des niederländischen Widerstandes verdächtigt wurden. Köhler schilderte schließlich die vierte Besatzungsphase (bis Mai 1945) als Zeit engmaschigster Kontrollen, Ausgangsperren und Terror und eines zunehmend professionalisierten Widerstandes, welche die Brüche zwischen nach wie vor kollaborationsbereiten niederländischen Polizisten und jenen, die den Widerstand unterstützten verstärkt habe. Mit dem – aus NS-Perspektive – Verlust der niederländischen Polizei als „Freund“ sei die Besatzungspolitik härter und die Niederländer auch jenseits des jüdischen Bevölkerungsanteils sukzessive als zu bekämpfende und rücksichtslos auszubeutende Bevölkerung umdefiniert worden.

GUUS MEERSHOEK (Twente) rahmte den Vortrag Köhlers gewis-

sermaßen ein: Er stellte einerseits die polizeilichen Reformen in der Weimarer Republik als Vorbild für polizeiliche Entwicklung in den Niederlanden in den Nachkriegsjahrzehnten dar. Andererseits hob er die Kollaborationen niederländischer Polizisten mit deutschen Besatzern während des Zweiten Weltkriegs als Verwerfung zwischen demonstrierender Zivilgesellschaft und Polizei in den 1960er-Jahren hervor. Die dort zu hörenden Vorwürfe gegen niederländische Polizisten („Ihr seid SS-Männer“), aber auch öffentliche Debatten um die Hochzeit im niederländischen Königshaus mit deutscher Beteiligung 1966 habe die gesellschaftliche Polarisierung vorangetrieben. Die deutsche Polizei als Vergleichsfolie und Vorbild in allen Ambivalenzen habe die niederländische Polizeientwicklung in den Nachkriegsjahrzehnten nachhaltig geprägt, so seine Kernthese. So blieben persönliche Beziehungen zwischen einstigen Besatzern, die nun wieder im deutschen Polizeiapparat Führungspositionen erlangt hatten, bestehen. So unterhielt der Polizeichef Enschedes gute Beziehungen zur Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup. Andererseits habe es auch Polizeichefs wie den von Nijmegen gegeben, der jeden Kontakt nach Deutschland unter Hinweis auf die Kriegserfahrung verweigerte und eine Reform niederländischer Polizei nach englischem Vorbild vorantrieb. In den niederländischen Polizeireformen spielte dabei stets die professionelle Wertschätzung deutscher Polizeireformen in den 1920er-Jahren eine Rolle, wobei auch angelsächsische Einflüsse in den 1960er- und 1970er-Jahren virulent gewesen seien. Die Kollaborationen im Zweiten Weltkrieg blieben ein gesellschaftliches Tabuthema, das gelegentlich jedoch von kritischen Stimmen aufgebrochen wurde. Diese stünden in einem Spannungsverhältnis zu den weiter gepflegten persönlichen Bindungen zwischen niederländischen und deutschen Polizisten, gerade im grenznahen Raum.

Die in den vorherigen Beiträgen skizzierten Jahrzehnte der Verflechtungen, Transfers und Verwerfungen ergänzte MATTHIAS FRESE (Münster) um die Perspektive des Tourismus. Niederländische Touristen in Westfalen waren seit Ende des 19. Jahrhunderts „umkämpfte Besucher“, mit Erfolg bis heute. In Nordrhein-Westfalen machen Niederländer mit rund einem Viertel den mit Abstand größten Teil der ausländischen Gäste aus. Das „reisefreudige Volk“ wollte der Westfälische Verkehrsverband spätestens seit den 1920er-Jahren gezielt umwerben

und unternahm zunehmend professionalisierte Werbemaßnahmen für den Urlaub in Westfalen, beispielsweise im Teutoburger Wald. Deutlich wurde der Einfluss aus anderen in der Sektion angesprochenen Feldern auf die Tourismuswerbung im Folgenden: Wurde die Werbung in der NS-Zeit noch vor dem Zweiten Weltkrieg unverändert aufrecht erhalten, seien Frese zufolge ab 1938 leichte politische – aber keine antisemitischen – Botschaften mit in die Anzeigen eingeflossen ein, inklusive mit Reisewarnungen nach Deutschland auf niederländischer Seite. Der Zweite Weltkrieg und die Besatzung der Niederlande führten dann zu einem Werbeverbot. Wiederaufnahmen der Werbung für einen Urlaub in Westfalen seien erst 1955 wieder in Anzeigen festzustellen gewesen, Tourismus aus den Niederlanden in Westfalen setzte aber bereits Anfang der 1950er-Jahre wieder ein. Insgesamt können in den 1960er-Jahren rasant steigende Zahlen niederländischer Touristen in Westfalen festgestellt werden, wobei oft nicht die Region, sondern Themenurlaube im Vordergrund gestanden habe. Ab den 1970er- und 1980er-Jahren machte Frese einen grundlegenden Wandel aus. Es habe eine „Sättigung“ der Besuche in Westfalen und einen zunehmenden Trend zum „Zweiturlaub“ in dieser Region gegeben. Damit gingen sinkende Übernachtungszahlen Anfang der 1990er-Jahre einher, die sich seither langsam wieder erholten. Frese resümierte, dass Nordrhein-Westfalen möglicherweise inzwischen als eine gemeinsame Region mit den Niederlanden gesehen werde – und somit als Sehnsuchts-Urlaubsort außen vor sei, lediglich also attraktiv für den Besuch von Events und Tagesreisen. Am Beispiel des Urlaubsverhaltens der Niederländer würden sich also durch die zunehmende transregionale- und nationale Mobilität Verschiebungen in den „mental maps“ von Urlaubenden zeigen.

FRISO WIELENGA (Münster) kommentierte die Beiträge und lieferte Diskussionsimpulse. Er stellte klar, dass sich in seinen Augen der spezifische Blick auf die transnationale Geschichte als transregionale Geschichte gelohnt habe. Werner Freitags Beitrag habe auf faszinierende Art gezeigt, dass die Grenze zwischen Gronau und Enschede bereits vor über 100 Jahren kaum da zu sein schien. Wielenga fragte jedoch danach, inwiefern man sich im Grenzgebiet dennoch als „anders“ wahrnahm. Die Kollaborationen und Verwerfungen im Zweiten Weltkrieg am Beispiel der Polizei als Mikrogeschichte in Thomas Köhlers Vortrag

ordnete er als Beispiel für Grauzonen ein. Auch ohne Überzeugung hätten sich viele niederländische Polizisten den deutschen Besatzern angepasst, „um schlimmeres zu verhindern“ – andererseits mahnte er an, die Unterstützung niederländischer Polizisten am Widerstand nicht zu überschätzen und in die breitere Widerstandsgeschichte einzuordnen. Grundsätzlich stellte Wielenga heraus, dass die Grenzgebiete nach 1945 – zum Beispiel auch in der Polizei – schneller in der Wiederaufnahme von Kontakten gewesen seien, aber es hier auch heftigere Nachbeben gegeben habe. Grundsätzlich sind in der Erinnerungskultur der westlichen Niederlande stärkere Verwerfungen gegenüber dem westlichen Nachbarn bis heute ebenso sichtbar wie ein höheres und schnelleres Maß an Normalisierung und Verständlichkeit im Umgang mit dem Nachbarn als im Rest des Landes, so Wielenga.

In der anschließenden Diskussion wurde kritisiert, dass der Fokus auf Niederländer und Westfalen nur bedingt vorgenommen worden sei, da es in zumindest zwei Beiträgen eigentlich um Niederländer und Deutsche ging, die nur zufällig oft auch Westfalen gewesen sind. Andererseits aber wurde deutlich, dass das niederländische Deutschland-Bild wesentlich von Nordrhein-Westfalen bestimmt wird. Der analytische Blick der Sektion auf (trans-)regionale Verflechtungen und Verwerfungen mit „Bodenhaftung“ scheint also gewinnbringend für weitere Forschungen zu sein, um bisherige Blindstellen der Geschichtswissenschaft sichtbar zu machen.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Malte Thießen (Münster/Oldenburg)

Werner Freitag (Institut für vergl. Städtegeschichte/Universität Münster): Möglichkeiten und Grenzen kleinstädtischer Soziabilität: Niederländische Unternehmer und Arbeiter auf der westmünsterländischen Seite der Baumwollstraße um 1900

Thomas Köhler (Münster): Von der „großgermanischen“ Option zum „Bandengebiet“: Die deutsche Ordnungspolizei in den okkupierten Niederlanden 1940-1944

Guus Meershoek (Twente): The impact of the remembrance of the oc-

cupation on the readiness of the Dutch police to cooperate with the German police after the War

Matthias Frese (Münster): Umkämpfte Besucher. Niederländische Touristen in Westfalen seit den 1920er Jahren

Friso Wielenga (Münster): Diskussionsimpuls

Tagungsbericht „Man kennt sich“ - Verflechtungen und Verwerfungen zwischen Niederlande und Westfalen im 20. Jahrhundert. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 07.12.2018.

### **Integrative Spaltungen? Zur Ambivalenz des „Nationalen“ in Unternehmen**

**Von:** Manuela Rienks, Institut für Zeitgeschichte München

Nicht nur einmal waren auf dem Historikertag 2018 Forderungen nach stärkerer disziplinübergreifender Zusammenarbeit zu hören, so auch nach einer Kooperation zwischen Wirtschafts- bzw. Unternehmensgeschichte und transnationaler Geschichte.<sup>1</sup> Wie fruchtbar eine solche sein kann, zeigten die Beiträge der hier besprochenen Sektion. Anschaulich setzten sie das Plädoyer für eine Loslösung von starren nationalen Grenzen um, ohne nationalspezifische Eigenheiten und Entwicklungen zu vernachlässigen.

Die Einführung in die Sektion übernahm CHRISTIAN MARX (Trier/München). Er verdeutlichte anhand einiger Beispiele und Leitfragen die Vielschichtigkeit des Themas. So würden Ford oder Opel in Deutschland eher als deutsche Unternehmen angesehen, IBM Deutschland dagegen eher als amerikanisches Unternehmen. Auch könnten

<sup>1</sup> Vgl. den Vortrag von Ines Prodöhl (Bergen), „Fragen an eine globale Wirtschaftsgeschichte“, in der Sektion Globalgeschichte: Eine Standortbestimmung, am 26.09.2018, 9-12 Uhr. Tagungsbericht: Globalgeschichte – eine Standortbestimmung, 25.09.2018 – 28.09.2018 Münster, in: H-Soz-Kult, 03.11.2018, <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7913](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7913)>.

einzelne Unternehmen bestimmte nationale Produktions- bzw. Konsummuster (Ikea, McDonalds, Dior, Toyota) verkörpern. Demnach müssen, so Marx, Fragen nach Wahrnehmungen und Zuschreibungen bei der Untersuchung des „Nationalen“ in Unternehmen eine Rolle spielen. Außerdem würde in Zeiten des „Brexit“ und nationalistisch motivierter Handelsbeschränkungen allmählich klar, dass allein durch die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung nationale Interessen nicht zwangsläufig an Bedeutung verlieren. Grenzübergreifendes Handeln von Unternehmen könne zwar einerseits nationales Denken überwinden, aber andererseits Unternehmen auch anhand nationaler Konfliktlinien spalten. Somit sollten Fragen nach Internationalisierungsbestrebungen und der Wirksamkeit von Nation mit in die Analyse einfließen. Zuletzt führte Marx aus, dass Unternehmen ihre Nationalität(en) strategisch einsetzen können. Marx gelang es, einen gemeinsamen Rahmen für die nachfolgenden Vorträge zu setzen und deutlich zu machen, dass die Frage nach dem „Nationalen“ in Unternehmen nicht „künstlich“ gestellt wurde, sondern sich genuin aus dem Forschungsgegenstand ergebe.

KORINNA SCHÖNHÄRL (Frankfurt am Main) folgte sodann mit ihrem Beitrag über den Bau des Kanals von Korinth. Dieser Bau sei, wie auch andere Kanalbauten Ende des 19. Jahrhunderts, ein internationales maritimes Großprojekt gewesen. Der federführende Erbauer und „Promoter“ des Projekts war der Ungar István Türr, der allerdings eng mit Frankreich verbunden war. Die französische Regierung stand dem Projekt wohlwollend gegenüber, erhoffte sie sich doch, den französischen Einfluss in der Region stärken zu können. Finanziert wurde der Bau durch eine Aktiengesellschaft. Anteilseigner stammten vor allem aus Frankreich, aber auch aus anderen europäischen Ländern und zu einem Drittel aus Griechenland. Die Unternehmer und die an der Finanzierung beteiligten Bankiers zielten jedoch vor allem auf französische Unterstützung ab. Dies demonstrierte Schönhärl anhand der Werbestrategien für die Aktien: Sie haben für das republikanische Frankreich wichtige Bezüge zur Antike hergestellt und an den Stolz und das Sendungsbewusstsein der Franzosen appelliert. Die finanziellen und bauplanerischen Risiken des Großprojekts verblassten in der nationalen Euphorie der französischen Öffentlichkeit. Diese wurde aber bald von

der Realität eingeholt – der Bau verzögerte sich und das Prestigeprojekt scheiterte schließlich. Einer griechischen Gesellschaft gelang letztendlich die Fertigstellung des Kanals. Korinna Schönhärl präsentierte ein durch und durch europäisches Projekt, das aber in jeder Bauphase stark von national(-französischen) Interessen geprägt war.

Ebenfalls im europäischen Rahmen, allerdings ein paar Jahrzehnte später, bewegte sich das multinationale Unternehmen, mit dem sich BORIS GEHLEN (Bonn/München) beschäftigte. Er zeigte anhand von fünf Beispielen, wie die Thyssen-Bornemisza-Gruppe (TBG) ihre Nationalität(en) zu verschiedenen Zeiten als strategische Ressource einsetzte. Bisweilen sei das Unternehmen dabei aktiv steuernd vorgegangen, dann wieder habe es bloß auf die äußere Wahrnehmung und den gesellschaftlichen Diskurs reagiert. So habe sich die TBG in den 1930er-Jahren an einer „Niederlandisierungsstrategie“ versucht, nachdem die niederländische Zentralbank das maßgebliche niederländische Unternehmen der TBG, die Bank voor Handel en Scheepvaart (BHS), als „zu Deutsch“ wahrgenommen wurde. Allerdings hatte die Strategie nur begrenzten Erfolg. In einer Zeit in der nationalistische Maßstäbe die Wirtschaftspolitik bestimmten, begrenzte die Zentralbank jedoch die Kreditvergabe der BHS und verhinderte aktiv die Übernahme einer großen niederländischen Geschäftsbank durch die BHS. Ein weiteres Beispiel war die Strategie der TBG, die Produktionsunternehmen auf westdeutschem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg als niederländische Gesellschaften neu zu kodieren. So konnten sie Demontagen entgehen, schnell Betriebserlaubnisse einholen und sich ökonomische Startvorteile sichern. Die Ambivalenz des Nationalen zeigte sich besonders deutlich bei der Restitution von beschlagnahmten Vermögen. Während die britische Rechtsprechung die TBG als niederländische Gruppe wahrnahm (und Vermögen restituierte), war für die USA die Nationalität des Eigners, des Ungarn Heinrich Thyssen-Bornemisza, maßgeblich. Das Vermögen blieb beschlagnahmt. Gehlen zeigte, dass das „Nationale“ eines Unternehmens von verschiedenen Faktoren abhängen konnte: von der Nationalität der Eigentümer, der Manager, der Kunden, von öffentlicher Wahrnehmung oder politischer Zuschreibung. Die Nationalität war kein rein juristisches, sondern ein diskursives Phänomen, mit dem Unternehmen auch, mal mehr, mal weniger erfolgreich, strategisch umgehen konnten.

Das einzige „Unternehmen“ des Panels, das sich relativ klar einer einzigen Nationalität, nämlich der (west-)deutschen, zuordnen ließ, stellte JULIANE CZIERPKA (Bochum) vor. Sie beschrieb verschiedene Phasen des Ruhrbergbaus innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Sie verdeutlichte, dass die Einbindung in internationale Zusammenhänge in diesem Fall gerade *nicht* zu einer europäischen Identität führte, sondern sich die Besinnung auf die eigene Nationalität im Gegenteil noch verstärkte. Dies zeigte Czierpka anhand der Debatten um die Frage des gemeinschaftlichen Kohleverkaufs zwischen der Hohen Behörde, dem Exekutivorgan der EGKS, dem die Kontrolle über die Kohle- und Stahlindustrie der sechs Mitgliedsstaaten oblag, und den Bergbauunternehmen der Ruhr. Der gemeinschaftliche Verkauf hatte im Ruhrgebiet eine lange (Kartell-)Tradition. Die Bergbauunternehmen der Ruhr verteidigten ihn lange gegen den Eingriff der Hohen Behörde. Sie umgingen die Vorgaben der Hohen Behörden ein ums andere Mal, ohne dabei Konsequenzen zu fürchten. Denn sowohl Arbeitgeberverbände als auch die Gewerkschaften instrumentalisierten die hohe Bedeutung der Montanindustrie für die Bundesrepublik und stilisierten ihr Anliegen zu einem Phänomen von nationalem Interesse. So konnten sie auf den Schutz der Bundesregierung zählen. Obwohl hier also formal europäische Interessen integriert waren, standen in einer krisenhaften Situation die nationalen Interessen voran.

Auch im Vortrag von Christian Marx kristallisierte sich schnell heraus, dass Nationalität keine leicht zu bestimmende Kategorie war. Er untersuchte den deutsch-niederländischen Akzo-Konzern von den 1920er-Jahren bis in die 1970er-Jahre und stellte zunächst einige theoretische Überlegungen in den Vordergrund. Sie dienten dazu, bei der Untersuchung stärker zwischen den Nationalitäten des Eigentums, im Falle von Akzo der Aktionäre, und denen des Managements innerhalb eines Unternehmens zu unterscheiden. Aus unternehmensgeschichtlicher Perspektive seien Eigentum und Kontrolle wichtige Untersuchungskriterien, wonach multinationale Unternehmen differenzierter behandelt werden können. Anschließend zeigte er anhand der Verschiebungen der Anteilseigner und der Managementstrukturen verschiedene Phasen des Akzo-Konzerns auf. Hierbei wurde klar, dass Nationalität als Entscheidungsgrundlage vor allem während der Kriegszeit und in

wirtschaftspolitisch national aufgeladenen Zeiten eine Rolle gespielt habe. Ausschlaggebend waren neben der Organisationsstruktur des Unternehmens auch der Ort von Entscheidungsfindungen und die Nationalität einzelner Akteure. Spaltungen bei Akzo verliefen weniger an der Spannungslinie Eigentum vs. Kontrolle, sondern besonders entlang nationaler Grenzen. Mit den um sich greifenden Internationalisierungsprozessen ab den 1970er-Jahren verloren nationale Zuschreibungen zunehmend ihre handlungsleitende Wirkung. Dennoch blieben nationale Institutionen, wie das Ausbildungswesen oder die Mitbestimmungsgesetzgebung in der Bundesrepublik, von Bedeutung.

Ein weiteres multinationales Projekt bildete den Abschluss der Sektion. Im Titel seines Vortrags warf RALF AHRENS (Potsdam) die Frage auf, ob Airbus als transnationales Unternehmen angesehen werden kann. Um diese zu beantworten, betrachtete er die formative Phase von Airbus von circa 1960 bis zum Ende der 1980er-Jahre. Den Bau eines gemeinsamen europäischen Verkehrsflugzeugs, was als Ziel von Airbus ausgegeben wurde, verfolgten anfangs die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien, wobei letzteres bald seine Beteiligung aufgab. Das veranschlagte Ziel war einerseits eine „europäische Kooperation“, um der „amerikanischen Herausforderung“ zu begegnen, andererseits, und wichtiger noch, so argumentierte Ahrens, habe das Projekt mit seinen verschiedenen Produktionsstandorten der Rettung nationaler Industrien gedient. Die Industriestandorte, die je nach Produkt (etwa Schrauben vs. Motoren) weniger oder mehr vom Airbus-Projekt profitierten, wurden politisch ausgehandelt, nicht etwa ausgeschrieben. Klar trennte man auch zwischen national zu tragenden Kosten und international gemeinsam erwirtschafteten Erträgen, was in der Vergangenheit stets kritisiert wurde. Bis heute sei Airbus, so Ahrens, ein stark subventioniertes und in erster Linie politisches Projekt. Es handele sich demnach nicht um ein multinationales Unternehmen, sondern um eine transnationale Kooperation zur Unterstützung der nationalen Industriepolitiken. Außen- und europapolitische Interessen verblieben eher im Hintergrund, während ökonomische und politische Rationalitäten im Vordergrund stünden. Trotz allem habe die enge ökonomische Verflechtung auf lange Sicht die Überwindung nationaler Grenzen gefördert, so Ahrens abschließend.

Im Kommentar gelang es INGO KÖHLER (Göttingen) übergreifende Linien, Perspektiven und Fluchtpunkte der vorgestellten Projekte herauszuarbeiten. Zum einen greife die von der Unternehmensgeschichte oftmals postulierte Annahme, *Multinationals* überwinden Grenzen, zu kurz, sobald man sich stärker auf die Innenansicht dieser *Multinationals* konzentriere. So führte offenbar eine stärkere Integration der Weltmärkte seit dem 19. Jahrhundert vielfach eben nicht zur Überwindung von Nationalität, besonders dann nicht, wenn nationalistische Denkmodelle für Partikularinteressen instrumentalisiert wurden, sondern rufe gerade Spaltungen innerhalb der Unternehmen hervor. Zum anderen könne ein stärkerer Fokus auf die Rolle der Unternehmen selbst bei der Verhandlung ihrer Nationalität den Blick für bestimmte, übergreifende Strukturen schärfen: waren sie aktiv Handelnde oder passive Reagierende, nutzten sie Nationalität als strategische Ressourcen oder wirkte sie sich als Hemmnis der ökonomischen Entwicklung aus? Bei allen Vorträgen, so Köhlers Resümee, spielte schließlich auch das Verhältnis zum europäischen Bezugsrahmen eine wichtige Rolle. Der Blick von oder nach Europa konnte in Bezug auf Nationalität bewirken, dass Europa sowohl als ökonomischer und politischer Handlungsraum als auch als ideeller Identifikations- und Orientierungsraum diene.

Eine angeregte Publikumsdiskussion bestätigte die Bedeutung der Projekte und zeigte zahlreiche Anknüpfungspunkte zwischen unternehmens-, global- und zeithistorischen Fragestellungen auf. Zwei Kommentare plädierten dafür, dass zur stärkeren Differenzierung auch kleine und mittlere Unternehmen sowie Unternehmen aus anderen Branchen, wie der Textilbranche oder dem Handel, in die Analyse miteinbezogen werden sollten.<sup>2</sup> Stärker gemacht werden könnte auch der Aspekt der Unternehmenskultur, indem vermehrt auf Hierarchien, Machtverhältnisse, Arbeits- und Sozialordnungen, und die Belegschaften der Unternehmen eingegangen wird. So bleibt zu wünschen, dass in einer Zeit, in der nationale Maßstäbe wieder stärker in den Vorder-

<sup>2</sup> Vgl. C&A als international agierendes Familienunternehmen aus dem Handel; Mark Spoerer gibt in seiner Einleitung einen knappen Hinweis auf den noch Anfang des 20. Jahrhunderts stark variierenden, pragmatischen Umgang des Unternehmens mit seiner Nationalität, ders., C&A. Ein Familienunternehmen in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien. 1911-1961, München 2016, hier S. 20.

grund der Wirtschaftspolitiken zu rücken scheinen, die Forschung zum Zusammenhang von Unternehmen und „(Trans-)Nationalem“ noch weiterführende Erklärungen liefert.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Christian Marx (Trier / München), Boris Gehlen (Bonn / München)

Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Die Konstruktion des Kanals von Korinth. Ein französisches Prestigeprojekt an der europäischen Peripherie (1881-1893)

Boris Gehlen (Bonn / München): Nationalität(en) als strategische Ressource: Der Thyssen-Bornemisza-Verbund in den 1940er- und 1950er-Jahren

Juliane Czierpka (Bochum): Europäisch oder Deutsch? Die Bergbauunternehmen der Ruhr als Teil der EGKS in den 1950er- und 1960er-Jahren

Christian Marx (Trier / München): Eigentum und Kontrolle in multinationalen Unternehmen. Der deutsch-niederländische Akzo-Konzern von den 1940er- bis in die 1990er-Jahre

Ralf Ahrens (Potsdam): Ein transnationales Unternehmen? Airbus und die Industriepolitik seit den 1960er Jahren

Ingo Köhler (Göttingen): Kommentar

Tagungsbericht *Integrative Spaltungen? Zur Ambivalenz des „Nationalen“ in Unternehmen*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

### Grenzenlos? Zugänge zur Globalgeschichte des 19./20. Jahrhunderts

Von: Janine Funke, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Die Sektion „Grenzenlos? Zugänge zur Globalgeschichte des 19./20. Jahrhunderts“ nahm anhand unterschiedlicher Ansätze und Ergebnisse

einen Einblick in die „Breite und Strahlkraft der globalhistorischen Forschung“, so DOMINIC SACHSENMAIER (Göttingen) in seinem Eingangskommentar. Es seien nicht mehr nur Postulate und theoretische Debatten, welche die Globalgeschichte prägen, sondern auch konkrete Anwendungsbeispiele. Darüber hinaus setzte sich die Sektion kritisch mit einer notwendigen Öffnung der deutschen Zeitgeschichtsforschung für globalhistorische Fragestellungen auseinander.

SEBASTIAN CONRAD (Berlin) leitete die Sektion mit einem ersten inhaltlichen Vortrag ein, indem er zwei Akteure der Globalgeschichte in das Zentrum seiner Auseinandersetzung um eine „Intellectual History als Globalgeschichte“ rückte: Itō Chūta (1867–1954), japanischer Architekt und Rajendralal Mitra (1822–1891), indischer Wissenschaftler. Ein zentrales Anliegen von Chūta sei der Nachweis des griechischen Einflusses auf die japanische Architektur gewesen. Den entsprechenden Wissenstransfer versuchte Chūta durch Forschungsreisen über China, Indien bis in das Osmanische Reich zu erbringen. Mitra hingegen setzte sich mit einer Geschichte der indischen Architektur auseinander und investierte sein wissenschaftliches Leben darin, den griechischen Einfluss auf Asien zu wiederlegen. Was Mitra und Chūta einte, sei die Ambition, eine eurozentrische Geschichtsschreibung zu revidieren. Nun stelle sich allerdings die Frage, weshalb beide Akteure die griechische Architektur als Referenzpunkt nahmen. Um der Antwort dieser Frage näher zu kommen und beide Akteure im Sinne einer Global Intellectual History zu betrachten, sei es nötig den Griechenlanddiskurs in den jeweiligen Kontext zu setzen und den Erfahrungsraum beider Akteure im Zusammenspiel mit übergeordneten Fragen, die zum Untersuchungszeitpunkt eine Rolle spielten (wie beispielweise Fragen um die britische Kolonialherrschaft in Indien), zu untersuchen. Conrad resümierte, Ziel einer Global Intellectual History sei die Untersuchung globaler Faktoren, anhand derer sich Vorstellungen, Konzepte und Begriffe in verschiedenen Teilen der Welt herausbildeten. Eine Analyse solle nicht im Transfer einen Ausgangspunkt suchen, sondern den Transfer vielmehr als Resultat für übergeordnete Prozesse fassen. Zentraler Referenzpunkt seien dann „die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen unter denen bestimmte Ideen plötzlich Resonanz hatten“, lokal und globalhistorisch. Die abschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, in

wie weit der Griechenlanddiskurs im indischen Kontext marginalisiert werden könne. Conrad betonte, es sei zentral, die Bedeutung des Griechenlandkurses mit dem Erfahrungsraum der Akteure in Verbindung zu setzen.

FRANK BÖSCH (Potsdam) präsentierte anschließend die Ergebnisse langjähriger Forschung zur Geschichte von Ereignissen globaler Reichweite, welche in der im Januar 2019 erscheinenden Monografie „Zeitenwende 1979“<sup>1</sup> veröffentlicht werden. In seinen Darlegungen verbindet Bösch die Zusammenführung jener globalen Ereignisse mit der Frage nach einer möglichen globalhistorischen Erweiterung der deutschen Zeitgeschichte. Die Untersuchung von Ereignissen mit „grenzübergreifender Reichweite“ biete, so führte Bösch zu Beginn aus, sowohl die Möglichkeit spezifisch-regionale Entwicklungen in außer-europäischen Regionen zu beleuchten, als auch zu hinterfragen, wie globale Interaktionen in einem Möglichkeitsraum zwischen konkurrierenden Deutungen überhaupt entstehen und in welcher Weise Ängste und Hoffnungen Handlungen in Bewegung setzen. Ereignisse seien demnach „komplexe Handlungssequenzen“, die öffentliche und emotionale Anteilnahmen auslösen sowie eine „kommunikative Verdichtung“, die mit längeren strukturellen Entwicklungen verbunden sei. So behandelt „Zeitenwende 1979“ etwa die Iranische Revolution, die Öffnung Chinas, den Regierungsantritt Margaret Thatchers und die US-amerikanische Fernsehserie „Holocaust-Die Geschichte der Familie Weiss“. Eine zentrale Beobachtung sei, so Bösch, das Aufkommen einer globalen, grenzüberschreitenden, kritischen Öffentlichkeit in den 1970er-Jahren sowie das Entstehen einer „multipolaren Welt“. Es zeige sich im Kontext der Ereignisse die Schaffung von Konstellationen, die jenseits des sogenannten zweiten Kalten Krieges stünden. Warum sollte sich die deutsche Zeitgeschichte mit globalen Ereignissen beschäftigen? Ein globaler Blick kann die bisherigen Narrative und Deutungen der Zeitgeschichte zumindest ergänzen, und muss sich nicht „in einer positivistischen Ereigniskonstruktion erschöpfen“. Gerade Deutschland sei ökonomisch, politisch und kulturell spätestens seit den 1970er-Jahren besonders eng mit weiten Teilen der Welt verflochten, weshalb sich

eine Erweiterung auf globalhistorische Fragen anbiete. In der Diskussion kam die Frage auf, unter welchen Bedingungen sich die deutsche Zeitgeschichte um einen globalhistorischen Kontext erweitern müsse. Bösch entgegnete, es gehe weniger um eine Erweiterung als vielmehr um das Grundverständnis des Faches. Gerade mit Blick auf die 1970er- und 1980er-Jahre sei es kaum möglich, ohne einen transnationalen Blick Geschichtsschreibung zu betreiben. Weiterhin stand die Frage im Raum, was das Spezifische an den Ereignissen im Jahr 1979 sei. Dies sei, so Bösch, mit einer gewissen Kontingenz verbunden. Zentral sei vielmehr die Wahl des Zugangs, obgleich sich bei der Auswahl anderer Ereignisse ähnliche Fragen gestellt hätten.

Mit einem Beitrag zu „Globaler Kommunikation“ lud VALESKA HUBER (Berlin) dazu ein, einen Richtungswechsel vorzunehmen und unter dem Stichwort Kommunikation nicht zwangsläufig eine Vernetzungsgeschichte oder eine Geschichte der globalen Infrastruktur zu schreiben, sondern unter Kommunikationsgeschichte vielmehr die Erreichbarkeit und den Zugang zu Kommunikation zu verstehen. Laut Huber thematisierten gerade Arbeiten zur Beschäftigung mit den technischen Infrastrukturen der Vernetzung weniger die politische Rolle von Vernetzung, die Adressaten oder die Schaffung einer neuen globalen Öffentlichkeit. Ein Richtungswechsel gehe auch mit einer Verschiebung der Betrachtungsweise von (mitteleuropäischen) Eliten auf breitere Bevölkerungsgruppen einher, welcher längst überfällig sei. Ähnlich wie Conrad wählte auch Huber einen Akteur als Ausgangspunkt der Analyse, die einen solchen Richtungswechsel vornehmen will: den US-Amerikaner Frank C. Laubach (1884–1979). Laubach engagierte sich mit seinem eigens in den 1930er-Jahren entwickelten Programm „Each One Teach One“ für Massenalphabetisierung und damit für die Integration einer breiten Masse in globale Kommunikationsprozesse. Um seine Methode zu verbreiten, ging er von den Philippinen ausgehend auf „Alphabetisierungssafaries“ in über 103 Länder und ließ seine Alphabetisierungsmaterialien in 312 Sprachen übersetzen. Der unter Zeitgenossen als „The Apostle of to the Illiterates“ bezeichnete Laubach soll über 60 Millionen Menschen Lesen und Schreiben beigebracht haben. Bezugnehmend auf den erwähnten Richtungswechsel stellte Huber anhand von Fallbeispielen in Indien, dem Nahen Osten und Kuba vor, wie sich

<sup>1</sup> Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019.



die Alphabetisierungsmethode lokal von Laubach emanzipierte und Anwendung fand. Es sei Zeit für eine „noch konsequentere Verschiebung von Räumen zu Akteuren (...) von Infrastruktur zu den Inhalten und (...) von den Experten“, wie etwa Laubach, hin zu den Rezipienten. Alphabetisierungskampagnen seien dabei nur eine Möglichkeit um den Blick der Globalgeschichte zu erweitern, denkbar seien auch Studien beispielsweise zu Gesundheitskampagnen, oder Frauenbewegungen.

HARALD FISCHER-TINÉ (Zürich) stellte den letzten Beitrag der Sektion unter den Titel „Globale Mikrogeschichten. Area Studies meets Global History“. Fischer-Tené plädierte dafür, mit dem Ansatz einer Global Microhistory der Kritik zu begegnen, der Globalgeschichtsforschung fehle der „Lebenssaft des historischen Narratives“. Fischer-Tené arbeitet demnach, ähnlich wie auch schon in vorherigen Vorträgen skizziert, mit einem akteurszentrierten Ansatz, welcher sich auf einen überschaubaren, regionalen, nicht-westlichen Raum bezieht. Mit Blick auf Ansätze, die von Globalhistorikern wie Goplan Balachandran entwickelt wurden, sei eine „inclusion of perspectives from marginal locations“ notwendig. Damit wäre es möglich, einen Einblick in den Handlungsraum von Akteuren zu bekommen, die in einer Makro-zentrierten Globalgeschichte keine Beachtung fänden, ohne den Blick für translokale, nationale und globale Bezüge zu verlieren. Weiterhin werde der Globalgeschichtsschreibung, so Fischer-Tené, regelmäßig eine „Fetischisierung von flows, connections, exchanges and dialogs“ sowie ein teleologischer Ansatz vorgeworfen, welcher den Blick für Konflikte und Machtsymmetrien behinderte. Eine „Global Microhistory“ begegne diesen Vorwürfen, in dem eine „Sensibilität für neue Maßstäbe und neue Räume“ ermöglicht werde. Den Zugang zu dieser neu-ausgerichteten Lokalgeschichte verdeutlichte Fischer-Tené anhand von Forschungen zu Young Men's Christian Association (YMCA) und deren lokale Aktivitäten. Es sei nicht das Ziel, eine Organisationsgeschichte zu schreiben, sondern vielmehr die „lokale Geschichte einer internationalen Organisation“. Mit der Beschreibung eines Dorferweiterungsprojektes von YMCA in Südindien sei es beispielsweise möglich, den Modernisierungsprozess in einer Region besser zu verstehen und eine Verschiebung von Akteursgruppen, ähnlich wie im Ansatz von Huber, vorzunehmen. So verfolgt Fischer-Tené die Arbeit des US-Amerikaners Duane Spencer Hatch (1888–1963),

der von seinen Zeitgenossen als „vorbildliche(r) Entwicklungshelfer“ inszeniert wurde. Anhand des Akteurs Hatch zeige sich, dass eine Fokussierung auf nationalistische und kolonialstaatliche Akteure zu kurz greife. Zentral sei ebenso eine Fokussierung auf die indigene Handlungsmacht anhand derer sich zeige, wie Wissen „sich im Feld entwickelt“ und verschiedene Akteursgruppen den Wissens- und Entwicklungsprozess prägten. Die anschließende Diskussion des Beitrages konzentrierte sich auf die Frage, inwieweit es notwendig wäre mit einer „Global Microhistory“ einen multiperspektivischen Ansatz einzunehmen und die lokale Perspektive in den Vordergrund zu rücken.

Auf das gesamte Panel bezogen wurde das Fehlen einer regionalen Perspektive auf Afrika und Osteuropa kritisiert, genauso wie ein fehlender Fokus auf Naturwissenschaften und Technik als „Objekt der Begierde“ sowie auf einen „ungleichen Zugang zu Technik“. Weiterhin wurde der Titel der Sektion kritisiert. „Grenzen“ seien nicht das Thema des Panels gewesen, weder als real existierende Grenzen, die Zirkulation verhindern, noch als fachbezogene Grenzen. Es sei der Eindruck entstanden, Globalhistoriker seien „universale Multifunktionshistoriker“, die beliebig zwischen den Epochen und Regionen wechseln könnten. Conrad bestätigte, dass es Regionen gebe, die in der Globalgeschichte weniger Beachtung fänden. Im Gegensatz zur Annahme, Globalhistoriker seien „Multifunktionshistoriker“ plädierte die Sektion jedoch vielmehr für eine stärkere regionale Fokussierung. Huber ergänzte, Grenzen seien nicht nur räumlich zu denken. Bezogen auf das Alphabetisierungsbeispiel gebe es beispielsweise auch Grenzen der Alphabetisierung oder Grenzen der Erreichbarkeit, welche von den Akteuren selbst wahrgenommen und kommuniziert werden würden.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Frank Bösch (Potsdam) / Sebastian Conrad (Berlin)

Dominic Sachsenmaier (Göttingen): Moderation

Sebastian Conrad (Berlin): Intellectual History als globale Geschichte

Frank Bösch (Potsdam): Globale Ereignisse

Valeska Huber (Berlin): Globale Kommunikation

Harald Fischer-Tiné (Zürich): Globale Mikrogeschichten

Tagungsbericht *Grenzenlos? Zugänge zur Globalgeschichte des 19./20. Jahrhunderts*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

### Fleisch (nicht) essen / (Not) Eating Meat

**Von:** Christian Möller, Institut für Geschichtswissenschaft, Heinrich-Heine Universität Düsseldorf

Tiergeschichte erfährt im deutschsprachigen Raum seit einigen Jahren einen Boom und erhält dabei – ähnlich wie Studien zur Geschichte des Essens von der angloamerikanischen Food History – wichtige Impulse von den Human-Animal-Studies (HAS).<sup>1</sup> Doch während die Essensgeschichte in Deutschland ein Nischendasein führt, aber immerhin auf eine lange Tradition und ein etabliertes Methodenrepertoire verweisen kann<sup>2</sup>, steckt die Tiergeschichte noch in den Kinderschuhen. Zu groß erscheint der Widerspruch zwischen dem oft ethisch begründeten Anspruch, Tiere als handelnde Subjekte in der Geschichte sichtbar zu machen, und den Grenzen, die diesem Anliegen schon durch das vorhandene Quellenmaterial auferlegt werden.<sup>3</sup>

Dass gerade der Blick auf den Verzehr von Tieren ein Schlüssel sein könnte, um sowohl die methodischen Probleme der Tiergeschichte zu

<sup>1</sup> Vgl. exemplarisch Lukasz Nieradzki / Brigitta Schmidt-Lauber, Ökonomien tierischer Produktion. Die gesellschaftliche Unsichtbarkeit wirtschaftlicher Tierproduktionen, in: Lukasz Nieradzki / Brigitta Schmidt-Lauber (Hrsg.), Tier nutzen. Ökonomien tierischer Produktion in der Moderne, (=Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2016), Innsbruck 2016, S. 7–14, hier S. 7.

<sup>2</sup> Veronika Settele / Norman Aselmeyer, Nicht-Essen. Gesundheit, Ernährung und Gesellschaft seit 1800, in: Norman Aselmeyer / Veronika Settele (Hrsg.), Geschichte des Nicht-Essens. Verzicht, Vermeidung und Verweigerung in der Moderne, Berlin 2018, S. 7–35, hier S. 21–29.

<sup>3</sup> Mieke Roscher, Darf's ein bisschen mehr sein? Ein Forschungsbericht zu den historischen Human-Animal Studies, in: H-Soz-Kult, 16.12.2016, <[www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-2699](http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-2699)> (06.12.2018).

überwinden, als auch eine Brücke zu anderen Disziplinen zu schlagen, erscheint daher fast ein wenig makaber. Der Sektion „Fleisch (nicht) essen“ ist es aber gelungen, die vorhandene Kohärenz zwischen den beiden Feldern auf eine sehr anregende und facettenreiche Weise aufzugreifen. Erfreulich daran ist auch, dass der in den HAS immer wieder aufflackernden Forderung nach einer Überwindung der anthropozentrischen Sichtweise<sup>4</sup>, die bereits in der Anfangsphase der Umweltgeschichte Gegenstand heftiger Kontroversen war<sup>5</sup>, nicht nachgegeben wurde. Diesem schon aus methodischen Gründen unmöglichen Unterfangen erteilte die Sektion durch eine klare Perspektive auf den Menschen eine Absage. Die in den Beiträgen betrachteten Prozesse der „Fleischwerdung“ und gesellschaftlichen Debatten über den Fleischverzehr machten vielmehr deutlich, dass Fleisch ein wichtiges Bindeglied in einer asymmetrisch verflochtenen Mensch-Tier-Geschichte ist.

MAREN MÖHRING (Leipzig) fasste in der Einführung den gemeinsamen Ausgangspunkt der Vorträge zusammen, der darin lag, dass die Grenzziehung zwischen Mensch und Tier historisch und gegenwärtig über die „Fleischwerdung“ bzw. die Konsumption tierischer Körper erfolge. Diese Grenze markiere, so Möhring weiter, „eine der grundsätzlichen gesellschaftlichen Spaltungen überhaupt“, da sich „erst über die Abgrenzung vom Tier“ das konstituieren würde, was als menschliche Gesellschaft gilt. Trotz seines spaltenden Charakters sei Fleisch das eigentlich verbindende Element zwischen Mensch und Tier. Ausgehend davon formulierte Möhring Fragen, die der Sektion zugrunde liegen sollten: Zum einen sollten die Beiträge klären, wie die erwähnte Spaltung konstituiert wurde und welchen Anteil daran unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten – von Fleischessern einerseits und Vegetariern/Veganern andererseits – hatten. Zum anderen galt es, verschiedene Phasen der Auf- und Abwertung von Fleisch aus methodisch unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, um Zäsuren und historische Konjunkturen besser erfassen zu können.

MIEKE ROSCHER (Kassel) fragte sodann aus der Perspektive der

<sup>4</sup> Gabriela Kompatscher-Guffler et al., Human-Animal Studies. Eine Einführung für Studierende und Lehrende, Münster 2017, S. 22 f. u. 203.

<sup>5</sup> Frank Uekötter, Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, (=Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 81), München 2007, S. 3 f.

Human-Animal-Studies nach der gesellschaftlichen Konstruktion von Fleisch und verwies in ihrem Vortrag auf dessen Wandelbarkeit in Relation zu menschlichen Körpern. Am Beispiel von Hundeschlachtungen, die für Deutschland statistisch zwischen 1900 und 1950 nachweisbar sind, fragte sie danach, wie Tiere in spezifischen historischen Kontexten zu Fleisch wurden. Ihre These lautete, dass Fleisch ein Produkt der Moderne sei und in diesem Sinn aus kulturellen Konstruktionsprozessen hervorgehe, die sich jedoch einer linearen historischen Erzählung verschließen würden.

Ein Gegensatz zwischen Tier und Fleisch habe sich demnach erst im 19. Jahrhundert etabliert, als die Entwicklung von neuen Techniken der Konservierung, der Kühlung und der Fleischzerlegung zu einer zunehmenden Trennung von Produktion und Konsumption sowie folglich auch von Tieren und Fleischerzeugnissen führte. Auf gesellschaftlicher Ebene hätten hingegen konkurrierende Diskurse über Fleisch als Energielieferant einerseits und über Fleisch als Verursacher von Krankheiten andererseits die „Demarkationslinien“ des Essbaren festgelegt. Der Verzehr von Hundefleisch sei Roscher zufolge zwischen diesen Polen zu verorten und habe in diesem Sinn zwar einen Grenz- und Tabubruch dargestellt, der allerdings zumindest zeitweise akzeptiert wurde. Hundefleisch verfügte um 1900, so Roscher, über einen liminalen Charakter, der sich allerdings gut fünfzig Jahre später, als der gesellschaftliche Diskurs zugunsten des Tieres gekippt war und Hundefleisch als Nahrungsmittel mit einem soziokulturellen Tabu belegt wurde, aufgelöst hatte. Mit Blick auf die Frage, wie Tiere zu Fleisch gemacht werden, lautete die Schlussfolgerung für Roscher daher, dass die Praxis des Essens als ein Ausdruck der Beziehung zwischen Mensch und Tier begriffen werden müsse und als Schlüssel für ein besseres historisches Verständnis dieser Beziehungsebene in den Mittelpunkt empirischer Studien zu rücken sei.

LAURA-ELENA KECK (Leipzig) betonte in ihrem Vortrag den spaltenden Charakter von Fleisch und richtete den Blick auf Debatten über die Ernährungssituation geringverdienender Schichten, die von Experten im 19. und frühen 20. Jahrhundert geführt wurden. Keck verwies darauf, dass der Paradigmenwechsel von einer möglichst eiweißhaltigen Ernährung hin zu einer energetischen Betrachtungsweise, die den

Kaloriengehalt der Nahrung in den Mittelpunkt rückte, zwar hinreichend erforscht sei, der Bedeutungsgehalt von Affekten und Sinneswahrnehmungen in der sich formierenden Ernährungswissenschaft hingegen bislang wenig beachtet wurde.

Das in den 1850er-Jahren etablierte Ideal einer eiweißhaltigen, fleischbasierten Ernährungsweise habe zur Folge gehabt, dass einkommensschwachen Schichten in ernährungswissenschaftlichen Diskursen einerseits der Konsum billiger, mitunter ekelregender Fleischspeisen nahegelegt wurde. Andererseits habe sich in den armen Bevölkerungsschichten eine ungesunde Fixierung auf Fleischspeisen eingestellt, die nun trotz der knappen Geldmittel bevorzugt konsumiert wurden und so mitunter Formen einer einseitigen Mangelernährung begünstigten. Ernährungsexperten kritisierten diese Entwicklung und fürchteten, dass der Verzehr billiger und ekelregender Fleischspeisen zu einer Verrohung der unteren Schichten führen würde. In der „Fleischlust“ dieser Bevölkerungsteile erkannten sie zudem einen Mangel an höheren geistigen Genüssen. Vor diesem Hintergrund sei die Affektregulierung in den Fokus ernährungswissenschaftlicher Debatten geraten und zum Schlüssel einer guten Ernährung erhoben worden. Damit einher sei eine Entproblematisierung des nach dem älteren eiweißlastigen Ernährungsparadigma als ungesund geltenden „unfreiwilligen Vegetarismus“ der unteren sozialen Schichten gegangen. Nicht mehr die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung dieser Bevölkerungsteile durch billige Fleisch- und Fleischersatzprodukte, sondern die Regulierung von Affekten und Lebensstilaspekten, etwa über die Förderung von Kochkenntnissen oder durch die Verwendung appetitanregender Substanzen, sei nun ins Zentrum der Bemühungen von Ernährungswissenschaftlern gerückt.

VERONIKA SETTELE (Berlin) nahm in ihrem Vortrag am Beispiel des Zusammenhangs zwischen gewandelten Konsumpräferenzen in Westdeutschland nach 1945 und neuen Produktionsmethoden in der Rinderzucht die Verwobenheit von Mensch- und Tierkörpern in den Blick. Die steigende Nachfrage nach großen Rindfleischportionen, die sich am US-amerikanischen Vorbild orientierte und Ausdruck eines gewachsenen Wohlstandes war, hätte die Landwirtschaft demnach vor große Probleme gestellt. Denn die deutschen Zweinutzungsrinder, die

sowohl für die Milch- als auch für die Fleischproduktion gezüchtet wurden, setzten dem Wunsch nach amerikanischen Steaks enge Grenzen. Zwar habe die Politik einer daraufhin aufkeimenden Debatte über die Einführung französischer Fleischrassen zunächst mit Blick auf den Schutz heimischer Züchter eine Absage erteilt. Die Milch- und Butterberge der 1970er-Jahre sowie die weiter ansteigende Nachfrage nach Rindfleisch schufen aber neue Rahmenbedingungen.

Das Dilemma der Landwirtschaft habe darin bestanden, so Settele, dass die Ausweitung der Fleischproduktion unter Verwendung der deutschen Zweinutzungsrinder einen weiteren Anstieg der Milchproduktion nach sich zog. Die Zucht von Fleischrassern habe wiederum ein höheres Risiko beim Abkalben und höhere Kosten verursacht, die beispielsweise in der Abkalbeversicherung zu Buche schlugen. Als Lösung sei zeitweise die sogenannte Färsenvornutzung diskutiert worden, wobei die Mutterrinder, die zum ersten Mal kalbten, vor der Geburt geschlachtet werden sollten, um das Kalb anschließend lebend aus den Schlachtkörpern herauszuschneiden und für die weitere Mast zu nutzen, ohne zusätzliche Milchmengen zu produzieren. Diese Praxis hätte jedoch ethische Bedenken und Widerstand aus den Reihen der Landwirte hervorgerufen, woraufhin eine abgewandelte Variante in Anwendung kam, bei der auf die Schlachtung der Muttertiere vor der Geburt verzichtet wurde. Settele, die in ihrem sehr anregenden Beitrag entgegen des Vortragstitels leider die ostdeutsche Seite ein wenig vernachlässigte, schlussfolgerte vor dem Hintergrund dieses Beispiels, dass das Tier – in diesem Fall die Färs und das Kalb – dem Fleisch als „Gegenstand gesellschaftlicher Spaltung“ in den 1970er-Jahren vorweg gegangen sei.

PASCAL EITLER (Berlin) nahm in seinem körperhistorisch ausgerichteten Vortrag anstelle einer offensichtlichen gesellschaftlichen Spaltung, die allem Anschein nach vom Fleischverzehr ausgeht, Formen einer verdeckten Spaltung in den Blick, die er auf das Nicht-Spalten-Wollen gesellschaftlicher Akteure im Diskurs über Fleischkonsum zurückführte. Seit den 1970er-Jahren habe demnach in der erstarkenden vegetarischen bzw. veganen Bewegung eine Durchmischung von moralischen und gesundheitlichen Diskurslinien stattgefunden, die – jede für sich – zunehmend einen verabsolutierenden Anspruch erhoben. Die Verschmelzung von Moral und Medizin in der Debatte über eine

vegetarische bzw. vegane Lebensweise sei in der Folge immer mehr zu einer Glaubensfrage geraten. In diesem Sinn handele es sich nicht um einen Aushandlungsprozess über „gute“ Ernährung, sondern um einen Versuch der Menschenführung. Konstitutives Merkmal dieser Form der Biopolitik sei das Nicht-Unterscheiden-Wollen, das eine indifferente Haltung gegenüber dem Anderen beinhalte, die produktive und (selbst)kritische Unterscheidungen kaum mehr zulasse und auf diese Weise die Gesellschaft in richtig und falsch spalte.

JULIA HAUSER (Kassel) fasste die Beiträge abschließend in einem Kommentar zusammen und gab wichtige Anregungen für die anschließende Diskussion. Sie hob hervor, dass es den Beiträgen gelungen sei, ein weites Spektrum an Analyseebenen abzudecken und auf diese Weise sowohl die kulturellen Funktionen von Fleischkonsum und Tierschlachtungen als auch die Beziehungsebene Mensch und Tier, Ernährungsspekte und Körpervorstellungen in den Blick zu nehmen. Kritik übte sie jedoch an einer „nationalhistorischen Perspektive“, die von den Referierenden eingenommen worden sei; diese Kritik ist mit Blick auf die beiden zeithistorisch ausgerichteten Beiträge noch um den Aspekt einer einseitigen Fixierung auf Westdeutschland zu ergänzen. Mit Blick auf ihre eigenen Forschungen über eine Verflechtungsgeschichte des Vegetarismus in Europa und Indien fragte sie außerdem nach der Bedeutung des „vermeintlich kulturell Anderen“, das sich aus Debatten über Fleischverzicht herauslesen lasse. In der Diskussion griffen die Vortragenden diese Anregung auf und nahmen darüber hinaus zu Fragen nach globalen Transferprozessen sowie zu Gender- und Umweltschutzaspekten Stellung.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Mieke Roscher (Kassel)

Maren Möhring (Leipzig): Einführung

Mieke Roscher (Kassel): Was ist Fleisch?

Laura-Elena Keck (Leipzig): Fleisch als umstrittenes Nahrungsmittel, 1850-1914

Veronika Settele (Berlin): Neue Körper für Mensch und Tier. Die Industrialisierung der Fleischproduktion in Ost- und Westdeutschland 1950-1980

Pascal Eitler (Berlin): Fleischverzicht als Menschenführung. Vegetarismus zwischen Politik und Religion (Westdeutschland nach 1968)

Julia Hauser (Kassel): Kommentar

Tagungsbericht *Fleisch (nicht) essen / (Not) Eating Meat*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

### **Der Kalte Krieg als Chance. Handlungsspielräume im geteilten Berlin**

**Von:** Nikolai Okunew, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Die Meistererzählungen des Kalten Krieges zeichnen die Epoche geprägt durch einen globalen Machtkampf zweier Großmächte, deren jeweilige Verbündete diesen Konflikt auch auf lokaler Ebene entsprechend der Logik der Blockkonfrontation austrugen. In den letzten Jahren verschob sich der Fokus immer deutlicher auf die Akteur\_innen *on the ground*, die dieser Logik zuwider liefen oder deren Handlungsmotive sich dem dichotomen Verständnis des Konflikts entzogen. Im Panel sollten Akteur\_innen dieser Art im geteilten Berlin, das als „Reichshauptstadt“, „Hauptstadt des Sozialismus“ sowie „Frontstadt“ im 20. Jahrhundert mehrfach gebrochen wurde, untersucht werden. Der Systemkonflikt wurde hier von den Akteur\_innen nicht nur erduldet, sondern auch für die eigenen Ziele brauchbar gemacht.

KONRAD JARAUSCH (Chapel Hill) eröffnete das Panel mit knappen Worten und sorgte auch im weiteren Verlauf gewohnt souverän dafür, dass sich alle Beteiligten angenehm kurz fassten. Berlin, so Jarausch in seiner Einführung, sei durch die zentralen Krisen 1948, 1961 und 1989 weiterhin *das* Symbol für den Kalten Krieg und dessen Ende

und nicht zuletzt deswegen Touristenmagnet. Im Kontext einer globalisierten Historiographie des Kalten Krieges rücke Berlin aber, etwa aus der Perspektive des globalen Südens, zunehmend an den Rand der Darstellungen. Dabei eigne sich Berlin weiterhin dazu, die „kulturelle Dimension der Systemkonkurrenz“, systeminterne Konflikte und systemübergreifende Kooperationen zu untersuchen. Hier könne der Beitrag der Stadt und Europas zur Überwindung des Kalten Krieges herausgearbeitet werden. Solch eine das Globale und das Lokale verbindende Problemgeschichte werde, so bedauerte Jarausch, bisher in Berlin nicht entsprechend musealisiert.<sup>1</sup>

SCOTT KRAUSE (Berlin) begann den auf seiner Dissertation basierenden Beitrag mit der zentralen These, dass das zerstörte Berlin „in einer koordinierten transnationalen PR-Kampagne“ neu definiert wurde. Einen Ruhepunkt habe es für Berlin nicht gegeben: Unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen habe sich der symbolische Konflikt um und in der Stadt entfaltet. Insbesondere Bürgermeister Reuter habe sich mit der Hilfe zahlreicher Remigranten eingebracht und Berlin als „Vorposten der Freiheit“ vermarktet. Scotts integrierte Perspektive nahm – ganz im Sinne der Bemerkungen Jarauschs – die „Wirkmächtigkeit lokaler Stimmen“ in den Blick. Diverse Berlin-bezogene PR-Kampagnen untersuchte Krause im Vortrag auf drei Ebenen: der Verknüpfung des Freiheitsnarrativs mit den Autobiographien der Propagandisten, die Strategien, die den Berliner\_innen den „Vorposten der Freiheit“ plausibel machen sollten und die Präsentation Berlins als „progressive Musterstadt“, die innerhalb der SPD als Argument für die Westbindung fungiert habe. Anhand von Hans Emil Hirschfeld zeigte Krause, wie sich bereits *während* des Krieges antifaschistische Migrantennetzwerke zu antitotalitären wandelten und Kontakte knüpften, die ihnen nach 1945 zu verantwortlichen Positionen in West-Berlin verhalfen. In diese Netzwerke war auch Willy Brandt eingebunden, der die eigene Biografie eng mit der Erzählung der Frontstadt Berlin verband und nicht zuletzt damit einen Popularitätsschub erhielt, der die SPD auch für Milieus außerhalb der Arbeiterschaft wählbar machte. Überhaupt legt Krause

<sup>1</sup> Ralf Schönball, Baubeginn am Checkpoint Charlie soll am 9. November 2019 sein, in: Tagesspiegel, 02.08.2018, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-mitte-baubeginn-am-checkpoint-charlie-soll-am-9-november-2019-sein/22870850.html> (11.10.2018).

den Fokus stark auf die SPD, die vor der Neuen Ostpolitik aus dem Schöneberger Rathaus eine „neue Westpolitik“ betrieben und damit auch dem Godesberger Programm vorgegriffen habe. Damit habe sie, so Krause überzeugend, Berlin „als (das) alternativ(e) Labor deutscher Demokratisierung“ etabliert, wozu insbesondere das historische Phänomen des Antitotalitarismus beigetragen habe. Nicht zuletzt durch dieses hätten West-Berliner den Frontstadtmythos auf sich selbst angewendet und sich auf der Seite der Freiheit verortet.

Mit STEFANIE EISENHUTH (Potsdam), die ebenfalls Aspekte ihrer Promotionsschrift vortrug, blieb das Publikum in der Frontstadt West-Berlin. Hier erschien einst in einem Lexikon der alternativen Szene Berlins der satirische Eintrag „Jubelberliner“. Das seien Berliner, die zu besonderen Anlässen, insbesondere Besuchen amerikanischer Präsidenten, „kameragerecht zum Jubeln antreten“ würden. An diesem kurzen Beispiel ließen sich für Eisenhuth bereits zentrale Punkte ableiten: Die besondere Bindung an die USA, die West-Berlin zugeschrieben wurde, eine gewisse Spaltung der West-Berliner Stadtgesellschaft und ein historischer Wandel weg von der kollektiven Selbstidentifikation als Frontstadtkämpfer für die westliche Welt. Auch in diesem Vortrag wurden somit systeminterne Konflikte – hier im Dreieck Senat, West-Alliierte und West-Berliner Bevölkerung – zentralisiert. Mit Bezug auf Gerd Koenen wurde gleich zu Beginn auf die wichtige Unterscheidung zwischen alteingesessenen, eher westgebundenen Berlinern und amerikakritischen Neuberlinern hingewiesen. Spätestens als im Zusammenhang mit Protesten gegen den Vietnamkrieg *beide* Seiten erfolgreich zu Großdemonstrationen aufriefen, kam es *innerhalb* der Bevölkerung zum offenen Dissens, in dessen Folge Demonstrierende rund um die Technische Universität etwa als „Unberliner“ bezeichnet wurden. Anders, und zwar zum eigenen Vorteil, nutzte der Berliner Senat die Anwesenheit der Amerikaner in der Stadt, als um 1980 das Stadterneuerungsprogramm mithilfe des Besatzungsrechts durchgesetzt wurde. Dadurch richtete sich der Unmut der Bevölkerung zumindest teilweise gegen die Amerikaner und nicht gegen den Senat. Gleichzeitig wurden zeitraubende Bürgerbeteiligungsverfahren vermieden. Gruppen der Bürgerbewegung, die in den 1980er-Jahren Kritik an diesem Vorgehen äußerten, wurden wiederum des Antiamerikanismus

bezüglich, was zumindest in der Altberliner Bevölkerung ein gewichtiger Vorwurf war. Der stadtinterne Gegensatz habe sich nicht zuletzt bei (Gegen-)Demonstrationen zu Staatsbesuchen deutlich gezeigt: Waren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Straßen Berlins während der Besuche von US-Präsidenten noch von „Jubelberlinern“ geprägt, so tauchten spätestens bei den Visiten Reagans en masse kapitalismuskritische „Antiberliner“ auf. Schichtübergreifend nahm allerdings letztlich in der gesamten Stadt die Sorge um Frieden und Sicherheit zu, was auch dazu führte, dass der „Frontstadtgeist“ ab den späten 1970er-Jahren nicht mehr die alten Mobilisierungseffekte erzielen konnte. Studentische Gruppen und die Umweltbewegung aber hätten den alten Mythos allerdings in der abgewandelten Form der „Friedensstadt“ mindestens bis zum Mauerfall am Leben gehalten.

Nach dem Aufenthalt im Westen Berlins führte HANNO HOCHMUTH (Potsdam) das Auditorium zumindest zeitweise in den Osten der Stadt. Hochmuth lenkte den Blick nämlich auf evangelische Pfarrer beiderseits der Mauer. Trotz des hohen Säkularisierungsgrades Berlins könne man über diese Gruppe die Handlungsmacht lokaler Akteur\_innen im Kontext des Kalten Krieges besser verstehen. Zunächst zum Westen: Die Kreuzberger Kirchen avancierten in den 1970er-Jahren zu zentralen Akteurinnen in den Auseinandersetzungen über die – bereits oben angesprochenen – Sanierungspläne der Stadt Berlin. Vorausgegangen sei dem ein „diametraler Wandel des kirchlichen Selbstverständnisses“. Gegründet als „Trutzburgen“ im proletarisch geprägten geografischen Osten der Stadt, waren sie lange Fremdkörper im Kiez gewesen. Stadtteilung und Kirchenaustritte sorgten zusätzlich nach 1945 für eine Schwächung der Gemeinden. Als Antwort darauf hätten Pfarrer wie Klaus Duntze die evangelische Kirche „im Geiste der Zivilgesellschaft“ und unter dem Einfluss der Ideen des amerikanischen „community developments“ neu erfunden und zu kritischen Begleitern der Stadterneuerung gemacht. Gleichzeitig öffneten sich Kirchen – auch durch bauliche Maßnahmen – etwa für Konzerte und wurden somit zu „Kiezkirchen“. Die Geschichte der Kirchen in Friedrichshain, im auch politischen Osten, verlief lange Zeit ähnlich wie die der Kreuzberger. Auch hier hätten nach dem Krieg die Gemeinden mit „Entkirchlichung und radikalen städtebaulichen Maßnahmen“ zu kämpfen gehabt. Und

auch hier verstärkte man die (sozialdiakonische) Arbeit im „Kiez“ und bemühte sich insbesondere um unangepasste Jugendliche. Am weitesten ging dabei wohl Pfarrer Eppelmann mit der Einrichtung von „Musik-Gottesdiensten“, den sogenannten Blues-Messen. Diese neue Form der Kirchenöffentlichkeit habe letztlich zentralen Akteur\_innen der Friedlichen Revolution Räume zur Vernetzung geboten. Zusammenfassend hätten sich Kirchen in beiden Bezirken nach dem Krieg am Rande der Gesellschaft befunden und sich aus dieser Position neu erfunden und zwar als Kritiker des Staates im Osten bzw. der Kommunen im Westen. Der Grad dieses Engagements sei dabei wesentlich bedingt von den konkreten Pfarrern gewesen. Gemein sei beiden kirchlichen Öffentlichkeiten, dass sie im Verlauf auch außerkirchliche Kreise erreichten und Einfluss auf Transformationsprozesse nahmen, ohne, dass dabei der Prozess der Entkirchlichung aufgehalten werden konnte oder grenzüberschreitende Kooperationen zustande kamen. Die durch den Mauerbau bedingte Teilung der Gemeinden sei außerdem bis heute spürbar: „Die Zeit der Trennung [...] wog schwerer als die lange gemeinsame Kiezgeschichte.“

ANDREAS ETGES (München) wies in seinem Kommentar zunächst auf die zurückliegende West-Berlin- und die kommende Ost-Berlin-Ausstellung im Ephraim-Palais hin. Weitgehend überzeugt von den drei Vorträgen mahnte Etges, die Frage nach den sich wandelnden Handlungsspielräumen der Akteur\_innen zu stellen. Er setzte außerdem hinter den Haupttitel der Sektion ein Fragezeichen und merkte an, dass der Kalte Krieg in Ost-Berlin, wenn überhaupt, nur sehr bedingt als Chance verstanden werden konnte. Außerdem müsse man zwischen Ereignissen unterscheiden, die durch den Kalten Krieg bestimmt waren, und jenen, bei denen er nur den Hintergrund dieser Entwicklungen darstellte.

Die Sektion bewies eindrucklich, dass Groß Erzählungen nur limitiert zur genauen Erklärung lokaler Ereignisse erhalten können. In der Nahaufnahme werden die Entwicklungen schnell rhizomatisch, verflochten, unübersichtlich und eben dadurch interessant. Dem drohenden Chaos bei der Betrachtung wurde durch die, sicherlich geplanten, erfreulichen Synergien der Vorträge vorgebeugt. Letztlich zeigten die Vortragenden überzeugend, wie ‚glokale‘ Geschichtsschreibung auch in bereits gut

erforschten Orten und Zeiten funktionieren kann. Mancherorts hätte man sich eine Einordnung in theoretische Debatten gewünscht, wobei diese Leerstelle hier zu Gunsten der Übersichtlichkeit und Kompaktheit der Vorträge durchaus zu verschmerzen war.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Hanno Hochmuth (Potsdam) / Konrad H. Jarausch (Chapel Hill)

Konrad H. Jarausch (Chapel Hill): Einführung

Scott Krause (Berlin): Propagandisten der Freiheit. Transatlantische Kampagnen zur Neudefinition West-Berlins im Kalten Krieg, 1941-1961

Stefanie Eisenhuth (Potsdam): Von der Frontstadt zur Friedensstadt? West-Berliner Deutungskämpfe in den 1970er und 1980er Jahren

Hanno Hochmuth (Potsdam): Kirche, Kiez und Kalter Krieg. Wie sich die evangelische Kirche im Zeichen des Systemkonflikts neu erfand

Andreas Etges (München): Kommentar

Tagungsbericht *Der Kalte Krieg als Chance. Handlungsspielräume im geteilten Berlin*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 27.10.2018.

---

### **Gefahr für die Demokratie? Die neue Rechte in Deutschland**

**Von:** Nikolai Okunew, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Die relativ kurzfristig anberaumte Podiumsdiskussion sollte laut Ankündigungstext erstens die aktuellen Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) und das Aufkommen des ‚Wutbürgertums‘ historisch einordnen und zweitens die Frage beantworten, ob diese Phänomene eine Gefahr für die Demokratie der Bundesrepublik darstellen. Hohe Ansprüche für die Diskussion, die auch in Anbetracht des hochkarätigen

Panels nicht automatisch davor geschützt war, auf Gemeinplätze wie Wendeeverlierer, Filterblase oder Politikverdrossenheit zu vereinfachen. Tatsächlich wurden, und so viel sei vorweggenommen, all diese Punkte angesprochen – allerdings um sie als Argumente zu dekonstruieren bzw. davor zu warnen, sie als schlagwortartige Erklärungen heranzuziehen. Nebenbei ergab sich durch die Absage von Andrea Röpke (Bremen), wie FRANK BÖSCH (Potsdam) bemerkte, ein vollständig männliches Panel.

Im übvollen Hörsaal erklärte Bösch die Geschichtswissenschaften als durchaus zuständig für die Thematik der Diskussion, und zwar weil in den öffentlichen Debatten Weimar und Pankow regelmäßig als argumentative Tropen Verwendung fänden und weil die AfD, als parlamentarischer Arm der „4. Welle“ der Neuen Rechten, intendiert Tabubrüche in Bezug auf den Nationalsozialismus begehe. So berechtigt diese Hinweise sind, so bleibt zu erwähnen, dass häufige über die Zeitgeschichte hinausgehende Verweise, etwa auf die Gründe für den Untergang des Römischen Reiches (Migration!<sup>1</sup>) oder einen letztlich fiktiven ethnisch-homogenen vormodernen Nationalstaat von Rechten in die Debatte getragen werden. Demnach wäre nicht nur die Zeitgeschichte in die Verantwortung für den Verlauf des Diskurses zu nehmen.

In Antwort auf die Frage, wer oder was die Neue Rechte eigentlich sei, wies der Politikwissenschaftler GIDEON BOTSCH auf die Schwierigkeiten einer analytischen Definition hin und plädierte für eine Historisierung des Begriffs, der mittlerweile ein halbes Jahrhundert alt sei. Sicher war sich Botsch, dass die Klassifizierung dieser Strömung als intellektuell „verfehlt“ sei. Noch eher könne man nach der Eigenbezeichnung des Lagers fragen. Dort würde der Begriff „rechtsextrem“ als diskriminierend aufgefasst und zu Gunsten von „nationalistisch und patriotisch“ bzw. „Nationale Opposition“ verworfen. Botsch selbst sei dem analytischen Begriff des „radikalen Nationalismus“ nicht abgeneigt.

ULRICH HERBERT (Freiburg) sprach der neuen Rechten das Neue weitgehend ab und stellte sie in die Tradition national-konservativer Tendenzen, die in der Bundesrepublik seit jeher bestünden. Innovativ seien allenfalls die Organisationsformen. Herbert selbst habe eine „Selbster-

fleischung“ der Partei erwartet, die aber durch die „Flüchtlingssituation“ nicht eingetreten ist. Begrifflich optierte er für den offenen Begriff „die Rechte“.

AXEL SCHILDT (Hamburg) lehnte das Wort „neu“ als Selbststilisierung ab. Er verwies auf die Novität des „ethnopluralistische(n) Geschwätz“, welches im Mantel der Bürgerlichkeit eine an Gemäßigte anschlussfähige Kommunikation ermögliche. Diese werde durch die Kommunikation in den neuen, fragmentierten Öffentlichkeiten noch verstärkt. Schildt machte mit Bezug auf Spaltungshoffnungen gegenüber der NSDAP in den 1920er-Jahren klar, dass solche Hoffnungen in Bezug auf die AfD unangebracht seien.

Nach der erfreulich kurzen und pragmatisch geführten Begriffsdiskussion verortete Frank Bösch die derzeitige Form des radikalen Nationalismus in der Geschichte der Bundesrepublik. Er stehe in der Tradition eines von Anfang an bestehenden „völkischen Denkens“, dass sich spätestens Ende der 1970er-Jahre in Richtung gewalttätiger Anschläge (etwa auf Shlomo Lewin oder das Münchener Oktoberfest) zu radikalisieren begann. Schon in seinem Eingangsstatement hatte Bösch für eine zeithistorische Erforschung rechtsextremer Strukturen plädiert. Was etwa bedeute es, dass die rechtsextreme National-Zeitung in den in den 1960er- und 1970er-Jahren eine 100.000er Auflage vertrieb? Als das Neue der gegenwärtigen deutschen Rechte machte Bösch eine Verschiebung des Feindbilds aus: Russland und Osteuropa seien nun „Partner“ im Kampf gegen den Islam. Ebenso neu sei die Form der Kommunikation: Nicht mehr Tageszeitungen gäben den Ton an, sondern sich laut artikulierende kleine Gruppen, die allerdings weitgehend Altbekanntes wiedergäben.

Herbert macht im sanften Gegensatz dazu eine grundlegende Feindschaft zum „Liberalisierungsprozess“ als Ursache für den Rechtsradikalismus und den Aufstieg des ‚Trumpismus‘ aus. Im eintretenden post-industriellen Zeitalter würden Teile der Gesellschaft „Globalisierungsschritte nicht mitmachen“ und hätten neue „Familienmodelle“ und den „kulturellen Linkoliberalismus“ als Feinde ausgemacht. So verlockend diese Erklärung auch scheint, sie wird so weder durch die

<sup>1</sup> Klaus Rüdiger Mai, Dekadenz endet im Verfall, in: Cicero, 01.06.2017, <https://www.cicero.de/kultur/replik-dekadenz-endet-im-verfall> (11.10.2018).



vorliegenden Studien zur AfD<sup>2</sup> noch zur Trump-Wählerschaft bestätigt.<sup>3</sup> Wirkmächtiger Rassismus (Sarrazin) und das Führungspersonal der AfD passen ebenfalls nur bedingt in das von Herbert gezeichnete Bild. Die von ihm ausgemachte „Krise der liberalen Weltordnung“ in die Erklärung aktueller Phänomene miteinzubeziehen, scheint dennoch unerlässlich. Möglicherweise ist diese Krise jedoch schwerwiegender als gedacht und Ausdruck einer sich dem Ende zuneigenden Globalisierungseuphorie, die ein ähnliches ideologisches Vakuum entstehen lässt, wie zuvor der Zusammenbruch der sozialistischen Utopie.<sup>4</sup> Später wies Botsch im gleichen Zusammenhang noch auf den Umstand hin, dass sich die AfD keineswegs als Gegenpol zum Liberalismus, sondern vielmehr als dessen Verteidiger inszeniere.

Axel Schildt merkte im Anschluss an, dass auch das Wirtschaftsprogramm der AfD bei der FDP „geborgt“ sei und die Sozialpolitik nur einen progressiven „Anstrich“ habe. Überhaupt betonte Schildt die mangelnde Innovationskraft der AfD und verwies etwa auf das von Rechten in den 1920er-Jahren angestrebte Bündnis mit Russland oder die seit der Romantik bestehende kulturell gefärbte Kapitalismuskritik. Ernsthafte „Theoretisierungsversuche“ einer entsprechenden Ideologie seien allenfalls selten (Sombart) zu verzeichnen gewesen.

Danach wurde die Diskussion kleinteiliger. Bösch merkte an, dass der Islam seit der iranischen Revolution als Feind des westlichen Liberalismus verstanden wurde, und internationalisierte die Diskussion so noch mehr. Ohne vorgefertigte Antworten zu haben, merkte er an, dass doppelt so viele Männer wie Frauen AfD wählen würden und dass die größten Erfolge, bundeslandübergreifend, in Kreisen erzielt würden, die ans osteuropäische Ausland grenzen. Botsch bezeichnete die AfD als Sammlungsbewegung, deren einzelne Teile nur durch wenige

Gemeinsamkeiten, wie etwa dem Wunsch nach der Rückkehr zu nationalen Grenzen, zusammengehalten würden. Als Aufforderung an die Zeitgeschichte muss der von ihm konstatierte „dramatische Mangel an Empirie“ verstanden werden. Wesentlich wichtiger als die Erforschung der rechten Ideologie – etwa anhand völkischer Hommes des Lettres – seien Arbeiten zu rechten Organisationen. Ähnlich sah das wohl Axel Schildt, der eine Erforschung abseits der einzelnen extrem gewalttätigen „Ausläufer“ forderte. Bösch subsumierte am Ende dankenswerterweise kurz diese erste Diskussion und schlug drei Perspektiven zum Zwecke der Erforschung vor. Diese sind erstens der Umgang des Umfelds mit Rechten, zweitens eine Institutionengeschichte und drittens eine Analyse der Einstellung der Bevölkerung.

Die Frage, ob derzeit eine Gefahr für die Demokratie bestehe, wurde von Botsch – mit Verweis auf den antiparlamentarischen Charakter der AfD, ein faktenfeindliches mediales Ökosystem und das hohe Gewaltpotential auf der Straße – klar bejaht. Ohne explizit zu widersprechen, warnte Herbert vor einer Dramatisierung und einem Vergleich zu Weimar. Solange keine charismatische Führerfigur wie Salvini auftrete, sei dem Problem durch ein verbessertes Angebot der etablierten Parteien beizukommen. Schildt wies im Verlauf der Diskussion allerdings darauf hin, dass dem gegenwärtigen Problem nicht mit dem vielzitierten Verhindern einer Partei „rechts von der Union“ beizukommen sei, da sich die AfD bereits auf einer „schiefen Ebene befindet“ und sich kontinuierlich weiter nach rechts radikalisiere.

Weit davon entfernt einen Konsens herzustellen, ist es den Panelisten insgesamt durchaus gelungen, Zugänge zur Erforschung der organisierten Rechten in Deutschland nach 1945 aufzuzeigen und die Relevanz der Thematik klarzumachen. Sie waren sich weitgehend darin einig, dass hier ein großes Desiderat besteht. Im weiteren Verlauf des Historikertags wurden sie, etwa von Manuela Bojadžijev und Maria Alexopoulou, darin noch bestätigt, dass die Meistererzählungen zur Geschichte der Bundesrepublik mit Detailstudien zur Geschichte der organisierten Rechten in Deutschland in Beziehung gesetzt und gegebenenfalls modifiziert werden müssten.

Im Zusammenhang mit dem Panel muss sicherlich die auf dem

<sup>2</sup> Daniel Baron u. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, Who Identifies with the AfD? Explorative Analyses in Longitudinal Perspective (= SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin, Bd. 983), Berlin 2018.

<sup>3</sup> Robert Griffin / John Sides, In the Red. Americans' Economic Woes are Hurting Trump, in: Voter Study Group, September 2018, <https://www.voterstudygroup.org/publications/2018-voter-survey/in-the-red> (11.10.2018).

<sup>4</sup> Timothy Snyder, The Road to Unfreedom. Russia, Europe, America, New York, NY 2018.

HistorikerInnentag verabschiedete Resolution gesehen werden.<sup>5</sup> Eine Replik auf die mitunter flammenden Appelle für einen radikalen Quietismus<sup>6</sup> soll an dieser Stelle sicherlich nicht erfolgen. Nur so viel: Die Vorstellung, dass sich Historiker, insbesondere Zeithistoriker, hinter den marmornen Säulen von Methodologie und Wertfreiheit verstecken können und damit Panels dieser Art nicht abzuhalten brauchen und überhaupt auf normative historische Urteile zu verzichten haben, ist trotz aller anderslautender Selbstbeschreibungen der Kritiker der Resolution selbst im höchsten Maße wertgeleitet und durch die Konstruktion einer vermeintlich objektiven überzeitlichen Betrachterposition letztlich geschichtsfeindlich. Während die Gegner der Resolution die Vergangenheit so simplifizieren, dass sie als Argument nutzbar wird<sup>7</sup> – und sich damit dessen schuldig machen, was sie dem Verband vorwerfen –, bleibt zu hoffen, dass dem Aufruf des Panels, die neue Rechte zu erforschen, in Zukunft gefolgt wird. Nicht zuletzt die Reaktionen des zukünftigen Untersuchungsgegenstandes belegen, dass dies nötig ist.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Frank Bösch (Potsdam)

Diskussionsteilnehmer: Frank Bösch (Potsdam) / Gideon Botsch (Potsdam) / Ulrich Herbert (Freiburg) / Axel Schildt (Hamburg)

Tagungsbericht *Gefahr für die Demokratie? Die neue Rechte in Deutschland*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 27.10.2018.

<sup>5</sup> <<https://www.historikerverband.de/verband/stellungnahmen/resolution-gegenwaertigen-gefaehrdungen-der-demokratie.html>> (11.10.2018).

<sup>6</sup> Patrick Bahners, Die Lehrer Deutschlands, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.09.2018, [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/deutsche-historiker-stellen-sich-gegen-die-afd-15812149.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_0](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/deutsche-historiker-stellen-sich-gegen-die-afd-15812149.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0) (11.10.2018).

<sup>7</sup> Klaus Rüdiger Mai, Deutungshoheit statt Argumentation, in: *Cicero*, 01.10.2018, <https://www.cicero.de/kultur/deutscher-historikertag-historiker-rechts-antifa-demokratie> (11.10.2018).

## Menschenrechte und Geschlecht im 20. Jahrhundert

Von: Daniel Stahl, Universität Jena

Geschlechtergeschichtliche Fragestellung sind in den neueren Forschungen zur Geschichte der Menschenrechte nach wie vor marginal<sup>1</sup>. Mit dieser Beobachtung eröffneten ROMAN BIRKE (Jena) und SONJA DOLINSEK (Erfurt) die Sektion, deren erklärtes Ziel es war, Frauen als Akteurinnen und Trägerinnen von Menschenrechten in den Blick zu nehmen. Welche Rolle spielten sie in dem umkämpften Feld der Menschenrechte und inwiefern nutzten sie die Sprache der Menschenrechte? Diese Fragestellung sollte allgemeine Forschungsprobleme der Menschenrechtsgeschichte adressieren: den inhärenten Widerspruch zwischen Universalismus und Differenz, die rückblickende Deutung sozialer Bewegungen als Menschenrechtsbewegungen, die sich tatsächlich der Sprache der Menschenrechte bedienten, sowie die Frage nach dem Stellenwert der Menschenrechte für den Aktivismus bestimmter sozialer Bewegungen.

Im ersten Vortrag befasste sich ROMAN BIRKE (Jena) mit Eleanor Roosevelt und ihrer Bedeutung für die Normierung internationaler Menschenrechte. Birke beobachtete, dass sie in der neueren Menschenrechtshistoriographie kaum eine Rolle spielte. In der biographischen Forschung hingegen werde ihre Rolle glorifiziert: Ihr Handeln sei nicht von den politischen Grabenkämpfen des Kalten Krieges geprägt gewesen. In ihrem Kampf für Menschen- und Frauenrechte habe sie zu den beiden Supermächten eine Äquidistanz gewahrt und sich nicht vereinnahmen lassen. Dieses Bild gelte es zu hinterfragen: Welche Positionen vertrat Roosevelt in den Auseinandersetzungen über Menschenrechte in den UN? Und welche Rolle schrieb sie Frauenrechten zu?

Diesen Fragen ging Birke auf der Grundlage von 7.996 von Roosevelt zwischen 1936 und 1962 publizierte Kolumnen mit dem Titel *My Day* nach, die durch eine Kombination computergestützter Verfahren und der genauen Lektüre einer Auswahl von etwa 1.500 Kolumnen untersucht wurden. Birke zeigte, dass Roosevelt sich bis 1945 kaum mit

<sup>1</sup> Jüngst erschienen: Roman Birke, Carola Sachse (Hrsg.), *Menschenrechte und Geschlecht im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2018.

rechtspolitischen Fragen befasste und noch im März 1945 erklärte, ein Menschenrechtskatalog könne nur über mehrere Jahre hinweg erarbeitet werden. Ab ihrer Nominierung als UN-Delegierte habe die Erwähnung von Menschenrechten in Roosevelts Kolumnen deutlich zugenommen. Das Forum sei für sie eine Möglichkeit gewesen, um ihre Positionen öffentlich zu vertreten. Dabei zeige sich, dass sie mitnichten eine Äquidistanz gewahrt habe. In der umkämpften Frage nach dem bindenden Charakter der Menschenrechtserklärung habe sie die Position der USA verteidigt, die Menschenrechte nicht bindend zu machen. Auf die Forderung nach einem Petitionsrecht habe sie sehr zurückhaltend reagiert; die Menschenrechtskommission sei kein Gericht. Nach 1953 sei ihre Beschäftigung mit Menschenrechte deutlich zurückgegangen. Sie habe die bei der UN vertretenen Positionen nicht auf die US-amerikanische Gesellschaft übertragen, sondern sich nun vermehrt den *civil rights* zugewandt. Forderungen nach expliziten Frauenrechten seien von Roosevelt kein Interesse entgegengebracht worden. Bei der Debatte zwischen der UN-Frauenkommission und der katholischen Kirche über ein Recht auf Scheidung habe sie eine Positionierung vermieden und Versuche, eigene Kategorien von Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen zu definieren, zurückgewiesen. Für sie sei vielmehr die Forderung nach gleichen Rechten für Männer und Frauen zentral gewesen.

Nach diesem dichten biographischen Vortrag, dessen Schwerpunkt vor allem auf den 1940er-Jahren lag, nahm SONJA DOLINSEK (Erfurt) Entwicklungslinien in den Blick, die vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1980er-Jahre reichten. In ihrem Vortrag untersuchte sie die Geschichte der Formulierung, Aushandlung und Differenzierung menschenrechtlicher Forderungen in Bezug auf Prostituierte. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie unterschiedliche Akteure auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene die Kategorien Menschenrechte und Prostituierte aufeinander bezogen. In beiden Fällen – so unterstrich sie – habe es sich um äußerst umkämpfte und wandelbare Kategorien gehandelt.

Menschenrechte von Prostituierten seien zunächst Ende des 19. Jahrhunderts in der abolitionistischen Bewegung thematisiert worden, deren prominenteste Wortführerin Josephine Butler gewesen sei. Die Abolitionistinnen hätten sich gegen die diskriminierende Reglementierung von Prostitution gewandt und die Abschaffung jedes Ausnahmegeset-

zes gegen Prostituierte gefordert. Solche Gesetzte hätten es ermöglicht, jede Frau, die nicht den normierten gesellschaftlichen Vorstellungen entsprochen habe, als Prostituierte zu kategorisieren und zum Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch die staatliche Reglementierung zu machen.

In der Zwischenkriegszeit habe das Prinzip der Regulierungsabolition zunehmend internationale Anerkennung erfahren. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs griff die UN das Thema in der Konvention zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution auf, dabei handele es sich um ein äußerst ambivalentes Dokument. Auf der einen Seite sei es den Forderungen der Abolitionistinnen und Abolitionisten nach Abschaffung der Registrierung von Prostituierten nachgekommen, die in den Verhandlungen explizit als Menschenrechtsschutz eingebracht worden sei. Andererseits aber lasse der Text auch eine kriminalisierende Deutung von Prostitution zu. Eine explizite Verknüpfung von Menschenrechten und Prostitution erfolgte in einem UN-Bericht von 1959. Dieser Bericht sei, wie die abolitionistische Bewegung allgemein, konservativen Vorstellungen von Sexualität verpflichtet gewesen. Prostituierte hätten Menschenrechte, aber idealerweise gebe es keine Prostitution.

Ab den 1970er-Jahren habe sich die Debatte verlagert. Nun rückten Prostituierte als Träger und Trägerinnen von Menschenrechten in den Blick: Prostituierte hätten zwar nominell unter abolitionistischen Verhältnissen gelebt und gearbeitet. Trotzdem seien sie in der Praxis nach wie vor Repressionen ausgesetzt gewesen. Die rechtlich festgeschriebene Dereglementierung habe nur die Praktiken der Repression verschoben. Dem seien Aktivistinnen und Aktivisten zunächst mit dem Verweis auf ihre Bürgerrechte begegnet. Die explizite Aneignung der Menschenrechte habe in den 1980er-Jahren auf einer Reihe von Welthurenkongressen stattgefunden. Dort hätten Aktivistinnen Menschenrechtsdokumente aufgegriffen und sie für den Kontext der Prostitution ausformuliert. Das Ergebnis ist die 1985 verabschiedete Weltcharta der Prostituiertenrechte<sup>2</sup>, deren zentrale Forderungen rechtliche und gesellschaftliche

<sup>2</sup> Das Dokument ist abrufbar unter URL: <https://www.geschichte-menschenrechte.de/konvention-zur-unterbindung-des-menschenhandels-1949-und-erklarung-ueber-prostitution-und-menschenrechte-1986/> (24.10.2018)

Anerkennung und Gleichstellung von Prostituierten, sowie Schutz vor Gewalt, Diskriminierung und Stigma sind.

Parallel zu dieser Entwicklung lasse sich allerdings eine weitere Verknüpfung von Menschenrechten und Prostitution beobachten, die einen ganz anderen Schwerpunkt gesetzt habe: Auf der internationalen Weltfrauenkonferenz in Mexiko 1975 hatten die Delegierten das Thema der Zwangsprostitution aufgegriffen und sie als Folter kritisiert. Davon ausgehend habe sich in den folgenden Jahren ein Diskurs entwickelt, der Prostitution als sexuelle Gewalt und Menschenrechtsverletzung gedeutet deutete. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand, so Dolinsek nun nicht mehr primär der Staat als Quelle von Menschenrechtsverletzungen, sondern die bezahlte sexuelle Interaktion an sich. Dieser Auffassung zufolge war es nicht ausreichend, nur die staatliche Regulierung abzuschaffen. Vielmehr sei Prostitution an sich zu unterbinden gewesen. Diese Vorstellung stand jedoch diametral der Forderung nach der Anerkennung von Prostitution entgegen. Somit hatten sich in den achtziger Jahren innerhalb des Feminismus zwei Positionen herauskristallisiert, die noch heute bestimmend seien und auch die Debatte um die Resolution von Amnesty International im Jahre 2015 geprägt hätten. Der zentrale Konflikt kreise um das folgende Problem: Können Prostituierte Menschenrechte haben oder ist dies unmöglich, solange Prostitution existiert?

Der dritte Vortrag des Panels wandte sich postkolonialen Gesellschaften zu. ANKE GRANESS (Wien) nahm das Verhältnis von Gender und Menschenrechten aus der Perspektive der afrikanischen feministischen Theorie in den Blick. Im Mittelpunkt stand die Kritik an Menschenrechtskonzepten wie sie von drei Autorinnen, Nkiru Nzegwu, Oyeronke Oyewumi und Fareda Banda, formuliert worden ist. Ihnen sei es gelungen, einen neuen Blick auf die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern, Kolonialismus/Postkolonialismus und Geschlecht, Rassismus und Geschlecht, sowie nach der Hegemonie der „westlichen Welt“ zu werfen.

Die feministischen Debatten aus Afrika seien bisher im Menschenrechtsdiskurs marginalisiert worden. In Diskursen und Institutionen hätten vor allem westliche Akteure eine wichtige Rolle gespielt. Das werfe die Frage danach auf, wer die definitorische Macht über Men-

schenrechte habe. Wenn man sich die Väter der *bill of rights* anschauere, dann habe man es vor allem mit Sklavenbesitzern zu tun. Es sei deshalb nicht verwunderlich, dass dieses Dokument immer wieder mit Verweis auf mangelnde Universalität infrage gestellt worden sei. Menschenrechte hätten so problemlos als ein weiterer imperialistischer Versuch gedeutet werden können, den Süden zu beherrschen. In Reaktion auf diese Kritik wurde eine Reihe regionaler Erklärungen verabschiedet, in der asiatische, afrikanische und muslimische Staaten ihr Verständnis von Menschenrechten darstellten. Kennzeichnend für all diese Erklärungen sei die starke Gewichtung des regionalen und kulturellen Kontextes gewesen. Zudem stellten alle genannten Erklärungen den Wert der Gemeinschaft über den des Individuums. Dieser Auffassung zufolge erhielten Individuen ihre Rechte als Mitglieder einer Gemeinschaft.

Feministische Theoretikerinnen kritisierten die damit einhergehende Relativierung. Im Zentrum stehe die Spannung zwischen kulturellen Rechten und dem Schutz der Rechte der Frau. Nicht selten würden in afrikanischen Ländern Rechte von Frauen mit dem Verweis auf kulturelle Werte und gemeinschaftliche Interessen eingeschränkt. Das sei problematisch. Nkiru Nzegwu argumentiere, die Vorstellungen einer typischen „afrikanischen Familie“ und „afrikanischen Frau“ seien das Ergebnis kolonialer Interpretationen. Das traditionelle afrikanische Rollenverständnis sei keineswegs so hierarchisch, wie im regionalen Menschenrechtsdiskurs häufig behauptet werde.

Oyeronke Oyewumi kritisiere die Übertragung westlicher Kategorien und Theorien auf andere Kulturen. Der westliche Genderdiskurs folge einem bestimmten Diskriminierungsdiskurs des Geschlechts. Geschlechterverhältnisse seien jedoch soziale Beziehungen, die kulturell und biologisch in einer bestimmten Situation etabliert würden. Konstruktionen von Geschlecht existierten nicht überall. Anhand einer Sprachanalyse komme Oyewumi zu dem Schluss, dass Frauen ihre Position in der vorkolonialen Gesellschaft nicht aus ihren biologischen Merkmalen bezogen hätten, sondern dass die Zugehörigkeit zu einer Verwandtschaftslinie und das Prinzip der Seniorität entscheidend gewesen sei. Die heutigen patriarchalen Strukturen seien Ergebnis der Kolonialisierung, erst das Kolonialrecht habe sie etabliert.

Fareda Banda argumentiere, dass sich die Frage nach Universalität

der Rechte in einer globalisierten Welt neu stelle. Die Debatte verlaufe im Wesentlichen entlang der Genderlinien, indem zwischen Gewohnheitsrecht und staatlichem Recht unterschieden werde. Ersteres werde auf den Bereich des Privaten angewandt: Besitzrecht, Erbrecht, Scheidungsrecht. Dies betreffe vor allem Frauen und sei weitgehend oral überliefert worden. Erst die Männer der Kolonialbehörden hätten es verschriftlicht und dabei verändert. Deshalb sei es nicht verwunderlich, dass es Männer privilegiere. Frauen seien nicht einbezogen worden. Deshalb könne es auch kein geschlechtsneutrales Konstrukt sein.

Allen drei Autorinnen sei gemeinsam, dass sie den Respekt vor „kulturellen Werten“ im postkolonialen Menschenrechtsdiskurs als Euphemismus für die Benachteiligung von Frauen kritisierten. Deshalb sei eine Neuschreibung der Geschichte so wichtig. Gleichzeitig müsse es aber auch um die Bewahrung kultureller Rechte gehen, die als Teil eines Befreiungsprozesses illegitimen europäischen Universalitätsansprüchen entgegensetzen seien.

Ein Vortrag REGULA LUDIS (Freiburg im Üechtland) über die Bedeutung der Menschenrechtssprache im Völkerbund fiel leider aus, hätte allerdings die regional, zeitlich und methodisch breit aufgestellten Sektion sicherlich gut ergänzt. Bedauerlicherweise war kein Kommentar vorgesehen, der die sehr heterogenen Beiträge auf der Grundlage der Überlegungen zusammenführte, die Birke und Dolinsek eingangs formuliert hatten. Da die Panelisten zudem ihre Zeit mehr als ausgeschöpft hatten, blieben am Ende nur noch knappe 20 Minuten für die Diskussion.

Diese kreiste zunächst um die Person Roosevelt und ihre vermeintliche Distanz zu Positionen der USA. Dabei habe es sich um ein früh zu beobachtendes idealisierendes Narrativ gehandelt. Die Sprache kam auch auf die kulturell argumentierende Menschenrechtskritik, auf die – wie Birke betonte – nicht nur in Afrika zurückgegriffen werde, sondern beispielsweise auch in Polen. Während die Philosophin Graneß betonte, dass die afrikanische feministische Theorie wichtig sei, um machtpolitische Interessen hinter der kolonialen Geschichtsschreibung aufzuzeigen, kam aus der Zuhörerschaft ein typischer Historiker-Kommentar: Eine so verstandene Geschichtsschreibung idealisiere die präkoloniale Vergangenheit und mache sie ebenfalls zum Instrument einer politischen

Agenda.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Roman Birke (Wien) / Sonja Dolinsek (Erfurt)

Roman Birke (Wien): Zwischen Aktivismus und Diplomatie. Eleanor Roosevelts Bedeutung für internationale Frauen- und Menschenrechte, 1936–1962

Sonja Dolinsek (Erfurt): „Haben“ Prostituierte Menschenrechte oder „ist“ Prostitution eine Menschenrechtsverletzung? Menschenrechte und die „Prostituierte“ im 20. Jahrhundert

Anke Graneß (Wien): Gender und der Menschenrechtsdiskurs in Afrika - Perspektiven aus der afrikanischen feministischen Theorie der Gegenwart

Tagungsbericht *Menschenrechte und Geschlecht im 20. Jahrhundert*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 26.10.2018.

---

### **Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Posttotalitäre Gesellschaften im Vergleich**

**Von:** Maximilian Kutzner, Historisches Institut, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Die Erforschung der NS-Vergangenheit und der mit ihr verbundenen personellen Kontinuitäten in Ministerien, Ämtern und Parlamenten in der Bundesrepublik und der DDR erlebt eine ungebrochene Konjunktur. Die internationale Perspektive auf dieses Feld, welche eine historische Bewertung und Einordnung der deutschen Fallbeispiele erst ermöglichen kann, blieb jedoch bisher ein Desiderat. Um dieses aufzulösen wurden in der Sektion Fälle von Elitenkontinuität in posttotalitären Phasen in Österreich und Italien, der Sowjetunion, China und Deutschland präsentiert. Das Thema des 52. Historikertages fand dabei doppelte

Anwendung: Einerseits wurden posttotalitäre Gesellschaften und deren Spaltungen diskutiert, andererseits die Ausdifferenzierung der Erinnerungspraktiken und -politik im internationalen Vergleich aufgezeigt.

Die Sektion soll einen Impuls zur Internationalisierung der Frage nach dem Umgang mit politischen, ideologischen und personellen Kontinuitäten in posttotalitären Gesellschaften leisten, hob PETER HOERES (Würzburg) einleitend hervor. Denn die große Zahl historischer Kommissionen zum Umgang mit der NS-Vergangenheit verstärkte in Deutschland einen methodischen Nationalismus, also eine nationalstaatliche Verengung auf diesem Feld, wobei in jüngster Zeit zumindest deutsch-deutsche Vergleiche angestellt wurden. Häufig werde zudem in der Diskussion implizit eine *Virtual History* oder *Alternate History* als Ideal mitgedacht, die eine intensivere Verfolgung der Belasteten, eine Verweigerung der Wiedereingliederung in den Beamtenapparat und in Ministerien, ja bisweilen auch in die Wirtschaft postuliert. Fraglich bleibe bei diesem konstruierten Idealverlauf der Aufarbeitung, wohin das belastete Personal letztlich hätte gesteckt werden sollen. Ferner könne man analog zur Frage nach den Altnazis in bundesdeutschen Behörden fragen, ob die, die sich nach 1933 als Nazis ausgegeben haben, wirklich solche waren, so Hoeres. Oft schwinde in der Debatte die unausgesprochene Annahme mit, die ehemalige Nazis als immerwährende Nazis hypostasiert und fixiert, aber ihre weiter zurückliegenden Prägungen und Sozialisationen nicht berücksichtigt.

Die zentrale Frage, welche Optionen und Handlungsspielräume es überhaupt in Umbruchgesellschaften gab und welche Bilanz der bundesdeutschen Aufarbeitung zu ziehen ist, verlange nach einem internationalen, empirisch gesättigten Vergleich. Ebenso gelte es zu betrachten, inwiefern das deutsche Beispiel ein Modell für andere Gesellschaften des Übergangs war, so Hoeres. Für die Bundesrepublik lasse sich konstatieren, dass die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Belastung – im Gegensatz zum populären Mythos – nicht mit der Achtundsechziger Bewegung begann, sondern bereits in den 1950er-Jahren. So fanden anlässlich des Oradour-Prozesses in Bordeaux schon im Jahr 1953 Zeugenaussagen und Täterprofile Eingang in die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Die Auseinandersetzung mit den Opfern der NS-Diktatur, so Hoeres zugespitzt, habe 1968 eher ein vorläufi-

ges Ende gefunden, da man sich nun auf die Funktionalisierung der NS-Vergangenheit für politische Gegenwartszwecke konzentrierte.

BASTIAN MATTEO SCIANNA (London) beleuchtete in seinem Vortrag die personellen Kontinuitäten im österreichischen und italienischen Militär nach 1945. Er wies darauf hin, dass es bereits im austrofaschistischen Ständestaat 1934–1938 Brüche in den militärischen Karrieren gegeben hatte. Mitglieder der verbotenen NSDAP wurden aus dem Dienst entlassen und nach dem Anschluss 1938, bei dem das Bundesheer keinen Widerstand leistete, wieder aufgenommen. Von den Generalen wurden 50 Prozent, von den Obersten 60 Prozent in die Wehrmacht übernommen. Dort galten sie als anerkannte Soldaten und konnten sich schnell eingliedern. Die Beteiligung von 1,3 Millionen Österreichern am Krieg habe es für das Bundesheer erschwert, nach seiner Gründung 1955 den Mythos des „Opfers der deutschen Nationalsozialisten“, wie es in Staat und Gesellschaft tradiert wurde, zu übernehmen. Dienstgrade der Wehrmacht, vom Oberst aufwärts, wurden auf Anweisung nicht ins Bundesheer übernommen. Stattdessen rückten jüngere Offiziere mit Fronterfahrung in Führungspositionen auf und prägten das Militär bis in die 1970er-Jahre. Diese Gruppe war jedoch stärker in das NS-System involviert und in den Völkermord verwickelt als die Älteren. Der Traditionserlass von 1967, der an die Vergangenheit der habsburgischen Armee anzuknüpfen versuchte, habe sich so im Bundesheer nicht vollständig etablieren können. Anders als die Wehrmacht war das italienische Militär nicht auf Mussolini, sondern auf den König vereidigt worden. Er blieb auch nach 1945 der Bezugspunkt und ermöglichte den Streitkräften eine „unpolitische Loyalität“ zur Republik, auch da italienische Prozesse gegen Kriegsverbrecher von den US-Amerikanern verhindert wurden. Das Anknüpfen an die Kontinuität von 1943, die Besetzung durch die Wehrmacht und der Sieg über den Faschismus, machte nach dem Krieg einen Traditionserlass obsolet. Zudem wurde Italien bereits 1945 als strategischer Partner im Ost-West-Konflikt wiederbewaffnet. Das Heer habe wegen der durchwachsenen Leistungen im Zweiten Weltkrieg nach 1945 mit massiven Imageproblemen zu kämpfen gehabt, so Scianna; die wenigen (eher unbedeutenden) militärischen Erfolge wurden dennoch zu Referenzpunkten der Traditionsbildung stilisiert.

Die Reformphase Chinas nach dem Tod von Mao Zedong 1976 wur-

de von KLAUS MÜHLHAHN (Berlin) beleuchtet. Die Volksrepublik war das erste sozialistische Land, in dem weitreichende institutionelle Reformen durchgesetzt wurden, wenngleich das Herrschaftssystem autoritär blieb. Die Krisen der westlichen Wirtschaften der 1970er-Jahre hätten dem Land neue Chancen geboten und den Zugang zum Weltmarkt erleichtert. Die politische Annäherung an die USA, die bereits 1972 begonnen hatte, sorgte für eine befriedete außenpolitische Situation, eine Bedingung für die positive wirtschaftliche Entwicklung. 1976 bis 1978 befand sich das politische System Chinas in einer Legitimationskrise. Zentrale Verheißungen des Maoismus hatten sich nicht erfüllt. Hua Guofang folgte als Vorsitzender der KPCh und ließ den ehemaligen Führungszirkel, die „Viererbande“ verhaften und vor Gericht stellen. Hua hielt aber an den Grundprinzipien des Maoismus, zentrale Macht und gelenkte Wirtschaft, fest. Deng Xiaoping folgte diesem Kurs nicht und wurde zum innerparteilichen Widersacher. Er habe einen pragmatischen Politikansatz entgegen gestellt, der vor allem auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation gezielt habe. 1979 übernahm Deng die Führung der Partei und setzte die Mao-Garden endgültig ab. Die „Viererbande“ wurde – als einzige Gruppe – vor Gericht gestellt und verurteilt. Deng versuchte zunächst die Wiederbelebung der Industrie mit planwirtschaftlichen Mitteln zu erreichen. Er wandte sich jedoch kurz darauf vom damit verbundenen Primat der Schwerindustrie ab und förderte gezielt andere Zweige. Parallel strengte er politische Reformen an. Die Leistungen Maos wurden grundsätzlich anerkannt, jedoch auch dessen Fehler und Exzesse verurteilt. 1984 prägte Deng den Begriff des „Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften“, mit dem er zugleich den Willen zu Reformen und die Macht der Partei bekräftigte. Die Grenzen der Liberalisierung seien auch weiterhin von der Partei und ihren Institutionen gesetzt worden, so Mühlhahn. Sie sei kein Hindernis, sondern die Quelle zur Überwindung des totalitären Gewaltregimes gewesen. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit habe jedoch vermieden werden sollen. Stattdessen sei das Primat der Wirtschaft ins Zentrum der Reform gerückt worden.

Die kritische Reflexion der Entstalinisierung und die Frage nach der Funktion und Nützlichkeit von Elitenkontinuitäten in Transformationsgesellschaften standen im Zentrum des Vortrags von CLAUDIA

WEBER (Frankfurt an der Oder). Der Tod Josef Stalins 1953 war eine Zäsur für die sowjetische Politik und Gesellschaft. Doch weiterhin hatten Herrschaftsstrukturen, Mentalitäten und personelle Konstellationen fortgewirkt. Die größte Repressionswelle der Sowjetunion, in die 40 Prozent aller Urteile wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ fielen, hat es in den Jahren 1956 bis 1959 gegeben. Die Entstalinisierung habe sich stalinistischer Mittel bedient, hob Weber hervor. Gleichzeitig besserten sich die Bedingungen in den Gefängnissen und Straflagern. Die Geheimrede von Nikita Chruschtschow, gehalten vor hochrangigen Parteimitgliedern auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, hätte nicht die Aufarbeitung der Gewalt zum Ziel gehabt, sondern sollte ein Integrationsangebot an die alten Eliten sein, ohne die die Sowjetunion nicht weiter existieren konnte. Stalin wurde als Alleinverantwortlicher für die Gewaltexzesse genannt (*blaming Stalin*). Damit wurde eine Praxis des Stalinismus, die Denunziation, auf den Diktator selbst angewendet. So wurde das Überleben stalinistischer Strukturen und Mentalitäten gesichert und zugleich ein Angebot zur Entlastung alter Eliten gegeben. Gezielt wurden die Akteure der deutsch-sowjetischen Kollaboration im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts vor 1941 verfolgt und hingerichtet, da ihre Existenz der Leiterzählung vom Großen Vaterländischen Krieg als Legitimationsbasis der Partei widersprach. Doch Gewaltakteure wie Roman Rudenko, der als ehemaliger Generalstaatsanwalt der Ukraine am Massaker von Katyn 1940 beteiligt war und 1961 Mitglied des ZK der KPdSU wurde, konnten im Poststalinismus ihre Macht auf- und ausbauen. Die Referentin plädierte dafür, Elitenkontinuität nicht als Skandalon, sondern im Kontext der komplexen Funktionalität in Transformationsgesellschaften zu sehen. Die Integration alter Gewaltakteure habe zur Gemeinschaftsstiftung und zur Stabilität in fragilen Phasen beitragen. Die Balance zwischen der Abgrenzung von der Vergangenheit und der Integration der Eliten habe eine schwierige Aufgabe für die Sowjetunion unter Chruschtschow dargestellt. Zugleich könne ein Zusammenhang zwischen Elitenumbruch und Vergangenheitsbewältigung nicht linear hergestellt werden.

JÖRN HAPPEL (Basel) beleuchtete in seinem Vortrag personelle Verbindungslinien der sowjetisch-russischen Diplomatie. Er widersprach der These, nach der Sergej Lawrow, seit 2004 russischer Außenminister,

sich in Umgangsformen und Habitus fundamental von seinen Vorgängern der Sowjetunion unterscheidet. Lawrow erlernte sein Handwerk vor 1989 am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO). Von dort kam seit der Gründung 1944 die Elite der sowjetischen Diplomatie. Das Außenministerium hatte wenig Bedeutung in der Parteiführung, so dass zahlreiche Funktionseliten des Amtes nach 1989 ihre Karrieren unbeschadet weiter fortsetzen konnten. Die Jahrgänge 1950 bis 1963, zu denen Lawrow gehört, studierten am MGIMO und stehen heute an der Spitze der Diplomatie osteuropäischer Staaten. Aufgebaut wurde das Institut von Wjatscheslaw Molotow, 1939 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten. Er gehörte zum inneren Machtzirkel Stalins. Nach der Übernahme des Außenministeriums setzte er junge und unerfahrene, aber ideologisch geschulte Diplomaten ein. Dieser Stalinisierung des Politikstils habe auch die Gründung der MGIMO gedient. Dort wurde das Ideal des sowjetischen Diplomaten geprägt: Männlich, hoch gebildet, mehrsprachig, geschult in Parteigeschichte und -ideologie, gut gekleidet, mit einem militärischen Dienstrang. Molotow prägte die Formel vom „Drohen und Werben“. Einerseits sollten die Diplomaten in der Sache hart verhandeln und notfalls auf die militärische Stärke der Sowjetunion verweisen, andererseits für deren wirtschaftlich, gesellschaftliche und kulturelle Vorzüge werben. Nach Molotows Parteiausschluss im Zuge der Entstalinisierung leitete sein Musterschüler Andrej Gromyko zwischen 1957 und 1985 das Außenministerium. Er habe den Idealtypus des Sowjetdiplomaten verkörpert, in dessen Traditionslinie auch Lawrow stehe. Die ersten Außenminister nach 1989 stammten zwar ebenfalls von der MGIMO, verkörperten jedoch weniger deren Leitbilder. Lawrows Stil der bewussten Übertretung diplomatischer Grundregeln stehe hingegen stärker in der Tradition des Instituts und der sowjetischen Außenpolitik, so Happel.

TILMAN MAYER (Bonn) untersuchte die Stabilität von Mentalitäten, Werten und politischen Orientierungen bei der DDR-Bevölkerung und ihren Eliten nach 1990. Das vereinte Deutschland habe nach der Friedlichen Revolution eine erneute Spaltung innerhalb der neuen Bundesländer erlebt: in Anhänger der Einigung und Verteidiger des alten Regimes. Die PDS habe als Nachfolgepartei der vormals staatstragenden

SED ein latent spalterisches Interesse vertreten, da sie Ressentiments gegen die Wiedervereinigung gestreut habe, so Mayer. Zusätzlich führte der ökonomische und sozialpolitische Umwandlungsprozess zu Verwerfungen. Die Gesellschaft in der ehemaligen DDR war aufnahmebereit für solche Vorurteile. Hinzu kamen erzieherische Prägungen. Die Eliten aus dem Westen, die die politische und wirtschaftliche Führung in den neuen Bundesländern übernahmen, konnten diese nicht überwinden. Dies führt zu einem eindeutigen Befund: Die Kontinuität von Werten, Mentalitäten und politischen Einstellungen in der Bevölkerung der ehemaligen DDR verstärkte nach der Wiedervereinigung das Gefühl, ein Opfer des Vereinigungsprozesses zu sein. Die PDS habe sich selbst als die Stimme dieser Opfer stilisiert und damit politischen Profit aus den Anpassungsschwierigkeiten geschlagen und der jungen DDR-Elite die Fortsetzung ihrer Karrieren ermöglicht, während im übrigen Politikbetrieb, wie auch im Militär, ein nahezu vollständiger Elitenaustausch stattfand. Doch der sich langsam einstellende Erfolg und die damit einhergehende Akzeptanz für das politische und vor allem wirtschaftliche System des Westens führten dazu, dass es innerhalb der Partei keine nennenswerten Bestrebungen zum Revisionismus oder der Inakzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft gab, obwohl Arbeitslosigkeit und der Niedergang der Industrie in Ostdeutschland Kollateralschäden erzeugt hatten. Die Mentalitätsunterschiede, aus denen die PDS früh ihren politischen Kurs ableitete, bestünden bis heute in erheblichem Umfang fort, auch zwischen Ost- und West-Europa, so Mayer.

In seinem Kommentar bilanzierte JÖRG BABEROWSKI (Berlin), dass Elitenkontinuität ein elementarer Bestandteil aller vorgestellten Wandlungsprozesse war. Bei deren historischer Beurteilung müssten die kontextualen Bedingungen des Übergangs genau betrachtet und nicht vorschnell moralische Wertmaßstäbe angelegt werden. In China und der Sowjetunion wurde durch die Beibehaltung autoritärer Strukturen die Legitimation der neuen Machthaber gesichert. Zu beachten sei hier die Konstellation der Entscheidungsmöglichkeiten. Für die neuen Machthaber barg die Abschaffung aller repressiven Mittel nach einem totalitären Regime ein gehöriges Risiko, da sie keine Erfahrung mit den Dynamiken freiheitlicher Gesellschaften hatten. Ein grundsätzlicher Unterschied der Aufarbeitung von Gewalt zwischen diesen Regimen



und den Umbrüchen in Deutschland, Österreich und Italien sei die Richtungswirkung der zuvor praktizierten Gewalt gewesen: Während der NS-Staat und seine Ideologie sich primär gegen Feinde nach außen richteten, zielten Stalins und Maos Repressionen nach innen, gegen die eigene Bevölkerung. Das deutsche Beispiel der politischen, juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit war eine Besonderheit, während in den übrigen Umbruchgesellschaften zumeist Amnestie und Amnesie den Aufarbeitungsprozess bestimmten.

In der abschließenden Diskussion wurden insbesondere die Frage von Entschädigungsverfahren und die Anknüpfung an nationale Traditionen nach einer Zäsur, wie etwa im Baltikum, debattiert. Die Sektion hat deutlich gemacht, dass die deutsche Elitenkontinuität und Vergangenheitspolitik nicht mehr isoliert betrachtet werden kann, sondern in den Kontext anderer Transformationsgeschichten in posttotalitären Gesellschaften gestellt werden sollten. Dabei zeigt sich der deutsche Umgang mit der NS-Diktatur bisher in Intensität und Umfang der juristischen, moralischen und politischen „Vergangenheitsbewältigung“ als deutlicher Sonderfall.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Peter Hoeres (Würzburg)

Peter Hoeres (Würzburg): Einführung

Bastian Matteo Scianna (London): Das italienische Militär nach dem Faschismus und das österreichische Bundesheer nach dem Nationalsozialismus

Klaus Mühlhahn (Berlin): Die Herausbildung von Chinas posttotalitärem Autoritarismus: Eine institutionengeschichtliche Analyse

Claudia Weber (Frankfurt an der Oder): Chruščëvs „Tauwetter“ und die Gewalt. Akteure und Mythen der Entstalinisierung

Jörn Happel (Basel): Das Erbe Molotovs. Die russische Diplomaten-Elite nach dem Ende der Sowjetunion

Tilman Mayer (Bonn): Wie stabil blieben Mentalitäten, Werte und politische Orientierungen der DDR-Eliten und der DDR-Bevölkerung nach

der Wende?

Jörg Baberowski (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht *Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Posttotalitäre Gesellschaften im Vergleich*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 02.11.2018.

---

### **Die vertikale Spaltung. Staatliches Handeln und Klassendifferenzierungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts**

**Von:** Kyra Palberg, Historisches Institut, Universität Duisburg-Essen

„Die soziale Ungleichheit ist wieder da!“. So kommentieren Friedrich Lenger und Dietmar Süß die gegenwärtige politische Debatte und wissenschaftliche Diskussion in einem Beitrag zur sozialen Ungleichheit in der Geschichte moderner Industriegesellschaften im Jahr 2014.<sup>1</sup> Wenn es – wie auf dem Historikertag 2018 – um gespaltene Gesellschaften gehen soll, dann liegt die Frage nach sozialer Ungleichheit auf der Hand. So eignet sich der Klassenbegriff vielleicht in besonderem Maße, um gesellschaftliche Spaltungen in der Moderne zu beschreiben, unterstellt er doch – zumindest im Marx’schen Sinne – eine notwendige, weil systemerhaltene Kausalität des Widerspruchs zwischen Arbeiter/innen und Kapitalist/innen, der Differenz zwischen Armen und Reichen. Mit dem Rückgriff auf den Klassenbegriff kann also die an Strukturprinzipien interessierte Geschichtswissenschaft Erkenntnisse zu Mechanismen sozialer Ungleichheit liefern und damit an gegenwärtige Problemlagen anknüpfen. Inwieweit sich der Klassenbegriff eignet, um auch Ursachen und Genese sozialer Ungleichheiten in der Zeitgeschichte zu analysieren, sollte in der Sektion vergleichend diskutiert werden.

<sup>1</sup> Friedrich Lenger / Dietmar Süß, Soziale Ungleichheit in der Geschichte moderner Industriegesellschaften in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 3–24.

Zur Einführung der gemeinsam mit MARC BUGGELN (Berlin) organisierten Sektion konstatierte NICOLE KRAMER (Frankfurt am Main) ein Auseinanderdriften von Einkommen, Besitz und Teilhabechancen in den OECD-Ländern. Als Ausgangspunkt dienten die Beobachtung einer wachsenden sozialen Ungleichheit und die These, dass nicht nur der Markt, sondern auch staatliches Handeln die Gräben zwischen Arm und Reich vertiefte. Die Vorträge fokussierten sich demnach auf *staatliches Handeln* einerseits und *auf den Staat bezogenes Handeln* andererseits. Über einen Fokus auf Steuer- und Sozialpolitik sollten die Vorträge zeigen, wie sich staatliches Handeln auswirke und so Klassenbildungsprozesse anstoße und produziere. Begleitet wurden die Vorträge durch die unterschiedlich stark konnotierte Frage, ob soziale Ungleichheiten zunehmend zu Spaltungen in der Gesellschaft führten oder ob die Steuer- und Sozialleistungspolitik in den modernen Wohlfahrtsstaaten vielmehr längst den Gegensatz zwischen Arm und Reich auflöse. Mit der Frage, wie sich Klasseninteressen etwa in Form von Reformwünschen ausdrücken, sollte der Blick über Zahlen und Statistiken hinausgelenkt werden. So sollte nicht etwa die wachsende soziale Ungleichheit anhand von Zahlen belegt, sondern vor allem auch Einblicke in konkrete Aushandlungsprozesse gegeben werden.

Ausgehend von der Beobachtung, dass die Entwicklungen von Staatlichkeit seit den 1980er-Jahren in der Geschichtswissenschaft vernachlässigt wurde, beschrieb JENNY PLEINEN (Augsburg) Steuern und Regulierung als Umverteilungsregime. Die Frage, inwiefern Begriffe wie ‚Klasse‘ oder ‚Schicht‘ in den politischen Auseinandersetzungen um staatliche Umverteilungsprozesse eine Rolle spielten, beantwortete Pleinen eher nebenbei, indem sie britischen Bürger/innen ein Selbstverständnis als *Klassengesellschaft* attestierte.<sup>2</sup> In ihrer Analyse nutzte sie allerdings den Begriff der *Schichten*.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Zur Selbstbeschreibung der britischen Gesellschaft als Klassengesellschaft siehe vor allem: Kerstin Brückweh / Martina Steber, *Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 671–701.

<sup>3</sup> In dem von Jenny Pleinen verfassten Docupedia-Artikel zum Klassenbegriff differenziert sie: „Soziale Schichten sind durchlässiger und weniger statisch als Klassen, setzen also implizit die Möglichkeit von sozialer Mobilität voraus. Außerdem distanzieren sich die meisten Schichtenmodelle vom Postulat eines grundsätzlichen

Um die Veränderungen britischer Staatsinterventionen unter der Regierung von Margaret Thatcher zu beschreiben, griff Pleinen auf Einkommensstatistiken zurück. Pleinen betonte, dass sie sich bewusst nicht auf die häufig im Mittelpunkt wissenschaftlicher Auseinandersetzung stehende Rhetorik Thatchers fokussiere, sondern die Auswirkungen von Steuern, Staatsausgaben und Regulierungen auf die Einkommens- und Besitzverhältnisse untersucht. Konkret fragte sie, welche sozialen Gruppen von der Politik der 1980er-Jahre profitierten und welche an Einkommen verloren.

Pleinen, die ihre Thesen maßgeblich auf Statistiken stützte, räumte die Schwierigkeit dieses Vorgehens selbst ein. Schließlich umfassen die verfügbaren Zahlen nur diejenigen Einkommen, die tatsächlich besteuert wurden. In den Statistiken wird hingegen nicht sichtbar, dass es unter Thatcher zu einer Erleichterung der Steuerhinterziehung kam: Strategien der Steuervermeidung standen in erster Linie den oberen Einkommensschichten zur Verfügung. Auch die Erbschaftssteuer sank, was wiederum eine Erleichterung für wohlhabendere Schichten darstellte.

Pleinen hinterfragte das Narrativ eines britischen Exzeptionismus, zu dem insbesondere ein radikaler Rückzug des Staates aus allen Lebensbereichen gehört. Überzeugend war Pleinens Argument, dass die Regierung ab Mitte der 1980er-Jahre auf eine ‚aktivierende‘ Arbeitsmarktpolitik in Form von Qualifikationsprogrammen und weiteren Disziplinierungsmaßnahmen durch Jobcenter setzte. Durch diese Politik seien Repressionen gegenüber Arbeitslosen ermöglicht und hervorgehoben worden. Die These eines Staatsrückzuges lässt sich daher nach Pleinen nicht halten und sei zudem irreführend, da sie von den Gewinner/innen und Verlierer/innen des Systemumbaus ablenkt.<sup>4</sup> In der Diskussion konkretisierte Pleinen ihre These dahingehend, dass Thatchers Steuerpolitik zwar nicht „neutral“, aber dennoch weit weniger

Konflikts zwischen sozialen Gruppen, das zumindest den am Marx’schen Klassenmodell orientierten Klassentheorien zugrunde liegt.“ Vgl. Jenny Pleinen, *Klasse*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 10.3.2015, URL: <http://docupedia.de/zg/Klasse?oldid=125778>. Versionen: 1.0.

<sup>4</sup> Zur These, dass Thatcher nicht strikt neoliberal agierte und die Schrumpfung des Staates vorerst als nachrangig betrachtete, siehe auch: Marc Buggeln, *Steuern nach dem Boom. Die Öffentlichen Finanzen in den westlichen Industrienationen und ihre gesellschaftliche Verteilungswirkung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 47–89, insbes. S. 61.

radikal gewesen sei als häufig angenommen, da ihr Werk hauptsächlich daraus bestanden hätte, die „Kosmetik“ fallen zu lassen, sodass der Staat sich zu einer schon lange nicht mehr vorhandenen Progressivität offen bekannte. Weiterführend wäre hier ein Blick in die Governmentality Studies interessant gewesen, um das Zusammenspiel von Marktradikalität, Repression und Selbstmanagement im Zuge neoliberaler Transformationen deutlich zu machen.

Losgelöst von statistisch dargestellten Veränderungen beschäftigte sich MARC BUGGELN (Berlin) mit steuerpolitischen Vorstellungen und Forderungen von Interessenverbänden. Ausgangspunkt seines Zugriffs über Interessengruppen, war die Feststellung, dass diese in klassischen Demokratieüberlegungen nicht berücksichtigt würden.<sup>5</sup> Indem er in seinem Vortrag die Positionen von Arbeitgeber/innen- und Arbeitnehmer/innen am Beispiel des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) gegenüberstellte, folgte er dem Marx'schen Widerspruch von Kapitalist/innen und Lohnarbeiter/innen. Die Zusammensetzung beider Verbände ist damit durch eine gemeinsame ökonomische Lage gekennzeichnet. Buggeln konstatierte auch inhaltlich einen Gegensatz in den Positionen der Verbände: Während der BDI beispielsweise für eine Absenkung der Steuerquote warb, sprach sich der DGB lange strikt gegen eine lineare Steuerabsenkung aus. Davon ausgehend formulierte Buggeln die leitende Frage, inwiefern demokratische Verteilungskämpfe als Klassenkämpfe begriffen werden könnten. Buggeln verwies in seinem Vortrag vor allem auf die zentralen Rollen einzelner Personen, wie der CDU-Politiker Curt Becker (BDI) und Paul Binder und deren konkretes Einwirken auf staatliche Steuerpolitik. So hätte der BDI beispielsweise besonderen Einfluss auf die Entscheidung zur Einführung der Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik genommen. Während die Positionen des BDI über den Untersuchungszeitraum konstant blieben, beschrieb Buggeln für die Positionen des DGB einen starken Wandel. Diese Veränderungen führte er darauf zurück, dass die Arbeiter/innen zunehmend in mittlere Gehaltsklassen aufstiegen und der DGB sich an die Wünsche seiner

<sup>5</sup> Hier verwies Buggeln auf Pierre Rosanvallon, der für ein sozial- und ideengeschichtlich erweitertes Demokratieverständnis plädiert, das Partizipationsmöglichkeiten und -versuche verschiedener Interessengruppen berücksichtigt.

Mitglieder anpasste.

Buggelns Fazit setzte auf zwei Ebenen an: Einerseits konstatierte er eine historische Veränderung der sozialen Position der Arbeiter/innenschaft, durch die es zu einer Abmilderung der Gegensätze in der Steuerpolitik kam, allerdings keineswegs zu deren Verschwinden. Die Steuerpolitik stelle demnach einen (tendenziell lösbaren) Verteilungskonflikt dar – einen wirklichen ideologischen Konflikt sah Buggeln lediglich in Hinblick auf die Erbschaftssteuer. Auf methodischer bzw. konzeptioneller Ebene schloss Buggeln mit dem Plädoyer für eine Sensibilisierung des Agierens von Verbänden in der Demokratie, da diese Reformen vorantrieben.

Wie sich der Erfolg von solidarischen Wohlfahrtsstaaten in Belgien und den Niederlanden nach dem Zweiten Weltkrieg erklären lasse, stand als Frage zu Beginn des Vortrags von DENNIE OUDE NIJHUIS (Leiden). Oude Nijhuis fokussierte sich auf die Rolle der Mittelklasse in europäischen Sozialsystemen und fragte in seinem Vortrag nach der Bedeutung christlich-demokratischer Parteien für die Expansion des Wohlfahrtsstaates nach dem zweiten Weltkrieg. Im Fokus seiner international vergleichenden Studie standen Belgien, die Niederlande und Schweden, da diese sehr großzügige Sozialleistungssysteme entwickelt hätten.

Insbesondere betonte Oude Nijhuis die Bedeutung des Wettbewerbs um Wähler/innen, vor allem der Mittelklasse. So argumentierte er, dass ein starker Wahlwettbewerb christlich-demokratische Parteien daran hindere, freigiebige Wohlfahrtsprogramme einzuführen und auszubauen. Auch in diesem Kontext nehme die Mittelklasse eine besondere Rolle ein: Ein geringer Wettbewerb um Wähler/innen der ‚Mitte‘ habe den Ausbau der Wohlfahrtsstaaten in Belgien und den Niederlanden nach dem Zweiten Weltkrieg erleichtert. Ausgehend von diesen Beobachtungen betonte Nijhuis die Schlüsselrolle der Mittelklasse im Kontext der staatspolitischen Ausrichtung. Ob Staaten nach rechts oder links tendierten, hänge damit zusammen, von welchen Parteien jene erreicht würden.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Diese Überlegungen beziehen sich vor allem auf: Robert E. Goodin, / Julian Le Grand (Hrsg.), Not only the poor. The middle classes and the welfare state. New York 2018; Torben Iversen / David Soskice, Electoral Institutions and the Politics of Coalitions.

An den Vortrag ließen sich sinnvoll weiterführende konzeptionelle Überlegungen anschließen, so die Frage danach, ob das Anknüpfen an Weber für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts der Marx'schen Klassendichotomie tatsächlich überlegen ist, wie es beispielsweise Lenger und Süß konstatieren, da so eine wichtiger werdende Mittelschicht erfasst werden kann.<sup>7</sup> Zudem wäre eine stärkere Fokussierung auf die Frage interessant gewesen, inwiefern sich die Mittelklasse zunehmend als politisches Kollektiv herausbildet.<sup>8</sup>

Mit der Frage, ob der Sozialstaat nicht nur Ungleichheiten, sondern auch Klassen schaffe, griff NICOLE KRAMER (Frankfurt am Main) die die Sektion rahmenden Fragen erneut auf. Sie nutzte das von M. Rainer Lepsius vorgelegte Konzept der Versorgungsklassen, welches die von Max Weber getroffene Unterscheidung von Besitz- und Erwerbsklassen ergänzen soll.<sup>9</sup> Die Umverteilung durch den Sozialstaat verlaufe nach Kramer insofern weniger radikal, als dass Menschen mit wenig Einkommen nichtsdestoweniger indirekte Steuern und Sozialabgaben zahlten. Der Sozialstaat schaffe demnach radikal neue Ungleichheiten, indem eine unterprivilegierte Versorgungsklasse entstehe, zu der vor allem Mütter, Schwangere und Ehefrauen zählten. Diese würden weniger von sozialpolitischen Transfereinkommen profitieren und zugleich eine geringere Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen aufweisen. Ausgehend von dieser Beobachtung und anknüpfend an die einleitenden Überlegungen konstatierte Kramer, dass der Staat nicht nur

Why Some Democracies Redistribute More than Others. In: The American Political Science Review 100 (2006) 2, S. 165–181.

<sup>7</sup> Vgl. Friedrich Lenger / Dietmar Süß, Soziale Ungleichheit in der Geschichte moderner Industriegesellschaften in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 3–24, insbes. S. 12.

<sup>8</sup> Mit Bezug auf Harold Wilensky stellt Marc Buggeln heraus, dass „die Mittelschicht generell eher gegen stark progressive Steuern eingestellt ist und Regierungen sie nur für den starken Ausbau des Wohlfahrtsstaats gewinnen können, wenn dieser stärker durch regressive Steuern finanziert wird.“ Siehe: Marc Buggeln: Steuern nach dem Boom., Die Öffentlichen Finanzen in den westlichen Industrienationen und ihre gesellschaftliche Verteilungswirkung, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 54. Und vergleichend: Harold L. Wilensky, Rich Democracies. Political Economy, Public Policy, and Performance, Berkeley, CA / Los Angeles etc. 2002.

<sup>9</sup> Vgl. M. Rainer Lepsius, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierung, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 166–209.

die Verlängerung des Marktes sei, sondern zum autonomen Verursacher sozialer Ungleichheit würde.

Anhand von Frauen als durch den sozialstaatlichen Um- und Rückbau hervorgebrachte unterprivilegierte Versorgungsklasse demonstrierte Kramer, dass ein Klassenbegriff auch gerade aufgrund seiner Konnotation als Kampfbegriff in der historischen Analyse sinnvoll sein kann. So zeigte sie, wie eine kontinuierliche Schlechterstellung von Frauen zum Selbstverständnis als politisches Kollektiv innerhalb der Neuen Frauenbewegung führte.<sup>10</sup> Eine fortwährende Vertiefung der Geschlechterunterschiede resultierte somit in internationalen Forderungen wie „Lohn für Hausarbeit“, welche das dem Kapitalismus inhärenten Machtverhältnis zwischen entlohnter und nichtentlohnter Arbeit unterlaufen sollten. Die strukturelle Benachteiligung sei also zum Movens verschiedener Gruppen geworden, die zunehmend eine Sensibilisierung für „Schlechtergestellte“ erreichten und auf Doppelbelastungen aufmerksam machten.

LUTZ RAPHAEL (Trier) kritisierte die allen Vorträgen inhärente Unterstellung einer Kontinuität nach 1973. Er kommentierte, dass die Gemeinsamkeit der Vorträge ihr revisionistischer Unterton gewesen sei und konstatierte einen überraschenden akademischen Hype um Themen der sozialen Ungleichheit. Zwar teilte Raphael die Überzeugung, dass es Aufgabe von Historiker/innen sei, Entstehungsprozesse von Ungleichheiten zu analysieren, kritisierte jedoch den Klassenbegriff als methodisches Werkzeug. Vielmehr hätten sich Umverteilungsprozesse nach 1945 klassenübergreifend vollzogen. Nach Raphael stehen seit den 1970er-Jahren Klasseninteressen nicht mehr im Mittelpunkt der Konflikte. Vielmehr hätten Bürger/innen konservative Erwartungen an ihre Sozialbürgerschaft.

Über die vielfältigen Fallbeispiele sollte das Potential des Klassenbegriffs für die Analyse westeuropäischer Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgelotet werden. Um dieses Ziel der Sek-

<sup>10</sup> Ausführlicher zur Beziehung von Geschlecht und Wohlfahrtsstaat, aber auch explizit zur Neuen Frauenbewegung und „Lohn für Hausarbeit“, siehe: Nicole Kramer: Neue soziale Bewegungen, Sozialwissenschaften und die Erweiterung des Sozialstaats. Familien- und Altenpolitik in den 1970er und 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 211–230.

tion zu gewährleisten, wäre die Verständigung auf ein gemeinsames Konzept von *Klasse* oder *Schicht* hilfreich gewesen. Eine Debatte darüber, inwiefern ein Marx'sches Verständnis von Klassen mit einem Blick auf Klassenbildungsprozesse vereinbar sein kann, wäre eine lohnenswerte Debatte. Ebenso wären Fragen nach der Rolle sozialer Mobilität und Zusammenhängen von *class*, *race* und *gender* interessant zu diskutieren. Dies würde auch Debatten über die Mehrdimensionalität sozialer Ungleichheit ermöglichen, wie sie zum Beispiel Pierre Bourdieu angestoßen hat.<sup>11</sup> Offen blieb auch eine Anlehnung bzw. Abgrenzung zur älteren sozialgeschichtlichen Forschung über soziale Ungleichheit, so beispielsweise von Jürgen Kocka<sup>12</sup> und Hans-Ulrich Wehler<sup>13</sup>.

Auch wenn an manchen Stellen, ein stärker dekonstruierender Umgang mit Statistiken wünschenswert gewesen wäre, waren die Vorträge insgesamt sehr erhellend und konnten zeigen, dass der Zugriff auf die Konstruktion gesellschaftlicher Ungleichheitsstrukturen über Steuer- und Sozialpolitik lohnenswert ist.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Nicole Kramer (Frankfurt am Main) / Marc Buggeln (Berlin)

Moderation: Ulrike Lindner (Köln)

Nicole Kramer (Frankfurt am Main): Einführung

Jenny Pleinen (Augsburg): Rückzug des Staates? Fiskalsoziologische Überlegungen zur britischen Staatlichkeit seit den 1980er Jahren

Marc Buggeln (Berlin): Klassenkampf als Verteilungskampf in der Demokratie: Steuerpolitik und Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989

<sup>11</sup> Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 25. Aufl. Frankfurt am Main 2016.

<sup>12</sup> Zum Beispiel: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918. 2. Aufl. Göttingen 2011. Oder: Jürgen Kocka, Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse. Bonn 2015.

<sup>13</sup> Hans-Ulrich Wehler / Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte. Göttingen 1979.

Dennie Oude Nijhuis (Leiden): Christian Democracy and the Political Foundations of Social Solidarity in Belgium and the Netherlands, 1944-1982

Nicole Kramer (Frankfurt am Main): Zum Verhältnis von Versorgungsklassen, Wohlfahrtsstaatsabbau und sozialer Exklusion, 1970-2000

Lutz Raphael (Trier): Kommentar

Tagungsbericht *Die vertikale Spaltung. Staatliches Handeln und Klassendifferenzierungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

---

#### Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft? Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Transformations- und Umbruchszeit nach 1990

**Von:** Daniel Trabalski, Forschungsbereich Bergbaugeschichte, Deutsches Bergbau-Museum Bochum

Zur Eröffnung der Sektion begrüßte CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) das Publikum zum „Münsteraner Transformationsnachmittag“ – der leider räumlich getrennt stattfinden musste. Denn während Constantin Goschler hier am Domplatz zur Frage „Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft?“ den Ball ins Feld warf, begann am 500 Meter entfernten Schlossplatz die Sektion der Kolleginnen und Kollegen der osteuropäischen Geschichte mit thematisch anschlussfähigen und sinnverwandten Beiträgen. Dem angedeuteten Verdacht des auf Grund dieser Kollision womöglich gespaltenen Publikums zum Trotz sollte die Sektion aber nicht zum Fernduell geraten. Stattdessen versprach der Fokus auf die deutsch-deutsche Umbruchszeit nach 1990 eine konzentrierte Debatte.

Denn so polarisierend wie die in jüngster Zeit wieder aufwallende Debatte über die Gräben zwischen Ost und West war und ist, so ungeklärt scheinen bislang die zeitgeschichtlichen Zugänge zur Histori-

sierung des nach wie vor (oder wieder) brandaktuellen Einigungsprozesses. Vom Hochsitz des Historikers aus versuchte Constantin Goscler daher einleitend einige der Kernbegriffe ins Visier zu nehmen, mit denen u. a. Kocka, Jarausch, Sabrow und Bösch bislang versucht haben, der noch immer aus allen sozialstatistischen Karten hervortretenden „un-toten DDR“ habhaft zu werden, und formulierte die – so viel vorweg: offen gebliebene – Frage, welche Ganzheits- und Einheitsvorstellungen dem namensgebenden Begriff des Historikertags der „Gespaltenen Gesellschaft“ eigentlich gegenüberstehen. Da „das Ganze“ stets umstritten sei, sei zu fragen, welche Unterschiede zwischen Ost und West überhaupt thematisiert würden. Für die zeithistorische Forschung ergebe sich daraus wiederum die Frage, wie sie durch einen breiteren Quellenzugang über die bisherigen politik- und sozialwissenschaftlichen Arbeiten hinausgelangen könne, und inwieweit deren vorliegende umfassende Forschung selbst schon wieder kritischer Quellenarbeit unterzogen werden müsste.

ANDRÉ STEINER (Potsdam) interessierte sich besonders für die Akteure und Interessen im unternehmerischen Umbruchsprozess. So bot er auch gleich zu Beginn mit seinem Vortrag zum „Fall Carl Zeiss Jena“ einen teilweise kontraintuitiven Einblick gegenüber gängigen Narrativen, welche die Ausgangslage nahelegte: Durch die deutsche Teilung hatte es seit 1945 zwei Unternehmen Carl Zeiss gegeben, einmal als Kombinat am ursprünglichen Standort in Jena, ein zweites Mal als Neugründung nach Westen geflohener ehemaliger Carl-Zeiss-Mitarbeiter im baden-württembergischen Oberkochen mit eigener Stiftung in Heidenheim. Beide Unternehmen beriefen sich auf den einstigen Firmengründer und sprachen einander das Existenzrecht ab.

Durch die Wiedervereinigung 1990 schienen die beiden Unternehmen vor ihrer naturgemäßen Wiederzusammenführung zu stehen. Doch diese sollte sich für beide Seiten als schwierig und schmerzhaft erweisen und alte Gräben vertiefen sowie neue Gräben aufreißen. Zum einen stritten die West- und die Oststiftung über Markenrechte und Kapitalansprüche, und zum anderen standen sie sich als wirtschaftliche Konkurrenten gegenüber. Außerdem schalteten sich 1991 die Landesregierungen Baden-Württembergs und Thüringens ein.

Der Thüringer Standort wies einen erheblichen Investitionsbedarf

auf, der die finanziellen Möglichkeiten der unter wirtschaftlichem Druck stehenden westdeutschen Stiftung überstieg. Das Prestige des Namens Carl Zeiss erwies sich aber als wichtige Triebfeder für die Unternehmenszusammenführung. Nicht nur in Jena erwartete man die Rückkehr an den thüringischen Traditionsstandort. Auch die Treuhandanstalt drängte auf eine Beteiligung des westdeutschen Unternehmens, das sich wegen seiner begrenzten eigenen Ressourcen zu einer Minimallösung für die sanierungsbedürftige Ost-Schwester entschied.

Zwar sei die Vereinigung rückblickend an sich als Erfolg zu bezeichnen. Der Fall Carl Zeiss zeige aber einerseits, dass das Standard-Narrativ übermächtiger Westkonzerne gegenüber ohnmächtigen ostdeutschen Standorten zu hinterfragen sei, und andererseits, dass der globale strukturelle und wirtschaftliche Wandel größeres Gewicht für die Unternehmensentwicklung besaß, als der deutsch-deutsche Einigungsprozess.

Einen noch genaueren Blick auf einzelne Akteure und ihre Geschichten hat sich UTA BRETSCHNEIDER (Kloster Veßra) für ihr anlaufendes Forschungsvorhaben vorgenommen, das sie in ihrem Vortrag skizzierte. Mit dem paradoxen Titel „Gescheiterte Erfolgsgeschichten?“ lag ihr Ausgangspunkt in der Ambivalenz zwischen dem gemeinhin als einer der wenigen Erfolge ostdeutscher wirtschaftlicher Transformation geltenden Privatisierung der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften (LPG), und der sich auf der Mikroebene abspielenden „tiefgreifende[n] und folgenreiche[n] Krise, in der das Individuum seine Handlungsfähigkeit“ im Umbruchsprozess verliere.

Entgegen der Erfolgsgeschichte solle das individuelle Handeln der Akteure unter dem Blick des Scheiterns untersucht werden. Dabei rückten Hoffnungen, Erwartungen und Handlungsmöglichkeiten in den Fokus. Denn die Einführung des westlichen Modells der Landwirtschaft scheiterte 1990. Während die Bauern zwar im Besitz des Landes blieben, gingen Maschinen und Gebäude in Genossenschaftseigentum über. Diese Transformation zu Genossenschaften verlief aber oftmals turbulent und wurde von Vorwürfen der Korruption, der Bevormundung und des Betrugs überschattet.

Hinzu kam, dass die Auflösung der LPGen einen scharfen Bruch im kollektiven arbeits- und lebensweltlichen Gefüge markierte. Neben etwa 100.000 Arbeitsplätzen fielen auch die um die LPGen bestehen-

den Infrastrukturen des Sozialkollektivismus der DDR weg. Die schon vor 1990 bestehenden Nachwuchsprobleme der Landwirtschaft bestanden indes nach der Wiedervereinigung weiter. Unter jenen, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagten, waren daher neben ehemaligen LPG-Mitgliedern („Wiedererrichter“) auch – zum Teil aus den alten Bundesländern stammende – „Neu-Errichter“, die vor Ort aber kaum präsent waren. Eine dritte zu untersuchende Gruppe sind (ehemalige) agrarpolitische Entscheidungsträger.

Aus den Erlebnissen dieser handelnden und erlebenden Menschen solle eine „Topografie der Wendeerfahrungen“ entstehen, die ein „Panorama der ländlichen Unordnung und Neu-Ordnung“ bieten soll. Das Scheitern diene hier als Sonde, um die tiefgreifenden Brucherfahrungen zu untersuchen und zu beschreiben, die von Unsicherheit, Neu-Justierung und „Überforderungs- und Möglichkeitsräumen“ geprägt seien.

CHRISTOPH LORKE (Münster) schloss hier mit einer Vermessung der semantischen Räume der „Vereinigungsgesellschaft“ und der daraus resultierenden Folgen für die zeithistorische Forschung an. Die gängigen Metaphern, die zur Beschreibung der Frühphase des wiedervereinigten Deutschlands 1990-1993 herangezogen würden, liefen Gefahr, die Ambivalenzen des Einigungsprozesses aus den Augen zu verlieren. So sei von „sozialer Revolution“, vom „sozialen Wandel im Zeitraffer“ oder von „Verwestlichung“ die Rede. Derlei „Aufholgeschichten“ vom dramatisch gewachsenen Wohlstand betrieben leicht eine „affirmative Glättung“. Aber auch der in Bezug auf die Einigungsgesellschaft oft bemühte Begriff der „sozialen Ungleichheit“ sei stark aufgeladen.

Für die Geschichtswissenschaft stelle sich hier die Frage, wie sie sich in der Historisierung des Einigungsprozesses zu diesen Begriffen verhalte. Christoph Lorke plädierte dafür, in einer Neuvermessung des ersten Jahrzehnts der Nachwende-gesellschaft die Entstehungsbedingungen der durch die Debatte geisternen Kategorien zu erfragen. Gerade Ungleichheit und Armut avancierten kurz nach der Wende zum Medienereignis. Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, aber auch ganz allgemein die „neue Armut“ im Osten – von der oppositionellen PDS als den sozialen Frieden bedrohenden Spaltung beschrieben – und die „neue Zweiklassengesellschaft“ seien Begriffe gewesen, die

nicht erst 1990 auftauchten. Aber zwischen Ost und West ergaben sich in der Debatte auch neue Allianzen zwischen ostdeutschen Experten und Teilen der westdeutschen linken Sozialwissenschaften, wie bei der Forderung, erfolgreiche soziale Modelle aus der ehemaligen DDR zu übernehmen.

Dagegen konnte die DDR-Vergangenheit aber auch als „delegitimierende Ressource“ dienen, indem alte Begriffe umgedeutet und zu antikommunistischen Erklärungsschablonen für die industrielle Rückständigkeit des Ostens verkehrt wurden, wie beispielsweise das „Recht auf Arbeit“, in dem „verdeckte Arbeitslosigkeit“ erkannt wurde. Die symbolischen Hierarchisierungen und neuen Dichotomien, die die Debatten hervorbrachten, weisen überdies Parallelen zur gleichzeitigen Asyldebatte auf, in der die Bezugsdauer von Sozialleistungen ebenso Thema war wie die Unterscheidung in „Sozialschwindler“ und „wirklich Bedürftige“. Mit derlei Diskursen und Semantiken aufgeladene alte Wahrnehmungen von Einheit und Spaltung sollten nicht repliziert, sondern kritisch reflektiert werden.

Nachdem die nationale Normalisierung und das Ende der Nachkriegszeit mit dem Zusammenbruch der DDR erreicht schienen, gebe es ein neuerliches Interesse für die Zeit „nach dem Kollaps“, konstatierte MARCUS BÖICK (Bochum) in seinem Beitrag zur Treuhandanstalt. Diese sei eine besonders umstrittene und polarisierende Organisation gewesen: Während ihre Befürworter sich auf ihre Alternativlosigkeit im Transformationsprozess beriefen, sahen ihre Gegner in ihr ein „Instrument der Abwicklung und Deindustrialisierung“. Angesichts derart gegensätzlicher Deutungspole stehe die Geschichtswissenschaft in der Verantwortung, die Treuhandanstalt jenseits solcher Kategorien zu historisieren. Der Wirtschaftsumbau und der kulturelle Umbau gehörten dabei gleichermaßen zur Geschichte der Transformation.

Die Treuhandanstalt rückte erst ab Juni 1990 in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte. Denn mit den neuen Weichenstellungen und der Währungsunion, die viele Betriebe in wirtschaftliche Schieflage stieß, begann der eigentliche radikale Bruch. Durch die ersten Abwicklungen und Privatisierungen ehemaliger volkseigener Betriebe sah sich die Organisation in einem „Tornado der Kritik“, so ihr damaliger Präsident Rohwedder. Die Treuhandanstalt avancierte gerade im Osten

zur „bestgehassten Organisation“. 1994 kam die „erste heiße Phase des Ost-West-Konflikts“ mit dem Ende der Treuhandanstalt zu ihrem symbolpolitischen Abschluss. An ihrem Beispiel ließen sich zeitgenössische sowie nachwirkende Konfliktlinien untersuchen, welche die Ost-West-Dichotomie teilweise verwischen oder konterkarieren.

Die Beschäftigungsstruktur als Handlungsfeld der Umbruchsgesellschaft ließ sich unterschiedlich deuten. Die Kommunikationsschwierigkeiten und Macht- und Lohnungleichgewichten erschienen einerseits wie eine Miniatur der gesamtdeutschen Verhältnisse, andererseits wurde das deutsch-deutsche Treuhandpersonal in der Binnenwahrnehmung auch als symbiotisch oder als „melting pot“ beschrieben. In den Erinnerungen blieb die Treuhandanstalt aber als ein „Symbol der Ungleichgewichte zwischen Ost und West“. Für ältere Ostdeutsche sei die Treuhandanstalt „Bad Bank“ für schlechte Erinnerungen und Erfahrungen.

Die Forschung müsse die hier skizzierten Konfliktlagen zwischen Mehrheitsgesellschaften und Minderheiten in der Transformation nicht nur stärker in die gesamtdeutsche Betrachtung einbeziehen, sondern auch als europäische und als Globalisierungs-Phänomene untersuchen. So ließe sich die Nachwendegeschichte historiografisch übersetzen, ohne bestehende alte Narrative zu übernehmen. Bei dieser historisierenden Einbettung könne auch eine engere Synthese von Wirtschafts- und Kulturgeschichte helfen.

Im abschließenden Kommentar warf WOLFGANG SEIBEL (Konstanz) einen kritischen Blick auf das Vorhaben des Panels. Es lägen offensichtliche Risiken darin, die Vergangenheit mit zeitgenössischen Deutungen zu verbinden. Daher müssten aber auch die methodischen und konzeptionellen Werkzeuge und Voraussetzungen erfragt werden, mit denen die soziokulturellen Deutungsmuster untersucht werden sollen. Bislang laufe der Blick auf 1990 auf eine Perspektive hinaus, die das Jahr als „Stunde Null“ zum politischen Mythos verkläre, der eine Auseinandersetzung mit dem, was davor geschah, überflüssig mache. Dabei sei nicht nur der Zustand der ostdeutschen Wirtschaft um 1990 voraussetzungsreich gewesen und suggeriere die Frage nach seinen politischen Urhebern in der DDR und damit nach den Schlüsselakteuren jenseits der Treuhandanstalt. Auch die vehemente Forderung der ostdeutschen

Bevölkerung nach der Wirtschafts- und Währungsunion und die Übernahme der DDR-Staatsschulden durch die Bundesrepublik gehörten zur Vorgeschichte des Versuchs der raschen Privatisierung der ostdeutschen Betriebe. Wolfgang Seibel forderte von der Geschichtswissenschaft zunächst stärkere empirische Arbeit ein und verwies dabei auf eine vergleichende Perspektive im Hinblick auf andere post-sozialistische Länder, in denen sich die Transformation erheblich gestreckt habe, während im wiedervereinigten Deutschland die Folgen des raschen Umbruchs in Kauf genommen und durch sozialstaatliche Leistungen abgefedert werden sollten.

Die Panel-Beiträge hätten die zeitgenössischen Paradoxien und differenzierteren Konfliktlagen und Machtverhältnisse zwischen den Akteuren herausgestellt, aber auch die unübersehbaren Gegensätze zwischen Ost und West: Zum einen zeige sich die Transformation als fundamental einseitig, da sich im Osten alles, im Westen fast nichts änderte. Zum anderen offenbare sich gerade die Treuhandanstalt als institutionalisierte Form der unüberwindbaren Widersprüche und erinnere in Teilen gar an eine Kolonialverwaltung aus wohlwollenden westdeutschen Beamten und ostdeutschen Angestellten unter Kollaborationsverdacht. Mit der Öffnung der Archive stehe die Erforschung des Umbruchs nach 1990 am Anfang. Die Transformation dürfe dabei nicht durch die Brille der heutigen Geschehnisse betrachtet werden.

Die anschließende Diskussion prüfte die offenen Flanken der anlaufenden Historisierung zur Transformationszeit nach 1989/90. Neben der aufgeworfenen Frage, wie sich die empirische Forschung unmittelbar mit der diskurstheoretischen Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Deutungen verbinden lasse, lagen diese auch in der vom Panel eingeforderten, aber noch unkonkreten räumlichen Einbettung. Diese müsse einmal darin liegen, die alte Bundesrepublik stärker in die historische Rahmung der Transformation einzubeziehen, und zweitens in der transnationalen Verschränkung, wie die Verweise auf die Rolle ausländischer Unternehmen bei der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft, auf internationale Zusammenarbeit zum Beispiel im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sowie auf post-sozialistische Vergleichsfälle nahelegten.

Am Schluss resümierte Constantin Goschler, dass die Zwänge, Mög-



lichkeiten und Erfahrungen der ostdeutschen Transformation empirisch untersucht werden müssten, dass dabei aber weder heutige Prognosen rückprojiziert, noch alte verfestigte Deutungsmuster reproduziert werden sollten. Es sei daher Aufgabe der Historikerinnen und Historiker, die zwei zu untersuchenden Leitnarrative – die der Überwältigungserfahrung durch die „Wende“ und die der „Alternativlosigkeit“ ihrer Umsetzung – kritisch zu reflektieren.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Constantin Goshler (Bochum)

André Steiner (Potsdam): Unternehmen im Umbruch: Der Fall Carl Zeiss Jena

Uta Bretschneider (Kloster Veßra): Gescheiterte Erfolgsgeschichten? Die ostdeutsche Landwirtschaft und ihre Akteure im Prozess der Transformation

Christoph Lorke (Münster): Soziale Ungleichheit in der Vereinigungsgesellschaft: (Neu-)Vermessungen von Sozialstaatlichkeit und Gerechtigkeit

Marcus Böick (Bochum): Die Treuhandanstalt und ihr Personal. Manager und Kader zwischen Plan- und Marktwirtschaft

Wolfgang Seibel (Konstanz): Kommentar

Tagungsbericht *Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft? Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Transformations- und Umbruchszeit nach 1990*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

### Die Archive der Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen. Überlieferung einer gespaltenen Gesellschaft

**Von:** Gudrun Fiedler, Niedersächsisches Landesarchiv Stade, Niedersächsisches Landesarchiv

In seiner Einleitung wies RAINER HERING (Schleswig / Hamburg / Kiel) auf den wichtigen Quellengehalt der disparat überlieferten Unterlagen der seit den 1960er-Jahren entstandenen Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen hin. Sie haben für die Geschichtswissenschaft eine hohe Bedeutung und bilden beispielsweise für einzelne Felder der Politik-, Kultur- oder auch Politikgeschichte eine zentrale Überlieferung, zumal wenn sie die klassische Geschichtsschreibung ‚gegen den Strich‘ bügeln.<sup>1</sup> Ziel der Sektion sei es, Historiker/innen für diese Unterlagen zu sensibilisieren und auf den drohenden Überlieferungsverlust hinzuweisen. Hering verwies auf das 2010 eingeführte Format der Archivsektion auf dem Historikertag, das im Sinne eines Dialogs zwischen Forschung und Archiven und in Hinblick auf eine optimale Überlieferungssicherung sowie auf die Zunahme digital vorliegender Quellen angeboten wird. Mit dem Hinweis auf die von JÜRGEN BACIA mitbegründete Arbeitsgruppe zu Unterlagen der Neuen Sozialen Bewegungen im Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA), in der die folgenden Referent/innen aus den Freien Archiven mitarbeiten, leitete Hering zu den Vorträgen über.

JÜRGEN BACIA (Duisburg), gab einen Überblick über Akteure, Quellen sowie den Stand der Fachdiskussion. Die Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen entwickelten sich seit den 1960er-Jahren in eigenen Milieus außerhalb oder am Rande der Gesellschaft vor allem in der Bundesrepublik, vereinzelt auch in der DDR. Bacia zählte so unterschiedliche Gruppen wie u.a. die Umwelt-, Frauen- oder Friedensbewegung, die aus der APO hervorgegangenen politischen

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Detlef Siegfried, Kulturgeschichte und soziale Bewegungen im Archiv. Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Gudrun Fiedler, Susanne Rappe-Weber, Detlef Siegfried, Sammeln - Erschließen - Vernetzen. Jugendkultur und soziale Bewegungen im Archiv (Jugendbewegung und Jugendkulturen – Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung Bd. 10), Göttingen 2014, S. 15–26., <https://www.archiv-jugendbewegung.de/> (05.11.2018)

Gruppen (von Maoisten über Trotzisten bis Anarchisten), aber auch das bunte Spektrum der Alternativbewegung, Jugendzentrumsbewegung und Bürgerinitiativen zu diesen Neuen Sozialen Bewegungen<sup>2</sup>. Aus den Büros und Handapparaten vieler dieser Bewegungen seien im Laufe der Jahrzehnte etwa 90 bis 100 Freie Archive entstanden, dem Charakter nach meist eine Mischung aus Archiv, Dokumentationsstelle, Bibliothek und Museum. Betrieben werden diese Einrichtungen meist von gemeinnützigen Trägervereinen. Derzeit befinden sich ca. 20 km Unterlagen in Freien Archiven, die in Netzwerken untereinander eng zusammenarbeiteten.<sup>3</sup>

Vielfach werde noch Material bei ehemaligen Aktivist/innen der Gruppen zu Hause zerstreut gelagert und sei dadurch von Verlust bedroht. Das Archiv für alternatives Schrifttum (afas) in Duisburg hat im Laufe der Jahrzehnte Hunderte von Sammlungen aus allen linksalternativen Milieus der gesamten Bundesrepublik übernommen. Bacia verwies auf weitere thematisch oder regional begrenzte Archive der Sozialen Bewegungen in Freiburg, Berlin, Hamburg und Bremen, aber auch auf Archive zur Geschichte der Schwulenbewegung bzw. der Geschichte der sexuellen Orientierungen in Berlin und Köln.<sup>4</sup> Ebenfalls in Freien Archiven untergebracht seien die Materialien der gewaltfreien Bewegungen aus den Bereichen Ökologie und Frieden (im aus der Graswurzel-Bewegung hervorgegangenen Archiv Aktiv) und die Zeugnisse der Proteste gegen das Atomendlager in Gorleben/Wendland (Gorleben Archiv). Authentische Quellen zur DDR-Opposition befinden sich im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin und im

<sup>2</sup> Der Begriff 'Neue Soziale Bewegungen' wird in Abgrenzung zu den im 19. und frühen 20. Jahrhundert auftretenden Bewegungen (hier u. a. die ältere Frauenbewegung und die Jugendbewegung) gebraucht; eine (nicht abschließende) Aufzählung der Gruppen der Neuen Sozialen Bewegungen vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale\\_Bewegung](http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Bewegung) (05.11.2018)

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.ida-dachverband.de/ueber-ida/> (05.11.2018) (Dachverbände deutschsprachiger Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen aus Deutschland, Italien, Österreich, der Schweiz und Luxemburg. (i.d.a.)

<sup>4</sup> Auf der Seite des afas sind die von Jürgen Bacia genannten Freien Archive, ihre Selbstdarstellung und ihre Sammlungen und Bibliotheken zu finden: <http://afas-archiv.de/verzeichnis-freier-archiv/> (05.11.2018) an dieser Stelle sei auch die Sondersammlung des Hamburger Instituts für Sozialforschung zu Protest, Widerstand und Utopie in der Bundesrepublik Deutschland erwähnt: <https://www.his-online.de/archiv/> (05.11.2018)

Archiv Bürgerbewegung Leipzig. Zur Migration sammelt das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. in Köln, darunter den Nachlass von Rupert Neudeck. Die umfangreichsten Sammlungen zur extremen Rechten nach 1945 befinden sich im antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz), einschlägige rechte Themen auch in der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München. (a.i.d.a., seit 1990). Als Beispiel für die archivfachliche Diskussion erinnerte Bacia an Herbert Obenaus, der auf dem Deutschen Archivtag 1995 nach der Rolle der Neuen Sozialen Bewegungen im Verhältnis von archivischer Überlieferung und gesellschaftlicher Wirklichkeit gefragt habe. Peter Dohms, Archivar am nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf, habe 1997 dafür plädiert, Freie Archive als wichtige Partner anzuerkennen, weil dort Materialien überliefert würden, die in staatlichen Archiven nicht zu finden sind. 2016 veröffentlichte der VdA ein Positionspapier zur Sicherung der Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen. Auch darin sei den Freien Archiven eine große Bedeutung zugesprochen worden.<sup>5</sup>

CORNELIA WENZEL (Kassel) beschrieb zunächst die Wurzeln der älteren Frauenbewegung, die auf das Revolutionsjahr 1848 zurückgingen. Seit den 1860er-Jahren habe es erste Organisationsformen gegeben. Mit dem in der Verfassung der Weimarer Republik festgeschriebenen Wahlrecht für Frauen habe die Frauenbewegung ihren ersten großen Erfolg verzeichnet. In den Verfassungen der Bundesrepublik und der DDR 1949 sei die Gleichheit von Mann und Frau verankert. Dazwischen habe es immer wieder lange Phasen der Nichtwahrnehmung gegeben. Auf die Tomaten werfenden Frauen 1968 sei die neue Frauenbewegung gefolgt, die sich u. a. mit den Themen Abtreibung, Gleichstellung und Gewalt gegen Frauen beschäftigte. Die alte Frauenbewegung um 1900 thematisierte die Notwendigkeit der Aufbewahrung ihrer Unterlagen in Archiven, habe sich jedoch faktisch zu wenig um deren Archivierung

<sup>5</sup> Franz-Werner Kersting, Demokratisierung der Überlieferung? Die Archive sozialer Bewegungen. In: Archivpflege in Westfalen und Lippe 55, 200, S. 7–101; [https://www.lwl.org/waa-download/archivpflege/heft55/06\\_Kersting.pdf](https://www.lwl.org/waa-download/archivpflege/heft55/06_Kersting.pdf) (05.11.2018). Das Positionspapier des VdA zu den Neuen Sozialen Bewegungen ist abzurufen über <https://www.vda.archiv.net/arbeitskreise/ueberlieferungen-der-neuen-sozialen-bewegungen.html> (05.11.2018)

gekümmert. Durch Kriegseinwirkungen sind zusätzliche Lücken in der Überlieferung entstanden. Die neue Frauenbewegung hingegen habe die Sicherung ihrer Überlieferung ernst genommen. Das Archiv der deutschen Frauenbewegung/AddF in Kassel (gegründet 1983) sammelt schwerpunktmäßig v. a. Frauenverbände und –gruppen sowie Nachlässe der alten Frauenbewegung, darunter den Nachlass der Politikerin und Juristin Elisabeth Selbert, die maßgeblich die hessische Verfassung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet hat und sich für den Gleichberechtigungssparagrafen einsetzte.<sup>6</sup> Der Katholische Deutsche Frauenbund besitzt in Köln ein eigenes Archiv. Der Aktenbestand des Bundes Deutscher Frauenvereine, befindet sich, sofern er nicht im Krieg zerstört wurde, in einem Archiv der öffentlichen Hand (Landesarchiv Berlin), ebenso das Archiv des Demokratischen Frauenbundes (DFD) der DDR (Bundesarchiv). Die Sammlung Grauzone hält Unterlagen des 1989 in der DDR gegründeten nichtstaatlichen Unabhängigen Frauenverbandes vor (Archiv der DDR-Opposition in der Robert-Havemann-Gesellschaft). Gedichte, Briefe und Tagebücher von Helga Götze, einer Aktivistin für sexuelle Befreiung, sind im Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ) in Berlin-Friedrichshain zu finden. Wenzel nannte weiter Frauenarchive zur Lesbenbewegung in der Bundesrepublik und in der DDR, darunter Spinnboden in Berlin u. a. mit der Sammlung der 1924–1933 erschienen Zeitschrift ‚Liebende Frauen‘ und dem Nachlass der Verlegerin Anke Schäfer. Es existierten zudem in einigen Städten und Bundesländern regional ausgerichtete Frauenarchive. Eine Recherche über alle im Dachverband i. d. a. zusammengeschlossenen Archive sei seit 2015 mit Hilfe einer Datenbank („META-Katalog“) möglich.<sup>7</sup> Seit dem 13.9.2018

<sup>6</sup> Sammlungen zur älteren Frauenbewegung, u. a. <http://www.addf-kassel.de/archivderdeutschenfrauenbewegung/> (05.11.2018); <https://www.frauenbund.de/wir-ueber-uns/bundesverband/kdfb-verbandsarchiv/geschichte-des-archivs/> (05.11.2018), <http://landesarchiv-berlin.de/> (05.11.2018) und <http://www.bundesarchiv.de/DE/Navigation/Home/home.html> (05.11.2018). Auf der Seite des Dachverbandes deutschsprachiger Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen (i. d. a.) sind die von Cornelia Wenzel genannten Archive der neueren Frauenbewegung, ihre Selbstdarstellung und ihre Sammlungen und Bibliotheken zu finden: <http://www.ida-dachverband.de/einrichtungen/> (05.11.2018).

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.meta-katalog.eu/> (05.11.2018)

ist das Digitale Deutsche Frauenarchiv online verfügbar, ein interaktives Fachportal mit Zugriff auf den META-Katalog und angereichert mit Digitalisaten analoger Archivalien sowie Themen und Akteurinnen zur Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland.<sup>8</sup>

DANIEL SCHNEIDER (Berlin) beschrieb die Arbeit des 1997 gegründeten Archivs der Jugendkulturen in Berlin.<sup>9</sup> Es hat wichtige Überlieferungen zusammengetragen, für die in den 1990er-Jahren bei anderen Institutionen kein Interesse bestanden habe. Neben dem Aufbau einer Sammlung zu Themen wie Punk, Skinheads, Graffiti oder Techno sei das Archiv auch in der politischen und kulturellen Bildung sowie dem Bereich der Forschung zu Jugendkulturen (kein Jugendarchiv im engeren Sinne!) aktiv. Das Archiv werde im Bildungsbereich von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, im Archivbereich gab es bis 2014 keine nennenswerte Förderung. Die Bestände des Archivs seien stark von den Interessen der jeweiligen Mitarbeiter/innen geprägt, ein Sammlungsprofil im eigentlichen Sinne habe es nicht. Besonders zu erwähnen sind 8000 Fanzines aus 50 Ländern (außer Afrika) zu Punk und New Wave. Dabei handelt es sich um unkommerzielle, selbstgemachte Hefte, die Selbstdarstellungen oder Stellungnahmen Einzelner zu bestimmten, meist popkulturellen Themen enthalten. Die Hefte kommunizierten als analoge *social media* miteinander. Ihre Zahl nimmt seit einigen Jahren insbesondere in der queer-feministischen Szene wieder zu. Diese Hefte werden vom Archiv proaktiv gesammelt. Fanzines sprengten häufig traditionelle Publikationsformate und ließen sich schwer in eine Systematik einordnen. Schneider beschreibt sie als eine aufregende Mischung zwischen „Kiosk“-Zeitschriften und richtigem Archivmaterial, deren Inhalt ganz nah die Lebenswelt der Autor/innen widerspiegele und deren Format auch in der Neonazi-Skinhead-Szene der 1990er-Jahre ver-

<sup>8</sup> Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/start> (05.11.2018)

<sup>9</sup> Vgl. <http://www.jugendkulturen.de/> (05.11.2018); dort auch ein Überblick über die von Schneider aufgeführten Sammlungen und Forschungsprojekte; zum Netzwerk Pop vgl. <http://www.archivnetzwerk-pop.de/> (05.11.2018); zum Projekt Pop- und Subkulturen: <http://www.jugendkulturen.de/berliner-pop-und-subkulturarchiv.html> (05.11.2018) (gefördert von der LOTTO Stiftung Berlin: ebenso das aktuelle Projekt „Pop- und Subkulturarchiv International“)

breitet war. Unter den Sammlungen hebt Schneider die Unterlagen der Firma Planetcom hervor, Veranstalter der Berliner Loveparade bis 2003, und von 1993 bis 1997 Betreiber des Berliner Technoclubs E-Werk. In der Technoszene hat es kaum Fanzines gegeben. Die im Archiv gesammelten Szenezeitschriften wurden durch Sponsoring finanziert, insbesondere die Tabakindustrie war hier ein zentraler Geldgeber, auch in Hinblick auf Veranstaltungen wie der Loveparade. Dennoch war diese bis 2000 offiziell eine politische Demonstration. Das erste echte Archivprojekt im Archiv der Jugendkulturen – das „Berliner Pop- und Subkulturarchiv“, 2014 bis 2016 – hatte zum Ziel, archivübergreifend die Sammlungen zur Geschichte der Berliner Pop- und Subkulturlandschaft nach archivischen und bibliothekarischen Standards aufzubereiten und zugänglich zu machen. Seit August 2018 läuft das neue Archivprojekt „Pop- und Subkulturarchiv International“. Seit 2017 haben sich im Archivnetzwerk Pop neben dem Archiv der Jugendkulturen und dem Pop-Archiv der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Archive und Museen mit popkulturellen Sammlungen in Dortmund, Köln, Eisenach und Gronau zusammengeschlossen.

RAINER HERING (Schleswig / Hamburg / Kiel) verwies in seinem Vortrag am Beispiel des im Landesarchiv Schleswig-Holstein<sup>10</sup> hinterlegten Nachlasses von Baldur Springmann (1912–2003) auf die grundsätzliche Offenheit staatlicher, kommunaler und kirchlicher Archive für die Übernahme von nichtstaatlichen Unterlagen. Sie seien notwendig, um den gesamtgesellschaftlichen Überlieferungsauftrag öffentlicher Archive erfüllen zu können. Hier böten sich zunächst vor allem Vor- bzw. Nachlässe sowie Familien- oder Vereinsnachlässe an. Hering führte weiter aus, dass der aus einer großbürgerlichen Unternehmerfamilie stammende Springmann ein landwirtschaftliches Studium absolvierte und seit 1935 einen von seinem Erbteil erworbenen Bauernhof in Neuenhagen bei Wismar/Mecklenburg bewirtschaftete. Er bewarb sich beim SS-Reitersturm und trat 1938 der NSDAP bei. 1946 enteignet, übernahm er den Hof Springe in Geschendorf bei Bad Segeberg. Springmann kritisierte die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in der Bundesrepublik (Mineraldünger, chemischer Pflan-

zenschutz, synthetische oder antibiotische Futterzusätze). An einem völkisch ausgerichtet Pantheismus angelehnt betrieb er ab 1954 Landwirtschaft biologisch-dynamisch als Teil „eines göttlichen Naturgrundprozesses“. Nachdem er 1977 den Hof seinem Sohn übergeben hatte, war Springmann weiter in zahlreichen Initiativen und Vereinen tätig, u. a. in der Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK) oder in der von ihm mitbegründeten Agrar- und Sozialhygienischen Entwicklungsgesellschaft ASE Neuland, die ab 1970 einen Zivildienst auf ökologisch arbeitenden landwirtschaftlichen Betrieben anbot. Er protestierte gegen den Bau von Atomkraftwerken. Bekannt wurde Springmann v. a. als Mitbegründer der Grünen Liste Schleswig-Holstein im Jahr 1978. 1980 war er beteiligt an der Gründung der Grünen (Austritt nach einem halben Jahr) sowie 1982 an der Ökologisch-Demokratischen Partei (Austritt nach einem Jahr). Er veröffentlichte in der rechtsradikalen Jungen Freiheit und saß im „Vorläufigen Sprecherrat“ der nationalistischen Deutschen Aufbau Organisation (DAO), die das rechte politische Lager auf der Basis eines rassistischen Neuheidentums einigen wollte. Das Beispiel Baldur Springmann zeige, dass die Neuen Sozialen Bewegungen auch auf nationalistische und völkische Wurzeln zurückgriffen. Der im Dezember 2016 übernommene Nachlass umfasst fünf laufende Meter mit Unterlagen aus den Jahren 1930–2003, so zu Springmanns Lehrzeit, zur ökologischen Landwirtschaft und zum Hof Springe, zu verschiedensten Gruppierungen (u. a. den Anfängen der Grünen und dem Bund für Umwelt- und Naturschutz, BUND), zu den Lichtreligionen und Klagen gegen die Genehmigungen von Kernkraftwerken Brokdorf, Krümmel und Stade. Springmann führte Prozesse u. a. beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht gegen die Ausgleichsabgabe für Milch und Milcherzeugnisse. Von Vorteil sei, so Hering, dass im Landesarchiv Schleswig diese staatliche Gegenüberlieferung ebenfalls eingesehen werden kann.

Die abschließende Diskussion befasste sich mit der offenen Zugänglichkeit der in ihren speziellen Milieus entstandenen Freien Archive, mit den Standards zur Erschließung der in disparaten Datenträgern und Formaten vorhandenen Unterlagen sowie der Frage der (Online-) Bereitstellung von Digitalisaten, mit den Möglichkeiten der auf personellem Engagement beruhenden Archivarbeit zur Sicherung einer

<sup>10</sup> Vgl. [https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LASH/lash\\_node.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LASH/lash_node.html) (05.11.2018)

grundsätzlichen Kontinuität sowie mit Fragen der (ggf. konkurrierenden) Abgrenzung bzw. Kooperation der Freien Archive untereinander und zu anderen Archivsparten (u. a. zu Möglichkeiten der Überlieferung im Verbund). Die Beiträge sollen in den Blättern für deutsche Landesgeschichte abgedruckt werden.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Rainer Hering (Schleswig / Hamburg / Kiel)

Rainer Hering (Schleswig / Hamburg / Kiel), Einleitung

Jürgen Bacia (Duisburg), Freie Archive und die Quellen der Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen

Cornelia Wenzel (Kassel), Herstory - Quellen zu Frauenbewegung und Frauengeschichte

Daniel Schneider (Berlin), Subkulturelle Quellen zwischen Pop und Politik

Rainer Hering (Schleswig), Unterlagen Neuer Sozialer Bewegungen in Archiven der öffentlichen Hand – das Beispiel Baldur Springmann

Tagungsbericht *Die Archive der Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen. Überlieferung einer gespaltenen Gesellschaft*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

---

### Das große Spaltungsprojekt? Volksbefragungen und die gesellschaftliche Akzeptanz des europäischen Einigungsprozesses

Von: Victor Jaeschke, Universität Potsdam

Während in Brüssel die Brexit-Verhandlungen liefen, widmete sich auf dem 52. Historikertag in Münster die Sektion „Das große Spaltungsprojekt? Volksbefragungen und die gesellschaftliche Akzeptanz des europäischen Einigungsprozesses“ unter der Leitung von DOMINIK

GEPPERT (Bonn, mittlerweile Potsdam) der Frage, welche Chancen und Risiken Referenden zu europapolitischen Themen bergen. Das interdisziplinäre Panel bestehend aus einer Journalistin, einem Juristen und zwei Historiker/innen, kam dabei zu einem ambivalenten Ergebnis. Der zeithistorisch informierte Blick auf vergangene Referenden in Mitgliedstaaten der EG/EU führte vor Augen, dass diese häufig aus innenpolitischem Kalkül zweckentfremdet wurden. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Referendumsdebatten dazu beitragen können, bereits existierende innergesellschaftliche Konflikte aufzudecken und in den Fokus von Publizistik und Öffentlichkeit zu rücken.

Dominik Geppert nahm in der Einführung den politischen Diskurs zum „Brexit“ in Großbritannien zum Anlass, auf die spaltende Wirkung des europäischen Integrationsprojektes hinzuweisen, die er auch in anderen europäischen Ländern ausmacht. Er warf die Frage auf, welcher Art die in der Referendumsdebatte zutage getretene Spaltung sei – kämpften hier illiberale Populisten gegen undemokratische Eliten oder engstirnige Nationalisten gegen abgehobene Kosmopoliten? Daraus entwickelte er die Grundsatzfrage, ob Plebiszite zur europäischen Einigung prinzipiell als schädlich zu bewerten sind, da sie durch Zuspitzung und Vereinfachung ganze Gesellschaften polarisieren, oder ob sie nicht doch auch zur Demokratisierung des europäischen Integrationsprozesses beitragen können. Geppert wies außerdem darauf hin, dass die Referendumsforschung bisher von den Rechts- und Sozialwissenschaften bestimmt sei und betonte die Potenziale, die er für die Geschichtswissenschaft auf diesem Themenfeld sieht. Erstens könnten über diachrone Vergleiche längere Zeiträume in den Blick genommen werden, um nach Mustern bei Abhaltung und Ausgang von Referenden zu fragen. Zweitens könnten Historiker/innen zur Kontextualisierung von Referendumsdebatten beitragen, indem sie anhand historischer Fallbeispiele auf politik-, kultur- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge hinwiesen. Drittens sieht Geppert in der Untersuchung von Identitäts- und Selbstverständigungsdiskursen, die sich im Brennglas der Referendumswahlkämpfe offenbarten, eine Chance, historische Perspektiven mit Mehrwert in die wissenschaftliche Debatte einzubringen.

Im ersten Vortrag der Sektion nahm die Auslandskorrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Paris, MICHAELA WIEGEL

(Paris), das französische Referendum zum europäischen Verfassungsvertrag von 2005 in den Blick, das mit einer knappen Mehrheit gegen die Annahme des Vertrages ausging. Für das Zustandekommen dieses Ergebnisses machte Wiesel mindestens zwei ausschlaggebende Faktoren aus: Erstens die scharfe Kritik an Europa, die auch aus der Präsidentenpartei kam, auch wenn Präsident Jacques Chirac selbst den Verfassungsvertrag unterstützte und zweitens den Umstand, dass viele Wähler/innen weniger über den Verfassungsvertrag als solchen, als über die äußerst kontrovers diskutierte Osterweiterung des Vorjahres abgestimmt hätten. Darüber hinaus unterstrich Wiesel, dass man das Wahlergebnis retrospektiv als Warnschuss für eine Entwicklung interpretieren müsse, die in der Präsidentschaftswahl von 2017 besonders prägnant hervorgetreten sei – den Schwund eines breiten gesellschaftlichen Konsenses über den Fortgang des europäischen Integrationsprojektes hin zu einer „immer engeren Union“ und eine Polarisierung der Gesellschaft anhand dieser neuen Bruchlinie. Integrationskritische Spitzenkandidat/innen konnten 2017 in der ersten Wahlrunde fast die Hälfte aller Stimmen auf sich vereinen. Wiesel zitierte zudem eine demoskopische Studie, die den Verdacht erhärtet, dass es zwischen dem Referendum von 2005 und der Präsidentschaftswahl von 2017 eine direkte Verbindung gibt. Ein Großteil der „Ja-Sager“ des Referendums wählten demnach 2017 Emmanuel Macron, während die Mehrheit der „Nein-Sager“ von 2005 in der Präsidentschaftswahl zwölf Jahre später für Marine Le Pen oder den Sozialisten Jean-Luc Mélenchon stimmten, der sich im Wahlkampf ebenfalls mit einer ablehnenden Haltung zur EU profilierte.<sup>1</sup> Die Wahl 2017 habe somit einer Neuauflage des EU-Referendums von 2005 geähnelt, so das pointierte Fazit Wiegels.

Im zweiten Vortrag widmete sich MATHIAS HÄUßLER (Cambridge, mittlerweile Regensburg) den zwei Referenden zur europäischen Einigung in Großbritannien von 1975 und 2016 in vergleichender Perspektive und stellte sowohl strukturelle Gemeinsamkeiten als auch starke spezifische Unterschiede heraus. Der Vortrag war von der Frage gelei-

tet, warum 2016 die „Brexiteers“ die Nase vorn hatten, während das Referendum von 1975, das in vielerlei Hinsicht als Vorbild für die Brexit-Abstimmung diente und bei dem ebenfalls die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG auf dem Spiel gestanden hatte, noch verhältnismäßig eindeutig für einen Verbleib in der Gemeinschaft ausgegangen war. Folgt man den Ausführungen Häußlers zu den Kampagnen der „Remainers“ von 1975 und 2016, erscheinen die Unterschiede im Wahlausgang besonders erstaunlich. Demnach habe die Labour-Regierung unter Harold Wilson 1975 genauso wenig wie die konservative Regierung unter David Cameron vierzig Jahre später einen positiven Bezug zum Einigungsprojekt entwickelt, sondern in erster Linie die Gefahren unterstrichen, die bei einem Austritt drohten. Die entscheidenden Unterschiede zwischen den Referenden von 1975 und 2016 machte Häußler schließlich in der Spezifik des jeweiligen historischen Kontextes aus. Erstens sei die Presse bei der Brexit-Abstimmung im Gegensatz zu dem historischen Vorbild von 1975 zum Großteil auf der Seite der Leave-Kampagne gewesen. Zweitens sei die EU-Opposition 2016 wesentlich besser organisiert und stärker im politischen Mainstream verankert gewesen als vierzig Jahre zuvor. Den gravierendsten Unterschied sah Häußler jedoch darin, dass das Thema Migration beim Brexit-Referendum eine entscheidende Rolle gespielt und die Gemüter wesentlich stärker erregt habe als die „bread and butter“ Themen des Mitgliedschaftsreferendums von 1975, die vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise im Fokus des Referendumswahlkampfes gestanden hatten. Als wichtigste Gemeinsamkeit der beiden untersuchten Referenden unterstrich Häußler, dass sowohl 1975 als auch 2016 innerparteiliche Konflikte um den Kurs in der Europapolitik auf das Wahlvolk abgewälzt werden sollten – mit weitreichenden Folgen im jüngeren der beiden Fälle.

KORINNA SCHÖNHÄRL (Frankfurt a.M.) erweiterte die Perspektive geographisch nach Südosten, indem sie das griechische Referendum von 2015 zu den Reformauflagen der Troika mit dem Blick der Historikerin analysierte. Sie verschaffte der Zuhörerschaft nicht nur einen informierten Überblick über die komplexe Vorgeschichte des Referendums seit der Subprime-Krise von 2008, sondern leuchtete auch die politischen Diskurse während der Referendumsdebatte in ihrer historischen Dimension aus. So wies sie darauf hin, dass die Ablehnung

<sup>1</sup> Lucas Gautheron, De 2005 à 2017: qu'ont voté les gens du „oui“, et les gens du „non“?, in: Mediapart 19.05.2017, <https://blogs.mediapart.fr/lucas-gautheron/blog/180517/de-2005-2017-quont-vote-les-gens-du-oui-et-les-gens-du-non> (09.10.2018).

der Auflagen – 61 Prozent der Wahlberechtigten stimmten mit „Nein“ – einer bis in die 1820er Jahre zurückreichenden Tradition folge, nach der die Einmischung fremder Mächte in innergriechische Angelegenheiten als Demütigung wahrgenommen werde. Zudem sei das Wort „Nein“ emotional aufgeladen gewesen. Eindringlingen ein lautstarkes „Ochi“ (= Nein) entgegenzuwerfen sei, so Schönhärl, explizit mit der Absage an die Gebietsansprüche des faschistischen Italiens 1940 und dem Eintritt Griechenlands in den Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht worden. Die Antwort auf die Frage nach dem Kalkül der Regierung Alexis Tsipras, die das Referendum angesetzt hatte, gestaltete sich in Griechenland ungleich komplizierter als bei den vorangegangenen Beispielen. So sei bis heute unklar, ob Tsipras lediglich den Eindruck hinterlassen wollte, alles Menschenmögliche getan zu haben, bevor er sich den Auflagen der EU wenige Tage später beugte, ob er eigentlich auf ein „Ja“ spekuliert hatte oder ob er das Referendum taktisch in den Verhandlungen mit der EU einsetzen wollte.

Als letzter Vortragende des Panels wandte sich der Professor für Staatsrecht und ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, UDO DI FABIO (Bonn), der Bundesrepublik Deutschland zu und behandelte damit ein untypisches Fallbeispiel, da die Bundesrepublik eines der wenigen Mitgliedsländer der EU ist, in dem noch nie ein Referendum zum europäischen Integrationsprozess abgehalten wurde – dies liegt freilich daran, dass Volksbefragungen auf Bundesebene vom Grundgesetz nicht vorgesehen sind. Fragen danach, wie weit die Abtretung von Kompetenzen an die europäischen Gemeinschaftsinstitutionen gehen darf, werden hierzulande an die Richter/innen in Karlsruhe delegiert. Zentrales Anliegen Di Fabios war es, auf das immanente und unauflösliche Spannungsverhältnis zwischen Volkssouveränität und internationalen Staatenbeziehungen aufmerksam zu machen. In dieser Hinsicht sei das Grundgesetz klar und ambivalent zugleich. Die Souveränität gehe zwar vom Volk aus, gleichzeitig solle Deutschland jedoch Teil von internationalen Organisationen wie NATO, Vereinte Nationen oder EU sein, die ohne eine partielle Abtretung von staatlichen Hoheitsrechten naturgemäß nicht auskommen. Dementsprechend seien auch die Urteile des Verfassungsgerichts zur europäischen Einigung von dieser Spannung geprägt gewesen – eine Ambivalenz, die das Gericht jedoch nicht

erfunden, sondern vorgefunden habe, so Di Fabio. Seit dem Vertrag von Maastricht 1992 seien die Urteile des Karlsruher Gerichts zu EU-Vertragsänderungen daher häufig „Ja, aber“-Entscheidungen gewesen, in denen festgestellt worden sei, dass zwar noch genügend Kompetenzen aufseiten der Mitgliedstaaten verblieben, dass aber darauf zu achten sei, dass dies auch so bliebe. Um diese Gratwanderung auch in Zukunft meistern zu können, plädierte Di Fabio dafür, den bundestaatlichen Charakter der Union zu stärken. Es gelte, die EU in jenen Bereichen zu stärken, in denen bundestaatliche Institutionen klassischerweise ihre Stärken hätten, beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik, und den Einfluss der Gemeinschaftsinstitutionen im Alltag der Bürger/innen Europas nach dem Prinzip der Subsidiarität zu verringern.

Das planmäßige Programm der Sektion schloss mit einigen zusammenfassenden Worten von Dominik Geppert. Er stellte erstens fest, dass Referenden zunehmend disruptiven Charakter hätten. Lange Zeit seien bis auf wenige Ausnahmen die Verhandlungsergebnisse der politischen Führung von Referenden bestätigt worden. Seit Anfang der 2000er-Jahre sei hingegen eine Trendwende zu verzeichnen, die mit dem Brexit ihren vorläufigen Höhepunkt erfahren habe. Ein Abflauen dieses Trends sei dabei vorerst nicht zu erwarten, so Geppert. Gerade durch die jüngeren Referenden seien Präzedenzfälle geschaffen worden, die den Druck auf andere Mitgliedstaaten erhöhten, ähnliche Abstimmungen abzuhalten. Zweitens schlug Geppert eine historische Typologie von Referenden zur Europapolitik vor. „Mitgliedschaftsreferenden“ hätten sich auf einen längeren Zeitraum gesehen noch als die am wenigsten problematische Kategorie erwiesen. „Integrationsreferenden“ zu Vertragsänderungen seien schon von einer höheren Ablehnungsquote gekennzeichnet, während die erst in den letzten Jahren häufiger abgehaltenen „Referenden über politische Projekte“ wie Geld-, Fiskal- oder Flüchtlingspolitik eine noch höhere Ablehnungsquote erwarten lassen würden. Drittens unterstrich Geppert, würden geschichtswissenschaftliche Analysen vergangener Referendumswahlkämpfe zeigen, dass diese in hohem Maße von nationalen Deutungszusammenhängen geprägt seien. In den Debatten sei es immer auch um die vermeintliche Verteidigung der eignen politischen Kultur, Traditionen und Bedürfnisse gegangen. Referenden könnten demnach als Revolte gegen vereinheitlichende Entwicklungen

in der EU gelesen werden. Sollten solche Abstimmungen in Zukunft vermehrt auftreten, sei eine Entwicklung hin zur Unregierbarkeit der EU nicht länger auszuschließen, gab Dominik Geppert zu bedenken.

Die Sektion zeigte, dass Referenden zur europäischen Einigung ein vielschichtiges Forschungsobjekt darstellen, das hohe Gegenwartsrelevanz besitzt und aufgrund der großen Zahl historischer Fallbeispiele – in den Vorträgen konnten nur vier von bisher sechzig Referenden zu Fragen der europäischen Integration behandelt werden – zahlreiche Anknüpfungspunkte für zeitgeschichtliche Forschungsvorhaben bietet. Wie dies gelingen kann, darauf wiesen in der Diskussion mehrere Vortragende hin, hat kürzlich Robert Saunders in einer monographischen Analyse gezeigt, mit der er im Prisma des britischen Mitgliedschaftsreferendums von 1975 eine ganze Politik-, Kultur- und Sozialgeschichte des Vereinigten Königreichs in den 1970er -Jahren vorgelegt hat.<sup>2</sup>

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Dominik Geppert (Bonn, mittlerweile Potsdam)

Dominik Geppert: Einleitung und Kommentar

Michaela Wiegel (Paris): Die französischen Volksabstimmungen zur Ratifizierung des Maastricht-Vertrages von 1992 und zur Europäischen Verfassung von 2005

Mathias Häußler (Cambridge, mittlerweile Regensburg): Der ewige Außenseiter? Die britischen EG/EU Referenden 1975 und 2016 im historischen Vergleich

Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): „Ja“ oder „Nein“? Das griechische Referendum von 2015 über die Konditionen der Geldgeber

Udo di Fabio (Bonn): Die sperrige Volkssouveränität: Das Bundesverfassungsgericht und der Prozess der europäischen Einigung

Tagungsbericht *Das große Spaltungsprojekt? Volksbefragungen und die gesellschaftliche Akzeptanz des europäischen Einigungsprozesses.*

<sup>2</sup> Robert Saunders, *Yes to Europe! The 1975 Referendum and Seventies Britain*, Cambridge 2018.

25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

---

#### **Helikoptereltern, Hartz-IV-Familien, Migrantenkids. Zum Zusammenhang von Kindheit und sozialer Ungleichheit in der Geschichte der Bundesrepublik**

Von: Susanne Schregel, Historisches Institut, Universität zu Köln

Im Jahr 1978 verabschiedete der Vorbereitungskreis des Kongresses „Mut zur Erziehung“ eine Resolution, die einer Reihe vermuteter oder tatsächlicher Leitorientierungen des Jahrzehntes den Kampf ansagte. Hierzu gehörte die Annahme, „Schule könne Kinder ‚kritikfähig‘ machen“ oder „Kinder lehren, glücklich zu werden, indem sie sie ermuntert, ‚Glücksansprüche‘ zu stellen“. Nicht weniger verbiete es sich, „über die Schule Reformen einzuleiten, die die Gesellschaft über ihre politischen Institutionen nicht selber einleiten“ wolle. Gleich mehrfach kam der Resolutionstext auf Fragen der Gleichheit und Ungleichheit zu sprechen. So artikulierte die Erklärung ein Unbehagen gegenüber dem Bemühen, Konzeptionen von „Mündigkeit“ aus dem „Ideal einer Zukunftsgesellschaft vollkommener Befreiung aus allen herkunftsbedingten Lebensverhältnissen“ zu gewinnen. Ein ganzer Absatz schließlich setzte sich kritisch mit Ansätzen auseinander, die sich in den vorhergehenden Jahren unter dem Stichwort der „Chancengleichheit“ verbreitet hatten.<sup>1</sup>

Auf eine Gruppe konservativer Intellektueller und Politiker zurückgehend, markiert diese öffentliche Erklärung einen Schlüsselmoment der bildungs- und erziehungspolitischen Diskussion der 1970er-Jahre; sie illustriert die weite Verbreitung gleichheitsorientierter Deutungsmuster und Zielvorstellungen ebenso wie deren allmähliche Infragestellung unter den Vorzeichen der konservativen „Wende“. Die Genese eben dieser Konstellation, nämlich das Aufrücken der Ungleichheitsfrage zu

---

<sup>1</sup> Erklärung des vorbereitenden Kreises, in: *Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg*, Stuttgart 1979, S. 163–165, hier S. 164.



einem Dreh- und Angelpunkt bildungspolitischer Selbstbeschreibungen und Zielfindungsprozesse, stand im Zentrum der von Till Kössler und Janosch Steuwer konzipierten Sektion zum Historikertag 2018. Diese firmierte unter dem programmatischen Titel „Helikoptereltern, Hartz-IV-Familien, Migrantenkids. Zum Zusammenhang von Kindheit und sozialer Ungleichheit in der Geschichte der Bundesrepublik“.

In seiner Einführung stellte TILL KÖSSLER (Halle) die leitenden Annahmen der beiden Organisatoren vor. Kössler ging von der Beobachtung aus, dass die soziale Verfasstheit der Bundesrepublik oftmals über Kinder thematisiert und problematisiert werde. Um solche Phänomene besser zu verstehen, könnten Historisierungsversuche die Perspektive stärken, dass soziale Ungleichheit nicht nur wie von außen auf Kinder einwirke. Vielmehr würden auch Konzeptionen der Gleichheit und Ungleichheit selber im Nachdenken und im Umgang mit Kindern und Jugendlichen geprägt und könnten daher über die Gestaltung von Kindheitsbildern und Kindheitspraktiken Form annehmen. Dieser Zusammenhang von Kindheit und Ungleichheit sei in der Bundesrepublik durch den Aufstieg des Konzeptes der „Chancengleichheit“ gestärkt und zugleich verändert worden, indem dieses die Aufmerksamkeit auf die sozialen Ausgangsbedingungen individueller Lebensverläufe gelenkt habe. Dies habe zunächst vor allem Ungleichheiten nach den Leitdifferenzen sozioökonomischer Verteilung (class) betroffen, habe sich jedoch auf Unterscheidungen nach Geschlecht (sex) oder auf den Bezugspunkt Migration (race) ausgedehnt. Infolgedessen verlagerte sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Zuweisung sozialer Positionen seit Ende der 1960er-Jahre in immer frühere Lebensphasen, wenngleich mit wenig eindeutigen und oft widersprüchlichen Konsequenzen und Effekten.

Die folgenden vier Panelvorträge gingen diesem postulierten Doppelzusammenhang von Kindheit und Ungleichheit in unterschiedlichen Praxisfeldern nach. CLAUDIA MOISEL (München) befasste sich mit der Geschichte der Kinder- und Jugendfürsorge seit 1968. Moisel verdeutlichte in ihrem Vortrag zum einen, wie die Debatte um das Funktionieren und die Mängel des Sozialstaates auch über Kontroversen um die Kinder- und Jugendfürsorge geführt wurde. Zum anderen argumentierte sie, dass im Rahmen der Hinwendung zu den Ausgangsbe-

dingungen individueller Lebensverläufe sozioökonomische Deutungen von Kindheit und Jugend um psychologische und psychoanalytische Ansätze ergänzt worden seien. Konkret unterschied Moisel drei interagierende Diskussionsstränge, die zu einer Neuausrichtung der Kinder- und Jugendfürsorge in den 1970er-Jahren beigetragen hätten. Erstens wendeten sich Akteurinnen und Akteure im Umfeld der Studierendenbewegung öffentlich gegen die Heimerziehung – Kristallisationspunkte bildeten hier die Heimkampagne 1968/69 oder Ulrike Meinhofs Abrechnung mit der Mädchenfürsorge. Die Akteure dieses Diskussionsstranges orientierten sich unter anderem an psychoanalytischen Traditionen der Weimarer Republik. Zweitens formulierten durchaus auch konservative Praktiker wie Heimleiter und Heimärzte Reformforderungen. In Anlehnung an Deutungen des britischen Kinderpsychiaters John Bowlby galt ihnen „Bindung“ als Maßstab gelingender (Heim-)Erziehung. Drittens wurde in psychoanalytischen Strömungen etwa um das Frankfurter Sigmund-Freud-Institut die Frage aufgebracht, inwieweit psychische Auffälligkeiten sozial bedingt seien. Alle diese Ansätze adressierten die emotionalen Bedürfnisse von Kindern letztlich als gleich. Wie materielle und emotionale Ressourcen zusammenhingen, vermochten sie jedoch nicht einmütig zu beurteilen. Die Psychologie der Kindheit, auf Phänomene der Ungleichheit gelesen, entziehe sich damit einfachen Zuschreibungen.

MEIKE SOPHIA BAADER (Hildesheim) erkundete weitere Konstellationen und Deutungsweisen sozialer Ungleichheiten am Beispiel der seit Ende der 1960er-Jahre aufblühenden Kinderladenbewegung. Diese sei politisch heterogen gewesen: Während sozialistische Konzeptionen Ungleichheit vor allem unter Klassengesichtspunkten thematisierten und Denkansätze zum „proletarischen Kind“ der 1920er-Jahre aufgriffen, richteten sich demokratische, pragmatisch-liberale und psychoanalytische Konzeptionen eher auf Fragen des Geschlechtes, der Sexualität und der Familienformen. Für das Selbstverständnis der Kinderläden seien Konzeptionen der „Chancengleichheit“ substanziell gewesen. Gleiches gelte für das Streben nach einer „kompensatorischen Erziehung“, wie ein neues, unter dem Einfluss von Sozialisationstheorien geprägtes und unter anderem von Jürgen Habermas und Dietrich Goldschmidt 1968 aufgegriffenes Stichwort lautete. Dennoch kamen Anfang

der 1970er-Jahre 80 Prozent der Kinder in Kinderläden aus Familien mit einem akademischen Hintergrund. Um sozial weiter auszugreifen, entstanden teils öffentlich finanzierte sozialpädagogische „Sonderprojekte“, die exemplarisch versuchten, Kinder zum Beispiel von Obdachlosen oder türkischen „Gastarbeitern“ einzubeziehen. Dadurch rückten neben Unterscheidungen von Klasse und Geschlecht auch Herausforderungen der Migration stärker in das Blickfeld der Kinderladenbewegung, wobei die Religionszugehörigkeit der Kinder nicht als ungleichheitsrelevant wahrgenommen wurde. In der praktischen Umsetzung befanden die Beteiligten die im akademischen Umfeld erprobten Ansätze der Kinderläden allerdings als schwer auf nicht-akademische Familien anwendbar. Wie das Modellprojekt „Kita 3000“ in Frankfurt illustriert, hätten sich insbesondere in der Elternarbeit Unstimmigkeiten ergeben, die auf die divergierenden sozialen und kulturellen Hintergründe der beteiligten Familien zurückgeführt worden seien.

SANDRA WENK (Halle) wandte sich mit der Hauptschule einer weiteren Institution der Bildung und Erziehung zu. Die Hauptschule wurde nach Wenk schon bald nach ihrer Einführung Ende der 1960er-Jahre zu einem Symbol gesellschaftlicher Spaltung. Die sozialen und bildungspolitischen Probleme der Hauptschulen seien als Ausdruck der „Klassengesellschaft“ wahrgenommen worden; sie schienen den Zielen und Idealen, welche die Bildungsreform und -expansion eigentlich motiviert hatten, entgegenzulaufen. In diesem Kontext erstarkte Hauptschulkritik als ein Genre, in dem auch Lehrerinnen und Lehrer ihre Erfahrungen festhielten und sozioökonomisch ausdeuteten. Ein Beispiel hierfür geben publizierte Lehrertagebücher. Vor dem Hintergrund der aufkommenden Milieu- und Sozialisationstheorien wurden in diesen die Eigenheiten der Schülerinnen und Schüler spezifisch als solche von „Arbeiterkindern“ thematisiert. Solche Beschreibungen bezogen in einem im Effekt kulturalisierenden Ansatz auch alltägliche Verhaltensweisen der Kinder mit ein, darunter ihr Umgang mit Freizeit, ihre emotionale Ausdrucksfähigkeit oder ihr Wille zum sozialen Aufbegehren. Wenn die Lehrerinnen und Lehrer ihre Schüler in solchen Tagebüchern tendenziell als Enttäuschung erfuhren und sie als Subjekte adressierten, die ihrer Zielvorstellung des „kritischen“, kreativ unangepassten Kindes nicht entsprechen wollten, entwertete dies nicht

allein die Lebensstile der Kinder; es legitimierte zugleich pädagogische Anstrengungen, Hilfestellungen zur „Emanzipation“ nach einem Kindheitsideal zu formulieren, das wie die Vorstellung vom „Arbeiterkind“ selbst milieu- und schichtspezifisch geprägt war.

Im letzten Vortrag der Sektion legte JANOSCH STEUWER (Zürich) dar, wie auch Kindermedien und -produkte in der Ungleichheitsdebatte die Weichen umstellten. Parallel zur realistischen Wende der Kinder- und Jugendbuchliteratur, die in Anlehnung an Peter Härtling die „Verlogenheit“ heiler Kinderwelten für unerträglich befand, zeigten sich ähnliche Entwicklungen im Kinderfernsehen, im Kindertheater und in der Spielzeugproduktion. Manifestationen der entstehenden „neuen Kinderkultur“ wie das 1973 angelaufene Kinderfernsehformat Rappelkiste versuchten, „Wirklichkeit“ und „Umwelt“ stärker einzubeziehen. Sie reflektierten zudem dezidiert soziale Unterschiede und Hierarchien, wobei sowohl sozioökonomische Differenzierungslinien als auch solche zwischen Kindern und Erwachsenen selber Beachtung fanden. Indem die Protagonisten der neuen Kinderkultur die jungen Rezipienten nicht zuletzt dazu aufforderten, selber für sich und ihre Interessen einzutreten, wurden die früher grassierenden Vorwürfe der Romantisierung bald von solchen abgelöst, dass Kinder ideologisiert und gegen Eltern und Staat aufgehetzt werden sollten. Die „neue Kinderkultur“ brachte nach Steuwer eine „neue, reflexive Dimension“ in die Debatte um Ungleichheit, indem sie allgemeinere Betrachtungen über Differenz sowie Hierarchien notwendig machte. Obschon sich Protagonisten der neuen Kinderkultur der Aufhebung von Ungleichheiten durch Bildung verschrieben hatten, konnten sie ihre Verortung in einem bestimmten – eher gebildeten – Umfeld allerdings weder leugnen noch überwinden. Dies galt sowohl im Hinblick auf kulturelle Voraussetzungen der Teilhabe, als auch im Hinblick darauf, wer Produkte wie „Spielen und lernen“ oder „Playmobil“ überhaupt kaufen konnte. Insofern attestierte Steuwer der „neuen Kinderkultur“, und in dieser Schlagrichtung den Schlussfolgerungen seiner Vorrednerinnen ähnlich, in sich widersprüchliche Konsequenzen und Effekte.

In seinem Kommentar monierte DIRK SCHUMANN (Göttingen), dass die Geschichte der Kindheit und Jugend in der Bundesrepublik immer noch nicht ausreichend als Teil der „allgemeinen“ Geschichte

wahrgenommen werde. Da das Panel thematisch und zeitlich recht homogen gestaltet sei, stelle sich umso mehr die Aufgabe, dieses in inhaltlich, räumlich und zeitlich übergreifenden Perspektiven weiterzuführen. Im Hinblick auf ihre Einordnung in allgemeinere Deutungslinien bundesdeutscher Historiografie sah Schumann bei den Vortragenden die Tendenz, eindeutige Narrative von Erfolg oder Niedergang zu Gunsten von Ambivalenzen und Mehrdeutigkeiten aufzubrechen. Für die weitere Diskussion regte Schumann unter anderem an, stärker darüber nachzudenken, was die in den Vorträgen thematisierten Entwicklungen für die Handlungsmöglichkeiten und -potenziale der Kinder und Jugendlichen selber bedeuteten.

Diese Anstöße erwiesen sich auch in der anschließenden offenen Diskussion als anregend. Kommentare und Fragen aus dem Auditorium richteten sich unter anderem auf die Einordnung der betrachteten Phänomene in längere Kontinuitätslinien, ihre bundesdeutsche Spezifik und den potenziellen Charakter der bundesdeutschen 1970er-Jahre als einer „Zäsur der Kindheitsgeschichte“. Darüber hinaus kreiste die Debatte darum, inwiefern Konzeptionen von „Kinderrechten“ und das Ziel einer „kinderfreundlichen Gesellschaft“, die ja typischerweise die Handlungsmöglichkeiten und Beteiligung von Kindern betonen, in den im Panel betrachteten Auseinandersetzungen der 1960er- und 1970er-Jahre gründeten. Ebenso wurden Einschätzungen darüber ausgetauscht, ob sich in diesem Kontext das Rechtsdenken von Schutz- zu Partizipationsrechten von Kindern verschoben habe. Gegenwärtige Problemkonstellationen der Gleichheit und Ungleichheit in Bildung und Erziehung spielten in der Diskussion hingegen kaum eine Rolle, ebenso wenig wie aktivere Konzeptionen der Gleichstellung im Sinne von *affirmative action*. Was die historischen Erkundungen des Panels für die im Titel aufgerufenen „Helikoptereltern“ oder „Hartz-IV-Familien“ bedeuten mögen, oder was diese wiederum für aktuelle Konzeptionen der Ungleichheit implizieren, kann also weiter überlegt werden.

Eine solche zeitliche und inhaltliche Weiterführung verspricht umso interessanter zu werden, als dass sich die Grundannahme der Organisatoren insgesamt bewährte, der zufolge Umgangsweisen mit Kindheit und Jugend Konzeptionen der Gleichheit und Ungleichheit mitgestalteten. So haben die Panelbeiträge über verschiedene Themenzusam-

menhänge hinweg herausarbeiten können, wie eine Orientierung von Ungleichheitsfragen auf solche der Kindheit (beziehungsweise ein Denken von Kindheit über Ungleichheiten) unter dem Leitstern der „Chancengleichheit“ eine Wendung der Ungleichheitsdebatte ins Prozessuale begünstigte. Denn diese Konzeptualisierung unterstützte weniger ein Denken in Kategorien von Haben oder Nicht-Haben, als dass sie weitaus vermittelter auf die Konstellationen und Möglichkeiten fokussierte, materielle und kulturelle Ressourcen überhaupt zu erwerben. Zumindest in dieser Hinsicht waren die auf dem Panel betrachteten Debatten zugleich Sprungbrett eines Ansatzes, in dem Gleichheit als meritokratischer Effekt gedacht war, und an dem Debatten um „Spitzenförderung“ und „Elite“ in Wissenschaft und Schule wenige Jahre später in einer weiteren Wendung ansetzen sollten.

Alles in allem machte das Panel sichtbar, wie die Historiografie der Kindheit und Jugend auch zu übergeordneten, allgemeineren Diskussionszusammenhängen beitragen kann. Dies betrifft zunächst die Konzeptualisierung von Gleichheiten und Ungleichheiten generell. Die Beitragenden zeigten in ähnlicher Tendenz, wie das Streben nach Gleichheit Ungleichheiten nicht abschließend überwinden konnte, sondern teils neue Ungleichheiten erzeugte. Vermutlich auch deshalb verbanden sich in den Vorträgen Aspekte möglicher struktureller Gleichstellung mit solchen von Hierarchien und Machtgefällen, in denen Gleichheit eher als momentane Voraussetzung statt als Resultat des Handelns gesetzt wurde. Schließlich leistete das Panel eine Reflexion darüber, wie sich Wissensbestände in Pädagogik, Psychologie und Psychiatrie und den mit diesen verbundenen Praxisfeldern konstituierten und nicht zuletzt unter dem Einfluss sozialer Bewegungen veränderten. So wurde deutlich, wie Experten und Praktiker sowohl in längeren Kontinuitätslinien als auch in der Folge von „1968“ zusammenwirkten und wie selbstverständlich auch politische Einflüsse in der Wissenskonstitution zum Tragen brachten. Relativ unabhängig vom politisch-gesellschaftlichen Lager, dem sie sich zurechneten, machten sie die Debatte um soziale Ungleichheiten in Kindheit und Jugend dadurch lebendig, kontrovers und im historischen Sinn produktiv.

## Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Till Kössler (Halle) / Janosch Steuwer (Zürich)

Till Kössler: Einleitung

Claudia Moisel (München): Kindheit und soziale Ungleichheit in der Geschichte der Bundesrepublik. Zur Neuausrichtung der Kinder- und Jugendfürsorge seit 1968

Meike Sophia Baader (Hildesheim): Soziale Ungleichheit und kompensatorische Erziehung im Alternativen Milieu

Sandra Wenk (Halle): Die Wiederentdeckung des Arbeiterkindes auf der Schulbank. Hauptschüler und soziale Ungleichheit nach der Bildungsreform

Janosch Steuwer (Zürich): „Dem Boss gehört das Haus“: Soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Hierarchien in der Kinderkultur der 1970er Jahre

Dirk Schumann (Göttingen): Kommentar

Tagungsbericht *Helikoptereltern, Hartz-IV-Familien, Migrantenkids. Zum Zusammenhang von Kindheit und sozialer Ungleichheit in der Geschichte der Bundesrepublik*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 16.11.2018.

---

## Zerreißprobe „68“. Andere Perspektiven auf die westdeutsche Revolte

**Von:** Jakob Schönhagen, Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Im Jubiläumsjahr war 1968 in aller Munde. Zumindest anfänglich. Mittlerweile aber hat sich im 50. Jahr nach der Revolte eine gewisse mediale „68“-Müdigkeit abgezeichnet – nach den in den letzten Jahren publizistisch vielfach begleiteten Jubiläen des Ersten Weltkriegs, der

Oktoberrevolution, des Kriegsendes, der Versailler Friedensverträge, 1848, 1618, 200 Jahre Marx und dem Lutherjahr kaum verwunderlich.

Der resümierende Blick auf die rege politische Debatte um die Bewertung des Jahres zeigt eine binäre Frontstellung: Einerseits gefeiert als Moment, in dem die befreiende Liberalisierung der Bundesrepublik Fahrt aufnahm, andererseits kritisiert und angegangen als Ursprung allen Übels. Auch die zahlreichen historischen Publikationen zum „68“-Jubiläum machen deutlich: Unterforscht ist „68“ mitnichten. Historiographisch betrachtet aber lässt sich im Gegensatz zur feuilletonistisch ausgewalzten Divergenz der „68“-Bewertungen ein Konsens ausmachen: Obwohl die Bewegung mit ihren politischen Forderungen gescheitert sei, so dass gängige Narrativ, habe sie die Bundesrepublik dennoch nachhaltig beeinflusst. 1968 hat diesem Verständnis zufolge die soziokulturelle Veränderung in Deutschland entscheidend zuge-spitzt und beschleunigt und somit die Liberalisierung, Pluralisierung und Demokratisierung der Gesellschaft begünstigt.

Dass diese Breitenwirkung eher behauptet als nachgewiesen wird, war der gedankliche Ausgangspunkt der Sektion „Zerreißprobe ‘68’“ auf dem 43. Historikertag in Münster. Dabei zielten die Vorträge darauf, die historiographische Engführung auf die politische Bewegung, zu der häufig zudem fast ausschließlich linke, männliche Studierende gezählt werden, zu überwinden, um Reichweite und Dauer der Wirkungen von 1968 auszuloten. Neue Perspektiven, mehr Differenzierung und mehr Komplexität wagen: Rückschau auf eine äußerst gehaltvolle Diskussion.

Viele Seiten bekomme sie nicht: In ihrem Vortrag machte CHRISTINA VON HODENBERG (London) deutlich, dass die Frauenemanzipation und –bewegung in den großen Monographien zur deutschen Geschichte zwar häufig als einer der zentralen Transformationsprozesse der Bundesrepublik konstatiert wird, nicht jedoch die entsprechende analytische Tiefenschärfe erhält. Acht von 439 Seiten sind ihr bei Hans-Ulrich Wehlers Gesellschaftsgeschichte gewidmet, bei Ulrich Herberths Gesamtdarstellung eine von 1.451, drei von 936 bei Eckart Conze, bei Heinrich August Winkler ist es gerade ein Satz.

Anhand einer Rezeptionsgeschichte zu ihrer in diesem Jahr veröffentlichten Gesellschaftsgeschichte zum „anderen Achtundsechzig“ thematisierte von Hodenberg die marginalisierte Rolle von Frauen in den

Standardwerken zur deutschen Geschichte.<sup>1</sup> In ihrem Buch unternimmt sie anhand von 3.000 Stunden zeitgenössischer Tonbandaufnahmen einer Bonner gerontologischen Querschnittstudie eine andere Sichtweise auf die Revolte und wagt dabei den Blick in die Provinz. Weg von der engführenden Perspektive auf die demographische Minderheit der Studierenden, weg von der reinen Fokussierung auf die männlichen Protagonisten.

Aufhänger in Münster war ihr das immer noch gängige Don-Carlos-Motiv zur Erklärung von 1968, das die „Studentenbewegung“ als Vater-Sohn-Konflikt aufbegehrender Söhne gegen die NS-Vergangenheit und -Schuld ihrer Väter stilisiert. Obwohl ein Viertel der Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) Studentinnen waren, erschienen Frauen in den Gesamtdarstellungen zu 1968 höchstens als „Bräute der Revoluzzer.“ Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Fritz Teufel und Rainer Langhans, nicht aber ihre weiblichen Mitstreiterinnen, wurden die Ikonen der Revolte. Auch in der Geschichtswissenschaft liegt der Fokus noch immer auf jungen, männlichen „68ern“. In den Indizes der gängigen Monographien sucht man die Feministinnen Helke Sander, Sigrid Damm-Rüger, Silvia Bovenschen oder Florence Hervé vergeblich. Die antipatriarchalische Stoßrichtung des Jahres ist bisher kaum analysiert worden.

Dabei nahm von Hodenberg insbesondere Bezug auf die Auseinandersetzungen mit Wolfgang Kraushaar und Axel Schildt. Beide hatten der neuen Leiterin des Historischen Instituts London entgegengehalten, dass der Beginn der Frauenbewegung nicht 1968, sondern vielmehr erst in den frühen 1970er-Jahren zu verorten sei. Die Bemühungen, die Frauenbewegungen in das folgende Jahrzehnt zu schieben, obwohl deren Kernelemente schon 1968 vorhanden gewesen seien, sind laut Christina von Hodenberg das Resultat von charakteristischen Blindstellen der deutschen Meistererzählungen. Diese seien durchweg von einer männlichen Perspektive geprägt, die Frauen in die Nische verbannt.

Zwei gängige Analysekatégorien deutscher Historiographie machte von Hodenberg in ihrem Vortrag für dieses dominierende Narrativ verantwortlich: Einerseits der Hang, die deutsche Geschichte als Duell

politischer Generationen im Sinne Karl Mannheims zu deuten. Diese monolithisch verstandenen Blöcke bezögen sich meist auf politische, vor allem aber lediglich auf männliche Intellektuelle. Andererseits ein Verständnis, das Geschichte als politisch definiere und das Private nicht, oder wenn überhaupt nur gesondert, untersuche. Gegen diese Kompartimentalisierung der Geschichtswissenschaften argumentierend warb sie daher abschließend dafür, dass die Geschichte vom Weg nach Westen produktiver gedacht werden könne, wenn Frauen dabei ebenfalls bedacht würden.

Manchmal reicht es, das Format zu ändern. Im ikonographischen Haushalt der deutschen Ideengeschichte nimmt das Bild des im Januar 1968 in Freiburg auf dem Dach eines Autos diskutierenden Soziologen und FDP-Politikers Ralf Dahrendorf mit der SDS-Ikone Rudi Dutschke einen besonderen Stellenwert ein. ANNA VON DER GOLTZ (Washington, D.C.) zeigte in ihrem Vortrag anhand dieses Bildes auf, wie sehr sich unser Verständnis von 1968 erweitert, wenn man die Perspektive verschiebt. Vergrößert man den Bildausschnitt, sind nämlich in Meinhard Ade und Ignaz Bender zwei der drei Organisatoren der Diskussion zu erkennen. Einem gehörte der Mercedes, auf dem die intellektuelle Auseinandersetzung stattfand. Alle drei waren Aktivisten des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), bzw. der Sammlungsbewegung „Demokratische Mitte.“

Für von der Goltz steht der enge Bildausschnitt sinnbildlich für das dominierende Image von 1968 – als Konflikt der Generationen von 1945 und 1968. Parallel zu von Hodenberg argumentierte sie, dass dieses generationelle Narrativ vertikale Konflikte zwischen unterschiedlichen Alterskohorten betone, aber intragenerationelle Konfliktkonstellationen vedecke. Die studentische Wirklichkeit allerdings sei wesentlich komplizierter gewesen, als es die bipolaren, sich antagonistisch gegenüberstehenden mannheimschen Generationseinheiten nahelegen.

Wie viel komplexer es 1968 eigentlich zugeht, skizzierte Anna von der Goltz, indem sie die studentischen Aktivisten aus dem RCDS und aus gemäßigt rechten Sammlungsgruppierungen wie etwa der Bonner Aktion '68 untersucht. Demnach spielten konservative Studierenden-gruppierungen entgegen ihrer heutigen, retrospektiven Abgrenzungsversuche 1968 mit ihren reformistischen Positionen eine wichtige Rolle.

<sup>1</sup> Christina von Hodenberg, *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte*, München 2018.

Ihr Verhältnis zur linken Bewegung kennzeichnete von der Goltz als eines von Verflechtung und Abgrenzung. Ihr zufolge reagierten christdemokratische Studierende auf die Vorstöße der Linken, ohne reaktionär zu sein: Durch stilistische Abgrenzung hätten sie feine Unterschiede bewusst betont und so die soziale Distinktion für die eigene politische Identitätsbildung nutzbar gemacht. Diese kulturellen Unterschiede sollten jedoch nicht überbetont werden. Gemeinsamkeiten hätten ebenso bestanden – eine weitgehend liberalisierte Sexualität wurde auch unter christdemokratischen Studierenden praktiziert. Von der dynamischen Modernisierung wurden linke wie konservative Studierende gleichermaßen erfasst. Schließlich sei auch auf konservativer Studierendenseite das Private „zumindest in Ansätzen politisch“ geworden. Nicht eine unüberwindbare Spaltung der politischen Studierendenschaft, resümierte von der Goltz, sondern vielmehr eine Dynamik des Mit- und Gegeneinanders habe deren Verhältnis dominiert.

Auch der Staat erlebte Ende der 1960er-Jahre sein „68“. Allerdings mit anderen zeitlichen Dynamiken und viel unbekannten Verläufen als die Protestbewegung, wie THOMAS ZIMMER (Freiburg) schließlich aufzeigte: Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit und auch von der Geschichtswissenschaft bis heute kaum beachtet, begann mit den durch den Tod von Benno Ohnesorg ausgelösten Ausschreitungen am 2. Juni 1967 nämlich eine rund anderthalb Jahre währende intensive staatliche Suche nach Erklärungen für die studentische Revolte. Zimmer zufolge zeigte sich in den staatlichen Reflexionen die Wahrnehmung einer profunden Doppelkrise: einerseits eine Wissenskrise, da zumindest die staatlichen Akteure selbst glaubten, die Fähigkeit verloren zu haben, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu lesen; andererseits eine Legitimationskrise, die zu weitreichenden Reformen von Politik und Verwaltung im Namen der „Modernisierung“ geführt habe.

Das staatliche Nachdenken über „Unruhe“ kam laut Zimmer zwar mit der Jahreswende 1968/69 zu einem jähen Ende. Zu diesem Zeitpunkt übernahm per Kanzlerentscheid das Bundesinnenministerium die Federführung im staatlichen Umgang mit der studentischen Revolte – und diskutierte es in der Folge ausschließlich als Problem der inneren Sicherheit. Zwei wichtige Schlüsse habe der Staat aus den Ergebnissen der unzähligen Denkschriften und Untersuchungsausschüsse aber den-

noch gezogen. Zum einen die Überzeugung, dass ein realexistierendes und reformbedrftiges Demokratiedefizit für das Aufbegehren der Jugend verantwortlich sei. Zum anderen die Folgerung, dass der Staat an die wandelnden Bedürfnisse der modernen Welt angepasst werden müsse.

Die Ausweitung der Perspektive auf den Staat macht auch hier längere Folgen sichtbar: Auf innerstaatliche Überlegungen habe, Zimmer zufolge, „68“ tatsächlich katalysatorische Wirkung gehabt, weil es Stimmen auftrieb verlieh, die eine umfassende Demokratisierung forderten. Diese Tendenzen hätten schließlich in Willy Brandt ihre ikonische Verdichtung und in den sozial-liberalen Reformen ihren legislativen Niederschlag gefunden.

Ebenso wichtig sei der Moment 1968 für die jüngere Geschichte deutscher Staatlichkeit – Zimmers Habilitationsprojekt. Die ausgiebigen gouvernementalen Reflexionen seien demnach in eine Zeit gefallen, in der über eine grundlegende Neukonfiguration staatlicher Strukturen diskutiert wurde. Da die staatlichen Lesarten von „68“ zu bestätigen schienen, dass es dringend geboten war, den Staat in seinen Tiefenstrukturen zu „modernisieren“, hätten die Proteste staatshistorisch bedeutsame Entwicklungen forciert. Flächendeckende Gebietsreformen wurden initiiert, die Reform des öffentlichen Dienstes gefördert und die Hinwendung zum kooperativen Föderalismus angestoßen.

In seinem Kommentar bemühte sich MARTIN GEYER (München) um eine Einordnung der Vorträge in die breitere Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik. Er verortete die drei Beiträge in den Debatten um die „langen 1960er-Jahre“ und bettete sie in die gängigen Narrative des Wertewandels zwischen 1960 und 1980 ein. Insgesamt habe das Panel darauf hingedeutet, dass man den historischen Einschnitt der 1960er-Jahre und speziell „68“ eventuell doch wieder höher gewichten müsse – gerade im Gegensatz zum weitverbreiteten Fokus auf 1973 als wichtige Zäsur. In der etwas kurz geratenen Diskussion wiederum traten neben großem Zuspruch für die Bemühungen, Frauen in die Geschichte zurückzuholen, drei Punkte hervor.

Erstens kritisierte von der Goltz das gängige Liberalisierungsparadigma der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung als zu teleologisch und sprach in diesem Zusammenhang von „mindestens einem

Zickzack-Kurs.“ Gleichmaßen forderte sie, die eigentümliche Trennung in vermeintliche politische und kulturelle Errungenschaften der Revolte aufzuheben.

Zweitens erklärten die Teilnehmer die teilweise heftigen Abwehrreaktionen zu Christina von Hodenbergs Thesen aus den Gegebenheiten des gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Moments: Die Diskussionen um „All-Male-Panels“, um die Kritik und Verteidigung männlicher Privilegierung im Blick auf und in die Vergangenheit habe auch die Geschichtswissenschaft erreicht, so der allgemeine Tenor.

Drittens plädierte Zimmer abschließend dafür, das etablierte Bild von „68“ noch einmal ins Wanken zu bringen und die Narrative vielschichtiger und komplexer zu gestalten. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass nicht nur die in der Sektion versammelten Ansätze in diese Richtung deuteten, sondern auch die internationale Perspektive auf die Revolte. Dass es 1968 in 56 Ländern, darunter Äthiopien, dem Senegal, Indonesien und Ägypten zu Revolten kam, veranschauliche, dass das gängige deutsche Narrativ des Generationenkonflikts mit den NS-Eltern zu kurz greife. Auch dieser Hinweis, vor allem aber die drei lohnenden Beiträge, haben deutlich vor Augen geführt, dass es bei den neuen Perspektiven auf 1968 keineswegs um rein empirische Lückenfüllung geht. Vielmehr handelt es sich dabei um eine dringend erforderliche Präzisierung der historischen Verortung der Revolte im gesamtgesellschaftlichen Gefüge der späten 1960er-Jahre – trotz oder gerade wegen der weitverbreiteten „68“-Müdigkeit.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Christina von Hodenberg (London)

Christina von Hodenberg: Der Don Karlos-Komplex der 68er. Familiäre Generationen und die Revolte

Anna von der Goltz (Washington, DC): Die Kinder von Adenauer und Coca-Cola? CDU-Studenten und kulturelle Revolte um 1968

Thomas Zimmer (Freiburg): Der Leviathan in der Revolte. Staatliche Reaktionen auf »68«

Martin Geyer (München): Kommentar

Tagungsbericht *Zerreißprobe „68“. Andere Perspektiven auf die westdeutsche Revolte*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 16.11.2018.

---

#### **Verblasst-verdrängt-vergessen? Vergangenheitsverlust als Forschungsproblem**

**Von:** Janine Funke, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

„Jedermann weiß, dass keine Erinnerung ohne gleichzeitiges Vergessen möglich ist“; mit diesen Worten leitete MARTIN SABROW (Potsdam / Berlin) seinen Eingangsvortrag in die Sektion „Verblasst-verdrängt-vergessen? Vergangenheitsverlust als Forschungsproblem“ am Mittwochmorgen ein. Obwohl es in der Forschung längst einen Konsens über die Verflechtung von Erinnern und Vergessen gibt, haftet dem Vergessen etwas „Ungehöriges“ an, so Sabrow, der zugleich darauf verwies, dass der Begriff des Vergessens auf den Faktor des menschlichen Handelns fokussiere und – bezogen auf seine Etymologie – „die Existenz von Relikten und Ablagespeichern“ voraussetze. Mit dieser Annahme sei es möglich, eine nicht normative Klassifizierung des historischen Vergessens zu entwickeln und gleichzeitig die „Paradoxie eines bewussten Vergessens“ zu überwinden. Sabrow unterschied im Folgenden zwischen dem intentionalen und dem nicht-intentionalen Vergessen. Ersteres beziehe sich auf einen gezielten Akt des Vergangenheitsverlustes in Form einer „politische[n] Säuberung und Nihilierung“, einer „Amnesie und Amnestie“ oder einer „Verdrängungs- und Beschweigekultur“. Das nicht-intentionale Vergessen dagegen sei dadurch charakterisiert, dass es gezielter Einflussnahme entbehre. Als Beispiel führte Sabrow den Brand der Anna-Amalia-Bibliothek von Weimar und den Inhalt eines nicht mehr decodierbaren Datenträgers an. In diese Kategorie fallen aber auch „die zahllosen Spielarten zeitbedingter Überformung und Vergleichgltigung“. In einem dritten Feld sei ein so gelagerter Vergessensbegriff aber auch in seiner eigenen Nutzung als Quellenterminus zu fassen, um beispielsweise Diskurse einer Vergessenskritik und Prozesse einer Vergessensbekmpfung zu bearbeiten. Die

Sektion zielte darauf ab, den nicht-intendierten Vergangenheitsverlust und dessen Zeitlichkeit und Vielseitigkeit näher zu beleuchten.

Im ersten thematischen Beitrag widmete sich ULRIKE JUREIT (Hamburg) dem „normative[n] Vergessensdiskurs im Zeitalter der Aufarbeitung“ am Beispiel der von 1995 bis 1999 laufenden Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ und deren Neuauflage 2001. In der Ausstellungspraxis habe sich der Prozess des Erinnerns als aktiver Prozess gezeigt, welcher stets das „Ein- und Ausschließen von Dingen“ impliziere. Dieser Auswahlprozess nehme Formen des Vergessens in Kauf. Die Wahrnehmung des Vergessens als „Unvermögen“ oder gar eine Vergangenheitsfixiertheit, wie sie Jureit in der deutschen Erinnerungskultur beobachtet, reproduziere jedoch die ambivalente Auffassung, dass kollektives Erinnern unverzichtbar sei und einem drohenden Vergessen stets aktiv begegnet werden müsse. In der ersten Ausstellung habe eben diese Haltung einen „Vergangenheitsverlust durch Entkontextualisierung“ bewirkt, so Jureit. Der Fall Ternopil sei hierfür ein Beispiel. Mit dem Ziel, die „Verbrechen der Wehrmacht“ zu zeigen, fand eine selektive Repräsentation der Geschehnisse statt. Jene Auslassungen entbehrten einer Kontextualisierung und ließen sich wissenschaftlich kaum rechtfertigen. Gleiches gelte für eine teilweise entkontextualisierte Visualisierung der Kriegsverbrechen in Form von Fotos, welche sich durch eine selektive Repräsentation dem Vorwurf des intentionalen Vergessens stellen mussten. Jureit resümierte, dass die „normative Aufladung des deutschen Erinnerungsdiskurses“ zu einer Pfadabhängigkeit führe. Dies sei derzeit auch in Form eines gezielten Tabubruchs im politischen Feld zu beobachten. Auf einen derartig gelagerten Tabubruch werde dann mit „normativer Aufrüstung und gesteigerter Erinnerungspraktik“ reagiert.

Im nächsten Vortrag thematisierte DIETMAR SCHENK (Berlin) die archivarische Praxis der Kassation und ihren Begründungen. Im Gegensatz zum nicht-intentionalen Vergessen sei die Kassation kein „ungezogener Prozess“, sondern „hoch absichtsvoll“. Dies zeige sich beispielsweise anhand der Aktenautopsie. Um die Praxis der Kassation an einem Beispiel zu verdeutlichen, stellte Schenk den Aufbau des Archivs der Karl Hofer Gesellschaft an der Universität der Künste Berlin vor. Schenk bekam den Auftrag den Aufbau des dortigen Archives zu begleiten. Am

Ende des Kassationsprozesses nahm das Archiv nur etwa zehn Prozent des tatsächlich in Umzugskartons gelagerten Materials auf. Die nicht als archivwürdig angesehen Unterlagen wurden der Vernichtung preisgegeben. Während der Arbeit stieß Schenk auf Überlieferungskerne, wie Vorstandsakten. Daraus ergebe sich die Frage, inwiefern es sinnvoll sei, sich auf diese Akten zu konzentrieren oder andere Kriterien anzulegen, die in eine Aktenbewertung einbezogen werden müssten. Schenk verwies hierzu auf die 1956 veröffentlichte Monografie von T.R. Schellenberg zu „Modern Archives, Principles & Techniques“<sup>1</sup>. Die zentrale Frage sei nun, ob die Kassationspraxis tatsächlich ein „Vergessen“ impliziere. Die Bewertung der Materialien im Selektionsprozess sei, so Schenk, die zentrale Fähigkeit und Kerntätigkeit der Archivarin oder des Archivars. Die Kontroverse der Kassation bestehe im Stellenwert der inhaltlichen Bewertung im Sinne einer pragmatischen Schriftlichkeit. Bewirkt die Kassation dann nicht lediglich die Vernichtung von Redundanz?

Dem schloss sich VOLKER DEPKAT (Regensburg) mit Gedanken zur Autobiografik des 20. Jahrhunderts als Form der Erinnerung und des Vergessens an. Depkat versteht die Autobiografie als ein Wechselspiel zwischen „spezifischen Formen des Erinnerns und spezifischen Formen des Vergessens“. Autobiografien seien, besonders im letzten Jahrhundert, eine Form der Kontinuität in einer Zeit der Diskontinuität. Im autobiografischen Akt erlebe der Schreibende sein Leben noch einmal als sinnvoll und transparent geschriebene Erzählung. Die verschiedenen Formen des Vergessens schlossen einen Prozess der Identitätsformung und der Periodisierung mit ein. Das Genre selbst zwingt den Autor zu Glättungen und Auslassungen, um einer vergangenen Zukunft zu entsprechen. Depkat bezeichnete die Biografie als durch Marginalisierung und Verschweigen gekennzeichnete „narrative Ordnungsleistung“. Die Schilderungen würden in die Entwicklungen und den Wandel der Zeit eingeordnet und beispielsweise durch politische Ereignisse im 20. Jahrhundert umgeschrieben. Der Prozess des Erinnerns und Vergessens sei immer auch durch das Streben nach Kohärenz und Identität geprägt.

<sup>1</sup> Theodore R. Schellenberg, *Modern Archives. Principles & Techniques*, Chicago 1956.



Im anschließenden Kommentar fragte ANDREA HÄNGER (Koblenz) nach dem „Recht auf Vergessen“ in der digitalen Welt und der Rolle der Archive. Diese seien ein institutioneller Ort, an dem Geschichtsbilder erarbeitet, geprüft und revidiert würden. Archive greifen aber, so Hänger, auch stark in das Quellenmaterial ein und vollziehen damit selbst eine „narrative Ordnungsleistung“. Es gehöre zur Alltagsschwäche von Archiven, „Sachen zur Seite zu legen, die vielleicht bewahrbar wären“. Die zeitgebundene Aktion des Aussortierens sei folglich eine Form des „intentionalen Vergessens“. ACHIM LANDWEHR (Düsseldorf) schloss sich mit einem „Kommentar zum Vergessen“ an und fragte mit Verweis auf Umberto Eco nach einer möglichen Kunst des Vergessens.<sup>2</sup> Landwehr plädiert ebenfalls dafür, die normative Aufladung des Vergessensbegriffs aufzubrechen. Eine „Totalität der Erinnerung“ führe zu „Lebensunfähigkeit“, einem „Horror der Vollständigkeit“. Wie wird aber die Unvollständigkeit hergestellt, die überlebenswichtig sei und wie können sich Historikerinnen den Formen des Vergessens forschungspraktisch nähern? Landwehr plädiert für eine Konstitution von Zeit und Zeiten, die mit dem Vergessen einhergehen.

Gerade auch die Problematik nach einer normativen Aufladung von Erinnern und Vergessen spielte in der anschließenden Diskussion eine zentrale Rolle. Muss erinnern nicht immer auch an eine normative Entscheidung geknüpft sein? Jureit entgegnete, es sei nicht das Ziel die Normativität per se zu kritisieren. Stattdessen sei nach den gegenläufigen Gedächtnissen und den Umgang damit zu fragen, um zu zeigen, welche Teile der Vergangenheit in den Vordergrund gestellt werden. Sabrow wies darauf hin, dass die Beschäftigung mit dem Vergessen eine Sichtbar- und Transparentmachung mit sich bringt, da die Leistung der Geschichte nicht als kulturelle Praxis, sondern als Wissenschaft mit Anspruch auf Selbstreflexivität verstanden wird. Des Weiteren spitzten sich die Fragen auf die Praxis der archivarisches Kassation zu, die, so entgegnete Schenk, bislang in ihrer Geschichte kaum erforscht sei. Müssten Archive künftig „mehr Vernichtung, also Vergessen, wagen“? Schenk plädierte dafür Normen zu entwickeln, nach denen sich ArchivInnen in ihrer Handlungspraxis orientieren können. Ein weiterer

Diskussionsbeitrag regte ein Nachdenken über die neurologische Dimension des Vergessens an. Schließlich sei dieser Prozess nicht nur aktiv, sondern auch situativ bedingt und somit nur eingeschränkt rational steuerbar. In Bezug auf die Praxis der Erinnerung müsse auch die „nostalgische Erinnerung“ betrachtet werden, welche als ein aktiver und kollektiver Prozess zu verstehen sei. Daran anschließend stelle sich die Frage, ob nicht-intentionales Vergessen nicht automatisch in intentionales Vergessen übergehe? Landwehr entgegnete, Nostalgie als Forschungsgegenstand sei ein gutes Beispiel, um nicht-intentionale und das intentionale Vergessen zusammen zu bringen und zu fragen, was eigentlich nicht erinnert wird.

Am Ende der Sektion konnte konstatiert werden, dass Formen des Erinnerns immer auch an Formen des Vergessens gekoppelt seien. Die Geschichtswissenschaft müsse in diesem Forschungsbereich Selbstaufklärung vollziehen, um herauszuarbeiten, welche Formen des Vergessens den Formen des Erinnerns immanent sind. Die Frage nach der historischen Analyse von Formen des nicht-intentionalen Vergessens konnte die Sektion nicht beantworten. Der Systematisierungsversuch sei, so Sabrow, zunächst gescheitert. Die aufgeworfenen Fragen böten aber einen großen Spielraum für künftige Forschungsprojekte.

### Sektionsübersicht:

Martin Sabrow (Potsdam / Berlin): „Historisches Vergessen“ – Quellebegriff oder auch analytisches Konzept?

Ulrike Jureit (Hamburg): Der normative Vergessensdiskurs im Zeitalter der Aufarbeitung

Dietmar Schenk (Berlin): Archivarisches Kassationspraktiken und ihre Begründungen

Volker Depkat (Regensburg): Formen der Glättung und Auslassung in der Autobiographik des 20. Jahrhunderts

Achim Landwehr (Düsseldorf): Kurzkomentar aus geschichtstheoretischer Perspektive

Andrea Hänger (Koblenz): Kurzkomentar

<sup>2</sup> Umberto Eco / Marilyn Migiel, An Ars Oblivionalis? Forget it!, in: PMLA, 103 (1988), Nr. 3, S. 254–261.

Tagungsbericht *Verblasst-verdrängt-vergessen? Vergangenheitsverlust als Forschungsproblem*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

### **Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin? Minderheits- und Mehrheitskonstellationen am Beispiel der Sinti und Roma in der BRD**

**Von:** Friedrich Pollack, Sorbisches Institut / Serbski institut Bautzen

Wie politisch ist die Geschichtswissenschaft und wie (un-)politisch sollte sie sein? Diese Frage beherrschte Diskussionen und Veranstaltungen auf dem 52. Deutschen Historikertag so dominant wie lange nicht mehr. Auch die anhaltende Debatte über die von der Mitgliederversammlung verabschiedete Resolution „zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie“<sup>1</sup> zeigt, wie sehr innerhalb der Fachcommunity gegenwärtig um ein zeitgemäßes Selbstverständnis gerungen wird.

In ihren Einleitungsworten zur Sektion „Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin?“ griff auch KAROLA FINGS (Köln) die Frage nach dem gesellschaftlichen Ort der Geschichtswissenschaft auf und hob hervor, dass diese bereits durch die Wahl ihrer Untersuchungsfelder sowie die Struktur ihrer Forschungs- und Förderprioritäten per se politisch sei. Die Geschichte der Sinti und Roma zeigt exemplarisch, wie Wissenschaft durch strukturelle Marginalisierung bestimmter Themen und Fragestellungen zur Reproduktion hegemonialer Diskurse und herrschender Vorurteilsstrukturen beitragen kann. Erst seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert rückt die Geschichte dieser Minderheit hierzulande in das Blickfeld der akademischen Forschung. Dass eine Sektion, wie die hier besprochene, einen Platz im Programm des Deutschen Historikertages erhielt, darf auch als Effekt eines gewachsenen Bewusstseins für die Bedeutung der Minderheitenperspektive in der Geschichtswissenschaft bewertet werden.

<sup>1</sup> Vgl. Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie, in: H-Soz-Kult, 08.10.2018, <[www.hsozkult.de/news/id/nachrichten-4589](http://www.hsozkult.de/news/id/nachrichten-4589)>.

Im ersten Referat der Sektion widmete sich DANIELA GRESS (Heidelberg) der Geschichte des Bürger- und Menschenrechtsaktivismus von Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgehend von der These, dass sich der Zustand einer Demokratie an ihrem Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten messen lasse, charakterisierte sie den Verlauf der jahrzehntelangen Kämpfe um die Entschädigung für erlittenes Unrecht, den Abbau von Diskriminierungen und die Zuerkennung des Rechtsstatus einer nationalen Minderheit als langwierigen Demokratisierungsprozess. Dafür veranschaulichte sie kontrastierend die Situation in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende, als westdeutsche Gerichte und Behörden unbeirrt für eine bruchlose Fortsetzung der Ausgrenzungs- und Kriminalisierungspolitik gegenüber Sinti und Roma eintraten. Die in den 1960er-Jahren einsetzende Bürgerrechtsarbeit verortete die Referentin im Kontext nationaler und transnationaler Entwicklungen, die zu einer steigenden Sensibilität für die Ansprüche von Minderheiten, der beginnenden Konfrontation mit den Verbrechen der Nationalsozialisten sowie einer anhebenden Auseinandersetzung mit diskriminierenden sowie rassistischen Denk- und Verhaltensweisen in der Gegenwart beitrugen. Mit der Gründung des Zentralrats deutscher Sinti und Roma und dessen Anerkennung als politischer Gesprächspartner durch die Bundesregierung (1982) sei ein wichtiges Etappenziel der Bürgerrechtsbewegung erreicht worden, wie Gress in ihrem Fazit hervorhob.

SEBASTIAN LOTTO-KUSCHE (Flensburg) ging in seinem Referat genauer auf die Auseinandersetzungen zwischen den Verbänden der Sinti und Roma und Exponent/innen der sogenannten „Zigeunerforschung“ in der Bundesrepublik ein. Letztere verkörperten die Kontinuität des akademischen „Zigeunerdiskurses“ der Vorkriegszeit häufig so selbstbewusst, dass ihre Autorität lange Zeit unangetastet und ihre Expertise in gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Gremien, bis hinauf zur Bundesregierung gefragt blieb. Lotto-Kusche illustrierte dies am Beispiel des Mediziners Hermann Arnold, der in seinen Publikationen zur „Zigeunerfrage“ offen rassistisch-eugenische Positionen vertrat, die zu wesentlichen Teilen auf Materialien und Gewährspersonen der nationalsozialistischen „rassenhygienischen Forschung“ beruhten. Arnolds Expertenposition, unter anderem für das

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, basierte auf einer ausgeprägten Netzwerktaetigkeit führender Vertreter der deutschen „Zigeunerforschung“, die die Aufarbeitung der nationalsozialistischen „Zigeunerpolitik“ zu behindern und die Entlastung beteiligter Akteur/innen – die häufig auch ihre eigene Entlastung war – zu befördern suchten. In der Frage um die juristische und politische Anerkennung des nationalsozialistischen Völkermordes an den Sinti und Roma fochten Verbände und „Zigeunerforschung“ einen langwierigen, zeitweise harten Konflikt um die Diskurshoheit aus, dessen Verlauf und Ergebnisse der Referent anhand ausgewählter Episoden näher beleuchtete. Wurde von Seiten Arnolds und anderer versucht mit politischer Lobbyarbeit, polizeilichen Maßnahmen und öffentlichen Verleumdungen gegen Sinti-Verbände vorzugehen, verlegten sich letztere mehrfach auf aufsehenerregende Aktionen, wie die Gedenkveranstaltung in Bergen-Belsen (1979), die Hungerstreikaktion in Dachau (1980) oder die Besetzung verschiedener Einrichtungen, und mehrten auf diese Weise die Zahl ihrer Unterstützer in Politik, Medien und Gesellschaft merklich. Die Delegitimierung der „Zigeunerexperten“ wurde spätestens mit der Anerkennung des nationalsozialistischen Völkermordes an den Sinti und Roma durch die Bundesregierung im März 1982 offenbar. Seit Beginn der 1980er-Jahre, so die abschließende These des Referenten, reklamiert der Zentralrat die Diskurshoheit in allen wesentlichen Fragen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Geschichte und Kultur der Sinti und Roma in Deutschland.

Nach diesen beiden rahmenden Vorträgen unternahm FRANK REUTER (Heidelberg) einen Perspektivwechsel. Sein Referat widmete sich den methodologischen Potenzialen der visual history für die historische Minderheitenforschung. Ausgehend von der These, dass Visualisierungen eine entscheidende Rolle im Prozess der Minorisierung und Marginalisierung sozialer Gruppen zukommt, warf er die Frage auf, inwieweit sich der in den beiden vorangegangenen Vorträgen geschilderte Paradigmenwechsel der frühen 1980er-Jahre auch in der visuellen Repräsentation von Sinti und Roma widerspiegeln und inwieweit insbesondere die Fotografie diesen Wandel nicht nur dokumentiert sondern zugleich mitgestaltet hat. Dafür widmete sich Reuter eingangs dem populären „Zigeunerbild“ in der bundesdeutschen Nachkriegsgesell-

schaft, das er an zwei Fotobildbänden aus den frühen 1970er-Jahren exemplifizierte. Angesichts der damaligen gesellschaftlichen und politischen Umstände, die eine fortgesetzte Stigmatisierung von Sinti und Roma legitimierten und eine kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten blockierten, habe auch das populäre „Zigeunerbild“ der frühen Bundesrepublik nahtlos und unkritisch an die stereotypisierende Ikonografie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts anknüpfen können. Kennzeichnend dafür seien insbesondere die durchweg ahistorische und entpersonalisierte Darstellung eines vermeintlich romantisch-exotischen „Zigeunerlebens“ im Kontrast zur modernen westlichen Zivilisation. Erst zu Beginn der 1980er-Jahre lässt sich ein grundlegender Paradigmenwechsel in der fotografischen Repräsentation von Sinti und Roma feststellen, wie Reuter am Beispiel des „Buchs der Sinti“ (1981) darlegte. Darin begann eine junge Generation sozialdokumentarisch interessierter Fotograf/innen die Prämissen gängiger „Zigeunerbilder“ zu hinterfragen und die dahinterliegenden Topoi aufzudecken. Eine entschieden personalisierte Sicht auf die Menschen, als Individuen mit einer konkreten Geschichte und einer ebenso exakt verortbaren Gegenwart sowie insbesondere mit einer eigenen Stimme, setzte grundlegend neue, empathische Akzente bei der fotografischen Inszenierung von Sinti und Roma. Kritische Beachtung erfuhren dabei erstmals auch die Folgen sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung sowie die langfristigen Auswirkungen der im Nationalsozialismus erlittenen Verfolgung. Die erfolgreiche Etablierung einer Emanzipationsbewegung deutscher Sinti und Roma ging somit, so die abschließende These des Referenten, mit einem fundamentalen Perspektivwechsel in der Fotografie einher, der wiederum Auswirkungen auf die massenmediale Darstellung der Minderheit als Ganzes besaß.

Methodologisch-konzeptueller Art waren auch die Ausführungen von YVONNE ROBEL (Hamburg), die in ihrem Referat auf das Potenzial lokal- und regionalgeschichtlicher Perspektiven für die Erforschung der Geschichte von Sinti und Roma einging. Am Beispiel Hamburgs machte sie deutlich, dass die historische Minderheitenforschung auch eine Korrektivfunktion gegenüber hegemonialen Narrativen einnehmen und zu einer differenzierteren Sicht auf historische Abläufe beitragen kann. Vier Thesen strukturierten ihre Überlegungen, die sie jeweils mit Fallbeispielen

len aus der kommunalen Überlieferung illustrierte. Erstens eröffne die fokussierte Untersuchung mikrohistorischer Vorgänge, das sprichwörtliche „tiefe Bohren“ in den Quellen vor Ort, oft detailreichere Einblicke in geschichtliche Entwicklungen als die makrohistorische Draufsicht. Zweitens stellen sich Prozesse und (vermeintliche) Zäsuren aus lokal- und regionalgeschichtlichem Blickwinkel zuweilen anders dar, als in den „großen“ historiografischen Narrativen. Drittens lenke die in der Lokal- und Regionalgeschichte angelegte bottom-up-Perspektive die Aufmerksamkeit auf Strategien der Selbstermächtigung von Minderheitenangehörigen, die somit aus der konzeptionellen Objektivierung heraus und als handelnde Subjekte der Geschichte in Erscheinung treten. Viertens lässt sich auf der Mikroebene auch dem Eigensinn historischer Akteure, sowohl der Mehrheitsgesellschaft als auch der Minderheit, viel leichter nachspüren, wodurch zugleich ihre tatsächlichen Handlungsspielräume erkennbar werden.

Im abschließenden Kommentar griff UWE DANKER (Flensburg) noch einmal die im Sektionstitel formulierte Frage auf, ob Minderheitengeschichte eine historische Subdisziplin sui generis darstelle. In seiner Antwort formulierte Danker drei Überlegungen, die den Kern dieser keineswegs einfachen Frage berührten, und über deren Verständigung sich am ehesten ein (Selbst-)Verständnis von historischer Minderheitenforschung ermitteln ließe. Zum einen sei über die (Un-)Möglichkeit einer heuristischen Schärfung des Minderheitenbegriffs als geschichtswissenschaftlicher Kategorie nachzudenken. Was haben Sinti und Roma etwa mit Nordfriesen gemein, was mit frühneuzeitlichen Ketzern oder Homosexuellen? Wie eng ist ein geschichtswissenschaftlicher Minderheitenbegriff zu fassen, um präzise und offen, differenzierend und gleichzeitig allgemein zu sein. Zum zweiten ist genauer über das Verhältnis von Minderheits- und „Mehrheitsgeschichte“ zu reflektieren. Danker unterstrich, dass historische Minderheitenforschung nicht zur selbstgenügsamen Nabelschau werden dürfe, sondern stets auch die Bezüge und Verflechtungen von Minderheit und Mehrheit im Blick behalten und in ihrer gesamten Komplexität würdigen müsse. Drittens ist das Spannungsverhältnis zwischen Forschung und Aktivismus, zwischen Objektivität und Identifikation permanent zu reflektieren. Minderheitenforschung wird, aus nachvollziehbaren Gründen, häu-

fig von Angehörigen der jeweiligen Communities selbst betrieben – zumindest aber, und genauso nachvollziehbar, von deren Verbänden und Interessenvertretungen intensiv bearbeitet und mit spezifischen Erwartungen konfrontiert. Wie weit lassen sich semi- oder außerwissenschaftliche Interessen und Motivlagen von Minderheitenvertretern mit dem Anspruch und den Arbeitsweisen freier wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung vereinbaren? Das in diesem Kontext auffallend häufig bemühte Bild des Spagats bedarf dringender Klärung.

Insgesamt leistete die Sektion einen ausgesprochen wichtigen Beitrag zur Verständigung über die Chancen und Herausforderungen der historischen Minderheitenforschung. Dabei wurden am Beispiel der Geschichte von Sinti und Roma Thesen zur Diskussion gestellt, die auch über den spezifischen Themenkontext hinaus Anschluss- und Vergleichsmöglichkeiten für andere Minderheiten bieten und zur Auseinandersetzung anregen. Als eine zentrale Erkenntnis der Veranstaltung erwies sich, dass Minderheitengeschichte stets als Beziehungsgeschichte zu begreifen ist, in der auch Akteure der Mehrheitsgesellschaft und andere soziale Bezugsgruppen eine wichtige Rolle spielen. Umgekehrt gilt aber auch, dass die „allgemeine“ Geschichtsforschung, sozusagen die Historiografie der Mehrheiten, ihre hegemonialen Prämissen reflektieren und in Austausch mit der historischen Minderheitenforschung treten muss, um so neue Perspektiven auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu gewinnen. Dies exemplarisch anhand der Rolle von Sinti und Roma im Prozess der Demokratisierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft dargestellt zu haben, ist das Verdienst der hier besprochenen Sektion. Es bleibt zu hoffen, dass sie den Aufschlag für weitere Veranstaltungen dieser Art bildet, von denen nachhaltige Impulse für die methodische und inhaltliche Konzeptualisierung einer vergleichenden historischen Minderheitenforschung zu erwarten sind.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Sebastian Lotto-Kusche (Flensburg)

Karola Fings (Köln): Moderation

Daniela Gress (Heidelberg): Minderheiten und Demokratisierung. Bürger- und Menschenrechtsaktivismus von Sinti und Roma in der

Bundesrepublik Deutschland

Sebastian Lotto-Kusche (Flensburg): Das Ringen um die Diskurshoheit. Die Verbände der Sinti und Roma im Konflikt mit den „Zigeunerforschern“ in der Bundesrepublik Deutschland

Frank Reuter (Heidelberg): Perspektivwechsel. Die politische Emanzipation der Sinti und Roma im Spiegel der Fotografie

Yvonne Robel (Hamburg): Antiziganismus vor Ort. Zum Potenzial lokal- und regionalgeschichtlicher Perspektiven

Uwe Danker (Flensburg): Kommentar

Tagungsbericht *Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin? Minderheits- und Mehrheitskonstellationen am Beispiel der Sinti und Roma in der BRD*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 30.11.2018.

### **The Global Knowledge of Divided Societies. The Measurement of Economic Inequality in Europe and the World since 1945**

**Von:** Ronny Grundig, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Auf einem Historikertag zum Thema „Gesplante Gesellschaften“ liegt eine Sektion zur ökonomischen Ungleichheit nahe und verspricht zugleich Neues. Zwar stellt die zunehmende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung in westlichen Gesellschaften seit etwa dreißig Jahren eine Konstante des öffentlichen Diskurses dar. Die bisherigen Deutungsangebote für diese wie auch für die Gesamtentwicklung über das 20. Jahrhundert stammen bisher jedoch vor allem von Wirtschaftswissenschaftlern wie etwa Branko Milanovic<sup>1</sup> oder Thomas Piketty<sup>2</sup>. Doch nicht nur bei der retrospektiven Bewertung geben Wirtschaftswissenschaftler bisher den Ton an, sie generierten zeitgenössisch

<sup>1</sup> Branko Milanovic, Haben und Nicht-Haben. Eine kurze Geschichte der Ungleichheit, Darmstadt 2017.

<sup>2</sup> Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

mittels statistischer Methoden auch die Daten über ökonomische Ungleichheitsverhältnisse. Ziel der Sektion war es, so CHRISTOPH LORKE (Münster) und FELIX RÖMER (London), den Konstruktionscharakter des statistischen Wissens zu ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen stärker herauszuarbeiten, statt die durch Statistiker produzierten Daten als bloße Fakten zu sehen. Dabei dürfe statistische Wissensproduktion nicht nur als Einbahnstraße gedacht werden, so Römer und Lorke in ihrer Einführung. Stattdessen müsse transparent gemacht werden, wie sich vorhandenes Wissen über gesellschaftliche Entwicklungen und die Generierung neuen Wissens über statistische Methoden gegenseitig beeinflussten.

MARIA BACH (Paris) zeigte anhand des United Nations Development Programme (UNDP) auf, dass die politische Neuausrichtung dieses Entwicklungshilfeprogramms einen Wandel der statistischen Methoden vorantrieb, der letztlich zu differenzierteren Daten über Armut auf internationaler Ebene führte. Eine grundlegende Veränderung habe es laut Bach Ende der 1980er-Jahre gegeben, die innerhalb des UNDP als verlorenes Jahrzehnt in der Entwicklungshilfe gesehen wurden. Am Ende dieser Dekade sei volkswirtschaftliches Wachstum als zentraler Fortschrittsindikator durch human development abgelöst worden, das mittels des 1990 eingeführten Human Development Index (HDI) gemessen wurde. In drei Bereichen – Lebenserwartung, Bildungsgrad und Lebensstandard – wurden fortan auf nationalem Level Daten erhoben, um mittels nationaler Durchschnittswerte einerseits eine Vergleichbarkeit zwischen Ländern zu ermöglichen und andererseits die Fortschritte einzelner Länder im Zeitverlauf sichtbar zu machen.

Im Verlauf der 1990er-Jahre habe sich der Schwerpunkt abermals verschoben, nun hin zur Betrachtung von Armut, so Bach. Zwangsläufig änderten sich hierdurch auch die statistischen Methoden, da sich anhand von Durchschnittswerten keine Aussagen über Randgruppen treffen ließen. Beim 1997 eingeführten Human Poverty Index (HPI) sollten die reale Armutsverhältnisse besser sichtbar gemacht werden und mit einer physical poverty line ein klarer Gegenpol zur monetary poverty line der Weltbank geschaffen werden, da letztere implizierte, dass eine universell geltende Armutsgrenze allein auf Basis des verfügbaren Einkommens aussagekräftig sei. Im Jahr 2010 wurde der HPI

durch den Multidimensional Poverty Index ersetzt. Durch die nunmehr eingeführten zehn Indikatoren, sei es möglich gewesen, in den drei Untersuchungsbereichen differenziertere Aussagen über Armut zu treffen und gleichzeitig auch Dynamiken innerhalb der Gruppe der Armen sichtbar zu machen. Diese mehrere Dekaden andauernde Verschiebung innerhalb des UNDP sei keine Folge der genutzten statistischen Messmethoden gewesen, so Bach abschließend, sondern das Produkt eines politischen Aushandlungsprozesses. Denn es sei deutlich einfacher gewesen, die zahlreichen Mitgliedstaaten des UNDP in Fragen der Armutsbekämpfung zu einen als zu bestimmten Fragen der Entwicklungshilfe.

FELIX RÖMER (London) beleuchtete die nationalstaatliche Wissensproduktion zu ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen am Beispiel Großbritanniens. Die Produktion und Verbreitung von Wissen über Ungleichheit sei in Großbritannien, so Römers Eingangsbefund, weniger durch akademische Wissensproduktion, sondern vielmehr durch politische Prozesse und sich verändernde Machtkonstellationen im Staatsapparat geprägt worden. Für die Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis zu den frühen 1990er-Jahren ließen sich drei verschiedene Wissensregime herausarbeiten. Zwischen 1945 und 1965 war Großbritannien Vorreiter bei der Produktion von Wissen über Ungleichheitsverhältnisse. Die Wissensproduktion sei stark an staatliche Institutionen gebunden gewesen, während nur ein geringes Interesse in den Medien gegeben habe, über ökonomische Ungleichheiten zu berichten. Auch auf internationaler Ebene habe es keinerlei vergleichbare Kenn- oder Messzahlen über die Relationen ökonomischer Ungleichheit gegeben. Im Verlauf der 1960er-Jahre habe sich außerhalb der staatlichen Wissensproduktion eine Allianz aus einer kleinen Zahl von Experten und einigen NGOs gebildet, die die Aussagekraft der staatlichen Statistiken öffentlichkeitswirksam in Zweifel gezogen hatten.

Auch aufgrund des wachsenden öffentlichen Drucks müsse man für die Zeit von 1969 bis 1979 von einer Transformationsphase des Wissensregimes sprechen, so Römer. Zwar hätten technische Innovationen wie die Computertechnik neue Möglichkeiten eröffnet, die Folgen politischer Entscheidungen zu modellieren und so etwa Folgewirkungen hinsichtlich der Verteilungswirkung abzuschätzen. Allerdings seien

diese neuen Möglichkeiten letztlich nicht als Teil progressiver Politik eingesetzt worden, sondern zumeist defensiv, um bestimmte Politikentscheidungen nachträglich zu legitimieren und weitere Veränderungen abzuwehren. Zudem seien Versuche, statistisches Wissen aufzubauen, häufig blockiert worden. So habe der der Civil Service Mitte der 1970er-Jahre mehrfach Pläne der Royal Commission of the Distribution of Income and Wealth (RCDIW) verhindert, eine wealth survey durchzuführen, um Wissen über die Vermögensverteilung zu generieren. Letztendlich wurde dieses Vorhaben erst im 21. Jahrhundert umgesetzt. Und auch in internationaler Perspektive habe sich die Rolle Großbritanniens deutlich verändert, so Römer. Aus dem einstigen Vorreiter der Wissensproduktion sei ein Blockierer geworden. Großbritannien habe sich gegen die Etablierung international vergleichbarer Daten zur Einkommensentwicklung und -verteilung positioniert, da befürchtet wurde, dass diese neuen Daten oppositionellen Lobbygruppen im Inland helfen würden.

Von 1979 bis in die 1990er-Jahre müsse, so Römer, von einem vorsätzlichen Rückbau der Wissensproduktion über Ungleichheit gesprochen werden, der durch die Zusammenarbeit der Thatcher-Regierung und des Civil Service umgesetzt wurde. Das statistische Berichtswesen sei eingeschränkt und Statistiken zurückgehalten worden, so dass sie erst nach Wahlen erschienen, und auch in die Wissensproduktion seien politische Eingriffe erfolgt. Damit habe die Armutsdebatte von einem relativer Armutsbegriff hinzu einem absoluten Armutsbegriff gelenkt werden sollen, so Römer. Hierfür habe die Regierung die Low Income Families Tables abgeschafft und durch den Index Households Below Average Income ersetzt, da letzteres Instrument den vermeintlichen Beweis geliefert habe, dass die Einkommen gestiegen seien. Die Regierung habe sich fortan immer auf diese Ergebnisse des Index berufen, um den Erfolg ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu behaupten, obwohl jedoch eine interne Analyse gezeigt hatte, dass die Aussagekraft des Index Households Below Average Income aufgrund methodischer Probleme grundsätzlich zweifelhaft war. Dieser Befund sei der Öffentlichkeit jedoch vorenthalten worden.

POORNIMA PAIDIPATY (Cambridge) sprach über die Messung ökonomischer Ungleichheit in Indien von den 1880er- bis 1960er-Jahren. Bis 1945 sei dort vor allem die ökonomische (Fehl-)Entwicklung Indiens

aufgrund der der britischen Kolonialherrschaft diskutiert worden. Dabei habe das 1901 Buch „Poverty and the Un-British Rule in India“ von Dadabhai Naoroji eine große Rolle gespielt, da es Aufmerksamkeit für den Vermögensabfluss von Indien nach Großbritannien erzeugt habe. Naoroji hatte dieser das durchschnittlichen Einkommen eines Inders errechnet und war zu dem Schluss gekommen, dass Indien das ärmste Land der zivilisierten Welt war und zudem die gesamte Produktionsleistung Indiens nicht ausreichte, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Seine Thesen, so Paidipaty, seien in den 1930er- und 1940er-Jahren ein wichtiger Bezugspunkt für unterschiedliche nationalistische Akteure gewesen. Diese hatten unterschiedliche Konzepte für die Zeit nach einer indischen Unabhängigkeit erarbeitet, die es möglich machen sollten, die ökonomischen Folgen der kolonialen Wirtschaftspolitik zu überwinden. Der Bezug zur Einkommensverteilung habe dabei eine große Rolle gespielt. Besonders in den 1940er-Jahren seien auch reiche Industriefamilien, etwa die Tatas (Stahl), bereit gewesen, Zugeständnisse bei der Bekämpfung der Ungleichheit zu machen, da sie eine Sozialisierung der Industrie nach sowjetischem Vorbild gefürchtet hätten.

Nach der Unabhängigkeit, so Paidipaty, habe die Beschäftigung mit ökonomischer Ungleichheit schnell an Bedeutung verloren. Volkswirtschaftliches Wachstum sei stattdessen zur wichtigen Bezugsgröße der Entwicklung des neuen Staates Indien geworden. Durch den politischen Wunsch, den Effekt von Investitionen zur Modernisierung und Industrialisierung des Landes zu messen, sei ökonomische Ungleichheit jedoch wieder in den Blick geraten. Da es Statistikern nicht möglich gewesen sei, für die notwendigen Berechnungen auf Steuerdaten zurückgreifen, wurde die National Sample Survey konzipiert, die fortan periodisch erhoben wurde. Mit Hilfe dieser neuen Messmethode habe sich zeigen lassen, dass das Wirtschaftswachstum innerhalb des ersten Jahrzehnts nach der Unabhängigkeit 1947 stark ungleich verteilt gewesen war. Einzelne Gruppen und Regionen seien kaum vom Wachstum erfasst. Bei der Erhebung und Konzeption habe es jedoch auch einige Probleme gegeben, etwa bezüglich bestimmter normativer Vorannahmen, die dem Forschungsdesign zugrunde lagen, so Paidipaty abschließend. Diese seien jedoch nur unzureichend aufgearbeitet wor-

den, da die Evaluation der National Sample Survey von der gleichen kleinen Expertengruppe durchgeführt wurde, die die Survey konzipiert und durchgeführt hatte. Ungeachtet dieser Probleme sei die National Sample Survey zum Vorbild für viele ähnliche Projekte in anderen dekolonialisierten Staaten geworden.

CHRISTOPH LORKE (MÜNSTER) betrachtete den Umgang mit Wissen über ökonomische Ungleichheit in der DDR und damit innerhalb einer Gesellschaftsordnung, die ihre Legitimation aus der Überwindung sozialer Unterschiede herleitete. Die beiden Pole ökonomischer Ungleichheit, Armut und Reichtum, seien in der DDR tabuisiert gewesen so Lorke. Daher habe es bis in die 1960er-Jahre auch keine statistischen Studien gegeben, die Aufschluss über Einkommens- oder Vermögensverteilungen in der DDR-Gesellschaft hätten geben können. In den 1960er-Jahren sei es dann zu einer „Entdeckung“ von ungleichen Einkommensstrukturen durch statistische Untersuchungen gekommen. Obwohl die Ergebnisse der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurden, habe die SED-Führung als direkte Konsequenz die Renten als auch der Mindestlohn angehoben und zudem ein Institut gegründet, das sich mit der Erforschung des Lebensstandards befassen sollte.

In den 1970er-Jahren habe dann eine intensivere Beschäftigung mit der Ungleichheit der Konsummöglichkeiten stattgefunden, so Lorke. Für die bessere Messbarkeit des Konsumverhaltens wurde ein „Warenkorb“-Modell eingeführt, mit dem der typische Konsum eines Haushalts nachgebildet werden sollte. Insgesamt seien die Durchschnittslöhne zwischen Mitte der 1960er- und 1970er-Jahre gestiegen, allerdings habe die Geldentwertung dies teilweise wieder egalisiert und besonders kinderreiche Familien hätten nur mit Abstrichen am Konsum teilhaben können. Seit den späten 1970er-Jahren habe sich, so Lorke, in der SED-Führung Skepsis ausgebreitet, ob die bestehenden sozialen Ungleichheitsverhältnisse überwunden werden könnten. Da die bisherigen Maßnahmen ohne Erfolg geblieben waren, habe es eine Anpassung der eigenen Vorstellungen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit gegeben. Fortan sei nicht mehr die Überwindung der Klassenunterschiede das Ziel gewesen, sondern es sei nur noch eine Annäherung der Klassen angestrebt worden, so Lorke. Zudem seien gesellschaftliche Fehlentwicklungen stärker dem individuellen Fehlverhalten zugeschrieben worden.

So wurde etwa argumentiert, gesellschaftlichen Randgruppen hätten ihre schwierige Lage selbst verschuldet, etwa durch promiskuitiven Lebenswandel oder falsche Konsumententscheidungen. Darüberhinaus sei die statistischen Erforschung sozialer Verhältnisse stärker an der „Normalfamilie“ ausgerichtet worden, so Lorke abschließend, da hierdurch unerwünschte Entwicklungen an den Rändern der Gesellschaft ausgeblendet werden konnten.

In seinem Kommentar mahnte TIM SCHANETZKY (Jena) einige Bereiche an, die bei einer wissensgeschichtlichen Betrachtung noch größerer Beachtung bedürften. Er riet, stärker die einzelnen Akteure zu betrachten, etwa wenn bestimmte Messmethoden etabliert wurden, denn auch Statistiker seien nicht nur für die Bereitstellung von Wissen da, sondern könnten auch eine politische Agenda verfolgt haben. Auch bei der politischen Verwertung des produzierten Wissens müsse daher genauer auf einzelne Personen geschaut werden, so Schanetzky. Zudem riet er, die Wissensproduktion und ihre Ergebnisse stärker innerhalb der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu kontextualisieren. Dabei müsse nicht nur stärker als bisher die jeweilige Gesellschaftsform beachtet werden, sondern auch die Rolle der Globalisierung und damit auch eine möglichen Globalisierung des Wissens über soziale Ungleichheit. Abschließend verwies Schanetzky auf die starke Fokussierung der Vorträge auf Einkommen als zentrale Kenngröße für ökonomische Ungleichheit. Gerade neuere wirtschaftswissenschaftliche Forschungen diskutieren wieder verstärkt die Rolle des Kapitals für ökonomische Ungleichheitsverhältnisse, so dass es ihm lohnenswert erschien, die Bedeutung von Vermögen stärker in die Betrachtung einzubeziehen.

Die einzelnen Vorträge der Sektion haben die vielschichtigen Wechselbeziehungen bei der Produktion und Verbreitung des Wissens zu ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen überzeugend herausgearbeitet. Der vorgestellte wissensgeschichtliche Ansatz dürfte scheinbare Gewissheiten über ökonomische Ungleichheit in einzelnen Gesellschaften aber auch in internationalen Vergleichsperspektiven in Frage stellen und unser Verständnis der Geschichte sozialer Ungleichheit damit entscheidend erweitern.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Christoph Lorke (Münster) / Felix Römer (London)

Simone Lässig (Washington): Moderation

Maria Bach (Paris): Measuring Difference? The United Nations' Shift to Measuring Inequalities not Averages

Felix Römer (London): The Politics of Measurement: Inequality Knowledge in Great Britain and the Western World

Poornima Paidipaty (Cambridge): Disparities and Decolonisation: Statistical Thinking and the Measurement of Inequality in Nehruvian India

Christoph Lorke (Münster): Beyond Egalitarianism: Statistical Knowledge and Social Inequality in the GDR

Tim Schanetzky (Jena): Commentary

Tagungsbericht *The Global Knowledge of Divided Societies. The Measurement of Economic Inequality in Europe and the World since 1945*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 30.11.2018.

---

#### **Gewaltdynamik und gespaltene Gesellschaften: Holocaust, Besatzungsherrschaft und die Neukonfiguration sozialer Beziehungen (1939-1945)**

**Von:** Kim Wünschmann, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München; Sebastian Gehrig, Department of Humanities, University of Roehampton

Forschungen zum Zweiten Weltkrieg, Holocaust und zur Massengewalt erfahren eine immer stärkere Ausdifferenzierung. Während oft monoperspektivisch oder mikrohistorisch einzelne Länder, Akteure oder Tatorte untersucht werden, fällt der Mangel an Arbeiten auf, die den gesamteuropäischen Kontext und die transnationalen Dynamiken der Geschichte zwischen 1939 und 1945 ins Zentrum ihres Erkenntnisinteresses rücken. Die hier zu besprechende Sektion tat genau dies und



setzte analytisch an der Schnittstelle zwischen militärischem Konflikt, Okkupation und Genozid an. Sie verband die Präsentation von Fallbeispielen aus Ost- und Südosteuropa mit konzeptionellen Überlegungen zu gesellschaftlichen Neuordnungen unter dem Einfluss von Fremdherrschaft. Der hier praktizierte regional vergleichende Ansatz und die Verbindung von Mikro- und Makroebene zielten darauf, den Holocaust stärker im Kontext von Krieg und Besatzung zu setzen.

In ihrer Einführung betonten die Sektionsleiterinnen GAËLLE FISHER (München) und CAROLINE MEZGER (München) den immensen Druck, unter dem Gesellschaften unter Besatzung während des Zweiten Weltkriegs standen. Bereits vorhandene ethnische Konflikte und soziale Spannungen, vor allem in Regionen, deren Grenzen seit Langem umkämpft waren, radikalisierten sich mit der Etablierung der deutschen Militärmacht. Menschen fanden sich zwischen der Bevölkerungspolitik massiver imperialer Projekte, gruppenspezifischen Interessen und Erwartungen an eine nun mit neuer Macht durchzusetzende demographische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften und der ganz individuellen Erfahrung von Fremdherrschaft, Kollaboration und Verfolgung wieder. Die jeweils spezifische Besatzungskonstellation hatte Auswirkungen auf das Erleben von Gewalt im Krieg und die Teilnahme an dieser Gewalt, die einerseits von den Besatzern mitgebracht wurde, andererseits sich unter Beteiligung lokaler Akteure zur genozidalen Gewalt steigern konnte. Wie beispielsweise der Blick auf die volksdeutsche Minderheit in der Vojvodina, einem multiethnischen Gebiet im heutigen nördlichen Serbien, zeigt, spielt der genaue Kontext der Besatzung eine entscheidende Rolle. Zwar führte die Mobilisierung von Volksdeutschen – gerade auch in Jugendbewegungen – zu einer Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppe an antisemitischen Gräueltaten. Während sich der Holocaust jedoch im Banat mit fast präzedenzloser Geschwindigkeit entfaltete und die Region als eine der ersten in Europa für „judenfrei“ erklärt wurde, folgte die Verfolgung und Ermordung der Juden in der Batschka der Entwicklung in Ungarn, wo die endgültigen Deportationen erst im Frühjahr 1944 einsetzten und hauptsächlich von ungarischen Militär- und Gendarmerieangehörigen ausgeführt wurden.

Was ist Besatzung? Welche Auswirkungen hat sie und was macht sie mit Menschen? Diese grundsätzlichen Fragen bildeten den Ausgang-

punkt für den Beitrag von TATJANA TÖNSMEYER (Wuppertal), die wichtige konzeptionelle Überlegungen zur Besatzung als Form kriegs-induzierter Fremdherrschaft anstellte. Auch Tönsmeier unterstrich die transeuropäische Erfahrung von Besatzung, unter der während des Zweiten Weltkriegs auf dem Höhepunkt der deutschen Machtausdehnung 1942 etwa 230 Millionen Menschen zwischen dem Norden Norwegens und den griechischen Mittelmeerinseln sowie zwischen der französischen Atlantikküste und Regionen tief im Inneren der Sowjetunion lebten. Zwar bestand ein hoher ideologischer Konsens zwischen den einzelnen Formen der Besatzung, doch war deren Praxis geprägt durch eine typologische Vielfalt aus zivil- und militärverwalteten Gebieten. Das Verhältnis zwischen deutschen Besatzern und einheimischen Besetzten nahm unterschiedliche Gestalt an – obwohl grundsätzlich asymmetrisch, waren beide Seiten in vielfältiger Weise auf Interaktion angewiesen. Die Besetzten suchten nach Strategien des Sich-Einrichtens in der Fremdherrschaft. Dabei veränderten sich die sozialen Beziehungen. Neue Versorgungshierarchien mit deutschen Funktionsträgern an der Spitze katapultierten diejenigen in einflussreiche Positionen, die zum Beispiel durch Schwarzmarktgeschäfte von der Situation profitierten. Traditionelle Mittelschichten hingegen verarmten zusehendes. Was sich ebenfalls neu konfigurierte, waren Vertrauen und Misstrauen sowie das, was Tönsmeier als „Bedrohungskommunikation“ analysierte. Über die Untersuchung dieser Bedrohungskommunikation lassen sich wichtige Einblicke in die Handlungspraxen in Besatzungsgesellschaften gewinnen. Den Blick auf die Geschlechterspezifika der Situation richtend, betonte sie, dass familienbasierte Formen der Absicherung in der Krise, so wie auch die Gesellschaften als ganze geprägt waren von der Abwesenheit von Männern. Dies brachte nicht nur Frauen, Alte und Junge in neue Rollen, es provozierte auch die Geschlechteridentität der verbliebenen Männer, die konfrontiert waren mit fremden Geschlechts-genossen, welche nun das Sagen und die Gewalt über ihre Gemeinschaft hatten. In der Geschlechter- wie auch in der Generationenzusammensetzung unterscheiden sich Besatzungsgesellschaften somit deutlich von Friedensgesellschaften. Zur Zeit des Zweiten Weltkriegs stellten sie Menschen vor neue Herausforderungen, produzierten Gewaltverhalten, aber zuweilen auch Akte der Solidarität. Diese Dynamiken des sozia-

len Interagierens unter Besatzung noch stärker herauszuarbeiten, sah Tönsmeier abschließend als die Aufgabe zukünftiger Forschung.

ALEXANDER KORB (Leicester) begann seinen Beitrag mit einer Mikrostudie aus Wolhynien in der nordwestlichen Ukraine – einem Gebiet, das 1941 von der Wehrmacht erobert wurde. Basierend auf den Erinnerungen des Überlebenden Eliyahu Jones rekonstruierte er das Wirken einer bemerkenswerten Koalition aus jüdischen Partisanen, Angehörigen der polnischen Zivilbevölkerung und Soldaten der Roten Armee, die sich in Erwartung eines Angriffs ukrainischer Nationalisten im Winter 1943/44 schmiedete und diesen dann gemeinsam abwehrte. Die Episode zeigt, wie sich in der lebensbedrohlichen Situation eines Bürgerkriegs zwischen Polen und Ukrainern, in der die deutschen Besatzer bis zum Frühjahr 1944 weitgehend abwesend waren, neue und unerwartete Allianzen konfigurieren konnten. Juden waren nicht ausschließlich Opfer – die Gewalt in der Region traf auch andere Gruppen – und traten im historischen Moment als Akteure in einer „Koalition des Lebens“ auf. Um das europäische Phänomen der Besatzungsbürgerkriege weiter zu ergründen, lenkte Korb anschließend die Aufmerksamkeit nach Jugoslawien auf den Unabhängigen Staat Kroatien. In seiner Gewaltgeschichte verquicken sich Bürgerkrieg, Genozid und Besatzung. Zwar fügten sich die Ordnungsvorstellungen kroatischer Nationalisten in vielerlei Hinsicht in ein von Hitler favorisiertes System sogenannter „Einvolkstaaten“ ein, die unter Führung des Deutschen Reiches das „Neue Europa“ prägen sollten. Allerdings weisen die regionalen demographischen und territorialen Umgestaltungspläne zu diesen deutschen Vorstellungen auch große Unterschiede auf. In einer Region, in der kroatische Nationalisten Muslimen, serbischen Aufständischen und einer jüdischen Bevölkerung gegenüberstanden, konnte Gewalt ethnischierend wirken. Dabei verknüpfte sich der Holocaust mit Vertreibung und Mord anderer Bevölkerungsgruppen. Im Versuch, einen ethnisch homogenen Staat herzustellen, öffneten Krieg und Besatzung der faschistischen Ustascha also ein Zeitfenster, um ein Gebiet demographisch radikal zu verändern. Für die Besatzungsmacht war es teils schwer, die Dynamiken der sozialen und politischen Neukonfiguration vor Ort zu kontrollieren. Als Initiatoren dieser Dynamiken waren die Deutschen ohne Zweifel die Hauptverantwortlichen, womit sich einheimische Gewalt, auch nach

dem Krieg, allerdings relativieren ließ und lässt. Korb schloss mit der Beobachtung, dass auch das Ende von Besatzung stärker erforscht werden muss. Gerade das Beispiel Jugoslawien zeige, dass mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Fremdherrschaft keinesfalls auch die Gewalt endete.

MELANIE HEMBERA (Tübingen) wandte sich in ihrem Beitrag einer Lokalstudie zur Stadt Tarnów in Galizien zu. Sie fragte nach Alltagslogiken und neuen sozialen Hierarchien, die sich nach einer bereits antijüdisch geprägten Atmosphäre vor Kriegsbeginn durch die Errichtung des dortigen Ghettos herausbildeten. Hembera argumentierte, dass das Vorkriegssozialgefüge jenseits ethnischer Hierarchisierung in der ersten Phase der deutschen Besatzung weitgehend erhalten blieb. Nach der Ghattobildung im Jahr 1942 wurde der Massenmord für die Einwohner Tarnóws Teil des Alltags. Ausdruck dieser Normalisierung der Gewalt waren neue Sozialpraktiken, die zum Beispiel darin Ausdruck fanden, dass deutsche Kinder nun anfangen, „Juden erschießen“ zu spielen. Die Mitarbeit der Bevölkerung war notwendig, um eine neue lokale Ökonomie zu schaffen, die auch eine „help industry“ im Austausch mit dem Ghetto und dessen Insassen etablierte. Im Gegensatz zu Raul Hilbergs zentralen Kategorien der „perpetrator“, „victim“ und „bystander“, die Hembera als zu essentialistisch und statisch kritisierte, hob sie die Bedeutung einer dichten Beschreibung in der Tradition von Clifford Geertz hervor, um den vielschichtigen Sozialdynamiken des Holocaust auf der Mikroebene in der historischen Darstellung gerecht zu werden. Nur so sei laut Hembera die Notwendigkeit der Positionierung in Besatzungsgesellschaften zu zeigen, aber auch das Leben in Grauzonen.

DIETER POHL (Klagenfurt) begann seinen abschließenden Kommentar mit der Betonung einer nur begrenzten Kontinuität zur Vorkriegszeit in den Besatzungsgesellschaften des Zweiten Weltkriegs. Er äußerte Zweifel an dem zum Beispiel jüngst von Omer Bartov wieder hervorgehobenen Ansatz der längeren kulturellen Vorgeschichte des Holocaust und begann seine Überlegungen in den 1930er-Jahren. Die Verarbeitung der Krisen der Zwischenkriegszeit habe die Radikalisierung im Krieg maßgeblich strukturiert wobei die Sowjetunion einen Sonderfall darstelle. Die Besatzungserfahrung beschrieb Pohl als einen

entscheidenden Bruch, der eine neue Dynamik der Delegierung von Aufgaben und neue lokale Verwaltungseliten schuf. Gegen Timothy Snyders Paradigma der Gewaltzonen sieht Pohl sich zum großen Teil selbstkontrollierende Besatzungsgesellschaft entstehen, die von einer Herrschaft des Verdachts dominiert wurde. Dabei betonte er, dass die Besatzungsrealität im Gegensatz zu Deportationsregionen in jenen Gebieten grundlegend anders gewesen sei, in denen der Holocaust in situ stattgefunden hat. Pohl nutzte das Beispiel französischer Landgesellschaften, um das von Doris L. Bergen benannte Phänomen des „no option of non-involvement“ der Angehörigen mancher Besatzungsgesellschaften in Frage zu stellen. Abschließend plädierte Pohl dafür, dass Mikrogeschichte allein nicht ausreiche, um wichtige grundlegende Faktoren und strukturelle Elemente in der Entwicklung von Besatzungsgesellschaften herauszuarbeiten. Er schloss mit dem Hinweis, dass der Täter-/Opferbegriff – als Aktionsbegriff verstanden – durchaus analytisch ergiebig sei und weitere Vergleiche mit der Forschung zu kolonialer Gewalt für die Forschung von Nutzen sein könnten.

Die abschließende Diskussion griff die schon von Pohl aufgestellte Forderung nach notwendigen breiteren Strukturfaktoren für die Forschung jenseits von Mikrogeschichten wieder auf. Dagegen wandten einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer ein, dass sich nur durch weitere Mikrostudien und deren vergleichender Auswertung eben jene strukturellen Faktoren in transnationaler Perspektive verallgemeinern ließen. Der „außeralltägliche Alltag“ und die Rolle der Deutschen sollten dabei jedoch nicht aus dem Blick geraten. Sagbarkeitsregeln änderten sich, Denunziationen wurden zum Teil des Alltags. Die materielle Dimension des Besatzungsalltags wurde in der Diskussion immer wieder betont, was Chancen auf eine Erforschung von Eigentum und Eigentumswechsel als Teil einer Gesellschaftsgeschichte der Besatzung eröffne. Die lebhafte und teils kontrovers geführte Diskussion verdeutlichte zum Ende eines anregenden Panels nochmals das Potenzial transnationaler Perspektiven auf Gewaltdynamiken der Besatzungsherrschaft.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Gaëlle Fisher (München), Caroline Mezger (München)

Tatjana Tönsmeier (Wuppertal): Fremdherrschaft – Besatzung – Besatzungsgesellschaften. Konzeptionelle Überlegungen zu einer Neukonfiguration sozialer Beziehungen

Alexander Korb (Leicester): Deutsche und südosteuropäische Vorstellungen einer „Neuen Ordnung“

Melanie Hembera (Tübingen): Transformation des Sozialen. NS-Okkupation und lokale Bevölkerung in Tarnów

Dieter Pohl (Klagenfurt): Kommentar

Tagungsbericht *Gewaltdynamik und gespaltene Gesellschaften: Holocaust, Besatzungsherrschaft und die Neukonfiguration sozialer Beziehungen (1939-1945)*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 07.12.2018.

---

#### **Urban distinctions. Praxeologische Perspektiven auf Segregation und Nachbarschaftlichkeit im Westeuropa des 20. Jahrhunderts**

**Von:** Malte Borgmann, Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien

Die aktuell vielfach diagnostizierte Spaltung der Gesellschaft, die im Leitthema des diesjährigen Historikertages adressiert wurde, bezieht sich auch auf den städtischen Raum. Jüngstes – wenn auch ungewöhnliches – Beispiel ist Alexander Dobrindts Behauptung, wonach „der Prenzlauer Berg“ die politische Debatte in der Bundesrepublik bestimme.<sup>1</sup> Während Dobrindt damit auf vordergründige Weise die Konzentration bestimmter Lebensstile von wohlhabenderen BürgerInnen thematisierte, war es in der Vergangenheit primär die überdurchschnittliche Präsenz

---

<sup>1</sup> Alexander Dobrindt, Mehr Bürgerlichkeit wagen. Plädoyer für eine bürgerlich-konservative Wende, URL: <https://www.csu-landesgruppe.de/themen/innen-und-recht-verbraucherschutz-und-kommunalpolitik/mehr-buergerlichkeit-wagen-plaedoyer-fuer-eine-buergerlich-konservative-wende> (29.11.2018).

ärmerer und bzw. oder als „anders“ markierter Menschen in bestimmten Stadtvierteln, die Öffentlichkeit und Politik beschäftigte.

Die Sektion befasste sich mit unterschiedlichsten Formen von Segregation und Nachbarschaftlichkeit. In ihrer Einleitung stellte CHRISTIANE REINECKE (Kiel) fest, dass die historischen Ursachen von Segregationsphänomenen selten beachtet würden. Zwar hätten geschichtswissenschaftliche Studien für bestimmte Städte nachgewiesen, dass diese oftmals das intendierte Ergebnis lokaler Politiken gewesen seien, die wiederum von Expertenwissen beeinflusst wurden. Offen bleibe nach diesen Arbeiten jedoch, wie sich die Handlungen der StadtbewohnerInnen zu diesen Dynamiken verhielten. Aus diesem Grund wählten die VeranstalterInnen der Sektion eine praxeologische und akteurszentrierte Herangehensweise, mit der auch die Gültigkeit etablierter Großnarrationen der Gesellschaftsgeschichte überprüft werden sollte.

So sollte anhand der Frage, wer sich in welchen Stadtteilen wie angesiedelt und miteinander agiert hat, nach möglichen Abweichungen von sozialhistorischen Narrativen wie dem Abschied von der Klassengesellschaft, der Individualisierung und Pluralisierung oder der wachsenden ethnischen Diversität gesucht werden. Zudem sollten durch den Blick auf die Nachbarschaftlichkeit als Übergangsraum von Privatem und Öffentlichem neue Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen beiden meist getrennt gedachten Räumen gewonnen werden. Zuletzt interessierte Reinecke, inwiefern urbane Distinktionsweisen und Ortseffekte zur Privilegierung oder Benachteiligung unterschiedlicher Gruppen beigetragen haben und ob dies die Historisierung von Ungleichheitsverhältnissen verändert, die sich meist an Berufen und Einkommensverhältnissen orientiert.

Im ersten Vortrag ging CHRISTINE KRÜGER (Gießen) auf Praktiken der Grenzüberschreitungen im Londoner East End um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein. Der Beginn einer sozialräumlichen Segregation, so Krüger, war in London bereits im 18. Jahrhundert erkennbar. Im Gegensatz zu anderen europäischen Großstädten sei London deshalb im späten 19. Jahrhundert bereits weitgehend in einen tendenziell reicheren Westen und einen zusehends homogen armen Ostteil gespalten gewesen. Letzterer wurde von bürgerlicher Seite als Gefahr betrachtet, weil von diesem Raum sowohl das Risiko von Seuchen als auch von

Revolten auszugehen schien. Dies habe allerdings auch Neugier auf die ärmeren Stadtteile unter wohlhabenderen BürgerInnen geweckt, die sich erstens in Spaziergängen in den entsprechenden Vierteln – dem sogenannten „Slumming“ – gezeigt hätten. Zweitens eröffnete die neu entstandene, sozialreformerische „Settlement“-Bewegung im East End Häuser, in denen insbesondere UniversitätsabgängerInnen aus reicheren Elternhäusern freiwillig einige Monate wohnten, um Sozialarbeit zu leisten und den ärmeren BewohnerInnen kulturelle Angebote zu bieten. Der Hintergedanke sei gewesen, dass der mangelnde Kontakt zwischen den sozialen Schichten die größte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt. Dies wertete Krüger einerseits als Beleg dafür, dass die Stadt zunehmend als ein zusammengehöriges Ganzes betrachtet wurde. Andererseits hätten sowohl diese auf wohlfahrtsstaatlichen Ideen basierenden Aktivitäten als auch die „Slumming“-Touren die Wahrnehmung der Gegensätze zwischen den Stadtvierteln noch verschärft. Für die ArbeiterInnen habe die Segregation vor allem soziale Nachteile gehabt, jedoch hätten sie die sozialräumliche Spaltung auch für sich zu nutzen gewusst. So zogen während des Dockarbeiterstreiks von 1889 beispielsweise große Demonstrationzüge der Streikenden durch die Innenstadt und durch reiche Stadtviertel, um gezielt Erinnerungen an drei Jahre zuvor dort stattgefundene Krawalle zu wecken und somit Drohszenarien aufzubauen. Hieraus schloss Krüger in ihrem Fazit, dass die Vorstellung vom „segregierten Kollektiv als zwar fragmentiertes, aber doch zusammengehöriges soziales Gebilde“ nicht ausschließlich von Bürgerlichen, sondern auch von ArbeiterInnen geteilt und durch Praktiken verstärkt worden sei.

DANIEL WATERMANN (Halle) lenkte mit dem zweiten Vortrag den Blick von Großbritannien in die Bundesrepublik und aus dicht besiedelten Gebieten in die Vorstädte. Entscheidende Voraussetzungen der Suburbanisierung nach 1945 waren ihm zufolge neben dem wirtschaftlichen Aufschwung und der damit verbundenen Entstehung der Konsumgesellschaft auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Begrenzung der Arbeitszeit, steigende Mieten in den Städten und die staatliche Eigenheimförderung. Anhand der drei Beispiele Hamburg-Allermöhe-Ost (Entstehung 1983–1996), Laher Wiesen in Hannover (1983–1985) und Wentorf bei Hamburg (mehrere Neubauphasen ab ca. 1960) stellte

Watermann anschließend relevante Punkte für die Praxis des Eigenheimmerwerbs und des Lebens in der Vorstadt vor. Zunächst erläuterte er die Gestaltung der Bebauung und der Gemeinschaftsflächen. Auf den Laher Wiesen wurden ausschließlich Reihen- und Gartenhofhäuser errichtet, zudem ließ man dort viel Platz für Gemeinschaftsräume. Allermöhe war hingegen eine Großsiedlung mit Einfamilienhäusern und Geschosswohnungen sowie einer Fußgängerzone im Zentrum und Grünflächen an den Rändern. Wentorf wiederum entwickelte sich durch Neubauten und ohne stadtplanerisches Konzept langsam von einem Bauerndorf zu einer Vorstadt. Außerdem erklärte Watermann zur sozialen Zusammensetzung der Vorstädte, dass auf den Laher Wiesen und in Wentorf vor allem Angehörige der Mittelschicht wohnten, in Allermöhe hingegen hinsichtlich der Einkommensverhältnisse eine Mischung vorherrschte. Watermann betonte, dass neben der auf den Laher Wiesen ansässigen Waldorfschule und dem dortigen partizipativen Planungsverfahren primär die Bau- und Mietkosten in den jeweiligen Vorstädten maßgeblich für die soziale Zusammensetzung der BewohnerInnen gewesen seien. Die Investitionsbereitschaft für einen Umzug in die Vorstadt sei oft auch durch die Hoffnung motiviert gewesen, dort auf NachbarInnen mit ähnlicher sozialer Herkunft und ähnlichen Wohnpräferenzen zu treffen. Für ein etwaiges darüber hinausgehendes Zusammengehörigkeitsgefühl spielten – als dritter Punkt seiner Ausführungen – Lebensstil, Aneignung und Identifikation wichtige Rollen. Die grundlegenden Charakteristika der Vorstadt, nämlich die Verbindungen von Eigenheim und Naturnähe sowie von ländlicher und städtischer Lebensweise, seien in allen drei Fallbeispielen gegeben gewesen. Auf den Laher Wiesen sei durch die gemeinsame Planung „ein hohes Maß an soziokultureller Homogenität und an Identifikation mit der Siedlung“ entstanden. Auch Allermöhe habe nicht dem Klischee von der zunehmenden Anomie in der Vorstadt entsprochen, weil die behördliche Planung dort Freiräume schuf und zudem ein breites bürgerschaftliches Engagement erkennbar war. Letzteres gilt auch für Wentorf, wo es gelungen sei, die neuen BewohnerInnen etwa in Kirchen und Vereine zu integrieren. In seinem Fazit konstatierte Watermann, dass sich Segregation in Vorstädten zunächst durch die bewusste Entfernung von der städtischen Lebenswelt geäußert habe, auf die die BewohnerInnen aber zugleich

immer bezogen blieben. Die wechselseitigen „soziokulturellen Überformungen“ zwischen städtischem und ländlichem Raum hätten eine weitere Pluralisierung der Lebensstile ermöglicht.

Der Vortrag von ANNE KURR (Hamburg) richtete anschließend den Blick von den Vorstädten zurück in das Herz einer europäischen Metropole, nämlich in das reiche 16. Arrondissement in Paris. Die dort und in anderen wohlhabenden Vierteln vorherrschende soziale Homogenität sei selten öffentlich als Problem thematisiert worden. Anders als in den USA oder anderen westeuropäischen Staaten fand in Frankreich in den 1950er- und 1960er-Jahren keine Wanderung der Oberschichten an die Ränder der Städte statt. Obwohl sich die residentielle Segregation im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts noch einmal verschärfte, hätten die vorwiegend aus Portugal und Spanien stammenden häuslichen Bediensteten weiterhin rund 20 % der BewohnerInnen ausgemacht, weshalb Kurr das Zusammenleben der sozialen Gruppen innerhalb des 16. Arrondissements genauer in den Blick nahm. Ein Element seien die zahlreichen Initiativen und Vereine der reichen BewohnerInnen gewesen, die primär zwei Ziele verfolgten. Erstens wollten sie die Ästhetik der Umgebung bewahren und somit die Lebensqualität und das damit verbundene Sozialprestige erhalten. Zweitens wollten bestimmte Vereinigungen ein solidarisches Zusammenleben befördern und dabei vor allem die Belange älterer StadtteilbewohnerInnen berücksichtigen. Insgesamt stellten diese Gemeinschaften „Verbindungen zwischen Individuen ähnlicher sozialer Stellung und Wertevorstellungen“ her und stabilisierten somit das soziale Milieu. Hingegen habe eine deutliche Abgrenzung von migrantischen Minderheiten stattgefunden, die im Bezirk vorwiegend als Hauspersonal arbeiteten. Dies äußerte sich etwa in getrennten Wohnräumen und separaten Hauseingängen und in der Nutzung unterschiedlicher Geschäfte. Die durchaus vorhandenen migrantischen Einrichtungen seien im Stadtteil nur schwach sichtbar gewesen. Im öffentlichen Raum kam es kaum zu Begegnungen unterschiedlicher sozialer Gruppen, auch die Arbeitsverhältnisse zwischen HausbesitzerInnen und Hausangestellten seien in der Regel distanziert gewesen. Im Ergebnis hätten die reichen BürgerInnen die meist migrantischen Hausangestellten nicht als BewohnerInnen des Viertels wahrgenommen, sondern sie auf ihre Arbeit reduziert, die als Ausdruck des

eigenen sozialen Prestiges galt. Anhand eines exemplarischen Artikels aus einer Stadtteilzeitung aus dem Jahr 1984 zeigte Kurr abschließend auf, wie sich die wohlhabenden BewohnerInnen selbst als „rechtmäßige Inhaber des Stadtraums“ klassifizierten und bereits die Ansätze sozialer und ethnischer Durchmischung an den Rändern des Bezirks als Gefahr inszenierten. In ihrem Fazit schloss Kurr, dass die Praktiken der Abgrenzung der französischen Oberschicht im 16. Arrondissement das Narrativ des Abschieds von der Klassengesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Frage stellen.

Aus dem reichen 16. Arrondissement in die tendenziell armen Sanierungsviertel bundesdeutscher Großstädte sprang DAVID TEMPLIN (Osnabrück), der sich im letzten Vortrag mit sogenannten „Ausländervierteln“ befasste. Tatsächlich, so konstatierte er eingangs, seien in fast allen dieser Stadtteile BewohnerInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit klar in der Minderheit gewesen. Der verstärkte Zuzug von MigrantInnen in Altbauviertel habe in den frühen 1970er-Jahren etwa zeitgleich mit dem Familiennachzug begonnen, nachdem die MigrantInnen zuvor primär in Wohnheimen in der Nähe der Betriebe gelebt hatten. In der zeitgenössischen Literatur umstritten und auch im Nachhinein nicht eindeutig zu klären sei die Frage, wie stark die freiwillige Entscheidung der MigrantInnen für spezifische Wohnlagen einerseits und die rassistische Diskriminierung etwa durch VermieterInnen und Wohnungsämter andererseits als Ursache für die Entstehung der vermeintlichen „Ausländerviertel“ zu gewichten sind. Ein weiterer Akteur war die deutsche Bevölkerung, deren Wegzug in Neubauviertel oder in die Vorstädte dem Zuzug von MigrantInnen einerseits vorausging, der sich aber beschleunigte, sobald ein Stadtteil den Charakter eines „Ausländerviertels“ annahm. Die Motive hierfür seien vielschichtig gewesen, jedoch sei die Entwicklung medial und politisch rasch als Problem der „Ausländerkonzentration“ verhandelt worden und Stadtverwaltungen versuchten mancherorts, dem konstatierten Attraktivitätsverlust bestimmter Stadtteile mit Zuzugssperren für MigrantInnen entgegenzuwirken. Templin zufolge führten diese Regelungen jedoch lediglich zur Verschärfung der Wohnungsknappheit für die Betroffenen. Hinsichtlich des Alltags innerhalb der Stadtteile ergaben ethnographische Beobachtungen in den 1970er-Jahren, dass es im öffentlichen Raum

kaum zu Kontakten zwischen deutschen und migrantischen BewohnerInnen gekommen sei. Auch innerhalb der Wohnhäuser war das nachbarschaftliche Zusammenleben zwischen Deutschen und MigrantInnen, so Templin, „weitgehend distanziert und teilweise von rassistischen Anfeindungen geprägt“, obwohl auf Seiten der MigrantInnen eine Mehrheit durchaus private Kontakte gewünscht habe. Diesen Schluss legten zumindest Umfragen und sozialwissenschaftliche Studien nahe, wobei diese – wie auch die meisten geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen – von einer binären Unterscheidung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ geprägt waren, die Templin zufolge „ein Grundproblem der Segregationsforschung“ darstellt. Studien mit historischer Perspektive haben hingegen das Potenzial, so Templins Appell, die Vorstellung von „Ausländervierteln“ zu dekonstruieren und die unterschiedlichen AkteurInnen stärker in den Blick zu nehmen.

AXEL SCHILDT (Hamburg) begrüßte in seinem Kommentar, dass alle Beiträge Segregation nicht statisch, sondern als permanenten Prozess verstanden. Er regte unter anderem an, auch bürgerliche Interessenvertretungen verstärkt in den Blick zu nehmen, da Protest „nicht nur unter roten Fahnen“ stattfinde. Zudem wies er auf die Relevanz des Schulalltags hin, da reichere BewohnerInnen mit Verweis auf die Schulsituation oft ihren Wegzug aus ärmeren Stadtteilen begründet haben. Auch VermieterInnen könnten als wichtige AkteurInnen in Segregationsprozessen untersucht werden.

In der Abschlussdiskussion unter Beteiligung des Publikums wurde neben den von Schildt genannten Punkten unter anderem die hochaktuelle Frage diskutiert, ab wann anti-migrantische Einstellungen und Praktiken als rassistisch zu bewerten sind und ob eine solche Bezeichnung eine genauere Analyse eher ermögliche oder erschwere. Zudem zeigte sich, dass Praktiken der sozialen Kontrolle in den untersuchten Stadtteilen bzw. Vorstädten von unterschiedlicher Bedeutung waren, um die Segregation herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Insgesamt erwies sich der praxeologische Ansatz der Sektion als hervorragend geeignet, um die eingangs von Reinecke aufgeworfenen Fragen zu erörtern. Einige der gesellschaftsgeschichtlichen Narrative erschienen mit Blick auf die untersuchten Räume nicht haltbar, andere wurden hingegen durch die Vorträge im Kern bestätigt und eindrucks-

voll um neue Perspektiven ergänzt. Während in den Vorträgen in erster Linie die BewohnerInnen selbst im Vordergrund standen und Arbeiten der ReferentInnen zudem weitere AkteurInnen wie SozialwissenschaftlerInnen, Verwaltung und Lokalpolitik einbeziehen<sup>2</sup>, wäre es für künftige Studien zu westeuropäischen Großstädten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielversprechend, – wie während der Sektion bereits angedeutet wurde – auch die Vermietungspraxis staatlicher und gemeinnütziger Wohnungsgesellschaften zu untersuchen, da diese vielerorts einen großen Anteil am Wohnungsmarkt besaßen.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Anne Kurr (Hamburg) / Christiane Reinecke (Kiel) / David Templin (Osnabrück)

Christiane Reinecke (Leipzig): Einführung

Christine Krüger (Gießen): Arbeiterproressionen und bürgerliches Slumming. Praktiken sozialer Grenzziehung im Londoner East End um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

Daniel Watermann (Halle-Wittenberg): Hauserwerb und Hausbesitz als soziale Praxis. Wohnen in Middle-Class Suburbia nach 1945

Anne Kurr (Hamburg): Nur Zäune und Hecken? Nachbarschaftlichkeit und soziale Grenzziehungen in einem großbürgerlichen Viertel in Paris im späten 20. Jahrhundert

David Templin (Osnabrück): „Deutsches Heim - Glück allein“? Immigration, Nachbarschaftlichkeit und Ausgrenzung in westdeutschen Großstädten seit den 1960er Jahren

<sup>2</sup> Vgl. etwa Christine Krüger, Slums und Villenviertel. Städtische Grenzziehungen und Sicherheitsentwürfe in London und Hamburg im ausgehenden 19. Jahrhundert, in: Saeculum 68/1 (2018), im Erscheinen; Anne Kurr, Die „gute Adresse“. Reiche Stadtviertel in Paris und Hamburg in den 1950er bis 1980er Jahren, in: Moderne Stadtgeschichte, Heft 2 (2017), S. 13–29; Christiane Reinecke, Localising the Social. The Rediscovery of Urban Poverty in Western European 'Affluent Societies', in: Contemporary European History 24 (2015), S. 555–576; David Templin, Gentrification. Aufstieg eines Deutungsmusters in Großbritannien, den USA und Deutschland, 1964–1990, in: Moderne Stadtgeschichte, Heft 2 (2017), S. 49–65.

Axel Schildt (Hamburg): Kommentar und Diskussionsleitung

Tagungsbericht *Urban distinctions. Praxeologische Perspektiven auf Segregation und Nachbarschaftlichkeit im Westeuropa des 20. Jahrhunderts*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

---

### Ungleiche Gesundheitschancen – trotz offener Gesellschaften? (1949–2018)

**Von:** Jens Gründler, Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Der gesellschaftliche Zusammenhalt westeuropäischer (Industrie-)Gesellschaften war seit dem 19. Jahrhundert auch auf das Versprechen gegründet, die Armutsrisiken abzufedern oder aufzuheben, die durch Krankheiten, Arbeitsunfälle, Behinderungen oder das Altern verursacht waren. In der Zwischenkriegs- und beschleunigt in der Nachkriegszeit wuchs die Bedeutung von Gesundheit in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen um die Aufgaben des Sozialstaates. Im Verlauf der 1960er- und 1970er-Jahre wurden immer mehr gesundheitliche Risiken durch Kranken- und Sozialversicherung aufgefangen, immer mehr Bevölkerungsgruppen wurden in Konzepte von Für- und Vorsorge einbezogen. Seit den Wirtschaftskrisen der 1970er- und 1980er-Jahre, dem Regierungswechsel 1982 und noch einmal verstärkt durch die Reformen der „Agenda 2010“ bröckelt jedoch der gesellschaftliche Konsens über die Aufgaben und Reichweite des Sozialstaates. Gesundheitliche Ungleichheit, so MARTIN DINGES (Mannheim / Stuttgart) in seiner kurzen Einführung, sei eine grundlegende Dimension gesellschaftlicher Spaltungen. In der Sektion sollte dieser Grundthese nachgegangen werden, indem Fragen „nach spezifischen Wirkungen gesundheitlicher Ungleichheit“ auf Individuen analysiert wurden. Anhand von fünf Kategorien – Staatsangehörigkeit, Geschlecht, „Klasse“, „Behinderung“ und Migration – wurden soziale und sozialpolitisch adressierte Gruppen

aus dem deutschsprachigen Raum ausgewählt und in den Vorträgen jeweils einzeln untersucht.

Im ersten Vortrag nahmen PIERRE PFÜTSCH (Stuttgart) und STEFAN OFFERMANN (Leipzig) den Systemgegensatz von BRD und DDR zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zur Gesundheitsaufklärung in beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1990. Ausgehend von Nikolas Rose Begriff des *citizenship project*, verfolgten Pfütsch und Offermann die Leitvorstellungen von Gesundheitsaufklärern zur Schaffung „guter BürgerInnen“. Der Themenkomplex Ernährung und Fitness diente im Vortrag als besonders eindrückliches Beispiel, da im Körper selbst die Fähigkeit zur Selbstführung relativ direkt sichtbar sei und so auf die Fähigkeit und den Willen zur politisch-gesellschaftlichen Teilhabe rückgeschlossen werden könne. Pfütsch und Offermann verdeutlichten, dass die gesundheitsaufklärerische Ansprache der Zielgruppen sich sowohl in der BRD als auch in der DDR in den 1960er- und 1970er-Jahren weg von autoritären Drohkulissen hin zur Selbstaktivierung und Eigenverantwortung verlagerte. Jenseits der ideologischen Vorgaben wurden in der Gesundheitsaufklärung der DDR und der BRD vielfach sehr ähnliche Wege beschritten. Die Forcierung der individuellen Eigenverantwortlichkeit in Gesundheitsfragen zeige sich in beiden Systemen und war keineswegs, wie vielfach angenommen, nur ein Signum der liberalen Gesellschaften. Dass diese parallelen Entwicklungen durchaus einleuchtend sind, da die Gesundheitsfürsorge beider Systeme auf den Schultern des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und der NS-Zeit ruhten, wurde in der Diskussion des Vortrages aufgegriffen und auch von den Vortragenden unterstrichen.

Im Kontrast zum diskursgeschichtlichen Ansatz des ersten Beitrages zeigte Martin Dinges anhand von statistischen Daten der letzten vier Jahrzehnte die Bedeutung des Faktors Gender auf die unterschiedlichen Lebenserwartungen von Frauen und Männern. Dinges konstatierte, dass das Verhalten beim „Lebenserwartungsgap“ immer größeren Einfluss gewonnen habe und der „Vorsprung“ der Frauen immer stärker abnahm. Allerdings muss man den daraus häufig gezogenen Verbindungen zum individuellen Verhalten gegenüber kritisch bleiben, da die Zuweisung der Verantwortung an den Einzelnen die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse ignoriert. In historischer Perspektive

und bis in die Gegenwart hinein, so Dinges, seien die sozialen Lagen aber immer noch bedeutsamer für die Lebenserwartungsunterschiede als die Kategorie Gender. Im Vortrag wurden darüber hinaus weitere interessante Indikatoren zum Gesundheitsverhalten von Männern vorgestellt, die weitere Bausteine dafür sind, die These vom „männlichen Gesundheitsidioten“ nachhaltig in Frage zu stellen. Während z. B. das Rauchen und der Alkoholkonsum bei Männern in den letzten Jahrzehnten immer stärker zurückgingen, nahmen immer mehr Männer psychotherapeutische Angebote in Anspruch.

NINA KLEINÖDER (Marburg) nahm die höheren gesundheitlichen Risiken der industriellen Arbeiterschaft zum Anlass, die Unterschiede im Bereich Gesundheit zwischen bürgerlichen Schichten und Arbeitermilieus zu untersuchen. Schon in ihren einleitenden Bemerkungen machte Kleinöder deutlich, dass Fragen nach den Zusammenhängen von Gesundheit und Erwerbstätigkeit hochkomplex sind. Die Unterschiede zwischen Unfällen oder dauerhaften Belastungen oder zwischen psychischen und physischen Erkrankungen müssten ebenso differenziert werden wie die Frage, ob es sich um direkte oder indirekte Folgen der Tätigkeiten handelte. Für die 1950er- und 1960er-Jahre zeigte Kleinöder in Bezug auf Berufskrankheiten, dass die Zahlen starken Schwankungen unterworfen waren, insbesondere durch erleichterte (Neu-)Anerkennungen von Krankheiten wie Silikose. Gleichzeitig traten in den 1960er-Jahren neue und effektive Schutzmaßnahmen gegen Arbeitsunfälle und viele Berufskrankheiten in Kraft, so dass noch vor dem Wandel der Arbeitswelt die Zahl der Betroffenen deutlich zurückgegangen war. Nach dem Boom wurde die Silikose als größtes anerkanntes Erkrankungsrisiko durch Lärm und Asbest abgelöst. Gerade im Fall von Lärm war nicht die Neuartigkeit der Belastung ausschlaggebend, sondern eine veränderte Anerkennungspraxis, nachdem Lärm als eine berufsbedingte Schädigung gesetzt und dann auch von Versicherungen anerkannt worden war. Dies bezeichnete Kleinöder in Anlehnung an Ulrich Böckling als „Risikomanagement“, da die Folgen der berufsbedingten Erkrankungen verwaltet wurden. Gleichzeitig setzte auch die „Risikovermeidung“ immer stärkere Akzente, in dem durch Kampagnen und Maßnahmen versucht wurde, präventiv zu wirken.

In einem ebenfalls datengesättigten Vortrag fragte ANDREAS



WEIGL (Wien) nach der Bedeutung der Faktoren Migration, Bildungsstand, Alter und Arbeit für die Gesundheit und Lebenserwartung von Gastarbeitern in Österreich zwischen dem Ende der 1960er-Jahre und dem Jahr 2000. Zur Einführung wies Weigl darauf hin, dass „Gastarbeiter“ in Österreich zwar mit Verspätung rekrutiert wurden und hauptsächlich aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen, ausländische ArbeitnehmerInnen aber einen ähnlichen Anteil an der Bevölkerung wie in der BRD und anderen europäischen Industriestaaten erreicht hatten. Auch in Österreich wurde die Arbeitsmigration zunächst als temporär definiert, so dass die Themenfelder Gesundheitsvorsorge und Alter in den Überlegungen von Medizin und Gesundheitsverwaltung keine Rolle spielten. Anhand von rezenten Befragungen konnte Weigl darstellen, dass zum einen psychosoziale Erkrankungen aufgrund komplexer Unsicherheitsverhältnisse in der Gruppe der ArbeitsmigrantInnen wesentlich häufiger vorkamen als in der autochthonen Bevölkerung. Zum anderen fanden sich in den Untersuchungen hohe Korrelationen zwischen Bildung und Einkommen und dem daraus resultierenden Gesundheitsverhalten bzw. höherer Belastungen durch körperlich stärker belastende Arbeitsverhältnisse. Zudem vermutete Weigl, dass aus der Herkunftsgesellschaft übernommene riskantere Lebensstile sowie fehlende Kenntnisse über Vorsorgeangebote hohe Auswirkungen auf Gesundheit und Lebenserwartung der ArbeitsmigrantInnen hatten. Parallel finden sich allerdings auch kulturelle Praktiken der Herkunftsgesellschaft wie z. B. die Pflege in der Familie, die auch positive Effekte auf die Gesundheit zeitigen können. Schlussendlich, so Weigl, sei die ökonomische Ungleichheit ein weiterer zentraler Faktor für die differentielle Lebenserwartung. Dass die Armutsgefährdung bei MigrantInnen aus Ex-Jugoslawien dreimal, bei denen aus der Türkei achtmal höher sei wie bei Einheimischen, unterstreicht diesen Befund.

Zum Abschluss der Sektion erläuterte GABRIELE LINGELBACH (Kiel) die Entwicklung der Gesundheitsfürsorge für Menschen mit Behinderung. Lingelbach nahm insbesondere die gruppeninternen Ausdifferenzierungen in den Blick. In der Frühphase der BRD gab es nur eine rudimentäre Basisversorgung, die den „behinderungsbedingten Mehraufwand“ der Betroffenen lediglich im Fall von Arbeitsunfallopfern berücksichtigte. Ab 1950 wurden dann Kriegsopfer unterstützt,

ausgeschlossen blieben aber weiterhin Hausfrauen, Kinder und Jugendliche sowie Männer, die nicht durch Krieg oder Arbeitsunfälle geschädigt worden waren. In der zweiten Phase, die für Lingelbach mit dem 1957 verabschiedeten Körperbehindertengesetz beginnt, fand ein sich beschleunigender Ausbau der Fürsorge statt. Mehr Personengruppen waren leistungsberechtigt, der Präventionsgedanke wurde gestärkt. Allerdings lag der Fokus weiterhin auf der Erwerbsfähigkeit, so dass z. B. viele geistig und psychisch behinderte Menschen ausgeschlossen blieben. Erst in den folgenden Jahren fand eine Abkehr vom Primat der Erwerbsarbeit und dem „Kausalprinzip“ statt, so dass auch nicht selbst versicherten Personen umfangreich geholfen wurde. Lingelbach führte die Ausweitung der Inklusion auf ein ganzes Bündel an Faktoren zurück, zu denen auch das Reformklima ab den späten 1960er-Jahren gehört, in dem u. a. die Selbstorganisationen der Behinderten auf zunehmendes Medieninteresse stießen.

Insgesamt leistete die Sektion einen wichtigen Einblick in aktuelle Diskussionen und Themen der zeithistorischen Gesundheitsforschung. Durch die Fokussierung auf unterschiedliche Faktoren und Phänomene, die ungleiche Gesundheitschancen produzieren, sind die Chancen und Herausforderungen medizinhistorischer Forschung deutlich geworden. Die inhaltliche Breite und Diversität der Vorträge hätte vielleicht eine engere Klammer benötigt, die den Zusammenhang über die historische Periode und den deutschsprachigen Raum hinaus besser verdeutlicht hätte, aber der Komplexität des Themas hätte man kaum besser gerecht werden können. In allen Vorträgen wurde dementsprechend wiederholt darauf hingewiesen, dass die jeweils betrachteten Kategorien keine isolierten Faktoren seien, sondern nur als Teile komplexe Faktorenbündel zu verstehen sind.

Die zum Abschluss der Sektion von den Vortragenden gemachten Statements unterstrichen die Ansicht, dass diese vorgestellten Forschungsprojekte und -themen einen ersten Ausgangspunkt für weitere Arbeiten bilden, die noch stärker differenzieren und die Dynamiken der einzelnen Felder in den Blick nehmen wollen. So wies z. B. Gabriele Lingelbach darauf hin, dass die in die Körper eingeschriebenen Charakteristika die *Disability History* zu lange zu stark beeinflusst habe. Darüber sei das Soziale vergessen worden. Das Soziale und dessen

Interaktion mit anderen Faktoren seien aber zentral für ein besseres Verständnis der Geschichte von Menschen mit Behinderung, so dass zukünftige Projekte es in die Forschung zurückholen müssten. Die Betonung der komplexen Ursachen ungleicher Gesundheitschancen und -versorgung kann gar nicht oft genug wiederholt werden.

Eine ausführlichere Version der Vorträge wird 2020 in der Zeitschrift „Medizin, Gesellschaft und Geschichte“ veröffentlicht.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Martin Dinges (Stuttgart / Mannheim)

Pierre Pfütsch (Stuttgart) / Stefan Offermann (Leipzig): Gesundheitsaufklärung in zwei deutschen Gesellschaften (1949–1990)

Martin Dinges (Stuttgart / Mannheim): Die Bedeutung der Kategorie Gender für die Gesundheitschancen (1980–2016)

Nina Kleinöder (Marburg): Arbeiterschaft und Gesundheit in der Bundesrepublik vom „Wirtschaftswunder“ zur „Humanisierung“ (1950er- bis 1980er-Jahre)

Andreas Weigl (Wien): Alt und krank nach der „Gastarbeiterzeit“ in Österreich? (1967–2000)

Gabriele Lingelbach (Kiel): Gesundheitsfürsorge für Menschen mit Behinderung in der Bundesrepublik: Interne Differenzierungen (1949 bis frühe 1980er-Jahre)

Tagungsbericht *Ungleiche Gesundheitschancen – trotz offener Gesellschaften?* (1949–2018). 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

---

## **Die Geschichte nah-östlicher Gesellschaften zwischen politischen Einheitsansprüchen und gesellschaftlichen Spaltungen: Syrien und der Libanon**

**Von:** Stella Kneifel, Universität Erfurt

Westliche Beobachtungen gehen zumeist davon aus, dass die Region des Nahen Ostens durch extreme Spaltungen geprägt sei. Dabei stehen die religiösen Scheidelinien im Vordergrund. Der Krieg in Syrien und der (nach eigenen Regeln) funktionierende Staat Libanon scheinen schlagende Beispiele dafür zu sein, dass Probleme vor allem auf „die Religion“ zurückgeführt werden können. Die Sektion analysierte und problematisierte diese Sichtweise durch vier Impulsvorträge.

Um sich dem Gegenstand zu nähern, gab BIRGIT SCHÄBLER (Beirut) zunächst eine historische Einführung. Dabei stellte sie heraus, dass die religiöse Vielfalt zu den Hauptmerkmalen der Gesellschaften im Vorderen Orient gehört. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Region Wiege dreier monotheistischer Weltreligionen ist. Hinsichtlich seiner vielfältigen religiösen und konfessionellen Struktur unterscheidet sich der Libanon im Großen und Ganzen nicht wesentlich von den benachbarten arabischen Ländern. Seine Besonderheit besteht jedoch darin, dass 18 anerkannte Religionsgemeinschaften wie ein Mosaik auf einer sehr kleinen Fläche zusammenleben. Als neunzehnte Religionsgemeinschaft bezeichnen sich diejenigen, die zu keiner solchen gehören wollen. Erst seit 2009 darf man beantragen, dass auf dem Ausweis keine Religionszugehörigkeit eingetragen wird. Die Konfessionen spielen aufgrund des politischen Proporzsystems im Libanon eine besondere politische und gesellschaftliche Rolle. Politik und Verwaltung sind von Religionsgemeinschaften durchdrungen und erhalten dadurch einen besonderen Rang. Die Macht geht vom Volk überwiegend in seiner Aufteilung nach Konfessionen aus. Im Friedensabkommen von Taif (1989) beschlossen die RepräsentantInnen der Religionsgemeinschaften den politischen Konfessionalismus abzuschaffen und nur als Übergangslösung bestehen zu lassen. Das Provisorium sei mittlerweile ein tief verankerter Dauerzustand. Aus den genannten historischen Begebenheiten ergibt sich ein ambivalentes Bild. Auf der einen Seite gewähren die herausragende

Stellung der Religionsgemeinschaften und ihr Grad an Autonomie dem Libanon eine einmalige gesellschaftliche und politische Pluralität im Nahen Osten. Das konfessionelle Proporzsystem bewahrt das Land vor dem Schicksal autokratischer Herrschaft, wie sie ansonsten in der Region üblich ist. Auf der anderen Seite seien die Verteilung politischer Ämter nach Religionszugehörigkeit und die Mentalität des Konfessionalismus aber auch maßgeblich für die Fragmentierung von Staat und Gesellschaft des Libanons verantwortlich.

In ihrem Vortrag machte Birgit Schäbler deutlich, dass die Spannungen in den Gesellschaften Syriens und des Libanons von der internationalen Geschichtswissenschaft unterschiedlich gedeutet werden. Insbesondere die Frage, wie alt die konfessionelle politische Fragmentierung im Libanon ist, werde unterschiedlich beantwortet. Dabei stehen sich Analysen aus der Region selbst und Diskurse westlicher Wissenschaftslandschaften gegenüber, die auch in sich selbst nicht eindeutig sind. So unterscheiden sich die Dissertationen syrischer und libanesischer AbsolventInnen in Europa in den Fragen von Einheit und Spaltung ihrer Gesellschaften deutlich von denjenigen, die in den USA entstanden, und beide unterscheiden sich von Darstellungen aus der Region selbst. Birgit Schäbler machte an zwei großen libanesischen Historikern, Albert Hourani und Kamal Salibi, deutlich, wie sehr die libanesische Historiographie mit dem anglo-amerikanischen Wissenschaftsmilieu verwoben ist. Albert Hourani (1915–1993), ein in Manchester in eine christlich-libanesisches Familie hineingeborener Historiker, lehrte und wirkte sowohl an der American University of Beirut als auch und überwiegend in Oxford. Durch die Kombination von Geographie und Geschichte leitete er schon früh politische Empfehlungen ab, wie mit dem Konfessionalismus umzugehen sei. Er bildete eine ganze Generation von HistorikerInnen aus, die vielfach in den USA wirkten. Kamal Salibi (1929–2011), der in Beirut geboren und an der American University of Beirut (AUB) ausgebildet wurde, promovierte zwar in London, kehrte jedoch an die AUB zurück. Er wirkte im Inneren und durch seine englischsprachigen Veröffentlichungen international. Salibi beschreibt in einem einflussreichen Werk den Libanon als „ein Haus aus vielen (Herren-)Gütern“. Wichtig war beiden Historikern darauf hinzuweisen, dass unterschiedliche Narrative innerhalb des Landes herrschen. Die

SchülerInnen von Hourani in den USA vertraten ein anderes Paradigma: den arabischen Nationalismus. Erstaunlicherweise gab es bis in die 1990er-Jahre kaum eine Dissertation in der amerikanischen Nahost-Geschichte, welche sich mit der fragmentierten Gesellschaft des Nahen Ostens beschäftigte.

In den USA ist der arabische Nationalismus heute kein Paradigma mehr. Jüngere Arbeiten befassen sich mit dem Konfessionalismus aus kulturhistorischer Perspektive. Oftmals wird der Konfessionalismus nicht als gegeben angesehen und als Ergebnis von kolonialen Diskursen und Politiken der Zentralisierung dargestellt. Dabei steht die Frage im Raum, ob Konfession als ein Hindernis der Moderne angesehen werden kann. Birgit Schäbler betonte, dass Analysen zum Konfessionalismus, die im Libanon selbst gemacht werden, häufig kritischer sind als diejenigen, die im Ausland entstehen. Es entstehen so spannende Diskurse zwischen libanesischer Binnensicht und der Außensicht, bei der die libanesisches Geschichtsschreibung im Land selbst international mithalten kann. Jüngst brechen sich die Diskurse besonders an den Scheitelpunkten der „Postcolonial Studies“, was sich an den Diskussionen in den amerikanischen Universitäten der Region (Beirut, Kairo) gut beobachten lässt.

ASTRID MEIER (Halle-Wittenberg) konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf eine der vielen in nahöstlichen Gesellschaften diskutierten Spaltungen am Beispiel von Syrien seit der frühen Neuzeit: Lassen sich die grundlegenden Unterschiede zwischen städtischer, ländlich-agrarischer und beduinischer Lebensweise als Geschichte einer zunehmenden Spaltung zwischen Land und Stadt verstehen? Syrien war vor 2011 ein Land, in dem etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht mehr auf dem Land lebte und sich die Einwohnerschaft der großen Städte in kurzer Zeit vervielfachte. Der Konflikt in Syrien führte dazu, dass noch mehr Menschen in die Städte kamen, begleitet von ihren Organisationsformen und Einstellungen. Die Ruralisierung urbaner Ballungsgebiete bringt die ländlichen Bevölkerungsgruppen in den Fokus der historischen und gegenwartsbezogenen Wissenschaft, die sie mit wenigen Ausnahmen seit Jahrzehnten aus dem Blick verloren hatte. Ein hoher Grad an Urbanisierung ist kein neues Phänomen und prägt die früh-moderne und moderne Geschichte Syriens durch die sich wandelnde Art und

Weise, wie diese Art territorialer Spaltung in Ordnungsvorstellungen, Normenwelten und politischen Praktiken imaginiert, legitimiert und in gesellschaftliche Realität umgesetzt wurde. Astrid Meiers Beitrag zeichnete die wichtigsten Etappen dieser zunehmenden Ausgrenzung ländlicher Gesellschaften nach. Diese Etappen lassen sich, so ihre Arbeitshypothese, nur durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren im historischen Ablauf verstehen. Dabei würden die verschiedenen Steuer- und Verwaltungseinheiten des osmanischen Reiches ebenso eine Rolle spielen wie die unterschiedlichen Wirtschaftsweisen ländlicher Gruppen und ihre Bedeutung für Staat und Gesellschaft. Am Beispiel von landwirtschaftlich geprägten Dorfgemeinschaften im Kontrast zu viehzüchtenden, unterschiedlich stark nomadisierenden beduinischen Gruppen zeigte sie, dass Land keine Kategorie staatlichen Handelns darstellt. Denn während bis ins späte 18. Jahrhundert Dorfgemeinschaften als quasi inkorporierte Gruppe eine autonome Rolle spielten, verloren sie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Handlungsspielraum an die neue Figur des „mukhtar“ (Dorfvorsteher), der fortan als Scharnier zu den übergeordneten Verwaltungseinheiten fungierte. Zum „Verschwinden“ der Dorfgemeinschaften als politische Akteure trugen weiter die Individualisierung der Steuerlast und die Veränderung des Bodenregimes entscheidend bei. In der Steppe hingegen stärkte die osmanische Reformpolitik des 19. Jahrhunderts die Rolle bestimmter beduinischer Gruppen mit der Schaffung von tribalen Dynastien. Die Zusammensetzung der Bevölkerung am Steppenrand und damit das traditionelle Machtgefüge veränderte sich seit der Mitte des 18. Jahrhundert durch die Zuwanderung großer Teile der Anaza-Konföderation aus der Arabischen Halbinsel. Mit der Kooptation bestimmter Gruppen integrierte der osmanische Staat ein bis dahin schwer kontrollierbares Element in sein Verwaltungsgefüge. Gleichzeitig schuf diese Politik ein neues Ungleichgewicht innerhalb der Gruppen und Stammesverbände, indem sich politisches, wirtschaftliches und kulturelles Kapital neu in den Händen der Chiefs ansammelte. Nach dem Ersten Weltkrieg wertete die französische Mandatsregierung die Position dieser Gruppe weiter auf und gewährte ihnen weitgehende Autonomie in den von ihnen kontrollierten Räumen. Astrid Meier stellte klar heraus, dass Stadt und Land keine festen Kategorien sind, sondern von Ordnungsvorstellungen

gen und Kontexten abhängen, in denen sie immer wieder aktualisiert werden.

Auch im Libanon ist die Kontextualisierung wichtig, um die Spaltungen im Land erklären zu können. Obwohl das Land bis zum Bürgerkrieg als Paradebeispiel für friedliche Koexistenz innerhalb einer multikonfessionellen Gesellschaft angesehen wurde, war die libanesische Gesellschaft bereits in dieser Zeit in vielerlei Beziehung tief gespalten. Im Zusammenhang mit Libanons starker Verstrickung in regionale Konflikte trugen diese vielfachen Spaltungen erheblich zum Beginn des Krieges bei und wurden in dessen Verlauf weiter verfestigt. Der Vortrag von MARA ALBRECHT (Erfurt) zeigte die Vielfalt der gesellschaftlichen Trennlinien im Libanon, die häufig auf den religiösen Aspekt reduziert werden, auf. Dabei zeichnete sie historisch nach, wie sich diese im Vorfeld und während des Bürgerkrieges entwickelten. Zum einen spielen klientelistische Bindungen eine Rolle, die sich bereits im 17. und 18. Jahrhundert entwickelten und durchaus quer zu konfessionellen Bindungen liegen konnten. Die Stärkung der konfessionellen Identitäten begann im 19. Jahrhundert mit der Minderheitenpolitik der europäischen Großmächte im osmanischen Reich. Durch die Verfassung in der französischen Mandatszeit wurde der Konfessionalismus institutionalisiert und die Bedeutung der Religionszugehörigkeit politisiert. In abgewandelter Form sind diese konfessionellen Identitäten und klientelistischen Bindungen noch heute wirksam. Die unterschiedlichen religiösen Gruppen verfügen über verschiedene Geschichtsbilder, gruppenspezifische Metanarrative und Identitätskonstruktionen. Die Drusen sehen sich beispielsweise als Erbauer des Libanons, was mit einem ein Zeit- und Personenmythos zu Emir Fakhr ad-Din II. einhergeht. Bei den Maroniten, die sich als verfolgte Minderheit sehen, liegt eine Festungs- und Belagerungsmentalität vor. Die Schiiten hingegen sehen sich als die Unterdrückten und Entrechteten. Dieses Narrativ wird bis heute genutzt, obwohl sich vieles, besonders auch ihr politischer Einfluss, verbessert hat. Diese unterschiedlichen Perspektiven der Religionsgemeinschaften führten auch zu unterschiedlichen Einstellungen gegenüber dem Libanon und dem Rest der Welt. Auch andere Identitätsfolien spielen im Libanon eine wichtige Rolle. Mara Albrecht zeigte konkurrierende nationale Identitäten auf. Beispielsweise vertritt die

Syrische Soziale Nationalistische Partei einen großsyrischen Nationalismus. Die libanesische Kata'ib-Partei einen libanesischen Nationalismus. Und die An-Najjada-Partei einen arabischen Nationalismus. Der Streit um die nationale Identität stellt auch heute noch einen Konflikt dar, der parallel und quer zu konfessionellen Identitäten liegen kann. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Clans, ideologischen Lagern, politischen Parteien und sozialen Gruppen sind von großer Bedeutung. Mara Albrecht betonte, dass eine Deutung der Lagerbildung allein anhand von konfessionellen Trennungslinien zu vereinfacht ist. Auch konkurrierende Widerstandsnarrative, welche eine weitere wichtige Trennlinie darstellen, laufen parallel und quer zur Konfessionszugehörigkeit. Besonders wichtig sind im Libanon der libanesische, der linke und der islamische Widerstand. Trotz großer Anstrengungen in der Nachkriegszeit, Versöhnung zwischen den verschiedenen Gruppen anzustoßen und eine Einheit der libanesischen Gesellschaft herzustellen, fördern die religiösen und politischen Gruppen weiterhin widerstreitende kollektive Gedächtnisse und historische Narrative, insbesondere auch zum Bürgerkrieg.

BASSEL AKAR (Zouk Mosbeh) stellte in seinem Beitrag die These auf, dass durch den bestehenden Geschichtsunterricht die Wurzeln des Konflikts unabsichtlich im Bildungssystem des Libanons aufrechterhalten werden. Die unterschiedlichen Gruppierungen im Libanon setzen verschiedene Schwerpunkte und haben unterschiedliche Narrative bzw. Identitäten (vgl. Beitrag Mara Albrecht). So wird die Frage was „libanesisch“ bedeutet, ganz unterschiedlich beantwortet und bewertet. Während des Bürgerkrieges veröffentlichten konfessionelle Gruppen deshalb ihre eigenen Geschichtsschulbücher. Das Friedensabkommen von Taif (1989) sah vor, ein „einheitliches Geschichtsbuch“ zu schaffen. Die Forschungsfrage von Bassel Akar zielt deshalb darauf ab zu hinterfragen, in welchem Ausmaß die Reduzierung auf nur ein Geschichtsbuch bzw. -narrativ die bestehenden Trennlinien fördern kann. Er ging der Frage nach, ob ein vereinheitlichendes Geschichtsbuch, das in einem konfliktgeladenen Prozess, in dem die stärkeren Gruppen ihre Geschichtsbilder durchsetzen, wirklich gebraucht wird oder ob ein solches Buch nicht auch als „positive brainwashing“ angesehen werden kann. Er behauptete, dass die Empfehlung, alle Geschichtslehrbücher

zu einer Einheit zusammenzufassen, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern, eine Ontologie und Epistemologie hervorbringt, die mehr schadet als nutzt. Im Libanon herrscht im Geschichtsunterricht eine dominante Kultur des Sachwissens vor. Das bedeutet, das Faktenlernen und Auswendiglernen am häufigsten angewandt werden. Dies könnte einer der Gründe sein, warum ein Großteil der Befragten seiner Untersuchungen den Geschichtsunterricht als nicht relevant ansieht. Bassel Akar argumentierte, dass der Geschichtsunterricht aber auch als ein Ort für das Lernen von Sozialem angesehen werden kann. Da Geschichte sich auf Fragen, Debattieren und Kontroversen bezieht, kann Geschichte auch lehren, bedachte Argumente vorzubringen, Vielfalt zu schätzen, soziale (Un-)Gerechtigkeit zu identifizieren. Es gibt unterschiedliche Ansätze zur Geschichtsbildung. Auf der einen Seite gibt es den didaktisch-traditionellen Ansatz eines „single narratives“, welcher auf dem Auswendiglernen bzw. Faktenlernen basiert. Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch den „disciplinary approach“ des Prüfens, kritischen Denkens und Interpretierens. Dieser bietet die Möglichkeit, den Geschichtsunterricht mit Elementen des „active citizenship“ zu vereinen. Dadurch werden SchülerInnen dazu ausgebildet, demokratisch und kritisch zu denken und können auf mehreren Ebenen vom Unterricht profitieren. Seit 2014 entwickelt eine Gruppe von AkademikerInnen und GeschichtslehrerInnen im Libanon disziplinäre Ansätze für das Lernen und Lehren von Geschichte. Hierbei geht es darum, den SchülerInnen nicht nur Geschichtswissen zu vermitteln, sondern sie zu mündigen, kritischen und politischen Subjekten auszubilden. Die Gruppe hat damit erfolgreich einen kritischen Diskurs über disziplinäre Ansätze im Geschichtsunterricht eingeführt. Sie stellt das Engagement der Regierung für ein einheitliches Geschichtsbuch in Frage, indem sie unterschiedliche und sogar widersprüchliche Narrative, die im Libanon existieren, für die Lernenden aufbereitet, damit sie sich kritisch mit ihnen auseinandersetzen können.

Die Sektion hat gezeigt, dass religiöse Scheidelinien nicht alleine ursächlich für die Spaltungen in den Gesellschaften des Nahen Ostens sind. In den vier Impulsvorträgen wurde deutlich, dass auch andere Faktoren eine wesentliche Rolle spielen und berücksichtigt sowie analysiert

werden müssen.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Birgit Schäbler (Beirut)

Birgit Schäbler (Beirut): Wie gespalten sind nah-östliche Gesellschaften? Uneinigkeit in der internationalen Geschichtsforschung

Astrid Meier (Halle-Wittenberg): Land und Stadt im modernen Syrien: Geschichte einer zunehmenden Spaltung

Mara Albrecht (Erfurt): Multidimensionale Spaltungen im libanesischen Bürgerkrieg (1975–1990)

Bassel Akar (Zouk Mosbeh): A „unified history textbook“ for Lebanese schools?

Tagungsbericht *Die Geschichte nah-östlicher Gesellschaften zwischen politischen Einheitsansprüchen und gesellschaftlichen Spaltungen: Syrien und der Libanon*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

---

### The Politics of Citizenship: Enemy Aliens, Citizenship Classification, and the Division of Societies in Twentieth-Century Germany, the Netherlands, and Europe

**Von:** Gaëlle Fisher, Zentrum für Holocaust Studien, Institut für Zeitgeschichte München; Caroline Mezger, Zentrum für Holocaust-Studien, Institut für Zeitgeschichte München

Citizenship has long been explored by historians as a lens into larger social and political processes of self-definition. Particularly during the modern period, citizenship became a means for delineating characteristics of national belonging, for determining who might be included in a certain community and on the basis of which criteria. As such, citizenship developed a dual dynamic: on the one hand an inward-looking, cohesive force that granted rights and parameters for political

participation, citizenship on the other hand simultaneously became a source of social cleavage, designed to demarcate boundaries and to exclude designated „others“. The panel offered a compelling and original transnational overview of the dynamics of citizenship from World War II into the Cold War. Focusing on the functions and (re)definitions of citizenship in Germany and the Netherlands in particular, the panel explored how changing notions and practices of citizenship both reflected and created shifts in social boundaries along ethnic, religious, social, and ideological lines.

Across three insightful case studies, chronologically organized from World War II to the immediate postwar period to the Cold War, the speakers addressed similar questions. Besides examining citizenship as a window into shifting social relations, political programs, and definitions of belonging in the context of the nation-state, the panel also carefully situated the dynamics of citizenship on the individual and global scales. All three speakers thereby asked not only what effects the granting, revocation, or changing parameters of citizenship had on individuals' lives at various instances. Rather, they also traced how the states' very conceptualization and practices of citizenship depended on global competitions and diplomatic entanglements. Within these entanglements, the colonial context deserves particular attention. Indeed, as several papers showed, the implementation of supposedly clear German and Dutch citizenship categories often foundered in the wake of the complex realities of national, ethnic, and cultural „in-betweenness,“ both at home and abroad.

In the panel's first paper, KIM WÜNSCHMANN (Munich) investigated how concepts of citizenship and ethno-national belonging structured German and Dutch policies towards foreign civilians during World War II. Exploring in particular the treatment of „enemy aliens“ in the German-occupied Netherlands and the Dutch colonies, Wünschmann illustrated how policies towards foreign civilians depended not merely on Germany's new radicalized notions of „racial“ belonging, but on the diplomatic co-dependencies that Germany faced in securing a fair treatment of its captured citizens abroad. Soon after Germany's invasion of the Netherlands in May 1940, Dutch forces interned over 3,400 „enemy aliens“ in its colonies of Surinam, the Netherlands Antilles, and

the Dutch East Indies. These individuals were mostly German citizens (including German Jews), but also comprised foreign nationals (such as Polish and French citizens) suspected of sympathizing with Germany, as well as „Indo-German“ individuals, some of whom had become naturalized Dutch citizens. In the German-occupied Netherlands, conversely, German forces implemented racial policies to arrest hundreds of „Indian hostages“, that is Dutchwomen and –men on leave from the colonies, most of whom were deported to the German concentration camps of Buchenwald and Ravensbrück. Such policies, Wünschmann suggested, tapped into larger ongoing struggles to redefine national and ethnic identities in an ideologized wartime setting, in which radicalized notions of belonging coexisted with concern for one’s own citizens and a fear of a potential „fifth column.“

Presenting the personal stories of various individuals affected by these schemes, Wünschmann emphasized the importance of integrating a colonial dimension into the study of European citizenship policies. For as colonial contexts showed, sorting individuals according to national lines became especially difficult on the imperial scale, in which borders, social boundaries, and perceived ethnic categories were continuously traversed. Wünschmann finally proposed that scholars more systematically incorporate legal studies into historiographical accounts to explore the tensions between politics, laws, and practices of citizenship, and advocated for further critical studies into the particularities of citizenship in contexts of war.

The second paper by MARIEKE OPREL (Amsterdam) investigated the issue of the classification of German citizens as „enemy citizens“ in the Netherlands after the Second World War. In particular, Oprel set out to show how this classification related to (and often conflicted with) lived experiences and drew attention to the inconsistency and arbitrariness of Dutch policies in practice. After the German invasion, German citizens in the Netherlands in general found themselves in an ambiguous Dutch-German „in-between“ space. But by drawing on the example of a man who was regarded as a German citizen despite his Jewish heritage and therefore categorized as an „enemy subject“ (*feindlicher Untertan*), Oprel highlighted how ambivalent efforts of categorization actually were. The end of the war, which was followed by a so-called

procedure of de-enemization (*Entfeindung*), brought with it further complications and contradictions as the Dutch authorities adopted a moralistic approach and followed a friend/foe logic inherited from the war. To avoid dispossession, German citizens in the Netherlands had to prove that their behavior compared to that of „ordinary Dutch citizens“ or even that they had demonstrated „active resistance.“ Ironically, this too was easier for Germans with Dutch partners than for Jews, who had often spent the war in hiding. As Oprel concluded, while citizenship is a positive category in theory, its rules also function as a mechanism of exclusion and its inherent link to subjective notions of loyalty and belonging poses a challenge to political and legal practice. Looking closely at the implementation of citizenship regulations in a specific context, as Oprel does in her research, sheds light on its shortcomings and raises wider questions.

The final paper in this section, by SEBASTIAN GEHRIG (London), focused on the question of who counted as a German during the Cold War, in light of legacies of defining Germanness along racial lines in the Third Reich and the so-called *Deutschlandpolitik* – the diplomatic struggle between the two German states, the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic, over representing German sovereignty and citizenship. Gehrig examined the link between foreign policy and access to citizenship and the resulting politicization of German citizenship conflicts, which turned people into political leverage. As he argued, principles adopted in the late 1940s, such as the policy of non-recognition of the GDR by the West, provided the background for later conflicts over citizenship. Indeed, the fact that West Germany continued to claim the right to represent Germans beyond its borders – including citizens of the GDR – throughout the period of the Cold War was a source of considerable diplomatic tension between the two countries. Gehrig linked this situation to the distinction between two different legal conceptions of citizenship: *Staatsbürgerschaft* and *Staatsangehörigkeit*. In the GDR, the authorities drew on a conception of citizenship based on the former term since 1967 and emphasized the rights of citizens and their participation in society as „active citizens“ (*mündige Bürger*) adhering to socialist values. In West Germany, in turn, they drew on a conception of citizenship derived from the Citizenship

Law of 1913 and based on an ethnic notion of belonging captured by the term *Staatsangehörigkeit* (lit. „belonging to the state“), enabling West Germany to lay claim to representing anyone who could demonstrate ethnic German ancestry.

Over time, this stance increasingly seemed at odds with political reality. Following a process of „normalization“ in the relations between East and West, the GDR came to be perceived as the legitimate representative of GDR citizens both at home and abroad. In his conclusion, Gehrig stressed the tension between an evolving society and static categories of legal and political practice as well as the resistance to cultural change in the legal sphere and regional administrations.

All three papers offered both thought-provoking case studies on the issue of citizenship and classification and successfully linked these to a wider reflection and discussion on the relationship between the individual and the state, as regulated and mediated by the category of citizenship. They also indicated how this issue can be studied by using a range of sources, from legislation to bureaucratic material to biographies. Last but not least, the presenters thereby drew attention to the entanglement, convergence, and competition of different discourses and terms – the legal, the political, and the social – for definitions of belonging and showed the very real consequences of categorization on the lives of individuals. Pertti Ahonen’s paper on the situation of ethnic German refugees in the immediate postwar period in West Germany would have usefully linked the pre-1945 circumstances explored in Wünschmann’s and Oprel’s papers and the later Cold War period discussed by Gehrig. Yet the three papers, with their long-term and transnational perspectives, nevertheless worked well together, tracing a line through the century and across different spatial and cultural constellations, and giving inspiring insights into the evolution of conceptions of citizenship and belonging in Germany and the Netherlands across political turning points and generations.

### Sektionsübersicht:

Section leaders: Sebastian Gehrig (London), Kim Wünschmann (Munich)

Kim Wünschmann (Munich): „Divided War Societies: German and Dutch policies towards enemy aliens in the Second World War“

Marieke Oprel (Amsterdam): „Enemy or Alien? Classifying German citizens in Dutch (De-)Enemisation Policies in the Aftermath of the Second World War“

Sebastian Gehrig (London): „What makes a Citizen? German Citizenship in Times of Ideological Division“

### Discussion

Tagungsbericht *The Politics of Citizenship: Enemy Aliens, Citizenship Classification, and the Division of Societies in Twentieth-Century Germany, the Netherlands, and Europe*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

---

### Verlierer der Zeitgeschichte? Südeuropa nach 1945

**Von:** Andreas Jünger, Rachel Carson Center for Environment and Society, Ludwig-Maximilians Universität München

Dass „Südeuropa“ wieder Beachtung in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung erhält, ist zuvorderst der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet. Auch die Geschichtswissenschaft scheint dies allmählich zum Anlass zu nehmen, die südeuropäischen Länder nach 1945 in den Blick zu nehmen.<sup>1</sup> In welcher Art und Weise dies geschieht und wie sehr auch die jüngere historiographische Forschung einflussreichen historischen Diskursen unterliegt, war unter anderem Gegenstand der nachfolgend behandelten Sektion.

PATRICIA HERTEL (Basel) eröffnete die Veranstaltung mit einem kurzen Abriss der Geschichte der südeuropäischen Staaten nach dem

---

<sup>1</sup> Ein Beispiel ist etwa das Ende 2016 abgehaltene Symposium „Europas vergessene Diktaturen?“, vgl. Tagungsbericht: Europas vergessene Diktaturen? Diktatur und Diktaturüberwindung in Spanien, Portugal und Griechenland, 04.11.2016 – 05.11.2016 Weimar, in: H-Soz-Kult, 03.03.2017, <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7037](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7037)>.



Zweiten Weltkrieg, die durch einen Aufstieg und Fall gekennzeichnet zu sein scheint. Als zentrale Referenz für die Betitelung Südeuropas als „Verlierer der Zeitgeschichte“ dienten Hertel die Debatten rund um die Eurokrise. Ausgehend von einem Cover des Magazins „Focus“<sup>2</sup> erläuterte sie das Ende der zuvor eher positiv konnotierten Wahrnehmung der Entwicklung der südeuropäischen Länder sowie die erneut zutage tretenden Unterschiede zwischen einem Norden und Süden Europas. Das Vorhandensein einer solchen Trennung sei während der Krise auch wieder mit „alten kulturalistischen Stereotypen“ begründet worden.

Im Anschluss präsentierte Hertel eine kurze Begriffsgeschichte „Südeuropas“ nach 1945. Während die Forschungsbezüge auf ein Konzept „Südeuropa“ in der Geschichtswissenschaft marginal geblieben seien, hätten die Sozialwissenschaften ähnliche Entwicklungen eines „südeuropäischen Modells“ herausgearbeitet. Insbesondere der Ost-West-Konflikt habe einen separaten Blick auf den Süden Europas verstellt: Die dortige Entwicklung, nicht zuletzt die späten Diktaturen, seien als Sonderfälle der westeuropäischen Entwicklung gewertet worden. Im Zuge des Europäischen Integrationsprozesses sei hingegen das Konzept „Südeuropa“ wieder verstärkt in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen herangezogen worden, um die Unterschiede zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten zu analysieren. Dies, so Hertel, beschreibe die von Roberto Sala skizzierte „Inklusion durch Exklusion“. Die Einordnung Griechenlands und mitunter auch der Türkei nach „Südeuropa“ sei Ausdruck der Heterogenität des Modells.

Zentrale Leitfrage Hertels war, ob Südeuropa eine obsoletere oder doch fruchtbare Kategorie für die Zeitgeschichte sei, und welche Bedeutung das Konzept Südeuropa sowie die darin eingeschlossenen Länder für die europäische Zeitgeschichtsschreibung haben. Dazu präsentierte sie vier Thesen: Das Konzept „Südeuropa“ sei als homogener Raum aufgrund seiner beträchtlichen Unterschiede irreführend, es gebe jedoch „Zentrum-Peripherie-Dynamiken“, ähnlich zu Entwicklungen in Spanien, Portugal, Griechenland und Italien geführt hätten. Des Weiteren könne nicht von einem südeuropäischen „Sonderweg“ die Rede sein, sondern die Länder verdeutlichten nur in besonderer Weise eine gesamt-

europäische Entwicklung. Die Eurokrise habe etwa in den Ländern des Südens das gescheiterte europäische Wachstumsmodell am stärksten zu Tage gebracht. Somit sei deren Geschichte „kein Sonderfall, sondern integrativer Bestandteil der europäischen Geschichte.“

Im zweiten Vortrag präsentierte CLARA MAIER (Hamburg) einen Vergleich des deutschen und spanischen Rechtsstaatsmodells. Als theoretischen Einstieg verwies sie auf Samuel Huntingtons Überlegung der „Third Wave of Democratization“, welche Südeuropa als abgrenzbaren Raum habe sichtbar werden lassen. Diese Vorstellung sei für die Literatur ebenso prägend wie die damit zusammenhängende These einer konfessionellen Spaltung in Nord- und Südeuropa. Ziel von Maiers Vortrags sollte die Überwindung dieses Nord-Süd-Konfliktes sein, indem sie eine alternative Erzählung zur Demokratisierung in Europa ankündigte. Zentral dafür sei ihr Verständnis des Rechtsstaates bzw. *Estado de Derecho*. Dieser sei durch ein „spezifisches Verhältnis von Recht und Demokratie“ geprägt, was sich vor allem in der Kontrolle durch eine „unabhängige und über dem legislativen Prozess stehende Verfassungsgerichtsbarkeit“ manifestiere.

Im Falle Deutschlands sei die Ausgestaltung von Demokratie und Rechtsstaat nach 1945 maßgeblich von der Erfahrung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus geprägt gewesen. Die Erfahrung, dass die Demokratie den Nationalsozialismus „zugelassen“ habe, habe zur Etablierung der Grundrechte als „vorgelagerte Rechte“ geführt. Diese seien absichtlich nicht dem „freien Spiel der demokratischen Willensbildung“ übergeben worden. Von den 1950er- bis in die 1970er-Jahren sei dann die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts nach und nach erweitert worden. Letztlich sei das wesentliche Spezifikum des deutschen Rechtsstaats seine Herausbildung von starken Grundrechten zusammen mit einer unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit.

Den Bogen vom deutschen zum spanischen Beispiel schlug Maier, indem sie auf den engen Austausch der deutschen und spanischen Rechtswissenschaft während des 20. Jahrhunderts verwies. Während Carl Schmitt unter anderem Juan Donoso Cortés rezipierte, seien einige spanische Juristen in den 1920er- und 1930er-Jahren entscheidend von Schmitt inspiriert worden. Vor allem Luis Legaz Lacambra habe dem Beispiel Schmitts folgend den Versuch unternommen, die Demokra-

<sup>2</sup> Titel: „Betrüger in der Euro-Familie. Bringt uns Griechenland um unser Geld – und was ist mit Spanien, Portugal, Italien?“, Fokus vom 22.10.2010.

tie vom Parlamentarismus weg, der Diktatur hinzuzuzählen. Für die Nachkriegszeit hob Maier hervor, dass sich die faschistischen Analysen des Rechtsstaats entschieden gewandelt hätten. Das Regime habe sich fortan den Begriff *Estado de Derecho* angeeignet, was von katholisch-konservativen Kreisen vorangetrieben worden sei. Elías Díaz García, Jurist und Kritiker des Franquismus, habe daraufhin deutlich gemacht, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gegenseitige Möglichkeitsbedingungen darstellten. In der Folge sei Díaz entscheidend am Aufbau einer liberalen Neukonzeptionierung des spanischen Rechtsstaatsverständnisses beteiligt gewesen. Abschließend unterstrich sie, dass die nach dem Tod Francos geschaffene Verfassung ein mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattetes Verfassungsgericht beinhaltete.

In ihrem Resümee stellte Maier Unterschiede und Gemeinsamkeiten der spanischen und deutschen Entwicklung beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie vor. In beiden Fällen sei die vertraute Logik der Rechtsstaatlichkeit entscheidend für die Aufstellung einer demokratischen Verfassung gewesen. Die BRD habe sich jedoch durch eine materielle Rechtsstaatlichkeit entscheidend vom NS-Regime abgegrenzt, während in Spanien der *Estado de Derecho* erweitert wurde. Die Zusammenschau der deutschen und spanischen Rechtsstaatsentwicklung könne wegführen von der bei Huntington vorgenommenen Abgrenzung Südeuropas. Stattdessen würden in der Gegenüberstellung des deutschen und spanischen Falles die „gemeinsamen Traditionslinien kontinentaleuropäischen Rechtsdenkens“ und der zugrundeliegende „spezifische Typus demokratischer Staatlichkeit“ sichtbar.

MASSIMILIANO LIVI (Trier) konzentrierte sich auf die Entwicklung des Sozialstaats in Italien, womit er die Frage nach der Existenz eines südeuropäischen Sonderweges verknüpfte. Dass die häufig anzutreffende Trennung Europas in Nord und Süd keinesfalls naturgegeben, sondern konstruiert ist, verdeutlichte Livi bereits zu Beginn anhand unterschiedlicher Einteilungen Europas. Die Nord-Süd-Trennung finde insbesondere in den Medien Verwendung und sei eng verbunden mit dem Vorwurf der ausgebliebenen Anpassung an „nordeuropäische“ Richtlinien in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik. Dies sei, so Livi, für Teile der Medien und Politik der Nachweis eines negativ konnotierten „südeuropäischen Sonderwegs.“ Im Zuge der Krise seien die

südeuropäischen Staaten als „Verlierer der Wirtschaftskrise“ zugleich als „Schuldige des Misserfolges des Europäischen Projekts“ angesehen worden. Daran anknüpfend stellte Livi ein Bündel an Fragen: Erstens, ob das präsentierte Deutungsmuster jenseits der Ökonomie tragfähig sei; zweitens, in welchem Maß man tatsächlich von spezifischen „südeuropäischen“ Entwicklungen in der Zeitgeschichte sprechen könne, und drittens, inwieweit die Kategorie „Verlierer“ tatsächlich angewandt werden könne.

Als historisch entscheidenden Wendepunkt benannte Livi den Maastrichter Vertrag. Dieser habe einerseits zum Sozialstaatsabbau und zu neoliberalen Maßnahmen in Europa geführt, andererseits in den besonders betroffenen südeuropäischen Ländern ein Gefühl verursacht, „Verlierer der europäischen Integration“ zu sein. Die sehr ähnliche Prägung der Sozialpolitik in Südeuropa sei charakterisiert gewesen durch eine Fragmentierung der Maßnahmen, die Fokussierung auf den aktiven Arbeiter als Subjekt, Assistenzialismus, eine Klientelorientierung und die Nutzung als machtpolitisches Instrument der Parteien. Insgesamt habe das System auf Staatsverschuldung beruht.

In diesem Zusammenhang erläuterte Livi die aktuellen Entwicklungen in Italien, die als eine Reaktion auf den Verlust einer „autonomen Wohlfahrtspolitik“ zu verstehen seien. In der Sozialpolitik habe die Koalition aus Fünf-Sterne-Bewegung und Lega Nord „erstmalig seit 25 Jahren in Italien nicht Reform und Rationalisierung, sondern Erhöhung der staatlichen Ausgaben“ in Aussicht gestellt. Es handele sich um einen „neuartigen, kommunitaristischen, ethnonationalen und europakritischen Begründungskontext einer Welfare Community.“

Im weiteren Verlauf ging Livi auf die Entwicklung der italienischen Sozialpolitik nach 1945 ein. Zu Zeiten der Ersten Republik habe es keine universalistische Ausweitung des Welfare gegeben, sondern Sozialpolitik sei als regulierendes Element der Spannungen zwischen Politik, Wirtschaft und Wählerschaft eingesetzt worden. Es habe sich um eine individuelle Sozialpolitik gehandelt, die Erwerbs-, Mittel- und Arbeitslose ausschloss, und die Verantwortung stark auf die Ebene der Familie delegiert habe. Auch für die Zweite Republik konstatierte Livi ein „Modell der gleichzeitigen Rollenaufwertung und der finanziellen Vernachlässigung der Familie.“ Die Staatsverschuldung als Charakteristikum des

Sozialstaatsmodells sei durch die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages jedoch nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen, vielmehr mussten die Staatsausgaben zurückgefahren werden. In der Folge hätten alle Regierungen keine substanziellen nationalen Reformen für die Konsolidierung des Sozialstaats auf den Weg gebracht. Nicht zuletzt durch die neoliberale Prägung aller Regierungen der letzten zwei Jahrzehnte sowie durch die Wirtschaftskrise sei die Schere zwischen Arm und Reich immer größer geworden. Folge sei eine Wahrnehmung als Verlierer, was unter anderem zu einer Zunahme nationaler und gegen die Globalisierung gerichteter Politiken geführt habe. In seinem Fazit betonte Livi, dass Italien „im europäischen Kontext mehr als ein Vorreiter als ein Sonderfall“ anzusehen sei, da ähnliche Transformationen des Politischen mit vergleichbaren Auswirkungen in der gleichen Zeitspanne auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten seien.

Im abschließenden Vortrag ging Patricia Hertel auf die verschiedenen Begrifflichkeiten und die damit verbundenen heterogenen Diskurse ein, die den südlichen Raum Europas beschreiben. Die Bandbreite reichte dabei von „Süden“, über „Südeuropa“ bis „Mittelmeer“. Auch innerhalb einzelner Länder gebe es Nord-Süd-Gefälle, die etwa mit *Le Midi* in Frankreich, *Mezzogiorno* in Italien und *Mourolândia* in Portugal ihren Ausdruck fanden. Trotz ihrer Heterogenität würden alle Konzepte gemeinsame Merkmale teilen. Dazu gehöre die Kopplung der Konzepte an „politische, ökonomische und kulturelle Machtstrukturen und Gefälle“, ihre Bedeutung als Fremd-, aber eben auch Selbstbilder innerhalb von nationalen Gemeinschaften, sowie der ihnen innenwohnende „Ausdruck von Vorstellungen der westlichen Moderne.“

Anschließend fokussierte Hertel sich auf den Begriff des „Südens“ und präsentierte verschiedene historische Diskurse, angefangen vom „rückständigen Süden“, über den „idealisierten Süden“, den „postkolonialen Süden“, bis hin zum „überschatteten Süden“. Sie erläuterte die Ursprünge und unterschiedlichen Nuancen der Diskurse, die im Falle des „rückständigen Südens“ schon seit der Aufklärung von großer Wirksamkeit gewesen seien.

Die Historiographie, so Hertel, schenke bis heute Südeuropa ebenso wie anderen als peripher empfundenen Regionen nur geringe Aufmerksamkeit, was neben Faktoren wie Sprachkenntnissen insbesondere

am Fokus der Geschichtswissenschaft läge. Dieser sei oftmals, wenn auch implizit, von historischen Diskursen geleitet und richte sich auf Räume, in denen die „Moderne“ vermutet werde oder auf „besonders erklärungsbedürftige Konflikte.“ Hertel resümierte, dass sich das Bild der „Verlierer der Zeitgeschichte“ zu bestätigen scheine, wenn man auf die historischen Diskurse und das schwache Interesse der Historiographie an Südeuropa blickt.

Zum Abschluss ging Hertel auf die eingangs aufgeworfene Frage der Zweckmäßigkeit einer analytischen Kategorie „Südeuropa“ ein. Auf historischer Ebene seien Begriffe wie der „Süden“ „wirmächtige semantische Metaphern.“ Es sei wichtig, deren Herkunft und Geschichte zu kennen, um nicht in eine, wie Martin Baumeister es nannte, „Begriffsfalle“ zu tappen. Auf historiographischer Ebene unterstrich Hertel die Chancen der Kategorie „Südeuropa“ für Bereicherungen der europäischen Geschichte. Sie könne zur Dezentrierung und globalgeschichtlichen Einbettung der europäischen Geschichte beitragen, indem sie dazu anrege, klassische Zäsuren und Narrative zu überdenken und zum Teil heute noch vorhandene historische Deutungsmuster mit Blick auf die außereuropäischen Kolonialgebiete zu relativieren. Auf diese Weise könne „Südeuropa“ ein gewinnbringender Analysegegenstand sein. Insgesamt war die Sektion von regem Interesse und lebhaften Diskussionen geprägt. Nachfragen aus dem Publikum richteten sich vor allem auf spezielle Aspekte der jeweiligen Vorträge. Inhaltlich ging die Sektion zwar kaum über einen bereits 2015 erschienenen Sammelband von Baumeister und Sala hinaus.<sup>3</sup> Gleichzeitig war die Präsenz dieser Sektion auf dem Historikertag jedoch ein wichtiges Signal, dass Südeuropa ein lohnenswertes Forschungsfeld darstellt, trotz der anhaltenden Marginalisierung der zeithistorischen Spanien-, Portugal- und Griechenlandforschung im Wissenschaftsbetrieb.

Für die Zukunft wäre es außerdem lohnend, die Kategorie „Südeuropa“ nicht nur aus Sicht der klassischen geschichtswissenschaftlichen Subdisziplinen wie der Sozial-, Kultur- oder Rechtsgeschichte zu beleuchten, sondern auch geschlechter-, migrations- und umwelthistorische Perspektiven stark zu machen. Hierbei bieten vor allem

<sup>3</sup> Martin Baumeister / Roberto Sala (Hrsg.), *Southern Europe? Italy, Spain, Portugal, and Greece from the 1950s until the present day*, Frankfurt/New York 2015.

tagesaktuelle Themen wie der Klimawandel und die sogenannte Flüchtlingskrise wichtige Anknüpfungspunkte für zeitgeschichtliche Studien.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Patricia Hertel (Basel) / Robert Sala (Basel)

Patricia Hertel (Basel): Integration durch Exklusion: Portugal, Spanien, Italien und Griechenland in Westeuropa nach 1945

Clara Maier (Hamburg): Rechtsstaat und Estado de Derecho – Überlegungen zu einem Modell europäischer Demokratie

Massimiliano Livi (Trier): Südeuropäische Sonderwege? Kultur und Gesellschaft seit den 1970er Jahren

Patricia Hertel (Basel): Süden, Mittelmeer, Südeuropa: Diskurse der westlichen Moderne

Tagungsbericht *Verlierer der Zeitgeschichte? Südeuropa nach 1945*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

### Gespaltete Gesellschaften: Politiken des Weißseins: Gespaltene Gesellschaften in Europa und Nordamerika

**Von:** Clara Maddalena Frysztacka, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Europa-Universität Viadrina

Der Sektion „Politiken des Weißseins“ lag eine genauso interessante wie aktuelle Beobachtung zugrunde und zwar die erneute Relevanz, die der Begriff Identität sowie die Konflikte über die essentialisierten Eigenschaften eines behaupteten identitären Zentrums (west-)europäischer und (nord-)amerikanischer Gesellschaften im ‚westlichen‘ politischen Kommunikationsfeld erlangen. Identitätspolitik als politische Ressource von ethnisch, rassistisch und/oder geschlechtlich diskriminier-ten Gruppen – Frauen, LGBTQ, Schwarze, People of Color – und somit traditionell im linken Aktivismus angesiedelt, wird paradigmatisch

in der Rhetorik des neuen US-Präsidenten Donald Trump vom rechts-konservativen politischen Spektrum angeeignet. Diese identitäre „Re-Zentrierung“ – um die Wortwahl der Panelleiter/innen wiederzugeben – bestreitet zum einen gerade jene Prinzipien wie Freiheit, Liberalismus und Pluralismus, die zum Kern des modernen Selbstverständnisses des Westens als Träger hegemonialer universeller Werte gehören. Daraus resultiert zum anderen eine Markierung bzw. eine Sichtbarmachung und Partikularisierung wenn man so will, von den ebenso hegemonialen und bisher eher universalisierten Identitätskategorien der westlich-kolonialen Moderne wie weiß, männlich, heterosexuell. Um ein solches Phänomen zu untersuchen, hob CLAUDIA KRAFT (Wien) in ihrer Einführung die Notwendigkeit einer historischen Perspektivierung hervor, die zumindest bis in die 1980er-Jahre zurückreicht und die Gesellschaften sowohl auf der einen als auch an anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs im Betrachtung zieht. Sie sprach sich somit für eine Überwindung der temporalen Zäsuren und räumlichen Spaltungen aus, welche die Historiographie aus dem Kalten Krieg geerbt habe, hin zu einer Kulturgeschichte, die nach Gemeinsamkeiten, Verflechtungen und Kontinuitäten zwischen ost- und westeuropäischen bzw. nordatlantischen soziokulturellen Prozessen vor und nach dem Wendejahr 1989 suche.

Im ersten Beitrag wies BARBARA LÜTHI (Köln) auf das koloniale Vermächtnis und auf die identitäre Funktion hin, die für die aktuelle Kritik an der Identitätspolitik Schwarzer und People of Colour seitens konservativer als auch liberal-orientierter Akteure der Schweizer Öffentlichkeit prägend seien. Die Schweiz stelle dabei einen besonders interessanten Untersuchungsgegenstand dar, da sie aufgrund des Fehlens von Kolonien selten als Ort kolonialer Diskurse analysiert werde. Der Vortrag begann deswegen mit der doppelten Erfahrung von sowohl rassischen Fremdzuschreibung („Neger“) als auch totaler Unsichtbarkeit schwarzer Existenz („weiße Wildnis“), welche der afro-amerikanische Schriftsteller James Baldwin bei seinem Besuch in der Schweiz in den 1950er-Jahren erlebte.<sup>1</sup> In den aktuellen Vorwürfen von Ethno-Partikularismus und Anpassungsunfähigkeit an die westlich-

<sup>1</sup> James Baldwin, *Stranger in a Village*. In: Harper's Magazine, Oktober 1953.

pluralistische Gesellschaft, die Publizisten wie René Scheu an Organisationen von nicht-weißen (und nicht-männlichen) Subjekten üben, lasse sich gerade eine fehlende Auseinandersetzung mit dem Schwarzsein als kolonialer Kategorie der Differenz beobachten, was wiederum zu einer Schweizer weißen, hegemonialen Identität beitragen würde. Um diese Grundthese zu untermauern, formuliert Lüthi drei Argumente. Erstens werde die Präsenz schwarzer Menschen in der Schweiz erst auf die 1970er-Jahre datiert und durch stereotypisierte Darstellungen als Entwicklungshilfeempfänger und Asylsuchende in der Schweizer Öffentlichkeit rassistisch markiert. Zweitens ließen sich diese stereotypisierten Bilder auf koloniale Diskriminierungsmuster zurückführen, die aber gerade ab den 1970er-Jahren durch die Verbannung der Kategorie Rasse aus dem öffentlichen Diskurs in Vergessenheit gerieten. Diese Muster seien aber keineswegs verschwunden, sondern lebten fort im Narrativ der Gefahr, dass die Kulturen der Post-Kolonisierten für das westliche Prinzip des kulturellen Pluralismus darstellen würden. Drittens sei es kein Zufall, dass die Kritiken gegen die Identitätspolitik von rassistisch oder geschlechtlich markierten Subjekten immer dann besonders prominent würden, sobald eine neue selbstbewusste Generation solcher Subjekte die politische und kulturelle Bühne der Schweiz betrete. Die Rhetorik um den „post-identitären Liberalismus“ sei daher als weiße rassistische Identitätspolitik zu verstehen, welche die erlebte Diskrimination von Schwarzen und People Of Colour im politischen, kulturellen und sozialen Bereich ausblende und das Weißsein wieder ins Zentrum der Schweizer Identität rücke.

GABRIELE DIETZE (Berlin) wandte sich einem weiteren, mächtigen Überlegenheitsdiskurs weißer männlichen Identität zu, den sie als ethnosexistische Konfiguration bezeichnet. Ethnosexistische Konfigurationen seien im verbreiteten argumentativen Paradigma zu erkennen, dass männliche, (post-)kolonisierte Subjekte weiße Frauen sexuell missbrauchen würden. Solche ethnosexistischen Konfigurationen würden „Schläfer im kollektiven Gedächtnis“ bilden, die in unterschiedlichen zeiträumlichen Konstellationen westlicher Geschichte aufgetreten seien und immer wieder geweckt werden könnten. Die Debatte infolge der sogenannten Silvesternacht von Köln 2015/2016 sei dafür mustergültig: Viele Titelseiten aus der deutschen Presselandschaft hätten für die bildli-

che Stilisierung der beklagten sexuellen Belästigungen systematisch von den Farben Schwarz und Weiß Gebrauch gemacht und somit die zwei involvierten Parteien eindeutig ethnisch/rassistisch codiert. Wie eine solche Codierung als diskursiver Dispositiv für die Diskriminierung bestimmter sozialen Gruppen – in diesem Fall junge unverheiratete muslimische Männer – sowie für die Festigung einer mehrheitsgesellschaftlich überlegenen rassistischen Identität – das Weißsein – fungiere, werde durch den Vergleich mit Massenvergewaltigungen deutscher Frauen seitens von Soldaten der alliierten Armeen am Ende des Zweiten Weltkrieges besonders deutlich. Das jahrelange Verschweigen eines dermaßen großen – in Anbetracht von Opferzahlen und Schwere der Verbrechen – Vorfalles sexueller Gewalt im Gegensatz zur intensiv geführten Debatte um die Kölner Silvesternacht zeige, dass die Aktivierung bzw. Nicht-Aktivierung ethnosexistischer Konfigurationen sich durch asymmetrische Machtverhältnisse zwischen den ‚Opfer-Identitäten‘ bzw. ‚Täter-Identitäten‘ erklären lasse.

In ihrem Vortrag über die polnische Identitätspolitik vor und nach dem Wendejahr 1989 rückte CLAUDIA KRAFT (Wien) den Fokus von Rasse/Ethnie auf Klasse und Geschlecht. Ausgangspunkt des Vortrags war ein Parallelismus zwischen der aus der Zusammenwirkung von ethnischen, kulturellen und religiösen Elementen resultierenden Idee der Polonität und dem in erster Linie rassistisch-codierten Konzept der *whiteness* aus den Vereinigten Staaten: In der aktuellen rechts-konservativen politischen Rhetorik der beiden Länder seien sowohl Polonität als auch *whiteness* zu markierten Identitätskategorien und deswegen auch zum Gegenstand von Konflikten in der politischen Arena geworden. Die Genese einer solchen Markierung für Polen sei ab den späten 1970er- bzw. frühen 1980er-Jahren zu verorten und in Zusammenhang mit der Entstehung sowie der Umwandlung der „Solidarność“ von einer gewerkschaftlichen Mobilisierung um Fragen der politischen Partizipation der Arbeiterklasse hin zu einer von intellektuellen Eliten hegemonisierten Bewegung um universelle Bürgerrechte zu setzen. Infolge des Jahres 1989 sei zum einen die vorher groß angepreiste Kampfbereitschaft der polnischen Arbeiter/innen für ihre materielle Sicherung als Überbleibsel des alten Systems diskreditiert und aus dem hegemonialen Narrativ des Sieges politischer und ökonomischen Freiheit ausge-

klammert worden. Die heutige Re-Zentrierung der Polonität um die Kategorien ethnischer Herkunft, Konfession und Kultur sei daher als identitätspolitische Reaktion zur Marginalisierung der Arbeiterklasse aus diesem universalistischen Narrativ zu verstehen. Zum anderen erlebe auch das weibliche Geschlecht eine analoge Marginalisierung, die allerdings optimistischere Schlussfolgerungen erlaube. Auch für Frauen habe die Verlagerung des Fokusses auf die Bürgerrechte nach 1989 keine Einlösung des Gleichheitsversprechens gebracht, sondern eher eine Verschlechterung materieller Umstände bei keiner Verbesserung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten, so unter anderem über den eigenen Körper. Der sogenannte „Schwarze Protest“ gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes 2016 lasse allerdings hoffen, dass es sich in diesem Fall vielmehr um die Entstehung eines neuen politischen Subjektes als um einen identitätspolitischen Backlash handele.

Der US-amerikanische Identitätssentwurf der *whiteness* stand im Mittelpunkt des sektionsabschließenden Vortrags von JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt). Mit den verlorenen Präsidentenwahlen seien im demokratischen Politikspektrum Stimmen laut geworden, die für eine Abwendung von den als partikularistisch etikettierten Identitätspolitiken einzelner diskriminierten Gruppen zugunsten einer Betonung der gemeinsamen demokratischen Grundwerte der US-amerikanischen Gesellschaft plädierten. Unterschiedliche Wissenschaftler/innen antworteten mit dem Hinweis auf die systematische Ausschließung unterschiedlicher Subjekten aus dieser Wertegemeinschaft gerade entlang von rassistischen, konfessionellen, ethnischen und geschlechtlichen Trennungslinien. Vielmehr als sie zu hinterfragen, würde der Sieg von Trump daher die Schlüsselbedeutung der Identitätskategorie (weiße) Rasse für die Selbst-Behauptung und Selbst-Verortung sozialer Gruppen im Zentrum der US-amerikanischen Gesellschaft deutlich und besonders sichtbar machen. Der Vortrag zielte darauf, diese These in eine historische Perspektive zu stellen und zu zeigen, wie sich die Identitätspolitik von marginalisierten US-amerikanischen Subjekten – Schwarzen, Latinos, Frauen oder LGBTQ – historisch als Reaktion zu einer hegemonialen Identitätspolitik des Weißseins verstehen lasse. Identitätspolitik bilde eine Ressource „der Schwächsten“, sie sei aber auch als statusabhängige Politik ein Instrument der Gesellschaftsordnung. Das könne gut daran

erkannt werden, dass die identitäre Triade weiß, männlich, Protestant für die Vereinigten Staaten von Entstehungsbeginn an eine zentrale Rolle gespielt habe. Sie stellte eine selbstverständliche, unmarkierte Identitätskategorie dar, die allerdings immer Gegenstand von gezielten politischen Mobilmachungen in jenen historischen Konstellationen gewesen sei, in denen soziale Ordnung hinterfragt wurde. Paradebeispiele dafür seien die Entstehung des Ku-Klux-Klans nach der Abschaffung der Sklaverei und die Relevanz, welche die WASP-Identität im Laufe des 19. Jahrhunderts als Abgrenzungsstrategie von süd- und osteuropäischen Migrant/innen gewann. Vor dem Hintergrund der Wahl Obamas als erster schwarzer US-Präsident lasse sich Trumps Motto „*Make America great again*“ in dieser Traditionslinie weißer hegemonialen Identitätspolitik stellen.

CLAUDIA BRUNS (Berlin) begann ihren abschließenden Kommentar mit einer Reflexion über Authentizität als Schlüsselbegriff der Identitätspolitik von marginalisierten Gruppen, deren Wahrheits- und Wirklichkeitsanspruch die rechte Rhetorik hinterfrage, aber zugleich für die Sicherung der Hegemonie des identitären Gesellschaftszentrums aneigne. Die wahrgenommene und diskursiv konstruierte Gefahr, die eigene zentrale Position zu verlieren, und das Selbstverständnis als Opfer stelle damit die Gemeinsamkeit zwischen rechter und linker Identitätspolitik dar, wobei der Unterschied wiederum in der Zeitlichkeit und in dem „Wirklichkeitsbezug“ liege. Während marginalisierte Gruppen die Legitimität ihrer identitätspolitischen Strategie aus konkreten Unterlegenheitserfahrungen in der Gegenwart ableiteten, legitimiere das weiße hegemoniale Gesellschaftszentrum seine politische Mobilisierung durch die Angst, in der Zukunft unterlegen zu sein. Das zeige die große Kraft der Gefühle und des Imaginären in der politischen Arena. Besonders störend wirke dabei für linksorientierte Intellektuelle die strategische Verwendung menschenrechtlicher Argumente seitens des rechten Spektrums – wie zum Beispiel die Notwendigkeit des Schutzes von (weißen) Frauen, (weißen) Homosexuellen oder von der (westlichen) pluralistischen Gesellschaft –, um Rechte zu negieren sowie die damit zusammenhängende Ent-Universalisierung und Nationalisierung dieser Rechte. Die gefühlten Bedrohungsszenarien vom Untergang westlicher Prinzipien (zum Beispiel infolge von Migration) in bester aufklärerischer

Tradition als irrational abzutun, sei allerdings nicht weiterführend, da die Genese der heute wirkenden rassistischen und kulturellen Diskriminierungsparadigmen gerade in der Aufklärung gesucht werden sollte. Die hegemoniale Macht des aufklärerischen Europas liege im widersprüchlichen Selbstverständnis, dass die Werte von Freiheit oder Gleichheit zugleich eine universelle Geltung haben sowie ein europäisches Alleinstellungsmerkmal bilden würden, woraus die Überlegenheit Europas gegenüber dem Rest resultiere. Dass die marginalisierten Gruppen sich ausgerechnet auf diese Werte berufen, um Anerkennung für ihren Status zu bekommen und dass die Möglichkeit dieses Appells im Namen der gleichen Werte aberkannt wird, entblöße die Ambivalenz und die diskriminierende Kehrseite des aufklärerischen Universalismus. Man solle daher dem Plädoyer von Jacques Derridas über eine „Aufklärung unserer Zeit“<sup>2</sup> folgen, die sich ihrer Ambivalenzen bewusst ist sowie Universalismus und Differenz in sich vereinbart.

#### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Claudia Kraft (Wien) / Jürgen Martschukat (Erfurt)

Claudia Kraft (Wien): Einführung

Barbara Lüthi (Köln): „‘White-washing’ in der Schweiz“

Gabriele Dietze (Berlin): „Sexualpolitische Ermächtigungsstrategien in Deutschland“

Claudia Kraft (Wien): „Identitätspolitik in der Dritten Polnischen Republik seit 1989“

Jürgen Martschukat (Erfurt): „Spaltungen der US-Gesellschaft seit den 1970er Jahren“

Claudia Bruns (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht *Gespaltete Gesellschaften: Politiken des Weißseins: Gespaltene Gesellschaften in Europa und Nordamerika*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

<sup>2</sup> Jacques Derrida, Das andere Kap. Zwei Essays zu Europa, Frankfurt am Main 32003, S. 57f.

#### War das Dritte Reich ein „Rassenstaat“? Kritische Perspektiven

**Von:** Janosch Steuer, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Universität Zürich

Im Jahre 1991 erschien bei Cambridge University Press ein Klassiker der NS-Geschichtsschreibung: „The Racial State: Germany 1933-1945“ von Michael Burleigh und Wolfgang Wippermann bündelte ein neues Wissen über die grundlegende Bedeutung des Rassismus als übergreifende Ordnungsvorstellung für ganz unterschiedliche Bereiche der nationalsozialistischen Politik.<sup>1</sup> Dieses Wissen war in den 1980er-Jahren durch zahlreiche Studien vorangetrieben worden. Burleigh und Wippermann brachten es auf den Begriff: Vor allem in der englischsprachigen Forschung bildet der Ausdruck „Racial State“ inzwischen das, was man in dieser Sprache so treffend als „shorthand“ bezeichnen kann: einen knappen Ausdruck, in dem sich das kaum mehr zu überblickende Detailwissen zur rassistischen Strukturierung des Nationalsozialismus bündelt.<sup>2</sup>

MICHAEL WILDT (Berlin) wies in seiner Einführung darauf hin, wie selbstverständlich die Vorstellung vom Rassismus als Kern der NS-Politik mehr als 20 Jahre nach der Veröffentlichung von „The Racial State“ geworden ist: Der Nationalsozialismus war ein rassistisches Regime – was denn sonst? Aber dennoch gäbe es angesichts der historiografischen Entwicklungen seit den 1990er-Jahren gute Gründe, sich die These vom Rassenstaat wieder vorzunehmen: War der biologische Rassismus für den Nationalsozialismus wirklich so prägend, wie er Burleigh und Wippermann am Beginn der 1990er-Jahre schien? Entfalteten vielleicht andere ideologische Konzepte ähnlich großen oder größeren Einfluss zumindest auf bestimmte Bereiche der NS-Politik?

<sup>1</sup> Michael Burleigh / Wolfgang Wippermann, The Racial State. Germany 1933-1945, Cambridge 1991.

<sup>2</sup> So vor einiger Zeit Eve Rosenhaft, Blacks and Gypsies in Nazi Germany. The Limits of the 'Racial State', in: History Workshop Journal 72 (2011), S. 161-170, hier S. 161.

Solchen Fragen widmete sich vor einiger Zeit eine Konferenz an der Indiana University, die von den drei amerikanischen Historikern Devin Pendas, Mark Roseman und Richard Wetzell organisiert worden war. Deren Ergebnisse liegen seit kurzem im Sammelband „Beyond the Racial State“ vor.<sup>3</sup> Das gleichfalls von Pendas, Roseman und Wetzell organisierte Panel auf dem Historikertag diente dazu, dessen Thesen mit einem deutschen Publikum zu diskutieren.

Das Panel wurde eröffnet durch den Vortrag von MARK ROSEMAN (Bloomington). Er hinterfragte die Zusammenhänge, in die die historische Forschung diese Kernbegriffe der nationalsozialistischen Weltanschauung gewöhnlich bringt. In vier Punkten forderte Roseman einen präziseren Blick auf die Beziehungen zwischen antijüdischer Politik, biologistischem Denken und dem völkischen Nationalismus des Nationalsozialismus. Erstens betonte er, dass das verbreitete Argument, die biologistische Weltsicht des Nationalsozialismus habe gleichsam direkt zum Völkermord an den europäischen Juden geführt, zu kurz greife. Auf jeden Fall ließe sich daraus nicht im Umkehrschluss die Relevanz des biologistischen Rassismus durch den Holocaust belegen. Genozidale Gewalt brauche nicht zwingend eine biologistische Begründung, wie andere Völkermorde zeigten, etwa an den Armeniern.

Zweitens betonte Roseman, dass eine Gleichsetzung von Rassismus und biologistischem Denken die Vielfalt des Rassedenkens auch im Nationalsozialismus übersehe. Gerade die Kerntexte des nationalsozialistischen Rassismus seien in hohem Maße durch kulturelle, statt durch biologistische Argumentationen geprägt. Entsprechend sei es von zentraler Bedeutung über den Zusammenhang von „Rasse“ mit anderen Kategorien, insbesondere mit „Volk“ und „völkisch“ nachzudenken. So habe die Verwendung biologistischer Begriffe während des Nationalsozialismus vielfach dazu gedient, sich nationalistisch zu zeigen. Der politische Einfluss der Rassentheorie habe sich damit nicht nur in der Vernichtungspolitik, sondern ebenso in der Veränderung kultureller, insbesondere moralischer Kategorien gezeigt. Die kulturelle und biologische Auslegung der Kategorie „Rasse“ habe, so Roseman in seinem dritten Punkt, auch die Judenpolitik des NS-Staates geprägt. Im Antise-

mitismus hätten sich in vielfältiger Weise naturwissenschaftliche und kulturelle Perspektiven miteinander verbunden, so dass ihm weit mehr als eine biologistische Weltsicht zugrunde lag. Viertens und letztens richtete Roseman den Blick auf die Frage, welche Rolle der Rassismus für den Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft und deren Unterstützung des NS-Regimes spielte. Als zentralen Faktor identifizierte er dabei einen umfassenden Nationalismus, der die Integration auch derjenigen Deutschen sichergestellt habe, die sich nicht vollständig mit dem Nationalsozialismus identifizierten. Das Rassedenken habe dafür hingegen kaum eine Rolle gespielt.

Insgesamt, so resümierte Roseman, müsse man den Begriff „Rasse“ im Nationalsozialismus nicht als eine Entität, sondern als eine sprachliche Option denken: als einen spezifischen Diskursmodus statt als soziale Kategorie. Soziale Differenzen seien so auch im Nationalsozialismus nicht zwingend mittels der Biologie hergestellt worden und es sei eine offene Forschungsfrage, wie genau biologistische und nicht-biologistische Differenzbestimmungen zusammenhingen. Damit stelle sich für die NS-Forschung aber grundsätzlich die Herausforderung, klar zwischen *Race* und *Rasse* zu differenzieren: zwischen den sozialen Gruppen, die der Rassismus des NS-Staates traf, und den Begriffen, mit denen sie beschrieben wurden.

RICHARD WETZELL (Washington) richtete im zweiten Vortrag den Blick auf den Zusammenhang von Rassenforschung und NS-Rassenpolitik. Nachdem die Naturwissenschaft lange Zeit ihre Rolle im NS verschleierte, hätten in den 1980er-Jahren empirische Untersuchungen nachgewiesen, dass nicht randständige „Pseudowissenschaftler“, sondern der Mainstream der deutschen Forschung mit dem Nationalsozialismus kooperiert habe. Nicht zuletzt Burleigh und Wippermann hätten mit ihrem Buch entscheidend dazu beigetragen. Wetzell identifizierte in ihm vier Kernargumente, wobei er sich in seinem Vortrag anschließend auf die These konzentrierte, die Wissenschaft habe dem NS-Staat die Blaupause seiner Rassenpolitik geliefert, die Gesundheits- und Sicherheitsorgane nur noch umzusetzen brauchten. Wetzell betonte demgegenüber, dass in der Rassenforschung des Nationalsozialismus durchaus verschiedene Ansichten bestanden und heftige Debatten geführt wurden. Er zeigte dies am Beispiel der Kontroverse um das

<sup>3</sup> Devin O. Pendas / Mark Roseman / Richard F. Wetzell (Hrsg.), *Beyond the Racial State. Rethinking Nazi Germany*, Cambridge 2017.



Konzept einer „deutschen Rasse“, das in Abgrenzung zu Hans F. K. Günthers Begriff der „nordischen Rasse“ entworfen wurde. Die Debatte drehte sich um die Frage, ob das „deutsche Volk“ als durch unterschiedliche Rassen gespalten betrachtete oder als einheitliches Rassengefüge begriffen werden sollte. Entscheidend an solchen Kontroversen sei zweierlei: Erstens ließe sich an ihnen beobachten, wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen durch politische Einmischungen von außen entschieden wurden, die Politik also die Entwicklung der Rassenforschung prägte. Zweitens belegten solche Kontroversen, dass kein einheitliches „conceptual framework“ der Rassenforschung existierte, das der NS-Staat einfach hätte umsetzen können.

Aus diesen Gründen wäre es wichtig, genauer zwischen einzelnen Bereichen der Rassenpolitik zu trennen, in denen sich der Einfluss der Wissenschaften unterschiedlich gestaltete: In der Erbgesundheitspolitik habe etwa ein ausgesprochen direkter Einfluss von Mediziner\*innen bestanden. Die Euthanasie habe hingegen einen Bruch markiert, da sich viele Ärzte vielleicht noch von Sterilisationen überzeugen ließen, aber nicht vom direkten Töten. In der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus sei der Einfluss der Rassenforschung bei der „Zigeunerpolitik“ ausgesprochen hoch gewesen. Bei der Entscheidung für den Völkermord an den europäischen Juden hätten Rassenforscher keine entscheidende Rolle gespielt. Abschließend kam Wetzell noch einmal auf „The Racial State“ zurück. Mit Blick auf dessen Bedeutung für die Zerstörung apologetischer Deutungen betonte er, dass auch seine differenziertere Betrachtung der Rassenforschung nicht auf eine Entlastung der Wissenschaften hinauslaufe. An ihrer Komplizenschaft mit dem NS-Staat könne kein Zweifel bestehen und innerwissenschaftliche Konflikte oder solche mit einzelnen Partei- oder Staatsstellen dürften nicht als Beleg für eine antinationalsozialistische Haltung missverstanden werden. Sie verwiesen nur auf die Mechanismen, nach denen wissenschaftliche Forschung im Nationalsozialismus organisiert gewesen sei. Entgegen der Perspektive des *Racial State*, der sowohl für die Wissenschaften wie für die nationalsozialistische Weltanschauung zu große Kohärenz unterstelle, sollte die Forschung zukünftig die „intellectual map“ der NS-Rassenforschung und die „political map“ der nationalsozialistischer Institutionen der Rassenpolitik rekonstruieren und anschließend nach

Verbindungen und Koppelungen suchen. Erst aus diesem Geflecht heraus ließe sich erklären, warum und in welchem Kontext verschiedene Konzepte der Rassenforschung zeitweilig politischen Einfluss gewinnen konnten und andere nicht.

Im dritten und letzten Vortrag griff DEVIN PENDAS (Boston) das Postulat von Burleigh und Wiperman auf, der Nationalsozialismus sei „a singular regime without precedent or parallel“ gewesen, weil es „the first state in world history“ gebildet habe, „whose dogma and practice was racism“. Dieser These hielt Pendas die lange Tradition des Rassismus entgegen, in der der Rassenstaat des Nationalsozialismus keinesfalls einmalig gewesen sei. Insofern bräuchte es auch hier einen genaueren Blick, um die Eigenheiten des NS-Staates zu bestimmen. Anhand der Sklaverei der Frühen Neuzeit, der Geschichte der USA und des südafrikanisch Apartheidssystem arbeitete er Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum Nationalsozialismus heraus. In allen Fällen leiteten die Staaten aus der rassistischen Hierarchisierung der Bevölkerung Segregationsmaßnahmen ab. Insbesondere Regelungen der Sexualität spielten dabei eine zentrale Rolle. Doch die Dynamiken, die aus diesen Maßnahmen entstanden, unterschied sich deutlich. In den USA bestand der Rassismus innerhalb eines demokratischen Systems, das auf der Idee der gleichen Rechte aller Staatsbürger gründete. Diese Idee ließ sich immer wieder gegen die Trennung der Rassen mobilisieren, so dass sie schließlich gerade durch staatliche Institutionen, insbesondere vor Gericht, unter Druck gerieten. In ähnlicher Weise setzte die ökonomische Rationalität, die Kolonialismus und Sklaverei zugrunde lag, dem Gewaltpotenzial des Rassismus Grenzen. Was dem Nationalsozialismus eigen war, betonte Pendas, sei nicht gewesen, dass er den Rassismus zur Grundlage seiner Politik erhob, sondern dass er ihm keine Grenzen setzte.

STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM (Berlin) formulierte in ihrem Kommentar insgesamt große Zustimmung zu den in den Vorträgen entfalten Argumentationen. Kritisch nahm sie die Formulierung „Beyond the Racial State“ auf und fragte, wohin genau das Überschreiten der etablierten Deutungsfigur führen solle. Ginge es wirklich darum, diesen Begriff hinter sich zu lassen, oder seien die präsentierten Argumentationen mit Wendungen wie „Rethinking“ oder „Expanding the Racial

State“ nicht vielleicht treffender beschrieben? Zudem fragte sie, was der differenziertere Blick auf die Rolle des Rassismus im NS-Staat für die Nachgeschichte des Nationalsozialismus bedeute. Schüler-Springorum regte dabei an, die historiografische Auseinandersetzung mit dem Rassismus der Jahre 1933 bis 1945 darauf hin zu befragen, inwieweit der Begriff in dieser Weise so eng an den Nationalsozialismus gebunden worden sei, dass rassistische Kontinuitäten in der Nachkriegszeit zu sehr aus dem Blick geraten seien.

Die anschließende allgemeine Diskussion griff diese Punkte in unterschiedlicher Weise auf. Besonders interessant war dabei, wie Unterschiede zwischen der amerikanischen und deutschen Diskussion um „The Racial State“ und die Beziehung von Nationalsozialismus und Rassismus sichtbar wurden. Ihren Kern hatten diese Unterschiede in der Differenz der Begriffe *Race* und *Rasse*, die in verschiedenen Wortmeldungen angesprochen wurde. Auf der einen Seite wurde deutlich, dass das Bemühen, über den Begriff des Rassestaates hinauszukommen, weitgehend unstrittig war. Zwar fragte ISABELL HEINEMANN (Münster), ob die Kritik an dem Buch nicht über das Ziel hinausschieße und die Bedeutung des Rassismus im Nationalsozialismus unterschätze. Aber insgesamt stießen die Vorträge auf Zustimmung. ULRIKE WECKEL (Gießen) überlegte deshalb, inwieweit den deutschen „Gänsefüßchen-Historikern“ die Problematik des „Rassen“-Begriffes und die Vielfältigkeit seiner Bedeutung selbstverständlicher erscheine, da er – anders als „race“ – eben nicht Teil ihrer Alltagssprache sei. In eine ähnliche Richtung argumentierte HABBO KNOCH (Köln), der betonte, dass die Diskussion um „The Racial State“ vor allem eine amerikanische sei. In der deutschen Debatte habe das Buch niemals jenen Stellenwert erlangt, den es in der englischsprachigen Diskussion besitze. Im deutschen Blick sei das Schwierige an der These von Burleigh Wippermann wohl weniger der Begriffe „Rasse“ als die Fokussierung auf den Staat. Erklärungsbedürftig und weitgehend offen sei vor allem die Frage nach der gesellschaftlichen Verbreitung des Rassismus nach 1933: Der Nationalsozialismus – eine „racial society“? Auf der anderen Seite überlegten andere Wortmeldungen, inwieweit die für die historische Gestalt des Rassismus im Nationalsozialismus vielleicht sensiblere deutsche Debatte eben aus diesem Grund mit Blick auf die jüngere

Vergangenheit Blindstellen aufweisen. Anders als im amerikanischen Kontext sei „Rassismus“ in Deutschland kaum als politische Kategorie etabliert, womit sich die Frage stelle, welche Bedeutung der Begriff für die Zeitgeschichtsschreibung jenseits der Jahre 1933–1945 besitzt. Was wäre eine Geschichte des Rassismus nach 1945? Auch in dieser Hinsicht gelte es die These vom „nationalsozialistischen Rassenstaat“ zu überwinden.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Michael Wildt (Berlin)

Mark Roseman (Bloomington): Juden, Rasse und Volk

Richard Wetzell (Washington): Rassenforschung und NS-Rassenpolitik

Regina Mühlhäuser (Hamburg): Männlichkeit, Sexualmoral und „Rassereinheit“ (Der Vortrag musste leider entfallen.)

Devin Pendas (Boston): Rassenstaaten in vergleichender Perspektive

Kommentar: Stefanie Schüler-Springorum (Berlin)

Tagungsbericht *War das Dritte Reich ein „Rassenstaat“? Kritische Perspektiven*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 21.12.2018.

---

### Einheit oder Spaltung durch Transformation? Erfahrungen und Narrative einer langen Geschichte des (post)kommunistischen Umbruchs in Zentraleuropa

**Von:** Kornelia Kończal, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die von KERSTIN BRÜCKWEH (Potsdam/Tübingen), THOMAS LINDENBERGER (Dresden) und MICHAL KOPEČEK (Prag/Jena) geleitete Sektion zum (post)kommunistischen Umbruch in Ostmitteleuropa setzte sich zum Ziel, ein umfassendes Bild der Gesellschaften in

der Systemtransformation zu zeichnen. In ihrem Zentrum standen somit nicht die politischen Großereignisse der Jahre 1989–1991, sondern Lebenswelten und Ideen. Die Referate zur jüngsten Zeitgeschichte in (Ost)Deutschland, Polen, Serbien, Slowenien und der Tschechoslowakei bzw. Tschechien und der Slowakei sollten dabei helfen, Antworten auf zwei übergreifende Fragen zu finden. Zum einen ging es um das Verhältnis zwischen den Erfahrungen vor Ort und den Entwicklungen auf der Makroebene; zum anderen um qualitative und quantitative Quellen, mit deren Hilfe man die Geschichte der Transformation am ergiebigsten erforschen kann. Der Beitrag der Sektion von Brückweh, Lindenberger und Kopeček zur Beantwortung dieser Fragen geht jedoch über die Summe der einzelnen Annäherungen hinaus, denn vier der fünf Fallstudien entstanden im Rahmen von Verbundprojekten, die sich aktuell mit der zeithistorischen Transformationsforschung beschäftigen.<sup>1</sup> Das aus fünf kurzen Referaten, zwei Kommentaren und einer ausführlichen Diskussion bestehende Panel kann somit als ein Schaufenster in dieses inzwischen florierende Forschungsgebiet betrachtet werden.

Dem Titel der Sektion entsprechend, versuchten alle Referentinnen und Referenten die Praktiken der Spaltung und Integration auszuarbeiten. ANA KLADNIK (Dresden) analysierte diese Problematik am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr in Serbien und der slowenischen Region Vojvodina. Anhand statistischer Angaben konnte sie zeigen, dass die Mitgliedschaft in der serbischen Feuerwehr stets entlang nationaler Zugehörigkeiten organisiert war, während sie sich in Slowenien trotz Diskriminierung der Minderheiten in vielen Lebensbereichen durch Heterogenität auszeichnete. Welche alltagsgeschichtlichen Konsequenzen diese Unterschiede mit sich brachten, diskutierte Kladnik anhand von Interviews mit (ehemaligen) Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr. Andere Dimensionen des lokalen Neben- und Miteinanders erörterte

<sup>1</sup> Gemeint sind die Projekte „Ehrenamtliche Arbeit in lokalen Gemeinden zwischen Staatssozialismus und liberalem Kapitalismus. Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr in Deutschland und Ostmitteleuropa 1980–2000“ unter der Leitung von Thomas Lindenberger und Philipp Ther, „Rooms for Manoeuvre in State Socialism“ unter der Leitung von Claudia Kraft und Jerzy Kochanowski, „Transformations from Below: Shipyards and Labor Relations in the Uljanik (Croatia) and Gdynia (Poland) Shipyards since the 1980s“ unter der Leitung von Ulf Brunnbauer und Philipp Ther sowie „Die lange Geschichte der „Wende“. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989“ unter der Leitung von Kerstin Brückweh.

MARKUS KRZOSKA (Siegen/Gießen) am Beispiel der Infrastrukturge-schichte im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck. Obwohl der Systemwechsel 1989 einen erheblichen Einschnitt für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Region bedeutete, kamen grenzüberschreitende Spannungen und Konflikte damit keinesfalls zu Ende. Auch hochdotierte Infrastrukturprojekte zur Förderung der trilateralen Kooperation konnten, so Krzoska, die fest eingefahrenen Muster im Denken und Handeln der lokalen Akteure nicht durchbrechen. PIOTR FILIPKOWSKI (Warschau/Wien) beschäftigte sich mit den lokalen und nationalen Dimensionen des in Polen seit 1989 anhaltenden und seit 2015 weiter eskalierenden Konflikts um die Erinnerung an die Gewerkschaft Solidarność und das Erbe der Privatisierung. Anhand von 30 Interviews mit den ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der nach 1989 privatisierten und im Jahre 2009 geschlossenen Werft in Gdynia zeigte er, wie zwei zuerst nur lokal miteinander rivalisierende Narrative über die Arbeiterproteste vom Anfang der 1980er-Jahre sowie den Ablauf der Wirtschaftsreformen der 1990er-Jahre inzwischen den Ton der nationalen Debatte über den Sinn und Zweck der Systemtransformation angeben.

ADÉLA GJURIČOVÁ (Prag) hob in ihrem Kommentar den explorativen Charakter aller drei Referate hervor und lobte die Entscheidung der Vortragenden, die Widersprüche und Mehrdeutigkeiten der Transformationszeit als solche zu erkennen. Trotz thematischer und methodologischer Unterschiede zeichneten sich die drei Präsentationen auch durch weitere Gemeinsamkeiten aus. Eine von ihnen war der Fokus auf – wenn auch unterschiedlich definierte – lokale Entwicklungen. Eine andere lag in der Überzeugung, dass die Geschichte der Transformation nur dann fruchtbar konzeptualisiert werden kann, wenn man den Spätsozialismus mit dem Postsozialismus zusammendenkt, denn die Wurzeln des Letzteren liegen in der Zeit vor 1989. Folgerichtig sind Historikerinnen und Historiker der Transformation mit einem erheblichen Bruch in der archivalischen Überlieferung konfrontiert, die der Systemwechsel verursachte. Viele Forscherinnen und Forscher, was auch die hier besprochene Sektion zeigte, versuchen diese forschungspraktische Herausforderung mit Hilfe von Oral History zu bewältigen, die – so manche Beobachter – in Ostmitteleuropa gerade einen regelrechten

Boom erlebe.

Das Referat von ANJA SCHRÖTER (Potsdam) war der Geschichte der Vergemeinschaftung gewidmet. Am Beispiel eines Ostberliner Wohnbezirksausschusses zeigte sie, dass lokale politische Partizipation breiterer Bevölkerungskreise bereits vor 1989 stattfand und dass die damals partizipatorisch und auf die soziale Gestaltung ausgerichteten Politikvorstellungen für das politische Handeln der Akteure in der unmittelbaren Umbruchsphase prägend blieben. MATĚJ SPURNÝ (Prag/Jena) analysierte wiederum den Wandel der Stadt- und Raumplanung in der Tschechoslowakei der 1980er-Jahre. Die Abkehr von großflächigen Plattenbausiedlungen und die Rückkehr zur Urbanität, die sich sowohl in den kulturellen Empfindlichkeiten als auch in den Expertendiskursen beobachten ließen, sei, so Spurnýs These, nicht aus dem Westen importiert gewesen, sondern stellten das Ergebnis einer Entwicklung dar, die sich im gesamten Ostblock vollzogen habe und erkläre, warum die (neo)liberale Stadtplanung in Ostmitteleuropa nach 1989 so schnell angenommen wurde.

Von den Referatsthemen ausgehend stellte CLAUDIA KRAFT (Wien) in ihrem abschließenden Kommentar fünf allgemeinere Überlegungen zur zeithistorischen Transformationsforschung vor. Forscherinnen und Forscher, die sich mit diesem Kapitel der jüngsten Zeitgeschichte beschäftigen, sollten ihrer Meinung nach nicht nur über die verschiedenen Zusammenhänge zwischen den Mikro- und Makroebenen, sondern auch über die Zeitvorstellungen der Akteure in der Transformation kritisch nachdenken. Eine bisher zu schwach belichtete Perspektive auf die Transformationszeit stelle Kraft zufolge die Trias Infrastruktur – Institution – Individuum. Als ein weiteres Desiderat erwähnte sie die Wissensgeschichte: vor allem im Hinblick auf die Frage danach, wer autorisiert ist, welche Geschichte der Transformation zu erzählen. Eine der größten Baustellen in der Historisierung der Transformationszeit sei allerdings, das Verhältnis zwischen der Geschichtswissenschaft und den allzu oft wenig kontextsensiblen Sozialwissenschaften. Inwieweit sich die Beziehungen zwischen den Disziplinen neu ordnen, sobald die prozessbegleitenden sozialwissenschaftlichen Expertendiskurse aus der Transformationszeit zum Untersuchungsgegenstand der Historikerinnen und Historiker werden, ist in der Tat eine spannende Frage.

Vor dem Hintergrund des Kontrasts zwischen dem Triumphalismus der frühen 1990er-Jahre und den aktuellen Krisendiagnosen kristallisierten sich in der abschließenden Diskussion mehrere Begriffspaare heraus, die man als Ordnungskategorien für eine Reihe weiterer Projekte zur zeithistorischen Transformationsforschung betrachten könnte: Internationalisierung und Renationalisierung, Innovation und Nachahmung, Universalismus und Partikularismus sowie Erfahrung und Erinnerung. Es wäre hochinteressant gewesen, das heuristische Potenzial dieser Relationsbegriffe zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Sektion „Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft?“ zu diskutieren.<sup>2</sup> Die andere Sektion zur Transformationsforschung fand aber leider in einem 500 Meter entfernten Saal der Münsteraner Universität zur selben Zeit statt, sodass die deutsch-deutsche und die ostmitteleuropäische Transformationsgeschichte (schon wieder) separat behandelt wurden und das interessierte Publikum vor der Qual der Wahl stand. Die Narrative zur Transformationszeit müssen sich nicht nur, wie Thomas Lindenberger in seinem Schlusswort zurecht betonte, verdichten, sondern auch inter- und transregional besser miteinander verzahnen.

### Sektionsübersicht:

Kerstin Brückweh (Potsdam/Tübingen) und Thomas Lindenberger (Dresden): Einführung

Ana Kladnik (Dresden): From open to closed society? Local practices of division and integration in Serbia and Slovenia (1985-2000)

Markus Krzoska (Siegen/Gießen): In großer Nähe so fern? Das Neben- und Miteinander im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck vor und nach dem Systemwandel von 1989

Piotr Filipkowski (Warschau/Wien): Oral history and divided memory. Researching Polish (post)socialist transition „from below“

Adéla Gjuričová (Prag): Kommentar

<sup>2</sup> Tagungsbericht Daniel Trabalski, Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft? Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Transformations- und Umbruchszeit nach 1990. 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: H-Soz-Kult 09.11.2018.

Anja Schröter (Potsdam): Vergemeinschaftung und Spaltung auf lokaler Ebene vor, während und nach 1989 in Ostdeutschland

Matěj Spurný (Prag/Jena): Das Zuhause zwischen Staatsozialismus und Postsozialismus

Claudia Kraft (Wien): Kommentar

Thomas Lindenberger (Dresden): Schlusskommentar

Tagungsbericht *Einheit oder Spaltung durch Transformation? Erfahrungen und Narrative einer langen Geschichte des (post)kommunistischen Umbruchs in Zentraleuropa*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 28.02.2019.

### **Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das „Digitale“ in den Geschichtswissenschaften?**

**Von:** Jens Werner Ciecior, Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Ausgangspunkt des Panels war die Rolle digitaler Quellen, Methoden und Werkzeuge in der historischen Forschung. Wie der Titel vermuten lässt, war die Sektion auf einen gemeinsamen Diskurs über die Frage ausgerichtet, ob die „Digital Humanities“ nur einen bedingten Nutzen hätten. MARTIN SABROW (Potsdam / Berlin) eröffnete die Sektion mit genau dieser Frage nach dem Nutzen aus der Perspektive der Geschichtswissenschaften wie auch des Digitalen. Noch sei, so Sabrow, nicht klar, ob es sich beim Einzug digitaler Arbeitsmethoden in das Fach um eine friedliche Revolution oder eine abrupte Wende handele. Daher sollte das Panel pragmatische Ansichten und Berührungspunkte des Digitalen mit den Geschichtswissenschaften herausstellen. Mit Blick auf tatsächliche Projekte fragte Sabrow, ob insbesondere die Textanalyse im Digitalen nun die Spitze der Entwicklung darstelle.

ANDREAS FICKERS (Luxemburg) thematisierte in seinem Vortrag die digitale Hermeneutik mit Bezug auf die Geschichtswissenschaft.

Neben Grundfragen nach digitalen Metaquellen, dem Zusammenhang der gegenseitigen Beeinflussung digitaler Infrastrukturen und der Praxis des Nachdenkens stellte er die Produktion historischen Sinns im digitalen Zeitalter in den Mittelpunkt seines Vortrags. Hermeneutik als die Lehre des Verstehens sei omnipräsent in der Theorie historischer Erkenntnis und in der Methode geisteswissenschaftlichen Arbeitens, werde aber nicht als Werkzeug selbst untersucht. Die Aufgabe digitaler Geschichtswissenschaften müsse daher sein, den Einfluss technischer Werkzeuge in unserem Alltag zu hinterfragen.

Die fünf Basisfertigkeiten einer digitalen Hermeneutik bestehen in seinem Modell aus Algorithmenkritik, Datenkritik, Werkzeugkritik, Interface-Kritik und Simulationskritik. Hauptbestandteil dieser kritischen Analysemethoden stelle die Transparenz in der Art und Weise dar, wie digitale Werkzeuge und Infrastrukturen in Forschungsprozesse eingreifen. Fickers schlug das Kreieren von „Data Scopes“ vor, von virtuellen Forschungsumgebungen, die die Prozesse des Analysierens dokumentieren und anschaulich darstellen. Mit Verweis auf Roy Rosenzweig wies Fickers abschließend darauf hin, dass bereits viel in digitale Ressourcen investiert und viel versprochen wurde, aber nur wenig tatsächliche Ergebnisse vorlägen. Daher sei auch nicht klar, was der Rückfluss an Erkenntnisgewinnen sei. Auch müsse die digitale Geschichtswissenschaft sich davon verabschieden, nur bestehende Thesen zu überprüfen. Vielmehr sollten neue Fragestellungen über das Verständnis der Werkzeuge entwickelt werden, zu der eine 'analoge' Geschichtswissenschaft allein nicht in der Lage sei.

CHRISTIAN THOMAS (Berlin) thematisierte in seinem Vortrag die gegenwärtige Praxis der Forschungsdatenerstellung sowie die Datenerhaltung und -aufbewahrung in den historisch arbeitenden Geisteswissenschaften. Die standardkonforme Aufbereitung und nachhaltige Präsentation von Forschungsdaten solle im Interesse der Fachwissenschaft erfolgen. Dies geschehe einerseits, um Forschungsergebnisse verifizierbar zu halten und andererseits, um weiteren Forschenden Zugang zu den erhobenen und archivierten Daten zu gewähren. Das Infrastrukturprojekt CLARIN-D stelle in diesem Zusammenhang eine Möglichkeit dar, Dokumente nachhaltig und frei nutzbar zu veröffentlichen. Am Beispiel einer digitalisierten Quellenedition Theodor Mommsens wurden

Wege zur Erarbeitung nachhaltiger und prinzipiell nachnutzbarer Forschungsdaten aufgezeigt, aber auch Hindernisse thematisiert. Zentral für den Erfolg einer Datenbank sah Thomas die Zusammenarbeit innerhalb von Konsortien aus Bibliotheken, weiteren Infrastruktureinrichtungen, der Fachwissenschaft und Einzelforschern, um Texte kuratieren und verarbeiten zu können.

Nach diesen Impulsvorträgen begannen die Panelteilnehmer mit ihren Diskussionsbeiträgen. PIM HUIJNEN (Utrecht) eröffnete seinen Beitrag mit einer direkten Antwort auf Andreas Fickers' Appell, dass es „Zeit sei zu liefern“. Seiner Meinung nach seien Historiker zum ersten Mal in einer Situation der Abhängigkeit, da sie meist nicht selbst digitalisieren. Sie seien in der Regel auf Werkzeuge und Daten angewiesen, die andere für sie entwickelt und bereitgestellt haben. Daher seien Historiker weiterhin im Skeptizismus gefangen, dass Daten fehlerhaft seien, weshalb nur partiell auf Digitalisate zurückgegriffen werde; auch der Kostenfaktor der Digitalisierung sei nicht zu vernachlässigen.

KERSTIN SCHWEDES (Braunschweig) wählte eine appellative Vortragsweise. Sie forderte eine Koordination der Datenhaltung, um unnötige Duplikationen zu vermeiden. Bestände würden hinsichtlich ihrer Texte hinterfragt, jedoch nicht auf ihre Objekthaftigkeit. Sie kritisierte den Publikationszwang der Wissenschaften, in dessen Folge eine Dichotomie bei den etablierten Fachzeitschriften zwischen der Forderung nach neuen Themen und der gleichzeitigen Ablehnung neuer methodischer, digitaler Herangehensweisen bestehe. Die Bindung an genau diese Zeitschriften bringe Autoren in eine Entscheidungssituation, welche die Geschichtswissenschaft in ihrer Sicht auf das Digitale spalte. Daran anschließend forderte CHRISTOPH KUDELLA (Göttingen) neue „Literacies“ des Digitalen. Mit einer Auseinandersetzung über das Digitale seien die Geistes- und Kulturwissenschaften überfordert. Daher sei die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Informatikern unabdingbar. Ebenso sprach Kudella sich für einen Veröffentlichungsraum für digitale Themen in etablierten Fachzeitschriften aus, da die deutsche Community andernfalls im *circulus vitiosus* gefangen bleibe, zwar digital auszubilden, sich aber nicht mit Digitalem auseinanderzusetzen.

In der anschließenden Diskussion wurde ein zu technischer Duktus der Vorträge kritisiert, auch sei die Unterscheidung zwischen digita-

ler und konventioneller Geschichtswissenschaft nicht klar, schließlich arbeitet jeder Historiker zumindest mit Datenbanken und digitalen Researchwerkzeugen. Nur lässt sich diese Arbeitsweise bereits als digital bezeichnen? Andreas Fickers wies darauf hin, dass Historiker/innen der Illusion unterlegen seien, ihr Arbeitswerkzeug zu verstehen, obwohl das nur bei den Wenigsten tatsächlich der Fall sei. Daher und mit Verweis auf fehlende Einblicke in die Basis digitaler Quellenkorpora sei eine Evidenzproduktion unmöglich. Letztlich zeige die in den Vorträgen zur Schau gestellte Kritik an der Methode den Skeptizismus am Digitalen selbst, was sich unter anderem auch im langsamen Voranschreiten der Digitalisierung widerspiegele. Christian Thomas plädierte daher abschließend für eine stärkere fachliche und überfachliche Vernetzung und Veröffentlichung von Ergebnissen des Austausches in etablierten Foren. Die von Martin Sabrow eingangs gestellte Fragen nach dem Nutzen und den Berührungspunkten digitaler und analoger Geschichtswissenschaft scheint nach der Diskussion in diesem Panel tatsächlich in einer Konzentration von Textanalyseverfahren in der digitalen Geschichtswissenschaft zu bestehen.

### Sektionsbericht:

Sektionsleitung: Martin Sabrow (Potsdam / Berlin)

Andreas Fickers (Luxemburg): Digitale Hermeneutik & Geschichtswissenschaft: eine kritische Standortbestimmung

Christian Thomas (Berlin): Aufbereiten, Auffinden und Auswerten von Forschungsdaten: Standards und Best Practices im Rahmen von CLARIN-D

Pim Huijnen (Utrecht): Diskussionsteilnehmer

Kerstin Schwedes (Braunschweig): Diskussionsteilnehmerin

Christoph Kudella (Göttingen): Diskussionsteilnehmer

Tagungsbericht *Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das „Digitale“ in den Geschichtswissenschaften?* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 27.10.2018.

### Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das ›Digitale‹ in den Geschichtswissenschaften?

**Von:** Maik Fiedler, Georg-Eckert-Institut - Leibniz Institut für internationale Schulbuchforschung

Als Friedrich Schiller 1789 in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Jena den brodelnden Diskurs um Wesen und Nutzen der Universalgeschichte aufnahm und seine Überlegungen in einem überfüllten Hörsaal zum Besten gab, stand die zeitgenössische historische Forschung ähnlich wie die Geschichtswissenschaften heute vor einer tiefgreifenden Neuausrichtung. Die unbändige Macht, mit der „das Digitale“ in alle Bereiche der Geschichtswissenschaften drängt, nahmen die HistorikerInnen der „Facharbeitsgruppe Geschichte“ in CLARIN-D<sup>1</sup> zum Anlass, Schillers Frage zu adaptieren und sich im Rahmen des Historikertags mit den Auswirkungen der digitalen Einflüsse auf die historischen Fachdisziplinen auseinanderzusetzen. Die von MARTIN SABROW (Potsdam) geleitete Sektion umfasste zwei Impulsvorträge und eine anschließende Podiumsdiskussion. Die Sektion war sehr gut besucht, was auf die zunehmende Wahrnehmung der digitalen Problematiken innerhalb der Historikerzunft schließen lässt.

ANDREAS FICKERS (Luxemburg) versuchte sich im ersten Impulsreferat an einer kritischen Standortbestimmung des Digitalen in den historischen Hermeneutik(en), welche bekanntlich vom methodischen Dualismus zwischen Erklären und Verstehen bestimmt werden. Basierend auf der Beobachtung, dass die Digitalität zwangsläufig zu einer stärkeren Reflexion der eigenen Kernarbeit geführt habe, kritisierte Fickers, dass zwar viel über die theoretische Konzeption des Erklärens als Produktionsraum des historischen Sinns aber wenig über die Aktualität des verwendeten Werkzeugkastens nachgedacht werde. Letzteres

<sup>1</sup> CLARIN-D ist der deutsche Partner der europäischen Infrastrukturmaßnahme für die Geistes- und Sozialwissenschaften CLARIN (Common Language Resources and Technology Infrastructure). <https://www.clarin-d.net/de/>

sei von zentraler Bedeutung für den Bereich der deutschen Geschichtswissenschaften, in welchen mittlerweile im interdisziplinären und internationalen Vergleich eine exponentiell wachsende Kluft zwischen der rasanten technischen Entwicklung und der langsamen Fachaneignung zu verzeichnen sei. Daneben sprach er weitere Problemfelder wie die methodologischen Spannungen zwischen Distant und Close Reading sowie quantitativer und qualitativer Forschung oder die epistemologischen Spannungen zwischen statistischer Evidenz und historischer Relevanz deutlich an. Anschließend betonte Fickers, dass das althergebrachte hermeneutische Beziehungsgeflecht zwischen Verstehen und Erklären durch die neuen Spannungen eine vollkommen neue Qualität erhalte.

Fickers forderte eindringlich, die ‚Blackbox‘ des historischen Denkprozesses zu öffnen. Um dies zu erreichen, schlug er neben der Förderung gelebter Interdisziplinarität und *multimodal literacy* gleichsam ein Update des historischen Werkzeugkoffers in Form einer digitalen Hermeneutik unter Rückgriff auf Steven Ramsay<sup>2</sup> vor. Letztere würde den klassischen Dreischritt aus Heuristik, Kritik und Interpretation aufbrechen und neben der herkömmlichen Quellenkritik fünf neue Ebenen der Kritik (Algorithmus-, Daten-, Werkzeug-, Interface- und Simulationskritik) etablieren.

Des Weiteren kritisierte Fickers die bisherige Nutzung digitaler Werkzeuge. Zum einen würden bisher nur bekannte Thesen auf großen Datengrundlagen überprüft und zum anderen kaum Dokumentation des digital unterstützten Forschungsprozesses stattfinden. Erstes könne seiner Meinung nach jedoch durch „Thinkering“<sup>3</sup> aufgebrochen werden. Überdies sei es für eine unter Zugzwang stehende Digital History tatsächlich „time to deliver“. Dies erkläre sich aus der schon einige

<sup>2</sup> Siehe: Ramsay, Stephen (2003): „Special Section. Reconceiving Text Analysis: Toward an Algorithmic Criticism“, in: *Literary and Linguistic Computing* 18:2, S. 167–174.

<sup>3</sup> „Thinkering“ als Wortschöpfung vereint thinking (im Sinne des historischen Verstehens) und tinkering (im Sinne des experimentellen Ausprobierens) miteinander. Bedeutet, über etwas nachzudenken, indem man an Objekten bastelt, die sich auf das betrachtete Problem beziehen. In der Regel un gelenkt, explorativ und individuell, oft eine sehr gute Möglichkeit, Aspekte schwieriger Probleme zu erforschen oder Lösungen zu finden, bei denen keine offensichtlich sind. Mit anderen Worten, eine aktive Form des Denkens.

Jahre währenden Experimentierphase an deren Ende der weitaus größte Teil der pragmatisch erzeugten Werkzeuge nicht genutzt werde, weil sie nicht den Denkweisen und Fragestellungen der HistorikerInnen sowie den Anforderungen spezifischer Quellengattungen entsprächen. Das Problem der fehlenden Dokumentation müsse jedoch tatsächlich in Angriff genommen werden, da fehlende Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Forschungsprozesses gleichbedeutend mit dem Verlust der wissenschaftlichen Basis der Historiographie ist. Um diese Dokumentation erfolgreich umsetzen zu können, bräuchte es aber auch neue, in der Fachcommunity anerkannte und mehrdimensionale Lesarten ermöglichende Publikationsformen.

Den Standards und Best Practices im Umgang mit Forschungsdaten im Rahmen von CLARIN-D widmete sich CHRISTIAN THOMAS (Berlin) im zweiten Impulsreferat der Sektion und verortete in Anlehnung an den Konferenz-Titel die „Spaltung der HistorikerInnen-Gesellschaft“ zwischen analogen und digital gestützten Forschungspraktiken. In seinem Vortrag nahm er drei Themenkomplexe in den Blick: Digitale Editionen, bestehende Infrastrukturangebote wie CLARIN-D und zukünftige Infrastruktur-Entwicklungen wie die „Nationale Forschungsdateninfrastruktur“ (NFDI).

Zum ersten Punkt äußerte Thomas sein Unverständnis darüber, dass trotz der digitalen Umsetzung von Editionsprojekten deren Endprodukte – die eigentlichen Editionen – größtenteils immer noch (kostenpflichtig) in analoger Buchform erscheinen, wodurch viele der im Entstehungsprozess angehäuften Mehrwerte schlagartig verloren gehen würden. Anknüpfend an Fickers Vortrag beklagte er hinsichtlich des Forschungsdatenmanagements mangelhafte Dokumentation und fehlende bzw. veraltete Richtlinien. Obwohl bereits technische Lösungen existieren, spiele Forschungsdatenmanagement in Praxis und Lehre noch keine Rolle. Ein wichtiger Hinweis war zudem, dass eine Nutzung des Internets zu Recherchezwecken und die digitale Textverarbeitung allein noch keine Digital History ausmachten, wenn das Wesen der Nutzung analog bleibe. Echte Digitale Editionen erlaubten das prozesuale Arbeiten im Sinne der Kombination von Eingabe, Verarbeitung und Ausgabe (EVA). Echte ‚Digital History‘ im Sinne einer digitalen Analyse des Quellenmaterials werde heute schon durch diverse Online-

Infrastrukturangeboten ermöglicht. CLARIN-D selbst offeriert, so Thomas, bereits ein großes Spektrum an prozessualer Unterstützung, angefangen bei Orientierungshilfe bis hin zur Unterstützung bei Erstellung, Kuration, Bearbeitung, Analyse, Publikation, Dissemination & Archivierung von Forschungsdaten. Das Deutsche Textarchiv (DTA)<sup>4</sup> bietet sich nach Thomas als Grundlage für ein historisches Referenzkorpus an. Zentral sei dabei das DTA-Basisformat<sup>5</sup>, welches größtmögliche Interoperabilität gewährleisten soll. Letztlich kam Thomas noch auf die Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) zu sprechen, über deren Ausgestaltung während des Historikertages 2018 erstaunlich wenig diskutiert wurde. Bereits 2017 hatte der VHD die Bereitschaft signalisiert, den konsortialen Aufbau einer NFDI zu unterstützen. Thomas schlug zur erfolgreichen Etablierung der NFDI in den Geisteswissenschaften in Anlehnung an den Rat für digitale Infrastrukturen (RfII)<sup>6</sup> ein Vier-Säulen-Modell<sup>7</sup> zur gemeinsamen, fachwissenschaftlich informierten Arbeit an und mit Forschungsdaten vor. Zum Abschluss ermutigte Thomas die anwesenden HistorikerInnen, sich frühzeitig Gedanken darüber zu machen, wie Forschungsdaten zu speichern seien und wohin man diese zur Nachnutzung geben könne – Infrastrukturprojekte wie CLARIN-D seien dabei kompetente, fachwissenschaftlich informierte und aktive Partner auch für HistorikerInnen.

Die Podiumsdiskussion wurde eingangs durch Statements der Experten Andreas Fickers (Luxemburg), PIM HUIJNEN (Utrecht), CHRISTOPH KUDELLA (Göttingen), Christian Thomas (Berlin), Martin Sabrow (Potsdam) und KERSTIN SCHWEDES (Braunschweig) geprägt und anschließend für das Plenum geöffnet. Die rege Diskussion lässt sich rückblickend in die Komplexe Methodenreflexion, Evidenzproduktion, Leistungsfähigkeit und Forschungsdatenmanagement unterteilen.

Die Methodenreflexion stellte ein sehr diffiziles Feld in der Diskussion dar. Aus dem Auditorium kam mehrfach der Hinweis, dass

<sup>4</sup> <http://www.deutschestextarchiv.de> (15.11.2018).

<sup>5</sup> <http://www.deutschestextarchiv.de/doku/basisformat> (15.11.2018)

<sup>6</sup> <http://www.rfii.de/?wpdmdl=2269> (15.11.2018)

<sup>7</sup> Thomas leitete aus dem Data Management LifeCycle der UCSC ein Modell ab, das von den Bibliotheken und Archiven, den Infrastruktureinrichtungen, der Fachwissenschaft und den Rechenzentren getragen wird. Siehe: <https://guides.library.ucsc.edu/datamanagement>.



traditionelles historisches Arbeiten sehr stark von Eingebung, Idee oder Intuition getrieben und schon hinsichtlich der klassischen Vorgehensweise sehr schwer nachvollziehbar darzulegen sei. Wieso sollte das auf digitaler Ebene plötzlich erklärt und operationalisiert werden können? Des Weiteren kam die Frage auf, inwiefern die deutsche Geschichtswissenschaft bereits digital sei. Während die einen meinten, dass „Wir“ bereits alle digital arbeiten, waren die anderen der Meinung, dass diese Vorstellung ein „gefährlicher Rückzugsort“ der Disziplin sei, der zum Stillstand führe. Allgemeiner Tenor war aber, dass das Misstrauen gegenüber digitalen Methoden eine Sackgasse sei. Thomas betonte, dass HistorikerInnen nicht mehr nur KonsumentInnen, sondern mittlerweile auch ProduzentInnen von Quellen seien und eine Anpassung des Methodenkanons deshalb zwangsläufig kommen würde. Allerdings stelle die klassische Geschichtsschreibung Narrative und nicht Methoden in den Vordergrund der Darstellungen, weshalb auch die digitale Geschichtswissenschaft Narrative als Ergebnisse liefern solle, um größere Akzeptanz zu erreichen. Fickers sprach sich diesbezüglich wiederholt für die Anpassung des Werkzeugkastens und den interdisziplinären Brückenbau aus. Skepsis wurde angesichts der Frage laut, ob digitales Arbeiten zwangsweise notwendig sei, nur weil man es technisch könne.

Eng verbunden mit der Methodenreflexion war das Thema der Produktion von „Wahrheit“ im Analyseprozess. Sabrow warf die Frage auf, inwiefern die Trennung zwischen analoger und digitaler Geschichtswissenschaft überhaupt real sei. Müsse sich diese nicht an einem Wandel in der Evidenzproduktion im Spannungsfeld von empirischem Beweis und althergebrachter Augenscheinlichkeit ablesen lassen? Es verwundert, weshalb die „Produktion“ von „Eindeutigkeit“ im historischen Arbeiten so hoch gehängt wurde – hat doch die Interpretation, als wesentlicher Bestandteil der historischen Hermeneutik, niemals nur eine, universell gültige ‚Wahrheit‘ hervorgebracht. Hinsichtlich der digitalen Arbeitsweise herrscht jedoch tatsächlich die Vorstellung, dass eine neue transparente Folie für die Produktion von Evidenz zu etablieren sei. Welchen Einfluss die Digitalität zweifelsohne auf historische Evidenzproduktion ausübt, hat der im Auditorium sitzende TORSTEN HILTMANN (Münster) recht eingängig umschrieben: Seiner Meinung nach führe die Notwendigkeit zum strikteren, formal expliziterem und

präziseren digitalen Arbeiten und der Zwang den Analyseprozess zu beschreiben zu neuen Einsichten. Diese Entwicklung bezeichnete Hiltmann als den eigentlichen Wandel in der Evidenzproduktion. Einen anderen Aspekt brachte Huijnen in die Debatte, der die *data driven*-Perspektive als Kern des Evidenzwandels ausmache. Er prophezeite ein exploratives Analyseverfahren ohne vorherige Forschungsfrage oder Hypothese als zukünftigen Standard für eine neue, digital unterfütterte Augenscheinlichkeit. Ein solches „Einfach mal gucken was in den Quellen drin ist“ lässt jedoch außer Acht, dass Neues nur durch Kontextwissen auch als solches erkennbar ist. Serendipity, der „glückliche Zufall“, funktioniert nur, wenn im Vorfeld formulierte Erwartungen und Hypothesen nicht eintreffen. Thomas betonte überdies, dass Augenscheinlichkeit sich nicht auf digitales Arbeiten übertragen lässt, da von den sichtbaren Bestandteilen digitaler Werkzeuge (Frontend) nicht per se auf die dahinterliegenden Daten und Dateninfrastruktur (Backend) geschlossen werden kann.

Zur Leistungsfähigkeit des Digitalen konstatierte Huijnen richtig, dass HistorikerInnen erstmals in einer Form der Abhängigkeit sind, da sie erstens Quellen nutzen, die andere digitalisiert haben; zweitens, Tools die andere entwickelt haben und drittens Daten von Unternehmen. Die deutsche Geschichtswissenschaft sei auch ohne Annahme der Herausforderungen der Digitalität nicht mehr konkurrenzfähig. Schwedes merkte kritisch an, dass die auch in dieser Diskussion vorherrschende Konzentration auf Texte zu einem methodischen Gap gegenüber der Untersuchung anderer Quellenformen wie Objekte, Architekturen oder Praxen führt. Überdies gab es einige Stimmen, die betonten, dass die deutschen Geisteswissenschaften die Digitalisierung vor allem in der Lehre verschlafen hätten. Nicht zuletzt wünschte sich Schwedes eine Ausweitung des Blickwinkels auf den internationalen und interdisziplinären Brückenbau um eine Stärkung der Konkurrenz- und Anschlussfähigkeit deutscher historischer Forschung zu gewährleisten. Fickers deutete dagegen die Rückständigkeit der deutschen Digital History positiv, da dies eine Vermeidung von Anfängerfehlern erlauben würde.

Das Konfliktpotential, welches das Forschungsdatenmanagement in den Geschichtswissenschaften mit sich bringt, wurde nicht nur angesichts der angesprochenen Schwierigkeiten bei der Mitgestaltung der

geplanten NFDI spürbar. So wurde im Auditorium Kritik an einem als übersteigert und ausufernd wahrgenommenen Anspruch einer Dokumentationspflicht für digital arbeitende HistorikerInnen laut. Dieser resultierte möglicherweise aus einer weithin spürbaren Skepsis gegenüber der Funktionalität der digitalen Arbeitsweisen, welche ihren Nährboden wiederum im mangelhaften digitalen Methodenverständnis weiter Teile der etablierten, klassisch arbeitenden Historikerzunft hat. Auch wichtig war die Frage nach der Schöpfungshöhe für die Einordnung bzw. Definition von Forschungsdaten. Neben der Entscheidung, ob Forschungsdaten vorliegen, spielt auch die Rechtslage hinsichtlich der Urheberschaft bei Publikation, Zitation und Rezeption eine wesentliche Rolle. Kudella prangerte nicht zuletzt die mangelnde disziplinäre Anerkennung von Forschungsdatenveröffentlichungen an und forderte neue Forschungs- und Publikationsformen sowie diese in die bestehende Reputationsökonomie einzubauen.

In Anbetracht der vielen offenen Baustellen im Bereich der Digital History sei die an Schiller angelehnte Frage nach dem „Nutzensende“ der Digitalität in den Geschichtswissenschaften mit einem anderen zeitgenössischen Aufklärer beantwortet: In der Sektion wurde deutlich, dass die Zunft der HistorikerInnen sich endlich als geschlossene Einheit den diffizilen Herausforderungen des digitalen Wandels stellen muss. Nur eine aktive und flexible Anpassung des Methodenkanons, der Forschungsinfrastrukturen, transdisziplinärer Standards und des Forschungsdatenmanagements bieten den Ausgang aus der selbst verschuldeten analogen Unmündigkeit im Sinne Immanuel Kants.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Martin Sabrow (Potsdam)

Andreas Fickers (Luxemburg): Digitale Hermeneutik und Geschichtswissenschaft: eine kritische Standortbestimmung

Christian Thomas (Berlin): Aufbereiten, Auffinden und Auswerten von Forschungsdaten: Standards und Best Practices im Rahmen von CLARIN-D

Podiumsdiskussion

Andreas Fickers (Luxemburg) / Pim Huijnen (Utrecht) / Kerstin Schwedes (Braunschweig) / Christoph Kudella (Göttingen) / Christian Thomas (Berlin) / Martin Sabrow (Potsdam)

Tagungsbericht *Für Skeptiker und Enthusiasten: Was ist und zu welchem Ende nutzt das ›Digitale‹ in den Geschichtswissenschaften?* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 16.11.2018.

---

### Quo vadis Quellenkritik? Digitale Perspektiven

**Von:** Christine Friederich, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

Die Digitalisierung führt zu einem tiefgreifenden Umbruch bei der Entstehung, Archivierung und Nutzung von historischen Quellen. Welche Auswirkung diese Entwicklung auf die Arbeit der Archive und der historischen Forschung hat, war Gegenstand der hier zu besprechenden Sektion. In insgesamt sechs Vorträgen sowie zwei kurzen Statements zur Einführung boten Archivar/innen und Historiker einen Einblick in ihre Arbeit mit digitalen Quellen und setzten sich kritisch mit ihrem „Handwerkszeug“ auseinander. Denn nicht nur die historischen Grundwissenschaften und die traditionelle Quellenkritik stehen vor neuen Herausforderungen, sondern auch die Archive und ihre Methoden der Überlieferungsbildung, Erhaltung und Bereitstellung zur Nutzung. Inhaltlich knüpfte die Sektion an den Historikertag 2016 an, auf dem sich eine Sektion mit dem Thema „Grundwissenschaften in der digitalen Welt“ befasst hatte, und führte die dort angestellten Überlegungen fort<sup>1</sup>.

In seiner Begrüßung erläuterte der Präsident des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen FRANK M. BISCHOFF (Duisburg) die Unterteilung der Sektion in zwei thematische Blöcke: Der erste Teil sollte sich den originär digital entstandenen Quellen, den so genannten „born digital“ widmen, der zweite Teile sollte sich mit Digitalisaten befassen, also

---

<sup>1</sup> Claudia Hefter: Tagungsbericht: HT 2016: Grundwissenschaften in der digitalen Welt, 20.09.2016 – 23.09.2016 Hamburg, in: H-Soz-Kult, 12.11.2016, <[www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6819](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6819)> (17.10.2018).

mit ursprünglich analog vorliegenden, digitalisierten Quellen. Beide Quellengruppen, führte Bischoff aus, bringen spezifische Herausforderungen mit sich. So ist davon auszugehen, dass zukünftig originär digital entstandene Quellen den Großteil archivischer Überlieferung ausmachen werden. Allerdings sei fraglich, ob die klassische Quellenkritik für die Auswertung dieser Quellen noch ausreiche. Das liege auch daran, so Bischoff weiter, dass seitens der Archive viel stärker in die Quellen eingegriffen werden müsse, um Überlieferung, Erhalt und Nutzung zu ermöglichen. Bei digitalisierten Quellen stelle sich hingegen die Frage, ob dadurch der Blick der Forschung eher geweitet oder verstellt werde. Sicherlich ist die leichte Zugänglichkeit für die Forschung ein großer Mehrwert, doch bestehe die Gefahr, dass das digitale Angebot eine Vollständigkeit suggeriere, die tatsächlich gar nicht vorhanden ist. So ist nur ein Bruchteil der analogen Archivalien in deutschen Archiven überhaupt digitalisiert, sodass die Recherche und Nutzung von digitalisiertem und weiterhin nur analog vorliegendem Material von Archiven und Forschung besser verknüpft werden müsse.

KIRAN K. PATEL (Maastricht) betonte in seinem Beitrag, dass der Dialog zwischen Archivar/innen und Historiker/innen fortgeführt werden müsse und kritisierte eine gewisse Trägheit der Geschichtswissenschaft, über die eigenen methodischen Grundlagen zu reflektieren. In Bezug auf die Arbeit mit digitalen Quellen stellte Patel zwei Punkte heraus: erstens die Veränderung des Quellenmaterials selbst und zweitens die Möglichkeiten des Zugangs. Patel erklärte, dass Quellenkritik bedeute, die Umstände zu untersuchen, unter denen Quellen entstanden sind. Diese Frage sei jedoch in den Hintergrund getreten und er zweifle daran, ob sie sich angesichts der Menge des digitalen Materials, der Probleme beim Erhalt der Lesbarkeit und der Erfordernisse an Ordnung und Sicherung des Materials überhaupt noch beantworten lasse. Hier fehle auch die Stimme der Geschichtswissenschaft in der Debatte der Archive, die viel weiter fortgeschritten sei. Zu den Möglichkeiten des Zugangs stellte Patel fest, dass Digitalisierung eine große Vereinfachung darstellt. Gleichzeitig dürfe dadurch aber keine „Forschungspraxis des geringsten Widerstandes“ entstehen, indem nur noch die Quellen genutzt werden, die ohne große Recherche- und Zugangshürden online zur Verfügung stehen. Patel plädierte dafür, sich auf Droysens Idee

der Geschichtswissenschaft als „Bergmannskunst“ zurückzubedenken und nach allen relevanten Quellen zu „graben“ und nicht nur an der Oberfläche zu kratzen.

ANDREAS FICKERS (Luxemburg) stellte in seinem Vortrag Überlegungen vor, wie eine digitale Quellenkritik in die universitäre Lehre eingebunden werden kann. Er forderte, die digitale Quellenkritik in eine digitale Hermeneutik einzubetten und schlug dafür fünf Schritte vor: Algorithmen-Kritik im Sinne einer Heuristik des Suchens, Daten-Kritik in Bezug auf Integrität und Validität, Werkzeugkritik, also die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung verschiedener Tools, Interface-Kritik bzgl. einer Visualisierung und Rekontextualisierung, und schließlich Simulationskritik. Wie die Anwendung dieser Schritte in der Praxis aussieht und wie eine Integration in die Lehre gelingt, zeigte Fickers schließlich anhand des Online Tutorials „Ranke2“, das ab Ende Oktober 2018 online steht<sup>2</sup>. Mithilfe des modularisiert aufgebauten Online-Tutorials können verschiedene digitale Quellenkorpora mithilfe unterschiedlicher Tools bearbeitet werden, unter anderem die geleakten E-Mails von Hillary Clinton. Aus Erfahrungen im Projekt und in der Lehre nannte Fickers als „lessons learned“ drei Aspekte: Studierende lernen und erfahren, dass das Arbeiten mit digitalen Daten zeitaufwändig ist, dass dafür digitale Kenntnisse und Expertise nötig sind, und dass Möglichkeiten und Grenzen der Hilfsmittel und Werkzeuge für die jeweilige Fragestellung ausgelotet werden müssen.

Der zweite Vortrag wechselte dann die Perspektive. CHRISTOPH SCHMIDT (Münster) sprach aus archivischer Sicht über „Quellen der Zukunft“. Die Digitalisierung in der Verwaltung führt dazu, dass dort immer mehr genuin digitale Unterlagen entstehen. Schmidt machte hier vor allem drei Quellengruppen aus: elektronische Akten, Fachverfahren (zum Beispiel Datenbanken) und unstrukturierte Daten (zum Beispiel Dateisysteme). Im Gegensatz zu analogen Unterlagen greifen Archivar/innen bereits bei der Überlieferungsbildung und später bei der Bestandserhaltung viel tiefer in die digitalen Quellen ein, als dies bei analogen Quellen der Fall ist. Diese archivischen Eingriffe haben Auswirkungen auf die spätere Nutzbarkeit durch Historiker/innen.

<sup>2</sup> <<https://ranke2.uni.lu/>> (05.11.2018).

Nicht alle Eigenschaften und Funktionalitäten digitaler Objekte können aktuell in Archiven dauerhaft erhalten bleiben, sodass anhand möglicher zukünftiger Nutzungsszenarien entschieden werden muss, welche Eigenschaften für eine spätere Nutzung unabdingbar sind und welche ggf. verloren gehen (müssen). Zugleich gelangen digitale Objekte in die Archive, die auf eine Weise geordnet sind oder genutzt werden können, wie es in ihrem ursprünglichen Verwendungszusammenhang nie Realität war. Schmidt nannte hier als ein Beispiel, dass Historiker/innen bei der Nutzung archivierter Datenbanken möglicherweise Abfragen generieren können, wie sie in der Anwendung in der Verwaltung nie vorgesehen waren. Welche Auswirkung hat das auf die geschichtswissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten und -interessen und auf die Bewertung der Authentizität der Quellen? Das ist eine Frage, die nur im Dialog zwischen den Archiven und der Geschichtswissenschaft beantwortet werden kann.

NICOLA WURTHMANN (Wiesbaden) stellte den Vortrag von Christoph Schmidt in einen anwendungsbezogenen Kontext und erläuterte die Möglichkeiten und Herausforderungen einer digitalen Quellenkunde. Sie verwies auf die größere strukturelle, technische und inhaltliche Komplexität originär digitaler Quellen, sodass diese nur begrenzt mit analogen Quellen vergleichbar seien. Deshalb erfordere die Arbeit mit digitalen Quellen auch andere grundwissenschaftliche Kenntnisse. Wurthmann machte dies an drei Beispielen deutlich. Erstens benannte sie den Punkt „Verschlüsselung“ im Sinne einer Lesbarmachung von Informationen, die bei digitalen Quellen (auch) technische Kenntnisse der Nutzenden erfordert. Zweitens zeigte sie am Beispiel der elektronischen Akte, dass hier im Gegensatz zur Papier-Akte Informationen und Meta-Informationen voneinander getrennt sind. Dies betrifft etwa Informationen zum Laufweg, zur Dokument-Historie oder zu elektronischen Signaturen. Das hat zur Folge, dass solche Quellen anders gelesen werden müssen, um die zur Interpretation und Einordnung notwendigen (Meta-)Informationen nutzen zu können. Drittens ging es um den Umgang mit Informationslücken, wenn traditionelle Standards der Aktenkunde bei elektronischen Akten nicht mehr erfüllt sind, etwa wenn Sichtvermerke und Zuschreibungen fehlen oder hybride Objekte vorliegen, die zusätzlich zu den digitalen Dokumenten auch analoge

Dokumente enthalten.

ANDREA HÄNGER (Koblenz) eröffnete den zweiten Teil der Sektion, der dem Thema „Digitalisate“ gewidmet war, und stellte Überlegungen und Strategien zur Digitalisierung aus dem Bundesarchiv vor. Sie erläuterte, dass die Zugänglichkeit von Quellen nicht nur davon abhängt, ob sie digital verfügbar sind, sondern auch von der Qualität der Erschließungsdaten, die erst ermöglichen, dass das gefunden wird, was gesucht wird. Bei der Digitalisierung von Quellenmaterial verfolgt das Bundesarchiv zwei Strategien: Erstens die systematische Digitalisierung, die insbesondere bei viel genutzten Beständen angewandt wird, und zweitens die Digitalisierung „on demand“, also wenn seitens der Nutzer/innen Reproduktionen angefordert werden. Bei der Erschließung werden thematische Zugänge wichtiger, die das Bundesarchiv beispielsweise für Quellenmaterial zum Ersten Weltkrieg anbietet. Die „klassische“ Erschließung von Archivgut soll in Zukunft im Bundesarchiv nur noch einen geringen Stellenwert einnehmen. Zwar werden viel genutzte Kernbestände weiterhin intensiver erschlossen werden, alle übrigen werden nur noch „etikettiert“ werden, ohne genauere inhaltliche Angaben. Als Hemmnisse für die Nutzbarkeit digitalisierter Quellen benannte Hänger rechtliche Gründe und die fehlenden Tools für die Volltextrecherche in handschriftlichen Dokumenten.

Wie Historiker mit digitalisiertem Quellenmaterial arbeiten, schilderte FRANK ENGEHAUSEN (Heidelberg) in seinem Werkstattbericht. Er unterschied zwei Nutzungsszenarien: Im ersten sind Historiker/innen selbst Digitalisierende. Statt wie früher Papierkopien von Quellen anzufertigen, um sie als Arbeitsgrundlage zu verwenden, werden heute digitale Kopien erstellt. Diese Kopien sind aber aus Sicht der digitalisierenden Historiker/innen nur für das eigene Forschungsprojekt bestimmt. Engehausen regte an, dass Forschende diese Digitalisate durch eine stärkere Kooperation mit den Archiven auch für andere Wissenschaftler/innen nutzbar machen. Hierfür ist vor allem eine Anreicherung der Digitalisate mit Metadaten erforderlich, die für eine spätere Nachnutzung nötig sind. Im zweiten Nutzungsszenario verwenden Historiker/innen Quellen, die von den Archiven digitalisiert und über thematische Zugänge nutzbar gemacht werden. Hier stellte Engehausen seine eigenen Forschungserfahrungen mit der Quellensamm-

lung „Von der Monarchie zur Republik“ vor, die vom Landesarchiv Baden-Württemberg über das Portal LEO.BW zur Verfügung gestellt wird. Zwar hob er die einfache Zugänglichkeit hervor, kritisierte aber die für ihn nicht immer nachvollziehbare thematische Zuordnung des Quellenmaterials und dass die Quellensammlung – ähnlich wie ein gedrucktes Buch – nicht weiter bearbeitet wird. Engehausen vermisste eine Kommentarfunktion und plädierte dafür, Nutzer/innen nicht nur als Rezipienten zu verstehen, sondern ihnen Angebote zu machen, ihre Expertise einzubringen und sich zu vernetzen.

Der abschließende Vortrag von CLEMENS REHM (Stuttgart) fragte nach der Verfügbarkeit von grundwissenschaftlichem Wissen im Netz. So stellte Rehm zwar eine Vielzahl an Angeboten unterschiedlicher Institutionen und Akteure fest – von der Universität bis zur Volkshochschule –, bemängelte aber gleichzeitig die fehlende Bündelung des Angebots, was eine Orientierung erschwerte. Als Aufgabe eines „Masterplans“ hob er deshalb die Kooperation und Vernetzung von Institutionen und Akteuren hervor.

Die Reihe der Vorträge wurde durch drei kurze Diskussionsrunden unterbrochen, in denen die Sektion für Fragen aus Plenum geöffnet wurde. Auch hier klangen die Wünsche vor allem der Historiker/innen nach besserer Vernetzung, freier Online-Verfügbarkeit und Standardisierung bei Erschließung und Zugänglichmachung von Quellen an. Die Archive stellen diese Erwartungen vor die Herausforderung, Erschließungsdaten und Quellen möglichst umfassend digital zur Verfügung zu stellen, um eine leichte Auffindbarkeit und Nutzung der Quellen zu ermöglichen und damit geänderten Recherche- und Nutzungspraktiken Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass Historiker/innen sich (zu) wenig mit der Arbeitsweise der Archive und deren Auswirkungen auf die digitalen Quellenbestände befassen. Hier sind – und das stellte auch Kiran K. Patel in seinem Schlusswort fest – die archivischen Überlegungen den geschichtswissenschaftlichen voraus. Ziel muss es deshalb sein, intensiver in den Austausch zu treten und archivische Überlieferungsbildung als Voraussetzung von historischem Arbeiten besser zu verstehen. Dafür war diese Sektion ein Anfang.

#### Sektionsübersicht:

Frank M. Bischoff (Duisburg): Begrüßung

Kiran K. Patel (Maastricht): Einführung. Herausforderungen der Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter

Andreas Fickers (Luxemburg): Hacking History? Methodische Herausforderungen digitaler Zeitgeschichte am Beispiel der geleakten E-Mails von Hillary Clinton

Christoph Schmidt (Münster): Quellen der Zukunft? Gattungen und Aufbereitungsformen digitalen Archivguts aus Verwaltungszusammenhängen

Nicola Wurthmann (Wiesbaden): Grundwissenschaftliche Herausforderungen im Umgang mit digitalen Quellen

Andrea Hänger: (Koblenz) Was nicht im Netz ist, ist nicht in der Welt? Die Auswahl von Quellen für digitale Angebote

Frank Engehausen (Heidelberg): Wege im Dschungel? Die Nutzung von digitalisiertem Archivgut

Clemens Rehm (Stuttgart): Ein Masterplan für die Grundwissenschaften! Module – Kooperationen – Vernetzungen

Tagungsbericht *Quo vadis Quellenkritik? Digitale Perspektiven*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 23.11.2018.

---

#### **Forschungsdaten: rechtliche Herausforderungen und wissenschaftliche Reputation. Forschungsdatenmanagement als Bestandteil einer neuen Wissenschaftskultur**

**Von:** Andreas Müller / Anne Purschwitz, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Digitalisierung stellt Historiker/innen nicht nur vor zahlreiche Herausforderungen, sondern wirkt sich auch auf die Wissenschaftskultur

aus. Der Umgang mit Forschungsdaten im digitalen Zeitalter gehört momentan zu den besonders intensiv diskutierten wissenschaftlichen Arbeitsfeldern, und löst auch in der Geschichtswissenschaft zahlreiche Kontroversen aus.

Zur Einführung in das Thema skizzierte PATRICK SAHLE (Köln) in seinem Vortrag die Besonderheiten geisteswissenschaftlicher Forschungsdaten und sprach sich für einen auf den Forschungskontext bezogenen Forschungsdatenbegriff aus. Dabei plädierte er für einen erweiterten Datenbegriff, der letztlich über die gängige sachliche wie institutionelle Trennung von Quellen – Daten – Forschungsergebnissen hinausragt und skizzierte an einem Beispiel Aufgabengebiete und Methoden der Datensicherung. Sehr anschaulich demonstrierte der Referent wie das Verständnis von Forschungsdaten auch die Bewertung und vor allem Prinzipien der Qualitätssicherung beeinflusst. Mit seinen Schlagworten der Forschungsdaten wahlweise als „Abfallprodukt“, „Öl des Forschungsgetriebes“ bzw. „Gold zukünftiger Forschung“ gab er für die nachfolgende Podiumsdiskussion wichtige Impulse und zeigte auf, wie eng Forschungsdaten mit ihrem Entstehungskontext verbunden sind und welcher Aufwand gegebenenfalls notwendig ist, um diese Informationsschätze zu heben. Gleichzeitig verwies Sahle auf eine notwendige institutionelle Breite künftiger Einrichtungen des Forschungsdatenmanagements, um die verschiedenen, komplexen Problemschichten sachgerecht zu adressieren. Sahle wünschte sich die Entwicklung eines Netzwerks von Institutionen, das ausgehend von den klassischen Gedächtnisinstitutionen wie Bibliotheken, Archive, Museen und Verlage auch fachbezogene, thematische und lokale Datenzentren integriert. Erst ein solches Netzwerk könne sowohl generische Daten-Dienste für zentrale Aufgaben wie der Ergebnissicherung, Langzeitspeicherung, Metadatenproduktion und allgemeinen Erschließung sicherstellen, als auch fachspezifische Angebote zur Unterstützung der digitalen Datenproduktion und -kuration, fachmethodischer Klassifikation, Analyse und Nachnutzung bereitstellen.

Während der geplante Vortrag zu den rechtlichen Herausforderungen leider ausfallen musste, diskutierte KATRIN MOELLER (Halle) Möglichkeiten zur Förderung des *data-sharings* durch stärkere Anreizbildungen innerhalb der Wissenschaftskulturen. In der digitalen For-

schungslandschaft entstanden in den letzten Jahrzehnten Arbeitsfelder, die über die üblichen Verfahren der Qualitäts- und Reputationsmessung vor allem in der auf Monografien und Sammelbänden aufbauenden Ergebnissicherung der Geschichtswissenschaft kaum erfasst werden. Eine adäquate wissenschaftliche Würdigung der Aufwendungen für die Bereitstellung von Forschungsportalen, Datenbanken und digitalen Werkzeugen erfolgt hingegen bisher nicht. Letztlich muss aber gerade das Spannungsverhältnis von relativ hohen Aufwendungen für die Bereitstellung von Forschungsdaten, Urheberrecht und wissenschaftlicher Reputation so gelöst werden, dass ein optimales Verfahren für eine möglichst unkomplizierte, rechtlich tragfähige Datennachnutzung entsteht. Dazu sei es erforderlich, in gleichem Maß die Interessen von Datengebern und Datennehmern zu berücksichtigen und das Teilen von Daten vor allem auch für den Datengeber attraktiv zu machen. Über einen Vergleich verschiedener Möglichkeiten der Autorennennung bei der Verwendung gängiger CC-BY-Lizenzen spürte die Referentin den Vor- und Nachteilen der Co-Autorenschaft, des Zitats und der Namensnennung im Vorwort von Forschungsergebnissen über die Fachgrenzen der Geisteswissenschaften nach. Ihr Fazit bestand im Vorschlag einer neuen Form der Datenautorenschaft, die eine funktionale Trennung zwischen Text- bzw. Ergebnisproduzenten auf der einen und allen anderen Beiträgern zu einem Forschungsergebnis auf der anderen Seite (Software, nachgenutzte Daten, Editionen etc.) vorsieht, sofern die Benutzung der entsprechenden Daten sich nicht mit einem üblichen Kleinzitat vereinbaren lasse. Beiden Formen der „Autorenschaft“ sollten dabei nur die funktionellen Zuschreibungen zufallen, für die sie jeweils verantwortlich sein können. Während Ergebnis- und Textproduzenten für das neu entstehende Forschungsergebnis Verantwortung übernehmen, bliebe die Zuständigkeit der Beiträger auf ihre eigene Leistung (Software, Daten, Edition) begrenzt, womit sich eine in den Geisteswissenschaften anerkannte Form der wissenschaftlichen Reputation verbinden ließe (Co-Autorenschaft). Damit entfalle die Hürde der Kontaktaufnahme und eine einfache Weiterverwendung von Daten analog zur Nachweisung in einem Zitat könnte etabliert werden.

Im Anschluss an diesen Vortrag entspann sich eine Debatte um die bis heute ungeklärte Frage, ob geisteswissenschaftliche Forschungsda-

ten über die erforderliche Schöpfungshöhe<sup>1</sup> verfügen, um Urhebererschaft geltend machen zu können. Hier fordern Geisteswissenschaftler/innen mehr Rechtssicherheit, weil nur so die Anreiz- und Folgewirkungen für die Bereitstellung von Forschungsdaten Berücksichtigung erfahren würden. Diese Diskussion zeigte, wie nachteilig sich ein wissenschaftliches Reputationssystem auswirke, dass letztlich weitgehend auf urheberrechtlich geschützter Autorenschaft in Kombination mit Rezensionen aufbaut.

Daran anschließende Diskussionsbeiträge thematisierten die notwendige innerfachliche Akzeptanz von alternativen Formen der Reputationswürdigung (etwa die zunehmende Bedeutung von Zitationsindizes) bzw. bekräftigten den Bedarf neuer „Rollen“ von „Autorenschaften“ – durchaus auch abseits des Urheberrechts. Als Fazit dieses Diskussionsstranges kann festgehalten werden, dass (nicht nur) die Geschichtswissenschaft aufgefordert ist, Strategien einer digitalen Ergebnis- und Qualitätssicherung zu entwickeln und zu diskutieren. Diese Strategien sollen nicht einfach nur die analoge Handhabung (Urheberchaft und Rezensionswesen) ins Digitale übertragen, sondern die vielfältige digitale Ergebnisproduktion über neue Formen der Qualitätssicherung in den Blick nehmen.

Mit dem Punkt des Mehrwerts und der Qualitätssicherung startete anschließend die sehr lebhafte Podiums- und Publikumsdiskussion. RÜDIGER HOHLS (Berlin) reklamierte die fehlende Infrastruktur sowohl der digitalen Ergebnissicherung unmittelbar in der Forschung, wie der mangelnden Reputation anderer Arbeitsbereiche des Digitalen – abseits von Forschungsdaten. Der hohe Arbeitsaufwand für die nachhaltige Sicherung von Forschungsdaten könne nicht allein über fach- und raumübergreifende Dienste und Werkzeuge des Forschungsdatenmanagements aufgefangen werden, sondern müsse beim Forschenden ansetzen. Dies erfordere ein „Re-Design“ des Forschungsprozesses. Dabei sei in der Abwägung von Zeit- und Personalressourcen auch eine strikte Konzentration auf den Forschungsprozess notwendig. Ähnliche Positionen wurden aus dem Publikum mit mehrfachen Beiträgen unterstützt. Besonders starkes Interesse erfuhr die Frage nach dem Mehr-

wert der Bereitstellung nachnutzbarer Forschungsdaten verbunden mit Überlegungen, ob damit letztlich nicht eher eine Bürokratisierung und Wegführung von der Forschung verbunden sei.

THOMAS STÄCKER (Darmstadt) betonte in seinem Podiumsbeitrag die Chancen von FAIR(en)-Forschungsdaten und die Vorteile eines nachhaltigen Arbeitens mit diesen Daten. Der Mehrwert speise sich nach seinem Dafürhalten nicht nur aus der kreativen Quer- und Fremdnutzung von Daten, die ursprünglich vielleicht einem ganz anderen Entstehungskontext entstammen, sondern ebenso aus einer multiplen breiten methodischen Neuinterpretation. Für ihn war nicht nachvollziehbar, warum gerade Historiker/innen als Nutznießende von Forschungsdaten aller Couleur eigentlich über den Mehrwert von Forschungsdatenmanagement diskutieren müssten, schließlich seien doch gerade sie auf die Nachnutzung von Daten angewiesen. Er betonte nachdrücklich den hohen Wert digitaler Daten und den großen Nutzen von strukturierten Forschungsmethoden und Datenbeständen.

Aus dem Publikum angeregt wurde daran anschließend eine alternative Diskussion darüber, was Forschungsdaten sind. Letztlich gehe es aus wissenschaftlicher Perspektive gar nicht so sehr darum über einzelne Datentypen und ihre Besonderheiten zu verhandeln, sondern vielmehr um Qualitätsanforderungen von Daten. Hier machte die Diskussion eine Vielzahl von Problemschichten sichtbar: Welche Qualitätsstufen von Daten sollen vornehmlich gesichert werden? Wer bewertet und entscheidet, was aufgehoben wird? Gelten für alle – gleich ob es sich um ein Dissertationsprojekt, ein großes Drittmittel oder gar ein Verbundprojekt handelt – die gleichen Qualitätsanforderungen? Können oder sollen von Seiten der Wissenschaft verbindliche Normen und Standards festgelegt werden oder grenzt dies die Handlungsspielräume zu stark ein?

Dabei gab es starke Positionen und Argumente, einerseits für ein „Quick & Dirty-Prinzip“, da auch „dreckige“ Daten einen erheblichen Mehrwert für die Erschließung von Quellen oder die Nachnutzung weitgehend unerschlossener Datenbestände bieten. Ein Archivar befürwortete nachdrücklich die gute Anbindungsmöglichkeit solcher – auch hermeneutischer Forschungsdaten – für Archive bzw. die Notwendigkeit, die Annotation und Erschließung an die einschlägigen Quellen

<sup>1</sup> Jan Kröger, Urheberrecht, in: forschungsdaten.info, Konstanz 2018, URL: <https://www.forschungsdaten.info/themen/rechte-und-pflichten/urheberrecht/>.

zurückzubinden. Zudem sah er die Archive, als klassische Institutionen der Konservierungsbewertung, auch für Forschungsdaten einschlägig als zuständig an. Ähnliches wünschten sich Wissenschaftler/innen von Forschungsdatenzentren anhand von Forschungsmethoden und Dokumentationen. Google & Co. würden letztlich ihren Erfolg gerade aus prozessualen Daten ziehen, weil diese schnell und massenhaft verfügbar seien. Letztlich müsse die komplementär dazu sich entwickelnde Automatisierung Datenqualität erzeugen. Katrin Moeller betonte, dass hierfür wiederum ein Wandel der Wissenschaftskultur erfolgen müsse. Ein anderer Umgang mit Fehlern und ein Abrücken von Standards wie Double Keying, Peer Review-Verfahren und „Buchqualität“ erfordere eben auch eine Akzeptanz in der breiten Forschungslandschaft. MARINA LEMAIRE (Trier) und Katrin Moeller führten die Idee aus, den bereitgestellten Forschungsdaten unterschiedliche Qualitätssiegel hinzuzufügen, die die verschiedenen Qualitäten des Datenmanagements auf einen Blick erfassbar und sichtbar machen würden. Lemaire schlug vor, einfach mal den Versuch zur Publikation von prozessualen Daten durch etablierte Forschende anzustoßen, um Reaktionen aus dem Umfeld der Forschung auszutesten.

Thomas Stäcker und Patrick Sahle plädierten auf der anderen Seite für eine Konzentration auf hohe Qualitätsstandards, da erst dadurch wissenschaftliche Forschung vom freien Markt internetbasierter Daten abgrenzbar würde. Stäcker verwies in diesem Zusammenhang auf die Unterscheidung von Publikation (mit bisheriger Verfügbarmachung durch Bibliotheken) und Nachlass (Bewertung und Erschließung durch Archiv) mit unterschiedlichen Kompetenzen. Ein anderer Diskussions Teilnehmer betonte, dass nur publizierte und qualitätsgesicherte Daten auch Rückschlüsse auf den Urheber und Datenproduzenten ermöglichen und so wichtige Anhaltspunkte zur Quellenkritik leisten würden. Grundlegend wurde in diesem Kontext noch einmal auf eine fehlende Digitalisierung von Studium und Lehre verwiesen, die heute vor allem in der Breite der geschichtswissenschaftlichen Angebote nicht durchgesetzt werde, sondern zunehmend in Sonderstudiengänge externalisiert. Marina Lemaire bekräftigte jedoch nochmals einerseits die Ausweisung von fachspezifischen Curricula und die Grundlagen zur Datenmodellierung als fachinterne Kompetenz, andererseits aber auch

die Notwendigkeit kooperativer Lehre, da Forschungsleistungen heute bereits oft nicht mehr als Leistung einer einzelnen Disziplin erbracht würden.

Insgesamt wurde auf die Notwendigkeit von fachbezogenen Standards und verlässlichen Werkzeugen und Methoden verwiesen, die verknüpft mit Automatisierung wesentlich zur Qualitätsverbesserung und Veralltäglichen des Datenhandlings beitragen können. Der Wandel – dies betonte Torsten Hiltmann aus dem Publikum – ist vor allem ein innerfachlicher Wandel, der zu einem methodenbewussteren Forschen und Handeln in der Geschichtswissenschaft führen sollte und könnte.

**Sektionsleitung:** Katrin Moeller (Halle)

Patrick Sahle (Köln): Was sind Forschungsdaten in der Geschichtswissenschaft?

Katrin Moeller (Halle): Ausweisung der Datenautorenschaft als neues Verfahren zur Messung wissenschaftlicher Leistung

*Podiumsdiskussion*

Marina Lemaire (Trier): Moderation

Rüdiger Hohls (Berlin) / Katrin Moeller (Halle) / Patrick Sahle (Köln) / Thomas Stäcker (Darmstadt)

Tagungsbericht *Forschungsdaten: rechtliche Herausforderungen und wissenschaftliche Reputation. Forschungsdatenmanagement als Bestandteil einer neuen Wissenschaftskultur*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 30.11.2018.



## Wie geht es weiter mit der DDR-Geschichte im Geschichtsunterricht?

**Von:** Wolfgang Geiger, Verband der Geschichtslehrer, Landesvorsitzender Hessen, Frankfurt am Main

In Zusammenarbeit zwischen dem Verband der Geschichtslehrer (VGD), vertreten durch ULRICH BONGERTMANN (Rostock) und der Bundesstiftung Aufarbeitung, vertreten durch JENS HÜTTMANN (Berlin), befasste sich die Sektion mit dem Stellenwert und der Wahrnehmung der DDR-Geschichte fast 30 Jahre nach dem Mauerfall in der Öffentlichkeit und im Geschichtsunterricht. Referenz hierbei war das von Jens Hüttmann und Anna von Arnim-Rosenthal 2017 für die Stiftung Aufarbeitung herausgegebene Buch *Diktatur und Demokratie im Unterricht. Der Fall DDR*<sup>1</sup>.

Einleitend verwies Ulrich Bongertmann aktualitätsbezogen auf die heftige Kritik der ehemaligen dopinggeschädigten DDR-Sportlerin Ines Geipel in der Welt vom 29.8.2018 an den Ereignissen in Chemnitz („Fascho-Heimatfest“), und dass die Opfer des SED-Regimes „öffentlich nicht anwesend“ und viele von ihnen auch noch gar nicht als solche anerkannt seien. Geht die Aufarbeitung der DDR zu Ende? Gedeiht der Populismus in „einem spezifischen Volk des Ostens“? Gibt es Zusammenhänge mit der DDR-Geschichte und der Vereinigungszeit? Sollte es auch eine „Wahrheitskommission für die Treuhand“ geben? Das sind Fragen vor dem Hintergrund eines Unbehagens über das vorherrschende Narrativ. Viele Fragen, viele Vorwürfe, auch gegenseitig.

Ein Vorwurf lautet, dass DDR-Geschichte im Unterricht der westdeutschen Bundesländer zu kurz komme bzw. zu wenig präsent im Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler sei<sup>2</sup>. In einem modellhaften

<sup>1</sup> Diktatur und Demokratie im Unterricht: Der Fall DDR, Hrsg. im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin 2017, [https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/forschung%2C-lehre-und-bildungsfoerdern-2476.html?PAGE=artikel\\_detail&artikel\\_id=360](https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/forschung%2C-lehre-und-bildungsfoerdern-2476.html?PAGE=artikel_detail&artikel_id=360) (18.10.2018).

<sup>2</sup> Jüngst wieder thematisiert in Thomas Sandkühler / Guido Lenkeit, „Exklusion durch historische Bildung? Fachlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland“, S. 225–254, in: *Geschichtsunterricht im 21. Jahrhundert. Eine geschichtsdidaktische Standortbestimmung*. Beihefte zur Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 17, Hrsg. v. Thomas Sandkühler u. a., Göttingen 2018.

Lehrgang für historisches Lernen in der Schule, der jüngst von Ulrich Baumgärtner vorgestellt wurde, ist die DDR, anders als der Nationalsozialismus, im 4. Lernjahr „Stationen der Demokratie in Deutschland“ nicht mehr präsent<sup>3</sup>. In den Curricula der westdeutschen Länder, präzierte Bongertmann, ist die DDR jedoch durchweg als Thema verankert, inwiefern sich das dann im Unterricht konkret widerspiegelt, sei eine andere Frage.

In den ostdeutschen Ländern zeige sich dagegen Untersuchungen zufolge eine Diskrepanz, oft ein Widerspruch, zwischen Schulbuch und familiär tradiert Erinnerung mit verklärendem Blick auf die DDR. Der Besuch von Gedenkstätten und -orten bezüglich der DDR stünde heute zu sehr im Schatten der Mahnungen zu Besuchen von Gedenkstätten zum Nationalsozialismus.

KATHARINA HOCHMUTH (Berlin) verlas daraufhin den Vortrag des verhinderten Jens Hüttmann. Ausgangspunkt hierfür war auch der festzustellende „historische Analphabetismus“, der sich aktuell unter anderem in Gleichsetzungen zwischen NSA und Stasi bei Schülerinnen und Schülern äußere. Der mangelnden Kenntnis über Ereignisse und Personen der DDR-Geschichte entspreche ein strukturelles Defizit der Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur und subtiler noch zwischen Personen- und Parteidiktatur. Mit Blick auf den Sozialstaat werde die Diktatur häufig als heile Welt dargestellt und dem vorherrschenden Narrativ die Dominanz der Stasi-Kritik vorgeworfen.

Die Gründe für diesen Missstand sind vielfältig, von den institutionellen Rahmenbedingungen des Geschichtsunterrichts bis zu den äußeren Einflüssen auf die Meinungsbildung der Jugendlichen. Hierfür sei die Schule also nur einer von mehreren Faktoren, aber trotzdem ein wichtiger, was sich jedoch im Status des Geschichtsunterrichts nicht widerspiegele: Ein bis zwei Wochenstunden Geschichtsunterricht seien definitiv zu wenig, die mangelnde Prüfungsrelevanz des Faches im System des Zentralabiturs deklassiere das Fach in seinem Stellenwert. Hinzu kämen spezifische Probleme durch einen ein ca. zehnjährigen Übergangsprozess nach der Wende sowie ein nach wie vor existierendes Defizit zu diesem Thema an der Universität. Demgegenüber gebe es

<sup>3</sup> Ulrich Baumgärtner, „Was sollen SchülerInnen wissen? Zu Inhalten und Themen im Geschichtsunterricht“, in: *Geschichtsunterricht im 21. Jahrhundert*, S. 113–130.

ausreichend Stoff in Schulbüchern und sonstigen Materialien, auch an Angeboten der Fortbildung fehle es nicht.

In der Unterrichtsrealität leide die Zeitgeschichte generell und darunter das DDR-Thema besonders am chronologischen Durchgang, wo es stets am Ende Engpässe gebe, denen dann die DDR-Geschichte prioritär zum Opfer falle. Man müsse sich überlegen, wie mehr Zeit für Zeitgeschichte und Demokratiebildung geschaffen werden könne, vielleicht durch eine stärkere Strukturierung in thematischen Längsschnitten. Im Gegensatz zu dieser beklagten Unterrichtsrealität würden 70-80 Prozent der Schülerinnen und Schüler durchaus gerne mehr über die DDR erfahren. Dies ließe sich auch mit Gegenwartsbezug wie den aktuellen populistischen Tendenzen verbinden (zum Beispiel „Wir sind das Volk“ damals und heute). Die Schuldzuweisung für den erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus an eine mangelnde Bildungsarbeit in Ostdeutschland sei überzogen.

Mehr Wissen alleine erzeuge auch nicht per se mehr Demokratiebewusstsein, vielmehr dürfe Demokratie nicht nur Gegenstand von Unterricht sein, sondern müsse auch im Prinzip des Lernens verwirklicht werden durch Multiperspektivität, Kontroversität und einer Bildung zur Kompetenz Kritikfähigkeit (kritische Urteilskraft nach Pandel).

KATHRIN KLAUSMEIER (Bochum) schloss daran an mit den Ergebnissen einer Untersuchung über die Vorstellungen angehender thüringischer Abiturient/inn/en (Jgst. 11) von der DDR (Geschichtsbewusstseinsforschung / Conceptual Change-Forschung) mittels durch eine quantitative Erhebung mittels Fragebogen sowie einige Einzelinterviews. Als Kontrollgruppe dienten thüringische Berufsschüler, außerdem führte sie explorativ eine ergänzende Umfrage in NRW durch. Die Untersuchung ist Gegenstand einer Dissertation, die kurz vor dem Abschluss steht.

Bei der freien Assoziation „DDR“ gaben 280 Befragte „Mauer“, 75 „Stasi“, 65 „Sozialismus“ an, was zunächst keine grundsätzliche „Weichzeichnung“ der DDR in der Bewertung ergab. Die Frage, inwiefern es positive Elemente der DDR für die heutige Zeit gebe, beantworteten 51,5 Prozent grundsätzlich mit ja und nannten dazu „Vollbeschäftigung“ (120), „Zusammenhalt“ (83), „einheitliches Bildungssystem“ (48). Dies entspricht weitgehend auch den Ergebnissen des Thüringen-Monitors

mit Ausnahme der dort genannten Gesundheitspolitik<sup>4</sup>.

Im Systemvergleich kam in der Untersuchung eine Idealisierung der Kinderbetreuung in der DDR zum Ausdruck, über den politischen Hintergrund (ideologische Indoktrinierung) war man sich offenbar nicht bewusst. Grundsätzlicher zeigte sich eine Vereinfachung in der Gegenüberstellung und ein Mangel an strukturgeschichtlichem Denken. Hier komme auch der Einfluss familiärer Erinnerung zum Tragen. Klausmeier verwies auch auf die Schroeder-Studie von 2008, wonach die DDR bei ostdeutschen Schülerinnen und Schülern als „ein Sozialparadies – keine Diktatur“ gesehen werde. Klausmeier machte dabei deutlich, dass das Problem im mangelhaften Verständnis von „Diktatur“ liege, so würde die DDR oft als „keine richtige Diktatur“ charakterisiert, weil dabei stets der Vergleich zur NS-Diktatur gezogen werde. So gab es auch mehr Regimegegner in der DDR als im NS.

Außerdem gebe es für den historischen Rückblick auch die Belastung durch den ständigen Vergleich mit der BRD, die als Erfolgsgeschichte dastehe. So stellt sich die Frage für den Unterricht nicht nur hinsichtlich der Demokratieerziehung, sondern, sozusagen als Kehrseite der Medaille, auch nach analytischen Diktaturkonzepten. Im seinem Fazit benannte Klausmeier Probleme wie die fehlende Begriffskompetenz der Schülerinnen und Schüler und die enge Verknüpfung der doppelten deutschen Diktatur. Daher seien Schwerpunktsetzungen zu überdenken, unterschiedliche Narrative zur DDR im Unterricht zu thematisieren und ein stärkeres Gewicht auf Strukturgeschichte zu legen.

FRANK HOFFMANN (Bochum) präsentierte anschließend Ergebnisse von Zeitzeugenbefragungen in einem auf den ersten Blick „exotisch“ anmutenden Kontext, nämlich von Befragungen ehemaliger DDR-Bürger, die seit längerem in Nordrhein-Westfalen leben. Die von der Ruhr-Universität Bochum durchgeführten über 300 Befragungen zum „Fluchtpunkt NRW“ betraf somit eine besondere Zeitzeugengruppe, die die DDR hinter sich gelassen hatte. Das Projekt in Zusammenarbeit mit und unter der Verantwortung der VOS<sup>5</sup> integrierte sich jedoch auch

<sup>4</sup> <https://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> (18.10.2018).

<sup>5</sup> VOS: Vereinigung der Opfer des Stalinismus – Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus <http://www.vos-ev.de/> (18.10.2018)

im Kontext der Schroeder-Studie sowie den KMK-Beschlüssen zur Demokratieerziehung seit 2009<sup>6</sup> und beinhaltet auch die Vermittlung von Zeitzeugen für Schulen unter wissenschaftlicher Begleitung (Vor- und Nachbereitung).

Hoffmann sprach dabei auch die Grundproblematik der Zeitzeugenschaft an. „Der Zeitzeuge ist der beste Freund und schlimmste Feind des Historikers“, wie es Wolfgang Wippermann 2016 im Paradox zum Ausdruck brachte<sup>7</sup>, sinnvolle Zeitzeugenschaft bedürfe der „Domestizierung des Zeitzeugen“, erklärte Hoffmann, ebenso wie die Schüler-schaft „professionalisiert“ werden müsse. Dazu gehören Standards wie Zuhören können und Fragen stellen. Der Wert der historischen Frage sei nicht zu überschätzen, erst im Dialog entstehe sinnvolle Zeitzeugenschaft. Er verwies dabei auf das Buch von Christiane Bertram<sup>8</sup>. Ein grundsätzliches Problem sei es aber auch für Schülerinnen und Schüler, Aussagen von Zeitzeugen in Frage zu stellen, dabei könne jedoch von Geschichte als Konstrukt deutlich werden. Deswegen sei die Vor- und Nachbereitung von Zeitzeugengesprächen unabdingbar.

In der Diskussion zu den Vorträgen ging es vor allem um die Befangenheit Ostdeutscher mit der DDR-Geschichte im gesamtdeutschen Kontext. Dabei wurde der aktuelle Hintergrund - Gegenwartsprobleme, Zukunftsängste – betont. Für die Bildung historischen Bewusstseins sei die Differenz zur Elternerfahrung entscheidend, inhaltlich der Diktaturvergleich ein Problem, auch offiziell werden die beiden deutschen Diktaturen nicht gleichgesetzt. Methodisch müsse die Leitlinie heißen: „Deduktiv urteilen, nicht induktiv eine Begriffsdefinition von Diktatur vermitteln“. Man dürfe die Zeitzeugen auch nicht als Lösung für alle Probleme betrachten, empirisch sei eine Wirkung von Zeitzeugen für die Bildung historischen Bewusstseins nicht nachgewiesen. Es gehe um die eigene Deutung, aber Ziel sei Kritik jenseits von Idealisierung und

<sup>6</sup> Demokratieerziehung (2009) und Erinnern für die Zukunft (2014), <https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-unterrichtsinhalte/demokratieerziehung.html>

<sup>7</sup> <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/geschichte-ohne-zeitzeugen/der-zeitzeuge-ist-der-beste-freund-und-schlimmste-feind-des-historikersnbs.html> (18.10.2018).

<sup>8</sup> Christiane Bertram, Zeitzeugen im Geschichtsunterricht. Chance oder Risiko für historisches Lernen? Eine randomisierte Interventionsstudie, Schwalbach/Ts. 2016.

Viktimisierung.

Die oft beklagte, fortbestehende „unsichtbare Mauer“ zwischen Ost- und Westdeutschland bestätigte sich im Panel auf eine eigene Weise im erinnerungskulturellen Bereich vor dem Hintergrund einer Identitätsfrage. Dies stellt gerade für das Unterrichtsfach Geschichte eine besondere Herausforderung dar, rechtfertigt jedoch keine pauschalen Schuldzuweisungen an den Unterricht. Vielmehr sind hier die spezifischen Aufgaben des Faches hinsichtlich Motivation, Kompetenzförderung, Multiperspektivität und einem adäquaten Einsatz von Zeitzeugen in besonderem Maße gefragt. Vor allem geht es dabei um die Stärkung der strukturgeschichtlichen Analysekompetenz, um vergleichend Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Diktaturen einerseits und Demokratie andererseits herauszuarbeiten.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Ulrich Bongertmann (Rostock) / Jens Hüttmann (Berlin)

Ulrich Bongertmann (Rostock): Moderation und Einführung – Wie geht es weiter mit der DDR-Geschichte?

Jens Hüttmann (Berlin): Der »Fall DDR« im Unterricht (vertreten durch Katharina Hochmuth)

Kathrin Klausmeier (Jena / Bochum): Vorstellungen thüringischer Jugendlicher von der DDR

Anna von Arnim-Rosenthal (Berlin): DDR-Geschichte interkulturell vermitteln (verhindert)

Frank Hoffmann (Bochum): Erfahrungen und Perspektiven zur Arbeit mit Zeitzeugen der DDR-Geschichte

Tagungsbericht *Wie geht es weiter mit der DDR-Geschichte im Geschichtsunterricht?* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 27.10.2018.

### **„Bedrohte Ordnungen“ – eine Kooperation des SFB 923 mit der Geschichtsdidaktik zur Verbindung von Fachwissenschaft und Unterricht**

**Von:** Ulrike Denne, Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung,  
Rottweil

„Gesplante Gesellschaften“ – angesichts der aktuellen wie gesellschafts-  
politischen Relevanz des Themas überrascht, dass auf dem 52. Historikertag nur vier geschichtsdidaktische Sektionen angeboten wurden. Zwei davon überschritten sich zeitlich und eine davon bestand nicht einmal zur Hälfte aus geschichtsdidaktischen Vorträgen. Dass gerade diese Sektion mehr als anregend und innovativ war sowie Wege der Vermittlung der zu Recht eingeforderten historischen Orientierungskompetenzen von Schüler\*innen aufzeigte, liegt an der zielführenden und erkenntnisreichen Kooperation zwischen Universität und Gymnasialseminar Tübingen, deren bisherige Ergebnisse nach den jeweiligen Einführungsvorträgen in zwei Themenblöcken präsentiert wurden.

Prägnant gelang DENNIS SCHMIDT (Tübingen) die Einführung in das Forschungsdesign des Tübinger SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“<sup>1</sup>. Zu Beginn der systematisch-interdisziplinären Forschungen habe die Analyse der Bedrohungskommunikation im Vordergrund gestanden: Akteur\*innen kommen zu der Überzeugung, dass ihre Ordnung bedroht sei. „Ordnungen“ schaffen laut Definition des SFB für Individuen, Gruppen und Gesellschaften eine Erwartungssicherheit und eröffnen Handlungsoptionen. Sie strukturieren den Alltag, sind variabel und dynamisch. Führt die Veränderung zur Verunsicherung und zum Verlust an Handlungsoptionen, ist die Ordnung „bedroht“. Gelingt es den Akteur\*innen, eine konkrete Bedrohungsursache zu benennen und diese zu kommunizieren, etabliert sich eine „Bedrohungskommunikation“. Diese mobilisiert und sensibilisiert für Handlungsempfehlungen. Seit 2015 fokussieren sich die vielfältigen Teilprojekte des Sonderforschungsbereichs auf praxeologische Fragen, um die vier langfristigen Forschungsziele – Historisierung aktueller Krisendiagnostik, Untersuchung der Modi sozialen Wandels, Erneuerung der Raum- und Zeitkate-

gorien der Sozial- und Kulturwissenschaften und Grundlagenreflexion in den Sozial- und Kulturwissenschaften unter den Bedingungen der Globalisierung – zu erreichen. Die Analysen orientieren sich am Prozess des re-ordering in Gesellschaften und sozialen Gruppen: An dessen Anfang stehe die Diagnose der Bedrohung, die über eine Selbstalarmierung zur Mobilisierung der Menschen führe und in enger Wechselwirkung zu praktischen Konsequenzen stehe. Die Handlungen werden in der Reflexion an die Diagnose rückgebunden.

ROLAND WOLF (Tübingen) eröffnete Perspektiven aus der Kooperation für einen Geschichtsunterricht, der sich gegenwärtigen Krisen und „Bedrohungen“ historisch-genetisch wie analytisch stellen muss, um Schüler\*innen beispielsweise historische Orientierungskompetenzen zu vermitteln. Zwei Anknüpfungspunkte seien zentral: zum einen die Relevanz der Thematik für Gegenwart und Lebenswelt der Schüler\*innen, zum anderen die Möglichkeit, Historisch Denken Lernen zu vermitteln. Dass die Quellen und die Konzepte, die der Sonderforschungsbereich Geschichtslehrenden und Seminausbildender\*innen zur Verfügung stellt, den Geschichtsunterricht innovieren, zeigte Wolf exemplarisch auf. Der Mehrwert der erschlossenen Quellen bestünde darin, dass sie Akteur\*innen aus allen Schichten sprechen ließen, die Sprache stark emotional und für Schüler\*innen hinsichtlich einer Analyse motivierend wie fordernd sei. Mit dem Modell der Bedrohungskommunikation stehe dafür ein effektives Instrument zur Verfügung. Die Grundstruktur folgt dem Aufbau „Erfassung des Status Quo“, „Entwurf eines bedrohlichen Szenarios“ und „Handlungsempfehlungen zur Bewältigung“, die sich kritisch hinterfragen lassen. Als geeignete fachspezifische Verfahren sind „Fallbeispiel“, „historischer Vergleich“ und „Längsschnitt“ anzusehen. Dieses Lehrkonzept konkretisierte Wolf an dem Thema „Hungerkrisen“, aufgezeigt an Quellen zur Hungersnot der 1570er-Jahre und Günter Grass' genozidaler Verknüpfung von Auschwitz und Biafra in seinem Appell an die Bundesregierung von 1968<sup>2</sup>.

<sup>2</sup> Aus der Kooperation des SFB 923 mit dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasium) Tübingen in der ersten Förderphase entstand der Sammelband von Dennis Schmidt / Johanna Singer / Roland Wolf (Hrsg.), „Bedrohte Ordnungen. Konzepte, Materialien und Arrangements für den Geschichtsunterricht“, Frankfurt am Main 2018 mit fachwissenschaftlicher Aufarbeitung, Quellenzusammenstellungen und geschichtsdidaktischen Überlegungen.

<sup>1</sup> <https://www.sfb923.uni-tuebingen.de> (12.10.2018).

Das auch begrifflich für Schüler/innen zugängliche Modell der Bedrohungskommunikation lasse sich selbst als Methode einer Quellenanalyse einführen. Anschlussmöglichkeiten der Forschungsergebnisse und Quellenerschließung aus dem Sonderforschungsbereich an bundesrepublikanische Lehrpläne seien vielfältig und in allen Kompetenzbereichen gegeben.

GEORG SCHILD (Tübingen) konzentrierte sich auf die Interdependenz von Bedrohung und Bedrohungswahrnehmung in der Öffentlichkeit anhand dreier zentraler Quellen zu Beginn des Kalten Krieges (Kennans „Langes Telegramm“ vom Februar 1946, der Truman-Doktrin vom März 1947, des Memorandums NSC 68 vom April 1950). Schilds These lautet: „Bedrohungen werden durch Bedrohungswahrnehmung erzeugt.“ Zeitgenossen konnten den Beginn des Kalten Krieges nicht fühlen, existenziellere Probleme bestanden. Gleichsam sorgte sich Amerika um Europa und verglich die Zustände dort mit denjenigen im 8. Jahrhundert (Islamisierung). Apokalyptische Zustände mit Pest und Hungersnöten oder die Ausbreitung von Kommunismus wurden befürchtet. In diesem historischen Kontext erkläre Kennan in seinem Telegramm für die US-Regierung das Verhalten Russlands. In einer „simplen Weltsicht“ erläutere Kennan, dass das kommunistische Russland verunsichert gegenüber „Ausländern“ sei und ihm freundlich gesinnte Länder unterstütze. Eine friedliche Politik der Eindämmung sei ein geeignetes Problemmanagement, gleichwohl bewerte Kennan den Konflikt als unterhalb der Kriegsschwelle, wenn er russische „military plans“ erwähne. Die Politik der Eindämmung sei eine Verteidigungshaltung. Trumans Rede im Kongress gehe einen Schritt weiter, sie spiele auf die Möglichkeit eines militärischen Konfliktes zwischen der westlichen Welt der Freiheit und der kommunistischen in Terror und Unterdrückung an. Die Vereinigten Staaten müssten sich für den Weltfrieden einsetzen. Das Dokument NSC 68 entsprang dem politischen Klima der Ersten Berlinkrise sowie der Zündung der russischen Atombombe im August 1949. Der Westen habe zwar keinen Krieg gewollt, habe für die Freiheit der Zivilisation kämpfen müssen. Ein enormes Aufrüstungsprogramm war die Folge, welches durch den Beginn des Koreakrieges bestätigt schien. Schilds Fazit lautet, dass in einem sich selbst verstärkenden Prozess Bedrohungsvorstellungen und Ängste geweckt wurden, die

militärisches Aufrüsten einforderten. Die Selbstalarmierung – die Bevölkerung der USA und Westeuropas habe der Bedrohungsdiagnose der Regierungen weitgehend zugestimmt – der einen Seite habe bei der Gegenseite zu Ängsten geführt, auf die auf gleiche Art und Weise, durch Aufrüsten, reagiert wurde. Wenn man die Funktionsweise von Bedrohungskommunikation erkenne, lasse sich diese auch kontrollieren – diesen „Denkanstoß“ gab Schild dem Publikum im Hörsaal angesichts aktueller Beispiele (Nordkorea, Trump) mit.

Einen innenpolitischen Bedrohungsdiskurs zur Zeit des Vietnamkrieges mit Auswirkungen auf die US-Außenpolitik analysierte ROMAN KRAWIELICKI (Tübingen). Im „Jahrzehnt der amerikanischen Albträume“ (1970er-Jahre) habe der Vietnamkrieg eine innenpolitische Dynamik ausgelöst, die zu einem In-Frage-Stellen von US-amerikanischer Innen- und Außenpolitik geführt habe. Die „amerikanische Ordnung war bedroht“. Ein Blick auf den Prozess des re-ordering aus Sicht der Neokonservativen erhellte den damaligen innenpolitischen Bedrohungsdiskurs und seine Folgen für die amerikanische Außenpolitik. Nach einem historischen Abriss über die Formierung der Neokonservativen ging Krawielicki auf die Zeit der Détente-Politik Nixons ein. Die Neokonservativen sympathisierten 1972 mit McGovern, Nixon wurde wiedergewählt. Unter Senator Jackson gründeten sie noch 1972 die „Coalition for democratic majority“ (CDM). Nixon sei bei den ABM-Verhandlungen, die auf ein Blockieren des technischen Fortschritts der USA abgezielt hätten, „über den Tisch gezogen“ worden. Das parteiübergreifende „Committee on the Present Danger“ (CPD), gegründet im März 1976, zu dessen Mitgliedern auch Ronald Reagan zählte, verglich die Aufrüstung der Sowjetunion in den 1970er-Jahren mit derjenigen Deutschlands in den 1930er-Jahren des 20. Jahrhunderts – „eine überzogene Einschätzung“ hinsichtlich des tatsächlichen wirtschaftlichen und militärischen Bedrohungspotentials. Unter Carters „wertschätzender“ Außenpolitik, die nicht frei von Zugeständnissen (z.B. NATO-Doppelbeschluss) gewesen sei, sollte das SALT II-Abkommen unterzeichnet werden. Mit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan (1979) schienen die Neokonservativen Recht zu behalten: der Kongress setzte die Unterzeichnung des Vertrages aus, Reagan gewann die US-Präsidentenwahl. Die Ordnung aus Sicht der Neokonservativen schien wiederhergestellt. Mit

einem Ausblick auf den außenpolitischen Umschwung der 1980er-Jahre unter Reagan beendete Krawielicki seinen Vortrag.

ANDREA KIMMI-BÜHLER (Tübingen) konzentrierte sich auf zwei Bereiche der geschichtsdidaktischen Überlegungen zur Integration der Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich: auf die Arbeit mit schriftlichen Quellen zum Thema „Kalter Krieg“ und auf die Chancen für den Geschichtsunterricht in Bezug auf dessen Strukturen, Entwicklungen und Wesenszüge sowie den Gegenwarts- und Lebensweltbezug. Anhand des SFB-Modells der Etablierung von Bedrohungskommunikationen analysierte Kimmi-Bühler Trumans (1947) und Carters Rede (1977) sowie das Gründungsmanifest der CPD (November 1976). Kimmi-Bühler gelang die schlüssige Übertragung wissenschaftlicher Analyseergebnisse auf die Praxis des Geschichtsunterrichts. Beispielsweise stelle Truman den Status Quo so dar, dass jede Nation zwischen Freiheit und Unterdrückung wählen könne. Das Bedrohungsszenario der bedrohten Freiheit führe zur Handlungsempfehlung. Die USA müsse bedrohte Völker unterstützen, wobei die Zeitdimension nahe lege, dass ein Zögern verhindert werden müsse. Chancen für den Geschichtsunterricht mit der „Bedrohungsszenario-Brille“ ergeben sich laut Kimmi-Bühler in der Vereinfachung komplexer Schemata wie Synopsen oder Fieberkurven zu Phasen des Kalten Krieges. Graphisch ließen sich Entwicklungen im Kalten Krieg als gegenseitige Verstärkungen beider Seiten darstellen, wenn man die Aspekte der Bedrohungswahrnehmung, der Bedrohungskommunikation sowie der Etablierung der Bedrohungskommunikation und den daraus folgenden Handlungszwängen erfasse. Wesenszüge des Kalten Krieges ließen sich in der problemorientierten Fragestellung „Der Kalte Krieg – Geschichte der Bedrohung oder der Bedrohungskommunikation?“ untersuchen und diskutieren. Flüchtlingskrise, Klimawandel, soziale Schere, Wohnungsnot oder EU-Krise – die Untersuchung historischer Bedrohungskommunikation schaffe den Gegenwarts- und Lebensweltbezug für Schüler/innen, die für diese sensibilisiert werden und heutigen Populismus dekonstruieren lernen. Die Kooperation mit dem SFB 923 biete „viel für die Arbeit mit Schüler/innen“.

JOHANNA SINGER (Tübingen) eröffnete den zweiten Themenblock. Sie stellte zentrale Ergebnisse ihrer Dissertation über armutsbedingte Erwerbstätigkeit adliger Frauen im Kaiserreich vor. Sowohl in Preußen

als auch in Württemberg habe der Zwang zur Erwerbstätigkeit über 40 Prozent adliger Frauen betroffen. Die Biographien und Zeugnisse entlarven die Befindlichkeiten der Frauen. Adlige Frauen seien per se zur Ehe bestimmt. Das damalige Erbrecht – finanzielle Mittel wurden für die Karriere der Söhne verwendet – und die daraus resultierende Verarmung machte die armen adligen Frauen für den Heiratsmarkt unattraktiv. Singer suchte nach Restriktionen und Chancen der Armutsbewältigung in dieser erzwungenen Arbeitswelt. Schlechte Bezahlung und fehlende soziale Absicherung ergaben sich dadurch, dass die adligen Frauen unvorbereitet und plötzlich in einen Lebensabschnitt als Erzieherinnen oder Gesellschafterinnen treten mussten. Erst im Zuge der Frauenbewegung eröffneten sich ab 1900 neue Berufe als Lehrerin, Telefonistin oder Krankenschwester. Vorurteile und Diskriminierungen führten gar zum Ablegen des Adelstitels durch die Frauen. „Kämpferinnen für die Emanzipation“ finde man aber nicht.

ROLAND WOLF (Tübingen) stellte zur Armutsfrage Bezug nehmend Überlegungen für den Geschichtsunterricht an. Über biographische Verfahrensweisen könnten Schüler/innen beispielsweise für die Thematik sensibilisiert werden, zumal eindringliche Formulierungen in den Quellen – Schüler/innen kennen gegenwärtige Adlige – provozierend wirken könnten. Ein anderer Zugang könnte in der Kontrastierung zur Arbeiterbewegung – den adeligen Frauen fehle das „Protestpotential“ (Singer) – liegen. Bildliche Zeugnisse wie „Der Streik“ von Robert Köhler (1888) zeigen vor Augen, dass adlige Frauen „so nicht (reagieren)“. Gegenwartsbezüge ließen sich in der Erfassung der Risikofaktoren für Armut – Geschlecht, Krankheit, Alter oder Adel? – herstellen.

Ein Diskussionsaspekt ging um die Abgrenzung der Begriffe „Krise“ und „Revolution“ zum Begriff der „Bedrohten Ordnung“. Nicht jede Krise sei, so Krawielicki, eine bedrohte Ordnung (z.B. „Club of Rome“ in den 1970er-Jahren). Gerade in Diskursen wie zur „Globalisierung“ sei interessant, wer wie die Deutungshoheit gewinne. Der Begriff der „Bedrohung“, hier waren sich die Geschichtsdidaktiker/innen und -lehrenden einig, ist für Schüler/innen greifbarer und könnte in Unterricht und Lehrplänen zusammen mit Modell und Instrumentarium des re-ordering-Prozesses implementiert werden. Dass in den Vorträgen

des ersten Themenblocks vornehmlich klassische Quellen zum Einsatz gekommen seien, liege daran, dass man bewusst auf diese zurückgegriffen habe, um das neue Instrumentarium an bekannten Konflikten und Quellen durchzuspielen, so Schild. Gewonnen hätte das Durchspielen des Bedrohungsszenarios zu Beginn des Kalten Krieges sicher durch den Einbezug von Quellen aus sowjetischer Sicht oder der Sichtweise der Blockfreien Staaten. Für Geschichtslehrerinnen und -lehrer könnte insbesondere die Umsetzung eines der anvisierten Ziele einer dritten Förderphase des SFB, nämlich der Ausbau der virtuellen Fallbeispiele<sup>3</sup> zu einer Schulplattform, gewinnbringend sein.

Der kürzlich veröffentlichte Welthunger-Index 2018<sup>4</sup>, der das Erreichen von Goal 2 (2015): „Zero Hunger“ bis 2030 in weite Ferne rücken lässt, muss Bildungsplankommissionen und Geschichtslehrenden den Blick auf globale Probleme öffnen, die im Geschichtsunterricht Raum gewinnen sollten. Und da bietet ein Betrachten historischer Konflikte und Phänomene mit der „Bedrohungs-Brille“ ein fundiertes wie handhabbares Instrumentarium. Die auch in Struktur der Sektion und Verzahnung der Vorträge überzeugende Kooperation zwischen Tübinger Universität und Seminar bot mehr als einen „Denkanstoß“ für Geschichtswissenschaftler/innen und -didaktiker/innen. Neben dem Wunsch, die eurozentrische Brille abzusetzen, bietet die Analyse historischer Bedrohungsszenarien ein hohes wissenschaftliches wie unterrichtliches Potential, insbesondere auch die Szenarien, die Problemlösungs- und Deeskalationswege eröffnen. Schlussendlich stellt sich auch die Frage, warum die Fachwissenschaft selbst die Ergebnisse des SFB 923 nur spärlich rezipiert.

### Sektionsübersicht:

Roland Wolf (Sektionsleiter)

Dennis Schmidt (Tübingen): Einführung in den SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“

<sup>3</sup> <https://www.bedrohte-ordnungen.de> (12.10.2018).

<sup>4</sup> <http://www.globalhungerindex.org/de/> (12.10.2018).

Roland Wolf (Tübingen): Wissenschaft und Unterricht - Analyse des geschichtsdidaktischen Potenzials des SFB

Roman Krawielicki (Tübingen): „Sounding the tocsin“ – Neokonservative Bedrohungskommunikation im „Jahrzehnt der Alpträume“

Georg Schild (Tübingen): Bedrohungswahrnehmungen im Kalten Krieg

Andrea Kimmi-Bühler (Tübingen): Ein geschichtsdidaktisches Unterrichtskonzept zum Thema „Kalter Krieg“

Diskussion

Johanna Singer (Tübingen): „... gezwungen in einem Berufe mich auszubilden“ - Armutsbedingte Erwerbstätigkeit adliger Frauen im Deutschen Kaiserreich

Roland Wolf (Tübingen): Möglichkeiten des unterrichtspraktischen Zugangs zum Thema „Armer Adel“ und den Materialien

Diskussion

Tagungsbericht „Bedrohte Ordnungen“ – eine Kooperation des SFB 923 mit der Geschichtsdidaktik zur Verbindung von Fachwissenschaft und Unterricht. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 27.10.2018.

---

### Werte und Werteerziehung im Geschichtsunterricht?!

**Von:** Jochen Pahl / Christoph Wilfert, Historisches Institut, Universität zu Köln

„Aussagen zum Historischen sind immer auch Aussagen über ‚uns‘ und über ‚die‘, über Wertigkeiten und Hierarchien, über die richtige und die falsche Seite, über erfolgreiche Wege und hoffnungslose Sackgassen.“<sup>1</sup> Entsprechend gilt auch für den Geschichtsunterricht, dass die dortige

<sup>1</sup> Achim Landwehr, Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie, Frankfurt am Main 2016, S. 200.

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit niemals „wertfrei“ erfolgen kann. Stets spielen die persönlichen Wertpräferenzen und Werthaltungen der am Unterricht beteiligten Akteure eine Rolle. Wenn also im Titel der Sektion die Frage nach Werten und Werteerziehung im Geschichtsunterricht gestellt wird, dann geht es nicht darum, zu klären, wie eine von außen an den Geschichtsunterricht herangetragenen „Moralisierung“ der dort verhandelten Inhalte gelingen kann, sondern vielmehr darum, wie mit den immer schon vorhandenen werthaltigen Aspekten historischen Denkens im Rahmen des Unterrichts umzugehen ist.

Dass sich mit dieser Frage aktuell ganz unterschiedliche Herausforderungen verbinden, darauf verwies FRANK SCHWEPPENSTETTE (Köln) im Rahmen seiner Einleitung. So führe die Vielfalt möglicher Wertorientierungen in der gegenwärtigen Gesellschaft dazu, dass Schülerinnen und Schüler den im Geschichtsunterricht verhandelten Themen zunehmend mit unterschiedlichen Werthaltungen und Wertpräferenzen begegneten. Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer seien daher vor die Aufgabe gestellt, mit dieser Wertepluralität im Hinblick auf das historische Lernen produktiv umzugehen. Darüber hinaus gewinne aber auch die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten einer gezielten Vermittlung bestimmter, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt als unverzichtbar erachteter Basiswerte (wieder) an Bedeutung. Gerade für den Geschichtsunterricht lasse sich angesichts der aktuellen politischen Rahmenbedingungen in Deutschland, Europa und der Welt diskutieren, welchen spezifischen Beitrag dieser zur Demokratie- und Menschenrechtserziehung und der Vermittlung damit verbundener Grundwerte leisten könne.

Zusammengefasst ließen sich Schweppenstettes Ausführungen somit als ein Plädoyer für die Wiederaufnahme und Aktualisierung der bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren geführten Debatte über den Umgang mit Werturteilen im Geschichtsunterricht verstehen.<sup>2</sup> Schon damals bewegte sich die Diskussion im Spannungsfeld unterschiedlicher Lernziele: zum einen der Befähigung zu einer selbständigen, den subjektiven Wertpräferenzen von Schülerinnen und Schülern verpflich-

teten historischen Urteilsbildung und zum anderen der Erziehung zu bestimmten, in der Gesellschaft als verbindlich anerkannten Werthaltungen. Die Vorträge der Sektion griffen diese Lernzielsetzungen aus unterschiedlichen Perspektiven wieder auf. Während HOLGER THÜNEMANN (Köln) die Befähigung zur selbständigen historischen Werturteilsbildung vornehmlich aus einer theoretisch-analytischen Perspektive betrachtete, stellte FRANK HOFFMANN (Hagen) diesbezüglich konkrete unterrichtspragmatische Überlegungen an. OLIVER PLESSOW (Rostock) schließlich fokussierte auf den Aspekt der Wertevermittlung und setzte sich in diesem Zusammenhang mit Angeboten der non-formalen historischen Bildung auseinander.

Eröffnet wurde die Sektion von HOLGER THÜNEMANN (Köln). Bezugnehmend auf grundlegende geschichtstheoretische Positionen zur Bedeutung von Werten und Normen im Prozess historischen Denkens identifizierte er im ersten Teil seines Vortrags die Befähigung zur selbständigen historischen Werturteilsbildung als eine zentrale Aufgabe des Geschichtsunterrichts. Werturteile, so erläuterte Thünemann, ließen sich als konstitutive Bestandteile historischen Denkens nicht künstlich aus historischen Lehr-/Lernprozessen heraushalten. Je weniger Aufmerksamkeit der Reflexion dieser Dimension historischen Denkens im Geschichtsunterricht geschenkt werde, desto eher liefen historische Lehr-/Lernprozesse Gefahr, der Übernahme und/oder Bestätigung unreflektierter „Vor-Urteile“ Vorschub zu leisten. Entsprechend müsse es im Geschichtsunterricht darum gehen, Schülerinnen und Schüler für die Bedeutung von Werten und Normen im Prozess historischen Denkens zu sensibilisieren und sie zu befähigen, historische Werturteile auf der Basis einer diskursiven, verschiedene Standpunkte und Perspektiven einbeziehenden Argumentation selbständig zu bilden.

Eben dieser diskursiv-reflektierende Umgang mit Werturteilen sei es aber, der empirischen Untersuchungen zufolge aktuell noch zu wenig Beachtung finde. So deuteten zum Beispiel Ergebnisse der geschichtsdidaktischen Schulbuchforschung, die Analyse von Prüfungsaufgaben und Schülerleistungen oder auch Befunde der fachspezifischen Unterrichtsforschung auf eine „Marginalisierung historischer Werturteilsbildung“ im Geschichtsunterricht hin. Die genauen Gründe hierfür gelte es empirisch weiter zu erforschen. Allerdings sei zu vermuten, dass in

<sup>2</sup> Vgl. zu dieser Debatte u.a. Joachim Rohlfes, Objektivität und Parteilichkeit im Geschichtsunterricht, in: Hans Süssmuth (Hrsg.): Geschichtsdidaktische Positionen. Bestandsaufnahme und Neuorientierung, Paderborn 1980, S. 337-381.



diesem Zusammenhang nicht zuletzt die wenig einheitliche Verwendung des Werturteilsbegriffs in der geschichtsdidaktischen Literatur eine Rolle spielen.

Den zweiten Teil seines Vortrags widmete Thünemann vor diesem Hintergrund Überlegungen zu einer Präzisierung des Werturteilsbegriffs. Ausgehend von der Gegenüberstellung verschiedener in der geschichtsdidaktischen Literatur aufzufindender Definitionen, zeigte er, dass sich diese zwar nicht grundsätzlich widersprechen, wohl aber unterschiedliche Aspekte in den Mittelpunkt rücken. Thünemann plädierte daher für eine Ausschärfung des Werturteilsbegriffs auf zwei Ebenen. Zum einen sei es – gerade mit Blick auf das historische Lernen von Schülerinnen und Schülern – hilfreich, eine analytische und eine synthetische Dimension historischer Werturteile zu unterscheiden. Während es in synthetischer Hinsicht darum gehen müsse, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, selbständig und reflektiert eigene Werturteile zu bilden, komme es in analytischer Perspektive darauf an, den Lernenden einen kritisch-reflexiven Umgang mit bereits gebildeten historischen Werturteilen zu ermöglichen. Dieser analytische Umgang mit Werturteilen verdiene im Geschichtsunterricht insofern besondere Beachtung, als Schülerinnen und Schüler in ihrem Alltag nahezu täglich (in Politik, Kultur, Unterhaltungsmedien etc.) mit werthaltigen Aussagen über historische Ereignisse und Entwicklungen konfrontiert seien.

Als zweite Differenzierung des Werturteilsbegriffs schlug Thünemann eine Unterscheidung von primär vergangenheitsbezogenen „Valenzurteilen“ und eher gegenwartsorientierten „Relevanzurteilen“ vor. Valenzurteile, so erläuterte Thünemann, brächten zunächst nur eine wertende Stellungnahme gegenüber Phänomenen der Vergangenheit zum Ausdruck. Relevanzurteile hingegen verdeutlichten – ausgehend von solchen Valenzurteilen – die Bedeutung dieser Phänomene für die Gegenwart und Zukunft. Beide Urteilstypen bzw. -dimensionen griffen in historischen Werturteilen ineinander und ermöglichten in ihrem Zusammenwirken schließlich Orientierung in der Gegenwart. Neben dem analytischen und heuristischen Mehrwert, den diese Unterscheidung für die geschichtsdidaktische Forschung bereitzuhalten vermag, dürfte sie gerade auch im Hinblick auf die Praxis des Geschichtsunterrichts von Nutzen sein. Die begriffliche Differenzierung von Valenz- und Relevanz-

urteilen macht deutlich, dass sich die historische Werturteilsbildung im Geschichtsunterricht keinesfalls darin erschöpfen sollte, vergangene Ereignisse und Entwicklungen aus einer gegenwärtigen Perspektive heraus bloß als „gut“ oder „schlecht“ zu bewerten. Vielmehr gilt es, diese Bewertung stets mit der Frage nach der Bedeutung eben dieser Ereignisse und Entwicklungen für die gegenwärtige Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler zu verknüpfen. Denn nur so können die Lernenden erfahren, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Geschichtsunterricht kein Selbstzweck ist, sondern dazu dient, ihnen eine mündige Teilhabe an gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskursen über Geschichte und der damit verbundenen Aushandlung historisch-kultureller Orientierung zu ermöglichen.

Im zweiten Vortrag der Sektion thematisierte OLIVER PLESSOW (Rostock) die Wertevermittlung durch außerschulische Bildungsträger als eine mögliche Alternative zur Werteerziehung im Geschichtsunterricht. Dabei legte er den Fokus auf „Wege und Widrigkeiten in der non-formalen historischen Bildung“. Mit „non-formaler“ Bildung umriss Plessow den gezielten, organisierten und institutionalisierten Bereich der Geschichtsaneignung, der sich zum einen von der staatlich verantworteten „formalen“ Bildung und zum anderen von der „informellen“, das heißt unregelmäßigen und nicht-strukturierten Bildung abgrenzen lasse, die zum Beispiel in familiärer Sozialisation stattfindet. Zugleich lasse sich der Begriff „non-formal“ auch historisch verorten – im Kontext der Entwicklungspolitik der 1970er-Jahre, die sich noch als „Entwicklungshilfe“ verstand, sollten Potentiale für Bildungschancen jenseits der als defizitär erachteten staatlichen Möglichkeiten mobilisiert werden. Plessow identifizierte eine Reihe von Bildungsträgern aus dem Bereich der politischen Bildung und der freien Jugendarbeit, die sich der Geschichte bedienen, um Wertebildung zu betreiben. Zu den bekanntesten zählte er etwa die Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste oder den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, aber auch die Nachwuchsorganisationen der politischen Parteien.

Am Beispiel der Berliner Kreisau-Initiative machte Plessow idealtypische Ausprägungen der non-formalen historisch-politischen Bildungsarbeit aus. So sei zum einen eine Fokussierung auf Themen der Zeitgeschichte zu erkennen. Des Weiteren stehe die Dimension des

Politisch-Gesellschaftlichen im Vordergrund, während Fragen nach individuellen ethischen Entscheidungen im Alltagsleben weniger stark berührt würden. Auch die Vermittlungswege im non-formalen Bereich historischer Bildung ließen Besonderheiten erkennen. So ermöglichten Wochenendseminare oder projektförmige Lernsettings eine besondere Intensität der Auseinandersetzung mit den jeweils verhandelten historischen Themen. In Verbindung mit dem emotionalen Einfluss des Gruppenerlebnisses könnten Lerneinheiten mit klarer Wertbindung somit als besonders sinnvoll erfahren werden.

Plessow wollte dennoch das non-formale historische Lernen nicht als Königsweg der Wertevermittlung charakterisieren. Zu den im Vortrags-titel angekündigten Widrigkeiten zählte er erstens ein doppeltes Empiriedefizit. So sei es zum einen schwierig festzulegen, wie sich Erfolg und Qualität der Wertevermittlung in historischen Lehr-Lernsituationen überhaupt bestimmen und überprüfen lassen. Zum anderen lägen angesichts der Heterogenität des Feldes kaum empirische Befunde vor, ob non-formale Bildungsangebote bzgl. der Vermittlung von Werthaltungen „effektiver“ Lernergebnisse erzielten als beispielsweise der Geschichtsunterricht. Und zweitens ließen sich bei den von ihm skizzierten, meist auf freiwilliger Teilnahme beruhenden Bildungsaktivitäten Tendenzen zur Milieubindung erkennen. Ein bildungsbürgerlicher Hintergrund der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sei wohl überproportional stark auszumachen. Dies lasse bei den Lerngruppen eine höhere individuelle Eigenmotivation und wohl auch die Neigung zur Selbstvergewisserung ohnehin schon vorhandener Werthaltungen vermuten. Kritisch äußerte sich Plessow bezüglich der im Vergleich zur schulischen Bildung eingeschränkten Möglichkeit, die tatsächliche Demokratietreue von Akteuren der politischen Bildung zu kontrollieren. Er problematisierte dabei auch, dass der non-formale Bildungsbereich strukturell auf finanzielle Förderungen privatwirtschaftlicher oder staatlicher Herkunft angewiesen sei und deshalb leicht mit dem Vorwurf der „Pseudo-staatsferne“ oder „Pseudounabhängigkeit“ konfrontiert werden könne. Resümierend skizzierte Plessow Potentiale für die Zusammenarbeit der Akteure aus schulischem und non-formalem Bereich. Hier verwies er auf die Produktion passgenauer Angebote für Schulen (zum Beispiel Unterrichtsmaterialien und Ausstellungen) und die Entwicklung von

Weiterbildungsangeboten für Lehrkräfte.

Den Abschluss der Sektion bildete der Vortrag von FRANK HOFFMANN (Hagen). Der Fachseminarleiter am Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung in Hagen stellte eine Konzeption für Unterrichtserien vor, die darauf abzielen, durch systematische Analysen historischer Narrationen die historische Werturteilskompetenz von Schülerinnen und Schülern zu fördern. Aus geschichtsdidaktischer Perspektive, so Hoffmann, gehe es im Geschichtsunterricht nicht in erster Linie um die Vermittlung von Werten oder die Erziehung zu Werten, sondern um die Befähigung *zum* Werten. Diese Fähigkeit könne sowohl durch synthetische (Verfassen eigener historischer Narrationen auf der Grundlage von Quellenarbeit) als auch analytische (Interpretation historischer Narrationen) Lernverfahren gezielt ausgebaut werden. Beide seien indes gleich komplex im Hinblick auf die kognitiven Herausforderungen für die Lernenden. Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildeten die bereits im ersten Vortrag angesprochenen empirischen Befunde, die dem Geschichtsunterricht Defizite im Bereich historischer Werturteilsbildung attestieren.<sup>3</sup>

Das von Hoffmann vorgestellte unterrichtspraktische Setting für die Sekundarstufe II stellte die diachrone Analyse historischer Narrationen ins Zentrum. Inhaltlich sollten dabei sogenannte „Schlüsselereignisse der neueren deutschen Geschichte“ behandelt werden. Unter „historischen Schlüsselereignissen“ verstand Hoffmann Inhalte, die in den meisten Curricula der Bundesländer obligatorisch aufgeführt werden und auch intensiv und regelmäßig wiederkehrend im geschichtskulturellen und geschichtswissenschaftlichen Diskurs auftauchen. Exemplarisch verdeutlichte Hoffmann am Beispiel der Revolution von 1848/49, wie er „lernförderliches Textmaterial“ für die von ihm vorgeschlagenen Narrationsanalysen identifiziert. Vor allem ältere geschichtswissenschaftliche Darstellungen wiesen meist offen und deutlich formulierte Wertungen auf, die im Vergleich zu aktuellen geschichtswissenschaftlichen Veröffentlichungen fremdartig anmuteten. So werde durch den diachronen Vergleich von Darstellungen der Wandel von Wertvorstellungen beson-

<sup>3</sup> Explizit nannte Hoffmann: Bernd Schönemann / Holger Thünemann / Meik Zülsdorf-Kersting, Was können Abiturienten? Zugleich ein Beitrag zur Debatte über Kompetenzen und Standards im Fach Geschichte. 2. Aufl., Berlin 2011.

ders augenfällig und die Zeit- und Wertgebundenheit der Deutung und Bewertung geschichtlicher Ereignisse werde leichter fassbar. Gerade diese Erkenntnis der Historizität von Darstellungen könne zum Ausgangspunkt der Förderung historischer Werturteilskompetenz werden.

Abschließend skizzierte Hoffmann am konkreten Beispiel von älteren Geschichtsdarstellungen zur Revolution von 1848/49, wie sich Überlegungen zu „didaktischer Reduktion“ und „lernunterstützenden Maßnahmen“ praktisch umsetzen lassen. Komplexitätsreduktion könne vor allem durch eine Fokussierung auf moralisch-normative Wertungen bei der Narrationsanalyse gelingen, andere Kriterien könnten mit Blick auf eine Förderung der Werturteilskompetenz vernachlässigt werden.<sup>4</sup> Zudem könne der Lernprozess durch verschiedene Formen des Scaffolding (zum Beispiel Textannotationen, Begriffserklärungen und textbegleitende Informationen) auf sprachlicher Ebene entlastet werden. Mit dem zuversichtlichen Fazit, dass die auf diesem Wege gewonnenen Einsichten die Schülerinnen und Schüler auch zur Abfassung triftigerer eigener historischer Narrationen befähigen könne, beschloss Hoffmann seine Ausführungen.

#### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Holger Schmenk (Oberhausen) / Frank Schweppens-tette (Köln)

Holger Thünemann (Köln): Werturteilsbildung als geschichts-didaktische Herausforderung: Theoretische Positionen und empirische Befunde

Oliver Plessow (Rostock): Wertevermittlung jenseits von Schule als Alternative? Wege und Widrigkeiten in der non-formalen historischen Bildung

Frank Hoffmann (Hagen): Diachrone Untersuchungen geschichtswissenschaftlicher und geschichtskultureller Deutungen von Schlüsselereig-

<sup>4</sup> So benennt etwa Jörn Rüsen vier Wahrheitskriterien des historischen Denkens. Neben der normativen seien historische Narrationen außerdem auf ihre empirische, theoretische und narrative Triftigkeit (bzw. Plausibilität) hin zu überprüfen, vgl. Jörn Rüsen, Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln u.a. 2013, S. 57-63.

nissen der deutschen Geschichte als Beitrag zur Förderung historischer Werturteilskompetenz

Tagungsbericht *Werte und Werteerziehung im Geschichtsunterricht?! 25.09.2018–28.09.2018*, In: H-Soz-u-Kult 30.11.2018.

---

#### **Open Access. Gespaltene Geschichtswissenschaft?**

**Von:** Jonas Bechtold, Institut für Geschichtswissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Die Diskussionssektion „Open Access. Gespaltene Geschichtswissenschaft?“ beim Historikertag 2018 diente den versammelten Fachwissenschaftler/innen zum Erfahrungsaustausch über den freien Zugang zu Forschungstexten und -daten im Internet. Die Sektionsleiter CHRISTINE BARTLITZ (Potsdam) und MICHAEL KAISER (Köln / Bonn) hatten dazu eingeladen, den aktuellen Stand von Open Access in der deutschen Geschichtswissenschaft zu reflektieren, Vorbehalte zu benennen und künftige Möglichkeiten und Bedingungen einer Open-Access-Kultur zu diskutieren. Das Fragezeichen hinter dem Titel „Gespaltene Geschichtswissenschaft?“ wurde gleich zu Beginn des Panels von den Podiumsgästen bestritten. Die Debatte und die prinzipielle Geschlossenheit der anwesenden Historiker/innen auf Podium und Zuschauerbank legten nahe, dass die Frage nach der „gespaltenen Geschichtswissenschaft“ zu verneinen sei.

Die Schwerpunkte der Diskussion lagen auf der bisherigen Publikationspraxis im Open Access und den möglichen und notwendigen Veränderungen in der Wissenschaftskultur. Nur beiläufig hielt sich die Diskussion mit der Frage auf, warum die Geschichtswissenschaft Open Access brauche und wer davon profitiere: der globale Wissenschaftler, die deutsche Gesellschaft oder gar der kulturelle Westen? Den versammelten Teilnehmer/innen des Panels war klar, dass – um es mit den Worten des Verlagsvertreters VICTOR WANG (Göttingen) zu sagen – „Open Access unumkehrbar (ist)“. Entsprechend konstruktiv und

sachlich verlief das Fachgespräch jenseits wissenschafts- oder markt-ideologischer Befindlichkeiten. Die Diskutant/innen fragten weniger nach dem „Warum?“ des Open Access als nach dessen „Wie?“. Im Fokus standen Optionen und Bedingungen des eigenen Publizierens und die Herausforderungen, die diese an jede/n einzelne/n Historiker/in stellen. Open Access erschien in der Diskussionssektion somit nicht als eine Herausforderung für technische Infrastruktur oder für verlegerische (Markt-)Konzeption, sondern als eine Frage der wissenschaftlichen Kultur und „Ökonomie des Publizierens“ (Johannes Paulmann). Die Bedingungen dieser neuen „Ökonomie“ müssen jedoch noch zwischen Wissenschaftspraxis, Verlagswesen und Förderpolitik ausgehandelt werden.

Einig waren sich die Diskutant/innen darin, dass die deutsche Geschichtswissenschaft kaum Open-Access-orientiert sei. Rein digitale Formate seien in der Reputation keine Konkurrenz zum Buch. Die Digitalisierung habe gar, so JOHANNES PAULMANN (Mainz), wegen der häufigen Lizenzierungen online verfügbarer Bücher die Zugänglichkeit von Wissen eher erschwert als erleichtert. Open Access in der Praxis scheine im Jahr 2018 nicht weit verbreitet. JOHANNES FOURNIER (Bonn) von der DFG bescheinigte der Geschichtswissenschaft gar, sie nutze Open-Access-Tools und -Repositorien vorrangig für ihre „Peripherie“, nämlich für Formate wie Rezensionenplattformen, Online-Enzyklopädien oder digitale Quelleneditionen, nicht aber für Aufsätze, Journals und Monografien aus Qualifikationsarbeiten. Vor einem Hörsaal voller Nachwuchswissenschaftler/innen und arrivierter, universitärer Professor/innen funktionierte diese Zuspitzung vor allem als Diskussionskatalysator. Zugleich aber machte der Beitrag auch aus Perspektive der Förderinstitution deutlich, wo noch Potenzial für weitere und neue Ideen besteht.

Keiner Diskussion bedurfte der wissenschaftliche Mehrwert frei zugänglicher Forschungsliteratur: Weltweite Verfügbarkeit, Vernetzbarkeit von Inhalten, die vereinfachte Distribution an Studierende oder die bequeme Benutzbarkeit (wenn auch nicht Lesbarkeit) wissenschaftlicher Texte waren dabei nur einige der vielen Schlagworte pro Open Access. Vom Buch wollten sich die Wissenschaftler/innen aber ebenso wenig verabschieden wie von dem Wunsch nach kostenfrei zugänglichem Wis-

sen. Die Zukunft des Open Access scheint „hybrid“ zu heißen: duale Verfügbarkeit von Digital- und Printmedium, sei es auf dem „grünen“, zeitversetzten Weg oder dem „goldenen“ unmittelbaren Weg der frei verfügbaren Direktveröffentlichung.

Als Hindernisse eines „konsequenten Open Access“ (Victor Wang) entpuppten sich im Fachaustausch aber nicht Hürden aus der Verlagswelt, sondern allen voran wissenschaftskulturelle Faktoren: Denn die Ursachen der stockenden Open-Access-Umsetzung sahen die Panelteilnehmer/innen in einem Bündel von Problemen aus Praxis und Wissenschaftskultur.

In der Praxis dürften, so argumentierte nicht nur Victor Wang, die Kosten von Open Access bei Einrichtung, Pflege und Nachhaltigkeit nicht in Vergessenheit geraten. Zudem, so hob die Historikerin BIRTE KOHTZ (Moskau) hervor, seien Sichtbarkeit und Auffindbarkeit digital publizierter Forschungsergebnisse nur selten über die herkömmlichen Wege gewährleistet. In der Konsequenz dessen stehe das wissenschaftskulturelle Problem der fast ausschließlichen Reputationszuweisung durch das gedruckte Medium. In den derzeitigen Bedingungen der Open-Access-Publikation einer Qualifikationsschrift biete sich dem wissenschaftlichen Nachwuchs nur ein engräumiges Profilierungsparkett. Die „Goldwährung“ Buch übertrumpfe daher das Byte in der wissenschaftlichen Vertrauenshaltung und Reputationskraft um Längen.

Diese Reputationsfrage erschien in der Diskussion als zweifacher Lackmustest für Open Access in der Geschichtswissenschaft: Einerseits offenbarte der Reputationsaspekt die vorherrschenden Mängel bei der Qualitätssicherung, Selektion und Auffindbarkeit von Open-Access-Publikationen. Hier fehle es noch an Standards und Ideen, wenn es beispielsweise um die Rezension von Werken gehe, die auf dem „goldenen“ Weg, also ausschließlich online, veröffentlicht wurden.

Andererseits macht das wissenschaftliche Wertsystem, welches Open-Access-Publikationen (noch) zu Karrierehemmnissen anstatt zu Karriereförderern stempelt, deutlich, dass keine prozessbeteiligte Institution – seien es Historiker(-Verband), Verlagswesen oder Forschungsförderung –, die Pflicht zu agieren von sich weisen kann. Auch die Wissenschaft dürfe hierbei nicht ihre Steuerungsfunktion außer Acht lassen: ACHIM LANDWEHR (Düsseldorf) zum Beispiel verwies auf

die hohe Gefahr für Wissenschaftler/-innen auf allen Sprossen der Karriereleiter, in eine Beschleunigungsspirale der Open-Access-Kultur zu geraten. Getrieben durch den Reiz der frühen Sichtbarkeit lasse man sich allzu rasch zum parallelen Bloggen, Twittern und Promovieren verführen.

Doch mindestens so schwierig wie die Steuerung dieser reputativ-psychologischen Herausforderungen auf Seiten der Wissenschaft scheint angesichts der Statements von Verlagsseite die Steuerung der neuen Vertriebswege. Man befinde sich „im Lernprozess“, betonte Victor Wang, der differenzierte Plädoyers zum Open Access darbot, die Strategiebildung aber noch weitgehend offen ließ. Immerhin konnte Johannes Fournier auf die „Infrastruktur für elektronische Publikationen und digitale Wissenschaftskommunikation“ (2015) der DFG<sup>1</sup> verweisen. Offen blieb daher, wie sich Verlage die Publikationsbedingungen und -preise, aber auch das Lektorat, das bei derzeitigen Printpublikationen zunehmend auf den (Reihen-)Herausgebern lastet, im Open Access der Zukunft vorstellen.

Angesichts dieser noch unfertigen Strategiebildung konnten die drei Wissenschaftler/-innen auf dem Podium ihre Anforderungen an künftige Publikationsbedingungen umso deutlicher vortragen. In variierender Gewichtung legten sie dar, unter welchen Bedingungen Open-Access-Publikationen einen höheren Zulauf haben würden. Johannes Paulmann verwies mehrfach auf die notwendige Qualifikationssicherung durch Selektion und Peer-Review für Open-Access-Repositoryn, die Einbindung von Online-Publikationen in das Rezensionswesen und die langfristige technische Verfügbarkeit und Anschlussfähigkeit der Daten. Birte Kohtz' Hinweis auf das „Fehlen positiver Erfahrungen in der Auffindbarkeit von Open-Access-Publikationen“ konnte vor allem als Aufruf zur verstärkten Einbindung digitaler Wissensformate vom E-Journal bis zu wissenschaftlichen Blogs in Literaturdatenbanken und Bibliothekskataloge verstanden werden. Nur unter der Bedingung der Findbarkeit sei, so Kohtz, der karriererepolitische Makel aufzulösen, der Open Access

noch anhänge.

Konsens fand desgleichen die Forderung, „Digitales digital zu denken“. Das neue Medium in seinen alten, print-basierten Bedingungen anzugehen und Open Access beispielsweise nur für die Digitalisierung von PDF-Dokumenten zu nutzen, sei inkonsequent. Die gelungenste Übersetzung dieses wenig spezifischen Mantras bot Johannes Fournier, der der Geschichtswissenschaft empfahl, in neuen Projekten „das Funktionale im Open Access zu nutzen“, um die freie Online-Publikation auch für Monografien oder Sammelbände attraktiv zu gestalten: die schnelle Zugänglichkeit, die Durchsuchbarkeit, das Distributionspotenzial in internationalen Netzwerken und die Vernetzung konkreter Inhalte mittels Verlinkungen. Ähnliches dürfte auch Wang gemeint haben, als er eine konsequente Umsetzung zur Erfolgsbedingung des Open Access erhob. Die Verlage selbst sah er angesichts des rückläufigen Printmarktes gefordert, neue Formate und Vertriebswege einzubringen.

Die Diskussionsrunde machte deutlich, dass sich die Praxis des Open Access in den letzten Jahren in der deutschen Geschichtswissenschaft zwar weniger verändert hat, die Diskussion über Open Access aber umso mehr. Die Podiumsgäste identifizierten die Schwierigkeiten der Umsetzung eines breiteren Open-Access-Angebots und deren Ursachen. Auf dieser Grundlage formulierten sie Bedingungen an eine wissenschaftsfähige Implementierung, die weniger von Schwärmerei einer hürdenfreien Wissenskultur im Internet als von kooperativer Sachlichkeit zwischen Praktikern, Verlagen und Förderinstitutionen geprägt sein sollte. Sowohl wissenschaftskulturell als auch verlegerisch seien noch längst nicht alle Hindernisse ausgeräumt oder gar erkannt. Doch machten die Wissenschaftsvertreter/-innen unter Zustimmung von Johannes Fournier deutlich, dass kreative Lösungen auf dem Weg seien. Wichtig sei es dabei, an den Problemstellen Qualitätssicherung und Sichtbarkeit anzusetzen.

Bis also die Bücher – mit Johannes Paulmann gesprochen – online von den Ketten der Lizenzen befreit seien, an denen sie hingen „wie in einer mittelalterlichen Klosterbibliothek“, sei noch vieles zu tun und zu ändern. Man stimmte darin überein, dass Open Access „keine digitale Reproduktion der Verlagswelt“ (Achim Landwehr) sein könne. Wie aber die Alternative aussehen kann, ist zwischen der Geschichtswis-

<sup>1</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft, Merkblatt Infrastruktur für elektronische Publikationen und digitale Wissenschaftskommunikation, DFG-Vordruck 12.11 – 09/15, 2015, online unter: [http://www.dfg.de/formulare/12\\_11/12\\_11\\_de.pdf](http://www.dfg.de/formulare/12_11/12_11_de.pdf) [letzter Zugriff: 28.09.18].

senschaft und dem Verlagswesen in kreativen Projekten gegenüber den Förderinstitutionen noch abzustimmen.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Christine Bartlitz (Docupedia-Zeitgeschichte / Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Michael Kaiser (Max Weber Stiftung / Universität zu Köln)

Diskutanten: Johannes Fournier (Deutsche Forschungsgemeinschaft) / Achim Landwehr (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) / Birte Kohtz (Deutsches Historisches Institut Moskau) / Johannes Paulmann (Leibniz-Institut für Europäische Geschichte) / Victor Wang (Verlage Vandenhoeck & Ruprecht / Böhlau)

Tagungsbericht *Open Access. Gespaltene Geschichtswissenschaft?* 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 20.10.2018.

### Globalgeschichte – eine Standortbestimmung

**Von:** Anna Victoria Breidenbach, Historisches Institut, Ruhr- Universität Bochum

In dem von ROLAND WENZLHUEMER (München) geleiteten Panel wurde die historische Perspektive der Globalgeschichte als heuristisches Werkzeug in unterschiedlichen Forschungsbereichen auf neue Möglichkeiten hin untersucht. Sechs Impulsvorträge zeigten zunächst ein breites globalgeschichtliches Potential auf, eine im Anschluss positiv geführte Diskussion verwies auf die positive Rezeption und „Anwendung“ von Globalgeschichte als Ansatz und Forschungszweig. In seinem Eröffnungsvortrag stellt Wenzlhuemer fest, dass die Konjunktur der Globalgeschichte, die zwei Jahrzehnte galt, heute nicht mehr unhinterfragt ist. Jedoch sieht Wenzlhuemer die Globalgeschichte nicht an ihrem Ende angekommen, sondern in einer Phase der Einbettung in die etablierte Forschung. Er machte zunächst auf das anerkannte

Problem aufmerksam, dass die Geschichte globaler Verbindungen eine derart integrative Methode sei, dass sie eine Färbung der Wahllosigkeit gewinne. Wenzlhuemer definierte Globalgeschichte außerdem deutlich als Perspektive im Gegensatz zu einem spezifischen Gegenstand. Seiner Meinung nach sei Globalgeschichte in den letzten Jahren vor allem eine empirische Anhäufung von Verbindungen gewesen. Fruchtbar und innovativ seiner Ansicht nach wäre jedoch, die Bedeutung dieser Verbindungen oder Nicht-Verbindungen aufzuzeigen. Globalgeschichte sollte sich nicht darauf beschränken, Verbindungen zu suchen, sondern eine Systematik und Bedeutung hinter ihnen aufzeigen.

JULIA ANGSTER (Mannheim) versuchte in ihrem Impulsbeitrag eine bewusste Provokation zu schaffen, indem sie den Begriff des Nationalen als zentralen Begriff in der Globalgeschichte verortete. Es genüge nicht, eine grenzüberschreitende Nationalgeschichte zu schreiben. Dies sei eine zu stark skalierte Abgrenzung. Vielmehr sollten die Stärken der Globalgeschichte genutzt werden, um die Fehler der Nationalgeschichtsschreibung anzugehen und zu beheben. Nationalgeschichten sollten demnach neu geschrieben, jedoch nicht negiert werden.

BENEDIKT STUCHTEY (Marburg) lenkte die Aufmerksamkeit in seinem Impulsvortrag auf Objekte als Gegenstand globalgeschichtlicher Forschung. Beispielhaft zeigte er auf, wie Objekte wie der Ehering in einem globalen Kontext gesehen werden können. Stuchtey sieht Potential in der Erforschung der „materiellen Kultur“ in der Phase des europäischen Kolonialismus. Globalperspektivisch ist für ihn besonders die Sicht auf und Wertschätzung europäischer Gegenstände im außereuropäischen Kontext interessant.

INES PRODÖHL (Bergen) sieht besonders in der Wirtschaftsgeschichte Potential für eine globale Perspektive. Sie betonte, dass die Globalgeschichtsschreibung bis vor zehn Jahren eher eine Geschichte der Ideen gewesen sei, dass nun jedoch die Untersuchung von Waren und Materialien in den Vordergrund rücke. So werden zum Beispiel in Berlin durch die Untersuchung der Verbreitung landwirtschaftlicher Rohstoffe eine neue Agrargeschichte geschrieben. Außerdem sieht sie neue Perspektiven für die Globalgeschichte, wenn Unternehmer in ihrer Rolle als globale Akteure stärker untersucht und in den Fokus gebracht werden.

MONICA JUNEJA (Heidelberg) postulierte eine „Global Art History“ und umriss die Perspektiven dieser Teildisziplin. Sie fragt nach der Kopplung von Kunst- und Wirtschaftsgeschichte, indem sie untersucht, ob eine globale Verbreitung von Kunst an die Nachfrage und die Kapitalbewegungen auf dem Markt gebunden ist. Juneja forderte, dass kunsthistorische Narrative in einen globalen Rahmen gesetzt werden. Sie verlangte, dass sich die Kunstgeschichte aus ihrer eigenen Konstante lösen muss: Ihrer Meinung nach bezieht sie die Entwicklung von Kunst zu häufig auf einen kulturellen Fortschritt und sieht einen bestimmten Künstler als Höhepunkt. Von diesem Maßstab müsse sich eine globale Kunstgeschichte lösen und stattdessen eine Diversität künstlerischer Höhepunkte in verschiedenen Weltregionen anerkennen.

CYRUS SCHAYEGH (Genf) fordert in seinem Vortrag über „Transspatialization“ eine Verwischung der Skalen in der historischen Forschung. Er verlangte, sich in der Historiografie nicht von den strengen nationalen und globalen Rahmen binden zu lassen. Sein Ansatz fordert eine Verflechtung des Globalen und des Lokalen und damit eine verstärkte, in Fachkreisen bereits praktizierte „Glokalisierung“: Es solle nach den lokalen Auswirkungen von globalen Phänomenen geforscht werden. Schayegh fragt vor allem nach einer Selbstverortung der Akteure. Dabei plädierte er jedoch stark dafür, in einer historischen Fragestellung nicht sofort davon auszugehen, dass sich Akteure selbst als globale Subjekte sehen.

In der konstruktiven Diskussion wurden in den Beiträgen der ZuhörerInnen die positiven Erwartungen an die kommende Globalgeschichtsschreibung deutlich. Mögliche Forschungsfelder wie der Kolonialismus wurden ausgelotet, einige Anregungen forderten einen stärkeren Fokus auf die Akteure in der Globalgeschichtsschreibung. Julia Angster verdeutlichte nochmals, dass die Hervorhebung des Nationalen keineswegs eine Absage an die Globalgeschichte darstelle, sondern eine fruchtbare Ergänzung. Obwohl das Panel keine neuen Erkenntnisse zu den Feldern der Globalgeschichte aufgezeigt hat, wurde von Neuem auf die vielseitigen Möglichkeiten aufmerksam gemacht, die eine globalgeschichtliche Perspektive der historischen Forschung bietet. Der Standort, den die Globalgeschichte in der gegenwärtigen Forschung einnimmt, kann insgesamt als sicher und, mit den Worten Roland Wenzlhuemers,

als konsolidiert angesehen werden.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Roland Wenzlhuemer (München)

Roland Wenzlhuemer (München): Globalgeschichte als Verbindungsgeschichte

Julia Angster (Mannheim): Zum Gegensatz von nationaler und globaler Perspektive

Benedikt Stuchtey (Marburg): Imperialgeschichte, Globalgeschichte und ihre Objekte

Ines Prodöhl (Bergen): Fragen an eine globale Wirtschaftsgeschichte

Monica Juneja (Heidelberg): Jenseits von Verflechtung – Globalität als epistemische Kritik

Cyrus Schayegh (Genf): Transspatialization

Tagungsbericht *Globalgeschichte – eine Standortbestimmung*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 03.11.2018.

---

### **Deutsch-niederländische Geschichtsnetzwerke. Erfahrungen – Beobachtungen – Perspektiven. Podiumsdiskussion**

**Von:** Esther Helena Arens, Universität zu Köln

Eines der Ziele der Kooperation mit dem Partnerland Niederlande während des Historikertages lautete, die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. So sind aus der Zusammenarbeit mit der Koninklijk Nederlands Historisch Genootschap (KNGH) Panels hervorgegangen, die in beiden Ländern relevante Themen wie die Historisierung und Dekolonisierung von Museumssammlungen behandelt haben. Der in Münster ansässige Fachinformationsdienst (FID) Benelux

/ Low Countries Studies stellt eine gut ausgebaute nationale Informationsinfrastruktur für die Erforschung der Niederlande zur Verfügung. In diesem Rahmen hat die vom FID organisierte Podiumsdiskussion über deutsch-niederländische Geschichtsnetzwerke die inhaltlich orientierten Programmenteile um praktische Fragen der bilateralen und lokalen Zusammenarbeit erweitert. Auf die Kurzpräsentation der vier eingeladenen Netzwerke folgte eine Diskussion unter deren Vertreterinnen und Vertretern und schließlich Fragen aus dem Publikum.

MARIEKE OPREL (Amsterdam), Sprecherin des Arbeitskreis Deutsch-Niederländische Geschichte / Werkgroep Duits-Nederlandse Geschiedenis (ADNG / WDNG), erläuterte zunächst, wie der zeithistorisch ausgerichtete Arbeitskreis ein mehrsprachiges Blog sowie einen jährlichen Workshop nutzt, um Austausch zwischen Doktorandinnen, Doktoranden und Postdocs aus beiden Ländern zu fördern. Dazu kooperiert der ADNG mit Institutionen wie dem Duitsland Instituut (DIA) in Amsterdam, die auch zur Finanzierung von Reisekosten beitragen, oder dem FID Benelux. Inhaltlich lag der Schwerpunkt bei der Gründung des ADNG im Jahr 2010 auf der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und den damit verbundenen Erinnerungskulturen. Mittlerweile verschiebe sich die Perspektive auf das Niederländisch-Deutsche im Titel, von vergleichenden Fallstudien der Mitglieder zu einer weiteren transnationalen, verflochtenen oder europäischen Perspektive, sowie auch in Richtung Public History. Die Herausforderungen des Arbeitskreises, sichtbar zu bleiben und aktive Mitglieder zu gewinnen, sind von der Asymmetrie von Forschungsstrukturen und von Anforderungen an Sprachkenntnisse diesseits und jenseits der Grenze abhängig. Mit ihrer Entscheidung, in englischer Sprache zu präsentieren, machte Marieke Oprel als Doktorandin darauf aufmerksam, dass der wissenschaftliche Nachwuchs nicht mehr in bilateralen Kontexten, sondern in transnationalen Netzwerken agiere.

GUNNAR TESKE (Münster) skizzierte die Entstehungsgeschichte des Deutsch-Niederländischen Arbeitskreis für Adelsgeschichte / Nederlands Duitse Kring voor Adelsgeschiedenis, der nach 2002 aus einem Projekt hervorging, in dem historische Forschung mit Fragen der touristischen Erschließung historischer Orte verknüpft war. Finanziert durch eine Stiftung fanden drei wissenschaftliche Tagungen unter dem

Titel „Adel verbind(e)t“ statt, die nicht nur zur Veröffentlichung eines Sammelbands führten, sondern auch zur Einrichtung des Arbeitskreises. Dessen Ziel ist die Förderung der Adelsgeschichte im Grenzraum. Mitglieder sind Forscherinnen und Forscher sowie Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Archive und Archivberatungsstellen. Mittlerweile haben fünf Symposien an Orten „mit historischem Flair“ stattgefunden und mit jeweils einem öffentlichen Vortrag die Verbindung zu einem breiteren Publikum geschaffen. Treffen zur Vor- und Nachbereitung dienen der Vernetzung der Mitglieder untereinander, die ihre Forschungsergebnisse in Fachzeitschriften wie zum Beispiel *Virtus. Jaarboek voor Adelsgeschiedenis* oder den *Westfälischen Quellen- und Archivstudien* publizieren konnten. Die Webseite des Arbeitskreises ist zweisprachig angelegt, aber auch in diesem Arbeitskreis nehme die Verwendung von Englisch zu.

PAUL WEßELS (Aurich) stellte das Geschichtsnetzwerk für die nördlichen Niederlande und Nordwestdeutschland / Geschiedenisnetwerk in die Tradition grenzübergreifender Zusammenarbeit mit Wurzeln im ersten Friesenkongress 1925, dem Friesischen Manifest von 1955 und dem Interfriesischen Rat von 2015. Explizit wissenschaftliche Zusammenarbeit bestehe seit den 1980er-Jahren, mündete 1992 in der Publikation „*Rondom Ems en Dollard*“, gefolgt von archäologischer Zusammenarbeit und dem Rahmenprojekt Netzwerk „*Memento mori. Sterben und begraben*“ (Interreg IVA A Programm) der Ems Dollart Regio (EDR). Das 2016 ins Leben gerufene Geschichtsnetzwerk greift Fragen von Forschung und deren Finanzierung in einer Gegend auf, in der es keine Universitäten gibt, vor allem in Kooperation mit der EDR. Jährliche Konferenzen finden abwechselnd in den Niederlanden und Deutschland statt und hatten bislang grenzüberschreitende Migration und grenzüberschreitende Erinnerungsorte zum Thema. Weitere Angebote beziehen sich auf die angewandte Geschichte: In Anlehnung an Projekte in den Niederlanden etablierte das Netzwerk seit 2017 ein Historisch-Geografisches Informationssystem (HisGIS) Leer über Ländereien und unterstützt Redaktionsteams historischer Zeitschriften mit Workshops. Zurzeit ist die Arbeitssprache vorrangig Deutsch, aber es zeichne sich ab, dass die nächste Generation English als gemeinsame Sprache nutzen werde. Auch das Geschichtsnetzwerk setze sich mit Fra-



gen der Nachhaltigkeit, dem institutionellen Rahmen und der Werbung neuer Mitglieder auseinander.

FRIESO WIELENGA (Münster) griff auf seine Erfahrung als Beauftragter des Landes NRW „für die Pflege und Förderung der Beziehungen zwischen den Universitäten des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und den Universitäten der Benelux-Länder“ zu Beginn der 2000er-Jahre zurück, um die Kooperation mit niederländischen Universitäten zu erläutern. Über die Münsteraner Niederlande-Deutschland-Studien (BA und MA) sowie die Organisation eines sogenannten „Joint degree“ mit der Radboud Universität Nijmegen (BA) war mit der Organisation von Auslandssemestern, Lehrveranstaltungen, Tagungen und Promotionsprojekten im Graduiertenkolleg über Zivilgesellschaft „eine Art Netzwerk“ entstanden. Die in diesem Kontext durchgeführte Forschung fand ihren Niederschlag in Monographien zur Geschichte der Niederlande, in den multidisziplinären Niederlande-Studien und der weiteren Reihe zur Zivilgesellschaft, sowie in Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung. Über die Universität hinaus erreichten Lesungen und Ausstellungen ein breiteres Publikum, ermöglichten Fellowships für Niederländerinnen und Niederländer eine weitere Vernetzung wie auch die Gastprofessur deutsch-niederländische Wirtschaft und das Wirtschaftsforum zu Themen wie Energiewende und Brexit. Für das kleine Institut sei immer Input aus den Niederlanden notwendig, „sonst vertrocknen wir“.

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellte Moderator BERNHARD LIEMANN (Münster) Impulsfragen zu Motivation und Engagement in den Netzwerken, Veränderungen der Arbeitsgrundlage, dem Netzwerk als Werkzeug und schließlich möglichen Wegen in die Zukunft. Friso Wielenga und Gunnar Teske betonten die Relevanz gesellschaftlicher Themen, die in den Netzwerken produktiv bearbeitet werden könnten, zum Beispiel mit der Historisierung von Fragen wie Sterbehilfe, Flüchtlingspolitik und Grenzregimen. Paul Weßels und Marieke Oprel stellten die praktischen Vorteile der Zusammenarbeit in den Vordergrund, darunter die manchmal vereinfachte Einwerbung öffentlicher Mittel in grenzübergreifenden Projekten sowie der konstruktive Austausch mit Expertinnen und Experten über Forschungsstände und Methoden. Sowohl Gunnar Teske als auch Paul Weßels konkretisierten

die Herausforderungen durch Generationenwechsel und strukturelle Veränderungen im Kultur- und Bildungssektor. So ist in den Niederlanden zum Beispiel die klassische Ausbildung zur Archivarin bzw. zum Archivar ebenso weggefallen wie der Deutschunterricht abgenommen hat, während seit der Umstellung auf das Bachelor-/Master-System in der Bundesrepublik viel weniger Studierende, Doktorandinnen oder Doktoranden über ostfriesische Themen arbeiten und damit auch die Autorinnen und Autoren für etablierte regionalhistorische Publikationen mit akademischen Anspruch ausfallen. Marieke Oprel hob hervor, dass sie nur mit einer englischsprachigen Publikation ihrer Doktorarbeit als Forscherin in ihrem Feld sichtbar werde. Andererseits fehlten in ihrem Umfeld Kolleginnen und Kollegen, die vergleichend zur deutsch-niederländischen Geschichte arbeiteten und dafür könne sie die Kontakte innerhalb des ADNG nutzen.

Den Mehrwert und Erfolg eines Netzwerks bemaßen die DiskussionsteilnehmerInnen alle am Erreichen einer breiteren Öffentlichkeit. Hier sind etwa das Projekt „Memento mori“ in Friesland, Berichte in den Medien oder Artikel in Fachzeitschriften zu nennen. Für den im ADNG vertretenen wissenschaftlichen Nachwuchs betonte Marieke Oprel den Vorteil, außerhalb des eigenen Instituts in einer peer group ohne den üblichen akademischen Druck lösungsorientiert im Team zu arbeiten.

Das Problem mangelnder Sprachkenntnisse prägte die Diskussion über die Zukunftsfähigkeit der bilateralen Geschichtsnetzwerke in Konkurrenz mit transnationaler Geschichte und Area Studies. In diesem Zusammenhang wies Friso Wielenga darauf hin, dass nur noch 20 Prozent der MA-Studiengänge in den Niederlanden in niederländischer Sprache angeboten werden. Mit Gunnar Teske und Paul Weßels teilte er die Einschätzung, dass binationale Fragestellungen auf regionaler und lokaler Ebene aktuell bleiben werden. Teske wies auf das Thema Mobilität hin – der Verkehr sei international vernetzt, gleichzeitig bliebe man im Gespräch mit den Nachbarn. Für Weßels lag der erste und fruchtbarste Vergleich auch in der Nachbarschaft, dann ließen sich Forschungsfragen erweitern, im Fall des Geschiedenisnetwerk zum Beispiel nach Nordosten bis Dänemark. Demgegenüber betonte Marieke Oprel die Notwendigkeit, das „framing“ der grenzübergreifenden Geschichte

zu aktualisieren und gegebenenfalls das Label deutsch-niederländisch an eine veränderte internationale Forschungs- und Kooperationspraxis anzupassen.

Die Fragen und Kommentare aus dem Publikum reichten von Nachfragen zur Methodik – welche Forschungsperspektive ist strategisch am sinnvollsten – bis hin zur praktischen Frage einer Graduierten – wie lange braucht man, um ausreichend Niederländisch für ein Promotionsprojekt zu lernen. Beiträge von Vertretern der Landesgeschichte in Westfalen und im Rheinland machten deutlich, dass in diesem Fach Chancen zur Kooperation für alle Netzwerke bestehen. So könnten über die Formulierung von Modulen und die Organisation studentischer Workshops wieder Sprach- und Archivkompetenzen beim Nachwuchs gefördert und verankert werden.

### Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: FID Benelux

Podium

Bernhard Liemann (Münster): Einleitende Bemerkungen und Moderation

Marieke Oprel (Amsterdam): Diskussionsteilnehmerin für den Arbeitskreis Deutsch-Niederländische Geschichte

Gunnar Teske (Münster): Diskussionsteilnehmer für den Deutsch-Niederländischen Arbeitskreis für Adelsgeschichte

Paul Weßels (Aurich): Diskussionsteilnehmer für das Geschichtsnetzwerk für die nördlichen Niederlande und Nordwestdeutschland

Friso Wielenga (Münster): Diskussionsteilnehmer für das Zentrum für Niederlande-Studien

Tagungsbericht *Deutsch-niederländische Geschichtsnetzwerke. Erfahrungen – Beobachtungen – Perspektiven. Podiumsdiskussion*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 14.12.2018.

### Peace of Westphalia 1648/2018

**Von:** Christian Wenzel, SFB/TRR-138 „Dynamiken der Sicherheit“, Abteilung für Geschichte der Frühen Neuzeit, Universität Marburg

Als Kooperationsveranstaltung des Verbandes der Historikerinnen und Historiker und der Koninklijk Nederlands Historisch Genootschap widmete sich die von BEATRICE DE GRAAF (Utrecht) und RENATE DÜRR (Tübingen) organisierte Podiumsdiskussion dem Einfluss des Westfälischen Friedens vom 17. bis zum 20. Jahrhundert; diesem wurde im Verlauf der vielschichtigen Diskussionen und Beiträge – soviel sei an dieser Stelle bereits vorweggenommen – durchaus ambivalent nachgespürt, was die unterschiedlichen, gerade auch disziplinären Perspektiven auf den Westfälischen Frieden anschaulich herausstellen konnte.

In einer kurzen Einführung ging RENATE DÜRR (Tübingen) zunächst auf die historiographischen Traditionen und damit auf die Unterschiede ein, die sich mit Blick auf die deutsche sowie niederländische geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Westfälischen Frieden beobachten lassen. Als ganz wesentlichen Unterschied gelte es, sich der aus dem Verlauf des Dreißigjährigen Krieges selbst resultierenden Perspektivierung der Forschung bewusst zu werden: Diese habe dazu geführt, dass der Dreißigjährige Krieg mit dem Heiligen Römischen Reich als „*theatrum belli*“ in Deutschland lange Zeit vor allem als deutsche Katastrophe betrachtet worden sei, während in den Niederlanden der Fokus eher auf Staatsbildungsprozessen gelegen habe, da der Dreißigjährige Krieg hier vor allem als Staatsbildungskrieg gedeutet worden sei. Darüber hinaus verwies Renate Dürr zudem auf die erhebliche und bis heute nachwirkende Vorstellung des mit 1648 etablierten „Westphalian System“ als internationaler Staatenordnung, mit Grundwerten wie Nicht-Einmischung und kollaborativer Interaktion.

BEATRICE DE GRAAF (Utrecht) griff dieses Narrativ des „Westphalian System“ auf und leitete auf den inhaltlichen Aufhänger der Podiumsdiskussion über: Das vom niederländischen Maler Rob Scholten 1998 angefertigte Bild „*Vrede van Munster*“<sup>1</sup>, welches als eine für

<sup>1</sup> Vgl. <http://robscholtemuseum.nl/wp-content/uploads/2015/03/Rob-Scholte-Vrede-van-Munster.jpg> (07.11.2018).

Scholten typische Collage Akteure und Symbole des 20. Jahrhunderts, Vorstellungen staatlicher und nicht-staatlicher Integration und Exklusion, europäischer Expansion und Kolonialbestrebungen als auf den Trümmern von 1648 stehend darstellt und damit eine mehr denn je aktuelle Frage versinnbildlicht: die Frage nach Vorstellungen, Begrenzungen und Identitäten von Europa in globaler Perspektive. Entsprechend formulierte Beatrice de Graaf, vor dem Hintergrund dieser zeitgenössischen Collage, ihre Einstiegsfrage für die erste Runde von Kurzbeiträgen der Diskutanten, die der Eröffnung der Podiumsdiskussion dienen sollte: Wie ist 1648 in diesem Lichte zu betrachten? Integrierte der Westfälische Friede Europa nach innen und erlaubte damit die europäische Expansion nach außen?

CHRISTOPH KAMPMANN (Marburg) griff zunächst die eng damit zusammenhängende und gerade mit Blick auf aktuelle Konflikte wie jenen in Syrien immer wieder gestellte Frage auf, ob man aus dem Westfälischen Frieden für aktuelle Krisen lernen könne. Dazu gelte es, erstens, sich der historiographischen Traditionen und Entwicklungen bewusst zu werden, die für jene Rolle in Rechnung gestellt werden müssen, die der Westfälische Friede bzw. das „Westphalian System“ als Vorstellung bis heute spielen. Diese einflussreiche Vorstellung, den Westfälischen Frieden aus völkerrechtlicher Perspektive als „basic fundamental law“ der Staatenordnung zu deuten, sei erst im 18. Jahrhundert entstanden und verargumentiert worden, was die Grundlage für die im 19. und 20. Jahrhundert einsetzende Entwicklung bildete, den Frieden von 1648 zur normativen Struktur des Völkerrechts insgesamt zu erheben und mit Vorstellungen von Souveränität und Nicht-Einmischung aufzuladen. Vor diesem Hintergrund sei es deshalb, zweitens, notwendig, von der in gewisser Hinsicht mythischen Überhöhung des Westfälischen Friedens zu abstrahieren, um zu einer angemessenen Bewertung des Friedensvertrags als Sicherheitsordnung für das Heilige Römische Reich zu kommen – denn genau das und eben kein „moderner“ Friedensvertrag sei 1648 gewesen. Damit kam Christoph Kampmann auf die Ausgangsfrage nach der Tauglichkeit des Westfälischen Friedens für aktuelle Konflikte zurück und betonte, dass es eher die asymmetrischen Konfliktstrukturen gegenwärtiger Kriege seien, die erhebliche Parallelen zur Frühen Neuzeit aufweisen würden.

OZAN OZAVCI (Utrecht) zeichnete in seinem Beitrag ebenfalls ein differenziertes Bild des Westfälischen Friedens und stellte diesen Kollektivsingular insofern in Frage, als dass es seiner Ansicht nach notwendig sei, zwischen zwei Westfälischen Frieden bzw. zwei „1648“ zu unterscheiden: Einerseits dem Friedensvertrag selbst in seiner Entstehung und seinen Auswirkungen, wobei auch Ozavci erhebliche Zweifel an der Möglichkeit äußerte, die Konstellation des Dreißigjährigen Krieges bzw. insbesondere die Strategien zu seiner Befriedung auf gegenwärtige Krisen zu übertragen. Andererseits, und auf diese Facette des Westfälischen Friedens richtete er sein Hauptaugenmerk, habe sich der Mythos bzw. das Narrativ „1648“ als ebenso einflussreich wie problematisch erwiesen. In den Friedensvertrag hineinprojizierte Vorstellungen von Staatsbildung und Autonomie ließen sich, wie Ozavci argumentierte, als spezifische Phänomene des europäischen 19. Jahrhunderts, durch die Einschreibung in das Narrativ „1648“ vom Exzeptionellen zum Normativen stilisieren. Gerade mit einem außereuropäischen Blick auf das Narrativ „Westphalian System“ sei diese Entwicklung etwa für den Nahen Osten durchaus problematisch gewesen, da sie in langfristiger und globaler Perspektive zu erheblichen Exklusionsprozessen im Staatensystem geführt habe. Ozavci warb deshalb für eine alternative Leitfrage und neue Perspektive auf den Westfälischen Frieden mit dem Fokus, warum sich gerade dieses Narrativ bzw. dieser Mythos als so langlebig und einflussreich erwiesen hat – eine Leitfrage, die er in enger Verbindung zu dem von Christoph Kampmann skizzierten Prozess der Narrativbildung im 18. Jahrhundert sah.

Die außereuropäische Perspektive auf den Westfälischen Frieden und 1648 als Narrativ nahm auch bei REMCO RABEN (Utrecht/Amsterdam) breiten Raum ein. Ihm zu Folge seien die globalen Auswirkungen des Westfälischen Friedens deutlich reflektierter zu betrachten als bislang: Einerseits spiele die außereuropäische Perspektive bzw. die Frage nach außereuropäischen Auswirkungen in der Forschung zu 1648 fast keine Rolle, andererseits erweise sich der Westfälische Friede hier nicht als jenes epochale Ereignis und jene zentrale Wasserscheide, zu der sie mit Blick auf Europa stilisiert werde. Hier sei 1648 tatsächlich eher ein Datum unter vielen; zudem seien mit dem Westfälischen Frieden zwei Arten von Souveränität etabliert worden,

da Konflikte auch nach den Friedensverträgen von Münster und Osnabrück weiter existiert hätten. Der Westfälische Frieden müsse deshalb als Manifestation eines europäischen Exzeptionalismus betrachtet werden, sowie als Manifestation einer spezifischen, eurozentristischen und dichotomen Markierung von Ordnung auf der einen, europäischen Seite und Zuschreibungen von vermeintlicher Andersartigkeit auf der anderen, außereuropäischen Seite. Die mit 1648 etablierte Vorstellung des „Westphalian System“ ignoriere nämlich andere Bezugsrahmen und Kontexte, ohne analog zu Europa funktionierende Staatswesen. Damit stelle sich letztlich die Frage, wo die „European World Order“ hier zu finden sei und welche Geltung dieses Narrativ damit beanspruchen könne.

Zum Abschluss dieser Einstiegsrunde problematisierte auch JOHANNES PAULMANN (Mainz) das Narrativ des „Westphalian System“ als eine insofern simplifizierte Perspektive, als dass es sich hier um ein vor dem Hintergrund von Nationalstaaten in der Mitte des 20. Jahrhunderts gezeichnetes Bild handle, das sich aber gerade in einer globalen und auch globalgeschichtlichen Perspektive als deutlich zu eng erweise: Zwar habe der Friede von Westfalen Frieden in Europa etabliert, aber nicht darüber hinaus und zudem eine in hohem Maße exkludierende Wirkung entfaltet. Zudem sei ein genauerer Blick auf die üblicherweise mit 1648 verbundenen Kategorien wie „Souveränität“ notwendig, die als in hohem Maße problematische Zuschreibung verstanden werden müssten: Denn letztlich habe sich der Westfälische Friede gerade durch die Beschränkung der Souveränität der Einzelstaaten ausgezeichnet, etwa mit Blick auf die Religionsfrage oder die Garantiemächte. Diesen sei das explizite Recht und die Pflicht gegeben worden, zur Wahrung des Friedens in die Souveränität einzugreifen. Damit stelle sich am Beispiel der Garantie die Frage nach der Diskrepanz zwischen dem Westfälischen Frieden auf der einen Seite und dem „Westphalian System“ als kultureller Konstruktion auf der anderen Seite.

Die anschließende Diskussion drehte sich mit den Fragen von ECKART CONZE (Marburg) und EWALD FRIE (Tübingen) zunächst um drei übergreifende Aspekte: Eckart Conze fragte nach dem Zusammenspiel von Souveränität und Selbstbestimmung, Ewald Frie dagegen lenkte den Blick auf die Frage nach diplomatischen Lernprozessen

nach 1648 und konstatierte, dass das Narrativ „Westphalian System“ ja durchaus ein stabiles System etabliert habe. Mit Blick auf gegenwärtige Prozesse stelle sich damit doch die Frage, welcher Mythos an die Stelle jenes von 1648 treten könne bzw. müsse.

Christoph Kampmann, Remco Raben und Ozan Ozavci wandten sich zunächst der Frage nach Souveränität als Kategorie zu: Während Kampmann darauf verwies, dass Souveränität als frühneuzeitliche Kategorie differenzierter zu betrachten sei, als es das „Westphalian System“ bzw. der moderne Blick suggeriere, argumentierten Raben und Ozavci, dass es sich hier letztlich wieder um spezifisch europäische Vorstellungen bzw. Kategorien handle, die in das Narrativ „Westphalian System“ hineinprojiziert worden seien.

Johannes Paulmann griff die Fragen Ewald Fries auf und verwies einerseits auf Überlegungen etwa Niall Fergusons zur integrativen Funktion von Empire-Vorstellungen. Andererseits umriss er einen diplomatischen Lernprozess, in dessen Verlauf man gelernt habe, mit Problemen umzugehen und diese zu handhaben, anstatt sie zu lösen. Ozan Ozavci stellte dagegen die Ausgangsprämisse der Überlegung in Frage, das „Westphalian System“ als ein Narrativ zu bewerten, dass funktioniert und staatliche Stabilität etabliert habe: Diese Perspektive auf 1648 sei eine sehr von Europa her gedachte, da sich gerade mit Blick auf außereuropäische Kontexte, und hier verwies er explizit auf die MENA-Region, doch erhebliche Disfunktionalitäts- und Exklusionsprozesse hätten beobachten lassen. Beatrice de Graaf griff diesen Faden auf und konstatierte mit Blick auf globale Phänomene durchaus die Nützlichkeit ähnlich gelagerter Narrative, gerade auch in normativer Hinsicht: In einer Zeit, in der Vorstellungen wie „America First“ auf dem Vormarsch seien und an Virulenz gewinnen würden, dürfe die insgesamt stabilisierende Funktion übergreifender Narrative mit Blick auf das Staatensystem nicht gänzlich aus dem Blick geraten.<sup>2</sup>

INKEN SCHMIDT-VOGES (Marburg) stellte daher die Überlegung in den Raum, inwiefern nicht ein Blick auf andere Friedensverträge, insbesondere jenen von Utrecht 1713, für eine weitere Kontextualisierung

<sup>2</sup> Ein Aspekt, den Beatrice de Graaf auch in einem Zeitungsartikel wenige Tage später noch einmal aufgegriffen hat, siehe <https://www.nrc.nl/nieuws/2018/09/28/een-verdampende-vredesmythe-a1909843> (07.11.2018).

wie Perspektiverweiterung auf das Narrativ „1648“ geeignet sei, bevor JOHANNES BURKHARDT (Augsburg) mit Blick auf den frühneuzeitlichen Kontext für die Verteidigung des „Westfälischen System“ als Kategorie warb. Gerade mit Blick auf Staaten und Staatlichkeit vor dem Hintergrund des 1648 zentralen Streitpunkts, ob eine Zentralmacht oder viele Einzelstaaten Europa regieren sollten, dürfe dieses Deutungsschema nach wie vor seine Berechtigung beanspruchen. Zudem stelle sich doch mit Blick auf die eingangs von Christoph Kampmann formulierte Überlegung zur Vergleichbarkeit von asymmetrischer Konfliktstrukturen in Früher Neuzeit und Gegenwart die Frage, ob dann nicht der Blick auf alternative Lösungsversuche frühneuzeitlicher Konflikte notwendig sei, wie etwa den Frieden von Prag von 1635.

In einer zweiten, schließenden Runde mit Beiträgen des Podiums griff Remco Raben die Frage nach alternativen Schlüsselereignissen auf, da sich 1648 ja gerade in einer globalen Perspektive als deutlich weniger erwiesen habe, als es der eurozentristische Blick lange suggerierte. Damit verknüpft stelle sich, über den Blick auf den Westfälischen Frieden hinaus, die Frage nach der Funktion von Kriegen als Motor der Globalisierung und Verflechtung, nach Weltkriegen vor dem 20. Jahrhundert.

Ozan Ozavci verwies auf die für die weitere Kontextualisierung des „Westphalian System“ als Vorstellung wichtige Beobachtung, dass sich im Osmanischen Reich ein Prozess beobachten lassen, in dessen Verlauf osmanische Juristen den Sprachgebrauch europäischer Völkerrechtler und damit auch das „Westphalian System“ als Narrativ übernommen hätten. Da sich an diesem Beispiel anschaulich die Ausbreitung und Verfestigung dieses Narrativs beobachten lasse, ergäbe sich mit Blick auf weitere, ähnlich gelagerte Fallbeispiele die Möglichkeit, zur weiteren Analyse der Narrativbildung selbst beizutragen.

Johannes Paulmann warb für einen Perspektivwechsel hin zu den Einflüssen von kleineren Kriegen und Konflikten, die er begrifflich als „small wars“ fasste und deren Auswirkungen auf die betroffenen Regionen und Gesellschaften es näher zu beleuchten gelte, etwa in kolonialem Kontext: Hier könnte mit Blick auf Kolonialkriege gegen die Kolonialmacht einerseits sowie Kriege zum Aufbau von Imperien andererseits die Frage nach der Verflechtung durch Kriege ebenso gestellt werden

wie die Frage nach Lösungsansätzen.

Christoph Kampmann konstatierte zum Abschluss, dass er einerseits nicht davon überzeugt sei, dass Weltkriege eine Kategorie der Frühen Neuzeit seien und dass Kriege auch nicht als Motoren der Verflechtung fungiert hätten. Mit Blick auf wichtige Daten über 1648 hinaus, die einer näheren Beschäftigung bedürfen würden, stelle sich für ihn vor allem 1763 als ein geeigneter Ansatzpunkt dar, da hier im Siebenjährigen Krieg der Hauptkriegsschauplatz erstmals nicht auf europäischem Gebiet gelegen habe.

Insgesamt zeigte die Podiumsdiskussion sehr anschaulich die disziplinären Zugänge und Perspektiven auf den Westfälischen Frieden in seinen beiden Dimensionen als Ereignis und als Narrativ. Insbesondere die Einbeziehung außereuropäischer Perspektiven veranschaulichte das Potential interepochaler und interdisziplinärer Verständigung über Narrative wie eben jenes des „Westphalian System“, die in langfristiger und globaler Perspektive in einem durchaus anderen Licht erscheinen.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Beatrice de Graaf (Utrecht) / Renate Dürr (Tübingen)

### *Diskussionsteilnehmer*

Christoph Kampmann (Marburg) / Johannes Paulmann (Mainz) / Ozan Ozavci (Utrecht) / Remco Raben (Utrecht / Amsterdam)

Tagungsbericht *Peace of Westphalia 1648/2018*. 25.09.2018–28.09.2018, In: H-Soz-u-Kult 09.11.2018.

## Register

### Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Arens, Esther Helena 511	Geiger, Wolfgang 482
Bechtold, Jonas 503	Gründler, Jens 415
Berlinghoff, Marcel 143	Grundig, Ronny 394
Biersack, Martin 87	Hartmann, Mareike 126
Borgmann, Malte 407	Hoffmann-Salz, Julia 176
Bräckel, Oliver 157	Hüsemann, Joel Amos 218
Breidenbach, Anna 508	Huth, Laura Viktoria 269
Bühner, Julia 187, 193	Jaeschke, Victor 362
Burkart, Eric 198	Jeßegus, Sebastian 130
Choda, Kamil 120	Jünger, Andreas 433
Ciecior, Jens W. 458	Kellershohn, Jan 243
de Leeuw, Maurits 120	Klein, Kevin Christian 224
Denne, Ulrike 487	Kneifel, Stella 421
Dönecke, Anna 92	Konczal, Kornelia 453
Eiringhaus, Pia 105	Kutzner, Maximilian 331
Fiedler, Gudrun 355	Laffin, Stefan 282
Fiedler, Maik 53, 462	Lantink, Frans Willem 182
Fisher, Gaëlle 428	Meins, Friedrich 157
Flaig, Philipp 170	Meyer, Thomas 1
Foose, Stephen 105	Michels, Christoph 3
Friederich, Christine 469	Möller, Christian 308
Fron, Christian 163	Müller, Andreas 475
Frysztacka, Clara 440	Müser, Johanna 137
Funke, Janine 302, 383	Nowak, Jessika 231
Gabriel-Kinz, Carina 256	Okunew, Nikolai 314, 319
Gehrig, Sebastian 401	Pahl, Jochen 495
Gehrmann, Marc 170	

Palberg, Kyra 339	Stahl, Daniel 324
Pieper, Anna Katharina 237	Steiner, Benjamin 70
Pollack, Friedrich 388	Steuwer, Janosch 447
Purschwitz, Anne 475	
	Trabalski, Daniel 347
Quaas, Franziska 112	Trump, Dominik 81
Reinard, Patrick 150	van Beurden, Jos 76
Rienks, Manuela 296	
Römer, Peter 289	Wagner, Helen 63
Rössel, Raphael 98	Wagner, Phillip 41
	Wenzel, Christian 517
Sagasser, Amelie 126	Werneke, Thomas 1
Schmitt, Christoph 276	Wilfert, Christoph 495
Schönhagen, Jakob 376	Wimmeler, Jutta 31, 211
Scholl, Christian 19	Winnerling, Tobias 205
Schregel, Susanne 369	
Schuckert, Johannes 263	Zollitsch, Jan-Martin 250